

DAS RECHT AM EIGENEN BILD

**Eine rechtsvergleichende Untersuchung
des deutschen und russischen Rechts**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades einer Doktorin des Rechts

am Fachbereich Rechtswissenschaft

der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

VICTORIA ZHAROVA-MOKSHANOVA

2020

Erstgutachter: Prof. Dr. Burkhard Breig
Zweitgutachter: Univ.-Prof. Dr. Olaf Muthorst
Tag der mündlichen Prüfung: 26. April 2022

Vorwort

Die vorliegende Dissertation wurde vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München sowie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung der Russischen Föderation gefördert. Literatur und Rechtsprechung befinden sich auf dem Stand Juli 2022.

Besonders dankbar ich meinem Doktorvater *Prof. Dr. Burkhard Breig*, der mir einen Leitfaden für die Abwicklung der Forschungsidee an die Hand gegeben und mich allumfänglich unterstützt hat. Seine zahlreichen Anregungen weiteten meinen Blick für benachbarte Forschungsfelder. Seine wertvollen Kommentare stärkten die dogmatische Struktur der Arbeit und stellten sie auf ein neues wissenschaftliches Niveau.

Ich bedanke mich bei *Prof. Dr. Dr. h.c. Reto M. Hilty* dafür, dass er mir die Tür in die deutsche Rechtswissenschaft durch die Aufnahme als Stipendiatin des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb geöffnet und dadurch mir das nötige Selbstvertrauen gegeben hat, um mein Forschungsvorhaben zum Erfolg zu führen.

Mein weiterer Dank gebührt meiner Betreuerin am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb *izv. Prof. Dr. Silke von Lewinski*, die mir über meinen Forschungsaufenthalt in München hinaus mit voller Unterstützung zur Seite stand. Sie hat mich zu meinem Rigorosum auf dem Gebiet des Urheberrechts inspiriert und meinen Vortrag fachlich begleitet.

Weiterhin bin ich *Prof. Dr. Ansgar Ohly* für die Systematisierung meiner Kenntnisse im deutschen Urheberrecht dankbar. Er hat mich seine entsprechende Vorlesung von Russland aus online besuchen lassen.

Ein weiterer Dank gilt *Univ.-Prof. Dr. Olaf Muthorst* für die Erstellung des Zweitgutachtens und *Dr. Markus Raeder* für die sprachliche Korrektur meiner Dissertation sowie seine Bereitschaft, besonders schwierige Fragestellungen zu diskutieren.

Schließlich bedanke ich mich bei meiner Mutter *Muzhanova Valentina* und meinem Mann *Zharov-Mokshanov Aleksandr*. Beide haben mich die vergangenen Jahre auf meinem Werdegang so unterstützt und entlastet, dass ich mich völlig meinem wissenschaftlichen Vorhaben widmen konnte.

Die Dissertation ist zur Erinnerung meinem verstorbenen Vater *Muzhanov Andrej* und meiner Familie gewidmet.

Victoria Zharova-Mokshanova

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
A. Einleitung	14
I. Problemstellung.....	14
II. Forschungsstand und Verhältnis zum Datenschutz	16
B. Allgemeines	22
I. Historische Entwicklung des Rechts am eigenen Bild.....	22
1. Deutschland	22
2. Russland.....	26
a) Die Zeit vor der Russischen Revolution 1917	26
b) Die sowjetische Zeit	28
aa) Die Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht.....	28
bb) Das Recht am eigenen Bild.....	30
c) Die moderne Zeit	34
aa) Die Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht.....	34
bb) Das Verhältnis der Persönlichkeitsrechte zu den Nichtvermögensgütern	36
cc) Das Recht am eigenen Bild	38
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	40
II. Die Persönlichkeitsrechte im Verfassungs- und Zivilrecht	42
1. Deutschland	42
a) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Institut des Zivilrechts und seine verfassungsrechtliche Begründung	42
b) Das Recht am eigenen Bild als besonderes Persönlichkeitsrecht	46
2. Russland.....	48
a) Die Persönlichkeitsrechte als Grund- und Zivilrechte	48
b) Die Persönlichkeitsrechte als einzelne subjektive Zivilrechte.....	50
c) Die Drittwirkung der Grundrechte unter besonderer Berücksichtigung des Rechts am eigenen Bild	52
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	58
C. Der Schutzbereich des Rechts am eigenen Bild	60
I. Der Begriff „Bild“	60
1. Deutschland	60
a) Die Erkennbarkeit	60
b) Die Personenbildnisse	62
2. Russland.....	64

a) Die Erkennbarkeit	64
b) Die Personenbilder	66
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	70
II. Die Einwilligung	71
1. Deutschland	71
a) Die Rechtsnatur der Einwilligung gemäß § 22 KUG und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild.....	71
aa) Die Einwilligung als Realakt.....	71
bb) Die Einwilligung als geschäftsähnliche Handlung oder Rechtsgeschäft und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild	72
b) Die Einwilligung gemäß § 22 KUG im Rechtsverkehr	79
aa) Die Erklärung der Einwilligung	79
bb) Der Inhalt der Einwilligung	81
cc) Die Übertragung der Einwilligung	83
dd) Die Widerruflichkeit der Einwilligung	84
c) Die Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und Art. 7 DS-GVO.....	86
2. Russland.....	86
a) Die Rechtsnatur der Einwilligung gemäß Art. 152.1 ZGB RF und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild.....	87
b) Die Einwilligung gemäß Art. 152.1 ZGB RF im Rechtsverkehr	92
aa) Die Erklärung der Einwilligung	92
bb) Der Inhalt der Einwilligung	95
cc) Die Übertragung der Einwilligung	97
dd) Die Widerruflichkeit der Einwilligung	98
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	99
III. Die Handlungsformen.....	102
1. Deutschland	102
a) Die Übersicht	102
b) Die Verbreitung	104
c) Die öffentliche Zurschaustellung.....	105
d) Die Vervielfältigung	106
e) Die Anfertigung	107
aa) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	107
bb) Die Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 6 DS-GVO.....	110

cc) Die anderen Vorschriften	110
2. Russland.....	111
a) Die Übersicht	111
b) Die Veröffentlichung	113
c) Die Verbreitung	114
d) Die öffentliche Zurschaustellung.....	115
e) Die Vervielfältigung	117
f) Die Verarbeitung.....	118
g) Die Anfertigung	120
aa) Die Regelung nach Art. 152.1 ZGB RF	120
bb) Die Erhebung personenbezogener Daten nach dem Föderalen Gesetz vom 27.07.2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“	121
cc) Die anderen Vorschriften	123
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	123
IV. Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild und die geschützten Interessen	125
1. Deutschland	125
a) Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild	125
b) Die geschützten Interessen.....	126
aa) Die persönlichkeitsrechtlichen Interessen	126
bb) Das vermögensrechtliche Interesse	127
2. Russland.....	131
a) Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild	131
b) Die geschützten Interessen.....	132
aa) Die persönlichkeitsrechtlichen Interessen	132
bb) Das vermögensrechtliche Interesse	134
3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	137
D. Die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild.....	139
I. Deutschland.....	139
1. Die Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)	139
a) Die Rechtslage vor der Entscheidung des EGMR	140
aa) Die absoluten Personen der Zeitgeschichte	140
bb) Die relativen Personen der Zeitgeschichte	141
b) Die Rechtslage nach der Entscheidung des EGMR.....	144
aa) Die bisher absoluten Personen der Zeitgeschichte	144

bb) Die bisher relativen Personen der Zeitgeschichte	151
2. Die Personen als Beiwerk (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG).....	151
3. Die Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG).....	153
4. Die Bildnisse, die einem höheren Interesse der Kunst dienen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG)	156
5. Die Verletzung berechtigter Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG.....	158
a) Die Intimsphäre.....	159
b) Die Privatsphäre.....	160
c) Die Anonymität.....	163
d) Die Ehrverletzung und Schmähkritik.....	164
e) Der Wahrheitsschutz	165
f) Die Gefahr für Leib und Leben.....	165
g) Die werbliche und andere kommerzielle Verwendung.....	166
6. Die Ausnahme im öffentlich-rechtlichen Interesse nach § 24 KUG.....	170
II. Russland	172
1. Die Einschränkung in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF).....	172
a) Die Auslegung der Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF in der russischen Literatur und Rechtsprechung	172
b) Zu weite Formulierung der Einschränkung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF	184
c) Die Einordnung der einzelnen Ausnahmefälle nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF.....	187
2. Die an öffentlich zugänglichen Orten aufgenommenen Bilder des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF).....	192
a) Die öffentlich zugänglichen Orte.....	192
b) Kein Hauptobjekt der Nutzung	196
3. Die bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen Bilder des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF).....	198
a) Die öffentlichen Veranstaltungen	198
b) Kein Hauptobjekt der Nutzung	200
4. Das Posieren gegen Entlohnung (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF).....	204
5. Keine Ausnahme von den Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF? 207	
III. Rechtsvergleichende Zusammenfassung.....	216

1. Die Einschränkung in öffentlichen Interessen.....	216
a) Die rechtsvergleichende Analyse der Normen in § 23 Abs. 1 Nrn. 1 und 4, § 24 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF	216
aa) Die Einschränkung in öffentlich-rechtlichen Interessen	217
bb) Die Einschränkung in gesellschaftlichen Interessen.....	219
b) Die Vorschläge zur Veränderung der russischen Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF.....	220
aa) Ein Vorschlag zur Veränderung der Einschränkung in staatlichen Interessen	220
bb) Ein Vorschlag zur Veränderung der Einschränkung in gesellschaftlichen Interessen.....	221
2. Die Personen als Beiwerk.....	222
3. Die bei den öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen Personenabbildungen	223
4. Die Bildherstellung gegen Entlohnung (§ 22 Satz 2 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF).....	224
5. Die Verletzung berechtigter Interessen	225
E. Der Schutz des Rechts am eigenen Bild.....	228
I. Deutschland.....	228
1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild.....	229
a) Der Beseitigungsanspruch	229
aa) Der Beseitigungsanspruch nach den Normen des BGB und anderer Gesetze	229
bb) Der Beseitigungsanspruch nach den Normen des KUG	230
b) Der Unterlassungsanspruch	231
c) Der Geldentschädigungsanspruch.....	233
aa) Die rechtliche Grundlage.....	233
bb) Die Funktionen der Geldentschädigung.....	234
cc) Die Voraussetzungen der Geldentschädigung.....	237
dd) Die Bemessung der Geldentschädigung	241
d) Der Schadensersatzanspruch.....	243
e) Der Bereicherungsanspruch	245
f) Der Auskunftsanspruch.....	249
2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild	250
3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild	253
a) Der postmortale Schutz nach KUG.....	253

b) Der postmortale Schutz durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	256
aa) Die ideellen Bestandteile des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts	256
bb) Die vermögenswerten Bestandteile des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts	259
II. Russland	262
1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild	265
a) Die Beseitigung der rechtsverletzenden Handlungen	265
aa) Die Beseitigung nach Art. 12 und Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 Var. 3 ZGB RF	265
bb) Die Beseitigung nach Art. 152.1 Punkte 2 und 3 ZGB RF	265
b) Die Unterlassung	267
c) Die Entschädigung für moralischen Schaden	269
aa) Die rechtliche Grundlage	269
bb) Die Funktionen der Entschädigung für moralischen Schaden	273
cc) Die Voraussetzungen der Entschädigung für moralischen Schaden	275
dd) Die Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden	278
d) Der Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch	287
e) Die Wiederherstellung des Zustands, der vor der Rechtsverletzung bestanden hat	293
f) Die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Verletzung	295
g) Die gerichtliche Feststellung der Verletzung des nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts	296
h) Die Anerkennung des Rechts	296
i) Der Selbstschutz des Rechts	296
j) Weitere Schutzmittel nach Art. 12 ZGB RF	297
2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild	297
3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild	298
a) Die Rechtsposition der Wahrnehmungsberechtigten	298
b) Der Kreis der Wahrnehmungsberechtigten	300
c) Die Ansprüche der Wahrnehmungsberechtigten	301
d) Die Dauer des postmortalen Schutzes des Rechts am eigenen Bild	301
III. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	303
1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild	303
a) Der Beseitigungsanspruch	303

b) Der Unterlassungsanspruch	303
c) Der Anspruch auf Entschädigung für immateriellen Schaden.....	303
d) Der Schadensersatz- und Bereicherungsansprüche	305
e) Sonstige zivilrechtliche Ansprüche.....	305
2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild	306
3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild	307
F. Die Zusammenfassung.....	309
G. Anhang	312
Anhang Nr. 1	312
Anhang Nr. 2	315
Anhang Nr. 3	316
Anhang Nr. 4	317
Literaturverzeichnis.....	318

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
APO RF	Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CIK RF	Central'naja izbiratel'naja komissija Rossijskoj Federacii (Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation)
d. h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DM	Deutsche Mark
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
ebd.	ebenda
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EuGH	Europäischer Gerichtshof
etc.	et. cetera
f. (ff.)	folgende (fortfolgende)
Fn.	Fußnote

GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-Prax.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Redaktionell bearbeitete Rechtsprechung
Hrsg. (Hgg.)	Herausgeber (plural)
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jur. Diss.	Juristische Dissertation
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht Berlin
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
LG	Landgericht
n. F.	neue Fassung
n. v.	nicht veröffentlicht
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift. Rechtsprechungs-Report
Nr. (Nrn.)	Nummer (plural)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OAG RF	Das Oberste Arbitragegericht der Russischen Föderation
OG RF	Das Oberste Gericht der Russischen Föderation
OLG	Oberlandesgericht
RF	Russische Föderation
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt

RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
S.	Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
SND	S''ezd narodnych deputatov (Kongress der Volksdeputierten)
SSSR	Sojuz sovetskich socialističeskich respublik (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
StGB	Strafgesetzbuch Deutschlands
StGB RF	Strafgesetzbuch der Russischen Föderation
StPGB RF	Strafprozessgesetzbuch der Russischen Föderation
SZ RF	Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii (Gesetzessammlung der Russischen Föderation)
u. a.	und andere
u. ä.	und ähnliches
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ufita	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UrhG	Urheberrechtsgesetz
usw.	und so weiter
Var.	Variante
VerfG RF	Verfassungsgericht der Russischen Föderation
vgl.	vergleiche
VS	Verchovnyj Sovet (der Oberste Sowjet)
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZGB RF	Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation
ZPO RF	Zivilprozessordnung der Russischen Föderation
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, Rechtsprechungsdienst

A. Einleitung

I. Problemstellung

Sowohl im deutschen als auch im russischen Recht ragt das Recht am eigenen Bild neben den übrigen Persönlichkeitsrechten heraus. Eine unbefugte Bildveröffentlichung beeinträchtigt die Persönlichkeit des Betroffenen viel stärker, als bloße Namensnennung bei einer Wortberichterstattung, da das Bild als solches anschaulich ist und neben der Personenabbildung die entsprechende Umgebung zum Zeitpunkt der Bildherstellung wiedergibt, so dass bestimmte Rückschlüsse über den Abgebildeten gezogen werden können. Das festgehaltene äußere Erscheinungsbild einer Person kann im Zeitalter der digitalen Technik und des Internets leicht öffentlich zur Schau gestellt werden. Das stellt die Kontrolle des Abgebildeten über seine öffentliche Darstellung im Bild in Frage.

Eine andere Schwierigkeit kommt dadurch zum Ausdruck, dass Medienunternehmen unter Konkurrenzdruck zunehmend spektakuläre Berichterstattung bieten müssen, wodurch die journalistische Wahrheit ins Wanken zu geraten droht. Mit handlichen Aufnahmegegeräten, die Abbildungen vom Objekt unbemerkt herstellen, ist eine steigende Gefährdung von Persönlichkeitsrechten verbunden. Darüber hinaus können die Personenbilder wirtschaftlich ausgenutzt werden.

Die Regelung des Rechts am eigenen Bild reicht in Deutschland in den Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, als das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie (im Folgenden KUG, Kunsturhebergesetz) verabschiedet wurde. Seitdem hat die Rechtsprechung den Schutz des Bildes mit zahlreichen Entscheidungen ausgestaltet und um den Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ergänzt. In Russland ist die erste Normierung des Rechts am eigenen Bild erst 1964 zu finden. Die Väter des Gesetzes hatten das deutsche Kunsturhebergesetz vor den Augen, so dass die Vorschriften kerngleich ausfallen. In Deutschland und Russland werden sie allerdings unterschiedlich verstanden.

Die vorliegende Untersuchung soll dazu beitragen, Unterschiede in der Regelungspraxis zu benennen und herauszufinden, welche Rechtsfolgen sie für den Rechtsinhaber haben. Dafür ist eine Bestandsaufnahme der Rechtsprechung und der Literatur in beiden Rechtsordnungen vorzunehmen, sind die Vor- und Nachteile für den Abgebildeten festzustellen und ggf. die Vorschläge *de lege ferenda* auszuformulieren. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild, weil sich gerade in diesem Bereich rechtverletzende Handlungen am geschicktesten tarnen lassen.

Das deutsche und russische Recht werden zunächst gesondert erörtert, sodann rechtsvergleichend evaluiert. Zur Einführung wird die historische Entwicklung der

Persönlichkeitsrechte generell und des Rechts am eigenen Bild insbesondere dargestellt. Anschließend wird eine Übersicht über die Drittwirkung der Grundrechte im Privatrecht gegeben und die Rechtsnatur des Rechts am eigenen Bild geprüft. Davon hängt die Behandlung von Folgeproblemen ab.

In einem weiteren Schritt wird der Begriff „Bild“ erläutert und gezeigt, wie sich das äußere Erscheinungsbild einer Person festhalten lässt. Desweiteren ist die Einwilligung des Rechtsinhabers sowie die Handlungen, die Vornahme deren dieser Einwilligung bedarf, zu diskutieren. Danach erfolgt eine kritische Analyse des Schutzguts des Rechts am eigenen Bild sowie der geschützten Interessen des Abgebildeten.

Maßgeblich sind in erster Linie, wie oben angeführt, die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild, so dass die folgende Darstellung sich auf ihre Gegenüberstellung im deutschen und russischen Recht konzentriert. Daran schließen sich eigene Vorschläge an, wie das russische Gesetz verändert werden könnte.

Schließlich behandelt die Arbeit eingehend den zivil- und strafrechtlichen Schutz des Rechts am eigenen Bild, wobei der postmortale Bildnisschutz im Mittelpunkt steht. Die Zusammenfassung der Ergebnisse und die Vorschläge *de lege ferenda* beschließen die Arbeit.

II. Forschungsstand und Verhältnis zum Datenschutz

In seiner mehr als hundertjährigen Geschichte hat das Recht am eigenen Bild in Deutschland klare Konturen erlangt und ist gegenwärtig ziemlich umfassend geregelt. Die deutschen Gerichte haben eine ausführliche Systematik in der Hand und sind somit in der Lage, den Interessen des Rechtsinhabers einen gebührenden Schutz zu gewähren. Einen maßgebenden Beitrag dazu hat die deutsche Rechtswissenschaft geleistet, die eine eindrucksvolle Tiefe in diesem Bereich aufweist.

Besonders eingehend wurde dabei die Einschränkung des Rechts am eigenen Bild hinsichtlich der Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte erörtert, weil die berühmte „von Hannover gegen Deutschland“-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgenden EGMR) die gesamte deutsche Rechtsprechung zu sogenannten absoluten Personen der Zeitgeschichte stark beeinflusst hat.

Diese langjährige Geltung des Kunsturhebergesetzes wurde allerdings durch das Inkrafttreten am 25.05.2018 der Datenschutz-Grundverordnung (im Folgenden DS-GVO) in Frage gestellt. Die Foto- und Videoaufnahmen,¹ auf denen die natürlichen Personen identifizierbar dargestellt sind, enthalten gemäß Art. 4 Nr. 1 DS-GVO die personenbezogenen Daten,² so dass bei ihrer Verbreitung und öffentlichen Zurschaustellung die Verordnung die nationalen Regelungen verdrängt.³ Etwas anderes gilt, nur wenn der Ordnungsgeber den Mitgliedstaaten durch eine Öffnungsklausel einen nationalen Gestaltungsspielraum eröffnet.⁴

Nach der wohl herrschenden Meinung in der deutschen Literatur stellt Art. 85 Abs. 1 DS-GVO eine solche Öffnungsklausel dar, die dem KUG zur Anwendung kommen lässt.⁵ Auch die Bundesregierung⁶ sowie das Bundesinnenministerium⁷ schließen sich dieser Ansicht an. Laut Art. 85 Abs. 1 DS-GVO bringen die Mitgliedstaaten durch Rechtsvorschriften das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten mit dem Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit

¹ *Ehmann*, ZD 2020, 65, Fn. 1.

² *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (578); *Dregelies*, AfP 2019, S. 299; *Raji*, ZD 2019, 61 (62).

³ *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (550).

⁴ *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (550); *dies.*, AfP 2019, 373 (375 f.); *Benedikt/Kranig*, ZD 2019, 4 (4).

⁵ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (582); *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (78); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (377); *Lauber-Rönsberg/Hartlaub*, NJW 2017, 1057 (1061 f.); *Engels* in: *Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg*, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10 e; *Nettesheim*, AfP 2019, 473 (474); diese Frage offen gelassen vom LG Frankfurt a. M., Urteil vom 13.09.2018, ZD 2018, 587.

⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten *Christian Lindner*, *Stephan Thoma*, *Michael Theurer*, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, Drucksache des Deutschen Bundestags 19/2653 vom 11.06.2018, S. 14 f.

⁷ Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Datenschutz-Grundverordnung, abrufbar unter <<https://goo-gl.su/f7WxgHl>>, zuletzt abgerufen am 16.06.2020.

in Einklang. Die §§ 22 und 23 KUG sind völlig geeignet, einen solchen Ausgleich herbeizuführen,⁸ da die bereits bestehenden Regelungen als Umsetzungsakte angesehen werden können.⁹ Streitig sein darf nur die Mitteilungspflicht nach Art. 85 Abs. 3 DS-GVO, der aber keine konstitutive Wirkung zukommt.¹⁰ Das Untätigbleiben des Gesetzgebers in dieser Hinsicht lässt schlussfolgern, dass er die §§ 22 und 23 KUG ebenso für weiterhin anwendbar hält.¹¹

Allerdings wird teilweise vertreten, dass Art. 85 Abs. 1 DS-GVO unter Beachtung der ausdrücklichen Ausnahmeregelung in Art. 85 Abs. 2 DS-GVO zugunsten der journalistischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Zwecken lediglich als Anpassungsauftrag ohne Regelungsbefugnis anzusehen ist.¹² Diese Auffassung hat zur Folge, dass die §§ 22 und 23 KUG nur einschränkend im Rahmen der Öffnungsklausel in Art. 85 Abs. 2 DS-GVO angewendet werden dürfen.¹³

So stellte das OLG Köln in einer der ersten einschlägigen Entscheidungen¹⁴ fest, dass Art. 85 Abs. 2 sowie der Erwägungsgrund 153 DS-GVO die Herbeiführung der praktischen Konkordanz zwischen Datenschutz und Äußerungs- und Kommunikationsfreiheit fordern. Im journalistischen Bereich sei das Kunsturhebergesetz diesen Anforderungen gerecht und fortgelte.¹⁵ In der rechtswissenschaftlichen Literatur wird zwar teilweise für die ausschließliche Zuständigkeit dafür der Länder plädiert,¹⁶ jedoch wird dabei die Norm in Art. 74 Abs. 1 Satz 1 GG übersehen, nach der das Äußerungsrecht dem bürgerlichen Recht zuzurechnen ist.¹⁷

Hinsichtlich der nicht-journalistischen Bildnisveröffentlichungen, die ebenso durch die Kommunikationsfreiheiten geschützt sind, etwa im Bereich der gewerblichen Fotografie und der Blogger,¹⁸ wurde die Anwendbarkeit des KUG ungeklärt gelassen.¹⁹ Ist diese zu verneinen,²⁰ so gelten die datenschutzrechtlichen Vorgaben, es sei denn, eine sogenannte

⁸ Ziebarth/Elsaß, ZUM 2018, 578 (583).

⁹ OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018, ZUM-RD 2018, 549 (550); Ziebarth/Elsaß, ZUM 2018, 578 (583); Benedikt/Kranig, ZD 2019, 4 (5); Pauly in: Paal/Pauly, DS-GVO, Art. 85, Rn. 14; Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10 d; Nettessheim, AfP 2019, 473 (479).

¹⁰ Lauber-Rönsberg, AfP 2019, 373 (379); Benedikt/Kranig, ZD 2019, 4 (5); a. A. Klein, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 238.

¹¹ Krüger/Wiencke, MMR 2019, 76 (76); a. A. Benedikt/Kranig, ZD 2019, 4 (5).

¹² Dregelies, AfP 2019, S. 299 (301).

¹³ Ebd., S. 303.

¹⁴ OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018, ZUM-RD 2018, 549.

¹⁵ OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018, ZUM-RD 2018, 549 (550); s. a. OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (242); LG Frankfurt a. M., Urteil vom 27.09.2018, ZUM-RD 2020, 80; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 26.09.2019, ZD 2020, 204.

¹⁶ Dregelies, AfP 2019, S. 299 (301 f.); Benedikt/Kranig, ZD 2019, 4 (5).

¹⁷ Lauber-Rönsberg, AfP 2019, 373 (379); Lauber-Rönsberg/Hartlaub, NJW 2017, 1057 (1060).

¹⁸ Vgl. LG Frankfurt a. M., Urteil vom 30.01.2020, GRUR-RS 2020, 1785.

¹⁹ Hoeren, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZD 2018, 434), ZD 2018, 435 (436); Lauber-Rönsberg, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (552).

²⁰ So Dregelies, AfP 2019, S. 299 (301); Benedikt/Kranig, ZD 2019, 4 ff.; Pauly in: Paal/Pauly, DS-GVO, Art. 85, Rn. 2.

Haushaltsausnahme für Datenverarbeitung zu persönlichen oder familiären Tätigkeiten gemäß Art. 2 Abs. 2 Buchstabe c DS-GVO eingreift, die verstorbenen Personen sind betroffen oder der Umgang mit den analogen Bildern stattfindet, der üblicherweise keine Datenverarbeitung im Sinne von Art. 4 Nr. 2 DS-GVO darstellt.²¹ Die Rechtmäßigkeit der Bildnisveröffentlichung ist somit in diesen Fällen nach Maßgabe des Art. 6 DS-GVO zu beurteilen. Auch wenn die §§ 22 und 23 KUG mit Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a und f DS-GVO vergleichbar sind,²² bleiben einige praktischen Fragen ungeklärt, etwa die Reichweite der Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO, die Erfüllung derer bei der Fotoaufnahme einer großen Menschenmenge unmöglich sein kann.²³

Solange es keine gefestigte Rechtsprechung des EuGH entwickelt haben wird, besteht die Rechtsunsicherheit, ob der große Bereich der nicht-journalistischen Fotografie vom Recht des Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung in Hintergrund verdrängt, während vom Verordnungsgesetzgeber der Ausgleich zwischen Kommunikationsgrundrechten und Persönlichkeitsrechtsschutz angestrebt wurde.²⁴ In der deutschen Rechtsprechung²⁵ und Literatur²⁶ wird darum festgestellt, dass die Wertungen des KUG auch im Rahmen von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO herangezogen werden können, weil die langjährige umfassende Kasuistik es zu einem praxistauglichen Regelwerk gemacht hat.²⁷

Gegen das Verständnis der Regelung in Art. 85 Abs. 1 DS-GVO als Anpassungsauftrag ohne Regelbefugnis spricht jedoch, dass eine bloße Erinnerung an den Anwendungsvorrang der europäischen Verordnung gegenüber nationalem Recht, soweit keine Öffnungsklausel vorgesehen ist, als überflüssig erscheint.²⁸ Die in Art. 85 Abs. 2 DS-GVO genannten journalistischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Zwecke der

²¹ *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (382), Fn. 87; *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 40 ff., 144, 154, 157 f.

²² *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (380).

²³ *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (552); ausführlicher dazu s. *Hoeren*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZD 2018, 434), ZD 2018, 435 (436); *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (80); vgl. *Raji*, ZD 2019, 61 (65 f.).

²⁴ Näheres dazu s. *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (582).

²⁵ LG Frankfurt a. M., Urteil vom 30.01.2020, GRUR-RS 2020, 1785, Rn. 75; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 13.09.2018, ZD 2018, 587 (588); vgl. OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (133).

²⁶ *Benedikt/Kranig*, ZD 2019, 4 (6 f.); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (382); *Müller*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), GRUR-Prax 2018, 383; *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (79); *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (581); *Hansen/Brechtel*, GRUR-Prax 2018, 369 (370).

²⁷ *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (76).

²⁸ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (582); *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (552); vgl. *Nettesheim*, AfP 2019, 473 (474).

Verarbeitung wurden somit lediglich wegen ihrer besonderen Bedeutung als Beispiele solcher Kommunikationsgrundrechte hervorgehoben.²⁹

Es ist deshalb daran festzuhalten, dass das Kunsturhebergesetz gemäß Art. 85 Abs. 1 DS-GVO fortgilt. Angesichts seiner umfangreichen Abwägungsmöglichkeiten erlaubt es auch die Berücksichtigung der unionsrechtlichen Grundrechtspositionen,³⁰ zumal die deutsche Rechtsprechung seit langem im Rahmen methodisch vertretbarer Gesetzesauslegung die EMRK als Rechtserkenntnisquelle heranzieht.³¹ Fraglich bleibt in diesem Zusammenhang, ob die Mitgliedstaaten aufgrund der eigenständigen Öffnungsklausel in Art. 85 Abs. 1 DS-GVO die Ausnahmen von den strengen datenschutzrechtlichen Regelungen z. B. über Informations-, Auskunfts- und Löschungspflichten vorsehen dürfen, selbst wenn unter einer größeren Begründungslast im Unterschied zu Art. 85 Abs. 2 DS-GVO.³²

Die Einzelfragen, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen KUG und DS-GVO entstehen, etwa die Regelung der vom KUG nicht erwähnten Anfertigung von Personenbildnissen und Sanktionen für die Rechtsverletzungen, werden an den entsprechenden Stellen der vorliegenden Arbeit eingehend diskutiert. Auf das russische Recht übt die DS-GVO keinen besonderen Einfluss aus, es sei denn, der räumliche Anwendungsbereich der Verordnung gemäß Art. 3 DS-GVO wird auch für die Russische Föderation eröffnet.

Im Vergleich zum deutschen Recht ist das russische Recht am eigenen Bild immer noch nicht so umfassend behandelt worden. Als es in der sowjetischen Zeit zum ersten Mal gesetzlich geregelt wurde, zog es keine große Aufmerksamkeit in der Rechtswissenschaft auf sich. Der Grund lag darin, dass die Gerichtsentscheidungen über eine Bildveröffentlichung überwiegend die dadurch verursachte Verletzung der Ehre und Würde des Menschen betrafen.³³ Dementsprechend hat man sich damals im Schrifttum vor allem mit dem Recht auf den Schutz der Ehre und Würde des Menschen auseinandergesetzt, wobei der Bildnisschutz nur nebenbei erwähnt wurde.

So haben *Flejšic/Makovskij*³⁴ kurz vor der Normierung des Rechts am eigenen Bild behauptet, dass bei den genossenschaftlichen Beziehungen in der Sowjetunion die Eingriffe in

²⁹ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (582); *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (78); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (377); *Lauber-Rönsberg/Hartlaub*, NJW 2017, 1057 (1061); a. A. *Raji*, ZD 2019, 61 (65).

³⁰ OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018, ZUM-RD 2018, 549 (550); vgl. LG Frankfurt a. M., Urteil vom 13.09.2018, ZD 2018, 587.

³¹ *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551); *Lauber-Rönsberg/Hartlaub*, NJW 2017, 1057 (1060); *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (584); vgl. *Ehmann*, ZD 2020, 65 (67); OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (133); a. A. *Nettesheim*, AfP 2019, 473, Fn. 44.

³² *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (377).

³³ *Erdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 9.

³⁴ *Flejšic/Makovskij*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1963, Nr. 1, S. 90.

das Recht am eigenen Bild mangels der Wirtschaftskonkurrenz sehr selten vorkämen, so dass kein Bedürfnis bestehe, dieses Recht eingehend zu regeln.

Zum Zeitpunkt der Normierung des Rechts am eigenen Bild im Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation³⁵ (im Folgenden ZGB RF)³⁶ hat sich die Rechtssituation nicht bedeutend geändert.³⁷ Erst in den letzten Jahren haben die einschlägigen Streitigkeiten bemerkenswert zugenommen.³⁸ Zwar gibt es dabei im Vergleich zum deutschen Recht keine vergleichbare Menge an Rechtsprechung, was auf eine niedrige Rechtskundigkeit der Gesellschaft und eine rückständige Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild in Russland zurückgeführt werden darf.³⁹ Jedoch lässt sich die vorhandene Kasuistik analysieren, was das Interesse am Bildnisschutz im russischen Schrifttum geweckt hat.

Die gegenwärtige Forschung zum Recht am eigenen Bild besteht überwiegend aus einzelnen Aufsätzen, die unterschiedliche Seiten des Bildnisschutzes behandeln, etwa die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild. Darüber hinaus wird es in den zivilrechtlichen Lehrbüchern und Kommentaren zum Zivilgesetzbuch Russlands in den Kapiteln über die Persönlichkeitsrechte generell erwähnt. Es handelt sich dabei um eine kurze Erläuterung der Grundsätze des Bildnisschutzes. 2015 ist die erste Dissertation⁴⁰ erschienen, die zur Klärung einiger Fragen des Rechts am eigenen Bild maßgeblich beigetragen hat. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Bildverwertung. Allerdings wurden nicht alle Einzelheiten dieses Rechts eingehend untersucht. Es ist zu erwarten, dass das russische Recht sich in diese Richtung weiterhin entwickeln wird und auch weitere einschlägige Monografien erscheinen werden, die bislang fehlen.

Die Einwilligung in die Bildveröffentlichung, der postmortale Bildnisschutz sowie die Abwehrmöglichkeit gegen bloße Bildanfertigung sind beispielsweise in der russischen Literatur noch nicht fundiert behandelt worden. Auch haben die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild noch keine praxisorientierte Erörterung gefunden, insbesondere was die Einschränkung in

³⁵ Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii, der erste Teil vom 30.11.1994 Nr. 51-FZ, Rossijskaja gazeta Nrn. 238, 239 vom 08.12.1994.

³⁶ Das aus vier Teilen bestehende russische Zivilgesetzbuch – wie etwa auch das deutsche BGB mit seinen fünf Büchern – wird als Einheit mit fortlaufender Zählung der Abschnitte [razdely], Unterabschnitte [podrazdely], Kapitel [glavy], Paragraphen [paragrafy] und Artikel [stat'i] verstanden; Artikel werden dabei in Punkte [punkty] und diese in Unterpunkte [podpunkty] (in der vorliegenden Arbeit – die Nummern) oder Absätze [absacy] untergliedert, vgl. Dietz, GRUR Int. 2009, Heft 3, 205 (219).

³⁷ Kolosov/Švarc, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 10; Mikrjukov, Jurist 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

³⁸ Mikrjukov, Jurist 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

³⁹ Vgl. Nikolaeva, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2014, Nr. 6, S. 9.

⁴⁰ Nikolaeva, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Juristische Dissertation (im Folgenden Jur. Diss.), Russische staatliche Akademie des geistigen Eigentums, Moskau 2014.

öffentlichen Interessen angeht. Nicht ausführlich wurde bisher die Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild diskutiert. Immerhin haben die sich kontinuierlich verbreitenden Fälle der Bildverwertung einigen Forschern Anlass gegeben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Die vorliegende Arbeit soll somit eine erste tieferergehende Untersuchung des Rechts am eigenen Bild in Russland darstellen, die alle vorhandenen fragmentarischen Erkenntnisse zusammenfasst und unter kritischer Betrachtung erläutert. Die rechtsvergleichende Vorgehensweise, bei der die Errungenschaften der deutschen Rechtswissenschaft als Vorbild angesehen werden, lässt diese Forschung in ein ordentliches System bringen und die entsprechenden Probleme umfassend betrachten. Dies steht in Einklang mit der Anregung, die in der Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation⁴¹ hervorgehoben wurde, laut der bei der Rechtsfortbildung auf dem Gebiet der Persönlichkeitsrechte unter anderem die deutschen Erfahrungen zu berücksichtigen sei.

Da die einschlägigen russischen Aufsätze in Deutschland üblicherweise nicht publiziert werden, soll die vorliegende Arbeit dazu beitragen, die Rechtssituation über den Bildnisschutz in Russland in einer nachvollziehbaren Form darzustellen. Die deutsche Rechtswissenschaft kann davon profitieren, weil das russische Recht ein gutes Beispiel ist, wie sich die Persönlichkeitsrechte im postsowjetischen Raum entwickeln.

⁴¹ Koncepcija razvitija graždanskogo zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, gebilligt durch die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung vom 07.10.2009, veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, November 2009, Nr. 11, Abschnitt 2, Punkt 3.5.

B. Allgemeines

I. Historische Entwicklung des Rechts am eigenen Bild

1. Deutschland

Zum ersten Mal wurde der Bildnisschutz in Deutschland im bayerischen „Gesetz zum Schutze der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen und der Kunst“ vom 28.07.1865 normiert, laut dessen § 35 bei Bildnissen (Portraits) das Recht zur Vervielfältigung auf den Besteller übergeht.⁴² Der Bildnisschutz wurde damit als Einschränkung des Vervielfältigungs- und Verbreitungsrechts des Urhebers betrachtet. Für den Abgebildeten war eine solche Regelung eher ungünstig, weil sie nicht für alle, sondern nur für diejenigen Fotografien einschlägig war, die die für einen urheberrechtlichen Schutz erforderliche Schöpfungshöhe besaßen.⁴³ Darüber hinaus waren die einschlägigen Normen buchstäblich an den Bildnisbesteller adressiert, unter dem man dabei den Abgebildeten verstand. Dies kann auf die technischen Voraussetzungen in der Anfangsphase der Entwicklung der Fotografie zurückgeführt werden, weil vor der Entwicklung der Momentfotografie die Abbildung einer Person nur bei ihrer Bereitschaft, Modell zu stehen, angefertigt werden konnte. Angesicht der Tatsache, dass der Initiator der Herstellung von Fotografien in der Regel das Modell selbst war, ging der Gesetzgeber von der Identität des Bestellers und des Abgebildeten aus.⁴⁴

Die Reichsgesetze vom 09.01.1876 „betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste“ (§ 8)⁴⁵ und vom 10.01.1876 „betreffend den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung“ (§ 7 Satz 3)⁴⁶ haben die Tragweite des Bildnisschutzes dahingehend erweitert, dass bei Fotografien keine bestimmte künstlerische Gestaltungshöhe mehr vorliegen musste, sofern bestimmte Formalien eingehalten wurden.⁴⁷ Der Begriff des Bestellers wurde in der gesetzlichen Formulierungen aber nicht durch den des Abgebildeten ersetzt, so dass der Letztere in vielen Fällen schutzlos stand, da die Fotografien zunehmend ohne Auftrag des Abgebildeten angefertigt wurden.⁴⁸

Mangels einschlägiger Schutzvorschriften wendeten die deutschen Gerichte immer wieder die strafrechtlichen Normen der Beleidigung an.⁴⁹ Erst 1899 ist mit der berühmten

⁴² Gesetzblatt für das Königreich Bayern, 1863/65. Abrufbar unter <<https://goo.gl/JLYkDp>>, zuletzt abgerufen am 27.12.2017; s. a. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 16.

⁴³ Vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 16.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ RGBl., 1876, S. 59.

⁴⁶ Ebd., S. 62.

⁴⁷ Vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 17.

⁴⁸ Näheres dazu ebd., S. 17 f.

⁴⁹ Ebd., S. 18.

„Bismarck“-Entscheidung⁵⁰ des Reichsgerichts deutlich geworden, dass die damalige gesetzliche Regelung nicht mit der technischen Entwicklung der Fotografie Schritt hielt. Der Fall betraf zwei Hamburger Berufsfotografen,⁵¹ die unbefugt ins Sterbezimmer *Otto von Bismarcks* eingedrungen waren und Blitzaufnahmen von dessen Leichnam angefertigt hatten. Das Reichsgericht gab der Klage der Erben auf Vernichtung der Negative, Platten usw. und auf Verbot der Veröffentlichung der Fotografien statt.⁵² Die Entscheidung stützte sich allerdings mangels entsprechender Rechtsnormen auf Hausfriedensbruch. Dies hat eine ausführliche wissenschaftliche Diskussion über den Bildnisschutz hervorgerufen.

Die ersten theoretischen Untersuchungen des Rechts am eigenen Bild gehen auf *Keyßner*⁵³ zurück, der diesen Begriff auch in die Wissenschaft eingeführt hat.⁵⁴ In seiner schon 1896 veröffentlichten Monografie⁵⁵ plädierte der Autor für die Anerkennung dieses Rechts als ein jedermann zustehendes Persönlichkeitsrecht, dessen Wesen darin bestehe, dass die Bildnisse nur mit Einwilligung des Abgebildeten veröffentlicht werden dürften.⁵⁶ Seiner Meinung nach ist der Abgebildete ein Herr seiner Bildnisse, weil diese ohne ihn nicht herstellbar sind.⁵⁷ Gleichwohl stelle das Recht am eigenen Bild kein absolut geschütztes Recht dar. Es sollten ihm gewisse Grenzen gezogen werden, und zwar zwecks der Strafrechtspflege,⁵⁸ bei Landschaftsaufnahmen mit zufälliger Personenabbildung⁵⁹ und bei den sogenannten Ereignisbildern, die Paraden und andere öffentliche Ereignisse illustrieren.⁶⁰

Andere Rechtswissenschaftler sahen in einer solchen Regelung eine Gefahr für Kunst, Wissenschaft und Presse und bestanden auf grundsätzliche Abbildungsfreiheit, die nur bei Verletzung von schutzwürdigen Interessen des Abgebildeten einzuschränken sei.⁶¹ So behauptete *Kohler*, dass die öffentliche Wiedergabe der Bildnisse nur dann zu untersagen sei, wenn sie in den berechtigten Bereich der Persönlichkeit mehr eingriffen, als es gestattet sei,

⁵⁰ RG, Urteil vom 28.12.1899, RGZ 45, 170 ff.

⁵¹ Mehr zu den Fotografen s. *Machtan*, *Der Spiegel* 28/1998, 80 f.

⁵² Ungeachtet dieser Entscheidung wurde zumindest eine Fotografie nicht vernichtet, da sie 1998 in der Zeitung „Der Spiegel“ (Heft 28, S. 81) veröffentlicht wurde, abrufbar unter <<https://goo.gl/ndG7HJ>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022, s. *Bartnik*, *Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht*, S. 2 Fn. 2; vgl. *Seifert*, *NJW* 1999, 1889 (1889) – Die einschlägige Fotografie wurde zum ersten Mal 1953 in einer Zeitschrift veröffentlicht.

⁵³ *Keyßner*, *Das Recht am eigenen Bilde*, Berlin 1896.

⁵⁴ *Bartnik*, *Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht*, S. 13.

⁵⁵ *Keyßner*, *Das Recht am eigenen Bilde*.

⁵⁶ Ebd., S. 96.

⁵⁷ Ebd., S. 2.

⁵⁸ Ebd., S. 41 f.

⁵⁹ Ebd., S. 45 f.

⁶⁰ Ebd., S. 46 f.

⁶¹ *Kohler*, *Das Eigenbild im Recht*, S. 9 f.; s. dazu *Götting*, *Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte*, S. 22; *Walter*, *Die Vereinbarkeit des sogenannten Reality-Fernsehens mit dem Recht am eigenen Bilde*, S. 19.

etwa in gesellschaftswidriger, kränkender oder herabsetzender Weise,⁶² zumal die Rechtsordnung „nicht auf Mimosen Rücksicht nehmen kann“.⁶³ *Cohn* stellte fest, dass der Schikane Vorschub geleistet würde, wenn man das Einspruchsrecht ganz nach Laune und Willkür des Porträtierten zulassen wolle.⁶⁴

Die kontroversen Meinungen wurden nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch der Regelungsform des Bildnisschutzes vertreten. Während einige Rechtswissenschaftler für die gesetzliche Normierung des Rechts am eigenen Bild eintraten,⁶⁵ hielten die anderen dies für überflüssig, da sie schon damals für die Anerkennung eines umfangreichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts plädierten,⁶⁶ das unter anderem das „besondere“ Recht am eigenen Bild umfassen sollte.⁶⁷ Letzterer Ansicht stand allerdings entgegen, dass bei der Verabschiedung des BGB im Jahre 1900 einzig das Namensrecht (§ 12 BGB) als nennenswertes Persönlichkeitsrecht kodifiziert wurde.⁶⁸ Dementsprechend lehnte das Reichsgericht regelmäßig in seiner Rechtsprechung sowohl das Recht am eigenen Bild als auch das allgemeine Persönlichkeitsrecht ab.⁶⁹

Nachdem der 26. und 27. Deutsche Juristentag in den Jahren 1904 und 1905 den Bildnisschutz zur Diskussion gestellt und eingehend erörtert hatte,⁷⁰ wurde am 09.01.1907 das „Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie“ verabschiedet. Darin wurde das Recht am eigenen Bild als absolutes und subjektives Recht anerkannt.⁷¹ Der Gesetzgeber ist dabei *Keyßners* Ideen gefolgt und hat ein grundsätzliches Verbot der Veröffentlichung von Personenbildern vorgeschrieben (§ 22 KUG). Den öffentlichen Interessen wurde Rechnung getragen, indem in § 23 Abs. 1 KUG Ausnahmefälle verankert wurden, in denen Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung der Bildnisse auch ohne Einwilligung des Abgebildeten zulässig sind. Die Idee von *Kohler*, den Bildnisschutz nur bei Verletzung von berechtigten Interessen anzubieten, hat eine Ausprägung in § 23 Abs. 2 KUG gefunden, laut dem die nach § 23 Abs. 1 KUG rechtmäßigen Handlungen wiederum

⁶² *Kohler*, Das Eigenbild im Recht, S. 17.

⁶³ Ebd., S. 9.

⁶⁴ *Cohn*, Neue Rechtsgüter. Das Recht am eigenen Namen. Das Recht am eigenen Bilde, S. 47.

⁶⁵ Z. B. *Keyßner*, Das Recht am eigenen Bilde.

⁶⁶ Vgl. z. B. *Kohler*, Das Eigenbild im Recht.

⁶⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 21; *Kötz/Wagner*, Deliktsrecht, Rn. 374; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 32.

⁶⁸ *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 16; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 32.

⁶⁹ *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 16.

⁷⁰ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 22.

⁷¹ *Helle*, AfP 1986, 25 (27); *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 48 f; vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 297.

unzulässig sind, wenn dadurch ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt wird.⁷²

Im Unterschied zur früheren Regelung wurde dem Recht am eigenen Bild ein Schutz unabhängig vom Urheberrecht und seiner spezifischen Schutzdauer gewährt.⁷³ Die Normierung des Rechts am eigenen Bild neben den urheberrechtlichen Normen ist deshalb als misslungen zu betrachten. Seiner Rechtsnatur nach wurde es von Anfang an als Persönlichkeitsrecht verstanden.⁷⁴ Der Gesetzgeber hatte im Gesetzgebungsverfahren zwar ausgiebig die Frage untersucht, ob es richtig ist, den Bildnisschutz systematisch im KUG zu gewähren.⁷⁵ Allerdings sah er den Bildnisschutz auch immer als eine Einschränkung der Befugnisse des Bildnisurhebers an.⁷⁶ Im Ergebnis hat er den Bildnisschutz sachlich nah zum Urheberrecht geregelt.⁷⁷ Darüber hinaus schien angesichts der erst kurz zuvor vorgenommenen Kodifizierung des Zivilrechts eine baldige Änderung des BGB schwer durchsetzbar.⁷⁸

Die entsprechenden Normen des KUG sind immer noch geltendes Recht, denn es wurde mit Erlass des UrhG 1965 nur aufgehoben, „soweit es nicht den Schutz von Bildnissen betrifft“ (§ 141 Nr. 5 UrhG).⁷⁹ Ihre Eingliederung ins BGB wird dabei systematisch nach wie vor für durchaus möglich erachtet. Dies bestätigt unter anderem der schon 1959 eingebrachte und gescheiterte „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatzes“, nach dem sowohl das allgemeine Persönlichkeitsrecht, als auch seine speziellen Ausprägungen einschließlich des Rechts am eigenen Bild im BGB festgelegt werden sollten. Wie *Rehbinder* zu Recht hervorhebt, gehört die entsprechende Materie vom

⁷² *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 298; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 18 f.

⁷³ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 23.

⁷⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 45; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 23 f; *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 7; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 1; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 296; *Walter*, Die Vereinbarkeit des sogenannten Reality-Fernsehens mit dem Recht am eigenen Bilde, S. 23; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 18.

⁷⁵ *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 45 f.

⁷⁶ *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG, Vorbemerkung, Rn. 2; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 45 f; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 22; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 38; *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1890); *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 856; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 18; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 49.

⁷⁷ *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 1; *ders.* in: *Löwenheim*, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 1.

⁷⁸ *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 18.

⁷⁹ S. dazu *Engels* in: *Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg*, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 8.

systematischen Standpunkt aus in das BGB.⁸⁰ Der Gesetzentwurf wurde aber wegen des Widerstands der Presse nie verabschiedet.⁸¹

2. Russland

Die historische Entwicklung des Rechts am eigenen Bild in Russland ist mit der Entwicklung der Persönlichkeitsrechte und des Urheberrechts verbunden und lässt sich nicht getrennt davon untersuchen.

Die generelle Entwicklung des russischen Rechts lässt sich in drei Zeitabschnitte einteilen: Die Zeit vor der Russischen Revolution 1917, die sowjetische Zeit und die moderne Zeit. In der vorliegenden Arbeit wird an dieser Einteilung festgehalten.

a) Die Zeit vor der Russischen Revolution 1917

In der zivilrechtlichen Wissenschaft vor der Russischen Revolution 1917 spielten die Persönlichkeitsrechte keine große Rolle, weil nach dem damaligen Verständnis nur die Mittel der Interessenbefriedigung als rechtliche Objekte galten,⁸² das heißt Sachen als Teil der Außenwelt und Handlungen anderer Menschen.⁸³ Rechtsphilosophisch konnte ein Rechtsobjekt nur etwas sein, das außerhalb des wahrnehmenden Subjekts steht, so dass es der Vorstellung widersprach, wenn Subjekt und Objekt in einer Person zusammenfielen.⁸⁴

Von einem Recht am eigenen Bild konnte dementsprechend keine Rede sein.⁸⁵ Die damals geltende Gesetzessammlung des Russischen Zarenreichs von 1832⁸⁶ enthielt zwei Fallgruppen, in denen die Interessen des Porträtierten geschützt waren.⁸⁷ Zum einen stand dem Besteller des Porträts ein Urheberrecht zu (10. Band, 1. Teil, inoffizieller Anhang I „Das am 20. März 1911 höchstverabschiedete Gesetz über das Urheberrecht“, Kapitel VI, Art. 59

⁸⁰ *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 856.

⁸¹ Näheres zum Entwurf vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, z. B. S. 381 ff. und passim.

⁸² Zu den verschiedenen Vorstellungen hinsichtlich des Objekts der subjektiven Zivilrechte in diesem Zeitraum s. *Astachova*, *Graždanskoe pravo* 2006, Nr. 2, S. 2.

⁸³ *Šeršenevič*, *Učebnik ruskogo graždanskogo prava*, S. 57.

⁸⁴ *Ebd.*, S. 58, 71.

⁸⁵ Vgl. *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 79.

⁸⁶ Die russische Transkription „*Svod zakonov Rossijskoj Imperii*“, abrufbar unter <http://civil.consultant.ru/code/>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁸⁷ Vgl. *Zavadskij*, *O prave na sobstvennoe izobraženie*, S. 3.

Abs. 2)⁸⁸. Zum anderen wurde eine durch Herstellung und Verbreitung von Bildern zugefügte Beleidigung unter Strafe gestellt⁸⁹ (15. Band, 10. Abschnitt, Kapitel VI, Art. 1539).⁹⁰

Das Urheberrecht auf das Porträt gewährte dem Rechtsinhaber die Befugnisse, einen Rechtsverletzer strafrechtlich verfolgen zu lassen und Schadensersatz zu fordern. Dennoch entstand das Urheberrecht nicht automatisch mit der Schaffung des Werks, sondern erst nach Registrierung beim Notar und danach in der Zarenreichsakademie der Künste.⁹¹ Während die Künstler in der Praxis eine solche Registrierung veranlassten, unterließen sie die Fotografien regelmäßig. Dies hatte zur Folge, dass kein Urheberrecht entstand und die Fotografien willkürlich über das Porträt verfügen konnten.⁹² Die Entstehung des Urheberrechts beim Besteller setzte zusätzlich voraus, dass man den Urheber für seine Arbeit bezahlt hatte.⁹³ Auch wenn das Urheberrecht dem Besteller zustand, wurde es durch viele Einschränkungen und Ausnahmen geschwächt. So war etwa eine Nachahmung nur dann rechtswidrig, wenn sie kommerziell erfolgte.⁹⁴ Von dieser Regelung profitierte nicht der Abgebildete selbst, sondern der Besteller.

Der strafrechtliche Schutz hatte dagegen die Interessen des Abgebildeten im Fokus, setzte jedoch voraus, dass er die zugefügte Beleidigung beweisen konnte und sein Porträt verbreitet wurde.⁹⁵

Dass die vorhandenen Schutzmittel nicht ausreichend waren, haben einige russische Rechtswissenschaftler⁹⁶ schon damals betont. Ihre Ansicht wurde maßgeblich vom Zivilrecht der westlichen Länder beeinflusst, insbesondere Deutschlands. Da die deutsche Sprache im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts im Russischen Zarenreich eine große Rolle spielte, setzten sich viele damalige russische Rechtswissenschaftler mit der deutschen Rechtsliteratur⁹⁷ und Rechtsprechung⁹⁸ auseinander.

⁸⁸ Abrufbar unter <<http://civil.consultant.ru/reprint/books/211/202.html#img203>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁸⁹ Vgl. *Šeršenevič*, Učebnik ruskogo graždanskogo prava, S. 402 – Die persönliche Beleidigung sei nur strafrechtlich zu verfolgen, weil der Geldersatz des sogenannten immateriellen Schadens unzweckmäßig sei; der ehrenhafte Mensch lasse nicht zu, auf Kosten seiner eigenen Würde einen angeblichen Ersatz zu erhalten.

⁹⁰ Abrufbar unter <<http://civil.consultant.ru/reprint/books/229/172.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁹¹ *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 4.

⁹² Ebd., S. 4.

⁹³ Ebd., S. 3 f.

⁹⁴ Sonstige Beispiele s. ebd., S. 5.

⁹⁵ *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 6.

⁹⁶ S. z. B. *Vol'man* in: *Vestnik prava*, S. 311; *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 24 ff.; *Pokrovskij*, Osnovnye problemy graždanskogo prava, S. 122 ff.; *Gambarov*, Graždanskoe pravo. Obščaja časť, S. 429 f., 438.

⁹⁷ Dem *Kohler* zustimmend z. B. *Vol'man* in: *Vestnik prava*, S. 311; kritisch zu *Keyßners* Ideen z. B. *B. R.*, Žurnal juridičeskogo obščestva. God dvadcat' sed'moj, S. 7 ff.

⁹⁸ S. z. B. *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 6 ff.; *Pokrovskij*, Osnovnye problemy graždanskogo prava, S. 122 ff.

Das Recht am eigenen Bild wurde von ihnen als ein Ausschließlichkeitsrecht verstanden, dessen Wesen darin bestand, dass niemand das Bild einer Person ohne ihre Einwilligung wiedergeben, vervielfältigen und verbreiten durfte.⁹⁹ Die Ausnahmen eines öffentlichen Interesses wurden als gerechtfertigt betrachtet, es sei denn, der Abgebildete wurde herabgesetzt oder seine Intimsphäre verletzt, etwa bei Nacktaufnahmen oder einer Darstellung im Schlafrock.¹⁰⁰

Es wurde immer wieder betont, dass das Recht am eigenen Bild angesichts der modernen Nutzung der Fotografie, insbesondere der Momentfotografie, zunehmend an Bedeutung gewann.¹⁰¹ *Pokrovskij* sprach beispielsweise über die Gefahr, die in der Verfügungsmacht des Besitzers der Fotografie liegt, etwa wenn die Fotografie einer angesehenen Frau in einer Reihe mit Abbildungen anderer Frauen mit „anrühiger Reputation“ im Schaufenster ausgelegt würde.¹⁰²

Das in der russischen Literatur mit Nachdruck geforderte Recht am eigenen Bild wurde jedoch von den Vätern des Entwurfs des zivilrechtlichen Gesetzbuches¹⁰³ außer Acht gelassen,¹⁰⁴ obwohl das deutsche Kunsturhebergesetz schon vorlag und bekannt war.¹⁰⁵ Der russische Entwurf war insofern fortschrittlich, als er in Anlehnung an das deutsche BGB zum ersten Mal eine Geldentschädigung für immaterielle Schäden vorsah. Dies galt nicht nur bei unerlaubten Handlungen, sondern auch im Vertragsrecht.¹⁰⁶ Allerdings ist dieser Entwurf wegen der beginnenden Revolution nie in Kraft getreten.¹⁰⁷

b) Die sowjetische Zeit

aa) Die Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht

Nicht vermögenswerte persönlichkeitsrechtliche Beziehungen¹⁰⁸ wurden im ersten Zivilgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (im Folgenden

⁹⁹ *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 3.

¹⁰⁰ *Gambarov*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast', S. 429 f.

¹⁰¹ Ebd., S. 429.

¹⁰² *Pokrovskij*, Osnovnye problemy graždanskogo prava, S. 122.

¹⁰³ Die russische Transkription „Graždanskoe uloženie“.

¹⁰⁴ Vgl. *Zavadskij*, O prave na sobstvennoe izobraženie, S. 17 ff.

¹⁰⁵ Ebd., S. 18.

¹⁰⁶ *Beljackin*, Vozmeščenie moral'nogo (neimuščestvennogo) vreda, S. 28 f. Fn. 2.

¹⁰⁷ *Beljackin* sah allerdings darin keinen Grund für die Ablehnung der Geldentschädigung für immateriellen Schaden, weil die damals geltenden Gesetze nach seiner Ansicht keine Hindernisse dafür enthielten, s. *Beljackin*, Vozmeščenie moral'nogo (neimuščestvennogo) vreda, S. 36 f.; a. A. *Šeršenevič*, Učebnik russkogo graždanskogo prava, S. 392 – Es gebe kein gemeinsamer Maßstab für den immateriellen und materiellen Schadensersatz, so dass die Eingriffe in die Rechte, die mit dem Vermögensschaden nicht verbunden sind, keine Rechtsverletzung darstellen.

¹⁰⁸ Unter den nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen unterscheidet man im russischen Zivilrecht traditionell zwischen denjenigen, die mit den vermögenswerten Beziehungen verbunden und nicht

RSFSR) von 1922¹⁰⁹ nicht speziell geregelt. Erst mit der nächsten Kodifizierung des Zivilrechts Anfang der 1960er-Jahre wurden die Persönlichkeitsrechte zu seinem festen Bestandteil.

Allerdings waren die entsprechenden Normen im Laufe der Zeit nicht immer einheitlich formuliert. Die Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, im Folgenden UdSSR) und der Unionsrepubliken von 1961¹¹⁰ (Art. 1) und ihnen folgend das Zivilgesetzbuch der RSFSR (im Folgenden ZGB RSFSR) von 1964¹¹¹ (Art. 1 Punkt 1) bestimmten, dass die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen zivilrechtlich geregelt sind. Darunter fielen der Bildnisschutz (Art. 514 ZGB RSFSR) und der Schutz der Ehre und Würde des Menschen (Art. 7 ZGB RSFSR).¹¹² Gemäß den neueren Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken von 1991¹¹³ (Art. 1 Punkt 2) waren die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen vom Zivilrecht (generell) geregelt, es sei denn, es folgte etwas anderes aus dem Gesetz oder der Rechtsnatur solcher Beziehungen.

Angesichts der Tatsache, dass das sowjetische Zivilrecht vornehmlich durch die Regelung der vermögenswerten Beziehungen geprägt wurde,¹¹⁴ hat eine solche abweichende Formulierung eine intensive wissenschaftliche Diskussion in Gang gesetzt, ob die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen vom Zivilrecht geregelt oder bloß geschützt sind. Entsprechend der Antwort auf diese Frage wurde die Existenz der subjektiven zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechte bejaht oder verneint.

Im russischen Recht wird ein subjektives Zivilrecht als das „gesetzlich gewährleistete Maß des gestatteten Verhaltens des Rechtsinhabers“ definiert.¹¹⁵ Die einen behaupteten, dass

verbunden sind. Bei den ersten handelt es sich um die Rechtsbeziehungen hinsichtlich der Immaterialgüterrechte. In der vorliegenden Dissertation ist die Rede nur um die letzten Beziehungen. Für weitere Hinweise dazu vgl. *Ioffe*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1966, Nr. 7, S. 52 ff.

¹⁰⁹ *Graždanskij Kodeks Rossjskoj Sovetskoj Federativnoj Socialističeskoj Respubliki* (Zivilgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik) vom 31.10.1922, *Sobranie zakonov RSFSR* 1922, Nr. 71, Pos. 904.

¹¹⁰ *Osnovy graždanskogo zakonodatel'stva Sojuza sovetskich socialističeskich respublik* (im Folgenden SSSR) i sojuznich respublik (Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken) vom 08.12.1961, *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR* 1961, Nr. 50.

¹¹¹ *Graždanskij kodeks RSFSR*, bestätigt durch *Verchovnyj Sovet* (der Oberste Sowjet, im Folgenden VS) RSFSR am 11.06.1964, *Vedomosti VS* (Verchovnyj Sovet (der Oberste Sowjet), im Folgendem VS) RSFSR 1964, Nr. 24, Pos. 407.

¹¹² Vgl. *Maleina*, *Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan*, S. 16; *Malein*, *Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR*, S. 24; *Bratus'* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentar zu Art. 1*, S. 14.

¹¹³ *Osnovy graždanskogo zakonodatel'stva Sojuza SSR i respublik*, bestätigt durch VS SSSR am 31.05.1991 Nr. 2211-1, *Vedomosti SND* (S'ezd narodnych deputatov, also Kongress der Volksdeputierten, im Folgenden SND) i VS SSSR vom 26.06.1991, Nr. 26, Pos. 733.

¹¹⁴ *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR*, S. 96; *Dozorčev*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1954, Nr. 7, S. 106.

¹¹⁵ *Krasavčikov* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Sovetskoe graždanskoe pravo*, S. 71; *Malein* in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1978, Nr. 1, S. 41; vgl. *ders.*, *Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR*, S. 26.

die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte, etwa das Recht auf Leben, keine Möglichkeit einer eigenen Handlung aufweisen und deswegen keinen positiven Inhalt haben.¹¹⁶ Es fehlt, mit anderen Worten, am „gestatteten Verhalten des Rechtsinhabers“. Man gelangte zum Ergebnis, dass sämtliche nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte ihrer Rechtsnatur nach Grundrechte der Verfassung¹¹⁷ oder andere entsprechend ihrer Normierung seien, aber auf keinen Fall Zivilrechte.¹¹⁸ Die zivilrechtliche Regelung werde erst nach dem Eingriff in die Persönlichkeitsrechte relevant.¹¹⁹ Die Existenz der subjektiven zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechte vor der Verletzung wurde damit verneint.¹²⁰

Andere haben die Ansicht vertreten, dass die Regelung den Schutz umfasse¹²¹ und nur was geregelt sei auch geschützt werden könne.¹²² Die zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechte seinen darum anzuerkennen, selbst wenn sie keine Möglichkeit der Vornahme eigener Handlungen haben. Die Diskussion war zum Ende der sowjetischen Zeit nicht zu Ende geführt.

bb) Das Recht am eigenen Bild

Die erste gesetzliche Regelung des Rechts am eigenen Bild ist in Art. 514 ZGB RSFSR von 1964 zu finden. Der Titel des Artikels lautete: „Der Schutz der Interessen des Bürgers, der in einem Werk der bildenden Kunst abgebildet ist“. Unter Beachtung der umstrittenen Rechtsstellung der Persönlichkeitsrechte generell im Zivilrecht hat ein solcher Titel einigen sowjetischen Rechtswissenschaftlern Anlass gegeben, diese Norm als Gewährleistung des Schutzes der persönlichen Sphäre gegen willkürliche Preisgabe von Bildern in der

¹¹⁶ *Ioffe*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1966, Nr. 7, S. 54; *ders.* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin* (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 151; aus der modernen Zeit hinsichtlich des Art. 514 ZGB RSFSR s. *Egorov* in: *Tolstoj* (Hrsg.), Graždanskoe pravo, S. 374; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 8.

¹¹⁷ *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin* (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 154; vgl. *Tarchov* in: Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija, "Kruglyj stol" žurnala "Sovetskoe gosudarstvo i pravo", Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1982, Nr. 7, S. 102.

¹¹⁸ *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin* (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 151 – Das Namensrecht sei z. B. das „subjektive Verwaltungsrecht“, da das Verfahren der Registrierung und der Änderung des Namens vom Verwaltungsrecht bestimmt werde; vgl. *Dozorcev*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1954, Nr. 7, S. 107; *Čerepachin* in: *Čerepachin* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 62 Fn. 1 und S. 72; kritisch dazu *Krasavčikov*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy, S. 104 ff.

¹¹⁹ Vgl. *Chalfina*, Obščee učenie o pravootnošenii, S. 124 – Vor dem Eingriff in die Nichtvermögensgüter existieren überhaupt keine Rechtsbeziehungen, sondern nur tatsächliche Beziehungen.

¹²⁰ *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin* (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 150 ff.; *ders.*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1966, Nr. 7, S. 53 ff.; *Bratus'*, Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava, S. 83; *Maslov/Puškin* (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 182 f. (ohne Angabe zum Autor des 11. Kapitels); vgl. *Agarkov*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1940, Nr. 8-9, S. 68 f.

¹²¹ Vgl. *Krasavčikov*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy, S. 103; *Malein*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 25.

¹²² *Malein* in: Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1978, Nr. 1, S. 41; *Krasavčikov*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy, S. 103.

Öffentlichkeit zu interpretieren, wobei das „*Recht* am eigenen Bild“ als bloße „Ausdrucksweise“ anzusehen sei.¹²³ Nach der herrschenden Meinung in der Literatur ging es aber in Art. 514 ZGB RSFSR um ein vollwertiges subjektives Zivilrecht.¹²⁴ Die entsprechende Norm sah wie folgt aus:¹²⁵

„Die Publikation, Vervielfältigung und Verbreitung des Werkes der bildenden Kunst, in dem eine andere Person abgebildet ist, ist nur mit der Einwilligung des Abgebildeten gestattet, und nach seinem Tod mit der Einwilligung seiner Kinder und des überlebenden Ehegatten. Eine solche Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn sie im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse erfolgt oder die abgebildete Person dem Urheber gegen Entlohnung posiert hat“.

Wie im deutschen Recht wurde der Bildnisschutz in Russland als eine Einschränkung des Urheberrechts statuiert.¹²⁶ Dies bestätigt die Zuordnung des Art. 514 zum 4. Kapitel ZGB RSFSR von 1964 „Das Urheberrecht“. Es wurde geäußert, dass sich Art. 514 auf den Schutz der Interessen des Abgebildeten richtet, „falls sie mit den Interessen des Urhebers bei der Publikation, Vervielfältigung und Verbreitung des Werks der bildenden Kunst kollidieren“.¹²⁷

Im Schrifttum wurde dagegen ein von der Rechtsnatur aus persönlichkeitsrechtlicher Charakter des Rechts am eigenen Bild unterstrichen, was seine Unabhängigkeit vom Urheberrecht zum Ausdruck bringe.¹²⁸ So behauptete *Krasavčikova*, dass das Recht am eigenen

¹²³ *Ioffe*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1966, Nr. 7, S. 56; *ders.* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin*, Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 153; vgl. *Bratus’/Ioffe*, Graždanskoe pravo, S. 146; *Chalfina*, Obščee učenie o pravootnošenii, S. 124 – Der traditionell genutzte Begriff das „Recht“ entspreche nicht dem Wesen der einschlägigen Beziehungen, da nicht die Rechte, sondern die Nichtvermögensgüter als solche vom Staat gewährleistet und geschützt seien; *Suchoverchij*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan v sovetskom graždanskom prave, S. 13; *Varul* in: *Voprosy teorii ochranaemych zakonom interesov*, S. 23.

¹²⁴ *Čerepachin* in: *Čerepachin* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 66 f.; *Jarošenko*, Žizn’ i zdorov’e pod ochranoj zakona. Graždansko-pravovaja zaščita ličnych neimuščestvennych prav graždan, S. 13; *Malein* in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1978, Nr. 1, S. 41; *ders.*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel’stvom, S. 60; *ders.*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 26 f., 156; *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 191; *dies.* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR, S. 98; *Flejšic/Makovskij*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1963, Nr. 1, S. 90.

¹²⁵ Die Übersetzungen von den wichtigsten einschlägigen Normen sind im Anhang Nr. 1 zur vorliegenden Dissertation zu finden.

¹²⁶ *Sadikov* in: *Bratus’/Sadikov* (Hgg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 614; *Čerepachin* in: *Antologija ural’skoj civilistiki 1925-1989*, S. 296; *ders.* in: *Čerepachin* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 67; aus der modernen Zeit hinsichtlich des Art. 514 ZGB RSFSR s. *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 77; *dies.* in: *Alekseev* (Hrsg.), *Civilističeskie zapiski*, S. 62; *Dianova*, *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, S. 33.

¹²⁷ *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), Kommentarij k GK RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 752.

¹²⁸ *Čerepachin* in: *Čerepachin* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 67 f.; *Sadikov* in: *Bratus’/Sadikov* (Hgg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 614; *Ioffe*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1966, Nr. 7, S. 55; *Malein*, *Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR*, S. 156; *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), Kommentarij k GK RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 752 f.; *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 88 f.

Bild kein Urheberrecht sei und nicht dem Urheberrecht zugeordnet werden solle,¹²⁹ weil es sich nicht nur gegen den Urheber, sondern gegen jeden Dritten richte.¹³⁰ *Maleina* ergänzte, dass der Ablauf der Frist des urheberrechtlichen Schutzes oder die Übereignung des Werkes der bildenden Kunst kein Aufhören des Rechts am eigenen Bild herbeiführe.¹³¹ Schließlich war nach *Čerepachins* Meinung das Recht am eigenen Bild für jegliches Bild einschlägig, auch wenn es wegen des nicht ausreichenden Schöpfungsniveaus keinen urheberrechtlichen Schutz genoss.¹³²

Unter Berücksichtigung dieser Äußerungen von sowjetischen Rechtswissenschaftlern wird in einem modernen Lehrbuch zum Zivilrecht die Auffassung vertreten, dass die Verankerung des Rechts am eigenen Bild im Kapitel „Das Urheberrecht“ des ZGB RSFSR darauf zurückzuführen sei, dass eine einheitliche umfassende Regelung der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte des Bürgers fehlte; Das Recht am eigenen Bild sei rein äußerlich mit der Verbreitung der Werke der bildenden Kunst verbunden.¹³³

Jedenfalls wurde die Regelung in Art. 514 ZGB RSFSR auf Werke der bildenden Kunst beschränkt. Dies stellte die Anwendung der Norm für die Fotografie in Frage. *Krasavčikova* meinte, dass die Fotografie angeblich laut ZGB RSFSR unter den Begriff des „Werks der bildenden Kunst“ falle.¹³⁴ *Ioffe*¹³⁵ sowie *Čerepachin*¹³⁶ verstanden diesen Terminus auch weit, ohne dies weiter zu kommentieren.

Die modernen Rechtswissenschaftler *Kolosov/Švarc* gehen davon aus, dass nach dem Sinn des 4. Kapitels ZGB RSFSR die Werke der bildenden Kunst alle in Art. 475 ZGB RSFSR genannten Objekte des Urheberrechts umfassten, einschließlich der Fotografie und gleichartig

¹²⁹ *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR*, S. 102; *dies.* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 88 f. – Die Norm solle aus dem 4. Kapitel ZGB RSFSR in den allgemeinen Teil des Gesetzbuches verschoben werden.

¹³⁰ *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 77.

¹³¹ *Maleina*, *Zaščita ličnych neimuščestvennyh prav sovetskich graždan*, S. 55; *dies.*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1990, Nr. 11, S. 137; vgl. *Sadikov* in: *Bratus’/Sadikov* (Hgg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 614; *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentarij k GK RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 752; *Sergeev*, *Pravo intelektual’noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii*, S. 147 (hinsichtlich Art. 514 ZGB RF, die damals immer noch geltendes Recht war).

¹³² *Čerepachin* in: *Antologija ural’skoj civilistiki 1925-1989*, S. 297; *ders.* in: *Čerepachin* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti*, S. 69.

¹³³ *Šerstobitov* in: *Suchanov* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 2. Band, S. 430; a. A. *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 15.

¹³⁴ *Krasavčikova*, *Ličnaja žizn’ graždan pod ochranoj zakona*, S. 91; vgl. *dies.* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 85; *dies.* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Sovetskoe graždanskoe pravo*, S. 199.

¹³⁵ *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin* (Hgg.), *Sovetskoe graždanskoe pravo*, S. 158; *ders.*, *Osnovy avtorskogo prava. Avtorskoe, izobretatel’skoe pravo, pravo na otkrytie*, S. 30; vgl. *Maleina*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1990, Nr. 11, S. 137.

¹³⁶ *Čerepachin* in: *Antologija ural’skoj civilistiki 1925-1989*, S. 297; *ders.* in: *Čerepachin* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti*, S. 69.

hergestellter Werke, da es sich dabei um einen „Sammelbegriff“ handele.¹³⁷ Dies ist aber abzulehnen, weil die Analyse der Normen des 4. Kapitels ZGB RSFSR zeigt, dass nicht der Begriff die „Werke der bildenden Kunst“, sondern die „Werke“¹³⁸ oder die „Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst“¹³⁹ als Sammelbegriffe vom Gesetzgeber angewendet wurden, wobei eine klare Abgrenzung der Werke der bildenden Kunst zu denen der Fotografie festzustellen ist.¹⁴⁰ *Kolosov/Švarc* machen selbst darauf aufmerksam, dass es sich in Art. 495 Punkt 4 ZGB RSFSR um die Nutzung der „Werke der bildenden Kunst und Werke der Fotografie“¹⁴¹ handele.¹⁴²

Die sogenannte „künstlerische Fotografie“, die *Krasavčikova*¹⁴³ ohne Weiteres den Werken der bildenden Kunst zugeordnet sehen wollte, lässt sich unter einem rechtlichen Blickwinkel hinsichtlich des Bildnisschutzes nicht von den sonstigen Fotografien trennen. Umso weniger als sie eine bestimmte Schöpfungshöhe fordert, was nach Art. 514 ZGB RSFSR, wie bereits gesagt,¹⁴⁴ für das Recht am eigenen Bild ohne Belang ist.

Es lässt sich der Schluss ziehen, dass der sowjetische Gesetzgeber, der zwischen den Fotografien und den Werken der bildenden Kunst unterschieden hat, in Art. 514 ZGB RSFSR bewusst keine fotografische Abbildung einer Person erwähnt hat.¹⁴⁵ Indes folgt schon aus dem Titel des Art. 514 ZGB RSFSR „Der Schutz der Interessen des Bürgers, der in einem Werk der bildenden Kunst abgebildet ist“, dass der Schutz der Interessen des Abgebildeten den Kernpunkt der Regelung darstellt, unabhängig davon, auf welche Weise sein Erscheinungsbild wiedergegeben wird. Daher bestand eine Regelungslücke.¹⁴⁶ Die Einschränkung allein auf die Werke der bildenden Kunst lässt sich dadurch erklären, dass die Fotografie 1964 nicht weit

¹³⁷ *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 9.

¹³⁸ S. z. B. Art. 476 f. ZGB RSFSR.

¹³⁹ S. z. B. Art. 492 Punkte 2-5 ZGB RSFSR; zutreffend *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentarij k GK RSFSR*, Kommentar zu Art. 492, S. 703.

¹⁴⁰ S. z. B. Art. 495 Punkt 4 ZGB RSFSR. Eine solche Abgrenzung ist nach wie vor gültig, s. z. B. Art. 152.1, 1259 Punkt 1 und 1276 ZGB RF sowie davor geltende Art. 7 Punkt 1 Abs. 7 und 10 des Gesetzes der Russischen Föderation vom 09.07.1993 Nr. 5351-1 „Ob avtorskom prave i smežnych pravach“ (Über das Urheberrecht und die verwandten Rechte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 147 vom 03.08.1993.

¹⁴¹ Die Autoren vermuten dabei, dass der Gesetzgeber hier eine „inkorrekte Formulierung“ verwendet habe, s. *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 10.

¹⁴² Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Veränderung der Position von der modernen Rechtswissenschaftlerin *Maleina*, die zuerst 1991 die Fotografie den Werken der bildenden Kunst zuordnete, s. *Maleina*, *Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan*, S. 56, und dann 2007 die Fotografie neben den Werken der bildenden Kunst aufzählte, s. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 21.

¹⁴³ *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR*, S. 100 (1977); anders aber *dies.* in ihrer späteren Arbeit von 1980, s. *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 86 – jede Fotografie gehöre zu den Werken der bildenden Kunst.

¹⁴⁴ S. Fn. 132 der vorliegenden Arbeit.

¹⁴⁵ Vgl. aus der modernen Zeit hinsichtlich des Art. 514 ZGB RSFSR *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach *Consultant*.

¹⁴⁶ *Suchoverchij*, *Pravovedenie* 1972, Nr. 3, S. 28.

verbreitet war und die Malerei das Hauptmittel war, um ein Konterfei einer Person festzuhalten.¹⁴⁷ Darüber hinaus spielte die Vorschrift in Art. 514 ZGB RSFSR in der Praxis keine große Rolle, zumal es keine speziellen Schutzmittel wie Geldentschädigung für immateriellen Schaden gab.¹⁴⁸

Einige Rechtswissenschaftler haben sich allerdings für die Anwendung des Art. 514 ZGB RSFSR im Wege einer Analogie für die Fotografie¹⁴⁹ sowie Film und Fernsehen¹⁵⁰ ausgesprochen.

c) Die moderne Zeit

aa) Die Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht

Die Diskussion über die Stellung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen im Zivilrecht ist, wie bereits gesagt, zum Ende der sowjetischen Zeit offen geblieben. Die Verabschiedung des neuen ZGB RF von 1994¹⁵¹ hat keine Klarheit gebracht.

Laut Art. 2 Punkt 2 ZGB RF sind „die unveräußerlichen Rechte und Freiheiten des Menschen und andere Nichtvermögensgüter“ vom Zivilrecht *geschützt*, es sei denn, es folgt etwas anderes aus der Rechtsnatur dieser Güter. Dies gibt einigen modernen Rechtswissenschaftler¹⁵² Anlass, sich auf Argumente ihrer sowjetischen Kollegen zu stützen und immer noch behaupten, dass die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen vom Zivilrecht nicht geregelt, sondern nur geschützt seien.

¹⁴⁷ Vgl. *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 86.

¹⁴⁸ *Ioffe*, *Izbrannye trudy*, S. 341 f.

¹⁴⁹ Vgl. *Sadikov* in: *Bratus'/Sadikov* (Hgg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 614; *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentarij k GK RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 753; *Suchoverchij*, *Ličnye neimuščestvennyje prava graždan v sovetskom graždanskom prave*, S. 13; aus der modernen Zeit hinsichtlich des Art. 514 ZGB RSFSR: *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 2; *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnyje prava* 2004, Nr. 3, S. 39; *dieselben*, *Buchgalterskij učet v izdatel'stve i poligrafii* 2006, Nr. 4, S. 28; *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10; *Dianova*, *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, S. 35; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 28 f.; *Efremenko*, *O prave na sobstvennoe izobraženie*, abrufbar unter <<http://www.internet-law.ru/intlaw/articles/efrem.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Pustovalov* in: *Pravo i sovremennost'*, der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, S. 129.

¹⁵⁰ *Malein*, *Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom*, S. 61; *Krasavčikova*, *Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona*, S. 85, 92 ff.; *dies.* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 86 ff.; vgl. *Maleina*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1990, Nr. 11, S. 137.

¹⁵¹ *Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii*, der erste Teil vom 30.11.1994 Nr. 51-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nrn. 238, 239 vom 08.12.1994.

¹⁵² S. z. B. *Peškova*, *Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinении vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam*, S. 59, 85 f., 104; vgl. *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnyje prava* 2008, Nr. 5, S. 8 Fn. 2.

Gemäß Art. 3 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF sowie Art. 2 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF n. F.¹⁵³ sind allerdings sowohl vermögenswerte, als auch nicht vermögenswerte persönlichkeitsrechtliche Beziehungen beider Art¹⁵⁴ von der Zivilgesetzgebung *geregelt*. Darüber hinaus ist im ersten Teil des ZGB RF das gesamte 8. Kapitel „Die Nichtvermögensgüter und ihr Schutz“ normiert, das nicht nur ein bloßes Schutzgebot darstellt, sondern eine vollendete Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen enthält. Beispielsweise regelt Art. 150 Punkt 1 ZGB RF, dass die Nichtvermögensgüter unveräußerlich und unübertragbar sind.¹⁵⁵

Ob der Inhaber des Persönlichkeitsrechts die Möglichkeit einer eigenen Handlung hat, ist zu bejahen. Zwar müssen solche Handlungen, also der Inhalt des subjektiven Rechts, im Gesetz vorgeschrieben sein,¹⁵⁶ und die überwiegende Zahl der Nichtvermögensgüter in Art. 150 Punkt 1 ZGB RF bloß erwähnt wird. Jedoch normiert Art. 150 Punkt 1 ZGB RF, dass die Nichtvermögensgüter einem Bürger von Geburt an oder kraft Gesetzes zustehen. Erkennt man für z. B. das Eigentumsrecht die Befugnis des Besitzes als eine positive Handlung an, muss das Gleiche für das Persönlichkeitsrecht gelten.¹⁵⁷ Darum begründet der Besitz des Nichtvermögensguts allein schon den positiven Inhalt des entsprechenden subjektiven Zivilrechts.¹⁵⁸

Man darf aber nicht außer Acht lassen, dass die Befugnisse im Rahmen des subjektiven Zivilrechts rechtserheblich sein müssen.¹⁵⁹ Die Rechtserheblichkeit des Besitzes der

¹⁵³ Föderales Gesetz vom 18.12.2006 Nr. 231-FZ „O vvedenii v dejstvie časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Inkraftsetzung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 289 vom 22.12.2006, Art. 17 Punkt 1 und Art. 36 Punkt 2.

¹⁵⁴ Über zwei Arten der vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen s. Fn. 108 der vorliegenden Arbeit.

¹⁵⁵ *Tolstoj*, Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija, S. 12 f.; so auch *Gruzdev*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 4, S. 132.

¹⁵⁶ *Gribanov*, Predely osuščestvlenija i zaščity graždanskich prav, S. 32; nicht ausdrücklich so auch *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatje, osuščestvlenie, zaščita, S. 33.

¹⁵⁷ Vgl. schon in der sowjetischen Zeit *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR, S. 52.

¹⁵⁸ *Alekseev*, Obščaja teorija prava, S. 363; vgl. *Krasavčikova*, Ponjatje i sistema ličnih, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 9; *Maleina*, Gosudarstvo i pravo 2000, Nr. 2, S. 17; *Grišaev*, Ėvoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 1, Abs. 6, zitiert nach Consultant; hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte in der sowjetischen Zeit s. *Malein*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1978, Nr. 1, S. 41; *ders.* in: *Mozolin* (Hrsg.), Razvitie sovetskogo graždanskogo prava na sovremennom étape, S. 206; vgl. *ders.*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 12; *Farber*, Pravovedenie 1967, Nr. 1, S. 41.

¹⁵⁹ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialjnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 95 f.; *Solov'ev*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 16; a. A. (nicht nur rechtserhebliche, sondern auch tatsächliche Handlungen vermögen den positiven Inhalt der Persönlichkeitsrechte auszumachen) *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatje, osuščestvlenie, zaščita, S. 33; *Em* in: *Suchanov* (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 121; vgl. *Šerstobitov* in: *Suchanov* (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 887 f. – Man könne im Rahmen der Persönlichkeitsrechte nur tatsächliche positive Handlungen vornehmen.

Nichtvermögensgüter wird dadurch begründet, dass erst nach der Zuordnung solcher Güter zu den Individuen die entsprechenden Persönlichkeitsrechte vor Eingriffen Dritter geschützt sind.¹⁶⁰

Der positive Inhalt einiger Persönlichkeitsrechte ist überdies direkt entweder im ZGB RF oder in anderen Gesetzen festgeschrieben. Es geht dabei beispielsweise um das Namensrecht (Art. 19 ZGB RF),¹⁶¹ das Recht am eigenen Bild (Art. 152.1 ZGB RF),¹⁶² das Recht auf Freizügigkeit und auf Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes (das Gesetz der RF vom 25.06.1993 Nr. 5242-1).¹⁶³ Die Rechtserheblichkeit solcher Handlungen, etwa Namensänderung, Erteilung der Einwilligung zur Bildpublikation, steht außer Zweifel.¹⁶⁴

Die Persönlichkeitsrechte entwickeln sich weiter, wie die entsprechenden Normen durch neue positive Handlungen des Rechtsinhabers erweitert werden.¹⁶⁵ Dies ist zu begrüßen, da auf die Notwendigkeit einer solchen Weiterentwicklung der Regelungsdichte der Persönlichkeitsrechte ausdrücklich im Punkt 3.5 des 2. Abschnitts der Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation hingewiesen wurde. Somit werden die Persönlichkeitsrechte vom Zivilrecht nicht nur geschützt, sondern auch geregelt.

bb) Das Verhältnis der Persönlichkeitsrechte zu den Nichtvermögensgütern

Die Diskussion über die Systematik der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen im Zivilrecht wurde von Meinungsverschiedenheiten

¹⁶⁰ *Alekseev*, Obščaja teorija prava, S. 363; *Suržik*, Jurist 2006, Nr. 9, S. 20; *Krasavčikova*, Ponjatie i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 38 f.; vgl. *Maleina*, Gosudarstvo i pravo 2000, Nr. 2, S. 17; *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 33; *Michajlova/Pčelinceva*, Graždanskoe pravo 2012, Nr. 1, S. 20; a. A. *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 107; vgl. *Trofimenko*, Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach, S. 243.

¹⁶¹ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 27.

¹⁶² *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 37.

¹⁶³ Gesetz der RF vom 25.06.1993 Nr. 5242-1 „O prave graždan Rossijskoj Federacii na svobodu peredviženija, vybor mesta prebyvanija i žitel'stva v predelach Rossijskoj Federacii“ (Über das Recht der Bürger der Russischen Föderation auf Freizügigkeit und auf Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes innerhalb der Grenzen der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 152 vom 10.08.1993.

¹⁶⁴ So auch *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 102.

¹⁶⁵ Z. B. Art. 152. 1 ZGB RF n. F., Art. 152.2 ZGB RF, der seit dem 01.10.2013 gilt, s. Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 145 vom 05.07.2013; vgl. *Tolstoj*, Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija, S. 89; *Krasavčikova* in: *Alekseev* (Hrsg.), *Civilističeskie zapiski*, S. 54 f.; s. a. *Besedin* in: *Mackevič/Esakov* (Hgg.), *Aktual'nye problemy rossijskogo prava*, S. 84 - Das Zivilgesetzbuch der Ukraine enthalte beispielsweise die Normen über das Recht auf Leben, wo die Fragen nach den medizinischen Experimenten, der Euthanasie, der Abtreibung etc. geregelt sind.

über das Verhältnis der Persönlichkeitsrechte zu den Nichtvermögensgütern begleitet, weil die einschlägigen Normen des ZGB RF zu diesem Punkt uneinheitlich sind. Wie oben angeführt, sind nach Art. 2 Punkt 2 ZGB RF „die unveräußerlichen Rechte und Freiheiten des Menschen und *andere Nichtvermögensgüter*“ zivilrechtlich geschützt. Art. 150 Punkt 1 ZGB RF a. F. befasste sich insbesondere mit dem Leben, der Gesundheit, der Ehre, dem *Recht* auf Freizügigkeit und auf Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes, dem *Namensrecht*, dem *Urheberrecht* und „sonstigen nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechten und *anderen Nichtvermögensgütern*“. Im nächsten Satz ging es aber um die „nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und andere Nichtvermögensgüter“. Also wurden die Persönlichkeitsrechte selbst und die Nichtvermögensgüter vom Gesetzgeber und ihm nachfolgend von der Rechtsprechung¹⁶⁶ in eine Reihe gestellt, was die Frage nach deren Verhältnis zueinander auslöste.

*Faddeeva*¹⁶⁷ meint beispielsweise, dass die Nichtvermögensgüter objektiv und unabhängig von ihrer Normierung existierten und des Rechtsschutzes erst im Falle eines Eingriffs bedürften, so dass sie im Vordergrund aufträten und „Güter der ersten Ebene“ seien. Die Persönlichkeitsrechte seien dagegen „Güter der zweiten Ebene“, die den „Inhalt der konkreten Rechtsbeziehung ausmachen“, und damit schon von den Rechtsnormen geregelt seien. Weite Teile der Literatur behaupten, dass der Begriff „Nichtvermögensgüter“ als „Sammelbegriff“ zu verstehen sei, der sowohl die gesetzlich geregelten Persönlichkeitsrechte, als auch die Nichtvermögensgüter, die zu den eigenständigen Persönlichkeitsrechten noch nicht entwickelt haben, umfasse.¹⁶⁸

Andere Rechtswissenschaftler kritisieren die verwirrende gesetzliche Formulierung und betonen, dass die Persönlichkeitsrechte und die Nichtvermögensgüter trotz ihrer engen Verbundenheit voneinander unterschieden werden sollten.¹⁶⁹ Es wird dabei auf Art. 128 ZGB

¹⁶⁶ S. z. B. Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 4 Abs. 4 und Punkt 7 Abs. 1.

¹⁶⁷ *Faddeeva* in: Sergeev/Tolstoj (Hgg.), *Graždanskoe pravo*, S. 380.

¹⁶⁸ *Šeljutto* in: Sadikov (Hrsg.), *Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast'*, S. 282; *Kostjuk*, *Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii*, S. 8; *Mograbjan*, *Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta* 2010, Nr. 4, S. 134; *Trofimenko*, *Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach*, S. 236; vgl. *Narižnij*, *Kompensacija moral'nogo vreda v ugovnom sudoproizvodstve Rossii*, S. 42.

¹⁶⁹ *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan*, S. 14; *Ermolova*, *Nematerial'nye blaga i ich zaščita*, S. 14; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 414; *Solov'ev*, *Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita*, S. 13; *Peškova*, *Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam*, S. 90; *Suržik*, *Jurist* 2006, Nr. 9, S. 21; *Nijazova*, *Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij v Kyrgyzskoj respublikie*, S. 6.

RF verwiesen, der die Nichtvermögensgüter ausdrücklich als Objekte der Zivilrechte,¹⁷⁰ also der Persönlichkeitsrechte nennt. Dies bedeutet, dass der Gesetzgeber die Persönlichkeitsrechte als subjektive Zivilrechte auf Nichtvermögensgüter versteht.

Es lässt sich feststellen, dass das obige Problem nicht mehr aktuell ist, da seit dem 01.10.2013¹⁷¹ Art. 150 ZGB RF in einer neuen Fassung gilt, in der einheitlich nur die Nichtvermögensgüter aufgezählt und die Persönlichkeitsrechte als selbständiger Begriff festgelegt sind. Irreführend erscheint in diesem Zusammenhang die unverändert gelassene Formulierung in Art. 2 Punkt 2 ZGB RF.¹⁷² Die herrschende Meinung im Schrifttum stimmt mit der Ansicht des Gesetzgebers überein und versteht die Nichtvermögensgüter als Objekte der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte.¹⁷³

cc) Das Recht am eigenen Bild

Seit dem 22.12.2006¹⁷⁴ ist die Regelung des Rechts am eigenen Bild in Art. 152.1 des 8. Kapitels des ZGB RF zu finden. Das Föderale Gesetz, das diese Norm in den ersten Teil des ZGB RF eingefügt hat,¹⁷⁵ setzte den vierten Teil des ZGB RF über die Immaterialgüterrechte in Kraft und zugleich das ZGB RSFSR als Ganzes, einschließlich der urheberrechtlichen Regelungen mit Art. 514 ZGB RSFSR außer Kraft (Art. 2 Punkt 1). Dadurch wurde der Bildnisschutz von der urheberrechtlichen Materie letztendlich getrennt¹⁷⁶ und systematisch

¹⁷⁰ Für eine ausführliche Behandlung des Begriffs das „Objekt der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte“ s. *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 32 ff.; vgl. *Astachova*, *Graždanskoe pravo* 2006, Nr. 2, S. 2 ff.

¹⁷¹ Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 145 vom 05.07.2013.

¹⁷² Sowie Art. 208 Abs. 2 und Art. 1112 Abs. 3 ZGB RF – „[...] die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und andere Nichtvermögensgüter“.

¹⁷³ *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), *Rossijskoe graždanskoe pravo*, I. Band, S. 886; *Maleina*, *Gosudarstvo i pravo* 2014, Nr. 7, S. 41 ff.; *dies.*, *Gosudarstvo i pravo* 2001, Nr. 1, S. 29; *Krasavčikova* in: Alekseev (Hrsg.), *Civilističeskie zapiski*, S. 56; *Trofimova*, *Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija*, S. 15, 84; *dies.*, *Černye дыry*“ v *Rossijskom zakonodatel'stve* 2008, Nr. 3, S. 67; *Nuždin*, *Chozjajstvo i pravo* 2009, Nr. 4, S. 2744 ff.; *Lapač* in: *Objekty graždanskich prav, Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz an der Kazachischen staatlichen Universität*, S. 298; *Rachmilovič*, *Gosudarstvo i pravo* 1996, Nr. 4, S. 118; *Mograbjan*, *Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta* 2010, Nr. 4, S. 134; a. A. *Belov*, *Čto izmenilos' v Graždanskom kodekse? 4. Kapitel § 3 Punkt 30*, zitiert nach Consultant.

¹⁷⁴ Föderales Gesetz vom 18.12.2006 Nr. 231-FZ „O vvedenii v dejstvie časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Inkraftsetzung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 289 vom 22.12.2006, Art. 36 Punkt 1.

¹⁷⁵ Ebd., Art. 17 Punkt 13.

¹⁷⁶ Vgl. *Erdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 12.

umgesetzt. Bis zu diesem Tag war Art. 514 ZGB RSFSR geltendes Recht, weil diese Vorschrift neben den urheberrechtlichen Normen den späteren Regelungen nicht widersprach.¹⁷⁷

Die neue Norm wurde anders betitelt, nämlich „Der Schutz des Bildes des Bürgers“, und ist folgendermaßen formuliert (Art. 152.1 ZGB RF a. F., nun Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF n. F.):

„Die Veröffentlichung und weitere Nutzung des Bildes des Bürgers (einschließlich seiner Fotografie sowie eines Videos oder Werkes der bildenden Kunst, in denen er abgebildet ist) sind nur mit der Einwilligung dieses Bürgers gestattet. Nach dem Tod des Bürgers kann sein Bild nur mit der Einwilligung der Kinder und des überlebenden Ehegatten genutzt werden, und bei deren Nichtvorhandensein mit der Einwilligung der Eltern. Eine solche Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn:

1) die Nutzung des Bildes in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen erfolgt,

2) das Bild des Bürgers an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Kongressen, Konferenzen, Konzerten, Vorstellungen, sportlichen Wettbewerben und ähnlichen Vorgängen) aufgenommen wurde, es sei denn, ein solches Bild ist das Hauptobjekt der Nutzung,

3) der Bürger gegen Entlohnung posiert hat“.

Nach wie vor ist unter dem Bürger jedermann zu verstehen. Diese Norm birgt im Vergleich zu Art. 514 ZGB RSFSR zahlreiche Neuerungen.¹⁷⁸ Vor allem fällt auf, dass der Bildnisschutz nun für sämtliche Formen des Festhaltens des menschlichen äußeren Erscheinungsbildes einschlägig ist. Dies entspricht der aktuellen Aufnahmetechnik. Außerdem bedarf es nach dem Tod des Abgebildeten der Einwilligung seiner Eltern, wenn weder ein Kind noch ein Ehegatte vorhanden ist. Überdies wurden die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild erweitert. Die schon bekannte Ausnahme in staatlichen oder gesellschaftlichen Interessen wurde durch „andere öffentliche Interessen“ ergänzt. Darüber hinaus lassen sich zwei neue Einschränkungen erkennen, und zwar die einwilligungsfreie Nutzung des Bildes des Bürgers, das an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen

¹⁷⁷ Föderales Gesetz „O vvedenii v dejstvie časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Inkraftsetzung des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 30.11.1994 Nr. 52-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 238 - 239 vom 08.12.1994, Art. 4 Abs. 1.

¹⁷⁸ Vgl. *Érdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 10.

wurde. Schließlich sind die Handlungen, für deren Vornahme die Einwilligung des Betroffenen erforderlich ist, nicht mehr abschließend aufgelistet.

Jüngst wurde Art. 152.1 ZGB RF um zwei weitere Punkte ergänzt, und zwar um die Möglichkeit der Vernichtung unbefugt hergestellter oder genutzter Exemplare des Bildes des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF n. F.) und um Folgen einer unbefugten Bildveröffentlichung im Internet (Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF n. F.).¹⁷⁹ Obwohl weder der Titel von Art. 152.1 ZGB RF noch dessen Text eine Formulierung des „*Rechts*“ am eigenen Bild enthalten, wird es in der russischen Literatur¹⁸⁰ und Rechtsprechung¹⁸¹ einheitlich als absolutes subjektives Persönlichkeitsrecht verstanden. Somit gehört das Recht am eigenen Bild zu denjenigen wenigen Persönlichkeitsrechten, die direkt im ZGB RF geregelt sind.

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Die Untersuchung der historischen Entwicklung des Rechts am eigenen Bild im deutschen und russischen Recht hat gezeigt, dass es in beiden Rechtsordnungen ursprünglich als eine Einschränkung des Urheberrechts normiert wurde. Privilegiert war dabei nicht der Abgebildete, sondern der Bildbesteller.

Ein aufkommender Bildnisschutz in Deutschland war aber schon im 19. Jahrhundert von großer Aktualität, weil die Fotografie in den westlichen Ländern bereits damals verbreitet war. In Russland wurde dagegen erst in der sowjetischen Zeit auf den Bildnisschutz eingegangen, wobei die Normen des KUG als Vorbild angesehen wurden. Der sowjetische Gesetzgeber hatte eine breitgefächerte Übersicht zur kritischen Würdigung und Zusammenfassung, die auf deutsche Erfahrungen zurückging. Die Regelung in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF ähnelt sich somit dieser in § 22 KUG und enthält ein grundsätzliches Verbot der Bildveröffentlichung ohne Einwilligung des Abgebildeten. Die beiden Gesetzgeber haben dabei anerkannt, dass das Recht

¹⁷⁹ Ausführlicher dazu s. Abschnitt E, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe a, Unterbuchstabe bb „Die Beseitigung nach Art. 152.1 Punkte 2 und 3 ZGB RF“.

¹⁸⁰ *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *Grišaev/Nikolaeva*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9, S. 59; *Pankeev*, *Mediaskop* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Boločagin* in: *Teoretičeskie aspekty i pravoprimenitel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva*, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36; *Dianova*, *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, S. 34; vgl. *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 39 ff.; *Golovanov*, *Žurnalist* 2008, Nr. 5, S. 92; a. A. *Nochrina*, *Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi*, S. 64 – Das Recht am eigenen Bild sei kein absolutes Recht.

¹⁸¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.12.2014 (Verfahren Nr. 33-43962/2014), vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242); Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 16.12.2014 im Verfahren Nr. 33-10908/2014; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

am eigenen Bild nicht absolut geschützt werden darf, so dass gewisse Einschränkungen erforderlich sind. Die russische Norm, im Unterschied zu der deutschen, passt sich im Laufe der Zeit immer wieder an den neuen Umständen des Bildnisschutzes an. Die Regelung von Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild nach Art. 152.1 ZGB RF hat sich auch verändert und diese sehen sich nun mit den Einschränkungen gemäß § 23 f. KUG vergleichbar.

Gegenwärtig wird das Recht am eigenen Bild in beiden Rechtsordnungen als ein Persönlichkeitsrecht verstanden, das vom Urheberrecht völlig unabhängig ist. Im ZGB RF wird die entsprechende Norm einem speziellen Kapitel zugeordnet, während im deutschen Recht die einschlägigen Vorschriften immer noch im Kunsturhebergesetz zu finden sind.

II. Die Persönlichkeitsrechte im Verfassungs- und Zivilrecht

1. Deutschland

a) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Institut des Zivilrechts und seine verfassungsrechtliche Begründung

Die Figur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, das den umfassenden Schutz der Persönlichkeit gewähren soll, wurde Anfang des 20. Jahrhunderts vom Gesetzgeber und von der Rechtsprechung ganz überwiegend abgelehnt.¹⁸² Der Grund lag vor allem darin, dass die Anerkennung eines solchen „Herrschaftsrechts“ über die eigene Person eine Identität von Rechtssubjekt und Persönlichkeit als Rechtsobjekt bedeutete, was als unlogisch angesehen wurde.¹⁸³

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg hat es sich zuerst in der Wissenschaft durchgesetzt und wurde danach 1954 vom BGH in der „Leserbrief“-Entscheidung¹⁸⁴ anerkannt. Die Begründung des BGH sah folgendermaßen aus: „Nachdem nunmehr das Grundgesetz das Recht des Menschen auf Achtung seiner Würde (Art. 1 GG) und das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit auch als privates, von jedermann zu achtendes Recht anerkennt, soweit dieses Recht nicht die Rechte anderer verletzt oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt (Art. 2 GG), muss das allgemeine Persönlichkeitsrecht als ein verfassungsmäßig gewährleistetes Grundrecht angesehen werden“.¹⁸⁵

Somit wurde festgestellt, dass das Grundgesetz eine objektive Wertordnung mit der menschlichen Persönlichkeit im Mittelpunkt errichtet hat, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gelten muss.¹⁸⁶ Unter Beachtung der Tatsache, dass die Grundrechte, einschließlich des grundrechtlichen Persönlichkeitsrechts, in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat sind,¹⁸⁷ wird das allgemeine Persönlichkeitsrecht überdies als nach § 823 Abs. 1 BGB geschütztes einfaches Zivilrecht betrachtet.¹⁸⁸

¹⁸² Zur Entstehungsgeschichte des allgemeinen Persönlichkeitsrechts s. ausführlicher *Götting/Schertz/Seitz (Hgg.)*, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 2.

¹⁸³ *Götting* in: *Götting/Schertz/Seitz (Hgg.)*, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 30; *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 5 f.

¹⁸⁴ BGH, Urteil vom 25.05.1954, BGHZ 13, 334 – „Leserbrief“-Entscheidung, die häufig auch als „Schacht“-Entscheidung bezeichnet wird.

¹⁸⁵ Ebd., Rn. 338.

¹⁸⁶ BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257 (257); *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 110; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 2.4.

¹⁸⁷ BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257 (257); *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 108.

¹⁸⁸ BGH, Urteil vom 25.05.1954, BGHZ 13, 334 – „Leserbrief“-Entscheidung; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz (Hgg.)*, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 2; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 109; *Kötz/Wagner*, Deliktsrecht, Rn. 375.

Der deutsche Gesetzgeber entschied sich aus Gründen der Rechtssicherheit gegen eine deliktische Generalklausel.¹⁸⁹ Die Struktur des deutschen Deliktsrechts ist durch drei Tatbestände geprägt, und zwar § 823 Abs. 1, § 823 Abs. 2 und § 826 BGB.¹⁹⁰ Die Vorschrift des § 823 Abs. 1 BGB gewährt den Rechtsschutz nur für die darin ausdrücklich genannten Rechtsgüter und anderweitig gesetzlich geregelten „sonstigen Rechten“ wie das Namensrecht (§ 12 BGB) und das Recht am eigenen Bild (§§ 22 ff. KUG).¹⁹¹ Das nicht erwähnte allgemeine Persönlichkeitsrecht wird seit 1954 im Wege der Rechtsfortbildung unter das „sonstige Rechte“ subsumiert.

Somit strahlt das grundrechtliche Persönlichkeitsrecht in das Privatrecht aus.¹⁹² Es wird dabei von einer mittelbaren Drittwirkung gesprochen, die darin besteht, dass der Rechtsgehalt der Grundrechte sich im bürgerlichen Recht mittelbar durch die privatrechtlichen Vorschriften entfaltet¹⁹³ und der Staat verpflichtet ist, den Schutz der Grundrechte nicht nur abwehrrechtlich gegen den Staat, sondern auch gegen jedermann zu gewähren.¹⁹⁴ Obgleich die Reichweite des Schutzes durch die beiden Arten dieses Rechts häufig gleich ausfällt, dürfen sie nicht miteinander vermischt werden.¹⁹⁵

Wie andere „sonstige“ Rechte auch stellt das allgemeine Persönlichkeitsrecht ein subjektives und absolutes Recht dar.¹⁹⁶ Allerdings lässt sich sein Schutzbereich nicht abschließend abgrenzen,¹⁹⁷ da die Bejahung seiner Verletzung ständig die Abwägung der im

¹⁸⁹ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 108 f.; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 16 Fn. 1.

¹⁹⁰ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 109; *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (903).

¹⁹¹ *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 156.

¹⁹² BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257; BVerfG, Beschluss vom 14.02.1973, NJW 1973, 1221 (1223); BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1376 (1376); *Jarras*, NJW 1989, 857.

¹⁹³ BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257.

¹⁹⁴ BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 157.

¹⁹⁵ Ausführlich dazu *Jarras*, NJW 1989, 857 (858); so auch *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 51; *Götting* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 3 Rn. 6; s. a. BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (545); vgl. *Hoffmann-Riem*, NJW 2009, 20 (23).

¹⁹⁶ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 113 ff.; *Götting* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 29 ff.

¹⁹⁷ *Ohly*, GRUR Int. 1998, 827; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 132; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 63.

Einzelfall betroffenen Güter und Interessen voraussetzt.¹⁹⁸ Aus diesem Grund wird es als „Rahmenrecht“¹⁹⁹ oder als Recht generalklauselartigen Charakters²⁰⁰ bezeichnet.

Für die Feststellung des Schutzbereiches des allgemeinen Persönlichkeitsrechts hat die höchstrichterliche Rechtsprechung die sogenannte „Sphärentheorie“ entwickelt, nach der zwischen der Intim-, Privat- und Öffentlichkeitssphäre zu unterscheiden ist.²⁰¹ Die Inhalte der ersten Sphäre, welche die innere Gedanken- und Gefühlswelt sowie das Sexualleben umfasst,²⁰² sind absolut geschützt.²⁰³ Die Privatsphäre umfasst das alltägliche Leben einer Person, wie es sich im Kreise des Berufs, der Freundschaft, der Familie u. ä. abspielt.²⁰⁴ Dritte haben Zugang zu dieser Sphäre erst nach einer entsprechenden Gestattung des Rechtsinhabers.²⁰⁵ Der Grundgedanke besteht darin, dass jedermann ein Recht auf Einsamkeit hat.²⁰⁶ In diesem Bereich ist der Schutz nicht auf die häusliche Sphäre eingeschränkt, sondern kommt auch dort zum tragen, wo sich die Person zu sich kommen, sich entspannen oder auch gehen lassen kann.²⁰⁷ Im Gegensatz zur Intimsphäre sind Eingriffe in die Privatsphäre bei überwiegenden öffentlichen Informationsinteressen zulässig.²⁰⁸ Tritt ein Individuum zielgerichtet in der Öffentlichkeit auf und sucht dort nach Aufmerksamkeit, etwa bei Fernsehinterviews, bewegt es sich in der Öffentlichkeitssphäre und ist dem Publikum zur Diskussion überlassen. Solange die Medien nichts Unwahres oder Ehrverletzendes berichten, ist eine Berichterstattung gestattet.²⁰⁹

¹⁹⁸ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG, Vorbemerkung, Rn. 5; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 6.

¹⁹⁹ *Eckstein/Altenhofen*, Das „Caroline“- Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, S. 21 Fn. 56; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 51; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 75; BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 (361).

²⁰⁰ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.9.

²⁰¹ *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 5; vgl. *Hubmann*, JZ 1957, 521 (524); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.32 ff.

²⁰² *Eckstein/Altenhofen*, Das „Caroline“- Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, S. 21; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.40; OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (83); LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (604) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“.

²⁰³ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.39; BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 (362); LG Frankfurt a. M., Urteil vom 27.09.2018, ZUM-RD 2020, 80 (84).

²⁰⁴ Vgl. *Hubmann*, JZ 1957, 521 (524); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.42, 5.46, 5.49; *Eckstein/Altenhofen*, Das „Caroline“- Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, S. 22.

²⁰⁵ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.46; LG Berlin, Urteil vom 03.06.2014, ZUM 2014, 729 (732).

²⁰⁶ *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 5; vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 153 f.

²⁰⁷ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 – „Caroline von Monaco II“; OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (83); OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (654).

²⁰⁸ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.51.

²⁰⁹ OLG München, Urteil vom 17.11.1995, NJW-RR 1996, 1487; *Eckstein/Altenhofen*, Das „Caroline“- Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, S. 21 ff.; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.60.

Zwar könnte man die Sphärentheorie als Hilfsmittel einer Güter- und Interessenabwägung ansehen. Sie ist jedoch in der Wissenschaft auf lebhaft Kritik gestoßen, da sich die Grenzen der unterschiedlichen Sphären ständig überlagern,²¹⁰ insbesondere Privat- und Öffentlichkeitssphäre.²¹¹

Im Laufe der Zeit hat das allgemeine Persönlichkeitsrecht doch seine Konturen erlangt, indem die Rechtsprechung gewisse Fallgruppen herausgebildet hat. Diese sind beispielsweise die Darstellung einer Person in der Öffentlichkeit, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die Sexualität und die Ehe, das Recht auf Resozialisierung.²¹² Darüber hinaus bildet das allgemeine Persönlichkeitsrecht die Grundlage für die Herausbildung und Anerkennung neuer Persönlichkeitsrechte.²¹³

Es liegt auf der Hand, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht als „Mutterrecht“²¹⁴ unzählige²¹⁵ persönliche Interessen umfasst. Darunter fallen sowohl die Werte, die nicht durch die Verkehrsauffassung und Wertvorstellungen geformt und durch die Rechtsordnung zu selbständigen Rechten ausgebildet wurden,²¹⁶ etwa Leben, Körper, Gesundheit und Freiheit²¹⁷ als auch die „besonderen“ Persönlichkeitsrechte, die eine spezielle gesetzliche Regelung gefunden haben.²¹⁸

Unter den Letzteren werden dabei persönlichkeitsrechtliche Positionen verstanden, die als absolute und subjektive Rechte ausgestaltet sind, beispielsweise das Recht am eigenen Bild, das Recht am gesprochenen Wort und das Namensrecht.²¹⁹ Bei diesen Rechten geht es um das

²¹⁰ S. z. B. BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 – „Caroline von Monaco II“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 9; *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 5 f.; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 78 ff.; *Kastl*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, S. 238.

²¹¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 28.

²¹² *Jarras*, NJW 1989, 857 (858 f.); vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.16 f.; *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 13 ff., §§ 19 ff.; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 21 – Es werden neun vom Bundesverfassungsgericht unterschiedenen Schutzgüter zusammengefasst.

²¹³ *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 27; für weitere Beispiele dazu s. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 174 ff.

²¹⁴ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 174.

²¹⁵ Vgl. *Hubmann*, JZ 1957, 521 (524).

²¹⁶ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 136, 173; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 40 f. – Die geschützten Rechtsgüter seien in der Regel jene Güter, die nach einer Schutznorm und § 823 Abs. 2 BGB zivilrechtlichen Schutz genießen.

²¹⁷ A. A. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 28 f. – Leben, Körper usw. seien keine Rechtsgüter, sondern Persönlichkeitsrechte; vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 187 ff.

²¹⁸ *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 27 f.

²¹⁹ Vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 20 f.; *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 11 Rn. 1 ff.

normale „Zusammenspiel von Tatbestand und Rechtswidrigkeit“,²²⁰ da die Güter- und Interessenabwägung schon vom Gesetzgeber während der Normierung getroffen wurde. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht dient nur als „Auffangtatbestand“, weil es die Lücken im Persönlichkeitsschutz ausfüllt, die trotz Anerkennung einzelner Persönlichkeitsrechte verbleiben.²²¹

b) Das Recht am eigenen Bild als besonderes Persönlichkeitsrecht

Das Recht am eigenen Bild wurde mit seiner Verankerung im Jahre 1907 im KUG als absolutes subjektives Recht bestimmt.²²² Knapp ein halbes Jahrhundert später, wie oben gesagt, hat sich das allgemeine Persönlichkeitsrecht in der höchstrichterlichen Rechtsprechung etabliert. Hätte zu diesem Zeitpunkt das spezielle Kunsturhebergesetz gefehlt, wären die Persönlichkeitsinteressen des Abgebildeten unter den Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gefallen.

Trotz der weiten Fassung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, das sämtliche Persönlichkeitsbestandteile umfasst, drängt es als *lex posterior* das KUG nicht zurück. Vielmehr gehen die §§ 22 ff. KUG dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht als *lex specialis* vor.²²³

Die Rechtswidrigkeit der Verbreitung oder öffentlichen Zurschaustellung der Bildnisse einer Person wird somit nicht im Wege einer Güter- und Interessenabwägung festgestellt, sondern sie ist bereits durch die Erfüllung des Tatbestandes indiziert,²²⁴ soweit keine besonderen Rechtfertigungsgründe ersichtlich sind.²²⁵ Dem steht auch nicht entgegen, dass es

²²⁰ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 20; ders., AfP 1985, 93 (95); vgl. OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404 (404).

²²¹ BVerfG, Beschluss vom 14.02.1973, NJW 1973, 1221 (1223); vgl. BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (448) – „Caroline von Monaco“; Helle, AfP 1985, 93 (95); Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.5.

²²² Helle, AfP 1986, 25 (27); ders., Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 90; Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 48 f; vgl. Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 297.

²²³ Verwaltungsgericht Göttingen, Urteil vom 21.11.2012, ZUM-RD 2013, 490 (491); Lettl, Urheberrecht, § 12, Rn. 2; Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 2; vgl. Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG, Vorbemerkung, Rn. 3; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 27 ff.; Barnik, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 25; Bußmann, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 15.01.1965 „Wie uns die anderen sehen“ (GRUR 1965, 495), GRUR 1965, 498 (498); a. A. Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 172 f. – Die Normen über besondere Persönlichkeitsrechte seien keine *leges speciales* zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht, weil Letzteres verfassungsrechtlich gegründet sei und die Normen über besondere Persönlichkeitsrechte daher sogar ändern könne; kritisch dazu Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 30 f – Es werde damit der Unterschied zwischen dem verfassungsrechtlichen und einfachrechtlichen, zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrecht übersehen.

²²⁴ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG, Vorbemerkung, Rn. 5; Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 24; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 09.02.2017, GRUR-Prax 2017, 215.

²²⁵ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 38.

im Falle des § 23 Abs. 2 KUG einer Interessenabwägung bedarf, weil sie ausdrücklich vom Tatbestand umfasst ist.²²⁶

Sowohl das einfache allgemeine Persönlichkeitsrecht,²²⁷ als auch das Recht am eigenen Bild beruhen auf Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG,²²⁸ so dass das grundrechtliche Persönlichkeitsrecht seine Ausstrahlungswirkung auf beide Rechte entfaltet. Dies hat zur Folge, dass das KUG als eine vorkonstitutionelle Regelung verfassungskonform im Lichte der vom Grundgesetz festgelegten Wertordnung auszulegen ist. Da das KUG meist offene Formulierungen aufweist, bietet es dem BVerfG zufolge dafür ausreichend Raum.²²⁹

Die Betrachtung des Rechts am eigenen Bild als eine Spezialausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts²³⁰ hat den Vorteil, dass man auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Auffangtatbestand immer dann zurückgreifen kann, wenn der Tatbestand des Rechts am eigenen Bild für schutzwürdige Interessen des Abgebildeten nicht ausreicht.²³¹ Es gewinnt umso mehr an Bedeutung, als die Schöpfer des KUG nicht vorhersehen konnten, wie rasant sich die Kommunikationsmittel und Massenmedien im 20. Jahrhundert entwickelt haben.²³² So kommt das allgemeine Persönlichkeitsrecht bei fehlender Erkennbarkeit einer Person auf einem rechtswidrig veröffentlichten Bild zum tragen,²³³ etwa bei Nacktaufnahmen,²³⁴ weil die §§ 22 ff. KUG die Erkennbarkeit einer Person voraussetzen. Derjenige, der mit der auf dem Bildnis dargestellten Person nicht identisch ist und dem das Bildnis fälschlich im Begleittext zugeschrieben wird, kann sich auch nur aufgrund seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts

²²⁶ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 38; vgl. *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 25.

²²⁷ *Götting* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 3 Rn. 6.

²²⁸ BVerfG, Urteil vom 05.06.1973, GRUR 1973, 541.

²²⁹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (451) – „Caroline von Monaco“; s. a. *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 2.

²³⁰ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (924) – „Caroline von Monaco II“; BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 (361); BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (447) – „Caroline von Monaco“; OLG Hamburg, Urteil vom 26.01.2017, MMR 2017, 249 (249); *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG, Vorbemerkung, Rn. 3; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 24; *ders.* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 7; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 2; *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 3; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 155 ff.

²³¹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 65; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 2; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 25f.

²³² *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 26.

²³³ OLG Karlsruhe, Urteil vom 28.07.2004, GRUR 2004, 1058.

²³⁴ *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782; *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG, Vorbemerkung, Rn. 6; s. z. B. BGH, Urteil vom 02.07.1974, GRUR 1975, 561 (562) – „Nacktaufnahmen“; für weitere Beispiele hierzu wird auf *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 65 f. verwiesen.

wehren.²³⁵ Ein weiteres Beispiel ist der durchsetzbare Schutz gegen bloße, vom KUG nicht umfasste Anfertigung des Bildnisses.²³⁶ Weiter ist dies bei den Eingriffen in die Intimsphäre der Fall, etwa bei einer Abbildung des Betroffenen auf pornografische Weise.²³⁷ Überdies ermöglicht das allgemeine Persönlichkeitsrecht den postmortalen Schutz des Abgebildeten über die vom KUG festgelegte zehnjährige Frist hinaus.²³⁸ Von besonderer Bedeutung ist die Möglichkeit des Abgebildeten, einen Anspruch auf immaterielle Geldentschädigung wegen einer unbefugten Bildnisveröffentlichung geltend zu machen,²³⁹ weil nur das allgemeine Persönlichkeitsrecht mit der Sanktion der immateriellen Geldentschädigung bewehrt ist.²⁴⁰ Nicht zuletzt ist hervorzuheben, dass die §§ 22 ff. KUG ein allgemeines Gesetz i. S. v. Art. 5 Abs. 2 GG sind und somit die grundrechtliche Meinungsfreiheit einschränken können.²⁴¹

2. Russland

a) Die Persönlichkeitsrechte als Grund- und Zivilrechte

Im russischen Recht unterscheidet man zwischen den sogenannten Rechtszweigen, unter denen eine Gesamtheit der Rechtsnormen zu verstehen ist, die einen thematisch abgegrenzten Regelungsgegenstand und eine kennzeichnende Regelungsmethode hat, etwa das Verfassungs- und Zivilrecht. Im sowjetischen²⁴² und teilweise auch russischen²⁴³ Schrifttum wird die Position vertreten, dass die Persönlichkeitsrechte nicht privatrechtlicher Natur sind und dem Verfassungsrecht zuzuordnen sind. Die Verankerung der Persönlichkeitsrechte in der

²³⁵ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 89.

²³⁶ Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 25; Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 4; Rixecker in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 90; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782; vgl. Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG, Vorbemerkung, Rn. 3; ausführlicher dazu s. Abschnitt C, Kapitel III, Unterkapitel 1, Buchstabe e, Unterbuchstabe aa „Das allgemeine Persönlichkeitsrecht“.

²³⁷ OLG Stuttgart, Urteil vom 30.01.1987, NJW-RR 1987, 1434 (1435); Jarass, NJW 1989, 859.

²³⁸ Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782; ausführlicher dazu s. Abschnitt E, Kapitel I, Unterkapitel 3, Buchstabe b „Der postmortale Schutz durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht“.

²³⁹ S. dazu Abschnitt E, Kapitel I, Unterkapitel 1, Buchstabe c, Unterbuchstabe aa „Die rechtliche Grundlage“.

²⁴⁰ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 28, s. a. S. 40 f. – Da der Grundsatz *lex specialis* auf der Rechtsfolgenebene nicht gelte, handele es sich beim Zusammenhang zwischen besonderem und allgemeinem Persönlichkeitsrecht um „limitierte und indizierende Spezialität“; vgl. Bartnik, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 25; Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 158 ff.

²⁴¹ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (541); BVerfG, Urteil vom 05.06.1973, GRUR 1973, 541 (545); vgl. BVerfG, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257 (258); OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (81); Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 51; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 2; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 2.8.

²⁴² Ioffe in: Ioffe/Tolstoj/Čerepachin (Hgg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 154; vgl. Tarchov in: Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija, „Kruglyj stol“ žurnala „Sovetskoe gosudarstvo i pravo“, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1982, Nr. 7, S. 102; Gurevič, Sovetskaja justicija 1939, Nr. 2, S. 26 ff.

²⁴³ Vgl. Tarchov, Graždanskoe pravo 2009, Nr. 2, S. 4; Gavrilov, Chožajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 14 f.

Verfassung der Russischen Föderation (im Folgenden die Verfassung der RF) ist nachvollziehbar, weil sie eine wesentliche Rolle für jede einzelne Person spielen und ein unverzichtbares Merkmal des Rechtsstaates darstellen.²⁴⁴

Dies darf aber nicht so verstanden werden, dass die Grundrechte auf eine Regelung von Privatbeziehungen gerichtet sind. *Kozlova* betont, dass die russische Verfassung von 1993 eine neue Konzeption der Grundrechte festlegt, die auf eine sozialistische Einigkeit der Interessen von Staat und Volk verzichtet.²⁴⁵ Nun seien die Grundrechte in erster Linie die Abwehrrechte gegen den Staat.²⁴⁶ *Maleina* stellt dazu fest, dass die entsprechenden Rechtsbeziehungen mit der Regelungsmethode „Über- und Unterordnung“ gestaltet werden.²⁴⁷ Bei den nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen geht es um „die rechtliche Gleichstellung der Partner“ als Regelungsmethode,²⁴⁸ die für das Zivilrecht charakteristisch ist, so dass die Persönlichkeitsrechte ihrer Rechtsnatur nach Zivilrechte sind.²⁴⁹ Darum kann man behaupten, dass die subjektiven zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechte neben den Grundrechten existieren.²⁵⁰

Die Verfassung der RF normiert nur das Wichtigste und kann nicht die übrige Gesetzgebung, die die gesamte Palette der vielseitigen sozialen Beziehungen regelt, ersetzen.²⁵¹

²⁴⁴ S. dazu *Nudnenko*, *Gosudarstvo i pravo* 2012, Nr. 2, S. 33 ff.

²⁴⁵ *Kozlova* in: *Kozlova/Kutašin* (Hgg.), *Konstitucionnoe pravo Rossii*, S. 180; vgl. *Ėbzeev*, *Pravovedenie* 1996, Nr. 1, S. 5; *Ivanova*, *Primenenie norm Konstitucii Rossijskoj Federacii v graždanskom sudoproizvodstve*, S. 17.

²⁴⁶ *Antonenko*, *Prjamoje dejstvie konstitucii Rossijskoj Federacii*, S. 17; vgl. *Kozlova* in: *Kozlova/Kutašin* (Hgg.), *Konstitucionnoe pravo Rossii*, S. 180; *Kutašin*, *Izbrannye trudy*, S. 188 f.; *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatije, osuščestvlenie, zaščita*, S. 10; *Ujutkin*, *Vlast' Zakona* 2013, Nr. 4 (16), S. 113.

²⁴⁷ *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatije, osuščestvlenie, zaščita*, S. 10; vgl. *Tarchov*, *Graždanskoe pravo* 2009, Nr. 2, S. 4; a. *A. Trofimova*, *Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija*, S. 64.

²⁴⁸ Die Frage nach der Regelungsmethode als Abgrenzungskriterium für unterschiedliche Rechtszweige wurde überwiegend in der sowjetischen Literatur von großer Bedeutung. Bejahend z. B. *Alekseev*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1955, Nr. 2, S. 114 ff.; *Genkin*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1955, Nr. 1, S. 102 ff.; vgl. O predmete sovetskogo graždanskogo prava (k itogam diskussii), *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1955, Nr. 5, S. 54 ff.; *Ušakov* in: *Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija*, „Kruglyj stol“ žurnala „Sovetskoe gosudarstvo i pravo“, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1982, Nr. 7, S. 101; ablehnend z. B. *Tarchov* in: *Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija*, „Kruglyj stol“ žurnala „Sovetskoe gosudarstvo i pravo“, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1982, Nr. 7, S. 104; vgl. *Ioffe*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1966, Nr. 7, S. 58 f.; *Krasavčikov*, *Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy*, S. 98; ausführlicher zu dieser Frage s. *Malein*, *Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR*, S. 20.

²⁴⁹ Für detaillierte Darstellung hierzu wird auf *Maleina* in: *Gosudarstvo i pravo* 2001, Nr. 1, S. 28 verwiesen; s. a. *Krasavčikova*, *Ponjatije i sistema ličnih, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii*, S. 28; *Gruzdev*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 2007, Nr. 4, S. 133.

²⁵⁰ So auch *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatije, osuščestvlenie, zaščita*, S. 9 f.

²⁵¹ *Ėbzeev*, *Gosudarstvo i pravo* 2008, Nr. 7, S. 6, 10; *Gadžiev*, *Rossijskaja justicija* 1995, Nr. 12, S. 27; *Krasavčikova*, *Ponjatije i sistema ličnih, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii*, S. 4; vgl. *Suržik*, *Jurist* 2006, Nr. 9, S. 19 f.; *Kutašin*, *Izbrannye trudy*, S. 188; Urteil des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation (im Folgenden VerfG RF) vom 09.07.2013 Nr. 18-P, *Rossijskaja gazeta* Nr. 157 vom 19.07.2013, Punkt 2 Abs. 8 – Die Verfassungsnormen werden unter anderem im Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation konkretisiert.

Die verfassungsrechtlichen Normen haben politisch-rechtlichen Charakter und stellen die konzeptionellen Prinzipien dar.²⁵²

Die in der russischen Literatur vertretene Meinung, dass es sich bei Persönlichkeitsrechten um ein „komplexes Rechtsinstitut“ handle,²⁵³ dessen Grundlage in der Verfassung der RF zu finden sei, das aber von mehreren Rechtszweigen geregelt werde,²⁵⁴ ist deshalb abzulehnen;²⁵⁵ ganz zu schweigen vom Vorschlag²⁵⁶ der Absonderung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen zu einem selbständigen Rechtszweig.

b) Die Persönlichkeitsrechte als einzelne subjektive Zivilrechte

In Art. 150 Punkt 1 ZGB RF werden besonders wichtige und allgemein anerkannte Nichtvermögensgüter aufgezählt. Bemerkenswert ist, dass in den weiteren gesetzlichen Vorschriften (Art. 150 Punkt 2 Abs. 1 und 2, Art. 151 Abs. 1 ZGB RF) neben den Nichtvermögensgütern ständig die Persönlichkeitsrechte erwähnt werden. Der Wortlaut des Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 und Art. 151 Abs. 1 ZGB RF macht auch ein sprachlicher Unterschied, nämlich dass die Persönlichkeitsrechte verletzt werden können, während in die Nichtvermögensgüter eingegriffen werden kann.

Der Grund für eine solche Differenzierung darf darin liegen, dass einige von Persönlichkeitsrechten, etwa das Namensrecht, richtig detailliert geregelt sind, die anderen dagegen nicht.²⁵⁷ Unter den letzteren sind z. B. das „Recht“ auf Leben und das „Recht“ auf Gesundheit zu nennen, auch wenn eine solche Wortverbindung üblich geworden ist. Dies lässt

²⁵² *Gruzdev*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 4, S. 133; vgl. *Kutašin*, Izbrannye trudy, S. 186 ff.; *Medvedev*, Vestnik VAS 2007, Nr. 7, S. 6; *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennyh otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 225; *Taeva*, Vestnik Vjatskogo gosudarstvennogo gumanitarnogo universiteta 2014, Nr. 11, S. 114.

²⁵³ *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 883 f.; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 102; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 68 ff.; vgl. *Faddeeva* in: Sergeev/Tolstoj (Hgg.), Graždanskoe pravo, S. 378.

²⁵⁴ *Krasavčikova* hat sich in der sowjetischen Zeit dafür ausgesprochen, s. Ličnaja žizn' graždan pod oščranoj zakona, S. 27 ff.

²⁵⁵ So auch *Krasavčikov*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy, S. 103.

²⁵⁶ Vorgeschlagen wurde in der sowjetischen Zeit, s. O predmete sovetskogo graždanskogo prava (k itogam diskussii), Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1955, Nr. 5, S. 60; *Tarchov* in: Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija, „Kruglyj stol“ žurnala „Sovetskoe gosudarstvo i pravo“, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1982, Nr. 7, S. 102; vgl. *Vitruk* in: Sistema sovetskogo prava i perspektivy ego razvitija, „Kruglyj stol“ žurnala „Sovetskoe gosudarstvo i pravo“, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1982, Nr. 7, S. 106; *Krasavčikov*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy, S. 95 ff; kritisch dazu *Ioffe*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1966, Nr. 7, S. 58 f.

²⁵⁷ Vgl. *Sadikov* in: Sadikov (Hrsg.), Kommentarij k GK RF, S. 8; *Gruzdev*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 4, S. 132.

sich historisch aus der Diskussion hinsichtlich der zivilrechtlichen Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen ableiten.

Im Ergebnis stellen sämtliche Nichtvermögengüter theoretisch die Gegenstände der Persönlichkeitsrechte dar, also jedem Nichtvermögengut entspricht ein Persönlichkeitsrecht. Aus praktischer Sicht geht es allerdings einerseits um die „richtige“ Persönlichkeitsrechte, andererseits um die Nichtvermögengüter, die sich nicht auf den Rang eines absoluten Rechts erheben lassen,²⁵⁸ und die aber schutzwürdig sind. Dies gibt einigen Rechtswissenschaftlern den Anlass zu behaupten, dass der Terminus die „Persönlichkeitsrechte“ zu etlichen Gütern nicht taugt.²⁵⁹ Eine gekoppelte Nutzung der Wörter „Nichtvermögengüter“ und „Persönlichkeitsrechte“ kann darum als eine Verlegenheitslösung angesehen werden.

Maleina plädiert in diesem Zusammenhang dafür, sämtliche Persönlichkeitsrechte im ZGB RF zu verankern.²⁶⁰ Die Persönlichkeit ist allerdings vielschichtig und kann nicht in ihren einzelnen Ausprägungen durch spezielle Freiheitsgarantien erfasst werden.²⁶¹ Darüber hinaus könnte dies einen Schutzdefizit aufweisen, falls ein zuvor kaum denkbares und folglich im Gesetz nicht vorgesehenes Persönlichkeitsrecht später entstehen würde.

Die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts könnte diese Schwierigkeit überwinden, da „sämtliche rechtlich geschützten Persönlichkeitsinteressen unter einem Dach“²⁶² vereint würden. Rein theoretisch steht dem nichts entgegen, da, wie bereits gesagt, die Liste der Nichtvermögengüter und somit der Persönlichkeitsrechte in Art. 150 Punkt 1 ZGB RF nicht abschließend ist.

Die Figur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ist dem russischen Recht nicht ganz fremd. Schon im Jahr 1939 hat sich *Asknazij* dafür ausgesprochen, anstatt der einzelnen Persönlichkeitsrechte eine „allgemeine Formel“ gesetzlich festzuschreiben, die alle untrennbar mit einer Person verbundenen immateriellen Interessen des Bürgers schützen würde.²⁶³ Auch *Flejšic* hielt es ein Jahr später für empfehlenswert, unendlich vielfältige persönliche Interessen in „einer allgemeinen Form“ zu schützen.²⁶⁴

Dieser Vorschlag war in der sowjetischen Literatur auf lebhaft Kritik gestoßen. In erster Linie hat *Bratus* eingewendet, dass nicht alle persönlichen Güter in der Sowjetunion

²⁵⁸ Ein treffender Ausdruck von *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 42.

²⁵⁹ *Rovnyj*, Problemy ob’’ekta v graždanskom prave, S. 47.

²⁶⁰ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 29 f.; vgl. *Pal’kina*, Ličnye neimuščestvennye prava i nematerial’nye blaga v graždanskom i semejnomo prave Rossijskoj Federacii, S. 7, 11.

²⁶¹ Ein treffender Ausdruck von *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 20.

²⁶² Ein treffender Ausdruck von *Kötz/Wagner*, Deliktsrecht, Rn. 400.

²⁶³ *Asknazij*, Sovetskaja justicija 1939, Nr. 14, S. 38 f.

²⁶⁴ *Flejšic*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1940, Nr. 7, S. 70 f.

schutzwürdig seien, sondern nur diejenigen, die sozial wertvoll sind und deren Beeinträchtigung den Grundsätzen der sozialistischen Gesellschaft droht.²⁶⁵

Suchoverchij warnte davor, dass die Verankerung eines einheitlichen Persönlichkeitsrechts den Raum für freies Ermessen des Gerichts ausufern würde.²⁶⁶ Als eine Alternative hat er vorgeschlagen, einzelne inhaltlich breit gefasste und zugleich genug bestimmte Rechte zu verankern, beispielsweise das Recht auf den Schutz der Geheimnisse des Privatlebens und das Recht auf die Individualisierung einer Persönlichkeit.²⁶⁷

Dies war somit historisch der Grund, dass einem allumfassenden Persönlichkeitsrecht die einzelnen Persönlichkeitsrechte vorgezogen wurden. Gemäß Punkt 3.5 des 2. Abschnitts der Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation von 2009 wird am Postulat festgehalten, dass neue konkrete Nichtvermögensgüter und Persönlichkeitsrechte von der Rechtsprechung entwickelt und anschließend durch den Gesetzgeber in 8. Kapitel ZGB RF niedergeschrieben werden.²⁶⁸ Als anschauliches Beispiel dafür dient Art. 152.2 ZGB RF „Der Schutz des Privatlebens des Bürgers“, der am 01.10.2013 in ZGB RF eingefügt wurde.²⁶⁹ Es darf offenbleiben, welche Reichweite die neuen Regelungen haben, da es in jedem Fall um einzelne Persönlichkeitsrechte geht. Auch wenn diese zahlreich werden können, lassen sie sich kaum einer lückenschließenden Gewährleistung der Persönlichkeitsentfaltung durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht gegenüberstellen.²⁷⁰

c) Die Drittwirkung der Grundrechte unter besonderer Berücksichtigung des Rechts am eigenen Bild

Dem zweiten Kapitel der Russischen Verfassung ist eine grundlegende Bedeutung beizumessen, da es die „Grundrechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers“ normiert: das Recht auf Leben, Würde, Freiheit und persönliche Unantastbarkeit, Unantastbarkeit des Privatlebens, Personen- und Familiengeheimnis, Schutz der Ehre und des guten Namens, Achtung der Korrespondenz, Unantastbarkeit der Wohnung usw.

Für das Recht am eigenen Bild eröffnet das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens einen besonderen Schutzbereich, da man behauptet, dass der zivilrechtliche Bildnisschutz dem

²⁶⁵ *Bratus'*, *Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava*, S. 85.

²⁶⁶ *Suchoverchij*, *Pravovedenie* 1972, Nr. 3, S. 31.

²⁶⁷ *Ebd.*, S. 30 ff.

²⁶⁸ Begrüßend *Trofimenko*, *Nematerial'nye ob''ekty v graždanskich pravootnošenijach*, S. 239 f.

²⁶⁹ Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 145 vom 05.07.2013.

²⁷⁰ Vgl. *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 150, Punkt 4.

grundrechtlich gewährleisteten Schutz des Privatlebens (Art. 23 Teil 1 und Art. 24 Teil 1 der Verfassung der RF) diene.²⁷¹ In der Tat richtet sich zwar der Bildnisschutz in erster Linie auf den Schutz der Privatsphäre, wenn der Inhalt eines Bildes Informationen aus dem Privatleben einer Person erkennen lässt, ist jedoch auch unabhängig davon durchsetzbar.²⁷² Der Schutz des Privatlebens bezieht sich nicht speziell auf Abbildungen, sondern ist thematisch und räumlich bestimmt.²⁷³ Genauso überschneiden sich oft der Bildnisschutz und der grundrechtlich gewährleistete Schutz der Ehre und Würde des Menschen (Art. 21 und 23 Teil 1 der Verfassung der RF).²⁷⁴ Allein die Verbundenheit des Rechts am eigenen Bild mit obigen Grundrechten

²⁷¹ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 08.05.2019 im Verfahren Nr. 33-2014/2019; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 02.03.2016 im Verfahren Nr. 33-1833/2016; Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss ohne Datum im Verfahren Nr. 33-14473/2014; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Belgorod, Überblick über die Praxis in Zivilsachen für Juni 2012; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Krasavčikova*, Ponjatie i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 340; *Mazaev*, Gosudarstvennaja služba 2016, Nr. 6 (104), S. 40; *ders.*, Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii 2016, Nr. 6 (113), S. 104; *Zajceva*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2016, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Arzumanjan*, Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, S. 61; *Micheeva*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *Grišaev*, Évoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 2, Das Bild des Bürgers, Abs. 1, zitiert nach Consultant; *Turkiašvili*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 5 (69), 228 ff.; *Položenceva/Mitjagin*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti 2015, Nr. 1, S. 24; *Il'jutovič*, Pravovaja informatika 2015, Nr. 3, S. 49; *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 59, 62; *Renkel'*, Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 5, S. 22; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimenitel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 35; *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 74; *Balaškina*, Pravo i politika 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; a. A. *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 13; so auch *Nochrina*, Peterburgskij Jurist 2017, Nr. 1 (14), S. 120 (vgl. aber davor *dies.* in: Tolstoj (Hrsg.), Graždanskoe pravo, S. 389); *Poguljaev/Tulub'eva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2004, Nr. 3, S. 43; *Pustovalov* in: Pravo i sovremennost', der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, S. 131.

²⁷² Vgl. *Sannikova*, Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii. Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 12, Kommentar zu Art. 151, Punkt 5 Abs. 2; *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Autoreferat der Jur. Diss. (zum Unterschied zur Dissertation mit demselben Namen), S. 12; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 16 ff., 32, 118 f., 121 f.; s. a. Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 22.10.2012 Nr. 33-15070/2012, n. v., zitiert nach Consultant.

²⁷³ *Magomedova/Skorova/Cokur*, in: Territorija prava, der Sammelband der Aufsätze der wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, S. 236; vgl. *Zajceva*, Zakonodatel'stvo 2017, Nr. 8, S. 38 ff.

²⁷⁴ *Mazaev*, Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii 2016, Nr. 6 (113), S. 104; *Il'jutovič*, Pravovaja informatika 2015, Nr. 3, S. 48 f.; *Kljueva/Zacharov* in: XLVI Ogarevskie čtenija, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, S. 262; *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 75; vgl. *Arzumanjan*, Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, S. 61; *Artemova/Erčenko*, Vestnik obrazovatel'nogo konsorciuma srednerusskij universitet 2015, 1. Band, Nr. 5, 13 f., abrufbar unter <<https://elibrary.ru/item.asp?id=24100908>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; s. z. B. Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 22.10.2012 Nr. 33-15070/2012, n. v., zitiert nach Consultant.

wandelt es aber nicht in ein Grundrecht.²⁷⁵ Im Hinblick darauf kommt der Frage wesentliche Bedeutung zu, ob die Grundrechte im russischen Zivilrecht Drittwirkung entfalten.

In der russischen Literatur wird geäußert, dass die Verfassung der RF eine unmittelbare und mittelbare Wirkung ausüben kann.²⁷⁶ Im ersten Fall regeln die Verfassungsvorschriften die Rechtsbeziehungen umfassend, ohne dass sie in den einfachen Gesetzen konkretisiert werden, etwa die Ausübung des Rechts auf Freiheit des Gedankens und des Wortes gemäß Art. 29 Teil 1 der Verfassung der RF.²⁷⁷ Im zweiten Fall ist eine einfachgesetzliche Konkretisierung erforderlich,²⁷⁸ da die Verfassungsvorschriften regelmäßig weit gefasst sind und einer Entfaltung in sonstigen Rechtsnormen bedürfen.²⁷⁹

Umnova/Aleškova machen darauf aufmerksam,²⁸⁰ dass einige Rechtswissenschaftler sämtlichen Verfassungsnormen eine unmittelbare Wirkung verleihen,²⁸¹ wobei nach der Verabschiedung der Verfassung der RF von 1993 „sich diese Rechtsposition gefestigt“ habe.²⁸² Sie weisen auf *Ėbzeev* hin,²⁸³ der jede Verfassungsnorm für ein unmittelbar geltendes Recht hält.²⁸⁴

Sie übersehen allerdings dabei,²⁸⁵ dass die Verfassung der RF tatsächlich unmittelbar wirkt, nämlich in dem Sinne, dass sie, wie bereits erwähnt,²⁸⁶ vor allem die Rechtsbeziehungen zwischen den Menschen und dem Staat regelt.²⁸⁷ Auch nach *Ėbzeevs* Meinung, schränkt die

²⁷⁵ Vgl. aber *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), *Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija*, S. 75.

²⁷⁶ *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, zitiert nach Consultant; vgl. *Grevcov*, *Žurnal rossijskogo prava* 1998, Nr. 6, S. 95 f.

²⁷⁷ *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, Abs. 20, zitiert nach Consultant; vgl. *Grevcov*, *Žurnal rossijskogo prava* 1998, Nr. 6, S. 95 f.

²⁷⁸ *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, Abs. 21, zitiert nach Consultant.

²⁷⁹ *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, Abs. 35, zitiert nach Consultant; *Gadžiev*, *Rossijskaja justicija* 1995, Nr. 12, S. 27; *Krasavčikova*, *Ponjatje i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždán (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii*, S. 4; vgl. VerfG RF, Urteil vom 09.07.2013 Nr. 18-P, *Rossijskaja gazeta* Nr. 157 vom 19.07.2013, Punkt 2 Abs. 8; *Kutašin*, *Izbrannye trudy*, S. 188; *Belov*, *Gosudarstvo i pravo* 2014, Nr. 1, S. 53; *Suržik*, *Jurist* 2006, Nr. 9, S. 19 f.

²⁸⁰ *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, Abs. 24 ff., zitiert nach Consultant.

²⁸¹ S. z. B. *Kutašin*, *Izbrannye trudy*, S. 190.

²⁸² *Umnova/Aleškova*, *Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki*, Abschnitt 1.1, Abs. 27, zitiert nach Consultant.

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ *Ėbzeev*, *Pravovedenie* 1996, Nr. 1, S. 8.

²⁸⁵ Wie auch *Vengerov*, s. *Obščestvennye nauki i sovremennost'* 1995, Nr. 5, S. 51.

²⁸⁶ S. Abschnitt B, Kapitel II, Unterkapitel 2, Buchstabe a „Die Persönlichkeitsrechte als Grund- und Zivilrechte“.

²⁸⁷ *Kutašin*, *Izbrannye trudy*, S. 190; *Ėbzeev*, *Pravovedenie* 1996, Nr. 1, Abs. 16; *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždán: ponjatje, osuščestvlenie, zaščita*, S. 9 f.; vgl. *Gricenko*, *Žurnal konstitucionnogo pravosudija* 2013, Nr. 1, Abschnitt „Princip prjamoj dejstvija Konstitucii v rossijskom konstitucionnom prave“, Abs. 1, zitiert nach Consultant; so auch *Jagofarova*, in: *Ustojčivoje razvitie Rossii: vyzovy, riski, strategii*, Materialien zur XIX. Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages der Geisteswissenschaftlichen Universität, S. 240.

Verfassung den Staat durch das Recht ein,²⁸⁸ wobei die unmittelbare Wirkung der Verfassungsnormen in jedem Fall im Rahmen der Verfassungs- und nicht Privatrechtsbeziehungen stattfindet.²⁸⁹

Mittlerweile gibt es in der Verfassungstheorie auch den Begriff der „Anwendung“ der Verfassung, wenn der Gehalt einer Verfassungsnorm nur mit Hilfe eines Rechtsakts eines Staatsorgans verwirklicht werden kann.²⁹⁰ In der Regel geht es um Gerichtsurteil. Eine solche Anwendung kann direkt und indirekt sein. Bei der indirekten Anwendung kommen die einfachgesetzlichen Vorschriften zum tragen, in denen sich eine entsprechende Verfassungsnorm entfaltet.²⁹¹

Bei der direkten Anwendung der Verfassungsnorm stützen sich die Gerichte bei der Lösung des Streits, darunter auch zwischen privaten Personen, ausschließlich auf die Vorschriften der russischen Verfassung.²⁹² Das Oberste Gericht der Russischen Föderation (im Folgenden OG RF) hat hervorgehoben,²⁹³ dass sich die Gerichte im Einzelfall von der Verfassung der RF direkt leiten lassen, wenn ihre Vorschriften keine erweiterte Regelung bedürfen sowie wenn eine erweiterte Regelung in einem föderalen Gesetz erforderlich ist, das aber fehlt oder verfassungswidrig erklärt wurde, wobei eine entsprechende Gesetzeslücke durch das Verfassungsgericht der Russischen Föderation festgestellt werden muss. Das Schrifttum schließt sich dieser Ansicht ein.²⁹⁴

²⁸⁸ *Ėbzeev*, Gosudarstvo i pravo 2008, Nr. 7, S. 7; *ders.*, Pravovedenie 1996, Nr. 1, S. 5; so auch *Kutaġin*, Izbrannye trudy, S. 190.

²⁸⁹ *Ėbzeev*, Pravovedenie 1996, Nr. 1, Abs. 21.

²⁹⁰ Vgl. *Umnova/Aleškova*, Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej juridicii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki, Abschnitt 1.1, Abs. 47, zitiert nach Consultant; *Rjachovskaja*, Istoričeskie, filosofskie, političeskie i juridičeskie nauki, kul'turologija i iskusstvovedenie. Voprosy teorii i praktiki 2011, Nr. 8 (14), S. 171.

²⁹¹ *Umnova/Aleškova*, Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej juridicii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki, Abschnitt 1.1, Abs. 54, zitiert nach Consultant; *Železnova*, Vestnik Nižegorodskogo universiteta imeni N. I. Lobačevskogo 2002, Schriftenreihe Recht, Nr. 1, S. 130; vgl. *Grevcov*, Žurnal rossijskogo prava 1998, Nr. 6, S. 96.

²⁹² Vgl. *Umnova/Aleškova*, Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej juridicii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki, Abschnitt 1.1, Abs. 48, zitiert nach Consultant; *Ėbzeev*, Gosudarstvo i pravo 2008, Nr. 7, S. 6; *Eršov*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 9, S. 3; *ders.*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 10, S. 4; *Grevcov*, Žurnal rossijskogo prava 1998, Nr. 6, S. 96.

²⁹³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 31.10.1995 Nr. 8 „O nekotorych voprosach primenjenja sudami Konstitucii Rossijskoj Federacii pri osuščestvlenii pravosudija“ (Über einige Fragen der Anwendung der Verfassung des Russischen Föderation im Gerichtsverfahren durch die Gerichte) n. F. vom 16.04.2013, Rossijskaja gazeta Nr. 247 vom 28.12.1995, Punkt 2 Buchstaben a und b; vgl. dieselbe Anweisung a. F. sowie das Urteil des VerfG RF vom 16.06.1998 Nr. 19-P, Rossijskaja gazeta Nr. 121 vom 30.06.1998; s. dazu *Eršov*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 9, S. 3 f.

²⁹⁴ Vgl. *Gricenko*, Gosudarstvo i pravo 2015, Nr. 6, S. 14; *Lebedev*, Gosudarstvo i pravo 1996, Nr. 4, S. 4; *Gadžiev*, Rossijskaja justicija 1995, Nr. 12, S. 24 f.; *Vengerov*, Obščestvennye nauki i sovremennost' 1995, Nr. 5, S. 48 ff.; *Fedotov* in: Scharf/Fedotov (Hgg.), Medienrecht im Vergleich Deutschland – Russland. Eine Initiative des Petersburger Dialogs, S. 111; *Ivanova*, Primenenie norm Konstitucii Rossijskoj Federacii v graždanskom sudoproizvodstve, S. 18 f.; *Aničkin/Zenina*, Vestnik Altajskoj akademii ekonomiki i prava 2015, Nr. 2 (40),

Gegenwärtig wird in der russischen Literatur diskutiert, ob das Verfassungsgericht der Russischen Föderation den Raum der direkten Anwendung der Verfassung der RF selbst eingeengt hat, indem es die Zivilgerichte im Zweifel über Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes dazu aufgerufen hat,²⁹⁵ sich nicht nach den Verfassungsnormen zu richten, sondern ein entsprechendes Gerichtsverfahren zu unterbrechen, bis das Verfassungsgericht über die Frage entschieden hat.²⁹⁶

Die Verfassungsnormen wirken also bei der Regelung von den Rechtsbeziehungen zwischen den Menschen und dem Staat unmittelbar und zwischen den privaten Personen mittelbar. Sie können darüber hinaus von den russischen Gerichten direkt oder indirekt angewendet werden.

Die russische Verfassung enthält im Unterschied zu ihren Vorgängern²⁹⁷ allerdings einige Normen, die auf ihre unmittelbare Wirkung in den privaten Rechtsbeziehungen hinweisen. Beispielsweise sind Art. 15 Teil 1 Satz 1,²⁹⁸ Art. 18 Satz 1²⁹⁹ sowie Art. 45 Teil 2³⁰⁰ zu nennen. Ob eine unmittelbare Drittwirkung der russischen Verfassung hinsichtlich der Grundrechte tatsächlich zu bejahen ist, erscheint jedoch fragwürdig.³⁰¹

Zu berücksichtigen ist vor allem Art. 18 Satz 2 der russischen Verfassung, der Art. 1 Abs. 3 GG nahekommt, nach dem die Grundrechte den Sinn, den Inhalt und die Anwendung der Gesetze, die Tätigkeit der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt sowie der

S. 14 ff.; *Antonenko*, Prjamoe dejstvie konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 16; *Kartašova*, Vestnik Voronežskogo instituta MVD Rossii 2012, Nr. 2 (ohne Seitenangabe).

²⁹⁵ VerfG RF, Urteil vom 16.06.1998 Nr. 19-P, Rossijskaja gazeta Nr. 121 vom 30.06.1998.

²⁹⁶ Bejahend z. B. *Eršov*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 9, S. 2 ff.; *ders.*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 10, S. 2 ff.; *Sagandykov/Popov*, Vestnik Južno-Ural'skogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Recht 2016, 16. Heft, Nr. 1, S. 88; *Bogomolov*, Primenenie sudami obščej jurisdikcii norm Konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 3, 15; *Kartašova*, Juridičeskie zapiski 2012, Nr. 2 (25), S. 22; *Usačev*, Vestnik Tambovskogo universiteta 2008, Schriftenreihe Geisteswissenschaften, Nr. 6 (62), S. 338; vgl. *Gricenko*, Rossijskoe pravo. Obrazovanie. Praktika. Nauka 2011, Nr. 1, S. 34 f.; ablehnend z. B. *Mamontova*, Aktual'nye problemy rossijskogo prava 2010, Nr. 1, S. 123 f.

²⁹⁷ *Rjachovskaja*, Juridičeskaja nauka i praktika 2015, 11. Heft, Nr. 3, S. 38; *dies.*, Juridičeskaja nauka i praktika 2012, 8. Heft, Nr. 2, S. 48; *Ivanova*, Primenenie norm Konstitucii Rossijskoj Federacii v graždanskom sudoproizvodstve, S. 16; *Voronenko/Jacenko*, Aktual'nye problemy konstitucionnogo, municipal'nogo i meždunarodnogo prava 2016, S. 28; *Antonenko*, Prjamoe dejstvie konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 3; *Kartašova*, Pravovaja nauka i reforma juridičeskogo obrazovanija 2012, Nr. 2 (25), S. 5; *Mamontova*, Aktual'nye problemy rossijskogo prava 2010, Nr. 1, S. 117.

²⁹⁸ *Die Verfassung der Russischen Föderation hat die höchste juristische Kraft, gilt unmittelbar und findet auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation Anwendung.* Vgl. die Übersetzung unter <<http://www.constitution.ru/de/part1.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

²⁹⁹ *Die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers gelten unmittelbar.* Vgl. die Übersetzung unter <<http://www.constitution.ru/de/part2.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

³⁰⁰ *Jeder ist berechtigt, seine Rechte und Freiheiten mit allen Mitteln, die nicht gesetzlich verboten sind, zu verteidigen.* Vgl. die Übersetzung unter <<http://www.constitution.ru/de/part2.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

³⁰¹ *Belov*, Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 1, S. 54; vgl. *Andreev*, Žurnal rossijskogo prava 2014, Nr. 3, zitiert nach Consultant.

örtlichen Selbstverwaltung bestimmen und durch die Rechtsprechung gewährleistet werden. Nach *Ėbzeevs* Meinung bedeutet dies, dass die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht die Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung binden.³⁰² Dementsprechend verpflichten die Grundrechte den Staat zum Schutz.³⁰³ Dies bedeutet, dass vor allem die Gerichte die Grundrechte beachten und im Rahmen der Rechtsbeziehungen zwischen privaten Personen gewähren müssen.³⁰⁴

Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation hebt darüber hinaus hervor, dass die Richter die Gesetznormen verfassungskonform interpretieren müssen, um im Einzelfall die Grundrechte nicht unverhältnismäßig einzuschränken.³⁰⁵ Auch in der russischen Literatur wird vertreten, dass in der Rechtsprechung diejenige Auslegungsvariante vorzuziehen sei, die den Grundrechten und der Verfassung der RF im Ganzen entspreche.³⁰⁶

Dies spricht dafür, dass die Grundrechte im Privatrecht eine mittelbare Drittwirkung ausstrahlen. Zwar ist der Begriff die „mittelbare Drittwirkung“ dem russischen Recht nicht bekannt. Jedoch betonen *Umnova/Aleškova*,³⁰⁷ *Gricenko*³⁰⁸ sowie einige andere Rechtswissenschaftler,³⁰⁹ dass sich nach mehr als 20jähriger Geltung der russischen Verfassung keine plausible Konzeption ihrer unmittelbaren Wirkung entwickelt habe und die Theorie der direkten Anwendung der Verfassung einer weiteren Begründung bedürfe. Es ist darum

³⁰² *Ėbzeev*, Gosudarstvo i pravo 2008, Nr. 7, S. 9; *ders.*, Pravovedenie 1996, Nr. 1, S. 8.

³⁰³ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždán: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 10.

³⁰⁴ *Sagandykov/Popov*, Vestnik Južno-Ural'skogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Recht 2016, 16. Heft, Nr. 1, S. 86; vgl. *Ėbzeev*, Gosudarstvo i pravo 2008, Nr. 7, S. 10; *Gricenko*, Gosudarstvo i pravo 2015, Nr. 6, S. 14; *dies.*, Žurnal konstitucionnogo pravosudija 2013, Nr. 1, Einführung, zitiert nach Consultant; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždán: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 10; *Lazarev*, Žurnal rossijskogo prava 2014, Nr. 10, S. 21 f.; *Rjachovskaja*, Sistema obespečenija prjamogo dejstvija Konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 14, 22; *Epifanov*, Istoričeskie, filosofskie, političeskie i juridičeskie nauki, kul'turologija i iskusstvovedenie. Voprosy teorii i praktiki 2015, Nr. 12-2 (62), S. 89; *Belov*, Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 1, S. 47 ff.; *Usačev*, Vestnik Tambovskogo universiteta 2008, Schriftenreihe Geisteswissenschaften, Nr. 6 (62), S. 336; *Eršov*, Rossijskaja justicija 1998, Nr. 10, S. 4; s. dazu VerfG RF, Urteil vom 16.06.1998 Nr. 19-P, Rossijskaja gazeta Nr. 121 vom 30.06.1998, Punkt 2 Abs. 1.

³⁰⁵ Vgl. VerfG RF, Beschluss vom 02.04.2009 Nr. 484-O-P, veröffentlicht in: Vestnik Konstitucionnogo Suda RF, 2009, Nr. 6; VerfG RF, Beschluss vom 20.02.2002 Nr. 48-O, veröffentlicht in: Vestnik Konstitucionnogo Suda RF, 2002, Nr. 4.

³⁰⁶ *Belov*, Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 1, S. 54 f.; *Ivanova*, Primenenie norm Konstitucii Rossijskoj Federacii v graždanskom sudoproizvodstve, S. 18; darin wird aber eine unmittelbare Wirkung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers gesehen z. B. von *Gricenko*, Gosudarstvo i pravo 2015, Nr. 6, S. 15; *Gadžiev*, Rossijskaja justicija 1995, Nr. 12, S. 27.

³⁰⁷ *Umnova/Aleškova*, Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki, Abschnitt 1.1, Abs. 36 und 67, zitiert nach Consultant.

³⁰⁸ *Gricenko*, Gosudarstvo i pravo 2015, Nr. 6, S. 5.

³⁰⁹ *Voronenko/Jacenko*, Aktual'nye problemy konstitucionnogo, municipal'nogo i meždunarodnogo prava 2016, S. 28; *Aničkin/Zenina*, Vestnik Altajskoj akademii ekonomiki i prava 2015, Nr. 2 (40), S. 14; *Rjachovskaja*, Socium i vlast' 2012, Nr. 5, S. 80; *dies.*, Sistema obespečenija prjamogo dejstvija Konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 3; *Grevcov*, Žurnal rossijskogo prava 1998, Nr. 6, S. 97; *Antonenko*, Prjamoe dejstvie konstitucii Rossijskoj Federacii, S. 3.

anzunehmen, dass bei der Erwähnung der Grundrechte in den Gerichtsentscheidungen in der Tat ihre mittelbare Drittwirkung festgestellt wird.³¹⁰

Dies hat zur Folge, dass das Recht am eigenen Bild im Falle des Eingriffs in dieses und zugleich in das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens oder auf den Schutz der Ehre und Würde des Menschen, etwa bei den Nacktaufnahmen, nicht nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF zugunsten der Informationsinteressen der Öffentlichkeit gemäß Art. 29 Teile 4 und 5 der Verfassung der RF ohne Weiteres eingeschränkt wird, sondern mit den anderen grundrechtlichen Wertungen in eine Reihe gestellt wird, was sogar dazu führen kann, dass sie nur nachrangig geschützt werden.

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht verleiht einer Person in Deutschland einen umfassenden Schutz. Das Recht am eigenen Bild wird als ein besonderes Persönlichkeitsrecht verstanden, das einen Teilausschnitt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts darstellt. Da es dabei nicht um ein bloßes Rechtsgut, sondern um ein vollwertiges absolutes Recht geht, bedarf es für die Feststellung der Rechtswidrigkeit keiner Interessenabwägung. Es reicht die Erfüllung des Tatbestandes des § 22 KUG, der gegenüber dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht als *lex specialis* wirkt.

Wegen der Ausstrahlung der Grundrechte in das Zivilrecht dient das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Auffangtatbestand, der die Lücken im Bildnisschutz ausfüllt. Der Rückgriff auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht ermöglicht unter anderem eine immaterielle Geldentschädigung für die Verletzung des Rechts am eigenen Bild.

Zwar werden auch in Russland die Verfassungsvorschriften im Gerichtsverfahren zwischen privaten Personen berücksichtigt und eine sogenannte mittelbare Drittwirkung der Grundrechte wird *de facto* bejaht. Jedoch kennt das russische Recht kein allgemeines Persönlichkeitsrecht, sondern einzelne grundrechtliche und einzelne zivilrechtliche Persönlichkeitsrechte. Das Recht am eigenen Bild stellt eines der wenigen Persönlichkeitsrechte dar, dessen Inhalt direkt im ZGB RF festgelegt ist. Allerdings wird es in der Verfassung der RF nicht erwähnt. Allein der grundrechtlich gewährleistete Schutz des Privatlebens und der Ehre und Würde des Menschen können bei verbleibenden Lücken im Bildnisschutz gegeben sein.

³¹⁰ Vgl. *Gricenko*, Rossijskoe pravo. Obrazovanie. Praktika. Nauka 2011, Nr. 1, S. 39.

Dies hat im Vergleich zum deutschen Recht den Nachteil, dass es beispielsweise keine Schutzmittel bei einer fehlenden Erkennbarkeit einer Person gibt, da gemäß Art. 152.1 ZGB RF die Erkennbarkeit wie im deutschen Recht eine notwendige Voraussetzung des Bildnisschutzes ist. Darüber hinaus fehlt ein Tatbestand gegen die bloße, von Art. 152.1 ZGB RF nicht umfasste Herstellung eines Bildes.

Auch wenn der Anspruch auf Entschädigung für immateriellen Schaden nach Art. 151 ZGB RF hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild ohne Weiteres durchsetzbar ist und der postmortale Schutz nach dem russischen Recht im Unterschied zu §§ 22 ff. KUG nicht auf zehn Jahre nach dem Tod des Abgebildeten eingeschränkt ist, jedoch genießt der Abgebildete in Russland nur einen fragmentarischen Schutz.

C. Der Schutzbereich des Rechts am eigenen Bild

I. Der Begriff „Bild“

1. Deutschland

a) Die Erkennbarkeit

Im deutschen Recht unterscheidet man zwischen den Begriffen das „Bild“ und das „Bildnis“. Unter letzterem ist die menschliche Abbildung zu verstehen, während das Bild unterschiedliche Motive als Inhalt haben kann.³¹¹

Das „Bildnis“ ist der Hauptbegriff der Regelung in § 22 ff. KUG. Zunächst wurde für sein Vorliegen die Darstellung einer Person in ihrer wirklichen, dem Leben entsprechenden Erscheinung gefordert.³¹² Heute hält die herrschende Meinung in der Literatur die Erkennbarkeit des Abgebildeten für erforderlich und ausreichend.³¹³ Aus der Definition des Bildnisbegriffs geht hervor, dass sie die Abbildung einer natürlichen Person voraussetzt,³¹⁴ unabhängig davon, ob es sich um Lebende oder Tote handelt.³¹⁵ Dementsprechend wird das Bildnis als erkennbare Wiedergabe des äußeren Erscheinungsbildes einer natürlichen Person bestimmt.³¹⁶

Die Erkennbarkeit ergibt sich vor allem aus den Gesichtszügen. Jedoch kann der Abgebildete auch durch Merkmale, die sich aus dem Bild ergeben und die gerade ihm zu eigen sind,³¹⁷ durch begleitende Umstände, etwa andere Bildeinzelheiten³¹⁸ oder eine

³¹¹ *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 19.

³¹² *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 91; vgl. *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 12.

³¹³ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 10; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 3; vgl. *Hildebrand*, ZUM 2016, 305 (306 f.); verneint z. B. vom LG München, Urteil vom 25.11.2021, GRUR-RS 2021, 50113.

³¹⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 89; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.2; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 86; s. a. OLG München, Urteil vom 17.03.2016, GRUR 2016, 860; LG Köln, Teilurteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 15176, 1b.

³¹⁵ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 1; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 15; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 86; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 63; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 19; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.3 f.; *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1890); *Reber*, GRUR Int. 2007, 492 (494).

³¹⁶ Vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 5; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 14; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 10; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 1; LG Essen, Urteil vom 10.07.2014, BeckRS 2014, 17008, I.

³¹⁷ BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“ - Die Erkennbarkeit aufgrund von Statur, Haltung, Haarschnitt; OLG Karlsruhe, Urteil vom 08.10.2014, BeckRS 2015, 03159, II Nr. 2; OLG Köln, Urteil vom 03.09.2013, BeckRS 2014, 17454; OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237 (238); LG Düsseldorf, Urteil vom 30.07.2014, BeckRS 2014, 15714; LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.6.

³¹⁸ OLG Nürnberg, Urteil vom 26.10.1971, GRUR 1973, 40 (41) - Die Erkennbarkeit eines Piloten, dessen Kopf 1 mm groß wiedergegeben war, anhand gewisser charakteristischer Merkmale des Flugzeugs, zweifelnd dagegen BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“ und *Wild*, Anmerkung zu BGH-Urteil

Bildunterschrift, insbesondere mit Namensangabe,³¹⁹ sowie durch den Zusammenhang mit früheren Veröffentlichungen³²⁰ erkannt werden.³²¹ In der Entscheidung „Der blaue Engel“³²² geht der BGH einen Schritt weiter, indem er über das Bildnis im engeren Sinne hinaus diejenigen Persönlichkeitsmerkmale einbezieht, die erkennbar auf die Person hinweisen.³²³ Im obigen Fall ging es um das Nachstellen einer berühmten Szene aus dem Film „Der blaue Engel“ mithilfe einer Doppelgängerin von Marlene Dietrich, die als die berühmte Schauspielerin erkennbar war.³²⁴

Retouchen,³²⁵ Verpixelungen der Gesichtszüge,³²⁶ kleine Bildausschnitte und selbst Augenbalken³²⁷ beseitigen die Erkennbarkeit nicht unbedingt.³²⁸ Das Recht am eigenen Bild wird schon dann verletzt, wenn der Abgebildete begründeten Anlass zur Annahme hat, er könne als abgebildet identifiziert werden.³²⁹ Es genügt hierbei die Erkennbarkeit durch einen mehr

vom 26.06.1979 „Fußballtor“ (GRUR 1979, 732), GRUR 1979, 734 (734); OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.09.1969, GRUR 1970, 618 (618 f.) – „Schleppjagd“, kritisch dazu *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 7 – In solchen Fällen komme das allgemeine Persönlichkeitsrecht zum tragen.

³¹⁹ BGH, Urteil vom 09.06.1965, GRUR 1966, 102 (102) – „Spielgefährtin“; OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (80); OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237 (238); LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (604) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149); kritisch dazu *Sajuntz*, NJW 2015, 595 (597 f.).

³²⁰ BGH, Urteil vom 02.07.1974, GRUR 1975, 561 (562) – „Nacktaufnahmen“; BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (700) – „Pariser Liebestropfen“; OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (80); OLG Karlsruhe, Urteil vom 28.07.2004, GRUR, 2004, 1058 (1058); OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.10.1998, NJW-RR 1999, 1699 (1701) – „Wachkomapatient“; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149).

³²¹ BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“; kritisch dazu *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 7; *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 25; *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 98 f.

³²² BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; s. a. LG Köln, Teilurteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 15176.

³²³ *Götting*, NJW 2001, 585 (586).

³²⁴ Zustimmend *Götting*, NJW 2001, 585 (586) – Das eigentliche Schutzgut seien nicht die Identitätsmerkmale, sondern die Identität als solche, mit der sich aufgrund der Prominenz der identifizierten Person unter anderem der Vermögenswert verknüpfe.

³²⁵ BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (211) – „Hochzeitsbild“.

³²⁶ LG Köln, Urteil vom 11.12.2013, BeckRS 2014, 01722.

³²⁷ BGH, Urteil vom 05.03.1974, GRUR 1974, 794 (795) – „Todesgift“; BGH, Urteil vom 18.06.2019, NJW 2020, 45 (49); LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 18; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 7.

³²⁸ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 3; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 94; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 87.

³²⁹ BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“; BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (700) – „Pariser Liebestropfen“; BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (211) – „Hochzeitsbild“; OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1115); OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (80); OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237 (238); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 19.

oder minder großen Bekanntenkreis,³³⁰ denn gerade diesem gegenüber muss dem Abgebildeten die Freiheit verbleiben, über seine private Angelegenheiten verfügen zu können.³³¹

b) Die Personenbildnisse

Die praktische Bedeutung der Vorschrift in § 22 KUG liegt in erster Linie auf dem Gebiet der Fotografien.³³² Der Terminus „Bildnis“ wird aber weit ausgelegt, so dass alle erdenklichen zwei- und dreidimensionalen³³³ Arten der Personendarstellung davon umfasst sind, also Zeichnungen,³³⁴ Gemälde, Totenmasken,³³⁵ Fernsehbilder,³³⁶ Zeichentrick- und Computerspiel-Figuren,³³⁷ Fotomontagen,³³⁸ Puppen, Karikaturen,³³⁹ Münzprägungen³⁴⁰, unter Umständen sogar der Abdruck einer Silhouette einer Person³⁴¹ usw.³⁴²

Wird ein Schauspieler abgebildet, der eine andere Person darstellt, so ist sein Bildnis – sofern er noch eigenpersönlich in Erscheinung tritt, d. h. erkennbar und identifizierbar bleibt³⁴³ – ebenso geschützt wie dasjenige des Dargestellten.³⁴⁴ Etwas anderes gilt beim Doppelgänger

³³⁰ BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“; BGH, Urteil vom 18.06.2019, NJW 2020, 45 (49); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1115); OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (80); OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.09.1969, GRUR 1970, 618 (618); kritisch *Wild*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 26.06.1979 „Fußballtor“ (GRUR 1979, 732), GRUR 1979, 734 (734).

³³¹ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 4; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 25.

³³² *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 13.

³³³ *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 5; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 10.

³³⁴ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

³³⁵ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 298, 343; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 63; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.3 f.

³³⁶ BGH, Urteil vom 05.01.1962, GRUR 1962, 324 (324) – „Doppelmörder“ – Es komme dabei nicht darauf an, wie lange der Betroffene dargestellt werde.

³³⁷ OLG Hamburg, Urteil vom 13.01.2004, ZUM 2004, 309 (310); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 5.

³³⁸ BGH, Urteil vom 30.09.2003, GRUR, 2004, 590 (590); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 15.

³³⁹ LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 1; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 27; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 10; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 5; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 92 f.; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 88; vgl. *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 55.

³⁴⁰ BGH, Urteil vom 14.11.1995, GRUR 1996, 195 – „Abschiedsmedaille“, bestätigt durch BVerfG, Beschluss vom 25.08.2000, ZUM 2001, 232 (232) – „Abschiedsmedaille Willy Brandt“.

³⁴¹ Kammergericht Berlin (im Folgenden KG), Urteil vom 22.08.2006, ZUM 2007, 60 (60); vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 5.

³⁴² Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 1.

³⁴³ S. z. B. BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (716) – „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 (141) – „Familie Schölermann“; OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (134); LG Köln, Urteil vom 20.02.2013, ZUM-RD 2013, 340 (341); LG München I, Urteil vom 10.07.1996, AfP 1997, 559 (559 f.); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 32; *Gerecke*, GRUR 2014, 518 (520).

³⁴⁴ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 33; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 2; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts,

einer berühmten Person, wenn ihre Ähnlichkeit ausgenutzt wird und der Eindruck erweckt wird, beim Doppelgänger handele es sich um die berühmte Person selbst.³⁴⁵ Dem steht nicht entgegen, dass eine lebende Person als „Bildnis“ von einer anderen verstanden wird, denn die Doubles werden nicht instrumentalisiert, sondern sie tragen freiwillig die Maske eines anderen Menschen, ohne ihre eigene Persönlichkeit auszudrücken.³⁴⁶ Die bloß zufällige Ähnlichkeit des Abgebildeten mit einer prominenten Person verletzt dagegen das Recht am eigenen Bild der letzteren grundsätzlich nicht.³⁴⁷

Die Phantasiegestalten,³⁴⁸ Röntgen- und Ultraschallaufnahmen,³⁴⁹ die Bilder von Tieren, leblosen Gegenständen,³⁵⁰ Landschaften, Ausschnitten aus Geschehnisabläufen und dergleichen³⁵¹ sind dagegen keine "Bildnisse" i. S. v. § 22 KUG. Dasselbe gilt für das Bildfragment, das nicht eine Person oder ihre charakteristischen Merkmale wiedergibt, sondern lediglich ein geistiges Erinnerungsbild einer bestimmten Person beim Betrachter hervorruft.³⁵²

Auch nicht alle Bildnisse sind als personenbezogene Daten anzusehen. Nach Art. 4 Nr. 1 DS-GVO sind unter diesen alle Informationen zu verstehen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Somit sollen die Personen hinreichend deutlich abgebildet werden, damit ihre Wiedererkennung möglich ist.³⁵³ Der sachliche Anwendungsbereich der Verordnung ist allerdings gemäß Art. 2 Abs. 1 DS-GVO nur dann eröffnet, wenn die Bilddaten ganz oder teilweise automatisiert verarbeitet werden sowie bei einer nichtautomatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die in einem Dateisystem

Rn. 7.12; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 88; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 98 ff.

³⁴⁵ BGH, Urteil vom 24.02.2022, NJW 2022, 1676; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (717) - „Der blaue Engel“; OLG Karlsruhe, Urteil vom 04.11.1994, AfP 1996, 228; LG Köln, Urteil vom 22.01.2020, GRUR-RS 2020, 237; LG Köln, Teilurteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 15176; LG Düsseldorf, Urteil vom 29.08.2001, AfP 2002, 64 (65); *Götting*, GRUR 2004, 801 (802); *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 20; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.13; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 6; *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 31; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 2; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 92, 100 f.; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 11; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 60 f.; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 85; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, S. 356; *Pietzko*, AfP 1988, 209 (214 ff.).

³⁴⁶ *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 59 f.

³⁴⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 2; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 91; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 6; *Gerecke*, GRUR 2014, 518 (519).

³⁴⁸ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.5.

³⁴⁹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 1 – Diese unterfallen dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht.

³⁵⁰ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.47 ff.

³⁵¹ OLG Nürnberg, Urteil vom 26.10.1971, GRUR 1973, 40 (41).

³⁵² OLG Karlsruhe, Urteil vom 28.07.2004, GRUR 2004, 1058.

³⁵³ *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 25.

gespeichert sind oder gespeichert werden sollen. Während der Umgang mit den digitalen Bildern darunter ohne Weiteres fällt,³⁵⁴ wird dies bei den analogen Bildern sowie anderen Wiedergabeformen wie Karikaturen, Münzprägungen und Schattenrissen üblicherweise verneint.³⁵⁵ Darüber hinaus gilt die DS-GVO laut Erwägungsgrund 27 nicht für die personenbezogenen Daten Verstorbener.

2. Russland

a) Die Erkennbarkeit

Das russische Recht versteht menschliche Abbildungen und sonstige Bilder gleich. In Art. 152.1 ZGB RF sind aber unter „Bild des Bürgers“ und „Bild“ ausschließlich das Bildnis gemeint, also die Abbildung des Bürgers, unter dem eine natürliche Person zu verstehen ist.³⁵⁶ Ob die abgebildete Person lebt oder verstorben ist, spielt dabei keine Rolle.³⁵⁷

Wie der Begriff „Bild“ i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF, also „Bildnis“, zu bestimmen ist, wird in der russischen Literatur kontrovers diskutiert. Die einen behaupten, dass es dabei um die Darstellung des Menschen in seiner wirklichen äußeren Erscheinung geht, die in einer beliebigen für Dritte wahrnehmbaren Form erfolgt.³⁵⁸ Andere verstehen unter „Bildnis“ eine in einem bestimmten Moment festgehaltene, gesamte oder fragmentarische äußere Darstellung des Menschen, die ihn visuell von anderen Menschen unterscheidet.³⁵⁹

Aus diesem finalen Bezug lässt sich der Schluss ziehen, dass man auf die Erkennbarkeit der Person maßgebenden Wert legt. Die Anwendung des Art. 152.1 ZGB RF setzt somit die

³⁵⁴ *Ehmann*, ZD 2020, 65, Fn. 1; *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 36 ff.

³⁵⁵ Ausführlicher dazu s. *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 40 ff., 144, 157 f.; *Ehmann*, ZD 2020, 65 (66).

³⁵⁶ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 104; vgl. *Gruzdev*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 4, S. 136; *Renkel*, Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 8, S. 32; *Byčkov*, Sovremennyj predprinimatel' 2011, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *ders.*, Jurist 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant; *Belov*, Zakonodatel'stvo 2003, Nr. 6, S. 10; *Kapyševa* in: Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija, Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

³⁵⁷ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 21.

³⁵⁸ *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 74 f.; vgl. *Morgunova* in: Poguljaev (Hrsg.), Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant.

³⁵⁹ *Mikrjukov*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; vgl. *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 58; *Nikolaeva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2014, Nr. 6, S. 8; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ohrany i zaščity, Autoreferat der Jur. Diss., S. 28; *dies.*, Juridičeskaja mysl' 2014, Nr. 6 (86), S. 97 f.; *Byčkov*, Jurist 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant.

Erkennbarkeit des Abgebildeten voraus.³⁶⁰ Die Rechtsprechung teilt diese Ansicht.³⁶¹ So hat ein Gericht die Ansicht eines unbedeckten unteren Körperteils einer Frau nicht als ihr Bildnis angesehen, weil die Betroffene darauf nicht erkennbar war.³⁶² In einem anderen Fall wurde der Bildnisschutz vom Stadtgericht Moskau verweigert, weil nicht bewiesen wurde, dass auf einem in einer Zeitung veröffentlichten Foto des Anführers einer Kriminalgruppe der unbeteiligte Kläger in erkennbarer Weise abgebildet ist.³⁶³

Aus diesen Gründen ist die zweite Variante der Begriffsbestimmung vorzuziehen. Auf eine kurze Formel gebracht ist somit unter „Bildnis“ eine erkennbare Darstellung einer natürlichen Person zu verstehen.

Für die Erkennbarkeit einer Person genügt es, dass sie zumindest für ihre Verwandten und Bekannten identifizierbar ist.³⁶⁴ Dies kann nicht nur anhand der Gesichtszüge, sondern auch auf Grund anderer Merkmale möglich sein,³⁶⁵ etwa charakteristische Kleidung,³⁶⁶ Frisur, Tätowierung³⁶⁷ usw. Zu widersprechen ist in diesem Zusammenhang dem Hinweis des Föderalen Arbitragegerichts³⁶⁸ des Kreises Moskau, nach dem die Erkennbarkeit des russischen

³⁶⁰ *Zinin*, *Civilist* 2013, Nr. 2, 34 ff., zitiert nach Consultant; *Renkel*, *Izobretatel' i racionalizator* 2010, Nr. 5, S. 22; *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Micheeva*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 43, 64; a. A. *Il'jutovič*, *Pravovaja informatika* 2015, Nr. 3, S. 49.

³⁶¹ Das Oberste Gericht der Republik Čuvašija, Appellationsbeschluss vom 11.03.2020 im Verfahren Nr. 33-1058/2020; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 18.04.2018 im Verfahren Nr. 33-3405/2018; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Garant; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 28.08.2017 im Verfahren Nr. 33-34092/2017; Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 21.05.2013 im Verfahren Nr. 33-3897/2013; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁶² Zitiert nach *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 43; s. a. *Mazaev*, *Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii* 2016, Nr. 6 (113), S. 105; *Ponkin/Ponkina*, *Medicina* 2017, Nr. 3 (19), S. 4.

³⁶³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.08.2017 im Verfahren Nr. 33-30496; s. a. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 24.01.2017 im Verfahren Nr. 33-194/2017; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.02.2016 im Verfahren Nr. 33-2555/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁶⁴ Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 21.05.2013 im Verfahren Nr. 33-3897/2013; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 28.09.2010 Nr. 33-13339; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁶⁵ Ahtes Kassationsgericht, Beschluss vom 15.03.2022 im Verfahren Nr. 2-1563/2022; Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 21.05.2013 im Verfahren Nr. 33-3897/2013; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Kalininskij der Stadt Ufa, Urteil vom 15.09.2017 im Verfahren Nr. 2-5106/2017, n. v., abrufbar unter <<https://goo-gl.su/HePHaJ>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.

³⁶⁶ Gebietsgericht des Gebiets Orël, Appellationsbeschluss vom 16.04.2019 im Verfahren Nr. 33-1099/2019, n. v., zitiert nach Garant.

³⁶⁷ *Denisova*, *Trudovoe pravo* 2017, Nr. 5, 35 ff., zitiert nach Consultant; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 24.01.2020 im Verfahren Nr. 33-942/20, n. v. zitiert nach Garant.

³⁶⁸ Alle Föderale Arbitragegerichte sind seit dem 06.08.2014 in Arbitragegerichte umbenannt (ohne „föederal“); dasselbe Gericht trägt also vor und nach der Reform unterschiedliche Bezeichnungen, s. Föderales Verfassungsgesetz vom 04.06.2014 Nr. 8-FKZ „O vnesenii izmenenij v Federal'nyj konstitucionnyj zakon 'Ob arbitražnych sudach v Rossijskoj Federacii' i stat'ju 2 Federal'nogo konstitucionnogo zakona 'O Verhovnom Sude Rossijskoj Federacii'“ (Über die Änderung des Föderalen Verfassungsgesetzes 'Über die Arbitragegerichte in der Russischen Föderation' und des 2. Artikels des Föderalen Verfassungsgesetzes 'Über das Oberste Gericht der Russischen Föderation'), *Rossijskaja gazeta* Nr. 127 vom 06.06.2014, Art. 1.

Oligarchen *Nersisjan Tigran Jakovlevič* auf einem Foto, das seine Gesichtszüge wiedergab, nicht zu bejahen sei, weil dieses Foto „keine Unterschrift oder andere Hinweise auf seine Persönlichkeit“ enthalte.³⁶⁹

Es ist zu erwähnen, dass für die Feststellung der Erkennbarkeit einer Person auf einem Bild einige russische Gerichte ein Expertengutachten als Beweis berücksichtigen,³⁷⁰ andere dagegen nicht, da diese Frage „einen rechtlichen Charakter habe und ihre Beantwortung keine speziellen Kenntnisse voraussetze“.³⁷¹

Retouchen der Gesichtszüge³⁷² und Augenbalken,³⁷³ die in Bild verfremden, werden üblicherweise von den russischen Gerichten als Indiz der Unerkennbarkeit des Abgebildeten betrachtet. Die Ausnahmen kommen immer wieder vor.³⁷⁴

b) Die Personenbilder

Anders als Art. 514 ZGB RSFSR, wo ausschließlich die Werke der bildenden Kunst erwähnt wurden, setzt die aktuell geltende Norm den menschlichen Wiedergabeformen keinen Rahmen. Dementsprechend sind statische Bilder wie Gemälde, Fotos, Skulpturen,³⁷⁵

³⁶⁹ Arbitragegericht des Kreises Moskau, Urteil vom 31.08.2011 im Verfahren Nr. A40-151857/10-12-921, n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 30.11.2016 (Verfahren Nr. 33-48561), vom 06.11.2014 (Verfahren Nr. 33-43979, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.04.2015 Nr. 4g/4-4420/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 26.09.2012 (Verfahren Nr. 11-23386); das Oberste Gericht der Republik Kabardino-Balkarien, Appellationsbeschluss vom 27.05.2015 im Verfahren Nr. 33-569/2015; Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss vom 23.06.2014 im Verfahren Nr. 33-13436/2014; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.04.2011 im Verfahren Nr. 33-12705; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Zinin*, *Civilist* 2013, Nr. 2, 34 ff., zitiert nach Consultant; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 26 f.; *dies.*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 161 f.

³⁷¹ Gebietsgericht des Gebiets Belgorod, Appellationsbeschluss vom 02.06.2015 im Verfahren Nr. 33-2416/2015; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 19.05.2014 Nr. 4g/7-2267/14; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.10.2014 (Verfahren Nr. 33-25191, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.04.2015 Nr. 4g/4-3894/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.06.2014 (Verfahren Nr. 33-16906/2014, mit Beschluss desselben Gerichts vom 03.10.2014 Nr. 4g/8-7212 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 30.08.2013 (Verfahren Nr. 11-27507); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.06.2018 im Verfahren Nr. 33-22073/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷³ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 12.08.2011 im Verfahren Nr. 33-25028, n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷⁴ Anweisung des Präsidiums des Obersten Gerichts der Republik Baškortostan vom 08.08.2018 im Verfahren Nr. 44g-300/2018, n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Kalininskij der Stadt Ufa, Urteil vom 15.09.2017 im Verfahren Nr. 2-5106/2017, n. v. abrufbar unter <<https://goo-gl.su/HePHaJ>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 28.09.2010 Nr. 33-13339; vgl. Aches Kassationsgericht, Beschluss vom 15.03.2022 im Verfahren Nr. 2-1563/2022; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷⁵ *Grišaeve/Nikolaeva*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9, S. 58; *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 28.

Hologramme,³⁷⁶ Totenmasken,³⁷⁷ Denkmünzen,³⁷⁸ Graphiken,³⁷⁹ aber auch dynamische Bilder³⁸⁰ wie Film und Fernsehen erfasst.³⁸¹ Wachsfiguren, Schaufensterpuppen und sonstige Puppen sind ebenso vom Begriff des „Bildes des Bürgers“ i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF gedeckt.³⁸²

Umstritten ist die Frage, ob Doppelgänger den menschlichen Bildern zuzuordnen sind. Nach der Ansicht von *Poguljaev/Tulub'eva* stellen Doubles kein Bild i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF dar, so dass eine Nachahmung auf diese Weise immer gesetzmäßig ist, sofern die Ehre und Würde des „Originals“ nicht verletzt werden.³⁸³ Einige Rechtswissenschaftler haben aber schon in der sowjetischen Zeit eine gegensätzliche Position vertreten. So hat *Maleina* darauf hingewiesen, dass die Wiedergabe des äußeren Erscheinungsbildes einer Person durch einen Doppelgänger als rechtswidrig zu qualifizieren sei, wenn dieser sich seiner Ähnlichkeit bewusst ist oder die Ähnlichkeit zielgerichtet mithilfe einer plastischen Operationen oder durch Schminken hervorruft und sich als der Abgebildete darstellt.³⁸⁴ *Krasavčikova* hielt Doubles auch für Abbildungen der Betroffenen.³⁸⁵ Heutzutage meint *Belov*, dass die Nachahmung des äußeren Erscheinungsbildes einer Person, die zur Verwechslung mit dem „Original“ führen

³⁷⁶ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 21; *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10.

³⁷⁷ *Grišaev/Nikolaeva*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9, S. 58; vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 28; Gebietsgericht des Gebiets Tambov, Urteil vom 06.07.2015 im Verfahren Nr. 33-1694/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.10.2017 im Verfahren Nr. 33-38075/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 25.05.2018 Nr. 4g-4005/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

³⁷⁹ *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10.

³⁸⁰ *Pankeev*, *Mediaskop* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; vgl. *Krasavčikova*, *Ponjatje i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii*, S. 340; *Boločagin* in: *Teoretičeskie aspekty i pravoprimenitel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva*, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36; *Nikolaeva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 6, S. 9; *Byčkov*, *Jurist* 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant; *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10; Zweites Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 21.11.2013 im Verfahren Nr. A28-11834/2012; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.12.2014 (Verfahren Nr. 33-38582), vom 20.11.2014 (Verfahren Nr. 33-46367), vom 26.09.2014 (Verfahren Nr. 33-25081), vom 02.07.2014 (Verfahren Nr. 33-25456), vom 22.05.2014 (Verfahren Nr. 33-15457) und vom 02.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20251); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; a. A. *Muratova*, *Meždunarodnyj studenčeskij naučnyj vestnik* 2016, Nr. 3, S. 617; *Drozdova*, in: *Sovremennye problemy teorii i praktiki prava glazami molodyh issledovatelej*, Materialien zur XI. allrussischen jugendlichen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 103 f.

³⁸¹ Vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 21; *Mikrjukov*, *Pravo i èkonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Pankeev*, *Mediaskop* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Nikolaeva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 6, S. 9.

³⁸² *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10.

³⁸³ *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 45; vgl. *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 25; *Položenceva/Mitjagin*, *Pravo intellektual'noj sobstvennosti* 2015, Nr. 1, S. 24.

³⁸⁴ *Maleina*, *Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan*, S. 56 Fn. 47; *dies.*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1990, Nr. 11, S. 137 Fn. 6.

³⁸⁵ *Krasavčikova*, *Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona*, S. 86.

kann, rechtswidrig sei.³⁸⁶ Diesen Stimmen folgend ist darum die Darstellung einer Person durch einen Doppelgänger, wenn dies zur Verwechslung mit dem Betroffenen führen kann, als Bild des Letzteren i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF anzusehen.

Auch eine Karikatur von einem Menschen ist nach herrschender Meinung in der russischen Literatur³⁸⁷ unter den Bildnisschutz zu stellen. Die russische Rechtsprechung ist bisher auf diese Frage nicht eingegangen. Einzig das Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod hat festgestellt, dass eine Karikatur der bildenden Kunst zuzuordnen sei,³⁸⁸ so dass ihre Veröffentlichung der Einwilligung des Betroffenen bedürfe.³⁸⁹ Das Stadtgericht Moskau hat sich in einem einschlägigen Fall dazu zwar nicht ausdrücklich geäußert, jedoch festgestellt, dass es bei der Karikatur von einem Bürger nicht auf die Regel in Art. 1274 Punkt 3 ZGB RF [Art. 1274 Punkt 4 ZGB RF n. F.] abzustellen ist.³⁹⁰ Nach dieser Norm kann eine Karikatur von einem rechtmäßig veröffentlichten Werk einwilligungsfrei und unentgeltlich angefertigt und genutzt werden. Es ist davon auszugehen, dass das Gericht unabhängig von der Einschlägigkeit der urheberrechtlichen Regel die Karikatur als Bild eines Bürgers i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF betrachtet hat, so dass für ihre Veröffentlichung und Nutzung die Einwilligung des Betroffenen erforderlich ist.

Anders geht das Stadtgericht Moskau in seiner Entscheidungen³⁹¹ hinsichtlich einer in einem Film gezeigten Parodie des russischen Sängers *Michajlov Stanislav Vladimirovič* vor, indem es eine solche Parodie wegen der Kunstfreiheit gemäß Art. 1274 Punkt 3 ZGB RF [Art. 1274 Punkt 4 ZGB RF n. F.] nicht als Verletzung des Rechts am eigenen Bild anerkannt

³⁸⁶ *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10.

³⁸⁷ Vgl. *Morgunova* in: Poguljaev (Hrsg.), *Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“*, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant; *Nikolaeva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 6, S. 9; *dies.*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 24; *Zujkova*, *Ėkonomiko-pravovoj bjulleten' 2007*, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Epišina* in: *Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-ekonomičeskij aspekty*, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 206.

³⁸⁸ So auch *Kriven'kaja*, *Iskusstvo i kul'tura* 2012, Nr. 1 (5), S. 49.

³⁸⁹ Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Urteil vom 02.12.2011 im Verfahren Nr. 3-179/11, n. v., zitiert nach *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 138 f.

³⁹⁰ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.07.2015 im Verfahren Nr. 33-15973/2015, n. v., zitiert nach Consultant; a. A. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.01.2019 im Verfahren Nr. 33-1301/2019, n. v., zitiert nach Consultant; *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 24.

³⁹¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 06.11.2014 (Verfahren Nr. 33-43979, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.04.2015 Nr. 4g/4-4420/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 08.10.2014 (Verfahren Nr. 33-25191, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.04.2015 Nr. 4g/4-3894/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.06.2014 (Verfahren Nr. 33-16906/2014, mit Beschluss desselben Gerichts vom 03.10.2014 Nr. 4g/8-7212 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 30.08.2013 (Verfahren Nr. 11-27507); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 19.05.2014 Nr. 4g/7-2267/14; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

hat, weil es kein Bild eines Bürgers i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF vorliege. Es führte dabei aus, dass wie sich der Sänger aussieht, das Ergebnis einer geistigen Schöpfung sei, da ein Auftritt als Sänger auf der Bühne und das echte Erscheinungsbild im Leben nicht identisch seien. Dementsprechend dürfe man den Sänger einwilligungsfrei parodieren, da sein Auftritt als Sänger schon lange vom Betroffenen selbst „veröffentlicht und einem uneingeschränkten Personenkreis zugänglich“ gemacht wurde.³⁹²

Das Gericht hat eine Rechtseinschränkung nach Art. 1274 Punkt 4 ZGB RF n. F. angewendet, als ob das Recht am eigenen Bild ein Urheberrecht wäre. Eine solche Betrachtungsweise stellt den Bildnisschutz von berühmten Personen in Frage, da sie kommerziell denkenden Herstellern von Parodien schutzlos ausgeliefert werden. Ob eine Parodie von einem echten und nicht bühnenhaften Erscheinungsbild einer Person, gleichfalls von einer unbekannt Person, sinnvoll ist, ist zweifelhaft, weil gerade die Person eines Sängers, Schauspielers u. ä., wegen ihrer üblicherweise breiten Berühmtheit zum Parodieren geeignet ist.³⁹³ Darüber hinaus ist entsprechend der Logik des Stadtgerichts Moskau zu vermuten, dass auch eine Karikatur des Prominenten nach Art. 1274 Punkt 4 ZGB RF n. F. einwilligungsfrei zulässig wäre, was aber, wie bereits gesagt, nicht der Fall ist. Im Schrifttum wird eine Parodie von einem Sänger oder einer anderen Person³⁹⁴ als ein Bild des Bürgers i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF n. F. verstanden.³⁹⁵ Die Norm in Art. 1274 Punkt 4 ZGB RF ist in solchen Fällen nicht anwendbar.³⁹⁶

Hinsichtlich der Dokumentenwerke, literarischen Kunstwerke, Kurzgeschichten und sonstigen Werke mit textlichen Informationen bestand es bereits unter den sowjetischen

³⁹² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.08.2013 im Verfahren Nr. 11-27507; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.11.2014 im Verfahren Nr. 33-43979, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.04.2015 Nr. 4g/4-4420/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; a. A. *Ėrdelevskij*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 6, S. 94 – Der Sänger trete auf der Bühne in seiner eigenen, persönlichen Eigenheit auf.

³⁹³ Vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 130.

³⁹⁴ *Nikolaeva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 6, S. 9.

³⁹⁵ *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 24; *dies.*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 111 f.; *dies.*, *Pravo i politika* 2014, Nr. 11, S. 1715; *Kapyševa* in: *Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija*, Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Epišina* in: *Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-ekonomičeskij aspekty*, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 206; vgl. *Efremenko*, *O prave na sobstvennoe izobraženie*, abrufbar unter <<http://www.internet-law.ru/intlaw/articles/efrem.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; a. A. *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 24; *Byčkov*, *Aktual'nye problemy sudebnogo razbiratel'stva*, Kapitel I, § 3 „Klageerhebung“, zitiert nach Consultant.

³⁹⁶ *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 136.

Rechtswissenschaftler³⁹⁷ die Einigkeit darüber, dass sie nicht unter Bildnisschutz zu stellen sind.

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Begriff des Personenbildes in beiden Rechtsordnungen ähnlich verstanden wird. Es handelt sich dabei um Bilder einer natürlichen Person, die lebt oder bereits verstorben ist. Ausschlaggebend für die Beurteilung ist die Erkennbarkeit des Abgebildeten. Sie ist sowohl nach § 22 KUG, als auch nach Art. 152.1 ZGB RF schon dann zu bejahen, wenn der Abgebildete für seine Bekannten identifizierbar ist. Dies kann anhand verschiedener Merkmale erfolgen, etwa der Frisur des Betroffenen. Dementsprechend ist eine Bildveröffentlichung unter Nutzung von speziellen Instrumenten wie Augenbalken keine Garantie der Unerkennbarkeit.

Die Arten des Festhaltens des äußeren Erscheinungsbildes einer Person sind sowohl im deutschen als auch im russischen Recht offen. Dies berücksichtigt bereits sich noch entwickelnde Mittel einer Bildherstellung und hält die Regelungen für sich ständig veränderten Gegebenheiten offen. Allerdings wird der Begriff des „Bildes des Bürgers“ in Russland enger gesehen und teilweise formalistischer angewandt. Darüber hinaus werden die Parodien und Karikaturen von Menschen in der russischen Rechtsprechung manchmal als „bearbeitete Werke“ angesehen und ihre Veröffentlichung wird zugunsten Kunstfreiheit ohne Weiteres für einwilligungsfrei gehalten. Dies trägt zu einer Rechtsunsicherheit bei der Rechtsausübung bei.

³⁹⁷ *Gringolc* in: Flejšić/Ioffe (Hgg.), Kommentarij k GK RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 753; vgl. *Malein*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 156; *Krasavčikova* in: Krasavčikov (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ohrana interesov ličnosti v SSSR, S. 101.

II. Die Einwilligung

1. Deutschland

a) Die Rechtsnatur der Einwilligung gemäß § 22 KUG und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild

Hinsichtlich der Rechtsnatur der Einwilligung gibt es keine einheitliche Meinung im Schrifttum.³⁹⁸ Theoretisch könnte sie als Realakt, geschäftsähnliche Handlung oder als eine Willenserklärung, also ein Rechtsgeschäft, aufgefasst werden. Die Beantwortung dieser Streitfrage ist für die Übertragung, Widerruflichkeit und den Inhalt der Einwilligung von praktischer Bedeutung.

aa) Die Einwilligung als Realakt

Unter einem Realakt versteht man eine Handlung, die ohne Bezug auf Rechtsbeziehungen nur auf die Herbeiführung eines tatsächlichen Erfolges gerichtet ist, an den die Rechtsordnung aber privatrechtliche Folgen knüpft.³⁹⁹ Abweichend davon setzt § 22 KUG nicht nur einen natürlichen Willen voraus, wie es beispielsweise bei der Fortbewegungsfreiheit der Fall ist, sondern auch eine vom Willen getragene wertende Entscheidung.⁴⁰⁰ Darüber hinaus realisiert sich in Realakten nicht die Privatautonomie, in der Erteilung der Einwilligung hingegen schon.⁴⁰¹ Deshalb kann eine Einwilligung im Sinne des § 22 KUG kein Realakt sein.

Durch die Einwilligungserteilung verleiht der Abgebildete nach seinem Willen einem tatsächlichen Eingriff in sein subjektives Recht die Rechtmäßigkeit.⁴⁰² Die Einwilligung kann in diesem Zusammenhang ein Rechtfertigungsgrund darstellen oder den Tatbestand der Rechtsverletzung ausschließen.

Ihre Betrachtung als ein Gestattungsvertrag, dessen Inhalt im Ausschluss der Ansprüche des Berechtigten gegen den Einwilligungsempfänger besteht, ist abzulehnen. Ein solcher Gestattungsvertrag kann als Erlassvertrag gemäß § 397 BGB über künftige schuldrechtliche Ansprüche des Rechtsinhabers gedacht werden, oder als *pactum de non petendo*, das diese Ansprüche zwar bestehen lässt, jedoch einen Verzicht auf ihre Geltendmachung enthält.⁴⁰³ Wäre die Einwilligung ein solcher Gestattungsvertrag, entfielen die Rechtswidrigkeit des

³⁹⁸ S. zum Streitstand *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 38 ff.; *Helle*, AfP 1985, 93 (96 f.).

³⁹⁹ *Helle*, AfP 1985, 93 (96).

⁴⁰⁰ Vgl. ebd., Rn. 96 f.

⁴⁰¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 147; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 45; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 66.

⁴⁰² *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 43; vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 4.

⁴⁰³ *Helle*, AfP 1985, 93 (94); vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 145 f.

Eingriffs nicht, so dass ein Dritter Notwehr üben könnte⁴⁰⁴ und überdies die Handlung des Täters strafbar bliebe.⁴⁰⁵ Ein Ausschluss der Rechtsfolgen ohne Unrechtsausschluss entspricht weder dem sozialen Sinn der Einwilligung noch dem Willen der Beteiligten, wonach der Gestattungsempfänger rechtmäßig handelt.⁴⁰⁶ Die Ansprüche des Rechtsinhabers können folglich gar nicht entstehen.⁴⁰⁷

Für die Qualifizierung der Einwilligung als negatives Tatbestandmerkmal spricht schon der eindeutige und klare Wortlaut des § 22 Satz 1 KUG, wonach die Bildnisse mit der Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden dürfen.⁴⁰⁸ Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Bestimmung des Rechtsguts, des Schutzbereichs der Norm, zum Tatbestand gehört.⁴⁰⁹ Unten wird dargestellt,⁴¹⁰ dass die Entscheidungsfreiheit des Abgebildeten in § 22 KUG das geschützte Rechtsgut ist.⁴¹¹ Darum ist die Einwilligung nach § 22 Satz 1 KUG als negatives Tatbestandsmerkmal anzusehen.⁴¹²

Wäre die Einwilligung ein Rechtfertigungsgrund, so würde sie als Ausnahmefall angesehen werden und die Veröffentlichung der Bildnisse ohne Einwilligung als Regelfall, was nicht der Fall ist.⁴¹³

bb) Die Einwilligung als geschäftsähnliche Handlung oder Rechtsgeschäft und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild

Geschäftsähnliche Handlungen sind Willensäußerungen, die sich auf Rechtsverhältnisse oder rechtlich bedeutsame Vorgänge beziehen und an die das Gesetz privatrechtliche Rechtsfolgen knüpft, bei denen diese Rechtsfolgen jedoch nicht deshalb eintreten, weil sie vom

⁴⁰⁴ *Zitelmann*, AcP 1906, 99. Band, S. 1 ff.; so auch *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 30; *Helle*, AfP 1985, 93 (94); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 146.

⁴⁰⁵ *Helle*, AfP 1985, 93 (94); zustimmend *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 30; weitere Argumente s. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 29 ff.

⁴⁰⁶ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 185; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 31.

⁴⁰⁷ *Helle*, AfP 1985, 93 (94); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 145 f. Fn. 20.

⁴⁰⁸ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 146; a. A. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 32 f.

⁴⁰⁹ *Helle*, AfP 1985, 93 (95); *ders.*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 101.

⁴¹⁰ S. dazu Abschnitt C, Kapitel IV, Unterkapitel 1, Buchstabe a „Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild“.

⁴¹¹ *Helle*, AfP 1985, 93 (96); *ders.*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 101 f.; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 97.

⁴¹² *Helle*, AfP 1985, 93 (94 ff.); *ders.*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 102; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 145 ff.; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.35; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 832; vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 138 f.

⁴¹³ *Helle*, AfP 1985, 93 (96); kritisch dazu *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 34 f.; s. weitere Anmerkungen von *Helle*, AfP 1990, 259 (261); vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 137 f.

Handelnden gewollt sind.⁴¹⁴ Genau in diesem finalen Bezug unterscheidet sich die geschäftsähnliche Handlung vom Rechtsgeschäft.⁴¹⁵ Die praktische Folge dieses Unterschieds besteht darin, dass im zweiten Fall die gesetzlichen Vorschriften über Rechtsgeschäfte (§§ 104 ff. BGB) stets anwendbar sind, während geschäftsähnliche Handlungen sich einer schematischen Anwendung dieser Normen entziehen und eine analoge Anwendung nach Maßgabe von Einzelfallprüfungen erforderlich machen.⁴¹⁶

Anfänglich hielte die deutsche Literatur die Einwilligung *Zitelmann*⁴¹⁷ folgend für ein Rechtsgeschäft.⁴¹⁸ Im Anschluss an die bekannte BGH-Entscheidung vom 05.12.1958 hinsichtlich der medizinrechtlichen Einwilligung eines fast Volljährigen in einen operativen Eingriff⁴¹⁹ sieht die herrschende Lehre die Einwilligung generell als rechtsgeschäftsähnliche Erklärung an.⁴²⁰ Die heutige Rechtsprechung des BGH zeigt ein zwiespältiges Bild, in dem er zwischen den beiden Positionen schwankt.⁴²¹

Die Einwilligung nach § 22 KUG wird nach der überwiegenden Meinung im Schrifttum als rechtsgeschäftliche Willenserklärung i. S. v. §§ 104 ff. BGB qualifiziert.⁴²² So stellt *Helle* klar, dass eine Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild Teil der Privatautonomie sei, für deren Ausübung die Rechtsordnung das Instrument des Rechtsgeschäfts vorsieht.⁴²³ Es hänge allein von der Willensentscheidung des Abgebildeten ab, ob eine Bildnisveröffentlichung unerlaubt und unter Umständen sogar strafbar sei oder nicht.⁴²⁴

Mit ähnlicher Begründung behauptet *Dasch*, dass es bei der Einwilligung gemäß § 22 KUG um ein Rechtsgeschäft geht.⁴²⁵ Allerdings stellt er fest, dass ein Rechtsgeschäft als Instrument der Privatautonomie eigentlich nur für den Austausch wirtschaftlicher Güter gedacht sei.⁴²⁶ Die Regeln der §§ 104 ff. BGB seien daher dann, wenn das Rechtsgeschäft Persönlichkeitsrechte betreffe, nur insoweit anzuwenden, als es im Einzelfall der Funktion der

⁴¹⁴ *Helle*, AfP 1985, 93 (97).

⁴¹⁵ *Helle*, AfP 1985, 93 (97); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 44.

⁴¹⁶ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 42; *Helle*, AfP 1985, 93 (97).

⁴¹⁷ *Zitelmann*, AcP 1906, 99. Band, S. 20.

⁴¹⁸ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 40; *Helle*, AfP 1985, 93 (95).

⁴¹⁹ BGH, Urteil vom 05.12.1958, BGHZ 29, 33 ff.

⁴²⁰ *Helle*, AfP 1985, 93 (95); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 42.

⁴²¹ S. dazu *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 148; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 42.

⁴²² *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 141; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 38; *Helle*, AfP 1985, 93 (93).

⁴²³ *Helle*, AfP 1985, 93.

⁴²⁴ Ebd., Rn. 97.

⁴²⁵ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 38 f., 52 ff.

⁴²⁶ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 53 ff.; vgl. *Helle*, AfP 1990, 259 (260); a. A. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 469.

das Persönlichkeitsrecht betreffenden Willensäußerung entspreche.⁴²⁷ Somit kommt *Dasch* zu demselben Ergebnis wie die Lehre über den rechtsgeschäftsähnlichen Charakter der Einwilligung, indem er die grundsätzliche Anwendbarkeit der rechtsgeschäftlichen Vorschriften auf diejenigen Fälle reduziert, für die sie passen.⁴²⁸

Götting misst der Einwilligung dieselbe Funktion wie einer rechtsgeschäftlichen Willenserklärung bei, weil sie das Mittel darstelle, in Ausübung der Privatautonomie die rechtlichen Beziehungen zu anderen in Bezug auf ein bestimmtes Rechtsgut zu gestalten.⁴²⁹ Gleichwohl erkennt *Götting* an, dass sich die Frage nach der Anwendbarkeit der Regeln des BGB über Rechtsgeschäfte hinsichtlich der Einwilligung nur im Lichte der konkreten Einzelfälle und nicht abstrakt beantworten lasse.⁴³⁰ Denn die durch die Einwilligungserteilung erlangte Rechtsposition des Begünstigten kann im Rahmen des Rechts am eigenen Bild unterschiedlich ausfallen.

Die weitere Erörterung stützt sich auf die von *Ohly*⁴³¹ ausgearbeitete Stufenleiter möglicher Gestattungen, die auf dem Prinzip „*volenti non fit iniuria*“ beruht. Dabei werden folgende Gestattungen erfasst: Translative Rechtsübertragung, konstitutive Rechtsübertragung, schuldrechtlicher Gestattungsvertrag und einseitige, widerrufliche Einwilligung.⁴³²

- Translative Rechtsübertragung

Die stärkste Position erhält der Handelnde durch eine translative Rechtsübertragung, weil der Rechtsinhaber sein gesamtes Recht endgültig auf den Erwerber überträgt.⁴³³ Dies ist beim Recht am eigenen Bild wegen seiner Natur als Persönlichkeitsrecht unmöglich,⁴³⁴ so dass von einer Einwilligung als translative Rechtsübertragung keine Rede sein kann.⁴³⁵ Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass Persönlichkeitsrechte Ausdruck einer objektiven Wertordnung sind, die auch den Rechtsinhaber selbst bindet, d. h. der einzelne kann sein Recht am eigenen

⁴²⁷ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 56 f.; vgl. *Helle*, AfP 1990, 259 (260).

⁴²⁸ *Helle*, AfP 1990, 259 (260).

⁴²⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 147.

⁴³⁰ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 148; *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 39.

⁴³¹ *Ohly*, „*Volenti non fit iniuria*“, S. 147.

⁴³² Vgl. ebd.

⁴³³ *Ohly*, „*Volenti non fit iniuria*“, S. 147; vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 144 f.

⁴³⁴ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 37 f., 62 ff.; *ders.*, GRUR 2004, 801 (808); s. a. *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 21; *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; *Wandtke*, GRUR 2000, 942 (949); vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 51 f.

⁴³⁵ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 65; *Peifer*, GRUR 2002, 495 (499); *Schemitsch*, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, S. 57; vgl. *Peukert*, ZUM 2000, 710 (715).

Bild nicht in der Weise ausüben, dass er hierauf generell verzichtet, also sein Recht am eigenen Bild endgültig auf einen anderen übergeht.⁴³⁶

- Konstitutive Rechtsübertragung

Die konstitutive Rechtsübertragung bringt ein Tochterrecht zur Entstehung, das in dieser Form zuvor nicht vorhanden war⁴³⁷ und das mit dem Stammrecht in Verbindung bleibt.⁴³⁸ Dieses Recht räumt dem Begünstigten die Befugnis ein, gegen Verletzungen durch Dritte vorzugehen.⁴³⁹

Zwar gelten Persönlichkeitsrechte als unübertragbar, jedoch kann ein praktisches Bedürfnis bestehen, bindende Verfügungen über Persönlichkeitsrechte zuzulassen,⁴⁴⁰ insbesondere dann, wenn eine gewisse Vergegenständlichung im persönlichkeitsrechtlichen Bereich erfolgt,⁴⁴¹ wie es beim Recht am eigenen Bild der Fall ist. Die Einwilligung stellt dabei nach verbreiteter Ansicht das einzelne Instrument dar, das dem Rechtsinhaber Verfügungen über sein an sich unveräußerliches Recht im begrenzten Rahmen erlaubt.⁴⁴²

Als anschauliches Beispiel dafür dient der Fall „NENA“,⁴⁴³ in dem der BGH einem Einwilligungsempfänger, dem die kommerzielle Verwertung von Bildnis und Namen der Sängerin NENA gestattet worden war, die Befugnis zusprach, aus eigenem Recht mittels Eingriffskondiktion nach Maßgabe der Lizenzanalogie gegen jedermann vorzugehen, der keine entsprechende Nutzungsbefugnis besitzt.⁴⁴⁴ Der BGH hat die Frage nach der Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild als „umstritten“ bezeichnet, sie aber mangels Entscheidungserheblichkeit offen gelassen.⁴⁴⁵ Im wirtschaftlichen Ergebnis ist er zu einer Lösung gelangt, die einer Übertragbarkeit entspricht.⁴⁴⁶ Mit der Entwicklung der visuellen Massenmedien und der damit verbundenen Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild,⁴⁴⁷

⁴³⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 38; *Schubert*, AfP 2007, 20 (21); vgl. BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“.

⁴³⁷ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 148.

⁴³⁸ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 149; vgl. *Forkel*, GRUR 1988, 491 (494).

⁴³⁹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 148 f.

⁴⁴⁰ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 152; *Forkel*, GRUR 1988, 491.

⁴⁴¹ *Forkel*, GRUR 1988, 491 (498 f.); vgl. *Schubert*, AfP 2007, 20 (24).

⁴⁴² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 142; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 55; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 35 f.; *Klass*, AfP 2005, 507 (508).

⁴⁴³ BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 – „NENA“.

⁴⁴⁴ S. dazu *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 143 f.

⁴⁴⁵ BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 – „NENA“.

⁴⁴⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 60 f.; vgl. *Ullmann*, AfP 1999, 209 (212).

⁴⁴⁷ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 82.

insbesondere durch Werbung mit Stars und Berühmtheiten,⁴⁴⁸ wird das Dogma seiner Unübertragbarkeit in Zweifel gezogen.⁴⁴⁹

Im „Marlene Dietrich“-Fall spreche eine Reihe von Gesichtspunkten dafür, so der BGH,⁴⁵⁰ dass die vermögenswerten Bestandteile⁴⁵¹ des Persönlichkeitsrechts nicht in derselben Weise unauflöslich an die Person ihres Trägers gebunden seien wie die Teile des Persönlichkeitsrechts, die dem Schutz ideeller Interessen dienen. Man kann somit über eine Herausbildung in gewissem Ausmaß neuer gegenständlicher Rechte im Wege der Rechtsfortbildung sprechen,⁴⁵² die ausschließlich an vermögensrechtlichen Elementen eingeräumt werden können,⁴⁵³ nicht aber an den ideellen Teilen des Persönlichkeitsrechts.⁴⁵⁴

Allerdings wird dadurch nicht etwa ein Ausverkauf der Persönlichkeit bewirkt,⁴⁵⁵ weil die Rechtseinräumung durch das Interesse begrenzt ist, dessen Ausübung dem Begünstigten erlaubt werden soll.⁴⁵⁶ Der Rechtsinhaber muss abschätzen können, in welcher Weise seine Identität genutzt wird, wobei sich die Nutzungsrechte nur auf bereits körperlich vergegenständlichte Aufnahmen beziehen können, nicht auf künftig erst noch herzustellende.⁴⁵⁷ *Forkel*, der in diesem Zusammenhang von „gebundener“ Rechtsübertragung spricht, weist ausdrücklich darauf hin, dass eine beschränkte gegenständliche Übertragung des Rechts am eigenen Bild nur möglich ist, sofern das, was die Einwilligung bewirkt, vorhersehbar ist.⁴⁵⁸ Außerdem bestehen ungeachtet der Übertragung der Verwertungsbefugnisse diejenigen Befugnisse des Rechtsinhabers fort, die dessen ideelle Interessen schützen.⁴⁵⁹ Dadurch bleibt eine Bindung der Tochterrechte an das Mutterrecht bestehen, die sich z. B. in einer

⁴⁴⁸ *Henning-Bodewig*, GRUR 1982, 202.

⁴⁴⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 42.

⁴⁵⁰ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“.

⁴⁵¹ Ausführlicher dazu unten Abschnitt C, Kapitel IV, Unterkapitel 1, Buchstabe b, Unterbuchstabe bb „Das vermögensrechtliche Interesse“.

⁴⁵² Für detaillierte Darstellung hierzu wird auf *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 162 ff. verwiesen; vgl. LG München, Urteil vom 19.05.2005, ZUM 2006, 937 (939); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 167.

⁴⁵³ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 154; vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 279; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 132 f.

⁴⁵⁴ Vgl. BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“.

⁴⁵⁵ Vgl. *Forkel*, GRUR 1988, 491 (499).

⁴⁵⁶ Vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 155, 160; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 21; *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 44.

⁴⁵⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 279 f.

⁴⁵⁸ *Forkel*, GRUR 1988, 491 (500); vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 91.

⁴⁵⁹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 149; *Forkel*, GRUR 1988, 491 (499).

Widerrufsmöglichkeit⁴⁶⁰ des Rechtsinhabers bei Vorliegen wichtiger Gründe äußert.⁴⁶¹ Dementsprechend sollte eine Weiterübertragung eines Nutzungsrechts von der Einwilligung des Abgebildeten abhängig gemacht werden, da es für ihn von wesentlicher Bedeutung bleibt, von wem seine Identität kommerziell verwertet wird.⁴⁶²

Daher sind keine Gründe ersichtlich, der Einwilligung nach § 22 KUG ggf. den Charakter der konstitutiven Rechtsübertragung zu versagen.⁴⁶³ Da der Begünstigte dabei eine vom Willen des Rechtsinhabers unabhängige Rechtsstellung erlangt, ist eine solche Einwilligung als Rechtsgeschäft zu begreifen mit der Folge, dass die Vorschriften der §§ 104 ff. BGB anzuwenden sind. Das Recht am eigenen Bild ist dabei nach wie vor für unübertragbar zu halten. *Götting* vergleicht es in diesem Zusammenhang mit dem Urheberrecht, das persönlichkeits- und vermögensrechtliche Elemente habe, in seinem Kern aber ebenfalls unübertragbar sei.⁴⁶⁴

- Schuldrechtlicher Gestattungsvertrag

Bei einem Gestattungsvertrag geht es um einen schuldrechtlichen Vertrag, mit dem eine Partei der anderen ein tatsächliches Verhalten erlaubt, das der Gestattende dem Gestattungsempfänger ansonsten verbieten könnte.⁴⁶⁵ Dadurch erhält der Händler nur einen Anspruch gegen den Gestattenden.⁴⁶⁶

Hinsichtlich der Einwilligung nach § 22 KUG kann eine solche Gestattung einschlägig sein. So behauptet *Götting*, dass abgesehen vom Fall „NENA“ der Einwilligungsempfänger keine quasidingliche, das heißt absolut gegen jedermann wirkende Rechtsstellung erhalte, sondern einen gegen den Rechtsinhaber gerichteten obligatorischen Anspruch.⁴⁶⁷ Der Einwilligende behält dabei in vollem Umfang seine Verfügungsmacht und kann weitere Einwilligungen wirksam erteilen.⁴⁶⁸

⁴⁶⁰ Eingehend dazu unten Abschnitt C, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe b, Unterbuchstabe dd „Die Widerruflichkeit der Einwilligung“.

⁴⁶¹ Vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 155, 160; *Götting*, GRUR 2004, 801 (805); BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

⁴⁶² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 280; *ders.*, GRUR 2004, 801 (805).

⁴⁶³ *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 21; *Wandtke*, GRUR 2000, 942 (949); a. A. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 149 ff.; *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1893); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 91 ff.; kritisch zur Meinung von *Dasch* s. *Helle*, AfP 1990, 259 (262); vgl. aber *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 51 f., 114 ff.

⁴⁶⁴ *Götting*, GRUR 2004, 801 (808).

⁴⁶⁵ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 165.

⁴⁶⁶ Ebd., S. 166.

⁴⁶⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 143.

⁴⁶⁸ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 145; vgl. *Helle*, AfP 1985, 93 (99).

Nach *Daschs* Meinung besteht der Rechtserfolg der Einwilligung in der Verschaffung einer Position, die nicht einem subjektiven Recht entspricht, sondern sich in die Reihe von Vertretungsmacht und ähnlichen Rechtsstellungen eingliedern lässt, da sie dem Begünstigten nur ein rechtliches Dürfen oder Können, also eine Macht zum Eingriff in das Gut verleiht.⁴⁶⁹

Zwar wird die Einwilligung gemäß § 22 KUG als einseitige, isolierte Erklärung verstanden, jedoch ist anerkannt, dass sie auch in eine vertragliche Vereinbarung gekleidet werden kann,⁴⁷⁰ insbesondere wenn es sich um eine unwiderrufliche Einwilligung bei der wirtschaftlichen Bildnisnutzung handelt, da die Einräumung einer bindenden Eingriffsbefugnis der Annahme durch den Begünstigten bedarf.⁴⁷¹ In den meisten Fällen enthält ein solcher Vertrag auch schon die Erklärung der Einwilligung selbst.⁴⁷² Selbst wenn eine unwiderrufliche Gestattung ausnahmsweise auch isoliert erteilt werden kann, so sind diese Fälle von geringer praktischer Bedeutung, weil dabei nach den Umständen meist auch eine zugrunde liegende vertragliche Duldungspflicht anzunehmen ist.⁴⁷³

Daraus ist zu schließen, dass für einen Gestattungsvertrag die schuldrechtlichen Normen wie für andere Rechtsgeschäfte auch anwendbar sind.

- Einseitige widerrufliche Einwilligung

Für die einseitige widerrufliche Einwilligung ist strittig, ob sie eine geschäftsähnliche Erklärung oder ein Rechtsgeschäft darstellt. Ihre Wirkung erschöpft sich im Vertrauen des Einwilligungsempfängers darauf, dass die Handlung vorbehaltlich eines Widerrufs rechtmäßig ist.⁴⁷⁴ Da die Befugnis des Handelnden vom Willen des Rechtsinhabers abhängig ist, verschafft sie kein wider den Willen des Einwilligenden durchsetzbares Recht,⁴⁷⁵ sondern ermöglicht regelmäßig lediglich gefälligkeitshalber erteilte Erlaubnisse.⁴⁷⁶

Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass die Einräumung einer widerruflichen Eingriffsbefugnis die Rechtsbeziehungen zwischen dem Einwilligenden und Handelnden

⁴⁶⁹ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 50 f.

⁴⁷⁰ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 145; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 167 ff.; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 58 ff.; *Helle*, AfP 1985, 93 (99); *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 13; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 833; *Schemitsch*, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, S. 60.

⁴⁷¹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 173 f.

⁴⁷² *Helle*, AfP 1990, 259 (260); ausführlicher dazu s. *Schemitsch*, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, S. 60 ff.

⁴⁷³ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 174; vgl. *Schemitsch*, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, S. 65; a. A. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 69.

⁴⁷⁴ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 172.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 144.

⁴⁷⁶ Ebd., S. 177.

umgestaltet.⁴⁷⁷ Das generelle Eingriffsverbot wird modifiziert, so dass die Einwilligung eine Erklärung im Rahmen der Privatautonomie darstellt⁴⁷⁸ und darum als Rechtsgeschäft zu betrachten ist, wenn auch als ein untypisches.⁴⁷⁹ Wenn man zudem im Blick behält, dass die konstitutive Rechtsübertragung und schuldrechtlicher Gestattungsvertrag als Rechtsgeschäfte zu qualifizieren sind, ist es nicht ersichtlich, warum die bloße Widerruflichkeit einen Unterschied der Rechtsnatur begründen soll.⁴⁸⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einwilligung gemäß § 22 KUG dem Abgebildeten die gesamte Palette von Dispositionsmöglichkeiten mit Ausnahme der translativen Rechtsübertragung zur Verfügung stellt.⁴⁸¹ Auch wenn der Einwilligungsempfänger dabei unterschiedliche Rechtspositionen erlangt, handelt es sich in jedem Fall um ein Rechtsgeschäft, so dass die §§ 104 ff. BGB anzuwenden sind.⁴⁸² Am Postulat der Unübertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild ist dabei festzuhalten.

Hinsichtlich der Einwilligung von Minderjährigen wird in der deutschen Literatur teilweise vertreten, dass es auf konkrete Einsichtsfähigkeit ankommt, so dass unter Umständen ihrem negativen Willen eine entscheidende Rolle beizumessen ist, auch wenn ein gesetzlicher Vertreter in die Bildveröffentlichung eingewilligt hat.⁴⁸³

b) Die Einwilligung gemäß § 22 KUG im Rechtsverkehr

aa) Die Erklärung der Einwilligung

Nach der herrschenden Meinung in der deutschen Literatur ist die Einwilligung nach § 22 KUG empfangsbedürftig,⁴⁸⁴ weil der Einwilligende mit seiner Willenserklärung unmittelbar auch die rechtsgeschäftlichen Beziehungen anderer gestaltet; er regelt ihre Befugnis, sein Bild zu verbreiten und zu veröffentlichen.⁴⁸⁵ Darüber hinaus kann nur bei Vorliegen einer Erklärung von wirklicher Selbstbestimmung die Rede sein.⁴⁸⁶

⁴⁷⁷ Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 211.

⁴⁷⁸ Ebd., S. 207.

⁴⁷⁹ Ebd., S. 212.

⁴⁸⁰ Ebd., S. 209.

⁴⁸¹ Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 260; Schemitsch, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, S. 56 ff.

⁴⁸² Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 469; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 832; Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 271.

⁴⁸³ Klein, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 118; ausführlicher dazu s. Dasch, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 97 ff.

⁴⁸⁴ Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 13; Helle, AfP 1985, 93 (101); Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 338; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 832.

⁴⁸⁵ Helle, AfP 1985, 93 (98).

⁴⁸⁶ Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 328; vgl. Klass, AfP 2005, 507 (511).

Die Einwilligung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen.⁴⁸⁷ Sie muss aber nicht unbedingt ausdrücklich gefasst sein, vielmehr reicht nach allgemeiner Ansicht eine konkludente Einwilligung aus, sofern nicht ausnahmsweise gesetzliche Formvorschriften bestehen.⁴⁸⁸ Es sind Situationen denkbar, in denen die Billigung einer Aufnahme, die nach den Umständen für eine spätere Veröffentlichung bestimmt ist, eine Persönlichkeitsverletzung ausschließt.⁴⁸⁹ Das ist beispielsweise der Fall, wenn ein Passant Fragen eines Fernsehreporters bei einer Straßenumfrage beantwortet.⁴⁹⁰ Allerdings kann das bloße Hinnehmen der Bildnisherstellung *per se* nicht als Einwilligung in eine Veröffentlichung gedeutet werden.⁴⁹¹

Durch Hochladen des Bildnisses von sich selbst in ein soziales Netzwerk willigt ein Nutzer konkludent, wenn keine oder nur allgemeine vertragliche Vereinbarung vorliegt, in seine öffentliche Zurschaustellung auf der entsprechenden Plattform ein,⁴⁹² nicht dagegen in die Weiterverbreitung des Fotos durch Dritte, etwa in den Medien.⁴⁹³ Als generelle Regel gilt: Je gewichtiger der Eingriff ist, desto klarer muss die Einwilligungserklärung ausfallen.⁴⁹⁴ Deshalb ist die Erteilung einer schriftlichen Einwilligung zum Zweck des späteren Beweises immer anzuraten.⁴⁹⁵

⁴⁸⁷ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 20; ders. in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 25; vgl. Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 30.

⁴⁸⁸ BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 (128) – „NENA“; BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (428) – „Paul Dahlke“; OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404 (404); LG Köln, Urteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 19714; Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 302; Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 329; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.37; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 13; Rixecker in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 91; vgl. Schertz in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 25.

⁴⁸⁹ BVerfG, Beschluss vom 10.07.2002, NJW 2002, 3767 (3768); OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404 (404); vgl. OLG München, Urteil vom 17.11.1995, NJW-RR 1996, 1487 (1489); Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 19; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 107; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 834; Beuthin/Hieke, AfP 2001, S. 356; Gerschel, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 14; Libertus, ZUM 2007, 621 (621); s. a. Klein, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 116.

⁴⁹⁰ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 19; vgl. Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 17; OLG Karlsruhe, Urteil vom 08.10.2014, BeckRS 2015, 03159, II Nr. 4.

⁴⁹¹ OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1115); LG Berlin, Urteil vom 30.05.2013, ZUM-RD 2014, 105 (107); Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 19; ders. in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 25; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 834; vgl. Libertus, ZUM 2007, 621 (622); Benecke/Groß, NZA 2015, 833 (835).

⁴⁹² Lauber-Rönsberg, NJW 2016, 744 (749 f.); s. a. hinsichtlich einer schlichten Einwilligung Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 18.

⁴⁹³ OLG München, Urteil vom 17.03.2016, GRUR 2016, 860 – Ein Presseorgan dürfe auf Facebook gepostete Äußerungen gegen Flüchtlinge wiedergeben, nicht aber die Abbildung eines mit dem Namen versehenen Lichtbildes der Nutzerin; Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 31; vgl. Lauber-Rönsberg, NJW 2016, 744 (750); a. A. Sajuntz, NJW 2017, 698 (702).

⁴⁹⁴ Ohly, „Volenti non fit iniuria“, S. 339; vgl. Klass, AfP 2005, 507 (511).

⁴⁹⁵ Vgl. Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 19a.

Nach der gesetzlichen Vermutung des § 22 Satz 2 KUG gilt die Einwilligung im Zweifel als erteilt, wenn der Abgebildete für die Herstellung der Abbildung eine Entlohnung erhielt. Diese Vermutung kann der Abgebildete bei Bedarf widerlegen.⁴⁹⁶ Eine Entlohnung i. S. v. § 22 Satz 2 KUG liegt nicht vor, wenn der Abgebildete das Bild während seiner Arbeitszeit machen lässt und dafür nur den vertraglichen Arbeitslohn erhält.⁴⁹⁷ Die Einwilligung kann sich aber aus den Gesamtumständen ergeben, wenn Aufnahmen erkennbar für eine Werbeveröffentlichung des Arbeitgebers bestimmt sind.⁴⁹⁸

Es ist dabei zu beachten, dass die Einwilligung vor der Vornahme des Eingriffs erfolgen muss. Die nachträgliche Genehmigung gilt als Verzicht auf sämtliche oder einzelne Rechtsfolgen der Handlung.⁴⁹⁹ Könnte ein Tatbestandsausschluss rückwirkend eintreten, so wäre die vorgenommene Nothilfe rückwirkend rechtswidrig, die Strafbarkeit würde allerdings fortbestehen.⁵⁰⁰

bb) Der Inhalt der Einwilligung

Eine Einwilligung kann inhaltlich, räumlich oder zeitlich⁵⁰¹ beschränkt werden.⁵⁰² Daher ist auf ihre Auslegung großen Wert zu legen. Die Auslegungskriterien sind die der allgemeinen Grundsätze rechtsgeschäftlicher Willenserklärung in §§ 133, 157 BGB.⁵⁰³

Es wurde bereits angesprochen,⁵⁰⁴ dass die Zweckübertragungslehre für die Einwilligung gemäß § 22 KUG entsprechend anwendbar ist.⁵⁰⁵ Dies bedeutet, dass eine Einwilligung nicht

⁴⁹⁶ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 18; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 51.

⁴⁹⁷ OLG Nürnberg, Urteil vom 27.09.1956, GRUR 1957, 296; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 51; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 18; *Benecke/Groß*, NZA 2015, 833 (835).

⁴⁹⁸ OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 51.

⁴⁹⁹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 344; *Klass*, AfP 2005, 507 (514); vgl. *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 10.

⁵⁰⁰ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 345 f.

⁵⁰¹ S. z. B. BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 – Die zeitliche Einschränkung der Einwilligung in die Bildnutzung auf die Dauer einer bestehenden Beziehung.

⁵⁰² BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 (128) – „NENA“; BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (429) – „Paul Dahlke“; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.41; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 21; a. A. OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404 (405).

⁵⁰³ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 341; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 16; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 19; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 834; *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 14; *Klass*, AfP 2005, 507 (511); *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, S. 356.

⁵⁰⁴ S. Abschnitt C, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe a, Unterbuchstabe bb, „Konstitutive Rechtsübertragung“.

⁵⁰⁵ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 21; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 44.

abstrakt erteilt werden kann, sondern an den konkreten Zweck ihrer Erteilung gebunden bleibt.⁵⁰⁶ Es ist daher ständig zu ermitteln, ob die beabsichtigte Veröffentlichungsart, vor allem in der Werbung, im Rahmen der erteilten Genehmigung bleibt.⁵⁰⁷ Insbesondere eine konkludent erteilte Einwilligung ist situationsbedingt zu verstehen.⁵⁰⁸ Daher empfiehlt es sich, den Betroffenen über den Verwendungszweck aufzuklären,⁵⁰⁹ da die Beweislast für die Erteilung und den Umfang der Einwilligung grundsätzlich bei demjenigen liegt, der das Bildnis veröffentlicht.⁵¹⁰ Eine Anfechtung der erteilten Einwilligung wird dabei überwiegend für zulässig gehalten.⁵¹¹

Da der Eingriffsumfang hinreichend vorhersehbar sein muss,⁵¹² ist die Erteilung einer unbeschränkten Generaleinwilligung ausgeschlossen.⁵¹³ Andernfalls würde dies auf einen faktischen Rechtsverzicht hinauslaufen, da sich der Rechtsinhaber gänzlich der Fremdbestimmung eines anderen ausliefern würde.⁵¹⁴ Auch die Auslegungsregel des § 22 Satz 2 KUG, wonach die Einwilligung für den Fall, dass der Abgebildete eine Entlohnung erhalten

⁵⁰⁶ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; LG München, Urteil vom 19.05.2005, ZUM 2006, 937 (939 f.); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 21; vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 342; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 93.

⁵⁰⁷ *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 13 f.; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, S. 356; s. z. B. BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 – „Talkmaster - Foto“; BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617 (1618 f.); BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 – „Hochzeitsbild“; BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; OLG Hamburg, Urteil vom 26.01.2017, MMR 2017, 249 (249) und vom 30.05.1991, ZUM 1991, 550 (550); OLG Köln, Urteil vom 05.11.2013, ZUM 2014, 416 (418); OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.1988, NJW 1989, 401; OLG Frankfurt, Urteil vom 28.02.1986, GRUR 1986, 614 (614 f.) – „Ferienprospekt“; LG Köln, Urteil vom 20.02.2013, ZUM-RD 2013, 340 (342); LG München, Urteil vom 19.05.2005, ZUM 2006, 937 (939); vgl. LG Hannover, Urteil vom 30.03.2000, ZUM 2000, 970.

⁵⁰⁸ *Zagouras*, AfP 2005, 152 (153); vgl. *Libertus*, ZUM 2007, 621 (626 f.); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 22 f.

⁵⁰⁹ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 15.

⁵¹⁰ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 108; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 18; vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 17; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 23; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 836.

⁵¹¹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 473; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 117; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 77 ff.; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 838; *Libertus*, ZUM 2007, 621 (626); *Klass*, AfP 2005, 507 (514); vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 34.

⁵¹² *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 94.

⁵¹³ Vgl. *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 160, 343; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 94; *Klass*, AfP 2005, 507 (511); *Zagouras*, AfP 2005, 152 (153); *Libertus*, ZUM 2007, 621 (622); s. a. BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 (129) – „NENA“; OLG Freiburg, Urteil vom 11.06.1953, GRUR 1953, 404 (404).

⁵¹⁴ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 142; vgl. *Forkel*, GRUR 1988, 491 (499).

hat, vermutet wird, entbindet nicht von der Prüfung des Umfangs der erteilten Einwilligung.⁵¹⁵
Die Regelung geht nicht von einer generellen Einwilligung aus.⁵¹⁶

cc) Die Übertragung der Einwilligung

In der Praxis sind Fälle üblich, in denen der Fotograf die ihm erteilte Einwilligung an eine Verwertungsgesellschaft etc. weiterüberträgt.⁵¹⁷ Insbesondere scheint eine Übertragbarkeit der Befugnis auf Dritte sinnvoll zu sein, wenn der Begünstigte nicht aufgrund eines besonderen Vertrauensverhältnisses die einzige Person ist, der die Handlung gestattet werden soll.⁵¹⁸ Fraglich ist, unter welchen Umständen eine Übertragung der Einwilligung rechtmäßig erfolgt.

Auszugehen ist von einer weiten Gestaltungsmöglichkeit, die § 22 KUG dem Abgebildeten einräumt; er entscheidet selbst unter anderem darüber, ob nur der Gestattungsempfänger oder auch ein weiterer, vom Gestattungsempfänger zu bestimmender Dritter sein Bildnis veröffentlichen darf.⁵¹⁹ Dementsprechend bedarf es einer Vereinbarung dahingehend, dass der Gestattungsempfänger die Befugnis auch an Dritte weiterreichen kann.⁵²⁰ Dies folgt auch aus dem Gedanken der Zweckbindung.⁵²¹

Deckt die Einwilligung des Betroffenen eine solche Abtretung, finden gemäß § 413 BGB die Zessionsvorschriften in §§ 398 ff. BGB entsprechende Anwendung, obwohl es um Rechte geht, die keine Forderungen sind.⁵²² Hinderungsgründe, die einer solchen Rechtsanwendung entgegenstünden, sind einschließlich der persönlichkeitsrechtlichen Argumente nicht ersichtlich.⁵²³ Allein *Dasch* wendet ein, dass der Wortlaut des § 413 BGB ein subjektives Recht als eine der Einwilligung folgende Befugnis voraussetzt.⁵²⁴ Aber bei der konstitutiven Rechtsübertragung, wie oben angeführt, geht es um das Entstehen des Tochterrechts. Was die sonstigen Fälle angeht, stellt *Dasch* selbst fest, dass zumindest im Falle eines entgeltlichen

⁵¹⁵ LG München, Urteil vom 19.05.2005, ZUM 2006, 937 (939); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 19 b; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 18.

⁵¹⁶ LG München I, Urteil vom 09.12.1999, AfP 2000, 473 (474); *Bußmann*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 15.01.1965 „Wie uns die anderen sehen“ (GRUR 1965, 495), GRUR 1965, 498 (499); *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 54.

⁵¹⁷ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 95; *Helle*, AfP 1985, 93 (99).

⁵¹⁸ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 159; vgl. *Helle*, AfP 1985, 93 (99); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 96 Fn. 421 Abs. 3.

⁵¹⁹ *Helle*, AfP 1985, 93 (99).

⁵²⁰ *Helle*, AfP 1985, 93 (101); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 96.

⁵²¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 163.

⁵²² *Helle*, AfP 1985, 93 (99); so auch *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 95; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 272.

⁵²³ *Helle*, AfP 1985, 93 (99).

⁵²⁴ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 95.

schuldrechtlichen Gestattungsvertrags die durch die Einwilligung vermittelten Nutzungsbefugnisse der aus einem subjektiven Recht resultierenden Rechtsmacht ähneln.⁵²⁵

Es ist anzumerken, dass die Möglichkeit der Übertragung der Einwilligung den Rechtsinhaber dazu berechtigt, auch Dritten zu ihrer Erteilung zu bevollmächtigen,⁵²⁶ wobei die dadurch eingeräumten Befugnisse bestimmt oder bestimmbar sein sollen.⁵²⁷

dd) Die Widerruflichkeit der Einwilligung

Für die Widerruflichkeit der Einwilligung gibt es im Schrifttum Auffassungen, die von der Unwiderruflichkeit über unterschiedliche Mittelmeinungen bis zur freien Widerruflichkeit reichen.⁵²⁸ Die Rechtsprechung entspricht der Vielfalt der Meinungen in der Literatur.⁵²⁹ Es besteht darüber Einigkeit, dass das Vertrauen des Handelnden auf den Fortbestand der Einwilligung schutzwürdig ist, wenn ihr eine vertragliche Verpflichtung zur Gestattung zugrunde liegt.⁵³⁰

Für das Recht am eigenen Bild ist dies bei der konstitutiven Rechtsübertragung und beim schuldrechtlichen Gestattungsvertrag der Fall. Dies bedeutet, dass die Einwilligung als empfangsbedürftige Willenserklärung, nachdem sie dem Adressaten, dem Vertragspartner des Abgebildeten, zugegangen ist, gemäß § 130 BGB den Einwilligenden bindet.⁵³¹

Allerdings ist das strenge Bindungsprinzip des § 130 BGB für die besondere Natur des Persönlichkeitsrechts zu unflexibel.⁵³² Erscheint das Festhalten des Abgebildeten an seine einmal erteilte Einwilligung nicht mehr zumutbar, so muss das Persönlichkeitsrecht ausnahmsweise Vorrang gegenüber dem Grundsatz *pacta sunt servanda* haben.⁵³³ Die Bildnisveröffentlichung kann den Abgebildeten erheblich an der Entfaltung seiner

⁵²⁵ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 95; vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 162 Fn. 104.

⁵²⁶ OLG München, Urteil vom 30.05.2001, ZUM 2001, 708 (709); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 164; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 89 ff.; *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 13; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 109 f.; *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 22, Rn. 20; *Klass*, AfP 2005, 507 (514).

⁵²⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 164.

⁵²⁸ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 374; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 82; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 149 f.; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 22, Rn. 35.

⁵²⁹ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 84.

⁵³⁰ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 347; a. A. *Hubmann*, das Persönlichkeitsrecht, S. 171.

⁵³¹ *Helle*, AfP 1985, 93 (100); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 85 f.

⁵³² *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 85; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 353.

⁵³³ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 150 f.; *Helle*, AfP 1985, 93 (100); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 86.

Persönlichkeit hindern,⁵³⁴ wobei nicht nur an Extremfälle wie Nacktfotos⁵³⁵ zu denken ist. Insbesondere bei der unentgeltlichen Einwilligungserteilung besteht eine starke Vermutung für die Widerruflichkeit.⁵³⁶ Im Falle einer kommerziellen Vertrauensbindung soll für die Begründung eines wichtigen Grundes, etwa einer gewandelten Überzeugung des Einwilligenden, der in § 42 UrhG verankerte Rechtsgedanke herangezogen werden,⁵³⁷ um einen Rückruf mit Wirkung *ex nunc*⁵³⁸ zu rechtfertigen.⁵³⁹ Vermögensbezogene Gründe, etwa die Absicht einer Vergütung oder einer besseren Vergütung für die Einwilligung, sind nicht zu berücksichtigen.⁵⁴⁰

Das Widerrufsrecht ist unverzichtbar und besteht unter Umständen auch dann, wenn die Einwilligung unwiderruflich erteilt wurde.⁵⁴¹ Allerdings ist der Rechtsinhaber in analoger Heranziehung des § 122 BGB⁵⁴² zum Ersatz des Vertrauensschadens verpflichtet,⁵⁴³ da der zum Widerruf berechtigte Umstand in der Sphäre des Abgebildeten begründet ist.⁵⁴⁴

Eine widerrufliche einseitige Einwilligung führt nicht zu einer Bindung des Einwilligenden. In den Grenzen der §§ 226, 242 BGB kann er seine Erklärung jederzeit widerrufen.⁵⁴⁵ Ob vertrauensbegründende Faktoren anzunehmen sind, lässt sich nur im Einzelfall in einer Abwägung der beteiligten Interessen entscheiden.⁵⁴⁶

⁵³⁴ Ausführlicher dazu *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 86 Fn. 367; s. a. *Helle*, AfP 1985, 93 (100); *ders.*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 119; *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 41.

⁵³⁵ Vgl. *Helle*, AfP 1985, 93 (100).

⁵³⁶ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 349; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 87; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 120.

⁵³⁷ *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 41.

⁵³⁸ *Helle*, AfP 1985, 93 (99); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.45; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 839.

⁵³⁹ *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 353; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 86; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 150 f.; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.45; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 98; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 838; *Klass*, AfP 2005, 507 (515).

⁵⁴⁰ *Helle*, AfP 1985, 93 (100); *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 353.

⁵⁴¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 151; so auch *Klass*, AfP 2005, 507 (515).

⁵⁴² Diese Regelung ist der in § 42 Abs. 3 Satz 1 UrhG vorgesehenen angemessenen Entschädigung vorzuziehen, weil die letztere eine so starke Belastung darstellt, dass das Rückrufsrecht wegen gewandelten Überzeugung im Urheberrecht praktisch nicht zum tragen gekommen ist, s. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 151; *ders.* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 41; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 23; *ders.* in: *Löwenheim*, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 30; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 120; a. A. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 840.

⁵⁴³ *Helle*, AfP 1985, 93 (101).

⁵⁴⁴ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 86 f.; *Ohly*, „Volenti non fit iniuria“, S. 354.

⁵⁴⁵ Vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 88; *Klass*, AfP 2005, 507 (515); *Libertus*, ZUM 2007, 621 (625); *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 121 f.

⁵⁴⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 152.

Die Einwilligung des Arbeitnehmers erlischt nicht automatisch mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses, sondern muss wirksam widerrufen werden.⁵⁴⁷

c) Die Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und Art. 7 DS-GVO

Die Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DS-GVO kann bei der Herstellung einer digitalen Fotografie in Frage kommen. Dem Erwägungsgrund 32 sowie Art. 4 Nr. 11 DS-GVO ist zu entnehmen, dass sie schriftlich, mündlich sowie durch eindeutiges schlüssiges Verhalten erteilt werden kann.⁵⁴⁸

Laut Art. 7 Abs. 3 DS-GVO ist die datenschutzrechtliche Einwilligung mit Wirkung *ex nunc* frei widerruflich.⁵⁴⁹ Da für den Widerruf keine besonderen Gründe notwendig sind,⁵⁵⁰ stellt eine solche Einwilligung keine praktikable Rechtsgrundlage dar, insbesondere wenn große Menschenmenge abgebildet werden sollen.⁵⁵¹ Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob der Datenverarbeiter sich im Falle des Widerrufs der Einwilligung auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO als eine Reserve-Rechtsgrundlage stützen darf.⁵⁵² Unter Beachtung der Norm in Art. 17 Abs. 1 Buchstabe b DS-GVO wird diese Frage von den meisten deutschen Rechtswissenschaftler bejaht.⁵⁵³

Ist die Einwilligung nach den datenschutzrechtlichen Normen widerruflich, nach den Normen des KUG dagegen nicht, hat die Regelung in § 22 KUG vor der DS-GVO Vorrang.⁵⁵⁴

2. Russland

Die Einwilligung wird in vielen unterschiedlichen Normen des ZGB RF erwähnt.⁵⁵⁵ In keinem der Fälle geht es um eine universelle Kategorie, die nach einheitlichen Regeln interpretiert werden könnte.

⁵⁴⁷ Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteile vom 08.05.2013, BeckRS 2013, 72007 und BeckRS 2013, 73087; *Benecke/Groß*, NZA 2015, 833 (836); *Engels* in: *Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg*, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 46.

⁵⁴⁸ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (579).

⁵⁴⁹ Ebd., Rn. 580.

⁵⁵⁰ Ebd., Rn. 580.

⁵⁵¹ Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, abrufbar unter <<https://goo-gl.su/f7WxgHI>>, zuletzt abgerufen am 16.06.2020; vgl. *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (580).

⁵⁵² *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (581).

⁵⁵³ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (581); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (374); a. A. *Frenzel* in: *Paal/Pauly*, DS-GVO, Art. 6, Rn. 26.

⁵⁵⁴ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (580 ff.).

⁵⁵⁵ Ausführlicher dazu *Viničenko* in: *Rožkova* (Hrsg.), *Problemy registracii prav, fiksacii i udostoverenija juridičeskich faktov graždanskogo prava*, zitiert nach Consultant.

Am 01.09.2013 wurde das ZGB RF durch Art. 157.1 ergänzt,⁵⁵⁶ der die Zustimmung zum Abschluss eines Rechtsgeschäfts normiert. Der Begründung zum entsprechenden Gesetzentwurf⁵⁵⁷ ist zu entnehmen, dass eine solche Zustimmung als einheitliche Regelung konzipiert wurde, die für sämtliche Fälle einschlägig sein soll. Allerdings behandelt das OG RF die Zustimmung i. S. v. Art. 157.1 ZGB RF ausschließlich in Bezug auf den Abschluss eines Rechtsgeschäfts.⁵⁵⁸ Dem ist zuzustimmen, da beispielsweise die Einwilligung gemäß Art. 152.1 ZGB RF sich nicht auf ein Geschäft zwischen anderen Personen bezieht, sondern einem Eingriff in das Recht am eigenen Bild die Rechtmäßigkeit verleiht, woraus bedeutende Unterschiede in der Regelung entstehen.

a) Die Rechtsnatur der Einwilligung gemäß Art. 152.1 ZGB RF und die Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild

Die Einwilligung i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF stellt nach der herrschenden Meinung in der russischen Literatur⁵⁵⁹ sowie in der Rechtsprechung⁵⁶⁰ ein Rechtsgeschäft dar, so dass Art. 153 ff. ZGB RF völlig anwendbar sind.⁵⁶¹

⁵⁵⁶ Föderales Gesetz vom 07.05.2013 Nr. 100-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdely 4 i 5 razdela I časti pervoj i stat’ju 1153 časti tret’ej Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung der Unterabschnitte 4 und 5 des I. Abschnitts des ersten teils und des Artikels 1153 des dritten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 99 vom 13.05.2013, Art. 1 Punkt 3.

⁵⁵⁷ Die Begründung zum Gesetzentwurf Nr. 47538-6 „O vnesenii izmenenij v časti pervuju, vtoruju, tret’ju i četvertuju Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii, a takže v otdel’nye žakonodatel’nye akty Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung der ersten, zweiten, dritten und vierten teile des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation sowie einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation), Abschnitt 1 Abs. 49, zitiert nach Consultant.

⁵⁵⁸ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkte 53 ff.

⁵⁵⁹ *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 3; *Dianova*, Sibirskij juridičeskij vestnik 2004, Nr. 4, S. 33.

⁵⁶⁰ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 46 Abs. 1; Gebietsgericht des Gebiets Lipeck, Appellationsbeschluss vom 19.07.2017 im Verfahren Nr. 33-2664/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242); Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Omutninskij des Gebiets Kirov, Urteil vom 17.02.2011 im Verfahren Nr. 2-54/2011, abrufbar unter <<http://www.gcourts.ru/case/648911>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.

⁵⁶¹ Vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 46; *Mikrjukov*, Zakonodatel’s tvo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

Nach dem Gesetzeswortlaut handelt es sich um eine einseitige Einwilligung. Wird sie einseitig erteilt, ist sie als ein einseitiges Rechtsgeschäft zu verstehen.⁵⁶² Allerdings ist anerkannt, dass sie auch durch den Vertragsschluss erteilt werden kann.⁵⁶³ Dies folgt aus der Vertragsfreiheit gemäß Art. 1 ZGB RF und der Regelung in Art. 421 Punkt 2 ZGB RF, nach der die Parteien befugt sind, einen gesetzlich nicht festgeschriebenen Vertrag zu schließen.⁵⁶⁴ Die Rechtsprechung hält solche unbenannte Verträge,⁵⁶⁵ mithilfe derer die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild erteilt wird, für akzeptabel und gültig, auch wenn sie im ZGB RF nicht explizit erwähnt sind.⁵⁶⁶ Somit kann der Abgebildete anhand der Einwilligung ein- oder zweiseitige Rechtsgeschäfte schließen und dadurch sein Recht am eigenen Bild ausüben.⁵⁶⁷

Im Schrifttum gibt es Äußerungen, dass Nichtvermögensgüter keineswegs „Vertragsgegenstände“ sein können.⁵⁶⁸ Dem ist nur unter Vorbehalt zuzustimmen, dass darunter die endgültige Übertragung des gesamten Persönlichkeitsrechts, d. h. eine translative Rechtsübertragung gemeint ist, die den Rechtsinhaber hinsichtlich seiner Bilder der Fremdbestimmung eines anderen ausliefern würde.⁵⁶⁹

⁵⁶² *Belov*, Vestnik èkonomičeskogo pravosudija Rossijskoj Federacii 2015, Nr. 11, Punkt 24; vgl. *Èrdelevskij*, Zakonodatel'stvo 2007, Nr. 7, S. 11 – Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild sei ständig ein einseitiges Rechtsgeschäft; *ders.*, Domašnij advokat 2007, Nr. 11, S. 4; so auch *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 18; *Kadyrov*, Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii èkonomiki i prava 2010, Nr. 4 – 5, S. 80.

⁵⁶³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.09.2012 im Verfahren Nr. 11-23386; Gebietsgericht des Gebiets Kemerovo, Beschluss vom 18.01.2012 im Verfahren Nr. 33-14749; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Mikrjukov*, Zakonodatel'stvo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *ders.*, Pravo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 59; *Micheeva*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *dies.* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 3; a. A. *Kratenko*, Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika 2008, Nr. 1, S. 65.

⁵⁶⁴ Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus, Urteil vom 13.03.2008 Nr. F08-1048/08, n. v., zitiert nach Consultant; *Mikrjukov*, Pravo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; vgl. *ders.*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 8, S. 40; *Ali*, Jurist 2015, Nr. 26, zitiert nach Consultant.

⁵⁶⁵ *Karapetov/Savel'ev*, Vestnik VAS RF 2012, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

⁵⁶⁶ Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 24.06.2010 Nr. 33-15630; Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus, Urteil vom 13.03.2008 Nr. F08-1048/08; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Mikrjukov*, Zakonodatel'stvo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *ders.*, Pravo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁵⁶⁷ Vgl. *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 5, S. 9; *Micheeva*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; a. A. *Malikov*, Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 3, S. 41 – Es gehe bei der Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild ausschließlich um ein zweiseitiges Rechtsgeschäft; so auch *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Autoreferat der Jur. Diss., S. 13; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 75.

⁵⁶⁸ *Šeljutto* in: Sadikov (Hrsg.), Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast', S. 282.

⁵⁶⁹ Vgl. *Mikrjukov*, Jurist 2013, Nr. 13, zitiert nach Consultant.

Für eine translative Übertragbarkeit des Rechts am eigenen Bild sprechen sich vor allem *Kolosov/Schwarz*⁵⁷⁰ aus. Sie stellen in ihrem Aufsatz klar, dass die Norm in Art. 152.1 ZGB RF veraltet sei und den Bedürfnissen des heutigen Umgangs mit menschlichen Bildern nicht entspreche.⁵⁷¹ Nach ihrer Ansicht sei das Recht am eigenen Bild ein reines Vermögensrecht,⁵⁷² das dem Rechtsinhaber die Gewinnerzielung durch Nutzung seiner Bilder ermögliche,⁵⁷³ indem er sein Recht durch die Erteilung ausschließlicher oder nicht ausschließlicher Lizenz überträgt.⁵⁷⁴ Was die ideellen Interessen des Abgebildeten angeht, fallen sie je nach Fall in den Schutzbereich anderer Rechte, etwa des Rechts auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs oder des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens.⁵⁷⁵

Dem kann man nicht zustimmen. Mit solchen Thesen riskieren diese Autoren, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Bei einer solchen Betrachtungsweise ist das Recht am eigenen Bild völlig frei übertragbar, ohne Rücksicht auf den ideellen Bereich des Betroffenen. Dies ist aber nicht der Fall.⁵⁷⁶ Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat ausdrücklich hervorgehoben, dass das Recht am eigenen Bild kein Immaterialgüterrecht im Sinne des vierten Teils des ZGB RF ist.⁵⁷⁷

Fraglich ist daher, ob auch eine sogenannte konstitutive Rechtsübertragung nach dem russischen Recht gesetzwidrig ist. *Grišaev/Nikolaeva* behaupten, dass Bilder von berühmten Sportlern und Prominenten von *show business* einen bedeutenden kommerziellen Wert aufweisen können. Darum seien Rechtsgeschäfte mit den Agenturen der Prominenten über die Übertragung der Rechte am eigenen Bild sehr verbreitet.⁵⁷⁸ So entscheidet beispielsweise über die Bildnutzung der Eishockeyspieler in der *National Hockey League* nicht jeder Einzelne, sondern die Gemeinschaft der Spieler der League.⁵⁷⁹

⁵⁷⁰ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 4 ff., Nr. 4, S. 38 ff., Nr. 5, S. 4 ff.; vgl. *Kostin*, *Jurist* 2014, Nr. 11, zitiert nach Consultant.

⁵⁷¹ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 4, S. 41 f.

⁵⁷² Ebd., S. 42 ff.

⁵⁷³ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 4 ff.

⁵⁷⁴ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 10 f.; vgl. *Položenceva/Mitjagin*, *Pravo intelektual'noj sobstvennosti* 2015, Nr. 1, S. 23 f.

⁵⁷⁵ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 4, S. 42 ff.

⁵⁷⁶ Vgl. *Trofimova*, *Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija*, S. 24; *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 13, zitiert nach Consultant.

⁵⁷⁷ Anweisung des Plenums des OG RF Nr. 10 vom 23.04.2019 „O primenenii časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 96 vom 06.05.2019, Punkt 34 Abs. 1; a. A. *Uskov*, *Reklamnye idej* 2000, Nr. 2, S. 91 – Der Abgebildete sei ein Inhaber eines verwandten Interpretenrechts.

⁵⁷⁸ Vgl. *Grišaev/Nikolaeva*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9, S. 59.

⁵⁷⁹ *Zykov*, *Sport: ekonomika, pravo, upravlenie* 2010, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

Die Arbeitsverträge, wie auch sonstige Verträge⁵⁸⁰ mit Sportlern in Russland enthalten oft die Bedingung, dass der Sportler die „ausschließlichen Rechte“ auf die Nutzung seines Namens, Bildes etc. in der Werbung sowie zu anderen Zwecken dem Arbeitgeber „überträgt“, ohne dass dafür extra gezahlt wird, wobei der Sportler selbst eine solche Nutzung nur mit Gestattung seines Arbeitgebers vornehmen darf.⁵⁸¹ Der Begünstigte erhält die Rechte, die davor nicht existierten, und kann sie überdies gegenüber einem Dritten durchsetzen. Die Rechtseinräumung richtet sich dabei nicht auf alle Bilder des Betroffenen, sondern nur auf diejenigen, die sein Image als Sportler prägen. Die Befugnisse, die die ideellen Interessen schützen, bleiben beim Rechtsinhaber. Darüber hinaus hat das OG RF jüngst festgelegt, dass die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild widerruflich ist.⁵⁸² Dies spricht gegen einen „Ausverkauf“ der Persönlichkeit.⁵⁸³

Einige Rechtswissenschaftler sehen solche Rechtsübertragungen als rechtmäßig an.⁵⁸⁴ So ziehen *Michailova*⁵⁸⁵ und andere russische Rechtswissenschaftler⁵⁸⁶ in Zweifel, ob die Nichtvermögensgüter im Sinne des 8. Kapitels ZGB RF in der heutigen Zeit aktiver Kommerzialisierung ihrer ursprünglichen Bestimmung überhaupt noch entsprechen, da einige davon als Waren betrachtet werden können, so dass sich ihre Rechtsnatur von der ideellen in die vermögensrechtliche transformiert hat. Auch *Slipčenko*⁵⁸⁷ behauptet, dass einige Persönlichkeitsrechte heute übertragbar sowie potentiell umsatzfähig seien und darum als

⁵⁸⁰ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

⁵⁸¹ Leitfaden für Personalfragen. Besonderheiten bei Arbeitsverhältnissen von Sportlern, Rechtsstand vom 23.01.2015, zitiert nach Consultant; vgl. *Ševčenko*, Sport: ekonomika, pravo, upravlenie 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Vostrikova/Poluchina*, Sovremennoe pravo 2013, Nr. 12, zitiert nach Consultant; *Opryško*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 11, S. 301 f.

⁵⁸² Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 49 Abs. 1; ausführlicher dazu s. unten Abschnitt C, Kapitel II, Unterkapitel 2, Buchstabe b, Unterbuchstabe dd „Die Widerruflichkeit der Einwilligung“.

⁵⁸³ Vgl. *Opryško*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 11, S. 302 f.

⁵⁸⁴ Vgl. *Ševčenko*, Sport: ekonomika, pravo, upravlenie 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 5, S. 11 ff.; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 24.

⁵⁸⁵ *Michajlova*, Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika 2012, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

⁵⁸⁶ Vgl. *Nochrina*, Peterburgskij Jurist 2017, Nr. 1 (14), S. 119; *Rovnyj*, Sibirskij Juridičeskij vestnik 2000, Nr. 3, S. 77; *Arzumanjan*, Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, S. 63; *Zacharenko*, Jurist 2016, Nr. 21, 17 ff., zitiert nach Consultant; *Opryško*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 11, S. 299; *Pokoreeva*, Pravo na izobraženie, abrufbar unter <<http://www.yurclub.ru/docs/civil/article319.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Gornev* in: Aleškovskij u. a. (Hgg.), Materialien zum internationalen jugendlichen Wissenschaftsforum „LOMONOSOV-2010“, abrufbar unter <https://lomonosov-msu.ru/archive/Lomonosov_2010/30.htm>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁵⁸⁷ *Slipčenko*, Civilist 2011, Nr. 2, S. 43 ff.

Vermögensrechte betrachtet werden könnten. *Trofimova*⁵⁸⁸ sowie *Nikolaeva*⁵⁸⁹ vertreten die Ansicht, dass das vermögenswerte Element des Rechts am eigenen Bild einem Verwerter gegen Entgelt übertragen werden könne, was dieses Recht nicht in ein Vermögensrecht umwandle. *Myskin*⁵⁹⁰ meint, dass einige Nichtvermögensgüter ihre nicht vermögenswerte Natur behielten, aber zugleich einen materiellen Wert erhielten. *Zatonskij/Slepenok*⁵⁹¹ heben ausdrücklich ein außerordentliches kommerzielles Potential des Rechts am eigenen Bild hervor.

Mithilfe solcher Verträge können tatsächlich insbesondere die Team-Sportler ihren Arbeitgeber das Entscheidungsrecht „übertragen“, ob und auf welche Weise ihre Bilder veröffentlicht und verwertet werden. Damit sie rechtmäßig sind, müssen die Rechtsinhaber allerdings davon in Kenntnis gesetzt werden, welche seiner Bilder genutzt sein sollen, etwa unmittelbar vor einem Wettkampf hinsichtlich einschlägiger Bilder. Andernfalls, wenn die Sportler auf seine Entscheidungsfreiheit über Bildveröffentlichung pauschal verzichten, liegt eine solche vertragliche Bindung an der Grenze der konstitutiven zur translativen Rechtsübertragung. *Ševčenko*⁵⁹² sowie *Mikrjukov*⁵⁹³ halten solche Verträge zu Recht für gesetzwidrig.

Die freiwillige vertragliche Bindung des Abgebildeten über die Bildveröffentlichung wird in der russischen Rechtsprechung nicht als Rechtsübertragung betrachtet.⁵⁹⁴ Der Einwilligungsempfänger erhält das „Recht“,⁵⁹⁵ in das Recht am eigenen Bild des Betroffenen hinsichtlich bestimmter Abbildungen einzugreifen.⁵⁹⁶ Es handelt sich dabei im Grunde um eine schuldrechtliche Gestattung. In einem jungen Urteil des Stadtgerichts St. Petersburg vom

⁵⁸⁸ *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 24.

⁵⁸⁹ *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Autoreferat der Jur. Diss., S. 14 und 20; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 20 und 54.

⁵⁹⁰ *Myskin*, Bračnyj dogovor v sisteme rossijskogo častnogo prava, 2. Kapitel, § 3, zitiert nach Consultant; vgl. *Malikov*, Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 3, S. 41.

⁵⁹¹ *Zatonskij/Slepenok* in: Krasovskaja (Hrsg.), Molodoj učenyj: vyzovy i perspektivy, der Sammelband der Aufsätze nach den Materialien zur IX. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 147 f.

⁵⁹² *Ševčenko*, Sport: èkonomika, pravo, upravlenie 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant; vgl. Leitfaden für Personalfragen. Besonderheiten bei Arbeitsverhältnissen von Sportlern, Rechtsstand vom 23.01.2015, zitiert nach Consultant.

⁵⁹³ *Mikrjukov*, Zakonodatel'stvo i èkonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁵⁹⁴ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Beschluss vom 30.06.2011 im Verfahren Nr. 33-14990; Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus, Urteile vom 29.09.2008 Nr. F08-5690/2008 im Verfahren Nr. A53-16736/2006-C2-8 und vom 13.03.2008 Nr. F08-1048/08; von der Beantwortung dieser Frage Abstand genommen z. B. Arbitragegericht des Kreises Moskau, Urteil vom 19.11.2008, Nr. KG-A40/8332-08 im Verfahren Nr. A40-26824/07-27-240; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.12.2012 im Verfahren Nr. 11-25520; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁵⁹⁵ Vgl. *Kostin*, Jurist 2014, Nr. 11, zitiert nach Consultant.

⁵⁹⁶ Vgl. *Zacharenko*, Jurist 2016, Nr. 21, 17 ff., zitiert nach Consultant.

27.07.2017⁵⁹⁷ wurde ausdrücklich geäußert, dass das Image des Sportlers kein Objekt des Immaterialgüterrechts ist und nicht von der Person getrennt verwertet werden kann.

Es ist deshalb daran festzuhalten, dass das Recht am eigenen Bild wie alle anderen Persönlichkeitsrechte gemäß Art. 150 Punkt 1 ZGB RF unveräußerlich und nicht anderweitig übertragbar, d. h. verkehrsunfähig ist.⁵⁹⁸ Die Einwilligung i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF als konstitutive Rechtsübertragung ist dementsprechend abzulehnen.

Somit kann der Abgebildete nach russischem Recht eine einseitige Einwilligung erteilen oder den Eingriff in sein Recht am eigenen Bild durch einen Vertrag ohne Rechtsübertragung erlauben. In beiden Fällen handelt es sich um ein Rechtsgeschäft.

b) Die Einwilligung gemäß Art. 152.1 ZGB RF im Rechtsverkehr

aa) Die Erklärung der Einwilligung

Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild muss geäußert und dementsprechend empfangen werden.⁵⁹⁹ Die Regeln des ZGB RF über die Formen der Rechtsgeschäfte finden Anwendung.⁶⁰⁰

Eine ausdrückliche Einwilligungserklärung ist schriftlich und mündlich⁶⁰¹ möglich,⁶⁰² es sei denn, die Form ist gesetzlich festgelegt.⁶⁰³ Beispielsweise fordern einige spezielle Gesetze

⁵⁹⁷ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

⁵⁹⁸ Arbitragegericht des Kreises Moskau, Urteil vom 19.11.2008, Nr. KG-A40/8332-08 im Verfahren Nr. A40-26824/07-27-240, n. v., zitiert nach Consultant; *Seljutto* in: Sadikov (Hrsg.), *Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast'*, S. 282; *Braginskij/Suchanov/Jarošenko*, *Chosjajstvo i pravo* 1995, Nr. 5, S. 4; *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), *Rossijskoe graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 887; *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 46; *Kostin*, *Graždanskoe pravo* 2012, Nr. 3, S. 18 f.; *Kostjuk*, *Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii*, S. 8.

⁵⁹⁹ Vgl. *Višnepol'skaja*, *Chosjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9 (440), S. 71.

⁶⁰⁰ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 46 Abs. 2; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016; Gebietsgericht des Gebiets Lipeck, Appellationsbeschluss vom 19.07.2017 im Verfahren Nr. 33-2664/2017; *Ėrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 11; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 12.

⁶⁰¹ Das Vorliegen einer mündlichen Einwilligung wurde verneint z. B. von Obersten Gericht der Republik Baškortostan, Appellationsbeschluss vom 07.07.2016 im Verfahren Nr. 33-11835/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁰² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35361), vom 30.04.2013 (Verfahren Nr. 11-8192), vom 04.12.2012 (Verfahren Nr. 11-25520); das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Byčkov*, *Jurist* 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant; vgl. *Mikrjukov*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; a. A. *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 12 f. - Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild solle nur in der schriftlichen Form erfolgen; so auch *Nikolaeva*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 6, S. 8.

⁶⁰³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des

über die Wahlverhältnisse eine schriftliche Form der Einwilligung zur Nutzung von Personenbildern in den Wahlunterlagen.⁶⁰⁴

Darüber hinaus kann die Einwilligungserklärung konkludent erfolgen, wenn der Abgebildete durch sein Verhalten zum Ausdruck bringt, dass er mit Bewusstsein aller Umstände in die Bildanfertigung und weitere Veröffentlichung einwilligt,⁶⁰⁵ etwa posiert einem Fotografen⁶⁰⁶ oder nimmt an einer Videodrehung⁶⁰⁷ sowie einem Interview⁶⁰⁸ teil.

Die Veröffentlichung des Bildes des Bürgers, einschließlich selbst vom ihm unternommene Einstellung ins Internet, sowie die öffentliche Zugänglichkeit des Bildes bedeute, so das OG RF,⁶⁰⁹ nicht ohne Weiteres die Befugnis jedes Drittes, ein solches Bild einwilligungsfrei anzuwenden, es sei denn, die Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3

I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 46 Abs. 2; *Micheeva*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; vgl. *Viničenko* in: Rožkova (Hrsg.), Problemy registracii prav, fiksacii i udostoverenija juridičeskich faktov graždanskogo prava, zitiert nach Consultant.

⁶⁰⁴ Föderales Verfassungsgesetz vom 28.06.2004 Nr. 5-FKZ „O referendum Rossijskoj Federacii“ (Über das Referendum der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 137-d vom 30.06.2004, Art. 60 Punkt 9; Föderales Gesetz vom 12.06.2002 Nr. 67-FZ „Ob osnovnych garantijach izbiratel'nych prav i prava na učastie v referendum graždan Rossijskoj Federacii“ (Über die Hauptgarantien der Wahlrechte und des Rechts auf Teilnahme am Referendum der Bürger der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 106 vom 15.06.2002, Art. 48 Punkt 9.3; vgl. *Mikrjukov*, Zakonodatel'stvo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁶⁰⁵ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 46 Abs. 2; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 10.07.2012 Nr. 33-8883/2012; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 18.09.2012 im Verfahren Nr. 33-6901; Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 28.06.2011 (Verfahren Nr. 33-16560) und vom 18.04.2011 (Verfahren Nr. 33-11153); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁰⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 30.03.2017 (Verfahren Nr. 33-7692/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-9075/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens vor dem Präsidium des Stadtgerichts Moskau abgelehnt) und vom 20.11.2012 (Verfahren Nr. 11-27491); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.06.2011 im Verfahren Nr. 33-16560; Regionsgericht der Region Chabarovsk, Appellationsbeschluss vom 14.10.2015 im Verfahren Nr. 33-6381/2015; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 75 f.

⁶⁰⁷ Gebietsgericht des Gebiets Čelyabinsk, Appellationsbeschluss vom 29.09.2016 im Verfahren Nr. 11-13647/2016; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.06.2012 im Verfahren Nr. 11-11101; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.06.2011 im Verfahren Nr. 33-16560; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁰⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 02.08.2017 (Verfahren Nr. 33-26997/2017), vom 30.04.2013 (Verfahren Nr. 11-8192), vom 04.12.2012 (Verfahren Nr. 11-25520), vom 16.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35361), vom 04.12.2012 (Verfahren Nr. 11-25520), vom 22.05.2014 (Verfahren Nr. 33-15457) und vom 20.06.2014 (Verfahren Nr. 33-22156); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.06.2011 im Verfahren Nr. 33-16560; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Malein*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 61; *Golovanov*, Žurnalist 2008, Nr. 5, S. 92.

⁶⁰⁹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 2; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 08.06.2017 im Verfahren Nr. 11-6412/2017.

sind einschlägig. Auf die anstoßerregenden Gerichtsurteile⁶¹⁰ hin hat das OG RF hervorgehoben, dass in solchen Fällen das Erfragen der Einwilligung erforderlich bleibt.⁶¹¹ Die Umstände der Einstellung des Bildes ins Internet können aber auf die Erteilung der Einwilligung hindeuten, etwa gemäß den Bedingungen einiger Internet-Seiten.⁶¹² Nach den Nutzungsbestimmungen des populären russischen sozialen Netzwerks „Vkontakte“ willigen die Nutzer durch Hochladen der Fotos von sich selbst nicht in ihre weitere freie Verbreitung durch andere Internetnutzer ein, wenn auch sie dies mit Bewusstsein einer solchen technischen Möglichkeit tun.⁶¹³ Eine solche Einstellung ins Internet wandelt die Personenbilder auch nicht in die öffentlich zugänglichen personenbezogenen Daten.⁶¹⁴

Schweigen gilt gemäß Art. 158 Punkt 3 ZGB RF nur dann als Willenserklärung, wenn dies gesetzlich oder in einem Vertrag vorgesehen ist. Außerdem stellt nach Art. 438 Punkt 2

⁶¹⁰ S. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Tomsk, Appellationsbeschluss vom 26.07.2013 im Verfahren Nr. 33-2211/2013 – Das Hochladen der Abbildungen in ein soziales Netzwerk wandelt diese in öffentlich zugängliche; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.03.2012 im Verfahren Nr. 11-2538 - Durch das Hochladen eines Fotos von sich selbst in ein soziales Netzwerk habe der Kläger gegenüber anderen Nutzern konkludent erklärt, dass er seine Veröffentlichung gestattet und es zur öffentlichen Diskussion bietet; aber auch nach der Anweisung des OG RF s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 27.07.2018 im Verfahren Nr. 33-12212/2018; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.08.2016 im Verfahren Nr. 33-31523/2016; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 17.12.2015 Nr. 33-20491/2015 - Die Einstellung des Bildes ins Internet wandelt dieses in ein öffentlich zugängliches; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶¹¹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 2; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 24.04.2017 (Verfahren Nr. 33-12745/2017), vom 18.11.2016 (Verfahren Nr. 33-45913/2016), vom 08.07.2016 (Verfahren Nr. 33-26367) und vom 30.03.2016 (Verfahren Nr. 33-11169/2016); Elftes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 09.02.2017 im Verfahren Nr. A49-5389/2016; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 31.03.2016 Nr. 33-6123/2016 im Verfahren Nr. 2-4903/2015; das Oberste Gericht der Republik Karelien, Appellationsbeschluss vom 25.12.2015 im Verfahren Nr. 33-4373/2015; s. a. vor der Anweisung des OG RF z. B. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 02.06.2015 im Verfahren Nr. 33-8578/2015; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 02.07.2014 im Verfahren Nr. 33-4037/2014; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.05.2014 im Verfahren Nr. 33-10787; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶¹² Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 3; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Lipeck, Appellationsbeschluss vom 19.07.2017 im Verfahren Nr. 33-2664/2017 – eine konkludente Einwilligung bejaht nach den Bedingungen der Internet-Seite für die Sex-Bekanntheit <www.sex-znakomstva.ru>; vgl. Zweites Kassationsgericht, Beschluss vom 14.05.2020 im Verfahren Nr. 88-11641/2020; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶¹³ S. die Schutzvorschriften hinsichtlich der Informationen über die Nutzer der Internet-Seite „Vk.com“ (die Fassung vom 28.02.2020), Punkt 2.1, Abs. 4, abrufbar unter <<https://vk.com/privacy>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁶¹⁴ Soldatova, Lex Russica 2020, Nr. 2, zitiert nach Garant; OG RF, Beschluss vom 29.01.2018 Nr. 305-KG17-21291 im Verfahren Nr. A40-5250/2017; Neuntes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 27.07.2017 Nr. 09AP-31744/17 im Verfahren Nr. A40-5250/17; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; ausführlicher zu personenbezogenen Daten s. Abschnitt C, Kapitel III, Unterkapitel 2, Buchstabe g, Unterbuchstabe bb „Die Erhebung personenbezogener Daten nach dem Föderalen Gesetz vom 27.07.2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“.

ZGB RF Schweigen keine Annahme dar, es sei denn, es folgt etwas anderes aus dem Gesetz, Geschäftsbräuchen oder einer vorherigen Vereinbarung. Es lässt sich nicht ohne Weiteres von der konkludenten Einwilligung in die Veröffentlichung einer Fotoaufnahme in einer Zeitung ausgehen, wenn das Objekt die Bildherstellung bloß geduldet hat.⁶¹⁵

Aus Gründen der Rechtssicherheit ist eine schriftliche Einwilligung vorzuziehen.⁶¹⁶ Die Einwilligung nach Art. 152.1 ZGB RF wird üblicherweise vor dem Eingriff in das Recht am eigenen Bild erteilt und nur ausnahmsweise in Einzelfällen danach,⁶¹⁷ wobei im letzteren Fall die Handlung bis dahin rechtswidrig erfolgt.⁶¹⁸

bb) Der Inhalt der Einwilligung

Eine Einwilligung nach Art. 152.1 ZGB RF kann inhaltlich, räumlich oder zeitlich begrenzt werden.⁶¹⁹ Beispielsweise kann der Abgebildete den Umfang seiner Einwilligung inhaltlich soweit begrenzen, dass sie ausschließlich zur Veröffentlichung ohne weitere Nutzung seiner Bilder bestimmt ist,⁶²⁰ oder nur bestimmte Veröffentlichungsarten⁶²¹ abdeckt, mögliche

⁶¹⁵ Gericht des Stadtbezirks Leninskij der Stadt Kursk, Urteil vom 11.08.2009, n. v., zitiert nach *Mikrjukov*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁶¹⁶ *Mazaev*, *Gosudarstvennaja služba* 2016, Nr. 6 (104), S. 43; vgl. *Mikrjukov*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 13; *dies.*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 78.

⁶¹⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 26.04.2017 (Verfahren Nr. 33-16417/2017), vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746), vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242) und vom 26.09.2012 (Verfahren Nr. 11-23386); Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Samara, Beschluss vom 18.08.2011 Nr. 33-8654/2011, zitiert nach Garant; *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4 Abs. 1; *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 3; *dies.*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *Višnepol'skaja*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9 (440), S. 70.

⁶¹⁸ *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4 Abs. 1.

⁶¹⁹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 47 Abs. 1; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242); Gebietsgericht des Gebiets Kemerovo, Beschluss vom 18.01.2012 im Verfahren Nr. 33-14749; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus, Urteil vom 13.03.2008 Nr. F08-1048/08; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Omutninskij des Gebiets Kirov, Urteil vom 17.02.2011 im Verfahren Nr. 2-54/2011, abrufbar unter <<http://www.gcourts.ru/case/648911>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020; *Aksakov*, *Fachberatung durch Consultant* 2014; vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 22; *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

⁶²⁰ Regionsgericht der Region Perm', Appellationsbeschluss vom 23.11.2015 im Verfahren Nr. 33-12395/2015; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-39672; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶²¹ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.04.2019 im Verfahren Nr. 33-17319/2019), n. v., zitiert nach Consultant.

Veränderungen voraussetzt oder nur bestimmte Nutzungsarten erlaubt.⁶²² Besonders vorsichtig ist daher mit einer konkludent und mündlich erteilten Einwilligung umzugehen. Inhaltlich ist sie auf den Umfang und die Zwecke beschränkt, so das OG RF, die sich aus „einer tatsächlichen Situation ihrer Erklärung“ herleiten lassen.⁶²³ Mit anderen Worten ist der Zweck der Einwilligungserteilung im Auge zu behalten.⁶²⁴

Beispielsweise erfasst die Einwilligung zur Veröffentlichung einer Abbildung in einer bestimmten Zeitschrift nicht ihre weitere Verbreitung in einem anderen Kontext.⁶²⁵ Die Einwilligung in die Bildnutzung für Werbung von Mineralwasser erstreckt sich nicht auf Werbung von Wodka unter der gleichen Marke.⁶²⁶ Auf keinen Fall schließt die einem Zahnarzt erteilte Einwilligung in die Herstellung und wissenschaftliche Veröffentlichung von Zahnbildern die werbemäßige Nutzung von Gesichtsbildern ein, die das Erscheinungsbild vor und nach der Behandlung widerspiegeln.⁶²⁷

Auch die Bereitschaft, einem Fernsehsender ein Interview zu gewähren, erfasst zwar die weitere Bildveröffentlichung in diesem Fernsehsender im Rahmen eines bestimmten

⁶²² Vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 22; *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 3; *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 42.

⁶²³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 47 Abs. 2; s. a. Gebietsgericht des Gebiets Astrachan', Appellationsbeschluss vom 18.07.2018 im Verfahren Nr. 33-2736/2018, n. v., zitiert nach Garant; Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 17.04.2018 im Verfahren Nr. 33-4337/2018; Gebietsgericht des Gebiets Lipeck, Appellationsbeschluss vom 19.07.2017 im Verfahren Nr. 33-2664/2017; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35361), vom 30.04.2013 (Verfahren Nr. 11-8192) und vom 04.12.2012 (Verfahren Nr. 11-25520); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Micheeva*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant.

⁶²⁴ Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 27.01.2017 im Verfahren Nr. 11-1143/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-42340 – Die erteilte Einwilligung umfasse die Bildnutzung auf den Souvenirs, nicht aber auf dem Messestand; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Samara, Beschluss vom 18.08.2011 Nr. 33-8654/2011, n. v., zitiert nach Garant.

⁶²⁵ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-9880; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 16.05.2014 im Verfahren Nr. 33-6264/2014; das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 13.06.2013 im Verfahren Nr. 33-1126/2013; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude, Urteil vom 19.09.2011 im Verfahren Nr. 2-3740/2011, n. v.

⁶²⁶ *Kalinina*, abrufbar unter <<http://chelyabinsk.74.ru/text/gorod/13951.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁶²⁷ Das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; s. a. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.09.2016 im Verfahren Nr. 33-38539/2016, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.01.2017 Nr. 4g/2-0186/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.06.2016 im Verfahren Nr. 33-22522/2016 – Die erteilte Einwilligung umfasse die werbemäßige Bildnutzung; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Programms, nicht aber eine Ausstrahlung in Programmen anderer Fernsehsender.⁶²⁸ Anders hat das Stadtgericht Moskau 2019⁶²⁹ entschieden, wenn ein Bildschirmfoto von einem rechtmäßig gedrehten Interview von demselben Fernsehsender aber im Rahmen eines ganz anderen Programms karikiert und veröffentlicht wurde. Selbst wenn der Kläger seine Einwilligung zur Bildveröffentlichung ausschließlich im Programm „*Naedine so vsemi*“ erteilt hatte, hat das Gericht das Bildherausschneiden für weitere Veröffentlichung in einer karikierten Form im Rahmen des Programms „*Večernij Urgant*“ nicht beanstandet, weil der Beklagte alle „Nutzungsrechte“ hinsichtlich des streitigen Videointerviews erhalten habe, einschließlich seiner Bearbeitung und Nutzung von Fragmenten davon. Die persönlichkeitsrechtliche Natur des Rechts am eigenen Bild des Betroffenen wurde hier zu Unrecht missachtet.

Das Problem der generellen Einwilligung wird in der russischen Literatur nicht einheitlich behandelt. So meint *Mikrjukov*, dass von der abstrakt und allgemein erteilten Gestattung beliebige Nutzungsarten erfasst sind.⁶³⁰ *Tereščenko* ist der Ansicht, dass man in solchen Fällen von einer eingeschränkten Einwilligung ausgehen sollte, deren Inhalt den tatsächlichen Umständen des Einzelfalls zu entnehmen ist, auch wenn sie nicht bestimmt genug sind.⁶³¹ Da die Zweckbindung gemäß der Anweisung des OG RF⁶³² auch für die Einwilligung i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF von Bedeutung ist, läuft eine unbegrenzte Einwilligung der Rechtsnatur des Rechts am eigenen Bild entgegen und ist darum ausgeschlossen.

Die einschlägigen Vorschriften in 9. Kapitel § 2 über Ungültigkeit der Rechtsgeschäfte sind dabei anwendbar.

cc) Die Übertragung der Einwilligung

Die russische Literatur und Rechtsprechung liefern keine Angaben zu der Frage, ob der Empfänger eine ihm erteilte Einwilligung weiter übertragen darf. Ausgehend davon, dass der Abgebildete eine ganze Reihe von Möglichkeiten hat, sein Recht am eigenen Bild wahrzunehmen und allein bestimmt, welche Bilder wann und von wem veröffentlicht und

⁶²⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 22.05.2014 im Verfahren Nr. 33-15457, n. v., zitiert nach Consultant.

⁶²⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.01.2019 im Verfahren Nr. 33-1301/2019, n. v., zitiert nach Consultant.

⁶³⁰ *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁶³¹ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4 Abs. 2.

⁶³² Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 47 Abs. 2.

genutzt werden dürfen, ist anzunehmen, dass auch eine Übertragung der Einwilligung in seinem Belieben liegt.

Ob der Rechtsinhaber darüber hinaus einen Dritten, etwa seinen Arbeitgeber,⁶³³ bevollmächtigen kann, über die Veröffentlichung und Nutzung seiner Bilder zu entscheiden, wird von einem überwiegenden Teil der russischen Literatur⁶³⁴ sowie von der Rechtsprechung⁶³⁵ bejaht.

dd) Die Widerruflichkeit der Einwilligung

Die Widerruflichkeit der Einwilligung in die Bildnutzung wurde in der sowjetischen Literatur überwiegend verneint.⁶³⁶ Die Vertreter der gegenwärtigen Rechtswissenschaft meinen dagegen, dass die Unwiderruflichkeit der Einwilligung die Rechte des Abgebildeten wegen des feststehenden Rahmens, der keine Umstände des Einzelfalls berücksichtigen lässt, einengen würde.⁶³⁷

Das OG RF⁶³⁸ hat 2015 festgelegt, dass die nach Art. 152.1 ZGB RF erteilte Einwilligung zu jedem Zeitpunkt widerrufen werden könne. Auf das Widerrufsrecht kann man nicht verzichten, selbst wenn dies in einem Vertrag festgeschrieben werden könnte.⁶³⁹ Der Einwilligungsempfänger ist dabei berechtigt, den Ersatz des durch den Widerruf erwachsenen Schadens nach Art. 15 und 393 ff. ZGB RF zu fordern. Ob diese Forderung zu befriedigen ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab, insbesondere von der Entgeltlichkeit der

⁶³³ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4 Abs. 1; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 14.

⁶³⁴ *Faddeeva* in: Sergeev/Tolstoj (Hgg.), *Graždanskoe pravo*, S. 383; *Grišaev/Nikolaeva*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9, S. 63; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 19; *Lichačev*, *Graždanskoe pravo. Obščaja čast'*, S. 179; vgl. *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4 Abs. 1; a. A. *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), *Rossijskoe graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 891.

⁶³⁵ Gebietsgericht des Gebiets Samara, Beschluss vom 18.08.2011 Nr. 33-8654/2011, n. v., zitiert nach Garant.

⁶³⁶ *Suchoverchij*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan v sovetskom graždanskom prave*, S. 13; so auch *Krasavčikova*, *Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona*, S. 87; *dies.* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR*, S. 98; vgl. *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentarij k GK RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 753.

⁶³⁷ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 22; vgl. *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 13, zitiert nach Consultant – Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild sei widerruflich, nur wenn sie unentgeltlich erteilt wurde; *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 20 – Die Einwilligung sei nur ausnahmsweise widerruflich, falls ein Missbrauch vorkomme.

⁶³⁸ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 49 Abs. 1; kritisch dazu *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 20.

⁶³⁹ Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 06.06.2017 im Verfahren Nr. 11-7320/2017, n. v., zitiert nach Garant.

Einwilligungserteilung.⁶⁴⁰ So hielt das Stadtgericht St. Petersburg einen missbräuchlichen Widerruf der Einwilligung in die werbemäßige Bildnutzung für Schikane, so dass der Anspruch auf den Schadensersatz bei seiner möglichen Erhebung begründet sein wäre.⁶⁴¹

Die Klageerhebung als solche bedeutet keinen Widerruf der Einwilligung, dieser muss davor wirksam erfolgen.⁶⁴² Das Gleiche gilt für die Einwilligung des Arbeitnehmers im Falle seiner Kündigung.⁶⁴³

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Der deutsche und russische Gesetzgeber bedient sich häufig in den unterschiedlichen Kontexten des Begriffs der „Einwilligung“. In jeder einzelnen Rechtsnorm hat sie aber einen eigenen Gehalt und kann daher nicht generell definiert und geregelt werden. Dementsprechend wird die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild in beiden Rechtsordnungen gesondert behandelt.

Nach der herrschenden Meinung in der deutschen Literatur ist die Einwilligung gemäß § 22 KUG ein negatives Tatbestandsmerkmal. In der russischen Rechtswissenschaft wird auf diese Frage nicht eingegangen.

Seiner Rechtsnatur nach stellt die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild in beiden Rechtsordnungen ein Rechtsgeschäft dar, so dass die entsprechenden Rechtsvorschriften anwendbar sind. In Russland kann der Abgebildete entweder eine einseitige Einwilligung erteilen oder die Bildveröffentlichung schuldvertraglich gestatten, ohne sein Recht am eigenen Bild zu übertragen. Das deutsche Recht, in dem die Bildkommerzialisierung im Vergleich zum russischen Recht weiter geht,⁶⁴⁴ bietet dem Rechtsinhaber darüber hinaus die Möglichkeit, mittels einer konstitutiven Rechtsübertragung dem Einwilligungsempfänger ein Tochterrecht zu verschaffen.

⁶⁴⁰ Vgl. *Mikrjukov*, Jurist 2013, Nr. 13, zitiert nach Consultant; *Nikolaeva*, Trudy molodych učenych Altajskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, 2. Band, Nr. 12, S. 160; *Malikov*, Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 3, S. 41.

⁶⁴¹ Vgl. Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁴² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 02.03.2017 (Verfahren Nr. 33-7516/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 05.06.2017 Nr. 4g/2-5965/17 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 16.06.2016 (Verfahren Nr. 33-22522/2016); Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 27.01.2017 im Verfahren Nr. 11-1143/2017; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁴³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.03.2017 im Verfahren Nr. 33-7516/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 05.06.2017 Nr. 4g/2-5965/17 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; vgl. Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁶⁴⁴ S. unten Abschnitt C, Kapitel IV, Unterkapitel 3 „Rechtsvergleichende Zusammenfassung“.

Somit wird das Recht am eigenen Bild in beiden Rechtsordnungen nach wie vor als ein unübertragbares Recht angesehen. Allerdings gewinnt diese Frage mehr und mehr an Bedeutung und sollte von der Rechtsprechung sowohl in Deutschland, als auch in Russland unter die Lupe genommen werden.

Die Einwilligung muss nach § 22 KUG sowie Art. 152.1 ZGB RF erklärt und empfangen werden. Dies kann nach russischem Recht in Einzelfällen nach dem Eingriff geschehen. Die Einwilligung gemäß § 22 KUG ist dagegen vorab zu erklären, sonst gilt sie als Verzicht auf die Rechtsfolgen der Handlung.

Abgesehen von den gesetzlichen Formvorschriften kann die Einwilligungserklärung schriftlich, mündlich oder konkludent erfolgen. Das bloße Hinnehmen der Bildherstellung reicht regelmäßig nicht, um das Vorliegen der Einwilligung zur Bildveröffentlichung zu bejahen. Im Zweifel wird eine schriftliche Einwilligung als beweiskräftigstes Argument dienen, so dass in Deutschland und Russland dazu geraten wird.

Hinsichtlich des freiwilligen Einstellens von Bildern ins Internet hat das OG RF die Instanzengerichte darauf aufmerksam gemacht, dass auch in solchen Situationen eine Einwilligung nach Art. 152.1 ZGB RF unerlässlich ist, was die vorherige uneinheitliche russische Rechtsprechung auf diesem Gebiet geordnet hat. Die deutschen Gerichte gehen von vornherein von der gleichen Regelung.

Wird eine Einwilligung erteilt, ist für ihren Umfang zu beachten, dass sie in beiden Rechtsordnungen inhaltlich, räumlich und zeitlich beschränkt werden kann und dabei am Zweck ihrer Erteilung gebunden bleibt. Wegen der Zweckbindung ist eine unbeschränkte Generaleinwilligung in beiden Ländern nicht möglich. Bei der Auslegung der Gestattung gelten die allgemeinen Vorschriften für rechtsgeschäftliche Willenserklärungen nach dem BGB und ZGB RF, wobei eine Anfechtung zulässig ist.

Eine Übertragung der erteilten Einwilligung an Dritte ist nach deutschem Recht bei einer entsprechenden vertraglichen Genehmigung vom Rechtsinhaber möglich. In der russischen Literatur wird diese Frage nicht erörtert. Es sind aber keine Gründe ersichtlich, die gegen eine solche Disposition des Abgebildeten sprechen würden, so dass sie als zulässig anzusehen ist. Eine Bevollmächtigung zur Ausübung des Rechts am eigenen Bild wird in beiden Rechtsordnungen für zulässig gehalten.

Ob eine Einwilligung nach § 22 KUG widerruflich ist, hängt von ihrer Art ab. Geht es um eine widerrufliche einseitige Einwilligung, so sagt ihr Name selbst, dass sie widerruflich ist. Eine gegenseitig erklärte Gestattung bindet den Rechtsinhaber. Trotzdem kann auch sie wegen des persönlichkeitsrechtlichen Charakters des Rechts am eigenen Bild widerrufen

werden, falls ein wichtiger Grund dafür vorliegt, wie beispielsweise eine gewandelte Überzeugung. Dies führt zur Ersatzpflicht des Vertrauensschadens zu Gunsten des Gestattungsempfängers, wenn die Einwilligung unwiderruflich erteilt wurde. Darüber hinaus ist die Entgeltlichkeit der Einwilligungserteilung gemäß § 22 KUG zu berücksichtigen. Erfolgt sie unentgeltlich, wird ihre Widerruflichkeit vermutet.

Anders als im deutschen Recht ist die Einwilligung nach Art. 152.1 ZGB RF ungeachtet ihrer Art frei widerruflich, wobei der Einwilligungsempfänger wegen des Widerrufs den Schadensersatz in Anspruch nehmen kann. Die differenzierte Herangehensweise im deutschen Recht scheint gut begründet und daher vorzugswürdig zu sein.

Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses bedeutet in beiden Ländern nicht automatisch den Widerruf der vom Arbeitnehmer erteilten Einwilligung.

III. Die Handlungsformen

1. Deutschland

a) Die Übersicht

Die Handlungen, deren Rechtmäßigkeit von der Einwilligung des Abgebildeten abhängt, sind nach § 22 KUG die „Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung“. Die Anfertigung und Vervielfältigung des Bildnisses sind wegen der urheberrechtlichen Entstehungsgeschichte der Vorschrift nicht erfasst.⁶⁴⁵ Die Auffangfunktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts schützt den Abgebildeten jedoch auch vor diesen Eingriffsformen.⁶⁴⁶

Bei all diesen Handlungen geht es allerdings zugleich um eine Datenverarbeitung im Sinne von Art. 4 Nr. 2 DS-GVO.⁶⁴⁷ Es stellt sich die Frage, ob das allgemeine Persönlichkeitsrecht von der DS-GVO nun verdrängt ist.⁶⁴⁸ Das OLG Köln hat in seiner Entscheidung vom 18.06.2018 zum Ausdruck gebracht, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht im Rahmen der Öffnungsklausel des Art. 85 DS-GVO weiterhin anwendbar bleibt.⁶⁴⁹ Dafür wird aber gefordert, dass die Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG als Rechtsnormen im Sinne des Art. 85 Abs. 1 GG angesehen werden.⁶⁵⁰

Nach der Meinung von *Lauber-Rönsberg* sei in diesem Fall den Unterschied zwischen dem zivilrechtlichen und verfassungsrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrecht nicht außer Acht zu lassen. Das zivilrechtliche Persönlichkeitsrecht gehe, genauso wie das KUG, der Verordnung vor, soweit es der Herbeiführung der praktischen Konkordanz zwischen Datenschutz und Äußerungs- und Kommunikationsfreiheit diene.⁶⁵¹ Seine verfassungsrechtliche Stütze finde es nun über Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG hinaus auch in Art. 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.⁶⁵²

In der Literatur wird aber mit Nachdruck vertreten, dass für die Herstellung von Fotografien der Art. 6 DS-GVO gelten soll.⁶⁵³ Dies ist aber nicht erwünscht, weil sodann ein

⁶⁴⁵ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 11.

⁶⁴⁶ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 10, 16; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 14 f.; vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 34.

⁶⁴⁷ *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 148.

⁶⁴⁸ *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (77).

⁶⁴⁹ OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018, ZD 2018, 434 (435); *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551 f.); *Müller*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), GRUR-Prax 2018, 383.

⁶⁵⁰ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (584).

⁶⁵¹ *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551 f.); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (380).

⁶⁵² *Lauber-Rönsberg*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551 f.)

⁶⁵³ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (584); *Dregelies*, AfP 2019, S. 299 (300); *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 148; *Hoeren*, Anmerkung zu OLG

einheitlicher Lebenssachverhalt, also das Fotografieren, Speicherung und die weitere Bildnisverbreitung bzw. öffentliche Zurschaustellung, in diesem Fall nach ganz verschiedenen Gesetzen zu beurteilen wäre.⁶⁵⁴ Darüber hinaus bliebe unklar, wieso die Bildnisanfertigung dem strengeren Maßstab der DS-GVO unterliegen soll, wenn sie im Vergleich zu der Bildnisveröffentlichung einen weniger gravierenden Eingriff darstellt.⁶⁵⁵ Die Bestimmung der Voraussetzungen, unter denen die bloße Bildnisherstellung verboten sein könnte, im KUG würde dieses Problem lösen. Solange der Gesetzgeber in diesem Bereich nicht tätig wird, darf man obige Stimmen nicht vernachlässigen, so dass die Beurteilung der Bildnisanfertigung nach Art. 6 DS-GVO in der vorliegenden Arbeit kurz dargestellt wird.

Dabei ist zu beachten, dass die Datenerhebung sowie die weiteren Verarbeitungsschritte durch natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten nach Art. 2 Abs. 2 Buchstabe c DS-GVO, wie bereits erwähnt, nicht unter Anwendung der Verordnung fallen. In diesem Fall kommt das allgemeine Persönlichkeitsrecht bzw. das KUG zur Anwendung.⁶⁵⁶ Die Haushaltsausnahme ist aber restriktiv auszulegen, so dass das Onlinestellen eines Bildnisses, durch die jedermann den Zugang erlangt, ist davon nicht gedeckt.⁶⁵⁷ Dies gilt auch hinsichtlich der sozialen Netzwerke, es sei denn, das Zugänglichmachen zielt auf eine geschlossene Familiengruppe,⁶⁵⁸ die sich nicht unbedingt auf nahe Verwandten einschränken muss.⁶⁵⁹

Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZD 2018, 434), ZD 2018, 435 (436); *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10 e; *Raji*, ZD 2019, 61 (62); a. A. *Benedikt/Kranig*, ZD 2019, 4 (6) – Plädieren für Landesgesetze.

⁶⁵⁴ Vgl. *Benedikt/Kranig*, ZD 2019, 4 (6).

⁶⁵⁵ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (584); vgl. *Müller*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), GRUR-Prax 2018, 383.

⁶⁵⁶ *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 154; vgl. *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10 c.

⁶⁵⁷ *Ehmann*, ZD 2020, 65 (66); *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 65; *Benedikt/Kranig*, ZD 2019, 4 (6); *Ernst* in: Paal/Pauly, DS-GVO, Art. 2, Rn. 21; *Dregelies*, AfP 2019, S. 299 (299); *Lauber-Rönsberg/Hartlaub*, NJW 2017, 1057 (1060); *Raji*, ZD 2019, 61 (62).

⁶⁵⁸ *Ehmann*, ZD 2020, 65 (66); *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 65.

⁶⁵⁹ *Ernst* in: Paal/Pauly, DS-GVO, Art. 2, Rn. 18; *Dregelies*, AfP 2019, S. 299 (299).

b) Die Verbreitung

Nach der herrschenden Meinung ist für die Definition von „Verbreitung“ § 17 UrhG heranzuziehen.⁶⁶⁰ Das Verbreitungsrecht ist demnach das Recht, „das Original⁶⁶¹ oder Vervielfältigungsstücke des Werkes der Öffentlichkeit anzubieten oder in Verkehr zu bringen“. Im Unterschied dazu ist das Merkmal „Öffentlichkeit“ für den Bildnisschutz nach dem ausdrücklichen Wortlaut § 22 Satz 1 KUG nicht konstitutiv.⁶⁶² Das bedeutet, dass die Überlassung des Bildnisses nur einzelnen Personen eine Rechtsverletzung darstellt.⁶⁶³

Für beide Arten der Verbreitung – Inverkehrbringen und Anbieten – ist es kennzeichnend, dass die Verfügungsgewalt über das Bildnis überlassen wird bzw. werden kann.⁶⁶⁴ Genau wegen der Verschaffung dieser Verfügungsgewalt an Dritte ist § 22 Satz 1 KUG so streng hinsichtlich der Anzahl von Personen bei der Übergabe.⁶⁶⁵

Da es bei der Verbreitung um „Vervielfältigungsstücke“ geht, können nur körperliche Gegenstände Objekte dieser Begehungsform sein.⁶⁶⁶ Eine unkörperliche Darbietung des Bildnisses ist keine Verbreitung, sondern eine Zurschaustellung.⁶⁶⁷ Es braucht nicht unbedingt einer Vervielfältigung, weil auch das Original allein verbreitet werden kann.⁶⁶⁸

Im heutigen digitalen Zeitalter kann man sich allerdings daran nicht streng halten, weil es unter Beachtung des Schutzzwecks des Kunsturhebergesetzes als geboten erscheint, den Online-Versand einer Bilddatei an eine dritte Person als eine Verbreitung zu qualifizieren.⁶⁶⁹

⁶⁶⁰ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.27; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, S. 215, Rn. 16; a. A. *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 22, Rn. 9.

⁶⁶¹ Unter dem „Original“ ist das Original eines Gemäldes oder einer anderen Wiedergabeform des Erscheinungsbildes einer Person und nicht das Erscheinungsbild selbst zu verstehen, vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 122.

⁶⁶² *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123 f.; *Schertz* in: *Löwenheim*, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 22; *Rixecker* in: *Münchener Kommentar zum BGB*, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 89; *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 22, Rn. 36.

⁶⁶³ OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 (536); LG Köln, Beschluss vom 21.08.2013, NJW-RR 2014, 537 (540); *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 298, *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123; *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 22, Rn. 9; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 16; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858.

⁶⁶⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 126.

⁶⁶⁵ *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 22, Rn. 9; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 126; *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 8.

⁶⁶⁶ OLG München, Urteil vom 26.06.2007, MMR 2007, 659 (659); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 125; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 16.

⁶⁶⁷ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.27; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 125.

⁶⁶⁸ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.27.

⁶⁶⁹ *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 102 f.; vgl. LG Frankfurt a. M., Urteil vom 26.09.2019, ZD 2020, 204; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 28.05.2015, MMR 2016, 482; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 04.03.2008, NJOZ 2008, 3545.

In diesem Fall ist der Abgebildete nicht mehr in der Lage, die weitere Verbreitung bzw. öffentliche Zurschaustellung seines Bildnisses zu kontrollieren.

Das Ziel der Verbreitung sowie ihre Entgeltlichkeit bleiben dabei ohne Belang.⁶⁷⁰ Gewisse Einschränkungen findet das Verbreitungsverbot, wenn es sich um eine Übergabe im Familienkreis oder in anderen Vertrauensbeziehungen handelt,⁶⁷¹ sowie in rechtlich geordneten Verfahren.⁶⁷² In diesen Fällen liegt eine Verbreitung i. S. v. § 22 KUG nicht vor.

c) Die öffentliche Zurschaustellung

Die öffentliche Zurschaustellung des Bildnisses findet in § 15 Abs. 2⁶⁷³ und § 18⁶⁷⁴ UrhG eine urheberrechtliche Parallele. Sie erfolgt, wenn das Bildnis für Dritte wahrnehmbar gemacht wird.⁶⁷⁵ Dies kann sowohl durch das Ausstellen eines Bildnisses im Schaufenster⁶⁷⁶ als auch im Film oder Fernsehen erfolgen.⁶⁷⁷ Auch die Einstellung des Bildnisses ins Internet⁶⁷⁸ bzw. die bloße Linksetzung auf eine fremde Website mit bildlichen Darstellungen eines Dritten⁶⁷⁹ wird von § 22 Satz 1 Alt. 2 KUG erfasst. Die junge Rechtsprechung des EUGH hinsichtlich der Erreichung eines neuen Publikums durch Verlinkung erscheint für den Bildnisschutz nicht anwendbar.⁶⁸⁰

Das ausschlaggebende Merkmal „öffentlich“ lässt sich mithilfe des § 15 Abs. 3 UrhG bestimmen.⁶⁸¹ Das Bildnis wird erst dann rechtsverletzend zur Schau gestellt, wenn es für eine

⁶⁷⁰ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 9; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 125; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.27; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858.

⁶⁷¹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 126 ff.; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 9; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858.

⁶⁷² LG Köln, Beschluss vom 21.08.2013, NJW-RR 2014, 537 (540); LG Oldenburg, Urteil vom 22.03.1990, AfP 1991, 652 (653); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 126 ff.; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 9; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 71.

⁶⁷³ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10.

⁶⁷⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123.

⁶⁷⁵ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.28.

⁶⁷⁶ LG Lübeck, Urteil vom 05.02.1987, AfP 1987, 721; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 298; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 125; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.28; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 37.

⁶⁷⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 125.

⁶⁷⁸ OLG Thüringer, Urteil vom 16.08.2000, AfP 2001, 78 (78); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10 a; *Lauber-Rönsberg*, NJW 2016, 744 (745); *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 54.

⁶⁷⁹ OLG München, Urteil vom 26.06.2007, MMR 2007, 659; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10; a. A. *Lauber-Rönsberg*, NJW 2016, 744 (748).

⁶⁸⁰ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 37; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10.

⁶⁸¹ LG Oldenburg, Urteil vom 22.03.1990, AfP 1991, 652 (653); LG Oldenburg, Urteil vom 21.04.1988, GRUR 1988, 694 (695) – „Grillfest“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123; *Wenzel*, Das Recht

Mehrzahl von Mitgliedern der Öffentlichkeit wahrnehmbar gemacht wird.⁶⁸² Es sei denn, dass es sich um einen bestimmt abgegrenzten Personenkreis handelt und diese Menschen durch gegenseitige Beziehungen oder durch Beziehung zum Bildnisverwerter persönlich untereinander verbunden sind, wie es z. B. in einer Vorlesung oder in einem Seminar der Fall ist.⁶⁸³ Für die persönliche Verbundenheit untereinander ist es nicht erforderlich, dass die Beziehungen familiärer oder freundschaftlicher Natur sind. Ein enger und gegenseitiger Kontakt reicht.⁶⁸⁴ Die Facebook-Freundschaften oder ähnliches beweisen diesen nicht ohne Weiteres.⁶⁸⁵ Gewerbsmäßigkeit⁶⁸⁶ und Entgeltlichkeit sind für den Tatbestand ebenso wie bei der Verbreitung nicht erforderlich.⁶⁸⁷ Bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung liegt keine Rechtsverletzung vor.⁶⁸⁸

d) Die Vervielfältigung

Das Vervielfältigungsrecht ist nach § 16 Abs. 1 UrhG das Recht, Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen, unabhängig davon, ob vorübergehend oder dauerhaft, in welchem Verfahren und in welcher Zahl. Eine Vervielfältigung ist gemäß § 16 Abs. 2 UrhG auch die Übertragung des Werkes auf Vorrichtungen zur Wiedergabe von Bild- oder Tonfolgen (Bild- oder Tonträger), unabhängig davon, ob es sich um die Aufnahme einer Wiedergabe des Werkes auf einen Bild- oder Tonträger oder um die Übertragung des Werkes von einem Bild- oder Tonträger auf einen anderen handelt.

der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.28; zweifelhaft *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10 a.

⁶⁸² *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.28. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 123; s. z. B. LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (173).

⁶⁸³ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 124; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.28; s. a. LG Oldenburg, Urteil vom 21.04.1988, GRUR 1988, 694 (695) – „Grillfest“ - Die öffentliche Zurschaustellung durch Herumzeigen bei Arbeitskollegen.

⁶⁸⁴ *Müsse*, Das Urheberpersönlichkeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Veröffentlichung und der Inhaltsmitteilung, S. 85.

⁶⁸⁵ *Lauber-Rönsberg*, NJW 2016, 744 (745); *Hildebrand*, ZUM 2016, 305 (305); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10 a.

⁶⁸⁶ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 37.

⁶⁸⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10 a; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 16.

⁶⁸⁸ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 80, 124; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 10 a; LG Oldenburg, Urteil vom 22.03.1990, AfP 1991, 652 (653); vgl. OLG Schleswig, Urteil vom 03.10.1979, NJW 1980, 352 (353) – Zwar sei die Vorführung der Videoaufnahme in der öffentlichen Hauptverhandlung eine Zurschaustellung i. S. v. § 22 KUG, sei dieses Verhalten jedoch nach § 24 KUG gerechtfertigt.

Es muss sich um körperliche Gegenstände handeln.⁶⁸⁹ Auf die Anzahl der gefertigten Stücke und ihre Dauerhaftigkeit kommt es nicht an.⁶⁹⁰ Ein einzelnes Werkexemplar kann in körperlicher Form nur von einem kleinen Kreis an Betrachtern wahrgenommen werden. Wenn das Werk vervielfältigt wird und seine Exemplare an die Öffentlichkeit gelangen, vergrößert sich dieser Kreis und damit die möglichen Einnahmen des Urhebers.⁶⁹¹ Deswegen ist das Vervielfältigungsrecht in erster Linie für den Urheber von Bedeutung.

Anders sieht es beim Abgebildeten aus. Solange sein Bildnis bloß vervielfältigt wird, werden seine Interessen nicht tangiert. Sie gewinnen erst dann an Bedeutung, wenn die Vervielfältigung des Bildes die Tatbestände der Verbreitung oder öffentlichen Zurschaustellung erfüllt.

Als Auffangrecht steht dem Betroffenen aber, wie bereits erwähnt, das allgemeine Persönlichkeitsrecht zur Verfügung.

e) Die Anfertigung

aa) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht

Unter einer Bildanfertigung sind alle Handlungen zu verstehen, mit denen das Bildnis auf einem Bild- oder Datenträger – wenn auch nur vorübergehend – festgehalten wird.⁶⁹² Diese Verfügungsgewalt über Personenabbildungen stellt eine Gefahr dar, weil sie weitere Persönlichkeitsbeeinträchtigungen ermöglicht.⁶⁹³ Die ursprünglich außerhalb von § 22 KUG zulässige Anfertigung eines Bildnisses hat im Zuge der technischen Entwicklung ihre Tragweite geändert.⁶⁹⁴ Angesichts der Notwendigkeit, einem Missbrauch des leicht verletzbar gewordenen Persönlichkeitsrechts⁶⁹⁵ vorzubeugen, herrscht Einigkeit darüber, dass die bloße

⁶⁸⁹ *Heerma* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, § 16, Rn. 4.

⁶⁹⁰ Ebd., Rn. 3.

⁶⁹¹ *Schulze* in: Dreier/Schulze, Urheberrechtsgesetz, § 16, Rn. 1.

⁶⁹² Vgl. *Sauren*, ZUM 2005, 425 (429).

⁶⁹³ *Hubmann*, JZ 1957, Nr. 17, 521 (525); vgl. *ders.*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 299; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 68; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 12; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 13; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 90; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 9; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.15; BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 (362).

⁶⁹⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 68; vgl. davor *Cohn*, Neue Rechtsgüter. Das Recht am eigenen Namen. Das Recht am eigenen Bilde, S. 45 f.

⁶⁹⁵ BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“; BGH, Urteil vom 13.10.2015, ZUM 2016, 359 (362).

Anfertigung eines Bildnisses ohne Einwilligung des Betroffenen sein allgemeines Persönlichkeitsrecht als Auffangtatbestand verletzen kann.⁶⁹⁶

Ob es sich dabei um einen generellen Schutz vor der Bildnisherstellung handelt, von der Ausnahmen nur in besonders begründeten Fällen gerechtfertigt sein können, ist umstritten.⁶⁹⁷ Für einen solchen Schutz scheint sich das BVerfG auszusprechen,⁶⁹⁸ wenn es ausführt, dass das Recht am eigenen Bild dem Einzelnen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten gewährleistet, „soweit es um die Anfertigung und Verwendung von Fotografien oder Aufzeichnungen seiner Person durch andere geht“.⁶⁹⁹

Nach der wohl herrschenden Meinung in der Literatur⁷⁰⁰ und Rechtsprechung⁷⁰¹ muss jedoch beim offenen Tatbestand des allgemeinen Persönlichkeitsrechts die übliche konkrete Güter- und Interessenabwägung stattfinden. Diesen Stimmen ist beizupflichten, zumal eine analoge Anwendung der Ausnahmeregeln in §§ 23, 24 KUG als obige „besonders begründete Fälle“ nicht möglich ist.⁷⁰² Einer solchen Analogie steht in erster Linie der strafrechtliche Bildnisschutz nach § 33 KUG entgegen,⁷⁰³ weil es unzulässig ist, Straftatbestände im Wege der Analogie zuungunsten eines Beschuldigten auszuweiten.⁷⁰⁴

⁶⁹⁶ BGH, Urteil vom 25.04.1995, NJW 1995, 1955 (1956); BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“; BGH, Urteil vom 10.05.1957, GRUR 1957, 494 (497) – „Spätheimkehrer“; KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1198); KG, Urteil vom 05.07.1979, NJW 1980, 894; OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.10.1998, NJW-RR 1999, 1699 – „Wachkomapatient“; LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (173); LG Frankfurt (Oder), Urteil vom 25.06.2013, ZUM-RD 2014, 701 (705); LG Oldenburg, Urteil vom 21.04.1988, GRUR 1988, 694 (695) – „Grillfest“; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 10, 16; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 14 f.; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 9; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 35; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.15; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 12; *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 12.

⁶⁹⁷ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 35; *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 25 f.

⁶⁹⁸ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 35.

⁶⁹⁹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (449) – „Caroline von Monaco“; BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (541); vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 13.07.1989, NJW-RR 1990, 1000 (1000); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 35; *Rehbinder*, Urheberrecht, Rn. 858; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 298.

⁷⁰⁰ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 73; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 12; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 10; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 15; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 74; vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 35.

⁷⁰¹ BGH, Urteil vom 25.04.1995, NJW 1995, 1955 (1957); KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1198); LG Oldenburg, Urteil vom 22.03.1990, AfP 1991, 652 (652); LG Oldenburg, Urteil vom 21.04.1988, GRUR 1988, 694 (695) – „Grillfest“.

⁷⁰² *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 74.

⁷⁰³ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 11; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 69; vgl. OLG Dresden, Urteil vom 31.07.2018, BeckRS 2018, 17722.

⁷⁰⁴ OLG Hamburg, Urteil vom 14.04.1972, NJW 1972, 1290.

Die Überlegung, dass die Anfertigung von Bildnissen in der Regel dann erlaubt ist, wenn die Verbreitung insbesondere gemäß § 23 KUG rechtmäßig ist,⁷⁰⁵ ist kaum überzeugend. Die Merkmale der Rechtmäßigkeit der Bildnispublikation in §§ 23 ff. KUG sind ungeeignet für die Bildnisherstellung. Im Zeitpunkt der Aufnahme ist es oft nicht klar, wie das Bildnis verwendet werden wird (z. B. von einem anderen Bild herauskopiert und vergrößert), in welchem Kontext, wenn überhaupt,⁷⁰⁶ es publizieren werden wird (z. B. mit einem anstößigen Begleittext) und ob es sich überhaupt um ein Bildnis i. S. v. KUG handeln wird.⁷⁰⁷

Deswegen lässt sich die Rechtswidrigkeit der Bildnisherstellung nur durch die Abwägung aller Umstände der Anfertigung im Einzelfall feststellen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dass im Interesse der Pressefreiheit, die nur bei möglichst umfassender Informationsbeschaffung gewährleistet ist, die Art und Weise der Beschaffung von Pressefotos nur ausnahmsweise als rechtswidrig angesehen werden kann.⁷⁰⁸ Dies ist beispielsweise bei der Ausnutzung von Heimlichkeit oder beharrlicher Nachstellung der Fall.⁷⁰⁹ Überdies stellt eine „Bildniserschleichung“, also ein heimliches Festhalten der äußeren Erscheinung einer Person in deren privaten Bereich in der Absicht der öffentlichen Verbreitung,⁷¹⁰ regelmäßig einen unzulässigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht dar.⁷¹¹

Es wird die Meinung vertreten, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht bereits mit der Anfertigung einer Bildaufnahme jedenfalls dann verletzt ist, wenn auch eine Verbreitung des Bildes in jedem nur denkbaren Kontext unzulässig sein würde.⁷¹² Andererseits können unter Umständen widerrechtlich erlangte Bildnisse rechtmäßig verbreitet werden.⁷¹³ Maßgeblich sind dabei wiederum die Pressefreiheit und das damit verbundene Erfordernis der Informationsbeschaffung zur Befriedigung des Informationsinteresses der Öffentlichkeit.⁷¹⁴

⁷⁰⁵ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.16; OLG Hamburg, Urteil vom 13.07.1989, NJW-RR 1990, 1000 (1000); OLG Karlsruhe, Urteil vom 01.10.1981, NSStZ 1982, 123; kritisch dazu KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1198).

⁷⁰⁶ BVerfG, Beschluss vom 24.07.2015, GRUR 2016, 311 (312).

⁷⁰⁷ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 75 ff.; OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2738); KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1198).

⁷⁰⁸ BGH, Urteil vom 24.06.2008, NJW 2008, 3134 (3137) – „Einkaufsbummel nach Abwahl“.

⁷⁰⁹ BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3138 (3140) – „Einkaufsbummel im Urlaub“; BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1376 (1377); LG Köln, Urteil vom 05.07.2017, BeckRS 2017, 117300, Rn. 45.

⁷¹⁰ BGH, Urteil vom 25.04.1995, NJW 1995, 1955 (1957); BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“; BGH, Urteil vom 10.05.1957, GRUR 1957, 494 (497) – „Spätheimkehrer“; OLG Frankfurt, Urteil vom 09.01.1958, GRUR 1958, 508 (509).

⁷¹¹ BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“; BGH, Urteil vom 10.05.1957, GRUR 1957, 494 (497) – „Spätheimkehrer“.

⁷¹² KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1199); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 76 f.; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 9.

⁷¹³ KG, Urteil vom 30.11.1999, NJW 2000, 2210 (2211); OLG Schleswig, Urteil vom 03.10.1979, NJW 1980, 352 (353); *Barnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 75.

⁷¹⁴ KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1198); vgl. OLG Brandenburg, Urteil vom 21.05.2012, ZUM 2013, 219.

Darüber hinaus ist die Bildnisanfertigung zu Beweis Zwecken in öffentlicher Gerichtsverhandlung zulässig.⁷¹⁵

bb) Die Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 6 DS-GVO

Die Erhebung und zugleich Speicherung der personenbezogenen Daten durch das Fotografieren ist gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a und b DS-GVO rechtmäßig, wenn die Einwilligung des Betroffenen vorliegt bzw. dies für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die abgebildete Person ist, erforderlich ist, etwa bei der vertraglichen Bindung mit einem Modell für eine Werbekampagne.⁷¹⁶ Fällt die Einholung der Einwilligung von mehreren Personen im öffentlichen Raum nur schwer, kommt hilfsweise Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO als eine andere Rechtsgrundlage zur Anwendung, die eine Abwägung der Interessen der Betroffenen und des Datenverarbeiters vorsieht.⁷¹⁷ Wie bereits oben gesagt,⁷¹⁸ sind dabei die Grundsätze der §§ 22, 23 KUG und die dazu ergangene Rechtsprechung in die Interessenabwägung einzubeziehen.

cc) Die anderen Vorschriften

Einen speziellen, auf das Recht am eigenen Bild eingehenden strafrechtlichen Schutz bietet § 201a StGB, dessen Verabschiedung als Reaktion auf die neuen technischen Möglichkeiten wie Zoom-Technik der Kameras, Fotohandys und anderer Geräte anzusehen ist,⁷¹⁹ die mit sogenannten „visuellen Lauschangriffen“⁷²⁰ drohen. Diese Norm wird unten⁷²¹ eingehend untersucht.

Darüber hinaus gibt es im deutschen Recht auch sonstige Fotografier- und Verbreitungsverbote, etwa § 169 Abs. 1 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach während einer Gerichtsverhandlung einschließlich der Verkündigung der Urteile und

⁷¹⁵ BVerfG, Beschluss vom 24.07.2015, GRUR 2016, 311; KG, Urteil vom 05.07.1979, NJW 1980, 894 – Eine Fotografie eines Kindes zum Beweis der Beschädigungen an einem Zaun; OLG Schleswig, Urteil vom 03.10.1979, NJW 1980, 352 - Die heimlichen Aufnahmen eines ungetreuen Angestellten beim Geldzählen zu Beweis Zwecken; OLG Hamburg, Urteil vom 13.07.1989, NJW-RR 1990, 1000 (1001) – Statthafte Fotoaufnahme der krankgeschriebenen Arbeitnehmerin beim Stadtbummel als Beweismittel für einen Arbeitgeber; LG Oldenburg, Urteil vom 22.03.1990, AfP 1991, 652 – Beweissicherung wegen des Räumungsrechtsstreits; vgl. aber OLG Hamm, Urteil vom 02.04.1987, NJW-RR 1988, 425 - Unzulässigkeit „eigenmächtiger Beweisverfolgungen“; s. dazu *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 34.

⁷¹⁶ *Krüger/Wiencke*, MMR 2019, 76 (78 f.); *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (580).

⁷¹⁷ *Dregelies*, AfP 2019, S. 299 (300); *Hoeren*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZD 2018, 434), ZD 2018, 435 (436).

⁷¹⁸ Abschnitt A, Kapitel II „Forschungsstand und Verhältnis zum Datenschutz“.

⁷¹⁹ *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 14; *ders.* in: *Löwenheim*, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 17.

⁷²⁰ *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 1.

⁷²¹ S. Abschnitt E, Kapitel I, Unterkapitel 2 „Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild“.

Beschlüsse Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts unzulässig sind.⁷²² Dieses Verbot erfasst nicht einfache Bildaufnahmen und gilt nur für den Gang der Hauptverhandlung.⁷²³ Fernsehaufnahmen in den Zeiten unmittelbar vor Beginn und nach Schluss der Verhandlung sowie während der Verhandlungspausen unterfallen der Sitzungspolizei des Vorsitzenden.⁷²⁴

Die anderen Beispiele sind § 109g StGB, §§ 93 ff. StGB, §§ 184 i. V. m. 11 Abs. 3 StGB, § 131 StGB, § 3 UWG etc.⁷²⁵ Nach *Helles*⁷²⁶ Meinung wird der Schutz gegen eine Bildnisanfertigung „in gewissem Umfang“ auch durch § 22 KUG im Zusammenhang mit anderen zivilrechtlichen Normen gewährt. Es geht dabei um die Möglichkeit des polizeilichen Einschreitens zur Verhinderung einer künftigen Straftat nach § 33 KUG⁷²⁷ und um den sich aus analoger Anwendung der §§ 12, 861, 1004 BGB ergebenden Unterlassungsanspruch⁷²⁸ bei der erstmaligen Begehungsgefahr eines Verstoßes gegen §§ 22 ff. KUG.⁷²⁹

2. Russland

a) Die Übersicht

Nach Art. 152.1 ZGB RF sind die „Veröffentlichung und weitere Nutzung“ als die Handlungen genannt, für deren Vornahme die Einwilligung des Abgebildeten erforderlich ist. *Prima facie* weckt eine solche Formulierung den Anschein, als ob die unbefugte Veröffentlichung ein unentbehrliches Indiz des Vorliegens der Rechtsverletzung wäre.⁷³⁰

⁷²² *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.21.

⁷²³ Ebd.

⁷²⁴ BVerfG, Beschluss vom 14.07.1994, NJW 1995, 184; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.21.

⁷²⁵ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 15; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.14.

⁷²⁶ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 69 ff.

⁷²⁷ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 70, 86 ff. – Es gehe hier nicht um Notwehr, da es „gegenwärtiger“ Angriff nach KUG (Verbreitung oder öffentliche Zurschaustellung) fehle, sondern um Gefahrenabwehr, für die das Vorhandensein der Rechtsverletzungsgefahr in überschaubarer Zukunft reiche; vgl. dazu BVerfG, Beschluss vom 24.07.2015, GRUR 2016, 311 (312) – Hierfür bedürfe es hinreichend tragfähiger Anhaltspunkte; bejaht z. B. von Oberverwaltungsgericht Lüneburg, Beschluss vom 19.06.2013, ZUM-RD 2014, 305 (305); Verwaltungsgericht Göttingen, Urteil vom 21.11.2012, ZUM-RD 2013, 490 (492); LG Saarbrücken, Beschluss vom 26.02.2013, BeckRS 2013, 04003.

⁷²⁸ Vgl. aber *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 34 - Die vorbeugende Unterlassungsklage sei nur bei unmittelbar bevorstehender Verbreitung begründet werden könne.

⁷²⁹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 69 ff.; s. a. OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2737 f.)

⁷³⁰ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 6; *ders.* in: Sergeev (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 431; *Veškurceva*, Aktual'nye problemy kopmpensacii moral'nogo vreda pri narušenii ličnych neimuščestvennych prav v seti internet i drugih informacionno-kommunikacionnych setjach, S. 28; verirrend z. B. *Volod'ko*, in: Aktual'nye issledovanija

Tatsächlich erfüllt beispielsweise allein die Nutzung des Bildes, das vorher von einem anderen veröffentlicht wurde, den Tatbestand des Art. 152.1 ZGB RF.⁷³¹ Das Gleiche gilt hinsichtlich der Nutzung eines nicht veröffentlichten Bildes.⁷³² Diese Schlussfolgerung wird vom OG RF bestätigt, indem er in seiner jüngsten einschlägigen Anweisung vom 23.06.2015 von der Veröffentlichung und Nutzung des Bildes des Bürgers spricht, ohne das Wort „weitere“ (Nutzung) mehr zu erwähnen.⁷³³

Zur Bestimmung obiger Handlungen sind die Vorschriften des 70. Kapitels ZGB RF, des „Urheberrechts“, behilflich,⁷³⁴ da es sich in Art. 152.1 ZGB RF um Begriffe handelt, die im Urheberrecht verwendet werden.⁷³⁵ Darüber hinaus wurde die Norm über Bildnisschutz ursprünglich vom Gesetzgeber in das Urheberrecht eingebettet. So zieht auch das OG RF für die Definition des Begriffs „Veröffentlichung“ des Bildes des Bürgers die urheberrechtliche Norm in Art. 1268 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF heran.⁷³⁶

Gemäß Art. 1270 Punkt 2 ZGB RF⁷³⁷ sind als Nutzungen eines Werkes insbesondere folgende Handlungen erfasst:

- die Vervielfältigung des Werkes (Nr. 1);
- die Verbreitung des Werkes durch Verkauf oder anderweitige Veräußerung des Originals oder dessen Vervielfältigungsstücken (Nr. 2);

studentov i aspirantov v oblasti humanitarnych, obščestvennych, juridičeskich i ekonomičeskich nauk, Materialien zur gesellschaftlichen wissenschaftlichen Veranstaltung „Studenčeskaja vesna – 2015“, S. 118.

⁷³¹ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 6; *ders.*, in: Sergeev (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 431.

⁷³² Vgl. *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 17 f.; *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Autoreferat der Jur. Diss., S. 13; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 18, 73; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-39672, n. v., zitiert nach Consultant.

⁷³³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44; vgl. OG RF, Entscheidung vom 07.12.2012 Nr. AKPI12-1475, n. v., zitiert nach Consultant.

⁷³⁴ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 1; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679, n. v., zitiert nach Consultant; so auch *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 21 ff.; *Poljakova/Kudrin*, Finansovye i buchgalterskie konsultacii 2013, Nr. 10, zitiert nach Consultant; vgl. *Aksakov*, Fachberatung durch Consultant 2014.

⁷³⁵ Vgl. *Grišae*v, Graždanin i pravo 2012, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *Gavrilov*, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnych pravach, Kommentar zu Art. 16, Punkt 1.

⁷³⁶ Anweisung des Plenums des OG RF, vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 1.

⁷³⁷ Gegen eine analogische Anwendung von Art. 1270 ZGB RF hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild schreitet *Gavrilov* ein, s. Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 17.

- die öffentliche Zurschaustellung⁷³⁸ des Werkes (Nr. 3);
- die Einfuhr des Originals oder von Vervielfältigungsstücken des Werkes zu Zwecken der Verbreitung (Nr. 4);
- der Verleih des Originals oder von Vervielfältigungsstücken des Werkes (Nr. 5);
- die öffentliche Darbietung⁷³⁹ des Werkes (Nr. 6);
- die Rundfunksendung (Nr. 7), Kabelsendung (Nr. 8) und Zwischenübertragung einer Rundfunk- oder Kabelsendung (Nr. 8.1);
- die Verarbeitung des Werkes (Nr. 9);
- das Zugänglichmachen zur allgemeinen Kenntnisnahme (Nr. 11).⁷⁴⁰

Für den Bildnisschutz bedeutet dies, dass die Einwilligung des Abgebildeten für die Veröffentlichung und weitere Nutzung des Bildes erforderlich ist, d. h. für seine Verbreitung (Art. 1270 Punkt 2 Nrn. 2, 4, 5 ZGB RF), öffentliche Zurschaustellung (Art. 1270 Punkt 2 Nrn. 3, 6, 7, 8, 8.1, 11 ZGB RF), Vervielfältigung (Art. 1270 Punkt 2 Nr. 1 ZGB RF) und Verarbeitung (Art. 1270 Punkt 2 Nr. 9 ZGB RF).

Die Abwehr gegen eine bloße Bildanfertigung fällt gemäß Art. 152.1 ZGB RF nicht in den Schutzbereich des Rechts am eigenen Bild.

b) Die Veröffentlichung

Analog zu Art. 1268 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF wird ein Bild veröffentlicht, wenn es erstmals im Wege einer Publikation, öffentlichen Zurschaustellung, öffentlichen Darbietung, Rundfunk- oder Kabelsendung oder auf jegliche andere Weise zur allgemeinen Kenntnisnahme zugänglich gemacht wird.⁷⁴¹ Solange es keine „allgemeine“ Kenntnisnahme gibt, gilt das Bild

⁷³⁸ Die russische Transkription „pokaz“.

⁷³⁹ Die russische Transkription „ispolnenie“.

⁷⁴⁰ Vgl. Art. 1270 Punkt 2 ZGB RF.

⁷⁴¹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 1; das Oberste Gericht der Republik Adygeja, Appellationsbeschluss vom 07.07.2017 im Verfahren Nr. 33-1127/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242); Gebietsgericht des Gebiets Kemerovo, Beschluss vom 18.01.2012 im Verfahren Nr. 33-14749; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 59; *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 21.

als unveröffentlicht.⁷⁴² Die Bildveröffentlichung liegt somit erst dann vor, wenn es für „beliebige dritte Personen“,⁷⁴³ also jedermann, zugänglich wird.

Unter der Publikation (Erscheinen) wird nach Art. 1268 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF das Inverkehrbringen von Vervielfältigungsstücken des Bildes in einer beliebigen materiellen Form in der Anzahl, die ausgehend vom Werkcharakter zur Befriedigung vernünftiger Bedürfnisse des Publikums ausreicht, verstanden.⁷⁴⁴ Auf sonstige oben genannte Formen der Bildveröffentlichung wird unten im Rahmen der öffentlichen Zurschaustellung eingegangen.

c) Die Verbreitung

Die Verbreitung des Werkes durch Verkauf oder anderweitige Veräußerung des Originals oder dessen Vervielfältigungsstücken (Art. 1270 Punkt 2 Nr. 2 ZGB RF), die Einfuhr zu Zwecken der Verbreitung (Art. 1270 Punkt 2 Nr. 4 ZGB RF) und der Verleih des Originals oder von Vervielfältigungsstücken des Werkes (Art. 1270 Punkt 2 Nr. 5 ZGB RF) lassen sich mit dem Sammelbegriff „Verbreitung“ erfassen.⁷⁴⁵ Gemeint sind dabei nur die körperlichen Gegenstände, da es in den obigen Normen um das Original oder weitere Vervielfältigungsstücke des Werkes geht.⁷⁴⁶ Die vorherige Vervielfältigung des Werkes ist keine Voraussetzung. Die Übergabe des Bildes einer einzelnen Person reicht.⁷⁴⁷ Dies folgt auch aus der Analogie zur Regelung über die Verletzung der Ehre und Würde des Menschen.⁷⁴⁸

⁷⁴² Pankeev, Mediaskop 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

⁷⁴³ Gavrilov, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnych pravach, Kommentar zu Art. 15, Punkt 11; Svečnikova, Avtorskoe pravo, S. 85; vgl. Jakuševa, Ličnye neimuščestvenye (moral'nye) prava avtora v Rossii i Germanii, S. 81.

⁷⁴⁴ Vgl. Art. 1268 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF.

⁷⁴⁵ Vgl. Gavrilov, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnych pravach, Kommentar zu Art. 16, Punkte 17 ff.

⁷⁴⁶ In Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF geht es um die „Verbreitung“ des Bildes des Bürgers im Internet, weil dies im Russischen eine übliche Redewendung geworden ist. Darunter wird allerdings die öffentliche Zurschaustellung des Bildes verstanden.

⁷⁴⁷ Das Oberste Gericht der Republik Komi, Appellationsbeschluss vom 20.06.2019 Nr. 33-3874/2019; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 08.05.2019 im Verfahren Nr. 33-2014/2019; vgl. Grišae, Èvoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 2, Privatleben, Abs. 9, zitiert nach Consultant; a. A. Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Beschluss vom 24.07.2012 im Verfahren Nr. 33-5373 – Die Übergabe den Medien der Videos, die anhand der Kameras in Treppenhaus der Abgebildeten hergestellt wurden, stelle keine Verletzung des Rechts am eigenen Bild nach Art. 152.1 ZGB RF dar; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. a. Kulinič, Molodij včeni, Nr. 12 (15), S. 269 f.

⁷⁴⁸ Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 7 Abs. 2 – Unter der Verbreitung der Angaben, die die Ehre und Würde des Bürgers oder den geschäftlichen Ruf des Bürgers und der juristischen Personen schmähen, ist die Mitteilung in irgendeiner Form, einschließlich der mündlichen, zumindest einer Person zu verstehen; so auch Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.08.2017 im Verfahren Nr. 33-26997/2017; Gebietsgericht des Gebiets Vologda, Appellationsbeschluss vom 21.05.2014 im Verfahren Nr. 33-

Bei der Bildverbreitung ist ausschlaggebend, dass ein Dritter die Verfügungsmacht über das Bild des Betroffenen erlangt. Darum ist nicht nur der Verleih⁷⁴⁹ des Werkes, der gemäß Art. 626 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF nur gegen Entgelt erfolgt, sondern auch analog die Leihe,⁷⁵⁰ die nach Art. 689 Punkt 1 ZGB RF unentgeltlich ist, das Erfragen einer Einwilligung des Abgebildeten erforderlich machen. Im Online-Bereich ist es davon auszugehen, dass durch die Weitergabe einer Datei mit der Abbildung einer Person an Dritte diese zugleich auch verbreitet wird, selbst wenn die Übergabe einer CD oder eines USB-Sticks in der Tat nicht stattfindet.

Die Einfuhr des Originals oder von Vervielfältigungsstücken des Werkes zu Zwecken der Verbreitung als solche, d. h. vor der Verbreitung, ist dagegen für den Abgebildeten eigentlich harmlos. Das Interesse daran hat in erster Linie der Urheber, da er entscheidet, ob man das Original oder Vervielfältigungsstücke seines Werkes, die im Ausland hergestellt wurden, in der Russischen Föderation verbreiten darf.⁷⁵¹

d) Die öffentliche Zurschaustellung

Die öffentliche Zurschaustellung des Werkes umfasst die Handlungen unter den Nummern 3, 6, 7, 8, 8.1 und 11 von Art. 1270 Punkt 2 ZGB RF und kann in folgenden Formen stattfinden:

- die öffentliche Zurschaustellung des Werkes, d. h. die beliebige Vorführung des Originalwerkes oder eines Vervielfältigungsstücks, unmittelbar oder auf einer Leinwand mittels Filmstreifen, Diapositiv, Fernsehbild oder sonstiger technischer Mittel sowie die unmittelbare oder mit technischen Mitteln erfolgte Vorführung einzelner Bilder eines audiovisuellen Werkes ohne Einhaltung deren Reihenfolge an einem öffentlich zugänglichen Ort oder einem Ort, an dem eine erhebliche Anzahl nicht zum gewöhnlichen Familienkreis gehörender Personen anwesend ist, unabhängig davon, ob das Werk am Ort seiner Vorführung oder gleichzeitig damit an einem anderen Ort wahrgenommen wird (Nr. 3);

- die öffentliche Darbietung des Werkes, d. h. die Vorstellung des Werkes live oder mit technischen Mitteln (Radio, Fernsehen u. a.) sowie die Zurschaustellung eines audiovisuellen Werkes (mit oder ohne Tonbegleitung) an einem öffentlich zugänglichen Ort oder einem Ort, an dem eine erhebliche Anzahl nicht zum gewöhnlichen Familienkreis gehörender Personen

2006/2014; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 422.

⁷⁴⁹ Die russische Transkription „prokat“.

⁷⁵⁰ Die russische Transkription „ssuda“.

⁷⁵¹ *Pankeev*, *Avtorskoe pravo dl'a žurnalistov*, S. 110; vgl. *Sudarikov*, *Avtorskoe pravo*, S. 154 f.

anwesend ist, unabhängig davon, ob das Werk am Ort seiner Vor- oder Zurschaustellung oder gleichzeitig damit an einem anderen Ort wahrgenommen wird (Nr. 6);

- die Rundfunksendung, d. h. das Zugänglichmachen des Werkes zur allgemeinen Kenntnisnahme im Hörfunk oder Fernsehen, mit Ausnahme einer Kabelsendung. Dabei wird unter Zugänglichmachen jegliche Handlung verstanden, durch welche das Werk der akustischen und/oder visuellen Wahrnehmung zugänglich wird, unabhängig von der tatsächlichen Wahrnehmung durch das Publikum (Nr. 7);

- die Kabelsendung, d. h. das Zugänglichmachen des Werkes zur allgemeinen Kenntnisnahme im Hörfunk oder Fernsehen über Kabel, Draht, optische Faser oder gleichartige Mittel (Nr. 8);

- die Zwischenübertragung, d. h. die Annahme und gleichzeitige Rundfunk- oder Kabelsendung einer vollen und unveränderten Rundfunk- oder Fernsehsendung oder ihres wesentlichen Teils, die von einer Organisation der Rundfunk- oder Kabelsendung übertragen wird (Nr. 8.1);

- das Zugänglichmachen zur allgemeinen Kenntnisnahme auf eine Weise, dass jeder jedenorts und jederzeit nach Belieben auf das Werk zugreifen kann (Nr. 11),⁷⁵² d. h. die Einstellung des Werkes ins Internet.⁷⁵³

Abgesehen von der allgemeinen Kenntnisnahme im Hörfunk können die entsprechenden Handlungen für die öffentliche Zurschaustellung des Bildes analog bestimmt werden. Das Merkmal „öffentlich“ ist dabei ausschlaggebend für die Bejahung des Eingriffs in das Recht am eigenen Bild. Unter Beachtung der Tatsache, dass Art. 152.1 ZGB RF dafür keine Angaben liefert, sind die Vorschriften des Urheberrechts wiederum heranzuziehen. Laut Art. 1270 Punkt 2 Nrn. 3 und 6 ZGB RF werden die einschlägigen Handlungen öffentlich vorgenommen, wenn man das Werk, also das Bild, im Fernsehen, Internet, an einem öffentlich zugänglichen Ort oder einem Ort, an dem eine erhebliche Anzahl nicht zum gewöhnlichen Familienkreis gehörender Personen anwesend ist, wahrnehmbar macht. Wer zu einem solchen Familienkreis gehört, entscheidet im Einzelfall das Gericht. Abzustellen ist dabei nicht auf familiäre Verbundenheit, sondern auf dauerhafte persönliche Beziehungen.⁷⁵⁴ Wie groß die Anzahl von

⁷⁵² Vgl. die Übersetzung von *Dietz*, GRUR Int. 2009, 205 (220).

⁷⁵³ *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2010, Nr. 4, S. 32; *Grišaev*, Graždanin i pravo 2012, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *Renkel'*, Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 8, S. 32; *Balašova*, Mediascope 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; vgl. *Kapitonova*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 9, S. 44.

⁷⁵⁴ *Kalyatin* in: Novoselova, Naučno-praktičeskij kommentarij sudebnoj praktiki v sfere zaščity intellektual'nych prav, Punkt 32 Abs. 2 f.; Anweisung des Plenums des OG RF Nr. 10 vom 23.04.2019 „O primenenii časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 96 vom 06.05.2019, Punkt 93 Abs. 2.

fremden Personen sein muss, um erheblich zu werden, bleibt offen. Das Vorzeigen des Personenbildes im Gerichts-⁷⁵⁵ sowie Ermittlungsverfahren⁷⁵⁶ als Beweismittel irgendeiner Rechtsverletzung wird in der russischen Rechtsprechung als nicht öffentlich angesehen.

Die Frage nach der bloßen Linksetzung auf Personenbilder Dritter wurde weder in der russischen Rechtsprechung noch in der Literatur bislang diskutiert.

e) **Die Vervielfältigung**

Nach Art. 1270 Punkt 2 Nr. 1 ZGB RF meint die Vervielfältigung des Werkes die Herstellung eines oder mehrerer Vervielfältigungsstücke des gesamten oder eines Teiles des Werkes in einer beliebigen materiellen Form, darunter in Form einer Ton- oder Videoaufzeichnung, die dreidimensionale Herstellung einer oder mehrerer Kopien eines zweidimensionalen Werkes sowie die zweidimensionale Herstellung einer oder mehrerer Kopien eines dreidimensionalen Werkes. Dabei gilt die Aufzeichnung eines Werkes auf einen elektronischen Datenträger, darunter die Speicherung in einem Computer, ebenfalls als Vervielfältigung. Eine Vervielfältigung liegt nicht vor, wenn eine kurzfristige Aufzeichnung eines Werkes vorübergehend oder zufällig erfolgt und einen integralen und wesentlichen Teil eines technologischen Prozesses darstellt, der die rechtmäßige Nutzung des Werkes als alleinigen Zweck hat, oder mithilfe dessen das Werk im Informations- und Telekommunikationsnetz von einem Informationsvermittler zwischen dritten Personen übergeben wird, vorausgesetzt, dass eine solche Aufzeichnung keinen selbständigen wirtschaftlichen Wert aufweist.⁷⁵⁷

Formell fällt die Bildvervielfältigung unter den Begriff der „Nutzung“ des Bildes. Allerdings ist die Vervielfältigung als solche ohne Außenwirkung für den Abgebildeten

⁷⁵⁵ Drittes Kassationsgericht, Beschluss vom 08.11.2021 im Verfahren Nr. 2-287/2021; Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 04.02.2019 im Verfahren Nr. 11-985/2019; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.07.2017 im Verfahren Nr. 33-25754/2017; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 22.04.2014 Nr. 33-5804/2014; Gericht des autonomen Kreises der Jamal-Nenzen, Appellationsbeschluss vom 12.03.2012 im Verfahren Nr. 33-546/2012; vgl. das Oberste Gericht der Republik Baškortostan, Appellationsbeschluss vom 19.06.2019 im Verfahren Nr. 33-11726/2019 – in solchen Fällen greife die Rechtseinschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF ein; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁵⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.04.2019 im Verfahren Nr. 33-17326/2019, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 19.07.2019 Nr. 4g/2-8971/2019 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁵⁷ Vgl. die Übersetzung von Dietz, GRUR Int. 2009, 205 (220).

harmlos,⁷⁵⁸ weil er infolge der bloßen Vervielfältigung die Kontrolle über sein Bild nicht verliert.

f) Die Verarbeitung

Unter der Verarbeitung des Werkes ist laut Art. 1270 Punkt 2 Nr. 9 ZGB RF die Schaffung eines abgeleiteten Werkes (Bearbeitung, Verfilmung, Arrangement, Inszenierung u. ä.) zu verstehen. In Zusammenhang mit dem Recht am eigenen Bild geht es nur um die Bearbeitung, also eine Veränderung der Personenbilder.⁷⁵⁹

Auch eine solche Handlungsform wird vom Begriff „weitere Nutzung“ erfasst,⁷⁶⁰ so dass sie erst mit der Genehmigung des Abgebildeten durchgeführt werden darf.⁷⁶¹ Sie gewinnt gleichfalls wie bei der Vervielfältigung erst in Zusammenhang mit der Veröffentlichung, Verbreitung oder öffentlichen Zurschaustellung des manipulierten Bildes an Bedeutung, weil die Bewahrung der Authentizität und Objektivität des Personenbildes in der Öffentlichkeit, nach der herrschenden Meinung in der russischen Literatur,⁷⁶² in den Schutzbereich des Rechts am eigenen Bild fällt.

Die Regelung in Art. 152.1 ZGB RF gibt dem Abgebildeten die Befugnis, selbst zu entscheiden, ob und wie ein konkretes Bild veröffentlicht werden darf. Es kommt allein auf seinen Willen an, ob er eine nicht authentische Abbildung der Öffentlichkeit preisgeben möchte. Entspricht das Bild des Bürgers infolge der Bearbeitung seiner wirklichen Erscheinung nicht mehr, steht dem Abgebildeten die Möglichkeit zu, unter Umständen gegen eine

⁷⁵⁸ Vgl. *Poljakova/Kudrin*, *Finansovye i buchgalterskie konsultacii* 2013, Nr. 10, zitiert nach Consultant – Die Druckerei verletze das Recht am eigenen Bild des Betroffenen nicht, wenn sie in Auftrag einer anderen Person die Personenabbildungen nur vervielfältigt.

⁷⁵⁹ Vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.08.2013 im Verfahren Nr. 11-19242; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 3.

⁷⁶⁰ Vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 166 f., 193.

⁷⁶¹ Vgl. *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 432; *ders.* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8; *Morgunova* in: *Poguljaev* (Hrsg.), *Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“*, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant; *Pokoreeva*, *Pravo na izobraženie*, abrufbar unter <<http://www.yurclub.ru/docs/civil/article319.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; a. A. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Autoreferat der Jur. Diss.*, S. 28.

⁷⁶² *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 5 Abs. 2; *ders.* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 432; *Zajceva*, *Zakonodatel'stvo* 2017, Nr. 8, S. 39; *Arzumanjan*, *Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki* 2016, Nr. 5, S. 62; vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 25 f.; *Morgunova* in: *Poguljaev* (Hrsg.), *Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“*, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant; *Belov*, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, S. 10.

Bildveröffentlichung einzuschreiten, auch wenn eine der Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild nach Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF eingreifen darf, es sei denn, ein entsprechender rechtseinschränkender Grund besteht gerade in der Bildveränderung, etwa bei einer Karikatur.

Aus praktischer Sicht spielt diese Handlungsform allerdings eine geringe Rolle. Es ist nur ein einziger Gerichtsfall bekannt, in dem die Veröffentlichung eines Fotos des Klägers mit künstlich beigebrachten Hautmängeln als Verletzung seines Rechts am eigenen Bild qualifiziert wurde, weil es den irreführenden Eindruck gemacht hatte, ein authentisches Erscheinungsbild des Betroffenen widerzuspiegeln.⁷⁶³ Sonst wird in der russischen Rechtsprechung beiläufig erwähnt, dass die öffentlichen Personen gemäß Art.152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF in der dem Leben entsprechenden Erscheinung abgebildet werden dürfen.⁷⁶⁴ Üblicherweise liegt bei der Veröffentlichung des manipulierten Bildes überhaupt keine Einwilligung des Abgebildeten vor, sei es ein bearbeitetes oder authentisches Bild, so dass die Bearbeitung in diesen Fällen als ein erschwerender Umstand der Rechtsverletzung anzusehen ist.⁷⁶⁵

Erreicht die Bearbeitung eine Schwelle, nach der eine Aufnahme nicht mehr den Abgebildeten, sondern eine andere Person wiedergibt, so dass der Betroffene nicht mehr erkennbar ist, entfällt sein Bildnisschutz.⁷⁶⁶

Die Objektivität des Personenbildes kann auch dadurch beeinträchtigt werden, dass das Bild mit einer anderen, zumeist anrühigen Abbildung, etwa eines Kondoms,⁷⁶⁷ oder neben einem Text über Ereignisse, mit denen der Abgebildete nichts zu tun hat, zusammengestellt

⁷⁶³ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant.

⁷⁶⁴ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Appellationsbeschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-797; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁶⁵ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss ohne Datum im Verfahren Nr. 33-4830/2014; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 13.08.2012 im Verfahren Nr. 33-6862/2012; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁶⁶ Vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.10.2014 (Verfahren Nr. 33-25191, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.04.2015 Nr. 4g/4-3894/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 30.08.2013 (Verfahren Nr. 11-27507); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 19.05.2014 Nr. 4g/7-2267/14; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Mazaev*, Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii 2016, Nr. 6 (113), S. 105.

⁷⁶⁷ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 08.08.2012 im Verfahren Nr. 33-4819/12; s. a. Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 30.05.2012 im Verfahren Nr. 33-3097/12; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

wird.⁷⁶⁸ Beispielsweise wurde ein Bild des Betroffenen als Illustration zum Bericht über ein Gerichtsverfahren in den USA gegen einen Terroristen veröffentlicht. Es wurde der Anschein erweckt, als ob der Abgebildete dieser Angeklagte ist.⁷⁶⁹ In einem anderen Beispiel wurde die unbeteiligte Klägerin in der Sendung als die Schuldige für einen Verkehrsunfall dargestellt, bei dem eine Person starb.⁷⁷⁰ Solche Fälle werden in der Rechtsprechung als Verletzung des Rechts am eigenen Bild angesehen.⁷⁷¹

g) Die Anfertigung

aa) Die Regelung nach Art. 152.1 ZGB RF

Die Anfertigung des Bildes ist in Art. 152.1 ZGB RF nicht als eine Handlung erwähnt, für deren Vornahme die Einwilligung des Abgebildeten erforderlich ist.⁷⁷² Der Gesetzgeber ist somit der Auffassung, dass man die Möglichkeit haben muss, die Bilder frei herzustellen, etwa zu fotografieren. Ob der Abgebildete die Bildanfertigung ohne seine Genehmigung auf Art. 152.1 ZGB RF in analoger Anwendung stützend abwehren kann, wird in der russischen Literatur nicht erörtert. Einer solchen Analogie stünde der strafrechtliche Schutz nicht entgegen, da das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation⁷⁷³ (im Folgenden StGB RF) die in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF aufgezählten Handlungsformen unter keine Strafe stellt. Allerdings betrachtet die russische Rechtsprechung die bloße Bildherstellung als keine Verletzung des Rechts am eigenen Bild i. S. v. Art. 152.1 ZGB RF.⁷⁷⁴

⁷⁶⁸ Vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 25; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 165.

⁷⁶⁹ Das Oberste Gericht der Republik Tatarstan, Appellationsbeschluss vom 04.07.2016 im Verfahren Nr. 33-11085/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁷⁰ Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 11.06.2014 im Verfahren Nr. 33-7486/2014, n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁷¹ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 13.11.2018 im Verfahren Nr. 4g/2-11112 und Kassationsbeschluss dazu vom 04.12.2018 im Verfahren Nr. 44g-371; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 11.04.2013 Nr. 4g/2-2445/13; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.10.2011 im Verfahren Nr. 4g/2-8900/11; das Oberste Gericht der Republik Marij Ėl, Kassationsbeschluss vom 10.01.2012 im Verfahren Nr. 33-14/2012; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 28.09.2010 Nr. 33-13339; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Byčkov*, *Jurist* 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant.

⁷⁷² *Protasov*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2010, Nr. 7, S. 67; vgl. *Sidorina*, *Pravo intellektual'noj sobstvennosti* 2010, Nr. 1, S. 20.

⁷⁷³ *Ugolovnyj kodeks Rossijskoj Federacii* vom 13.06.1996 Nr. 63-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 113 vom 18.06.1996, Nr. 114 vom 19.06.1996, Nr. 115 vom 20.06.1996, Nr. 118 vom 25.06.1996.

⁷⁷⁴ S. z. B. Siebtes Kassationsgericht, Beschluss vom 25.05.2022 Nr. 88-8349/2022; Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 04.02.2019 im Verfahren Nr. 11-985/2019; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 07.02.2018 Nr. 33-457/2018; Gebietsgericht des Gebiets Novosibirsk, Appellationsbeschluss vom 20.07.2017 im Verfahren Nr. 33-6812/2017; Gericht des autonomen Kreises der Jamal-Nenzen, Appellationsbeschluss vom 12.03.2012 im Verfahren Nr. 33-546/2012; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Eine solche formalistische Betrachtungsweise, nach der man die Bildanfertigung und Bildbewahrung auf keinen Fall verbieten kann,⁷⁷⁵ ist zu kritisieren. Denkbar sind die Situationen, in denen man eine berechtigte Erwartung haben darf, nicht fotografiert zu werden. Droht beispielsweise bei der Bildanfertigung eine nachfolgende Veröffentlichung, etwa beim Drehen durch ein Sendeunternehmen, und der Betroffene die Rechtswidrigkeit der Bildveröffentlichung beweisen kann, so darf er aufgrund Art. 152.1 Punkt 1 i. V. m. Art. 12 Abs. 3 und Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 Var. 3 ZGB RF dagegen einschreiten.⁷⁷⁶

bb) Die Erhebung personenbezogener Daten nach dem Föderalen Gesetz vom 27.07.2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“

Darüber hinaus kann das Föderale Gesetz vom 27.07.2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“⁷⁷⁷ zur Anwendung kommen. Laut Art. 3 Punkt 1 dieses Gesetzes sind unter solchen Daten jegliche Informationen zu verstehen, die eine unmittelbar oder mittelbar bestimmte oder bestimmbar natürliche Person (das Subjekt der personenbezogenen Daten) betreffen. Aufgrund dieser Bestimmung wird in der russischen Literatur⁷⁷⁸ und Rechtsprechung⁷⁷⁹ ohne Weiteres behauptet, dass die menschlichen Abbildungen zugleich personenbezogene Daten darstellen und ihre Herstellung, also die Erhebung personenbezogener Daten nur unter Voraussetzungen des Art. 6 des Gesetzes rechtmäßig ist. Allerdings ist zu beachten, dass das Gesetz „Über personenbezogene Daten“ erst dann

⁷⁷⁵ Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 04.02.2019 im Verfahren Nr. 11-985/2019, n. v., zitiert nach Consultant.

⁷⁷⁶ Ausführlicher dazu unten in Abschnitt E, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe b „Die Unterlassung“.

⁷⁷⁷ Föderales Gesetz „O personal'nych dannych“ [Über personenbezogene Daten], Rossijskaja gazeta Nr. 165 vom 29.07.2006.

⁷⁷⁸ *Grišaev*, Graždanin i pravo 2012, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *Zacharenko*, Jurist 2016, Nr. 21, 17 ff., zitiert nach Consultant; *Ivanov*, Jurist 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant; *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 59; *Bukaleroва/Ostrouško*, Pravovye voprosy svjazi 2007, Nr. 1, S. 42; *Zacharov N.*, Jurist 2014, Nr. 9, S. 4; *Tymčuk*, in: Innovacii, tehnologii, nauka, der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 228; *Tarasenkova*, Internet: pravovye aspekty bezopasnogo ispol'zovanija, 7. Kapitel „Das Verfahren über ein gestohlenen Bild...“, zitiert nach Consultant; vgl. *Kučerenko*, Informacionnoe pravo 2009, Nr. 4, S. 36; *Patrakeev/Dmitriev*, Trudovoe pravo 2012, Nr. 6, zitiert nach Consultant; a. A. *Zubko*, Fachberatung durch Consultant 2011; *Daševskaja*, Praktičeskij buhgalterskij učet 2012, Nr. 3, zitiert nach Consultant; Leitfaden für Personalfragen. Personenbezogene Daten der Arbeitnehmer, Rechtsstand vom 06.05.2015, zitiert nach Consultant; vgl. *Tichonova*, Fachberatung durch Consultant 2014; *Šnaider*, Kadrovik.ru 2012, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Turkiašvili*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 5 (69), S. 231; zweifelnd *Suverneva*, Oplata truda: buhgalterskij učet i nalogoobloženie 2012, Nr. 11, zitiert nach Consultant.

⁷⁷⁹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 06.11.2019 im Verfahren Nr. 33a-25557/2019, n. v., zitiert nach Garant; Anweisung des Präsidiums des Obersten Gerichts der Republik Baškortostan vom 08.08.2018 im Verfahren Nr. 44g-300/2018; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 09.04.2015 im Verfahren Nr. 33-5232/2015; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. Stellvertreter des Friedensrichters des Gebiets Vologda im 47. Gerichtsgebiet A. V. Tarasov, Urteil vom 26.07.2012 im Verfahren Nr. 5-662/2012, abrufbar unter <<http://www.gcourts.ru/case/10208813>>, zuletzt abgerufen am 15.07.2020.

angewendet werden kann, wenn die Bildnisse mit Hilfe des automatisierten Verfahrens verarbeitet werden oder ohne dieses, falls eine solche Verarbeitung dem mit Hilfe des automatisierten Verfahrens ausgeführten Vorgang in Zusammenhang mit personenbezogenen Daten gleich stellt, das heißt das Auffinden personenbezogener Daten oder den Zugang zu solchen Daten ermöglicht (Art. 1 des Gesetzes). Das Letztere ist beispielsweise bei den in eine systematische Ordnung gebrachten analogen Bildern der Fall. Mit Hilfe des automatisierten Verfahrens lassen sich üblicherweise nur digitale Foto- und Videoaufnahmen verarbeiten, so dass die Rechtmäßigkeit ihrer Anfertigung sowie Veränderung, Veröffentlichung, Verbreitung usw. nach den Normen des Gesetzes „Über personenbezogene Daten“ zu beurteilen ist.⁷⁸⁰ Darüber hinaus müssen die Personen für ihre Identifizierung hinreichend deutlich abgebildet sein.⁷⁸¹

Art. 6 Teil 1 des Gesetzes sieht die Voraussetzungen der gesetzmäßigen Verarbeitung personenbezogener Daten vor, insbesondere die Einwilligung des Betroffenen (Punkt 1), der Vertragsschluss mit ihm (Punkt 5), die Wahrnehmung der Rechte und berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Punkt 7), die Verfolgung der journalistischen, wissenschaftlichen, literarischen Zwecke oder im Rahmen einer anderen schöpferischen Tätigkeit (Punkt 8), die Verfolgung der statistischen oder sonstigen Untersuchungszwecke (Punkt 9), wobei die Rechte und berechtigten Interessen des Subjekts der personenbezogenen Daten nicht verletzt werden dürfen. Laut Art. 9 Teil 1 des Gesetzes kann die Einwilligung des Subjekts der personenbezogenen Daten in einer beliebigen Form, aber eindeutig, unmissverständlich und bewusst erklärt werden. Sie ist gemäß Art. 9 Teil 2 des Gesetzes widerruflich, was allerdings die Berufung des Verantwortlichen auf eine andere gesetzliche Grundlage nicht ausschließt.

Werden die Foto- und Videoaufnahmen für die Identifizierung der Person des Abgebildeten angewendet, geht es um biometrische personenbezogene Daten,⁷⁸² die Verarbeitung deren erst mit der schriftlichen Einwilligung des Betroffenen zulässig ist, es sei denn, die Ausnahmen nach Art. 11 Teil 2 des Gesetzes sind einschlägig (Art. 11 Teil 1 des Gesetzes „Über personenbezogene Daten“).

⁷⁸⁰ Vgl. *Amelin u. a.*, Kommentarij k Federal'nomu zakonu ot 27 ijulja 2006 № 152-FZ „O personal'nych dannych“, Kommentar zu Art. 3, zitiert nach Garant.

⁷⁸¹ Ebd.

⁷⁸² Die Föderale Aufsichtsbehörde im Bereich der Telekommunikation, Informationstechnologien und Massenkommunikationen, „Erläuterungen der Zuordnung von Foto-, Videoaufnahmen, daktyloskopischen Daten und sonstigen Informationen zu den biometrischen personenbezogenen Daten und die Besonderheiten derer Verarbeitung“ vom 30.08.2013, *Ėkonomika i žizn'* 2013, Nr. 36; Die Regierung der Russischen Föderation, Anweisung vom 30.06.2018 Nr. 772, *Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* (im Folgenden SZ RF) 2018, Nr. 28, Pos. 4234.

cc) Die anderen Vorschriften

Die Bildanfertigung wird im russischen Recht auch in anderen gesetzlichen Vorschriften verboten. Als Beispiele dazu dienen Art. 137 StGB „Die Verletzung des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens“,⁷⁸³ Art. 242 StGB RF „Die gesetzwidrige Herstellung und der Umsatz der pornografischen Materialien oder Gegenstände“, 242.1 StGB RF „Die Herstellung und der Umsatz der Materialien oder Gegenstände mit den pornografischen Bildern von Minderjährigen“ und 242.2 StGB RF „Die Heranziehung eines Minderjährigen zur Herstellung der pornografischen Materialien oder Gegenstände.“

In Betracht kann auch Art. 152.2 ZGB RF über den Schutz des Privatlebens des Bürgers kommen.⁷⁸⁴ Laut dieser Norm ist unter anderem die Erhebung der Informationen über Privatleben des Bürgers ohne seine Einwilligung unzulässig, es sei denn, es folgt etwas anderes unmittelbar aus dem Gesetz. Dies kann beispielsweise durch das Fotografieren erfolgen, wenn eine Fotografie bestimmte Rückschlüsse über das Privatleben des Abgebildeten ziehen lässt. Die Erhebung solcher Informationen in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen ist gemäß Art. 152.2 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF privilegiert.

Kino-, Foto- und Videoaufnahmen während einer öffentlichen Gerichtsverhandlung sind zwar nicht grundsätzlich verboten, bedürfen jedoch der Genehmigung des Vorsitzenden.⁷⁸⁵

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Handlungen, deren Vornahme zur Verletzung des Rechts am eigenen Bild führen können, sind im russischen Recht die Veröffentlichung, Verbreitung, öffentliche Zurschaustellung, Vervielfältigung und Bearbeitung des Bildes. Im deutschen Recht wird der Abgebildete gegen Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung seines Bildes von §§ 22 KUG und gegen Anfertigung und Vervielfältigung durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Auffangtatbestand geschützt.

⁷⁸³ Ausführlicher dazu unten in Abschnitt E, Kapitel II, Unterkapitel 2 „Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild“.

⁷⁸⁴ *Zajceva*, *Zakonodatel'stvo* 2017, Nr. 8, S. 38.

⁷⁸⁵ *Graždanskij processual'nyj kodeks Rossijskoj Federacii* (Zivilprozessordnung der Russischen Föderation, im Folgenden ZPO RF) vom 14.11.2002 Nr. 138-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 220 vom 20.11.2002, Art. 10 Teil 7; *Arbitražnyj processual'nyj kodeks Rossijskoj Federacii* (Arbitrageprozessordnung der Russischen Föderation, im Folgenden APO RF) vom 24.07.2002 Nr. 95-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 137 vom 27.07.2002, Art. 11 Teil 7; *Ugolovno-processual'nyj kodeks Rossijskoj Federacii* (Strafprozessgesetzbuch der Russischen Föderation, im Folgenden StPGB RF), vom 18.12.2001 Nr. 174-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 249 vom 22.12.2001, Art. 241 Teil 5; *Kodeks administrativnogo sudoproizvodstva Rossijskoj Federacii* (Gesetzbuch des Verwaltungsgerichtsverfahrens der Russischen Föderation) vom 08.03.2015 Nr. 21-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 49 vom 11.03.2015, Art. 11 Teil 5; *Kodeks Rossijskoj Federacii ob administrativnych pravonarušenijach* (Gesetzbuch der Russischen Föderation über die Verwaltungsrechtsverletzungen) vom 30.12.2001 Nr. 195-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 256 vom 31.12.2001, Art. 24.3 Teil 3.

Ähnlich ist, dass in beiden Rechtsordnungen die Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung des Bildes in den Schutzbereich des Rechts am eigenen Bild fallen. Die Vervielfältigung des Bildes als solche ist für den Abgebildeten harmlos. Allerdings erhöht sich dadurch das Risiko der Verletzung seines Rechts am eigenen Bild. Darum kann sich der Rechtsinhaber bei Bedarf im deutschen Recht auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht berufen. Im russischen Recht steht ihm das Recht am eigenen Bild gemäß Art. 152.1 ZGB RF zur Verfügung, da die Bildvervielfältigung unter den Begriff der Bildnutzung fällt.

Die Veröffentlichung des Bildes ist in § 22 KUG im Unterschied zum russischen Art. 152.1 ZGB RF nicht erwähnt. Laut § 6 Abs. 1 UrhG ist das Werk veröffentlicht, wenn es mit Zustimmung des Berechtigten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Dies kann sowohl in einer körperlichen, als auch in einer unkörperlichen Form erfolgen.⁷⁸⁶ Auch das Erscheinen des Werkes gilt als eine Veröffentlichung.⁷⁸⁷ Laut § 6 Abs. 2 UrhG ist das Werk erschienen, wenn mit Zustimmung des Berechtigten seine körperlichen Vervielfältigungsstücke nach ihrer Herstellung in genügender Anzahl der Öffentlichkeit angeboten oder in Verkehr gebracht worden sind. Darüber hinaus kann das Werk durch Einstellen ins Netz erschienen werden.⁷⁸⁸ Daraus ist zu schließen, dass mit Veröffentlichung eines Bildes es zugleich öffentlich zur Schau gestellt bzw. verbreitet wird. Dies trifft auch für das russische Recht zu, so dass die Hervorhebung der Veröffentlichung des Bildes in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF keinen inhaltlichen Unterschied zwischen den untersuchten Normen macht.

Veröffentlicht man eine bearbeitete Personenabbildung, die keine Karikatur darstellt, und erweckt dabei den Eindruck, eine authentische Abbildung einer Person zu liefern, wird dies gemäß Art. 152.1 ZGB RF als eine tatbestandsmäßige Handlung angesehen. Nach dem deutschen Recht wird eine solche Bildveröffentlichung dagegen erst auf Ebene von § 23 Abs. 2 KUG als unzutreffende Tatsachenbehauptung subsumiert, worauf später noch eingegangen wird.⁷⁸⁹

Gegen bloße Bildherstellung kann sich der Betroffene in Deutschland mithilfe des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zur Wehr setzen. In Russland steht man regelmäßig schutzlos, weil die Bildanfertigung in Art. 152.1 ZGB RF nicht als eine einwilligungsbedürftige Begehungsform genannt. Hilfsweise können unter Umständen in beiden Ländern die anderen Gesetznormen herangezogen werden, vor allem die datenschutzrechtlichen Regelungen.

⁷⁸⁶ Dreier in: Dreier/Schulze, Urheberrechtsgesetz, § 6, Rn. 8.

⁷⁸⁷ Ebd., Rn. 12.

⁷⁸⁸ Ebd., Rn. 16.

⁷⁸⁹ S. Abschnitt D, Kapitel I, Unterkapitel 5, Buchstabe e „Der Wahrheitsschutz“.

IV. Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild und die geschützten Interessen

1. Deutschland

a) Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild

Ursprünglich hatte man unter dem geschützten Rechtsgut des Rechts am eigenen Bild die Ehre oder das Schamgefühl verstanden.⁷⁹⁰ Ende der 1950er-Jahre dominierte die Ansicht, nach der die Privatsphäre des Abgebildeten das Schutzgut darstellen würde.⁷⁹¹ Tatsächlich überschneiden sich der Bildnisschutz und der Schutz der Privatsphäre, wie oben angeführt, nur teilweise. Außerdem lässt sich nicht das Bildnis selbst, sondern nur die Situation, in der es entstanden ist, einer bestimmten Sphäre zuordnen.⁷⁹²

Nach der heute in der Rechtsprechung⁷⁹³ und Literatur⁷⁹⁴ herrschenden Meinung schützt das Recht am eigenen Bild das Selbstbestimmungsrecht⁷⁹⁵ über die Darstellung im Bild.⁷⁹⁶ Dies bedeutet, dass nur der Abgebildete selbst berechtigt ist zu entscheiden, ob und unter welchen Umständen sein Bildnis der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.⁷⁹⁷ Durch eine rechtswidrige Veröffentlichung des Bildnisses wird dem Abgebildeten daher die Freiheit entzogen, auf Grund eigener EntschlieÙung über dieses Gut zu verfügen.⁷⁹⁸

Dabei geht es nicht im sachenrechtlichen Sinne um eine Herrschaftsmacht über die Verbreitung des einzelnen Bildnisses.⁷⁹⁹ Das Recht am eigenen Bild entsteht als solches mit der natürlichen Person⁸⁰⁰ und konkretisiert sich im Einzelfall mit der Anfertigung und Verbreitung eines Bildnisses.⁸⁰¹ Es gründet sich nicht auf eine Verfügungsmacht über die Verkörperung des

⁷⁹⁰ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 5; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 27 f.

⁷⁹¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 28.

⁷⁹² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 28; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 12.

⁷⁹³ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 – „NENA“.

⁷⁹⁴ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 28 f.; vgl. *Hubmann*, das Persönlichkeitsrecht, S. 298.

⁷⁹⁵ BVerfG, Urteil vom 15.12.1983, NJW 1984, 419.

⁷⁹⁶ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 47; *ders.*, AfP 1986, 25 (26); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 28 f.; *ders.* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 7; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 162.

⁷⁹⁷ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (447) – „Caroline von Monaco“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 47.

⁷⁹⁸ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; LG Oldenburg, Urteil vom 23.01.1986, GRUR 1986, 464 (465); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 29.

⁷⁹⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 30; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 24; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 24.

⁸⁰⁰ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 50; vgl. *Jarras*, NJW 1989, 857 (859); *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 86.

⁸⁰¹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 50; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 30.

äußeren Erscheinungsbildes, sondern auf das Selbstbestimmungsrecht über das äußere Erscheinungsbild als solches.⁸⁰² Das äußere Erscheinungsbild des Menschen stellt den Ausdruck seines Wesens und seiner Persönlichkeit dar und § 22 KUG schützt dieses äußere Erscheinungsbild.⁸⁰³ Deswegen wird das Recht am eigenen Bild als ein unverzichtbares und nicht übertragbares Recht begriffen.⁸⁰⁴

Allerdings lassen sich im auf diese Weise bestimmten Schutzgut des Rechts am eigenen Bild die geschützten Interessen des Betroffenen nicht erkennen, da die Selbstbestimmung diesen nur vorgeordnet und daher nicht mit ihnen identisch ist.⁸⁰⁵ Das Selbstbestimmungsinteresse allein vermag den Schutzbereich eines subjektiven Rechts nicht zu konturieren, vielmehr muss bestimmt werden, worüber der Rechtsinhaber das Bestimmungsrecht hat.⁸⁰⁶ Wie *Hubmann* hervorhebt, solle man nicht von der Zuweisung von Rechtsgütern, sondern von Interessen sprechen, wenn man einem subjektiven Recht einen Zuweisungsgehalt zuschreiben wolle.⁸⁰⁷

b) Die geschützten Interessen

aa) Die persönlichkeitsrechtlichen Interessen

Es wird vertreten, dass das Recht am eigenen Bild das Anonymitätsinteresse schützt,⁸⁰⁸ das heißt das Bedürfnis einer Person, keine Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung eines Bildnisses auf sich zu lenken.⁸⁰⁹ Dem ist entgegenzuhalten, dass es viele Fälle gibt, in denen der Abgebildete mit einer identifizierbaren Darstellung grundsätzlich einverstanden ist, nicht aber in der konkreten Art und Weise.⁸¹⁰ Darum werden von § 22 KUG

⁸⁰² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 30.

⁸⁰³ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 10; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 52.

⁸⁰⁴ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 35; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 51.

⁸⁰⁵ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 30; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 170 f.; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 7.

⁸⁰⁶ *Ohly*, GRUR Int. 1998, 827 (827); vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 30; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 47 f.

⁸⁰⁷ *Hubmann*, das Persönlichkeitsrecht, S. 125; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 9 Fn. 58.

⁸⁰⁸ *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 23; zum Vergleich der Anonymitäts- und Diskretionsinteresse s. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 82.

⁸⁰⁹ Vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 83.

⁸¹⁰ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (212) – „Hochzeitsbild“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 48; so auch *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz,

neben dem Anonymitätsinteresse auch das Darstellungs- und Identifizierungsinteresse geschützt, da die Person unter Beachtung der Tatsache, dass sie durch die Publikation ihres Bildnisses in der Öffentlichkeit dargestellt und repräsentiert wird, in der Regel nur bestimmte Bildnisse veröffentlichen lässt.⁸¹¹

Darüber hinaus kommt das Individualisierungsinteresse zum tragen, unter dem das Interesse zu verstehen ist, sich mittels des veröffentlichten Bildes als Individuum in bestimmten Zusammenhängen zu äußern und sich somit von anderen zu unterscheiden.⁸¹² Ein Bild, mit Ausnahme des Porträts, kann bekanntlich nicht nur den äußeren Anblick des Abgebildeten, sondern auch die Situation der Herstellung wiedergeben, was gewisse Rückschlüsse über die Person ermöglicht.⁸¹³ In der Gesellschaft hat der Einzelne verschiedene soziale Rollen zu spielen. Um von den dabei auftretenden gegensätzlichen Anforderungen nicht zerrissen zu werden, muss er sich selbst in allen sozialen Rollen als ein und derselbe darstellen können.⁸¹⁴ Eine unbefugte Bildnisveröffentlichung birgt die Gefahr, eine dem Abgebildeten nicht entsprechende Individualität auszudrücken.⁸¹⁵ Da der Rechtsinhaber nach § 22 KUG nicht nur über „Ob“ der Bildnispublikation, sondern auch über das „Wie“, die Art und Weise, entscheiden kann, wird von dieser Vorschrift das Individualisierungsinteresse mitgeschützt.⁸¹⁶

bb) Das vermögensrechtliche Interesse

Das Recht am eigenen Bild wurde ursprünglich als reines Persönlichkeitsrecht betrachtet,⁸¹⁷ dessen Zweck darin bestand, Eingriffe in ideelle Rechtsgüter, wie die Ehre und die Privatsphäre, abzuwehren.⁸¹⁸ Man hielt sogar für ehrenrührig, dem Verdacht ausgesetzt zu sein, dass man gegen Zahlung von Geld sein Bildnis für eine kommerzielle Nutzung zur Verfügung stellt.⁸¹⁹

S. 76; *Bartnik*, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 23; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 12 ff.

⁸¹¹ Vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 89 f.

⁸¹² Vgl. ebd., S. 91.

⁸¹³ Ebd., S. 87.

⁸¹⁴ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 9 f.

⁸¹⁵ Vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 92.

⁸¹⁶ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 14; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 97 f.

⁸¹⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 5 f.; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 129, 133.

⁸¹⁸ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 42.

⁸¹⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 45; *Brehmer/Voegeli*, JA 1978, 374 (377 f.).

Dementsprechend wurde der Schutz der vermögensrechtlichen Interessen von der Rechtsprechung abgelehnt,⁸²⁰ obwohl er mit der Regelung in § 22 KUG nach wie vor nicht in Widerspruch steht. Der Gesetzgeber war sich der kommerziellen Nutzbarkeit des Rechts am eigenen Bild bewusst und hatte dagegen keine Einwände, was die in § 22 Satz 2 KUG vorgesehene Möglichkeit belegt, die Einwilligung in eine Bildnisveröffentlichung von einem Entgelt abhängig zu machen.⁸²¹

Den sich geänderten technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, bei denen durch eine unerlaubte Verwertung der Identität einer Person für Werbezwecke stärker kommerzielle als ideelle Interessen berührt werden,⁸²² hat der BGH erst 1956⁸²³ Rechnung getragen.⁸²⁴ In seiner berühmten „Paul Dahlke“-Entscheidung⁸²⁵ hat er auf ein Sachverständigengutachten stützend, laut dem „bekannte Künstler derartige Veröffentlichungen zumeist nur gegen eine nicht unerhebliche Vergütung“⁸²⁶ gestatten, das Recht am eigenen Bild als „vermögenswertes Ausschließlichkeitsrecht“ bezeichnet.⁸²⁷ Dem Rechtsinhaber wurde die Zahlung einer fiktiven Lizenzgebühr auf Grundlage einer ungerechtfertigten Bereicherung ggf. eines Schadensersatzes⁸²⁸ zugesprochen, d. h. eine angemessene Vergütung, die im Falle eines Vertragsabschlusses zu den üblichen Bedingungen zu zahlen gewesen wäre.⁸²⁹

Heute stellt die Vermarktung von populären Persönlichkeiten ein alltägliches Wirtschaftsfaktum dar.⁸³⁰ Die Rechtswirklichkeit zeigt, dass einer Abbildung ein beträchtlicher

⁸²⁰ S. z. B. RG, Urteil vom 28.10.1910, RGZ 74, 308 – „Graf Zeppelin“.

⁸²¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 39, 45; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 99.

⁸²² Vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 1, 42; *Hahn*, NJW 1997, 1348 (1350); *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 132.

⁸²³ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“.

⁸²⁴ *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1891).

⁸²⁵ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 – „Werbekampagne mit blauem Engel“; s. a. *Schubert*, AfP 2007, 20 (21).

⁸²⁶ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (429) – „Paul Dahlke“.

⁸²⁷ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (429) – „Paul Dahlke“; s. a. BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 (558) – „Talkmaster - Foto“; OLG Hamburg, Urteil vom 26.01.2017, MMR 2017, 249 (251); LG München, Urteil vom 07.10.2004, ZUM-RD 2005, 38 (44).

⁸²⁸ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (430) – „Paul Dahlke“; s. a. BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (713) – „Marlene Dietrich“ – Ein Bereicherungsanspruch könne versagen, wenn z. B. die Bereicherung nicht in der Person des Verletzers eingetreten ist; LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (603) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“.

⁸²⁹ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (429) – „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 – „Familie Schölermann“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“; BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 (558) – „Talkmaster - Foto“.

⁸³⁰ *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1895); BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 – „Werbekampagne mit blauem Engel“.

wirtschaftlicher Wert zukommen kann, der im Allgemeinen auf der Bekanntheit und dem Ansehen einer Person in der Öffentlichkeit beruht.⁸³¹

Das Bildnis einer lebenden oder verstorbenen Person kann auch als Marke eingetragen werden und ist grundsätzlich dem zeitlich unbegrenzten, übertragbaren und vererblichen⁸³² Markenschutz zugänglich.⁸³³ Ein solches Bild kennzeichnet somit nicht nur die abgebildete Person, sondern auch Waren oder Dienstleistungen.⁸³⁴ Mit der Marke entsteht ein immaterielles Gut, das frei übertragbar ist.⁸³⁵

Dabei steht dem Abgebildeten das Recht am eigenen Bild weiterhin zu. Zwar fordert das Markengesetz nicht für die Eintragung von Bildnissen der berühmten Personen deren Einwilligung,⁸³⁶ jedoch bedarf es dieser gemäß § 22 KUG nicht nur zur kennzeichenrechtlichen Benutzung, sondern auch bereits zur Anmeldung, da die Eintragung gemäß § 41 Markengesetz veröffentlicht wird.⁸³⁷

Dementsprechend ist anerkannt, dass das Recht am eigenen Bild eine Doppelnatur hat, die persönlichkeitsrechtliche und vermögenswerte Bestandteile aufweist.⁸³⁸ Entgegen einer verbreiteten Ansicht stellen Persönlichkeitsrechte und Vermögensrechte keine antinomischen Begriffe dar, die sich gegenseitig ausschließen.⁸³⁹ Ein Beweis dafür ist das Urheberrecht, das Elemente beider Rechte hat und keine Bedenken hervorruft.⁸⁴⁰ In Hinblick auf das Merkmal

⁸³¹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“.

⁸³² *Götting*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (171).

⁸³³ BGH, Urteil vom 24.04.2008, GRUR 2008, 1093 – „Fehlende Unterscheidungskraft eines Porträtfotos einer verstorbenen Person“; s. a. die Anmerkung von *Götting* dazu, GRUR 2008, 1096 (1097); Bundespatentgericht, Beschluss vom 09.11.2005, AfP 2006, 246.

⁸³⁴ *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 146.

⁸³⁵ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (713) – „Marlene Dietrich“; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 146.

⁸³⁶ Bundespatentgericht, Beschluss vom 09.11.2005, AfP 2006, 246.

⁸³⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 31; vgl. *Götting*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 24.04.2008 „Fehlende Unterscheidungskraft eines Porträtfotos einer verstorbenen Person“ (GRUR 2008, 1093), GRUR 2008, 1096 (1097).

⁸³⁸ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 66; *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 9; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 110; *Schubert*, AfP 2007, 20 (24); BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 (1050) – „Werbekampagne mit blauem Engel“; a. A. *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (355 ff.) – plädieren für die Anerkennung des Persönlichkeitsbildes als verwertbares Persönlichkeitsgüterrecht; *Beuthien*, NJW 2003, 1220; *ders.*, ZUM 2003, 261 (261 f.) – äußert sich für die Anerkennung eines Persönlichkeitsgüterrechts am den Tod überdauernden Persönlichkeitsbild; kritisch dazu *Götting*, GRUR 2004, 801; vgl. *Peukert*, ZUM 2000, 710 (719) – für die Ausgestaltung der „Persönlichkeitsverwertungsrechte“.

⁸³⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 4 ff.; *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 9; *ders.*, NJW 2001, 585 (585); *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 134; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 79.

⁸⁴⁰ *Götting* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 34 f.; *ders.*, NJW 2001, 585 (586) – Das Urheberrecht sei für die weitere Entwicklung des Persönlichkeitsrechts als Modell heranzuziehen;

der Übertragbarkeit sind die Persönlichkeits- und Immaterialgüterrechte als ein solches Gegensatzpaar zu betrachten.⁸⁴¹ Während die ersten wegen ihrer Verknüpfung mit der Person des Rechtsträgers als höchstpersönliche Rechte unübertragbar und nur in eng begrenztem Maße disponibel sind, unterliegen die Immaterialgüterrechte als losgelöste Rechte der Verkehrsfähigkeit.⁸⁴²

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Recht am eigenen Bild als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts dem Schutz sowohl ideeller, als auch kommerzieller Interessen der Persönlichkeit dient.⁸⁴³ Es sichert dem Einzelnen die eigene Regie der bildlichen Darstellung seines äußeren Erscheinungsbildes,⁸⁴⁴ die seine effektive Vermarktung umfasst.⁸⁴⁵ Somit werden die Anonymitäts-, Darstellungs-, Identifizierungs- und Individualisierungsinteressen sowie das vermögensrechtliche Interesse des Abgebildeten geschützt. Zwar steht der Schutz ideeller Interessen nach wie vor im Vordergrund des Persönlichkeitsschutzes,⁸⁴⁶ doch darf der Schutz der Persönlichkeit ihre vermögenswerten Interessen nicht vernachlässigen.⁸⁴⁷

Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 3; *Schubert*, AfP 2007, 20 (24).

⁸⁴¹ S. dazu näher *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 9 ff.; vgl. *Peukert*, ZUM 2000, 710 (714 f.); *Peifer*, GRUR 2002, 495 (499).

⁸⁴² *Ullmann*, AfP 1999, 209 (210); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 9 f.; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 140.

⁸⁴³ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (716) – „Der blaue Engel“; OLG Hamburg, Urteil vom 26.01.2017, MMR 2017, 249 (250); LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“ – Eine Werbung mit der Nacktaufnahme angeblich von Marlene Dietrich greife in ihre Intimsphäre ein und schmälere den Marktwert der Person Marlene Dietrich; *Wandtke*, GRUR 2000, 942 (949).

⁸⁴⁴ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 8; *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 13, 30.

⁸⁴⁵ *Ohly*, GRUR Int. 1998, 827 (828); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 39; vgl. *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 21.

⁸⁴⁶ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; vgl. *Hubmann*, das Persönlichkeitsrecht, S. 135.

⁸⁴⁷ *Kastl*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, S. 241 f.; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (720); *Balthasar*, NJW 2007, 664 (666).

2. Russland

a) Das Schutzgut des Rechts am eigenen Bild

Bei der Bestimmung des Schutzguts des Rechts am eigenen Bild lassen sich einige russische Rechtswissenschaftler⁸⁴⁸ sowie Gerichte⁸⁴⁹ vom buchstäblichen Wortlaut der Norm in Art. 152.1 ZGB RF leiten und behaupten, dass darunter das Bild einer natürlichen Person zu verstehen sei. Das Recht am eigenen Bild wird dementsprechend als Persönlichkeitsrecht verstanden, das jeweils mit der Herstellung einer Personenabbildung entstehe.⁸⁵⁰

Dies ist abzulehnen, weil gemäß Art. 128 ZGB RF alle Persönlichkeitsrechte, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, die Nichtvermögensgüter als Rechtsobjekte haben. Laut Art. 150 Punkt 1 ZGB RF sind die Nichtvermögensgüter unveräußerlich und nicht anderweitig übertragbar und stehen der Person von Geburt an oder kraft Gesetzes zu. Das Bild ist eine Verkörperung des äußeren Anblicks⁸⁵¹ und kann unproblematisch übertragen werden. Darum kann das geschützte Rechtsgut nur das äußere Erscheinungsbild darstellen, das jeder natürlichen Person von Geburt an zusteht.⁸⁵² Diesem Schluss steht auch nicht entgegen, dass das äußere Erscheinungsbild nicht direkt in Art. 150 Punkt 1 ZGB RF genannt ist, da die Liste

⁸⁴⁸ *Nuždin*, Chozjajstvo i pravo 2009, Nr. 4, S. 2747; *Višnepol'skaja*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 7, S. 50; *Byčkov*, Sovremennyj predprinimatel' 2011, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *Patrakeev/Dmitriev*, Trudovoe pravo 2012, Nr. 6, zitiert nach Consultant; vgl. *Grišae*v, Ėvoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 2, Das Bild des Bürgers, Abs. 5, zitiert nach Consultant.

⁸⁴⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.03.2013 im Verfahren Nr. 11-7094, n. v., zitiert nach Consultant.

⁸⁵⁰ *Koloso*v/Švarc, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 4, S. 43; vgl. auch von der sowjetischen Zeit *Čerepachin* in: Antologija ural'skoj civilistiki 1925-1989, S. 297; *ders.* in: Čerepachin (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 69.

⁸⁵¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.10.2014 im Verfahren Nr. 33-35361; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Pilipenko* in: Prochorova (Hrsg.), Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodych učenych, Materialien zu den Doktorandenlektüren, S. 425; *Paramonova* in: Garantii prav v Rossijskoj Federacii i meždunarodnom prave, der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 268.

⁸⁵² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 16.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35361); Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Ėrdelevskij*, Zakonodatel'stvo 2007, Nr. 7, S. 10; *Solov'ev*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 9; *Inšakova/Mograbjan*, Zakony Rossii 2012, Nr. 4, S. 36; *Ermolova*, Nematerial'nye blaga i ich zaščita, S. 26 f.; *Zinin*, Civilist 2013, Nr. 2, 34 ff., zitiert nach Consultant; vgl. *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 110; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 28 f.; *Mikrjukov*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Narižnij*, Kompensacija moral'nogo vreda v ugolovnom sudoproizvodstve Rossii, S. 44; *Mograbjan*, Vestnik Vladimirskego juridičeskogo instituta 2010, Nr. 4, S. 134; *Pilipenko* in: Prochorova (Hrsg.), Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodych učenych, Materialien zu den Doktorandenlektüren, S. 425 f.; *Zacharov*, Teoretičeskie i praktičeskie problemy zaščity ličnych neimuščestvennych prav graždan, S. 22; *Cygangina*, Zakonnost' i pravoporjadok v sovremennom obščestve 2014, Nr. 19, S. 64.

der Nichtvermögensgüter keinen abschließenden Charakter hat.⁸⁵³ Der Begriff des äußeren Erscheinungsbildes umfasst dabei das äußere Erscheinungsbild selbst, die Figur, die physischen Charakteristiken, die Kleidung etc. als ganze Einheit der äußeren Merkmale des Menschen, die man in der Form der ganzen oder fragmentarischen Gestalt wahrnimmt.⁸⁵⁴

b) Die geschützten Interessen

aa) Die persönlichkeitsrechtlichen Interessen

Die Bestimmung des Rechtsobjekts des Rechts am eigenen Bild als äußeres Erscheinungsbild einer Person trägt nicht besonders in die Aufklärung der geschützten Interessen des Abgebildeten bei. So wird beispielsweise geäußert, dass das Recht am eigenen Bild das Interesse sichere, selbst und frei die Kleidung, Frisur, Gangart etc. zu bestimmen⁸⁵⁵ und durch den ausgewählten individuellen äußeren Anblick die Haltung zur Umgebung oder zur Mode, Sport usw. zum Ausdruck zu bringen.⁸⁵⁶ Andere Rechtswissenschaftler meinen, dass obiges Interesse mit dem eigenständigen „Recht auf das äußere Erscheinungsbild“⁸⁵⁷ geschützt werde, das dabei durch die Arbeits-, Strafvollzugs-,⁸⁵⁸ Militärgesetze u. a. eingeschränkt werden könne,⁸⁵⁹ etwa in Arbeitsbeziehungen im Bereich des Gaststättenwesens.⁸⁶⁰ In der russischen Literatur wird die Ansicht vertreten, dass das „Recht auf das äußere Erscheinungsbild“ im Vordergrund stehe und die Interessen des Bürgers hinsichtlich seiner

⁸⁵³ *Ėrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 10; *Mograbjan*, *Pravo fizičeskogo lica na neprikosnovennost' vnešnego oblika*, S. 17; vgl. *Bykova/Amiršatjan*, *Juridičeskij vestnik Kubanskogo gosudarstvennogo universiteta* 2015, Nr. 1 (22), S. 35.

⁸⁵⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.10.2014 im Verfahren Nr. 33-35361; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Graždanskoje pravo*, 1. Band, S. 431; *Nochrina*, *Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi*, S. 62; *Mograbjan*, *Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta* 2010, Nr. 4, S. 134; *Cvetkov*, *Pravovedenie* 1972, Nr. 2, S. 124.

⁸⁵⁵ Vgl. *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 15; *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 43 f.; *Andreev*, *Žurnal rossijskogo prava* 2014, Nr. 3, zitiert nach Consultant; *Zacharov*, *Teoretičeskije i praktičeskije problemy zaščity ličnych neimuščestvennych prav graždan*, S. 22.

⁸⁵⁶ Vgl. *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 32; *dies.*, *Gosudarstvo i pravo* 2000, Nr. 2, S. 17.

⁸⁵⁷ *Mograbjan*, *Pravo fizičeskogo lica na neprikosnovennost' vnešnego oblika*, S. 18; vgl. *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 14 – Das Recht auf äußeres Erscheinungsbild schütze den Bürger in erster Linie gegen eine physische Veränderung seines äußeren Erscheinungsbildes wider seinen Willen.

⁸⁵⁸ *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 52.

⁸⁵⁹ *Šerstobitov* in: *Suchanov* (Hrsg.), *Graždanskoje pravo*, 2. Band, S. 428 f.; *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 43 f.; vgl. *Mograbjan*, *Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta* 2010, Nr. 4, S. 134; *dies.*, *Pravo fizičeskogo lica na neprikosnovennost' vnešnego oblika*, S. 18 f.

⁸⁶⁰ *Šerstobitov* in: *Suchanov* (Hrsg.), *Rossijskoe graždanskoje pravo*, 1. Band, S. 902; vgl. *Maleina*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1990, Nr. 11, S. 135.

Bilder umfasse.⁸⁶¹ Dagegen ist einzuwenden, dass die freie Selbstgestaltung des äußeren Erscheinungsbildes mangels des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens geschützt werden kann.

Beim Recht am eigenen Bild handelt es sich um ein selbstständiges Persönlichkeitsrecht,⁸⁶² das besondere schutzwürdige Interessen sichert und deshalb eine gesetzliche Normierung im ZGB RF gefunden hat. Die Norm in Art. 152.1 ZGB RF richtet sich auf die Interessen des Bürgers, dessen äußeres Erscheinungsbild auf einem materiellen Informationsträger festgehalten wurde.⁸⁶³

Einige Rechtswissenschaftler erwähnen dabei die Ehre und Würde des Menschen.⁸⁶⁴ Den ist entgegenzuhalten, dass diese Rechtsgüter in den Schutzbereich des Rechts auf den Schutz der Ehre und Würde des Menschen fallen. Es gibt im russischen Schrifttum auch gelegentlich Stimmen, die sich für einen Schutz des bloßen Anonymitätsinteresses des Abgebildeten aussprechen.⁸⁶⁵ Von der überwiegenden Mehrheit der Rechtswissenschaftler wird aber das Individualisierungsinteresse des Betroffenen hervorgehoben.⁸⁶⁶ Zwar wird dieses Interesse in der Literatur regelmäßig im Rahmen des „Rechts auf das äußere Erscheinungsbild“

⁸⁶¹ *Maleina*, Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 7, S. 45; *dies.*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 33; *dies.*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 26; *dies.*, Gosudarstvo i pravo 2000, Nr. 2, S. 18; *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 14 f.; *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 74; *Arzumanjan*, Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, S. 63; *Tymčuk*, in: Innovacii, tehnologii, nauka, der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 228; *Mograbjan*, Pravo fizičeskogo lica na neprikosovennost' vnešnego oblika, S. 19 ff.; *dies.*, Vestnik Vladimirsckogo juridičeskogo instituta 2010, Nr. 4, S. 135 f.; *dies.*, Ėkspert-kriminalist 2011, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Inšakova/Mograbjan*, Zakony Rossii 2012, Nr. 4, S. 36; *Bykova/Amiršatjan*, Juridičeskij vestnik Kubanskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 1 (22), S. 35; *Zacharov*, Teoretičeskie i praktičeskie problemy zaščity ličnych neimuščestvennych prav graždan, S. 22; vgl. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 64 f.; *Vostrikova/Poluchina*, Sovremennoe pravo 2013, Nr. 12, zitiert nach Consultant.

⁸⁶² Zutreffend *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 901 f.; *Pustovalov* in: Pravo i sovremennost', der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, S. 131; vgl. *Nochrina*, Peterburgskij Jurist 2017, Nr. 1 (14), S. 120; *Pilipenko* in: Prochorova (Hrsg.), Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodyh učenyh, Materialien zu den Doktorandenlektüren, S. 423.

⁸⁶³ Vgl. den Titel von Art. 514 ZGB RSFSR „Der Schutz der Interessen des Bürgers, der in einem Werk der bildenden Kunst abgebildet ist“; s. a. *Egorov* in: Tolstoj (Hrsg.), Graždanskoe pravo, S. 375, Fn. 2; *Mikrjukov*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijsckogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 35; *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 58; vgl. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 203.

⁸⁶⁴ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 26; vgl. *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 75.

⁸⁶⁵ *Ėrdelevskij*, Zakonodatel'stvo 2007, Nr. 7, S. 11; *Čefranova* in: Voprosy graždanskogo prava i processa, S. 68; vgl. *Byčkov*, Sovremennij predprinimatel' 2011, Nr. 9, zitiert nach Consultant; *Pilipenko* in: Prochorova (Hrsg.), Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodyh učenyh, S. 425 f.

⁸⁶⁶ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 110; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 22 f.; vgl. *Šachov*, Severo-Kavkazskij juridičeskij vestnik 2008, Nr. 2, S. 41; *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 59.

behandelt,⁸⁶⁷ doch ist es auf die Individualisierungsfunktion des äußeren Anblicks als solchem zurückzuführen.⁸⁶⁸ So unterstreicht *Boer*, dass die Person durch das äußere Erscheinungsbild ihre Individualität und innere geistige Eigenschaften zum Ausdruck bringen könne.⁸⁶⁹

Da die Bildnisse das äußere Erscheinungsbild in einem bestimmten Zeitpunkt festhalten, kann man ihre Individualisierungsfunktion nicht verleugnen.⁸⁷⁰ Die Bilder prägen, wie oben angeführt, die Individualität des Betroffenen mittels der Wiedergabe verschiedener auf sich genommener sozialer Rollen mit.⁸⁷¹ Mit der Erteilung oder Absage der Einwilligung nach Art. 152.1 ZGB RF kann der Abgebildete dementsprechend sein Individualisierungsinteresse und somit auch die Darstellungs- und Identifizierungsinteressen wahrnehmen.⁸⁷² Nicht das Bild an sich, sondern die individuelle Entscheidungsfreiheit des Bürgers hinsichtlich der Bildveröffentlichung wird vom Gesetz geschützt.⁸⁷³

bb) Das vermögensrechtliche Interesse

Das Recht am eigenen Bild ist nach der herrschenden Meinung in der russischen Literatur ein reines Persönlichkeitsrecht, das ausschließlich dem Schutz der ideellen Interessen des

⁸⁶⁷ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatije, osuščestvlenie, zaščita, S. 22 f.; *Šachov*, Severo-Kavkazskij juridičeskij vestnik 2008, Nr. 2, S. 41.

⁸⁶⁸ *Peškova*, Kompensacija moral' nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialjnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 110; vgl. *Mograbjan*, Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta 2010, Nr. 4, S. 134.

⁸⁶⁹ *Boer* in: Kanygin/Izosimov/Čuprova (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 74.

⁸⁷⁰ Das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer, n. v., zitiert nach Consultant; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 35 f.; vgl. *Mikrjukov*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁸⁷¹ *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 59; vgl. *Arzumanjan*, Gumanitarnye i social'no-ekonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, S. 61.

⁸⁷² Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 16.06.2017 im Verfahren Nr. 33-9835/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.10.2014 im Verfahren Nr. 33-35361; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Mikrjukov*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁸⁷³ Vgl. *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 893 ff.; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 35; *Nikolaeva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2014, Nr. 6, S. 10; *dies.*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrana i zaščity, Jur. Diss., S. 93; *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant; so auch die Rechtswissenschaftler aus der sowjetischen Zeit, s. z. B. *Krasavčikova*, Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona, S. 86; *dies.*, in: Problemy sovremennogo avtorskogo prava, S. 77 f.; *dies.* in: Krasavčikov (Hrsg.), Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 196; *Malein*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 61; a. A. *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 4, S. 40.

Rechtsinhabers dient.⁸⁷⁴ Es wird betont, dass die Nichtvermögensgüter nach dem 8. Kapitel ZGB RF sich einer materiellen Schätzung entziehen.⁸⁷⁵

Allerdings zeigt der heutige Markt, dass den Bildern von berühmten Personen ein wirtschaftlicher Wert beigemessen wird,⁸⁷⁶ so dass sie in ideeller und kommerzieller Hinsicht genutzt werden.⁸⁷⁷ Ein Argument dafür sind die nun häufig vorkommenden Fälle einer Einwilligungserteilung zur Bildnutzung gegen Entgelt.⁸⁷⁸

Die russische Literatur hält solche Fälle für rechtmäßig,⁸⁷⁹ weil dies vom Gesetzgeber in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF (Posieren gegen Entlohnung)⁸⁸⁰ angenommen wird.⁸⁸¹ Eine kritische Auseinandersetzung mit der russischen Rechtsprechung ergibt, dass auch die Gerichte die vertragliche Erteilung einer Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild gegen Entlohnung akzeptieren.⁸⁸²

So hat das Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus⁸⁸³ festgestellt, dass die Aktionsgesellschaft „*Brennerei Novočerkasskij*“ und der Kläger einen entgeltlichen Vertrag

⁸⁷⁴ *Braginskij/Suchanov/Jarošenko*, Chozjajstvo i pravo 1995, Nr. 5, S. 18; *Faddeva* in: Sergeev/Tolstoj, Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 378; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 8; *Nuždin*, Chozjajstvo i pravo 2009, Nr. 4, S. 2746; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 17; *Ermolova*, Nematerial'nye blaga i ich zaščita, S. 16.

⁸⁷⁵ *Trofimenko*, Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach, S. 174; *Narižnij*, Kompensacija moral'nogo vreda v ugovnom sudoproizvodstve Rossii, S. 44; vgl. *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 12 f.; *Bakaeva*, Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika 2012, Nr. 4, S. 13.

⁸⁷⁶ Vgl. *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 4; *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 59; *Višnepol'skaja*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9 (440), S. 65; *Belov*, Zakonodatel'stvo 2003, Nr. 6, S. 10.

⁸⁷⁷ *Mikrjukov* Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Zatonskij/Slepenok* in: Krasovskaja (Hrsg.), Molodoj učenyj: vyzovy i perspektivy, der Sammelband der Aufsätze nach den Materialien zur IX. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 147 f.; vgl. *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 59.

⁸⁷⁸ Vgl. *Grišaev/Nikolaeva*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, S. 59; *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 54; *Zatonskij/Slepenok* in: Krasovskaja (Hrsg.), Molodoj učenyj: vyzovy i perspektivy, der Sammelband der Aufsätze nach den Materialien zur IX. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 148.

⁸⁷⁹ *Ėrdelevskij*, Zakonodatel'stvo 2007, Nr. 7, S. 11; *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 5, S. 10; *Višnepol'skaja*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9 (440), S. 66; vgl. *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 24; *Mikrjukov*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 8, S. 40; a. A. *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 18 f.

⁸⁸⁰ Eingehend dazu s. Abschnitt D, Kapitel II, Unterkapitel 4 „Das Posieren gegen Entlohnung (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF)“.

⁸⁸¹ *Višnepol'skaja*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 7, S. 50 f.; vgl. *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 56.

⁸⁸² S. z. B. Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.06.2011 im Verfahren Nr. 33-16560; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Mikrjukov*, Zakonodatel'stvo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *ders.*, Pravo i ekonomika 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Višnepol'skaja*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 7, S. 50 f.

⁸⁸³ Arbitragegericht des Kreises Nordkaukasus, Urteil vom 29.09.2008 Nr. F08-5690/2008 im Verfahren Nr. A53-16736/2006-C2-8, n. v., zitiert nach Consultant.

geschlossen haben, dass ein Bild des Betroffenen auf dem Aufkleberzettel des Wodkas „Der russische Recke“ und in den entsprechenden Werbematerialien verbreitet werden darf. Da der Einwilligungsempfänger eine vertraglich vereinbarte Geldsumme in Höhe von 4.943.210 P geschuldet hatte, wurde er dazu gerichtlich verpflichtet.

Die weitere Analyse der russischen Rechtsprechung bringt allerdings zum Ausdruck, dass die vermögensrechtlichen Ansprüche des Abgebildeten erst dann für schutzwürdig gehalten werden, wenn ein entsprechender Vertrag zustandegekommen ist.⁸⁸⁴

Im Jahr 2014⁸⁸⁵ hat das Stadtgericht Moskau Neuland beschritten, indem es eine deliktsrechtliche Verletzung der vermögensrechtlichen Interessen der Abgebildeten durch die Verwertung ihres Bildes bejaht, ohne dieses Problem eingehend zu erörtern. Der Sachverhalt bestand darin, dass ein Foto der populären russischen Journalistin und Fernsehmoderatorin *Sobčak Ksenija Anantol'evna* unbefugt auf dem Titelblatt eines im Jahr 2013 erschienenen Buches „*Bludnaja doč' Kremlja. Ksenija obščak*“ veröffentlicht wurde. Das Gericht stellte fest, dass der Betroffenen alle zivilrechtlichen Schutzmittel nach Art. 12 ZGB RF, einschließlich des Schadensersatzes, zustehen.

Im Jahr 2015 ist das Gericht seiner Linie treu geblieben und hat den entgangenen Gewinn einer nicht prominenten Frau zugesprochen, dessen Bild ebenso auf dem Titelblatt des Buches „*Die Frau im Weiss*“ genutzt worden war.⁸⁸⁶

Auch zwei Jahre später ist noch ein entsprechender Fall⁸⁸⁷ zu finden. Ein Foto der russischen Fernsehmoderatorin und Schauspielerin *Čechova Anfisa Aleksandrovna* wurde in einem Werbeplakat eines Schokoladeneinzelhändlers im Inneren vom Einkaufszentrum „*Ščelkovo*“ in Moskau veröffentlicht. Auf dem Foto war die Klägerin vom Kopf bis den Hüften erkennbar abgebildet. Daneben wurde der folgende Text abgedruckt: „Die Schokoladengeschenke für alle Fälle des Lebens“. Das Gericht hat den Ersatz des entgangenen Gewinns zugesprochen.

Ob eine solche Rechtsprechung zu einer ständigen wird, ist noch offen. Unter Beachtung der Anerkennung der entgeltlichen Einwilligungserteilung, scheint die Durchsetzung der vermögensrechtlichen Ansprüche bei der rechtswidrigen Kommerzialisierung des Rechts am

⁸⁸⁴ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017; Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 18.06.2013 im Verfahren Nr. 33-5274; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

⁸⁸⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.05.2014 im Verfahren Nr. 33-15866, n. v., zitiert nach Consultant.

⁸⁸⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-39672, n. v., zitiert nach Consultant.

⁸⁸⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.04.2017 im Verfahren Nr. 33-16417/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

eigenen Bild ein weiterer Schritt zu sein.⁸⁸⁸ Abgesehen von obigen Ausnahmefällen werden allerdings die wirtschaftlichen Interessen des Abgebildeten gegenwärtig immer noch vom Bildnisschutz ausgeklammert.

Dies steht dabei der Möglichkeit nicht entgegen, ein Bild des Bürgers in die Gestaltung einer Marke schon heute einzubeziehen.⁸⁸⁹ Nach Art. 1483 Punkt 9 Nr. 2 ZGB RF kann ein Porträt einer zum Zeitpunkt der Beantragung berühmten Person, wie auch ihr Name, Pseudonym und Faksimile, erst dann als Marke eingetragen werden, wenn die Einwilligung dieser Person oder ihrer Erben vorliegt.⁸⁹⁰

Die Eintragung eines Porträts als Marke kann man als eine vertragliche Bildnutzung gegen Entgelt qualifizieren, die, wie bereits gesagt, zulässig ist. Dem *Gavrilov* ist zuzustimmen, dass die Norm in Art. 152.1 ZGB RF der Regelung in Art. 1483 Punkt 9 Nr. 2 ZGB RF vorgeht, warum der Kreis der Erben auf die in Art. 152.1 Punkt 1 Satz 2 ZGB RF genannten Angehörigen des Betroffenen einzuschränken ist.⁸⁹¹ Die aus dem Wortlaut von Art. 1483 Punkt 9 Nr. 2 ZGB RF folgende Vermutung, dass die Erben an die Stelle des Rechtsinhabers treten, weil sie die vermögenswerten Bestandteile des Rechts am eigenen Bild erben, ist abzulehnen. Die Erben sind ausschließlich aufgrund dieser Norm berechtigt, in die Verwertung des Bildes vom Erblasser im Wege der Eintragung als Marke einzuwilligen.

Dementsprechend kann man behaupten, dass das Recht am eigenen Bild dem Abgebildeten in Russland die Sicherung seiner Anonymitäts-, Darstellungs-, Identifizierungs- und Individualisierungsinteressen gewährt.

3. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

Sowohl im deutschen als auch im russischen Recht bestimmt man das Rechtsobjekt des Rechts am eigenen Bild ähnlich, nämlich als Entscheidungsfreiheit des Abgebildeten über die Veröffentlichung seines Bildes. Unter dem Schutzgut wird dabei nicht ein in einem bestimmten Zeitpunkt festgehaltenes Bild, sondern das äußere Erscheinungsbild einer Person, das ihr von Geburt an zusteht, verstanden.

⁸⁸⁸ Ausführlicher dazu s. Abschnitt E, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe d „Der Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch“.

⁸⁸⁹ Vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.09.2012 im Verfahren Nr. 11-23386, n. v., zitiert nach Consultant.

⁸⁹⁰ S. dazu *Nochrina* in: Tolstoj (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, S. 389; *Mikrjukov*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *ders.*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

⁸⁹¹ *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 25; vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 150.

Ähnlich wie §§ 22 ff. KUG sichert Art. 152.1 ZGB RF die Anonymitäts-, Darstellungs-, Identifizierungs- und Individualisierungsinteressen des Abgebildeten. Ein Unterschied besteht darin, dass das deutsche Recht darüber hinaus dem Rechtsinhaber den Schutz seines vermögensrechtlichen Interesses gewährt. Die durch die deutsche Rechtsprechung erfolgte Anerkennung der vermögenswerten Bestandteile des Rechts am eignen Bild ist als eine wissenschaftlich fundierte Rechtsfortbildung anzusehen.

Allerdings rücken kontinuierlich auch in Russland die Fälle der kommerziellen Bildnutzung in den Vordergrund. In rechtlicher Sicht stellt dies eine Herausforderung dar, weil eine unbefugte Bildverwertung in der Praxis regelmäßig ein Schutzdefizit für den Betroffenen zum Ausdruck bringt. Gleichwohl belegen relativ junge Entscheidungen des Stadtgerichts Moskau, in denen wegen der unautorisierten Bildverwertung den Klägerinnen der Geldersatz zugesprochen wurde, dass sich die vermögensrechtlichen Interessen durchsetzen können. Diese Gerichtsurteile sind für die Präzedenzfälle zu halten, die wahrscheinlich von den anderen russischen Gerichten beachtet werden.

Wird das Bild einer Person als Marke eingetragen, was sowohl in Deutschland, als auch in Russland zulässig ist, gelten die entsprechenden Gesetznormen.

D. Die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild

I. Deutschland

Das Recht am eigenen Bild ist kein absolut geschütztes Recht. In § 23 Abs. 1 KUG sind die Einschränkungen des Bildnisschutzes nach § 22 KUG aufgezählt. Da die Ausnahmen nicht erweitert interpretiert werden dürfen und sie darüber hinaus zuungunsten des Rechtsinhabers, sondern zugunsten der Informations-, Abbildungs-, Meinungs- und Kunstfreiheit⁸⁹² gelten, ist ihre Liste für abschließend⁸⁹³ zu halten. Als Rückausnahme gilt § 23 Abs. 2 KUG, wonach die gemäß § 23 Abs. 1 KUG zulässige Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung der Bildnisse wiederum nicht erlaubt ist, wenn dadurch ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt wird.

1. Die Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)

Der Tatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG ist der bekannteste und am intensivsten erörterte Teil der gesetzlichen Regelung des Rechts am eigenen Bild.⁸⁹⁴ Laut dieser Norm dürfen Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte ohne die nach § 22 KUG erforderliche Einwilligung verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden. Der gesetzgeberische Grund für eine solche Regelung ist das in diesen Fällen vorliegende legitime Öffentlichkeitsinteresse an einer Berichterstattung über prominente Personen bzw. die Pressefreiheit und die dahinter stehende Meinungsbildungsfreiheit.⁸⁹⁵

Die Rechtsprechung und das Schrifttum lassen sich hinsichtlich der Ausnahmeregelung in § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG in zwei Lager teilen. Die Weichenstellung stellt die berühmte „von Hannover gegen Deutschland“-Entscheidung des EGMR vom 24.06.2004⁸⁹⁶ dar (im Folgenden „Caroline“-Entscheidung).

⁸⁹² Vgl. *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (904).

⁸⁹³ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.1; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 170.

⁸⁹⁴ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 130.

⁸⁹⁵ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (451) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (525) – Abgestuftes Schutzkonzept“; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 26.

⁸⁹⁶ EGMR, Urteil vom 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 – „Von Hannover gegen Deutschland“.

a) Die Rechtslage vor der Entscheidung des EGMR

aa) Die absoluten Personen der Zeitgeschichte

In seiner Rechtsprechung hat der BGH⁸⁹⁷ zunächst auf *Neumann-Duesberg*⁸⁹⁸ zurückgehend⁸⁹⁹ zwischen den absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte unterschieden.⁹⁰⁰ Zu absoluten Personen der Zeitgeschichte zählten Personen, die durch Geburt, Stellung, Leistung oder ihr sonstiges Verhalten – bewusst oder unbewusst⁹⁰¹ – außergewöhnlich aus dem Kreis der Mitmenschen herausragten.⁹⁰² Dies wurde nicht nur für Politiker bejaht, sondern für Menschen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens wie Sport, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Unterhaltung.⁹⁰³

Einer prominenten Person wurde eine zeitgeschichtliche Bedeutung beigemessen,⁹⁰⁴ da die öffentliche Meinung Bildwerke über sie der Beachtung wert fand.⁹⁰⁵ Dementsprechend musste die absolute Person der Zeitgeschichte nach der bisherigen Rechtsprechung grundsätzlich hinnehmen, dass die Öffentlichkeit ein Informationsinteresse an ihr hat,⁹⁰⁶ auch wenn die entsprechenden Abbildungen sie nicht bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Funktion zeigten, sondern ihren privaten Alltag betrafen.⁹⁰⁷

⁸⁹⁷ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (926 f.) – „Caroline von Monaco II“; BGH, Urteil vom 14.11.1995, GRUR 1996, 195 – „Abschiedsmedaille“; BGH, Urteil vom 12.10.1993, NJW 1994, 124 – „Greenpeace“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (448 f.) – „Caroline von Monaco“; BVerfG, Beschluss vom 15.12.1999, AfP 2000, 163; BVerfG, Beschluss vom 13.04.2000, AfP 2000, 348; BVerfG, Beschluss vom 26.04.2001, NJW 2001, 1921 (1922) – „Prinz Ernst August von Hannover“; auch der höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend die Instanzengerichte, s. statt vieler nur OLG Hamburg, Urteil vom 27.04.1995, GRUR 1996, 123.

⁸⁹⁸ *Neumann-Duesberg*, JZ 1960, 114.

⁸⁹⁹ OLG Hamburg, Urteil vom 10.02.1994, AfP 1994, 232 (233); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 4; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 145; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 23.

⁹⁰⁰ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 27.

⁹⁰¹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 133 ff.; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 32, S. 33 Fn. 109.

⁹⁰² *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 25; *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 32; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 40; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 5; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 848.

⁹⁰³ *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (904); vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 40; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 131; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 21; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.3; *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 10.

⁹⁰⁴ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 40; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 139.

⁹⁰⁵ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (447 f.) – „Caroline von Monaco“.

⁹⁰⁶ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 5; BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (926 f.) – „Caroline von Monaco II“.

⁹⁰⁷ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (926 f.) – „Caroline von Monaco II“; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 40; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 146.

Das BVerfG hat die Rechtsprechung des BGH in einer Grundsatzentscheidung⁹⁰⁸ vom 15.12.1999 bestätigt und ausgeführt, dass unter dem Gesichtspunkt demokratischer Transparenz und Kontrolle für Personen des politischen Lebens, aber auch für andere Personen des öffentlichen Lebens, die oft als Idol oder Vorbild gelten, ein berechtigtes Informationsinteresse der Allgemeinheit bestehe, und zwar, ob sie „funktionales und persönliches Verhalten überzeugend in Übereinstimmung bringen“.⁹⁰⁹ Die Presse dürfe nach publizistischen Kriterien selbst entscheiden, was sie als öffentliches Interesse einschätze und was nicht, so dass auch der bloßen Unterhaltung der Bezug zur Meinungsbildung nicht von vornherein abgesprochen werden könne.⁹¹⁰

Nur der Schutz der berechtigten Interessen des Abgebildeten nach § 23 Abs. 2 KUG konnte der Bildnisveröffentlichung entgegenstehen. Hinsichtlich der absoluten Personen der Zeitgeschichte wurde aber diese Grenze der Abbildungsfreiheit sehr restriktiv angewendet.⁹¹¹ Das war vorwiegend der Fall, wenn in die Privat- oder Intimsphäre von absoluten Personen der Zeitgeschichte eingedrungen wurde, nämlich in die häuslichen Bereiche oder die Bereiche erkennbarer Zurückgezogenheit.⁹¹² Im letzten Fall ging es um eine örtliche Abgeschiedenheit im öffentlichen Raum, in der jemand begründet und für Dritte erkennbar davon ausgehen darf, den Blicken der breiten Öffentlichkeit nicht ausgesetzt zu sein, etwa eine dunkle Terrasse in einem Gartenlokal.⁹¹³

bb) Die relativen Personen der Zeitgeschichte

Da die „Caroline“-Entscheidung in erster Linie die Prominenten betrifft, hat sie auf die Rechtslage von relativen Personen der Zeitgeschichte keinen besonderen Einfluss ausgeübt. So werden unter diesen nach wie vor die Personen verstanden, die lediglich in Bezug auf ein

⁹⁰⁸ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 – „Caroline von Monaco“.

⁹⁰⁹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (452) – „Caroline von Monaco“; BVerfG, Beschluss vom 13.04.2000, NJW 2000, 2192; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 27, 51; vgl. *Neumann-Duesberg*, JZ 1960, 114 (116).

⁹¹⁰ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (451 f.) – „Caroline von Monaco“; s. a. BGH, Urteil vom 09.12.2003, NJW 2004, 762; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 51; zur Frage nach dem Informationsbedürfnis s. ausführlicher *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 139 ff.; vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 27.

⁹¹¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 5.

⁹¹² Vgl. ebd.

⁹¹³ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (925) – „Caroline von Monaco II“; BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (448) – „Caroline von Monaco“.

bestimmtes zeitgeschichtliches Ereignis⁹¹⁴ und häufig wider ihren Willen⁹¹⁵ in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten und allein dadurch ein Informationsinteresse für einen bestimmten Moment hervorgerufen haben.⁹¹⁶ Die Abbildungsfreiheit wird somit zeitlich begrenzt, bis die Erinnerung an das maßgebliche Ereignis für die Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielt.⁹¹⁷ Dementsprechend müssen relative Personen der Zeitgeschichte nur solche Bildnisveröffentlichungen dulden, die sie in ihrer jeweiligen Rolle darstellten.⁹¹⁸ Das BVerfG ist überdies der Auffassung, dass die Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung von kontextneutralen Abbildungen von relativen Personen der Zeitgeschichte, etwa von Passbildern, auch erlaubt ist, soweit sie nicht sinnverfälschend und im Zusammenhang mit einem zeitgeschichtlichen Ereignis verwendet werden.⁹¹⁹ Die Veröffentlichung von kontextneutralen Fotos aus sozialen Netzwerken ist allerdings nicht zulässig.⁹²⁰

Beispielsweise geht es bei einem Straftäter um seinen Status als relative Person der Zeitgeschichte, wenn seine Person, die Schwere der Straftat oder besondere Umstände die Tat deutlich aus dem Kreis der alltäglichen Kriminalität herausgehoben haben.⁹²¹ Ebenso können die Parteien, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte⁹²² in spektakulären Zivil- und

⁹¹⁴ BGH, Urteil vom 09.06.1965, GRUR 1966, 102 (103) – „Spielgefährtin“; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 850 – Allein durch die erfolgte Bildveröffentlichung werde niemand zu einer relativen Person der Zeitgeschichte; so auch *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 147.

⁹¹⁵ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 32; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 849.

⁹¹⁶ *Neumann-Duesberg*, JZ 1960, 114 (115); so auch *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 27; *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 23, Rn. 6; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 137.

⁹¹⁷ BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“ – Hier komme auch der Resozialisierungsgedanke hinsichtlich des Straftäters in Betracht; vgl. BVerfG, Urteil vom 05.06.1973, GRUR 1973, 541 – „Lebach“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 148; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 41; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 848 – Die absoluten Personen der Zeitgeschichte können ebenso diesen Status verlieren.

⁹¹⁸ BGH, Urteil vom 09.06.1965, GRUR 1966, 102 (102) – „Spielgefährtin“; BGH, Urteil vom 09.03.2004, NJW 2004, 1795 (1796) – „Charlotte Casiraghi“; vgl. BGH, Urteil vom 28.09.2004, NJW 2005, 56 (58) – „Charlotte Casiraghi II“; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 42; *Specht-Riemenschneider* in: *Dreier/Schulze*, KUG § 23, Rn. 6; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 850; *Lettl*, Urheberrecht, § 12, Rn. 22.

⁹¹⁹ BVerfG, Beschluss vom 26.04.2001, NJW 2001, 1921 (1924) – „Prinz Ernst August von Hannover“; vgl. OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (83); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 146 f.

⁹²⁰ OLG München, Urteil vom 17.03.2016, GRUR 2016, 860; *Lauber-Rönsberg*, NJW 2016, 744 (750).

⁹²¹ BVerfG, Urteil vom 05.06.1973, GRUR 1973, 541 – „Lebach“; OLG Hamburg Urteil vom 07.07.1983, AfP 1983, 466; OLG Hamburg, Urteil vom 10.02.1994, AfP 1994, 232 (233); OLG Celle, Urteil vom 20.04.2000, NJW-RR 2001, 335; *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 43; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 853; *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 23, Rn. 33 f.; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 155; *Rixecker* in: *Münchener Kommentar zum BGB*, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 114.

⁹²² OLG Hamburg, Urteil vom 10.12.1981, AfP 1982, 177 ff. – Ein Rechtsanwalt habe in vielfältiger Weise rechtsextreme und rassistische Bestrebungen gefördert oder geleitet; einschränkend OLG Celle, Urteil vom 08.08.1984, AfP 1984, 236 f.

Verwaltungsverfahren als relative Personen der Zeitgeschichte angesehen werden.⁹²³ Ein besonderes Informationsinteresse der Öffentlichkeit an der Abbildung der Zeugen und Opfer von spektakulären Verbrechen sowie von spektakulären Unglücksfällen wird dagegen nur in äußersten Ausnahmefällen anerkannt.⁹²⁴

Ferner zählen zu relativen Personen der Zeitgeschichte diejenigen, die durch im Fernsehen gezeigte Telenovelas, Soaps, Castingshows etc. für einen bestimmten Zeitraum bekannt geworden sind.⁹²⁵

Eine sogenannte „Begleiterrechtsprechung“⁹²⁶ hat sich allerdings in einem engen Zusammenhang mit den absoluten Personen der Zeitgeschichte entwickelt und ist vor der „Caroline“-Entscheidung häufig zum tragen gekommen. Nach dieser Rechtsprechung wurden vertraute Begleiter von absoluten Personen der Zeitgeschichte, die gemeinsam bewusst⁹²⁷ in der Öffentlichkeit auftraten, für relative Personen der Zeitgeschichte gehalten.⁹²⁸ Die vertraute Begleitung einer absoluten Person der Zeitgeschichte in der Öffentlichkeit stellte somit ein zeitgeschichtliches Ereignis dar.⁹²⁹ Maßgebend war ein abgeleitetes Allgemeininteresse, das nicht um der abgebildeten Person willen, sondern wegen des Interesses an der absoluten Person der Zeitgeschichte bestand, und das auf ihre Begleitpersonen ausstrahlte.⁹³⁰

Die minderjährigen Kinder der Prominenten genossen allerdings einen besonderen Schutz, damit sie sich unbeobachtet von Medien zu eigenverantwortlichen Personen entwickeln konnten.⁹³¹ Das Persönlichkeitsrecht der Kinder, unter anderem auch die spezifische Eltern-

⁹²³ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 45; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 855; s. z. B. BVerfG, Beschluss vom 21.07.2000, NJW 2000, 2890 (2891) – „Fernsehaufnahmen in einem Strafverfahren“.

⁹²⁴ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 44; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.10; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 854; vgl. Rixecker in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 117; s. z. B. BGH, Urteil vom 09.06.1965, GRUR 1966, 102 (102) – „Spielgefährtin“; OLG Karlsruhe 18.08.1989, GRUR 1989, 823 – „Unfallfoto“; OLG Frankfurt, Urteil vom 26.05.1976, AfP 1976, 181 – „Verbrechensopfer“; LG Frankfurt a. M., Urteil vom 27.09.2018, ZUM-RD 2020, 80; LG Münster, Urteil vom 24.03.2004, ZUM-RD 2004, 380.

⁹²⁵ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 42.

⁹²⁶ OLG Hamburg, Urteil vom 13.07.1989, NJW-RR 1990, 1000; KG, Urteil vom 22.06.2004, NJW 2005, 603.

⁹²⁷ OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 (536).

⁹²⁸ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 46; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 7; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 856.

⁹²⁹ BVerfG, Beschluss vom 26.04.2001, NJW 2001, 1921 (1923) – „Prinz Ernst August von Hannover“; KG, Urteil vom 22.06.2004, NJW 2005, 603 (603).

⁹³⁰ BVerfG, Beschluss vom 26.04.2001, NJW 2001, 1921 (1923) – „Prinz Ernst August von Hannover“; BGH, Urteil vom 09.03.2004, NJW 2004, 1795 (1796) - Charlotte Casiraghi; Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 41; Klass, ZUM 2007, 818 (825).

⁹³¹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (450) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 09.03.2004, NJW 2004, 1795 - Charlotte Casiraghi.

Kind-Beziehung,⁹³² erfuhr eine Schutzbereichsverstärkung durch Art. 6 Abs. 1 und 2 GG.⁹³³ Etwas anderes galt, wenn es um einen gemeinsamen bewussten Auftritt in der Öffentlichkeit ging.⁹³⁴

b) Die Rechtslage nach der Entscheidung des EGMR

aa) Die bisher absoluten Personen der Zeitgeschichte

Nachdem sich Prinzessin Caroline von Monaco am 06.06.2000 an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt hatte, wurde die gesamte Rechtsprechung der deutschen Gerichte über absolute Personen der Zeitgeschichte in Frage gestellt. Der EGMR hat in seinem Urteil vom 24.06.2004⁹³⁵ kritisiert, dass die von den deutschen Gerichten entwickelten Kriterien („absolute Person der Zeitgeschichte“, „örtliche Abgeschiedenheit“) für einen wirksamen Schutz des Privatlebens der Beschwerdeführerin nicht ausreichten, und erkannte hierin eine Verletzung der nach Art. 8 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (im Folgenden Menschenrechtskonvention, EMRK) geschützten Privatsphäre.⁹³⁶

Nach der Meinung des EGMR sei bei der Abwägung zwischen dem Schutz des Privatlebens nach Art. 8 EMRK und der Freiheit der Meinungsäußerung nach Art. 10 EMRK darauf abzustellen, ob Fotoaufnahmen und Presseartikel zu einer öffentlichen Diskussion über eine Frage allgemeinen Interesses beitragen und Personen des politischen Lebens betreffen.⁹³⁷ Hier spiele die Presse ihre wesentliche Rolle als „Wachhund“ in der demokratischen Gesellschaft.⁹³⁸ Bei Personen des öffentlichen Lebens, insbesondere bei Politikern, so der EGMR, habe die Öffentlichkeit unter besonderen Umständen auch ein Recht auf Informationen über Aspekte ihres Privatlebens.⁹³⁹ Im Falle der Berichterstattung über Einzelheiten des

⁹³² Rixecker in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 113; s. z. B. LG Hamburg, Urteil vom 20.07.2001, ZUM 2002, 68 (69).

⁹³³ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 – „Caroline von Monaco“; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 7.

⁹³⁴ OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 – Bei einem gemeinsamen Spaziergang oder Einkaufsbummel gehe es nicht um einen bewussten Auftritt in der Öffentlichkeit; Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 48; Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 42.

⁹³⁵ EGMR, Urteil vom 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 – „Von Hannover gegen Deutschland“.

⁹³⁶ EGMR, Urteil vom 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 – „Von Hannover gegen Deutschland“; vgl. auch im deutschen Schrifttum Klass, ZUM 2007, 818 (821) – Es gehe um „schablonenhafte Anwendung“ der Kategorien der absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte seitens der Richter von BGH; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 859 – Die Lehre von absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte habe sich in weiten Teilen der Praxis zu einem „Automatismus“ entwickelt; Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 113 ff.

⁹³⁷ EGMR, Urteil vom 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 (1053) – „Von Hannover gegen Deutschland“.

⁹³⁸ Ebd.

⁹³⁹ Ebd.

Privatlebens einer Person, die kein öffentliches Amt bekleide, wie Prinzessin Caroline von Hannover, würden die entsprechenden Veröffentlichungen lediglich die Neugier „eines bestimmten Publikums“ befriedigen.⁹⁴⁰ Dazu komme dem Schutz der Privatsphäre angesichts moderner technischer Überwachungsmöglichkeiten besondere Bedeutung zu.⁹⁴¹

Dementsprechend haben der BGH⁹⁴² sowie das BVerfG⁹⁴³ ihre Rechtsprechung in erheblichen Teilen der „Caroline“-Entscheidung des EGMR angepasst. Das sogenannte abgestufte Schutzkonzept, das die deutsche Rechtsprechung aus §§ 22, 23 KUG entwickelt hatte, wurde vom BGH unter Berücksichtigung entsprechender Grundsätze des EGMR erläutert.⁹⁴⁴ Demnach wird zuerst davon ausgegangen, dass die Bildnisveröffentlichung nach § 22 KUG nur mit der Einwilligung des Betroffenen zulässig ist. Danach wird geprüft, ob die Ausnahme in § 23 Abs. 1 KUG für Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte eingreift. Und zuletzt ist auf berechnete Interessen des Abgebildeten zu achten, die durch die Veröffentlichung seiner Bildnisse verletzt werden könnten (§ 23 Abs. 2 KUG).⁹⁴⁵

Nun dürfen die Bildnisse aus dem privaten Alltag der Prominenten, auch wenn es sich nicht um Orte der Abgeschlossenheit handelt, nicht mehr ohne Weiteres verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden.⁹⁴⁶ Es reicht für die freie Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung der Bildnisse nicht mehr, dass die Person wohl bekannt ist. Bisher absolute Personen der Zeitgeschichte besitzen nicht mehr *per se* einen Nachrichtenwert.⁹⁴⁷ Auch solche Personen haben Anspruch auf den Schutz ihrer Privatsphäre und dürfen nach den Umständen typischerweise die berechnete Erwartung haben, nicht in den Medien abgebildet zu werden. Das kann auch im öffentlichen Raum außerhalb örtlicher Abgeschlossenheit z. B. in Momenten

⁹⁴⁰ EGMR, Urteil von 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 (1053) – „Von Hannover gegen Deutschland“.

⁹⁴¹ EGMR, Urteil von 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 (1054) – „Von Hannover gegen Deutschland“; s. a. BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (541); *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (909); *Hoffmann-Riem*, NJW 2009, 20 (25).

⁹⁴² BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 – „Abgestuftes Schutzkonzept“.

⁹⁴³ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539; BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1376; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 30.

⁹⁴⁴ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (524 ff.) – „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (527 f.) – „Winterurlaub“; *Lehr*, Anmerkung zu EGMR-Urteil vom 07.02.2012 „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“ (NJW 2012, 1053), GRUR 2012, 750 (750).

⁹⁴⁵ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (524) – „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (965); OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (652); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2015, NJW 2016, 818 (818).

⁹⁴⁶ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (543); OLG Köln, Urteil vom 06.08.2013, BeckRS 2013, 15175.

⁹⁴⁷ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 38; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 10.

der Entspannung oder des Sich-Gehen-Lassens außerhalb der Einbindung in die Pflichten des Berufs und des Alltags der Fall sein.⁹⁴⁸

Die Einschränkung des Rechts am eigenen Bild nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG kommt nur dann in Betracht, wenn die Bildberichterstattung ein Ereignis von zeitgeschichtlicher Bedeutung betrifft.⁹⁴⁹ Von maßgebender Bedeutung ist der Informationswert der Abbildung, nämlich ob sie einen Beitrag zu einer öffentlichen Diskussion leistet.⁹⁵⁰

Die Vorschrift in § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG setzt somit tatbestandlich die Abwägung der kollidierenden Grundrechte der Presse aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG und der abgebildeten Person aus Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG voraus, die der BGH bereits bei der Zuordnung eines Bildnisses zum Bereich der Zeitgeschichte vornimmt, und nicht erst auf der Ebene von § 23 Abs. 2 KUG.⁹⁵¹ Ob die Bildnisveröffentlichung einem legitimen Informationsinteresse der Öffentlichkeit dient, kann man nicht „abstrakt“, sondern nur „konkret“ im Lichte der Besonderheiten des Einzelfalls feststellen, so dass beide Tatbestände ineinander übergehen.⁹⁵²

Keines der genannten Grundrechte kann einen Vorrang beanspruchen, so dass sie nach Möglichkeit zum Ausgleich gebracht werden müssen. Als Grundsatz gilt dabei Folgendes: „Je größer der Informationswert für die Öffentlichkeit ist, desto mehr muss das Schutzinteresse desjenigen, über den informiert wird, hinter den Informationsbelangen der Öffentlichkeit zurücktreten. Umgekehrt wiegt aber auch der Schutz der Persönlichkeit des Betroffenen desto schwerer, je geringer der Informationswert für die Allgemeinheit ist [...]“.⁹⁵³

⁹⁴⁸ BGH, Urteil vom 07.07.2020, NJW 2020, 3715 (3718 f.); BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3138 (3140) – „Bildberichterstattung über Sabine Christiansen - Einkaufsbummel im Urlaub“; OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (654); LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1968); LG Köln, Urteil vom 22.08.2012, BeckRS 2013, 09435; *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 62.

⁹⁴⁹ BGH, Urteil vom 19.10.2004, GRUR 2005, 76 – „Rivalin“ von Uschi Glas“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (524 ff.) - „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (528) - „Winterurlaub“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 - „Abgestuftes Schutzkonzept II“; BGH, Urteil vom 10.03.2009, GRUR 2009, 584; vgl. BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139 - „Rücktritt des Finanzministers“; OLG Hamburg, Urteil vom 21.10.2008, ZUM 2009, 65; OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1115); LG München I, Urteil vom 02.10.2013, ZUM-RD 2014, 172 (176); *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 30.

⁹⁵⁰ Vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 59; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 8.

⁹⁵¹ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 60; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 66; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 8; s. z. B. BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (525) - „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 - „Abgestuftes Schutzkonzept II“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (528) - „Winterurlaub“; BGH, Urteil vom 13.04.2010, GRUR 2010, 1029 (1029 f.) – „Charlotte im Himmel der Liebe“; s. a. BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (545); vgl. BVerfG, Beschluss vom 21.08.2006, NJW 2006, 3406 (3407); LG Berlin, Urteil vom 30.05.2013, ZUM-RD 2014, 105 (107).

⁹⁵² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 34 f.

⁹⁵³ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (526) - „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (529) - „Winterurlaub“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 (903) -

Der bloßen Unterhaltung kann zwar nach wie vor ein Bezug zur Meinungsbildung nicht von vornherein abgesprochen werden,⁹⁵⁴ da eine öffentliche Diskussion auch über „vermischte Themen“ stattfindet,⁹⁵⁵ jedoch hat das Interesse der Leser an der Unterhaltung gegenüber dem Schutz der Privatsphäre regelmäßig ein geringeres Gewicht und ist nicht schützenswert.⁹⁵⁶ Maßgebend ist, dass die Medien eine Angelegenheit von öffentlichen Interessen ernsthaft und sachbezogen erörtern.⁹⁵⁷ Dabei ist eine Leitbildfunktion der Prominente, insbesondere von Politikern, weiterhin zu berücksichtigen,⁹⁵⁸ so dass auch die Normalität ihres Alltagslebens unter Umständen schützenswert sein kann.⁹⁵⁹

Der Informationsgehalt einer Bildberichterstattung ist im Gesamtkontext, in den das Personenbildnis gestellt wird, zu ermitteln,⁹⁶⁰ insbesondere unter Berücksichtigung zugehöriger Wortberichterstattung.⁹⁶¹ Enthält letztere einen hinreichenden Informationswert, ist es nicht

„Abgestuftes Schutzkonzept II“ - alle mit Verweis auf BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 – „Caroline von Monaco II“; BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 14); BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (517); s. a. LG Köln, Urteil vom 10.06.2015, NJOZ 2016, 252 (255); LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1968).

⁹⁵⁴ BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (525) – „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 – „Abgestuftes Schutzkonzept II“; BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (528) – „Winterurlaub“; BGH, Urteil vom 19.06.2007, GRUR 2007, 899 (901) – „Grönemeyer“; BGH, Urteil vom 21.04.2015, ZUM-RD 2015, 504 (506); BGH, Urteil vom 27.09.2016, GRUR 2017, 302 (303); BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (542); BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1376 (1377); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1117); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2015, NJW 2016, 818 (818); LG Frankfurt (Oder), Urteil vom 25.06.2013, ZUM-RD 2014, 701 (704); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 11; kritisch dazu *Stürner*, Anmerkung zu EGMR, Urteil vom 24.06.2004 „Von Hannover gegen Deutschland“ (GRUR 2004, 1051), JZ 2004, 1018 (1018).

⁹⁵⁵ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (542); *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (910).

⁹⁵⁶ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 (529) – „Winterurlaub“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 (903) – „Abgestuftes Schutzkonzept II“; vgl. BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (526) – „Abgestuftes Schutzkonzept“ - alle mit Verweis auf BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 – „Caroline von Monaco II“; BVerfG, Beschluss vom 21.08.2006, NJW 2006, 3406; OLG Köln, Urteil vom 07.01.2014, NJW-RR 2014, 1069 (1070); LG Köln, Urteil vom 05.06.2013, BeckRS 2014, 14480, 1a; LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1968).

⁹⁵⁷ BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1821); OLG Frankfurt, Urteil vom 07.08.2018, MMR 2019, 323; OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2736 f.); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2015, NJW 2016, 818 (818).

⁹⁵⁸ Vgl. *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 107; s. z. B. BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (516); BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (967).

⁹⁵⁹ BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1821); s. dazu *Tölle*, Anmerkung zu BGH, Urteil vom 06.02.2018 (NJW 2018, 1820), ZUM-RD 2018, 331 ff.

⁹⁶⁰ BGH, Urteil vom 13.04.2010, GRUR 2010, 1029 (1030) – „Charlotte im Himmel der Liebe“; vgl. OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (245); OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2736).

⁹⁶¹ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (526) – „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 28.09.2004, NJW 2005, 56 (58) – „Charlotte Casiraghi II“; BGH, Urteil vom 19.10.2004, GRUR 2005, 76 – „Rivalin“ von Uschi Glas; BGH Urteil vom 15.11.2005, GRUR 2006, 257 (260), bestätigt durch BVerfG, Beschluss vom 13.06.2006, AfP 2006, 354; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 (904) – „Abgestuftes Schutzkonzept II“; BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3141 „Vermietung der Ferienvilla“ – Ein Bericht über Vermietung der Ferienvilla könne Anlass für sozialkritische Überlegungen hinsichtlich der Sparsamkeit der Reichen und Schönen geben, kritisch dazu *Frenz*, NJW 2008, 3102 (3105) sowie *Dietrich*, ZUM 2014, 661; BGH, Urteil vom 24.06.2008, NJW 2008, 3134 – „Einkaufsbummel nach Abwahl“; BGH, Urteil vom 10.03.2009, GRUR 2009, 584; BGH, Urteil vom 28.05.2013, NJW 2013, 2890 (2891); BGH, Urteil vom 27.09.2016, GRUR 2017,

erforderlich, dass das Bild während des berichteten Geschehens gewonnen wird,⁹⁶² obwohl generell die Umstände, unter denen die Aufnahme entstanden ist, also in welcher Situation der Abgebildete erfasst und wie er dargestellt wird, in die Beurteilung mit einzubeziehen sind.⁹⁶³ Beispielsweise wurde die Veröffentlichung der privaten Abbildungen von Prinzessin Caroline von Monaco mit ihrem Ehemann im Winterurlaub ohne Informationsbezug zu zeitgeschichtlichen Ereignissen nicht erlaubt,⁹⁶⁴ während der Zusammenhang mit der Wortberichterstattung über die Erkrankung des Vaters der Prinzessin und ihres Verhaltens während der Krankheit die Veröffentlichung derselben Fotos gerechtfertigt hat.⁹⁶⁵ Demgegenüber trägt ein Bericht, der sich allein darauf beschränkt, lediglich einen Anlass für die Abbildung prominenter Personen zu schaffen, nicht zur öffentlichen Meinungsbildung bei.⁹⁶⁶

Dass der BGH jetzt neben dem Prominentenstatus ein besonderes Ereignis, d. h. eine zusätzliche zeitgeschichtliche Relevanz für die zulässige Berichterstattung fordert, führt im Ergebnis dazu, dass sich die absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte nicht mehr voneinander unterscheiden.⁹⁶⁷

302 (303); BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 13); BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (543); BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1376 (1377); KG, Urteil vom 16.09.2021, ZUM-RD 2022, 143; OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1116); LG Köln, Urteil vom 27.08.2014, BeckRS 2014, 16707 (1aa); aber auch vor der EGMR-Entscheidung, s. BGH, Urteil vom 09.03.2004, NJW 2004, 1795 (1796) – „Charlotte Casiraghi“ – die Unzulässigkeit der Bildnisveröffentlichung könne im Einzelfall auch allein aus dem begleitenden Text ergeben; vgl. BGH, Urteil vom 30.09.2003, GRUR 2004, 590 (590) – „Satirische Fotomontage“.

⁹⁶² BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (543); *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 6 f.

⁹⁶³ BGH, Urteil vom 07.07.2020, NJW 2020, 3715 (3718); BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 21); BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 27.09.2016, GRUR 2017, 302 (304); BGH, Urteil vom 28.05.2013, NJW 2013, 2890; OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (243); OLG Frankfurt, Urteil vom 07.08.2018, MMR 2019, 323 (325); OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (82); OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (655); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2015, NJW 2016, 818 (818); OLG Köln, Urteil vom 07.01.2014, NJW-RR 2014, 1069 (1070).

⁹⁶⁴ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 - „Winterurlaub“.

⁹⁶⁵ BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 527 - „Winterurlaub“, kritisch dazu *Götting*, Anmerkung zu den BGH-Urteilen „Abgestuftes Schutzkonzept“ (GRUR 2007, 523) und „Winterurlaub“ (GRUR 2007, 527), GRUR 2007, 530 (531) und *Lehr*, Anmerkung zu EGMR-Urteil vom 07.02.2012 „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“ (NJW 2012, 1053), GRUR 2012, 750 (751); s. a. BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3141 „Vermietung der Ferienvilla“; vgl. BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 - „Abgestuftes Schutzkonzept“; *Frenz*, NJW 2008, 3102 (3105); *ders.*, NJW 2012, 1039 (1040); *Dietrich*, ZUM 2014, 661 (664 f.).

⁹⁶⁶ BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3138 (3140) – „Bildberichterstattung über Sabine Christiansen - Einkaufsbummel im Urlaub“; OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (243 f.); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2015, NJW 2016, 818 (818 f.); LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1969); vgl. EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1057) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“; *Hoffmann-Riem*, NJW 2009, 20 (23 f.); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 16.

⁹⁶⁷ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 38; vgl. BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (544 f.) – „Der Verzicht auf die Figur der absoluten und relativen Person der Zeitgeschichte widerspricht der bisherigen Rechtsprechung des BVerfG nicht. [...] Da der Begriff der Person der Zeitgeschichte verfassungsrechtlich nicht vorgegeben ist, steht es den Fachgerichten von

Gleichwohl kann man sehen, dass die neue Rechtsprechung der deutschen Höchstgerichte pressefreundlicher ist als die EGMR-Entscheidung.⁹⁶⁸ Das enge Verständnis des EGMR, der die Abbildungsfreiheit lediglich auf solche Themen beschränken will, bei denen die Medien die Rolle eines „Wachhunds“ spielen, ist im deutschen Schrifttum kritisiert worden.⁹⁶⁹ Da sich das Informationsinteresse der Öffentlichkeit nicht auf staatstragende Fragen beschränkt,⁹⁷⁰ werden vom Begriff der Zeitgeschichte nach wie vor alle Vorgänge von allgemein gesellschaftlichem – auch regionalem oder nur lokalem⁹⁷¹ - Interesse umfasst.⁹⁷² Denn es gilt weiterhin, dass der Presse bei der Frage, was des öffentlichen Interesses wert ist und was nicht, im Lichte der geschützten Pressefreiheit ein eigenständiger Entscheidungsspielraum zuzubilligen ist.⁹⁷³ Eine Bedürfnisprüfung, ob eine Bebilderung veranlasst war, findet nicht statt.⁹⁷⁴ Das BVerfG führt dazu aus, dass der EGMR selber zwischen Politikern, den gewöhnlichen Privatpersonen, aber auch sonstigen im öffentlichen Leben oder im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Personen unterscheidet.⁹⁷⁵ Die Richter *Cabral Bareto* und *Zupančič* haben in ihren Sondervoten zum einschlägigen EGMR-Urteil vom 24.06.2004, dem sie im Ergebnis zugestimmt haben,

Verfassungswegen frei, ihn in Zukunft nicht oder nur noch begrenzt zu nutzen und stattdessen im Wege der einzelfallbezogenen Abwägung über das Vorliegen eines Bildnisses aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG) zu entscheiden“; dementsprechend wird immer noch angewendet z. B. in OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237.

⁹⁶⁸ So auch *Peifer*, Anmerkung zu BVerfG-Beschluss vom 26.02.2008 (GRUR 2008, 539), GRUR 2008, 547 (549); *Hoffmann-Riem*, NJW 2009, 20; *Schubert*, AfP 2007, 20 (21); vgl. BGH, Urteil vom 26.10.2010, GRUR 2011, 259 (261); BGH, Urteil vom 18.10.2011, GRUR-Prax 2012, 36.

⁹⁶⁹ *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902; vgl. *Klass*, ZUM 2007, 818; *Hoffmann-Riem*, NJW 2009, 20 (22 ff.).

⁹⁷⁰ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 16 ff.

⁹⁷¹ Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil vom 06.09.2019, ZUM-RD 2020, 53; *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 125.

⁹⁷² BGH, Urteil vom 06.03.2007, GRUR 2007, 523 (525) - „Abgestuftes Schutzkonzept“; BGH, Urteil vom 03.07.2007, GRUR 2007, 902 - „Abgestuftes Schutzkonzept II“; BGH, Urteil vom 26.10.2010, GRUR 2011, 259 (260); BGH, Urteil vom 13.04.2010, GRUR 2010, 1029 – „Charlotte im Himmel der Liebe“; BGH, Urteil vom 21.04.2015, ZUM-RD 2015, 504 (506); BGH, Urteil vom 27.09.2016, GRUR 2017, 302 (303); BGH, Urteil vom 18.10.2011, NJW 2012, 762; BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 12); BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (542) mit der Anmerkung von *Peifer*, GRUR 2008, 547 (548); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1116); OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (652); LG Köln, Urteil vom 27.08.2014, BeckRS 2014, 16707 (1a); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 11.

⁹⁷³ BGH, Urteil vom 13.04.2010, GRUR 2010, 1029 (1030) – „Charlotte im Himmel der Liebe“; BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (516); BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (540).

⁹⁷⁴ BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 12); BGH, Urteil vom 18.06.2019, NJW 2020, 45 (48); BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (516); BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1821); OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (242); OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2736); s. dazu *Schlüter*, GRUR-Prax 2020, 136.

⁹⁷⁵ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (546); s. a. BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (517); BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1822); OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (243); OLG Köln, Urteil vom 12.04.2018, NJW 2018, 2735 (2737).

ausdrücklich auf den Sonderstatus Prominenter verwiesen,⁹⁷⁶ zu denen auch Prinzessin Caroline von Hannover zähle.⁹⁷⁷

Darüber hinaus scheint der EGMR im Unterschied zu den deutschen Gerichten dem im französischen Recht entwickelten Grundsatz zu folgen, wonach Prominente in der Regel nur bei der Ausübung ihrer öffentlichen Funktion wider ihren Willen abgebildet werden dürfen.⁹⁷⁸ Nach der Ansicht des BVerfG habe der EGMR jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass eine Berichterstattung, die einen Beitrag zur Behandlung von für die Allgemeinheit bedeutsamen Sachfragen leistet, auch mit Abbildungen aus dem Alltagsleben einer im öffentlichen oder politischen Leben stehenden Person bebildert werden dürfe.⁹⁷⁹

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die zweite Entscheidung des EGMR⁹⁸⁰ vom 07.02.2012 im Verfahren von Hannover gegen Deutschland, in der sich der Gerichtshof mit der neuen Rechtsprechung der deutschen Gerichte auseinandersetzte. Er hat ausgeführt, dass ein in der deutschen höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickeltes abgestuftes Schutzkonzept nicht zu beanstanden sei. Der BGH habe Kriterien für die Abwägung des Rechts auf Meinungsäußerung gegen das Recht auf Achtung des Privatlebens entwickelt. Im einzelnen sind diese: ein Beitrag zu einer Diskussion allgemeinen Interesses, der Bekanntheitsgrad des Betroffenen, der Gegenstand des Berichts, das vorherige Verhalten des Betroffenen, Inhalt, Form und Folgen der Veröffentlichung und wie die Fotos aufgenommen worden sind.⁹⁸¹ Allen diesen Kriterien haben die deutschen Gerichte Genüge getan und die Rechtsprechung des EGMR ausdrücklich berücksichtigt.⁹⁸² Somit hat der EGMR seine erste „Caroline“-Entscheidung dahingehend korrigiert,⁹⁸³ dass die sogenannten Personen des öffentlichen Lebens, darunter Politiker, aber auch Sportler, herausragende Künstler etc., einschließlich Prinzessin Caroline von Monaco,⁹⁸⁴ keinen besonderen Schutz ihres Privatlebens beanspruchen können wie unbekannte Privatpersonen.⁹⁸⁵ Unter besonderen Umständen habe die

⁹⁷⁶ EGMR, Urteil von 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 (1055 f.) – „Von Hannover gegen Deutschland“.

⁹⁷⁷ Vgl. *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (910).

⁹⁷⁸ *Götting*, Anmerkung zu den BGH-Urteilen „Abgestuftes Schutzkonzept“ (GRUR 2007, 523) und „Winterurlaub“ (GRUR 2007, 527), GRUR 2007, 530 (531); *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (911).

⁹⁷⁹ BVerfG, Beschluss vom 26.02.2008, GRUR 2008, 539 (546 f.); a. A. *Götting*, Anmerkung zu den BGH-Urteilen „Abgestuftes Schutzkonzept“ (GRUR 2007, 523) und „Winterurlaub“ (GRUR 2007, 527), GRUR 2007, 530 (531).

⁹⁸⁰ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“; s. a. EGMR, Urteil vom 19.09.2013, NJW 2014, 1645 – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 3“; hinsichtlich der weiteren einschlägigen Rechtsprechung des EGMR s. *Frenz*, NJW 2012, 1039.

⁹⁸¹ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1055 f.) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“.

⁹⁸² Ebd., Rn. 1056 ff.

⁹⁸³ Zutreffend *Dörr*, JuS 2012, 1046 (1047 f.); *Engels/Haisch*, GRUR-Prax 2012, 81.

⁹⁸⁴ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1057) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“; s. dazu BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (966); BGH, Urteil vom 09.04.2019, ZUM-RD 2019, 515 (516).

⁹⁸⁵ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1056) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“.

Öffentlichkeit sogar ein Recht auf Informationen über Einzelheiten ihres Privatlebens.⁹⁸⁶ Auch in der dritten einschlägigen Entscheidung des EGMR vom 19.09.2013⁹⁸⁷ wurde die höchstrichterliche Rechtsprechung Deutschlands bestätigt.

bb) Die bisher relativen Personen der Zeitgeschichte

Wie bereits gesagt, hat sich die Rechtslage der sogenannten relativen Personen der Zeitgeschichte nach den einschlägigen EGMR-Entscheidungen nicht bemerkenswert geändert, da es bei diesen nach wie vor eines zeitgeschichtlichen Ereignisses bedarf.⁹⁸⁸ Die Veröffentlichung der kontextneutralen Fotos bei der Berichterstattung über bisher relative Personen der Zeitgeschichte ist nach wie vor zulässig.⁹⁸⁹ Die sogenannte „Begleiterrechtsprechung“ kommt nun aber eingeschränkt zur Anwendung;⁹⁹⁰ so müssen die Begleiter von absoluten Personen der Zeitgeschichte nur solche Bildnisveröffentlichungen dulden, die auch Prominente hinnehmen müssen.⁹⁹¹

Das Recht der Minderjährigen auf das „Werden einer Person“ umfasst weiterhin sowohl die Privatsphäre als auch die Entfaltung in öffentlichen Räumen,⁹⁹² es sei denn, die Kinder allein oder mit den Eltern zusammen stehen im Mittelpunkt öffentlicher Veranstaltungen.⁹⁹³

2. Die Personen als Beiwerk (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG)

Eine weitere Ausnahme betrifft die Bilder, auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG). Sie wurde wegen der Abbildungsfreiheit festgeschrieben.⁹⁹⁴

⁹⁸⁶ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1056) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“; s. z. B. BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1821).

⁹⁸⁷ EGMR, Urteil vom 19.09.2013, NJW 2014, 1645 – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 3“.

⁹⁸⁸ BGH, Urteil vom 19.10.2004, GRUR 2005, 76 – „Rivalin“ von Uschi Glas“; BGH Urteil vom 15.11.2005, GRUR 2006, 257 (260), bestätigt durch BVerfG, Beschluss vom 13.06.2006, AfP 2006, 354; BGH, Urteil vom 17.12.2019, GRUR-RS 2019, 37440 (Nr. 15); s. a. KG, Urteil vom 15.06.2006, ZUM-RD 2006, 378; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 77.

⁹⁸⁹ BGH, Urteil vom 13.04.2010, GRUR 2010, 1029 (1031) – „Charlotte im Himmel der Liebe“; OLG Dresden, Urteil vom 30.04.2019, ZUM-RD 2020, 28 (30).

⁹⁹⁰ *Klass*, ZUM 2007, 818; verneint z. B. von OLG Köln, Urteil vom 19.03.2013, NJW-RR 2013, 1198.

⁹⁹¹ BGH, Urteil vom 19.06.2007, GRUR 2007, 899 - „Grönemeyer“, kritisch zu diesem Fall *Klass*, ZUM 2007, 818 (824 ff.); vgl. BGH, Urteil vom 21.04.2015, ZUM-RD 2015, 504 (507); OLG Köln, Urteil vom 08.10.2018, NJW-RR 2019, 240 (244); OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1117); KG, Urteil vom 20.09.2012, BeckRS 2013, 03685; OLG Hamburg, Urteil vom 21.10.2008, ZUM 2009, 65 (66); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 42 f.

⁹⁹² BGH, Urteil vom 29.05.2018, GRUR 2018, 964 (965); BVerfG, Beschluss vom 14.02.2005, NJW 2005, 1857 (1858); OLG Köln, Urteil vom 18.07.2018, BeckRS 2019, 13613, Rn. 15; OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1117); LG Köln, Urteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 14301, 1b.

⁹⁹³ BGH, Urteil vom 28.05.2013, NJW 2013, 2890 (2892); OLG Hamburg, Urteil vom 21.10.2008, ZUM 2009, 65 (67).

⁹⁹⁴ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 34.

Diese Ausnahme setzt voraus, dass die abgebildete Umwelt, etwa Landschaft, Straße, Gebäude, Innenraum etc.,⁹⁹⁵ den Gehalt des Bildes prägt.⁹⁹⁶ Die Personendarstellung darf nur gelegentlich erfolgen⁹⁹⁷ und muss somit eine untergeordnete Rolle spielen.⁹⁹⁸ Abzustellen ist dabei nicht auf die Absicht des Bildherstellers,⁹⁹⁹ sondern auf den objektiven Gesamteindruck des Bildes.¹⁰⁰⁰ Kann die Personenabbildung auch entfallen, ohne dass sich der Gegenstand und der Charakter des Bildes verändern, ist von einer hinreichenden Unterordnung der Personenabbildung unter der Gesamtdarstellung auszugehen.¹⁰⁰¹

Das ist allerdings nicht schon der Fall, wenn der Abgebildete nur als beliebig austauschbarer *anonymus* auf dem Bild erscheint,¹⁰⁰² sondern erst dann, wenn die Personendarstellung überhaupt entfallen kann.¹⁰⁰³ Die Norm scheidet dagegen nicht schon deshalb aus, weil das Bild mit einer Person als Beiwerk ohne diese weniger lebendig sein würde.¹⁰⁰⁴ Bei Fernseh- und Filmaufnahmen ist zusätzlich der Kontext der Berichterstattung zu berücksichtigen.¹⁰⁰⁵

Am Charakter als Beiwerk fehlt es dann, wenn eine als Beiwerk abgebildete Person herausvergrößert, herausgeschnitten und zum selbständigen Gegenstand gemacht wird¹⁰⁰⁶ oder

⁹⁹⁵ Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 81.

⁹⁹⁶ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 35; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871.

⁹⁹⁷ Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 81.

⁹⁹⁸ OLG Karlsruhe 18.08.1989, GRUR 1989, 823 – „Unfallfoto“; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 35.

⁹⁹⁹ BGH, Urteil vom 06.02.1979, NJW 1979, 2203 – „Fußballspieler“; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871.

¹⁰⁰⁰ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 63; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871.

¹⁰⁰¹ OLG Oldenburg, Urteil vom 14.11.1988, NJW 1989, 400 – „Oben-Ohne-Foto“; OLG Brandenburg, Urteil vom 21.05.2012, ZUM 2013, 219 (221); OLG Karlsruhe 18.08.1989, GRUR 1989, 823 – „Unfallfoto“; LG München, Urteil vom 25.11.2021, GRUR-RS 2021, 50113; LG Potsdam, Urteil vom 30.06.2011, BeckRS 2014, 16330; Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 63; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 165; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 38; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.22.

¹⁰⁰² BGH, Urteil vom 06.02.1979, NJW 1979, 2203 – „Fußballspieler“.

¹⁰⁰³ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 165.

¹⁰⁰⁴ OLG Frankfurt, Urteil vom 26.01.1984, AfP 1984, 115 – „Kalenderfoto“ – Die Abbildung des Werksangehörigen auf einem Foto in einem Kalender zwischen verschiedenen anderen Gegenständen eines Werkgeländes; vgl. LG Potsdam, Urteil vom 30.06.2011, BeckRS 2014, 16330; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 35; Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 81; Benecke/Groß, NZA 2015, 833 (834 f.).

¹⁰⁰⁵ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 63; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871.

¹⁰⁰⁶ OLG München, Urteil vom 13.11.1987, NJW 1988, 915 (916); OLG Oldenburg, Urteil vom 14.11.1988, NJW 1989, 400 – „Oben-Ohne-Foto“; vgl. Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 63; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 871; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 166; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.21; Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 82; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 38.

wenn das Bildnis des Betroffenen als solches fast das ganze Bild ausfüllt.¹⁰⁰⁷ Das Gleiche gilt, wenn die Landschaft bloßes Rahmenwerk einer Personendarstellung ist, wenn der umgebende Bezugsrahmen nicht erkennbar wird¹⁰⁰⁸ oder wenn die Person eindeutig aus der Anonymität herausgelöst ist, so dass sie zum Blickfang wird.¹⁰⁰⁹

Die zufällig abgebildeten unbekanntenen Personen neben Personen der Zeitgeschichte unterfallen nicht § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG in analoger Anwendung.¹⁰¹⁰

3. Die Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG)

Die Ausnahmebestimmung des § 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG dient dem allgemeinen Informationsinteresse und der Abbildungs-, bzw. der Pressefreiheit.¹⁰¹¹ Würde man für jede Bildberichterstattung über öffentliche Veranstaltungen die Einwilligung jedes Teilnehmers, der erkennbar auf den Bildern zu sehen ist, fordern, würde diese Berichterstattung kaum möglich sein.¹⁰¹²

Der Begriff „Versammlungen, Aufzüge und ähnlichen Vorgänge“ ist weit zu verstehen; er umfasst alle Ansammlungen von Menschen, die den kollektiven Willen haben, etwas gemeinsam zu tun.¹⁰¹³ Wesentlich ist, dass die Ansammlung in der Öffentlichkeit stattfindet und für diese wahrnehmbar ist.¹⁰¹⁴ Eine Zugangsmöglichkeit für jedermann ist nicht

¹⁰⁰⁷ BGH, Urteil vom 06.02.1979, NJW 1979, 2203 – „Fußballspieler“.

¹⁰⁰⁸ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 36.

¹⁰⁰⁹ OLG Oldenburg, Urteil vom 14.11.1988, NJW 1989, 400 – „Oben-Ohne-Foto“; OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.09.1969, GRUR 1970, 618 (619) - Schlepplagd; OLG Frankfurt vom 28.02.1986, GRUR 1986, 614 (615); LG Oldenburg, Urteil vom 23.01.1986, GRUR 1986, 464; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 36; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 165.

¹⁰¹⁰ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 38; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 37; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 83.

¹⁰¹¹ LG Stuttgart, Urteil vom 12.10.1989, AfP 1989, 765 (765); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 38; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 64; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872.

¹⁰¹² *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 83; *ders.* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 64; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 208.

¹⁰¹³ OLG München, Urteil vom 13.11.1987, NJW 1988, 915 (916); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 39; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 69; *Libertus*, ZUM 2007, 621 (627); vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 168 f.

¹⁰¹⁴ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 39; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 39; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 68; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 87; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 209; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 167; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.23; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 122.

vorausgesetzt.¹⁰¹⁵ Dementsprechend sind unter den „ähnlichen Vorgängen“ Demonstrationen, Kongresse, Sportveranstaltungen, Karnevalzüge, große Tagungen, Sport- und Vereinsveranstaltungen etc. zu verstehen.¹⁰¹⁶

Private Veranstaltungen, die in der Öffentlichkeit stattfinden, sind von der obigen Vorschrift nicht erfasst,¹⁰¹⁷ es sei denn, ein Informationsinteresse ist etwa aufgrund der Bekanntheit der Beteiligten oder anderer besonderer Umstände gegeben.¹⁰¹⁸ Etwas anderes gilt, wenn der Betroffene durch sein mediales Eigenverhalten zuvor die Berichterstattung angeregt hat.¹⁰¹⁹ Bei Trauerzügen und Beerdigungen sind ein negativer Wille und die geschützten Interessen des Toten oder seiner Angehörigen zu respektieren.¹⁰²⁰

Voraussetzung für die freie Verbreitung und Zurschaustellung der Bilder nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG ist, dass keine Personenabbildung, sondern ein Geschehen wiedergegeben wird.¹⁰²¹ Anders als bei Landschaftsbildern wird man aber nicht fordern können, dass man jede einzelne Person des Bildes weglassen können muss, ohne den Gesamteindruck zu beeinträchtigen, denn gerade die Personen prägen hier den Gesamteindruck der Abbildung.¹⁰²² Die abgebildete Menge von Personen muss aber so groß sein, dass sich der Einzelne nicht mehr aus ihr heraushebt.¹⁰²³ In der Literatur geht man davon aus, dass dies bei mindestens 12

¹⁰¹⁵ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.23; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 167.

¹⁰¹⁶ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 39; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 39.

¹⁰¹⁷ OLG München, Urteil vom 31.03.1995, NJW-RR 1996, 93 (95); LG Köln, Urteil vom 05.06.1991, NJW 1992, 443; LG Düsseldorf, Urteil vom 30.07.2014, BeckRS 2014, 15714; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 39.

¹⁰¹⁸ LG Köln, Urteil vom 29.06.1994, AfP 1994, 246 – Zulässige Abbildung eines Trauerzuges, der im Rahmen eines Dokumentarfilms gezeigt wird, um beispielhaft die Art und Weise der Trauer in der heutigen Gesellschaft zu dokumentieren, kritisch dazu *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; LG Berlin, Urteil vom 06.07.2006, AfP 2006, 394 – Zulässige Bildberichterstattung über die Hochzeit eines berühmten Fernsehmoderators, jedoch ohne Details der Hochzeitsfeierlichkeiten; vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 21.10.2008, ZUM 2009, 65; KG, Urteil vom 20.09.2012, BeckRS 2013, 03685.

¹⁰¹⁹ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 68; s. z. B. KG, Urteil vom 20.09.2012, BeckRS 2013, 03685.

¹⁰²⁰ LG Frankfurt (Oder), Urteil vom 25.06.2013, ZUM-RD 2014, 701 (704); LG Köln, Urteil vom 05.06.1991, AfP 1991, 757 (758); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.26; vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 99; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 68; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 87.

¹⁰²¹ LG Darmstadt, Urteil vom 04.09.2019, ZUM-RD 2020, 72 (73); *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 66; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 85; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 208; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 84; *Libertus*, ZUM 2007, 621 (627); vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 40.

¹⁰²² *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 39; OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016, NJW 2017, 1114 (1119).

¹⁰²³ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 167; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 66.

Teilnehmern gegeben ist.¹⁰²⁴ Auf die Erkennbarkeit einzelner Betroffener kommt es nicht an, denn bei der Unkenntlichmachung aller Teilnehmer einer Versammlung oder Demonstration könnten derartige Vorgänge überhaupt nicht gezeigt werden, da nur noch ein einziges Rasterbild oder eine Ansammlung schwarzer Balken zu sehen wäre.¹⁰²⁵

Keine Voraussetzung ist, dass die Versammlung insgesamt gezeigt wird, privilegiert ist vielmehr bereits ein Ausschnitt, wenn er einen repräsentativen Eindruck des Gesamtgeschehens vermittelt.¹⁰²⁶

Wird das Geschehen einer Demonstration fotografiert, so ist es zulässig, dass Polizisten mit auf dem Bild sind.¹⁰²⁷ Die Abbildungsfreiheit einer Versammlung umfasst nicht nur die Versammlung selbst, sondern auch den Rahmen, in dem sie stattfindet und die Wirkung, die sie dort erzeugt.¹⁰²⁸ Die Polizisten zählen zu anderen Teilnehmern von Demonstrationen,¹⁰²⁹ sonst würde das Informationsinteresse in diesen Fällen weitgehend leerlaufen.¹⁰³⁰ Dagegen ist die Abbildung einzelner Polizeibeamter nur dann zulässig, wenn § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG greift,¹⁰³¹ etwa bei spektakulären Einsätzen oder Übergriffen von Polizisten.¹⁰³²

Auch der einzelne Teilnehmer einer Demonstration ist nur dann ein Teil eines zeitgeschichtlichen Ereignisses, wenn er als Anführer oder Organisator in Erscheinung tritt sowie an besonderen Vorkommnissen beteiligt ist, an der die Öffentlichkeit ein Informationsinteresse hat, etwa Tätlichkeiten, Zertrümmern einer Scheibe oder Einholen einer Fahne.¹⁰³³ Ebenso sind bei den anderen ähnlichen Vorgängen die Porträtaufnahmen der Teilnehmer erst dann erlaubt, wenn die Personen sich räumlich oder durch ihr Verhalten

¹⁰²⁴ *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 66.

¹⁰²⁵ LG Köln, Urteil vom 29.06.1994, AfP 1994, 246 (248).

¹⁰²⁶ OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 15.06.2004, MMR 2004, 683 (684); LG Stuttgart, Urteil vom 12.10.1989, AfP 1989, 765 (765 f.); *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 67; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.24; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 85; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 40; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 212.

¹⁰²⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 41; a. A. *Rebmann*, AfP 1982, 189.

¹⁰²⁸ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 40.

¹⁰²⁹ *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 89; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 212; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 857; vgl. BGH, Urteil vom 11.11.2014, GRUR 2015, 295 (295) - Bei größeren Veranstaltungen dürfe es sich kaum vermeiden lassen, dass auch das Servicepersonal mitabgebildet ist.

¹⁰³⁰ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 41; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 69; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 89.

¹⁰³¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 41; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 212.

¹⁰³² LG Darmstadt, Urteil vom 04.09.2019, ZUM-RD 2020, 72 (73); OLG Celle, Urteil vom 25.09.2018, NJW 1979, 57; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 40; *Rebmann*, AfP 1982, 189 (193); vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 152 ff.

¹⁰³³ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 42; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 92.

besonders exponieren.¹⁰³⁴ Das häufig beobachtete Herausgreifen mit der Kamera einzelner Zuschauer aus dem Publikum bei der Übertragung von Sportereignissen oder Fernsehshows, um sie als Beispiel für Gefühlsäußerungen im Publikum darzustellen, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes rechtswidrig.¹⁰³⁵ Allerdings kann eine stillschweigende Einwilligung angenommen werden, wenn eine Person an der Veranstaltung teilnimmt, von der sie weiß, dass dort Fernsehaufnahmen stattfinden.¹⁰³⁶

4. Die Bildnisse, die einem höheren Interesse der Kunst dienen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG)

Laut § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG dürfen Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, ohne Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden, sofern dies einem höheren Interesse der Kunst dient. Die von der Vorschrift erfassten Werkarten sind nicht genannt, allerdings kann man aus ihrem Wortlaut den Schluss ziehen, dass Bildnisse in künstlerischen Darstellungen aller Art umfasst sind, unter anderem manuelle künstlerische Bildstudien, künstlerische Fotografien, Filme und Theateraufführungen.¹⁰³⁷ Unter Bestellung ist dabei ein ausdrücklicher Auftrag zu verstehen; Anregungen sind keine Bestellung, ebenso wenig die nachträgliche Veräußerung des Werkes an den Abgebildeten.¹⁰³⁸ Auf eine Entgeltlichkeit kommt es nicht an.¹⁰³⁹

Privilegiert ist nicht das künstlerische Bildnis als solches, sondern nur dessen Verbreitung oder öffentliche Zurschaustellung zu Zwecken der Kunst.¹⁰⁴⁰ Dementsprechend muss es dafür

¹⁰³⁴ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 39.

¹⁰³⁵ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 67; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 93; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 872; *Libertus*, ZUM 2007, 621 (627); *Elmenhorst*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016 (NJW 2017, 1114), NJW 2017, 1119 f.; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 39; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 168; *Wanckel*, Foto- und Bildrecht, Rn. 208.

¹⁰³⁶ *Libertus*, ZUM 2007, 621 (627).

¹⁰³⁷ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 41; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 100; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 94; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 43; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 169; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.27; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 873; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 123.

¹⁰³⁸ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 101; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 43.

¹⁰³⁹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 43; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 101.

¹⁰⁴⁰ OLG Hamburg, Urteil vom 13.01.2004, ZUM 2004, 309 (310); LG Darmstadt, Urteil vom 04.09.2019, ZUM-RD 2020, 72 (74); LG Berlin, Urteil vom 18.09.2008, ZUM-RD 2009, 277; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 44.

nicht unbedingt um ein urheberrechtlich geschütztes Werk gehen.¹⁰⁴¹ Denkbar sind die Ausstellungen, der Abdruck in Kunst- bzw. Bildbänden und Kunstzeitschriften, die Veröffentlichung in kunstbezogenen Blogs im Internet.¹⁰⁴² Eine dem künstlerischen Zweck völlig untergeordnete Verfolgung nichtkünstlerischer Zwecke, etwa Eintrittsgelder aus einer Kunstausstellung, sind aber unschädlich.¹⁰⁴³ Dies liegt vielmehr im Wesen der Kunst, weil sich die Künstler durch die Vermarktung ihrer Kunstwerke die Existenzgrundlage sichern.¹⁰⁴⁴

Die Bestimmung des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG findet analoge Anwendung auf die Veröffentlichung und öffentliche Zurschaustellung von Bildnissen zu wissenschaftlichen Zwecken.¹⁰⁴⁵ Allerdings sind die berechtigten Interessen der Betroffenen nach § 23 Abs. 2 KUG besonders zu beachten.¹⁰⁴⁶ Im medizinischen Bereich kann die Interessenabwägung gebieten, die Gesichtszüge oder sonstige Identifizierungsmerkmale unkenntlich zu machen, sofern nicht gerade hierdurch der wissenschaftliche Zweck beeinträchtigt wird.¹⁰⁴⁷ Unter Berücksichtigung der DS-GVO wird eine solche Analogie in Frage gestellt.¹⁰⁴⁸

Allerdings hat § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG geringe praktische Bedeutung,¹⁰⁴⁹ weil diese Norm nur in einem einzigen Urteil von 1996¹⁰⁵⁰ als rechtliche Grundlage angewendet wurde. *Wenzel* demonstriert dies am Beispiel des OLG Karlsruhe,¹⁰⁵¹ das die Heranziehung dieser Vorschrift in einem Fall unterlassen hat, in dem es um ein politisch satirisches Poster ging.¹⁰⁵² Erst im Jahr

¹⁰⁴¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 44; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 95; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 41; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 103.

¹⁰⁴² *Hildebrand*, ZUM 2016, 305 (310).

¹⁰⁴³ OLG München, Urteil vom 19.09.1996, ZUM 1997, 388; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 44; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 102.

¹⁰⁴⁴ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 102.

¹⁰⁴⁵ LG Hannover, Urteil vom 30.03.2000, ZUM 2000, 970; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 301; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 41; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 169; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.27; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 104; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 123.

¹⁰⁴⁶ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 104.

¹⁰⁴⁷ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 41; vgl. *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 104 - Gerade im medizinischen Bereich bestehe ein starkes Bedürfnis nach dem Schutz der Intimsphäre des Abgebildeten.

¹⁰⁴⁸ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 104.

¹⁰⁴⁹ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.27; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 169; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 845; vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 70.

¹⁰⁵⁰ OLG München, Urteil vom 19.09.1996, ZUM 1997, 388 – „Schwarzer Sheriff“.

¹⁰⁵¹ OLG Karlsruhe, Urteil vom 27.11.1981, NJW 1982, 647.

¹⁰⁵² *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.27; vgl. *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 103.

2015 hat das Kammergericht Berlin¹⁰⁵³ die Tatbestandsvoraussetzungen des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG als erfüllt gehalten, so dass es nun die nächste einschlägige Gerichtsentscheidung gibt. Betroffen wurde eine Frau, deren Bildnis an einer öffentlichen Straße in Berlin im Rahmen einer Open-Air-Fotoausstellung veröffentlicht wurde.¹⁰⁵⁴ Jüngst hat der BGH betont, dass die Regelung bei einer Show in Frage kommen kann, in der die Prominente durch Doppelgänger oder „look-alike“ dargestellt werden.¹⁰⁵⁵

5. Die Verletzung berechtigter Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG

Die Ausnahmen in § 23 Abs. 1 Nrn. 1-4 KUG, wonach die Bildnisse einwilligungsfrei veröffentlicht und zur Schau gestellt werden dürfen, unterliegen einer Gegenausnahme gemäß § 23 Abs. 2 KUG. Laut dieser Norm erstreckt sich die Befugnis nicht auf eine Verbreitung und Schaustellung, durch die ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt wird. Die Beweislast für das Vorliegen solcher Interessen trifft den Abgebildeten.¹⁰⁵⁶ Die Unzulässigkeit der Bildnisveröffentlichung kann sich aus dem Bildnis selbst sowie aus den begleitenden Umständen außerhalb des Bildnisses ergeben.¹⁰⁵⁷

Der Struktur des Gesetztextes ist zu entnehmen, dass die nach § 23 Abs. 2 KUG erforderliche Interessenabwägung¹⁰⁵⁸ erst nach der Prüfung der Ausnahmenvorschriften gemäß § 23 Abs. 1 Nrn. 1-4 KUG und der Feststellung der Zulässigkeit einwilligungsfreier Veröffentlichung von Personenbildnissen erfolgen darf.¹⁰⁵⁹ Allerdings ist an dieser Stelle noch mal hervorzuheben, dass im Rahmen des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG die Grundrechte der Pressefreiheit und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, dessen Ausprägung das Recht am eigenen Bild darstellt, bereits bei der Zuordnung eines Bildnisses zum Bereich der

¹⁰⁵³ KG, Urteil vom 11.06.2015, ZUM 2016, 383, verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 08.02.2018, GRUR 2018, 633; vorinstanz LG Berlin, Urteil vom 03.06.2014, ZUM 2014, 729, mit Anmerkung vom *Elmenhorst*, ZUM 2014, 734 f.; kritisch dazu *Hildebrand*, ZUM 2016, 305 (309 ff.).

¹⁰⁵⁴ Vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 103.

¹⁰⁵⁵ BGH, Urteil vom 24.02.2022, NJW 2022, 1676.

¹⁰⁵⁶ OLG Karlsruhe, Urteil vom 27.11.1981, NJW 1982, 647 (647 f.); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.28; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 173; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 874.

¹⁰⁵⁷ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 172, 176 ff.

¹⁰⁵⁸ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 107; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 179; *Ohly*, GRUR Int. 2004, 902 (905).

¹⁰⁵⁹ Vgl. BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (212) – „Hochzeitsbild“; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 107; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 42; a. A. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 22, 48.

Zeitgeschichte abgewogen werden. Dies ist keine willkürliche Missachtung des Gesetzes, sondern durch die Natur der Sache bedingt.¹⁰⁶⁰

Die berechtigten Interessen des Abgebildeten stellen die schutzwürdigen persönlichen Rechtsgüter dar, von denen die meisten in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts fallen.¹⁰⁶¹ Darum wird § 23 Abs. 2 KUG selbst nicht immer ausdrücklich angesprochen, was jedoch nicht verhindert, die Verletzung von berechtigten Interessen des Betroffenen in solchen Fällen festzustellen.¹⁰⁶² In der deutschen Rechtsprechung haben sich folgende Fallgruppen herausgebildet, bei denen vorrangige Interessen des Abgebildeten bejaht worden sind.

a) Die Intimsphäre

Die Intimsphäre genießt den absoluten Schutz¹⁰⁶³ und umfasst Sexualität,¹⁰⁶⁴ Krankheit,¹⁰⁶⁵ Tod¹⁰⁶⁶ und Religionsausübung.¹⁰⁶⁷ In erster Linie gehört der nackte Körper zum intimsten Persönlichkeitsbereich des Menschen.¹⁰⁶⁸ Die Erlaubnis der Veröffentlichung des Nacktbildes muss darum immer dem Abgebildeten vorbehalten bleiben,¹⁰⁶⁹ selbst wenn es sich um eine prominente Person handelt.¹⁰⁷⁰

¹⁰⁶⁰ Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 34 f.

¹⁰⁶¹ Z. B. Intim-, Privatsphäre, Wahrheitsschutz, s. BVerfG, Beschluss vom 14.02.2005, GRUR 2005, 500; LG München I, Urteil vom 11.05.2016, BeckRS 2016, 17992; Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 84; vgl. Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 168.

¹⁰⁶² Vgl. Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 189.

¹⁰⁶³ Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung; Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.39; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 875; sogar für einen Politiker, s. LG München, Urteil vom 29.08.1961, Ufita 37/1962, 123.

¹⁰⁶⁴ BGH, Urteil vom 25.10.2011, GRUR 2012, 422 (422) – „Wenn Frauen zu sehr lieben“; Gounalakis, AfP 1998, S. 13.

¹⁰⁶⁵ OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.10.1998, NJW-RR 1999, 1699 (1701) – „Wachkomapatient“.

¹⁰⁶⁶ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 190 f. – Die Zulässigkeit von Leichenbildnissen sei grundsätzlich zurückhaltend zu beurteilen; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 882; Schmidt-Osten, AfP 1976, 22 (23); s. z. B. OLG Hamburg Urteil vom 07.07.1983, AfP 1983, 466 (468) – Die Veröffentlichung des Bildes von Toten sei ausnahmsweise zulässig, weil sich das Informationsinteresse der Allgemeinheit gerade auf den Tod und seine Begleitumstände richte.

¹⁰⁶⁷ Sauren, ZUM 2005, 425 (430); vgl. Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 125.

¹⁰⁶⁸ OLG Frankfurt, Urteil vom 11.09.1986, GRUR 1987, 195; LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (604) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149); Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 112 ff.; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 861.

¹⁰⁶⁹ Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 112; s. z. B. BGH, Urteil vom 02.07.1974, GRUR 1975, 561 (562) – „Nacktaufnahmen“; OLG Hamburg, Urteil vom 27.04.1995, GRUR 1996, 123 (124); LG Hamburg, Urteil vom 13.01.2006, AfP 2006, 197.

¹⁰⁷⁰ LG München I, Urteil vom 11.05.2016, BeckRS 2016, 17992; LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (604) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 113 f.

Dass eine Schauspielerin bereits in Filmrollen unbekleidet aufgetreten ist, bedeutet nicht, dass sie die Veröffentlichung ihrer im Privatbereich heimlich gemachten Nacktaufnahmen dulden muss.¹⁰⁷¹ Auch die Teilnahme an einer Theateraufführung mit einer Nacktszene rechtfertigt nicht die Fotoveröffentlichung derselben während einer Theaterprobe aufgenommenen Nacktszene in sechs auflagenstarken Zeitungen, da sich das Theaterpublikum von den Lesern der ca. 700.000 Zeitungsexemplare unterscheidet.¹⁰⁷²

Anders ist dies zu sehen, wenn der Betroffene sich des Schutzes seiner Intimsphäre selbst entledigt,¹⁰⁷³ indem er seine Intimsphäre regelmäßig vermarktet und vielfach Nacktaufnahmen in verschiedenen Medien veröffentlichen lässt.¹⁰⁷⁴ Da dabei aber der höchstpersönliche Bereich der Intimsphäre tangiert wird, sind in solchen Fällen an die Zulässigkeit der Bildnisveröffentlichung strenge Anforderungen zu stellen.¹⁰⁷⁵

b) Die Privatsphäre

Ein überwiegendes Interesse des Betroffenen nach § 23 Abs. 2 KUG ist bei Verletzung der Privatsphäre regelmäßig zu bejahen. Dem Schutz der Privatsphäre kommt vor allem bei Personen der Zeitgeschichte eine herausragende Bedeutung.¹⁰⁷⁶

Der Schutz der Privatsphäre ist thematisch und räumlich bestimmt. Er umfasst zum einen Angelegenheiten, die wegen ihres Informationsinhalts typischerweise als "privat" eingestuft werden, weil ihre öffentliche Erörterung oder Zurschaustellung als unschicklich gilt, das Bekanntwerden als peinlich empfunden wird oder nachteilige Reaktionen der Umwelt auslöst.¹⁰⁷⁷ Zum anderen erstreckt sich der Schutz auf einen räumlichen Bereich, in dem der

¹⁰⁷¹ OLG Hamburg, Urteil vom 21.05.1981, AfP 1982, 41 (42).

¹⁰⁷² LG Saarbrücken, Urteil vom 19.05.2000, NJW-RR 2000, 1571; vgl. BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617; LG Hamburg, ZUM-RD 2007, 425.

¹⁰⁷³ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 115 f.; s. z. B. OLG Hamburg Urteil vom 30.05.1991, ZUM 1991, 550; OLG Köln, Urteil vom 23.03.1982, AfP 1982, 181; LG Hamburg, ZUM-RD 2007, 425 – Kein Bildnisschutz wegen Abbildung einer prominenten Person mit entblößter Brust, wenn sie ihre Brüste der Öffentlichkeit in verschiedenen Zusammenhängen bewusst präsentiert habe; vgl. OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 21.09.1999, NJW 2000, 594 – „Katharina Witt“.

¹⁰⁷⁴ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 83; s. z. B. BGH, Urteil vom 25.10.2011, GRUR 2012, 422 (422) – „Wenn Frauen zu sehr lieben“ - namentliche Berichterstattung über Pornodarsteller.

¹⁰⁷⁵ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 115.

¹⁰⁷⁶ Vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 23, Rn. 105.

¹⁰⁷⁷ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (450) – „Caroline von Monaco“; OLG Stuttgart, Urteil vom 02.04.2014, GRUR-RR 2015, 80 (83).

Einzelne zu sich kommen, sich entspannen oder auch gehen lassen kann,¹⁰⁷⁸ wie es beim häuslichen Bereich¹⁰⁷⁹ und der örtlichen Abgeschlossenheit¹⁰⁸⁰ der Fall ist.

Darüber hinaus wird die Privatsphäre nach der neuen höchstrichterlichen Rechtsprechung dahingehend erweitert, dass auch private Lebensvorgänge bekannter Personen und somit auch diese der Normalbürger, die im öffentlichen Raum stattfinden, auch wenn es nicht um die örtliche Abgeschlossenheit geht, vor der breiten Öffentlichkeit geschützt sind.

Klass zeigt sich in diesem Zusammenhang skeptisch und führt aus, dass nunmehr privat sein solle, was zumindest räumlich gesehen öffentlich sei – der Stadtbummel, der Einkauf auf dem Markt, der Besuch eines Straßencafés.¹⁰⁸¹ Sie meint, vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob dabei wirklich der Schutz der Privatsphäre vor nicht autorisierten Bildveröffentlichungen im Vordergrund steht, oder ob hier nicht in stärkerem Maße das Verfügungsrecht des Einzelnen über die Darstellung der eigenen Person und der Aspekt der Belästigung und Verfolgung im Alltag einen zusätzlichen Schutz einforderten.¹⁰⁸² Sie stellt in Frage, ob ein Stadtbummel unter den Augen Hunderter „privat“ ist.¹⁰⁸³ Nach ihrer Ansicht entscheiden die Menschen selbst, welche Aspekte ihres eigenen Lebens der breiten Öffentlichkeit preisgegeben werden, indem sie sich in den öffentlichen Raum begeben.¹⁰⁸⁴ Hierin lässt sich die Rechtslage erkennen, die vor der EGMR-Entscheidung in Deutschland herrschend war und mittlerweile von BGH und BVerfG weiterentwickelt wurde.

Der EGMR hat in seiner zweiten „Caroline“-Entscheidung von 2012 ausgeführt: „Art. 8 EMRK will vorrangig das Recht des Einzelnen schützen, seine Persönlichkeit in seinen Beziehungen zu seinen Mitmenschen ohne Einmischung von außen zu entwickeln. Es gibt also einen Bereich wechselseitiger Beziehungen zwischen dem Einzelnen und Dritten, der selbst dann zum Privatleben gehören kann, wenn die Beziehungen in den öffentlichen Raum hineinreichen“.¹⁰⁸⁵

¹⁰⁷⁸ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (450) – „Caroline von Monaco“.

¹⁰⁷⁹ BGH, Urteil vom 10.05.1957, GRUR 1957, 494 (497) – „Spätheimkehrer“; vgl. BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 – „Caroline von Monaco II“; *Mathy*, Anmerkung zu LG Frankfurt, Urteil vom 26.05.1976 „Verbrechensopfer“ (AfP 1976, 181), AfP 1976, 182.

¹⁰⁸⁰ BGH, Urteil vom 19.12.1995, GRUR 1996, 923 (925) – „Caroline von Monaco II“; BVerfG, Beschluss vom 09.02.2017, NJW 2017, 1377.

¹⁰⁸¹ *Klass*, ZUM 2007, 818 (825); vgl. *Gounalakis*, AfP 1998, S. 14.

¹⁰⁸² *Klass*, ZUM 2007, 818 (825).

¹⁰⁸³ *Klass*, ZUM 2007, 818 (825); vgl. *Bareto*, zustimmende Meinung zu EGMR, das Urteil von 24.06.2004, GRUR 2004, 1051 (1055) – „Von Hannover gegen Deutschland“ – Das Schwimmbad des „Beach Club“ war kein abgeschlossener Ort, sondern allgemein zugänglich und von den umstehenden Gebäuden her einsehbar.

¹⁰⁸⁴ *Klass*, ZUM 2007, 818 (825).

¹⁰⁸⁵ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1054) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“.

Frenz betont in diesem Zusammenhang zu Recht, dass sich die Persönlichkeit des Einzelnen auch im Kontakt mit anderen entfalte. Das Privatleben habe daher auch eine soziale Dimension, die ebenfalls geschützt sei, außer der Betroffene suche selbst die Öffentlichkeit. Dementsprechend können Bildberichte über nicht öffentliche soziale Kontakte den Schutz des Privatlebens und damit das Recht am eigenen Bild beeinträchtigen.¹⁰⁸⁶ *Helle* ist der Meinung, sogar die Personen der Zeitgeschichte seien nicht schon deshalb Freiwild für Fotoreporter, weil sie die jedermann zustehende Befugnis des Gemeingebrauchs auf öffentlichen Straßen in Anspruch nehmen.¹⁰⁸⁷ Es ist *Prinz/Peters* zuzustimmen, dass das Recht auf unbeobachtetes und ungestörtes Privatleben – auch außerhalb der eigenen vier Wände – jedenfalls nicht zu kurz kommen darf.¹⁰⁸⁸

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im deutschen Recht die Veröffentlichung von Abbildungen aus dem privaten Alltag von Prominenten kein absolutes Tabu ist, sondern mit Ereignissen von zeitgeschichtlicher Bedeutung gerechtfertigt werden kann.

Zeigt sich jemand aber durch sein mediales Vorverhalten damit einverstanden, dass bestimmte, gewöhnlich als privat geltende Angelegenheiten öffentlich gemacht werden, etwa indem er Exklusivverträge über die Berichterstattung aus seiner Privatsphäre abschließt, so lässt das nach Ansicht des BVerfG¹⁰⁸⁹ den Schutz der Privatsphäre vor öffentlicher Kenntnisnahme entfallen.¹⁰⁹⁰ Die Erwartung, dass die Umwelt Angelegenheiten der Privatsphäre nicht zur Kenntnis nimmt, müsse, so das BVerfG, situationsübergreifend und konsistent zum Ausdruck gebracht werden.¹⁰⁹¹

Diese Theorie ist im Schrifttum auf Kritik gestoßen.¹⁰⁹² Nach der „Caroline“-Entscheidung des EGMR scheint der BGH¹⁰⁹³ von der Rechtsprechung des BVerfG zu Recht abzurücken. Hat der Betroffene anderen Einblick in seine Privatsphäre gewährt, so kann dies

¹⁰⁸⁶ *Frenz*, NJW 2008, 3102 (3103).

¹⁰⁸⁷ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 180 f.

¹⁰⁸⁸ *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 859.

¹⁰⁸⁹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 – „Caroline von Monaco“; BVerfG, Beschluss vom 21.08.2006, NJW 2006, 3406 (3408); s. a. KG, Urteil vom 02.03.2007, NJW-RR 2007, 1196 (1197).

¹⁰⁹⁰ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 25; vgl. *Hubmann*, JZ 1957, Nr. 17, 521 (527); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 184 f. – Es gehe hier um den Grundsatz „volenti non fit iniuria“.

¹⁰⁹¹ BVerfG, Urteil vom 15.12.1999, GRUR 2000, 446 (450) – „Caroline von Monaco“; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 27.

¹⁰⁹² *Stürner*, Anmerkung zu EGMR, Urteil vom 24.06.2004 „Von Hannover gegen Deutschland“ (GRUR 2004, 1051), JZ 2004, 1018 (1020).

¹⁰⁹³ BGH, Urteil vom 19.10.2004, GRUR 2005, 76 – „Rivalin“ von Uschi Glas“; BGH, Urteil vom 01.07.2008, NJW 2008, 3138 (3141) – „Bildberichterstattung über Sabine Christiansen - Einkaufsbummel im Urlaub“; BGH, Urteil vom 19.06.2007, GRUR 2007, 899 – „Grönemeyer“, kritisch zu diesem Fall *Klass*, ZUM 2007, 818 (826) – Man solle das Vorverhalten von Grönemeyer, der den Verlust seiner Ehefrau nicht nur in einem Lied verarbeitet hatte, sondern auch in Interviews mit dieser Thematik umgegangen war, besser berücksichtigen.

nur hinsichtlich des geöffneten Teils, nicht jedoch hinsichtlich der gesamten Privatsphäre gelten.¹⁰⁹⁴

c) Die Anonymität

Benachbart zur Privatheit ist der Gedanke der Anonymität, d. h. des Interesses des Betroffenen, nicht durch eine Bildnisveröffentlichung in der Öffentlichkeit identifiziert zu werden.¹⁰⁹⁵ Die Ausnahmenvorschriften in § 23 Abs. 1 KUG stellen nicht auf den Grad der Erkennbarkeit des Abgebildeten ab. So tritt im Rahmen des § 23 Abs. 1 Nr. 2¹⁰⁹⁶ sowie Nr. 3¹⁰⁹⁷ KUG das Verhältnis des Abgebildeten zu der übrigen Aussage des Bildes in Vordergrund, ungeachtet seiner Erkennbarkeit.

Allerdings sind Situationen denkbar, in denen das Interesse des Betroffenen, anonym zu bleiben, das Informationsinteresse der Allgemeinheit überwiegt.¹⁰⁹⁸ So spricht beispielsweise *Klass* für die Bejahung des Anonymitätsinteresses von vertrauten Begleitpersonen von bisher absoluten Personen der Zeitgeschichte, die nach der ehemaligen Rechtsprechung als relative Personen der Zeitgeschichte angesehen wurden.¹⁰⁹⁹ Dem kann bei Bedarf durch Augenbalken, Verwischung der Gesichtszüge u. ä. Genüge getan werden.

Unter Beachtung der neuen Gesichtserkennungstechnologien, die Personen aus der unüberschaubaren Anzahl von Menschen herausfinden lassen¹¹⁰⁰ oder Hüte und Brillen durchdringen können,¹¹⁰¹ darf das Anonymitätsinteresse des Betroffenen im Einzelfall nicht unterschätzt werden. Bei solchen analysierten Informationen kann es sogar um biometrische Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 14 DS-GVO gehen, die unter spezielle Regelung in Art. 9 der DS-GVO fallen.¹¹⁰²

¹⁰⁹⁴ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 25; *Götting* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 1 Rn. 9; vgl. BGH, Urteil vom 06.02.2018, NJW 2018, 1820 (1823); OLG Köln, Urteil vom 07.01.2014, NJW-RR 2014, 1069 (1071); LG Frankfurt a. M., Urteil vom 27.09.2018, ZUM-RD 2020, 80 (85); LG Köln, Urteil vom 10.06.2015, NJOZ 2016, 252 (255); LG Köln, Urteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 14301, 1a; LG Berlin, Urteil vom 01.03.2005, ZUM-RD 2005, 282; LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1968).

¹⁰⁹⁵ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 181 f.

¹⁰⁹⁶ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164 Fn. 237; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.22.

¹⁰⁹⁷ BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“.

¹⁰⁹⁸ Vgl. z. B. BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 (2354) – „Vor unserer eigenen Tür“.

¹⁰⁹⁹ *Klass*, ZUM 2007, 818 (825).

¹¹⁰⁰ *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 25, 254.

¹¹⁰¹ *Schwenke*, NJW 2018, 823 (824).

¹¹⁰² *Klein*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 28, 77.

d) Die Ehrverletzung und Schmähkritik

Auch eine ehrverletzende Bildnisdarstellung muss der Abgebildete nicht dulden.¹¹⁰³ In Betracht kommt, dass die Bildunterschrift¹¹⁰⁴ oder der sonstige Kontext¹¹⁰⁵ den Abgebildeten anprangern können oder das Bildnis selbst entstellend wirken kann, etwa bei der Abbildung in Momenten psychischer oder physischer Beeinträchtigung.¹¹⁰⁶

Weiter kommt unter dem Gesichtspunkt der Verletzung berechtigter Interessen der Schutz vor Schmähkritik¹¹⁰⁷ in Betracht. Vor allem Satire darf die Grenze zur Schmähkritik nicht überschreiten.¹¹⁰⁸ Satire kann Kunst sein¹¹⁰⁹ und somit den Ausnahmefall i. S. v. § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG darstellen. Die Eigenheit der Satire, mit Verfremdungen, Verzerrungen und Übertreibungen zu arbeiten, kann aber ohne Weiteres auch bei einer Meinungsäußerung verwirklicht sein, die nicht dem Kunstbegriff unterfällt.¹¹¹⁰ Hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild kommt dann der Ausnahmetatbestand in § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG in Betracht.

Kommt es dem Bildverwender einzig auf eine Diffamierung des Abgebildeten an, ist die Verletzung der berechtigten Interessen des Abgebildeten i. S. v. § 23 Abs. 2 KUG zu bejahen. Bei der gebotenen Interessenabwägung ist zunächst die Trennung zwischen dem Aussagegehalt und der satirischen Einkleidung erforderlich, damit der eigentliche Inhalt der Satire ermittelt werden kann. Dieser Aussagekern und seine Einkleidung sind sodann gesondert daraufhin zu überprüfen, ob sie eine Kundgabe der Missachtung gegenüber der dargestellten Person enthalten, denn zulässig ist grundsätzlich jede Satire, solange sie die Grenze der bloßen Schmähung nicht erreicht oder in unzulässiger Weise in die Intimsphäre eingreift, sondern zur Meinungsbildung beiträgt.¹¹¹¹

Der BGH hat aber betont, es sei der Sinn jeder zur Meinungsbildung beitragenden öffentlichen Äußerung, Aufmerksamkeit zu erregen, so dass angesichts der heutigen

¹¹⁰³ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 26.

¹¹⁰⁴ LG Köln, Urteil vom 11.01.2012, AfP 2012, 188 – Bildunterschriften „lichtscheues Gesindel“, „Pack“.

¹¹⁰⁵ Vgl. BGH, Urteil vom 16.09.1966, NJW 1966, 2353 – „Vor unserer eigenen Tür“; BGH, Urteil vom 10.05.1957, GRUR 1957, 494 (497) – „Spätheimkehrer“.

¹¹⁰⁶ LG Köln, Urteil vom 05.06.1991, AfP 1991, 757; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 85; *ders.* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 111; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 184; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 877.

¹¹⁰⁷ Für detaillierte Darstellung hierzu wird auf *Isensee*, AfP 1993, 619 (627) verwiesen.

¹¹⁰⁸ BVerfG, Beschluss vom 03.06.1987, NJW 1987, 2661; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 26 a.

¹¹⁰⁹ Vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 71.

¹¹¹⁰ BGH, Urteil vom 30.09.2003, GRUR 2004, 590 (590) – „Satirische Fotomontage“.

¹¹¹¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 26 a; s. z. B. BVerfG, Beschluss vom 03.06.1987, NJW 1987, 2661 (2661); BVerfG, Beschluss vom 09.10.1991, NJW 1992, 1439 (1441); BVerfG, Beschluss vom 10.07.2002, NJW 2002, 3767; vgl. OLG Köln, Urteil vom 08.06.1982, AfP 1983, 285; LG Hamburg, Urteil vom 26.12.1993, AfP 1994, 64.

Reizüberflutung aller Art einprägsame, auch starke Formulierungen in einer zugehörigen Wortberichterstattung hinzunehmen seien,¹¹¹² mögen sie von manchen auch für unberechtigt oder falsch gehalten werden.¹¹¹³

e) **Der Wahrheitsschutz**

Im Hinblick auf ihre Selbstdarstellung hat eine Person einen Anspruch auf Wahrheitsschutz,¹¹¹⁴ d. h. einen Schutz gegen unrichtige Informationen über sie betreffende Zusammenhänge.¹¹¹⁵

In bildrechtlicher Hinsicht ist diese Frage in erster Linie bei Bildmanipulationen, insbesondere Fotomontagen, von Relevanz.¹¹¹⁶ Erwecken sie den Anschein, ein authentisches Abbild einer Person zu sein, so sind sie als unzutreffende Tatsachenbehauptung zu qualifizieren.¹¹¹⁷ Abzugrenzen davon sind dabei rein reproduktionstechnisch bedingte und für den Aussagegehalt unbedeutende Veränderungen.¹¹¹⁸

Unwahre Bildunterschriften oder das Zusammenstellen von verschiedenen Fotos¹¹¹⁹ und Textberichten können auch eine Bildnisveröffentlichung unzulässig machen.¹¹²⁰ So wurde ein Bildnis eines jungen Manns in Zusammenhang mit einem Bericht über Mordtaten öffentlich gezeigt, so dass der Eindruck hervorgerufen wurde, der Abgebildete sei ein Doppelmörder.¹¹²¹

f) **Die Gefahr für Leib und Leben**

Eine nach § 23 Abs. 1 KUG freie Verbreitung und Zurschaustellung des Bildnisses kann auch dann untersagt werden, wenn sie zu einer nicht ganz fernliegenden Gefährdung von Leben und Gesundheit des Abgebildeten führen können.¹¹²² Dies betrifft beispielsweise wegen der

¹¹¹² BGH, Urteil vom 12.10.1993, NJW 1994, 124 – „Greenpeace“.

¹¹¹³ BGH, Urteil vom 12.10.1993, NJW 1994, 124 – „Greenpeace“; kritisch dazu *Helle*, Anmerkung zu diesem Urteil, JZ 1994, 416 (417 ff.); vgl. OLG Karlsruhe, Urteil vom 27.11.1981, NJW 1982, 647; OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 21.09.1999, NJW 2000, 594; OLG Köln, Urteil vom 08.06.1982, AfP 1983, 285; LG Hamburg, Urteil vom 26.12.1993, AfP 1994, 64; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 26 a.

¹¹¹⁴ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 84.

¹¹¹⁵ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 26 b.

¹¹¹⁶ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 84.

¹¹¹⁷ S. z. B. BGH, Urteil vom 30.09.2003, GRUR 2004, 590 (591); BVerfG, Beschluss vom 14.02.2005, GRUR 2005, 500; OLG Hamburg, Urteil vom 04.09.2012, ZUM 2013, 581 (581); OLG Hamburg, Urteil vom 31.01.2012, ZUM 2013, 582; vgl. LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149 f.).

¹¹¹⁸ BVerfG, Beschluss vom 14.02.2005, GRUR 2005, 500 (502).

¹¹¹⁹ AG Hamburg, Urteil vom 24.01.1989, GRUR 1990, 149 – „Fröhliche Radlerrunde“.

¹¹²⁰ LG Oldenburg, Urteil vom 23.01.1986, GRUR 1986, 464; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 84;

¹¹²¹ BGH Urteil vom 05.01.1962, GRUR 1962, 324 – „Doppelmörder“; s. a. BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 05.03.1974, GRUR 1974, 794; OLG Koblenz, Urteil vom 20.12.1996, NJW 1997, 1375; OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.08.1989, GRUR 1989, 823 – „Unfallfoto“; LG Stuttgart, Urteil vom 12.10.1989, AfP 1989, 765.

¹¹²² *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 27; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.32.

Gefahr von Racheakten die Nutzung von Fotografien von Polizeibeamten, die gegen Demonstranten oder Terroristen vorgegangen sind.¹¹²³ Auch Privatpersonen können gefährdet sein, etwa ein an der Verbrechensbekämpfung beteiligter Privatdetektiv,¹¹²⁴ eine Tochter wohlhabender Eltern angesichts möglicher Entführung,¹¹²⁵ ein Vorstandsvorsitzender eines Chemiekonzerns, dessen Abbildung auf einem Plakat mit dem Slogan „Alle reden vom Klima – wir ruinieren es“ abgedruckt wurde, angesichts möglicher Aggressionen ihm gegenüber.¹¹²⁶ Das gleiche kann wegen organisierter Kriminalität für Verbrechensopfer und Zeugen in Betracht kommen, sofern ihr Recht am eigenen Bild nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG eingeschränkt wird.¹¹²⁷

g) Die werbliche und andere kommerzielle Verwendung

Seit langem ist unbestritten, dass die ungefragte Verwendung an sich zulässiger Aufnahmen – zumeist prominenter Personen – in der Werbung, als Warenzeichen sowie im Rahmen von Merchandisingmaßnahmen nicht von der Ausnahmevorschrift des § 23 Abs. 1 KUG legitimiert ist.¹¹²⁸ Fraglich war in diesen Fällen, ob sich die Unzulässigkeit der Bildnisverbreitung bereits daraus ergibt, dass der Ausnahmetatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG nicht erfüllt ist oder erst daraus, dass die Gegenausnahme des § 23 Abs. 2 KUG eingreift.¹¹²⁹ Das Reichsgericht stützte im „Graf Zeppelin“-Urteil die Unzulässigkeit der Abbildung des Grafen als Warenzeichen für Zigaretten auf die Verletzung der berechtigten Interessen des Betroffenen, denn es entspreche nicht jedermanns Geschmack, sein Bildnis auf den Waren eines beliebigen Händlers prangen zu sehen.¹¹³⁰

Der BGH hat sich von dieser durch Rücksicht auf subjektive Empfindlichkeiten des Betroffenen geprägten Linie gelöst¹¹³¹ und festgestellt, dass eine werbemäßige Verwendung von Bildnissen nicht einem berechtigten Informationsbedürfnis der Allgemeinheit, sondern allein den Geschäftsinteressen eines mit der Abbildung Werbung treibenden Unternehmens

¹¹²³ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 27; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.32.

¹¹²⁴ OLG München Urteil vom 13.07.1989, NJW-RR 1990, 1364.

¹¹²⁵ BVerfG, Beschluss vom 31.03.2000, AfP 2000, 348.

¹¹²⁶ BGH, Urteil vom 12.10.1993, NJW 1994, 124 (125) – „Greenpeace“; s. a. OLG Thüringer, Urteil vom 16.08.2000, AfP 2001, 78 - Unzulässigkeit der anprangernden Darstellung einer Person im Internet.

¹¹²⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 23, Rn. 27.

¹¹²⁸ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 34 ff; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 35.

¹¹²⁹ Vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 35.

¹¹³⁰ RG, Urteil vom 28.10.1910, RGZ 74, 308 (313) – „Graf Zeppelin“; vgl. RG, Urteil vom 26.06.1929, RGZ 125, 80 (82 f.) - „Tull Harder“ – Reklame bedeute an sich noch keinen Zweck niederer oder gar unsittlicher Art.

¹¹³¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 35; vgl. *Pietzko*, AfP 1988, 209 (219).

diene.¹¹³² Demgemäß zieht *Wenzel* die Folge, dass § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG nicht eingreife, so dass die Frage der Verletzung berechtigter Interessen sich nicht stelle.¹¹³³

Der BGH ergänzt aber seine Feststellung mit dem Grundsatz, durch derartige kommerzielle Nutzung der Abbildungen werden „berechtignte Interessen des Abgebildeten auch dann verletzt (§ 23 Abs. 2 KUG), wenn es sich um die Werbung einer angesehenen Firma für anerkannte Qualitätswaren handelt und die Abbildung als solche einwandfrei ist“.¹¹³⁴ Es ergibt sich keine scharfe Trennung beider Tatbestände, dass der BGH, wie bereits erwähnt, die erforderliche Interessenabwägung schon bei der Zuordnung eines Bildnisses zum Bereich der Zeitgeschichte vornimmt. Auf jeden Fall muss es der freien EntschlieÙung des Abgebildeten vorbehalten bleiben, ob er sein Bildnis als Anreiz für einen Warenkauf zur Verfügung stellen will.¹¹³⁵ Das Gleiche gilt, wenn ein Bildnis einer Person selbst im Rahmen von Merchandising zum Kaufgegenstand gemacht wird, etwa als Sammelbilder,¹¹³⁶ Telefonkarten, T-Shirts, Starkalender¹¹³⁷ und Postkarten.¹¹³⁸

Ausnahmsweise bedurfte es keiner Zustimmung des Betroffenen, wenn eine kommerzielle Nutzung neben dem wirtschaftlichen Zweck auch einen meinungsbildenden Charakter aufweist oder einen Beitrag zur Kunstentwicklung leistet, wenn also die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 Nr. 1 bzw. Nr. 4 KUG erfüllt sind. Dies ist beispielsweise der Fall bei der Nutzung von Bildnissen bekannter Personen als Blickfang auf Titelseiten von

¹¹³² BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 - „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) - „Fußballtor“; vgl. BGH, Urteil vom 14.10.1986, GRUR 1987, 128 - „NENA“; BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 - „Talkmaster - Foto“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (717) - „Der blaue Engel“; s. a. OLG München, Urteil vom 10.05.2005, ZUM-RD 2005, 396 (397); LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Gerschel*, Der Journalist 1967, Nr. 10, S. 14; s. dazu *Hahn*, NJW 1997, 1348 (1349) - Da auch Presse und Fernsehen keine Wohltätigkeitsveranstaltungen seien, also Bildnisse nicht um (nur) ihrer zeitgeschichtlichen Bedeutung willen, sondern zum Geld verdienen veröffentlichen, sei die Verfolgung geschäftlicher Interessen kein taugliches Kriterium.

¹¹³³ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.28.

¹¹³⁴ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 - „Paul Dahlke“; s. a. OLG München, Urteil vom 10.05.2005, ZUM-RD 2005, 396 (397); LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585.

¹¹³⁵ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (428) - „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 (139) - „Familie Schölermann“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) - „Fußballtorwarts“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (719) - „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 - „Marlene Dietrich“; BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 - „Werbekampagne mit blauem Engel“; OLG Nürnberg, Urteil vom 26.10.1971, GRUR 1973, 40 (41); OLG Hamburg, Urteil vom 13.01.2004, ZUM 2004, 309; LG Köln, Teilurteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 15176, 1e.

¹¹³⁶ BGH, Urteil vom 20.02.1968, NJW 1968, 1091; a. A. RG, Urteil vom 26.06.1929, RGZ 125, 80 - „Tull Harder“ - Der Kläger als Person der Zeitgeschichte müsse die werbemäßige Verwendung seines Bildnisses für Sammelbilder ohne seine Einwilligung dulden, da er durch sie nicht in einem berechtigten Interesse verletzt werde; s. zu diesem Urteil *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 47 f.; *Ullmann*, AfP 1999, 209 (211) - Davon sei die Rechtsprechung heute weit entfernt.

¹¹³⁷ OLG Hamburg, Urteil vom 11.06.1998, AfP 1999, 486.

¹¹³⁸ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 - „Marlene Dietrich“; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.36.

Büchern,¹¹³⁹ Wandkalendern¹¹⁴⁰ und anderen Presseerzeugnissen¹¹⁴¹ mit redaktionellen Inhalten, die Bezug auf den Abgebildeten nehmen.¹¹⁴² Die Werbung für die entsprechenden Presseerzeugnisse genießt dabei ebenso wie diese selbst den Schutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG, weil sie den Absatz der betreffenden Presseerzeugnisse fördert und auf diese Weise zur Verbreitung der Informationen beiträgt.¹¹⁴³ Etwas anderes gilt, wenn dadurch aus der Sicht des Durchschnittslesers¹¹⁴⁴ der Eindruck erweckt wird, der Abgebildete identifiziere sich mit dem beworbenen Produkt, empfehle es oder preise es an.¹¹⁴⁵ Man dürfe in einer solchen Werbung auch Abbildungen verwenden, die in der beworbenen Ausgabe nicht enthalten sind, solange nicht gerade dadurch, dass in der Werbung ein anderes Bild gezeigt wird, das Persönlichkeitsrecht des Abgebildeten eine zusätzliche Beeinträchtigung erfährt.¹¹⁴⁶

Ferner wurde ein Allgemeininteresse bei der kommerziell vertriebenen Gedenkmünze für *Willy Brandt*¹¹⁴⁷ bejaht, da auf deren Rückseite wichtige Stationen seines Lebens als Politiker und Staatsmann wiedergegeben waren,¹¹⁴⁸ sowie bei der satirischen Auseinandersetzung mit politischen Geschehnissen in einer Werbeanzeige eines Autovermieters mit der Abbildung von

¹¹³⁹ OLG Frankfurt, Urteil vom 21.01.1988, NJW 1989, 402 – „Boris Becker“.

¹¹⁴⁰ BGH, Urteil vom 06.02.1979, NJW 1979, 2203 – „Fußballspieler“.

¹¹⁴¹ BGH, Urteil vom 14.03.1995, AfP 1995, 495 – Titelseite einer Kundenzeitschrift; BVerfG, Beschluss vom 15.12.1999, AfP 2000, 163; OLG Hamburg, Urteil vom 05.12.2006, GRUR-RR 2007, 142 – die Abbildung eines Quiz-Moderators auf der Titelseite eines Rätselhefts.

¹¹⁴² *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 36; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 36.

¹¹⁴³ BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (691); LG Köln, Urteil vom 22.10.1980, AfP 1982, 49; vgl. OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237 (239) – Verletzung der berechtigten Interessen des Abgebildeten bejaht, da ein konkreter Beitrag zu keinem Zeitpunkt veröffentlicht werden sollte; LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585 – Keine Anknüpfungspunkte für die konkrete Berichterstattung; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 23, Rn. 37; vgl. dazu BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 – „Marlene Dietrich“; s. a. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.36 - Zwar bereite die Anerkennung hier des Informationszwecks einige Mühe, völlig ausschließen lasse sie sich aber nicht; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 186 ff. - Die feinsinnige Unterscheidung des BGH sei nicht besonders einleuchtend; *Hahn*, NJW 1997, 1348 (1349) – Es solle nicht Aufgabe der Judikatur sein, im Rahmen des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG eine Bewertung des Informationsinteresses vorzunehmen; *Ladeur*, Anmerkung zu OLG München, Urteil vom 06.03.2007 (AfP 2007, 237), AfP 2007, 242 f.; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, S. 358 f.; *Balthasar*, NJW 2007, 664 (666).

¹¹⁴⁴ LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585 (587); LG Frankfurt, Urteil vom 24.07.2003, ZUM 2003, 974 (976).

¹¹⁴⁵ BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (692); OLG München, Urteil vom 06.03.2007, AfP 2007, 237 (239); vgl. *Hahn*, NJW 1997, 1348 (1349).

¹¹⁴⁶ BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690; LG München, Urteil vom 23.11.2000, ZUM 2001, 351; vgl. OLG München, Urteil vom 02.09.1999, NJW-RR 2000, 29 – „Werbung mit Bild Marlene Dietrichs“; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, S. 360.

¹¹⁴⁷ BGH, Urteil vom 14.11.1995, GRUR 1996, 195 – „Abschiedsmedaille“, verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 25.08.2000, ZUM 2001, 232 (232) – „Abschiedsmedaille Willy Brandt“; s. a. OLG Köln, Urteil vom 21.02.2019, ZUM-RD 2019, 326.

¹¹⁴⁸ *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 869.

Oskar Lafontaine.¹¹⁴⁹ Sonst bleibt es bei dem Grundsatz der Einwilligungsbefähigung für eine kommerzielle Nutzung der Personenbildnisse.

Die deutsche Rechtsprechung schützt damit die finanziellen Interessen der Betroffenen,¹¹⁵⁰ die insoweit den Einsatz ihres Bildnisses in der Werbung steuern und an den entsprechenden Erlösen partizipieren können.¹¹⁵¹ Solche berechnete Interessen dürfen allerdings nicht mit dem Interesse des Abgebildeten verwechselt werden, an der Veröffentlichung seines Bildes aus dem Bereich der Zeitgeschichte wirtschaftlich beteiligt zu werden.¹¹⁵² Denn andernfalls würde die Abbildungsfreiheit des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG ausgehöhlt.¹¹⁵³

In der Literatur finden sich einzelne Stimmen, die für die Einführung eines Leistungsschutzes plädieren, der dem Rechtsinhaber bei Verwertung seines Bildnisses keine Verbots- sondern Vergütungsansprüche gewährt.¹¹⁵⁴ Dieser Ansicht ist zu widersprechen, da wie *Götting* mit Recht betont, die Bekanntheit von etwa Fußballspielern zwar tatsächlich im Wesentlichen auf ihrer Leistung beruht,¹¹⁵⁵ doch haben die Medien, die über diese Leistungen berichten, einen mindestens ebenso wichtigen Anteil an ihrer Popularität.¹¹⁵⁶ Darüber hinaus würde durch einen solchen Leistungsschutz eine Barriere für die ungehinderte Verbreitung von

¹¹⁴⁹ BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139 – „Rücktritt des Finanzministers“, kritisch dazu *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 35; *ders.* in: *Löwenheim*, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 45 – Diese Entscheidung lade die Werbeindustrie dazu ein, bei werblichen Nutzungen möglichst satirische Bezüge vorzunehmen, um sich die Lizenzgebühr für die Einwilligung zu ersparen; s. a. *Götting* in: *Schricker/Löwenheim* (Hgg.), KUG § 23, Rn. 122; *Balthasar*, NJW 2007, 664 (666); vgl. aber BGH, Urteil vom 31.05.2012, GRUR 2013, 196; OLG Dresden, Urteil vom 21.08.2018, GRUR-RR 2018, 532; LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585 – Eine Werbung mit karikierenden Elementen sei unzulässig.

¹¹⁵⁰ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 186.

¹¹⁵¹ OLG München, Urteil vom 10.05.2005, ZUM-RD 2005, 396 (397) - Die Bereitschaft des Prominenten, mit seinem Konterfei für ein Unternehmen zu werben, bedeutet keinen konkludenten Verzicht auf ein Verbotungsrecht gegenüber solchen Konkurrenten, die sich im Rahmen vergleichender Werbung ebenfalls seines Bildnisses bedienen; LG München I, Urteil vom 09.12.1999, AfP 2000, 473.

¹¹⁵² BGH, Urteil vom 06.02.1979, NJW 1979, 2203; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 58; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (360); *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 158.

¹¹⁵³ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.35; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 186 ff.

¹¹⁵⁴ *Krüger*, GRUR 1980, 628 (632).

¹¹⁵⁵ So z. B. BGH, Urteil vom 20.02.1968, NJW 1968, 1091 - Der Betroffene könne an den wirtschaftlichen Vorteilen der Verwertung seines Bildnisses beteiligt werden, da ja durch seine Leistungen die Voraussetzungen dafür geschaffen habe; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; vgl. *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (719) - Einige Personen der Zeitgeschichte haben sich aber diesen Status nicht erarbeitet, sondern seien in ihn hineingeboren worden - man denke an den Hochadel; so auch *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 112.

¹¹⁵⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 59.

Informationen und Meinungen geschaffen.¹¹⁵⁷ Von maßgebender Bedeutung soll weiterhin nur das bestehende Informationsinteresse der Allgemeinheit bleiben.¹¹⁵⁸

6. Die Ausnahme im öffentlich-rechtlichen Interesse nach § 24 KUG

Nach § 24 KUG dürfen Bildnisse von den Behörden für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden. Die entsprechende Anfertigung des Personenbildnisses ist auch analog privilegiert.¹¹⁵⁹ Der Umfang des Rechts am eigenen Bild wird dadurch dergestalt begrenzt, dass diese Handlungen der Behörden keinen Eingriff darstellen.¹¹⁶⁰

Die Vorschrift ist das Ergebnis der vom Gesetzgeber vorgenommenen Interessenabwägung, die das öffentlich-rechtliche Interesse¹¹⁶¹ an der Aufklärung und Verhinderung von Verbrechen höher bewertet, als das Interesse eines Verdächtigen an seinem Bildnis.¹¹⁶² Dies macht eine individuelle Abwägung im Einzelfall entbehrlich.¹¹⁶³ Allerdings unterliegt das behördliche Handeln gemäß § 24 KUG dem verfassungsmäßigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, was die Verfolgung eines konkreten Zwecks voraussetzt.¹¹⁶⁴

Unter dem Berechtigten sind der Urheber,¹¹⁶⁵ der Besteller, der Eigentümer oder der Besitzer des Bildnisses zu verstehen.¹¹⁶⁶ Der Kreis der Angehörigen umfasst über die in § 22 Satz 4 KUG genannten Ehegatten, Lebenspartner, Kinder und ggf. Eltern hinaus sämtliche Angehörige, gleich welchen Verwandtschaftsgrades.¹¹⁶⁷

¹¹⁵⁷ Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 59.

¹¹⁵⁸ Schäffer, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 06.02.1979 „Fußballspieler“ (GRUR 1979, 425), GRUR 1979, 428; Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 59; vgl. Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 188.

¹¹⁵⁹ Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 9; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 24, Rn. 4; Klein, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, S. 162; vgl. Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 197 ff.

¹¹⁶⁰ Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 201 f.

¹¹⁶¹ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 1; Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 2; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 883.

¹¹⁶² Vgl. Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 24, Rn. 1; so auch Temuulen, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 127; vgl. Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.40; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 200 f.

¹¹⁶³ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 7; a. A. Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.41.

¹¹⁶⁴ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 7; vgl. Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 883; a. A. Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 201.

¹¹⁶⁵ Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 6.

¹¹⁶⁶ Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 6; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 8.

¹¹⁶⁷ Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 8; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 8; Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 24, Rn. 8.

Beim Zweck der Rechtspflege geht es vor allem um Strafrechtspflege, in deren Rahmen Bildnisse gesuchter Straftäter beispielsweise auf Steckbriefen und Plakaten verwendet werden.¹¹⁶⁸ Dies setzt voraus, dass ein Verfahren anhängig ist.¹¹⁶⁹ Der Bereich der öffentlichen Sicherheit umfasst die Identifizierung von Personen, wie Straftäter, Vermisste, verirrte Geistesranke, aufgefundene Leichen etc.¹¹⁷⁰ Hier ist jedoch ein anhängiges Verfahren keine Voraussetzung.¹¹⁷¹

Der Adressat des § 24 KUG sind ausschließlich Behörden.¹¹⁷² Daher muss die Fahndung mit der Abbildung eines Tatverdächtigen von den Strafverfolgungsbehörden eingeleitet werden.¹¹⁷³ Die heimliche Aufnahme durch einen Privatdetektiv oder originäre Verbreitung von Bildnissen möglicher Straftäter durch die Medien sind von § 24 KUG nicht gedeckt.¹¹⁷⁴

¹¹⁶⁸ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 3; näheres zur öffentlichen Fahndung vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 205 ff.

¹¹⁶⁹ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 8.39; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 3; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 5; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 204.

¹¹⁷⁰ Vgl. *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 4; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 86; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 194 f.

¹¹⁷¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 5.

¹¹⁷² *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 24, Rn. 5; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 86; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 127; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 6; s. z. B. AG Bonn, Urteil vom 28.01.2014, BeckRS 2014, 06752.

¹¹⁷³ *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 86; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 127.

¹¹⁷⁴ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 24, Rn. 6; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 86; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 24, Rn. 3; vgl. *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 127; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 883.

II. Russland

Die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild sind in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB aufgelistet. Die Regeln, die die Ausnahmen festlegen, müssen klar formuliert sein und keine erweiterte Auslegung zulassen.¹¹⁷⁵ Darum ist die Liste der Einschränkungen als abschließend anzusehen.¹¹⁷⁶

1. Die Einschränkung in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF)

a) Die Auslegung der Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF in der russischen Literatur und Rechtsprechung

Laut Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF ist die Einwilligung des Abgebildeten nicht erforderlich, wenn die Nutzung seines Bildes in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen erfolgt. Die bis 22.12.2006 geltende Norm in Art. 514 Satz 2 Alt. 1 ZGB RSFSR wurde ähnlich formuliert und hat die Auslegung der aktuellen Regelung stark beeinflusst, so dass ihre Interpretation für das Verständnis der Einschränkung des Rechts am eigenen Bild gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF relevant ist.

Die meisten Rechtswissenschaftler der modernen¹¹⁷⁷ und sowjetischen¹¹⁷⁸ Zeit sowie die Rechtsprechung¹¹⁷⁹ weisen darauf hin, dass es dabei um die Fahndung nach Verbrechern und Vermissten geht. Das OG RF hat 2015 ausgeführt, dass die Veröffentlichung und Nutzung des Personenbildes für Zwecke des Schutzes der Rechtsordnung und der staatlichen Sicherheit

¹¹⁷⁵ Vgl. *Braginskij/Suchanov/Jarošenko*, Chosjajstvo i pravo 1995, Nr. 5, S. 3.

¹¹⁷⁶ Gebietsgericht des Gebiets Tver', Appellationsbeschluss vom 25.06.2019 im Verfahren Nr. 33-2721/2019; Gebietsgericht des Gebiets Brjansk, Appellationsbeschluss vom 22.11.2016 im Verfahren Nr. 33-4748/2016; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35746) und vom 02.08.2013 (Verfahren Nr. 11-19242); Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *dies.*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; vgl. zum Art. 514 ZGB RSFSR *Krasavčikova* in: Problemy sovremennogo avtorskogo prava, S. 84 f.; *dies.* in: Krasavčikov (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR, S. 99.

¹¹⁷⁷ *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; vgl. *Solikova* in: Molodež' i nauka, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Zujkova*, Ėkonomiko-pravovoj bjulleten' 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Poguljaev/Tulub'eva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2004, Nr. 3, S. 42.

¹¹⁷⁸ *Čerepachin* in: Antologija ural'skoj civilistiki 1925-1989, S. 296; *ders.* (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 67; *Malein*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 60; *Bratus'/Ioffe*, Graždanskoe pravo, S. 147; *Maleina*, Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan, S. 56; *Krasavčikova*, Ličnaja žizn' graždan pod oščranoj zakona, S. 88 f.

¹¹⁷⁹ Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 16.12.2014 im Verfahren Nr. 33-10908/2014; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.12.2014 (Verfahren Nr. 33-38582) und ohne Datum (Verfahren Nr. 33-30668); Gebietsgericht des Gebiets Penza, Kassationsbeschluss vom 29.11.2011 im Verfahren Nr. 33-3055; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

einwilligungsfrei erfolgen darf, etwa für die Fahndung der Bürger, einschließlich der Vermissten sowie Straftäter oder Augenzeugen einer Rechtsverletzung.¹¹⁸⁰

Als Ausnahmefall wird auch die Bildveröffentlichung von Staatsmännern angesehen.¹¹⁸¹ Vor allem wird ein besonderer Status von Politikern gerade hinsichtlich ihres Privatlebens betont, da das Informationsinteresse der Allgemeinheit wegen Leitbild- und Kontrastfunktion regelmäßig durch die Bildberichterstattung über ihre Privatsphäre befriedigt wird.¹¹⁸² So meint *Kaplevič*, dass das ganze Leben des Präsidenten und seiner Stellvertreter transparent für andere Bürger sein müsse.¹¹⁸³ *Fat'janov* plädiert für eine gesetzliche Einengung des Schutzes des Privatlebens von Politikern.¹¹⁸⁴ *Balaškina* hebt hervor, dass an die an der Macht stehenden Personen strengere Forderungen hinsichtlich ihrer persönlichen Eigenschaften gestellt werden sollten, so dass der Schutz ihres Privatlebens enger sei, als der von normalen Bürgern.¹¹⁸⁵

Ein schutzwürdiges Informationsinteresse der Allgemeinheit wird gleichwohl nicht nur von den Politikern anregt.¹¹⁸⁶ Schon *Čerepachin*, die große Figur des russischen Rechts nach

¹¹⁸⁰ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 3; vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenenija sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), Rossijskaja gazeta Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 25 Abs. 3; s. a. Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Appellationsbeschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-797; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹¹⁸¹ Das Oberste Gericht der Republik Kalmykija, Appellationsbeschluss vom 26.02.2019 Nr. 33-180/2019; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.08.2018 im Verfahren Nr. 33-38105/2018); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Poguljaev/Tulub'eva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2004, Nr. 3, S. 42; *Pustovalov* in: Pravo i sovremennost', der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, S. 130.

¹¹⁸² Vgl. Redefreiheit in den Medien, verabschiedet vom Ministerkomitee des Europarats am 12.02.2004, anlässlich der 872. Versammlung der Ministervertreter, Art. 3, 4 und 7; berücksichtigt in: OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjulleten' Verhovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant.

¹¹⁸³ *Kaplevič* in: Kozyreva/Mit'ko/Platonova, Žurnalist 2007, Nr. 7, S. 63.

¹¹⁸⁴ *Fatjanov*, Zakon 2002, Nr. 12, S. 25.

¹¹⁸⁵ *Balaškina*, Pravo i politika 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; so auch *Reznik*, Juridičeskij mir 1997, Nr. 9, S. 23 f.

¹¹⁸⁶ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjulleten' Verhovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; *Gavrilov*, Patenty i licenzii 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Belogolovcev* in: Kozyreva/Mit'ko/Platonova, Žurnalist 2007, Nr. 7, S. 63; *Mel'nikova* in: Kozyreva/Mit'ko/Platonova, Žurnalist 2007, Nr. 7, S. 63; *Mlečin* in: Kozyreva/Mit'ko/Platonova, Žurnalist 2007, Nr. 7, S. 63; vgl. *Timešov*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 17.

dem Zweiten Weltkrieg, betonte, dass die Veröffentlichung von Porträts nicht nur von Staatsmännern, sondern auch von bedeutenden Vertretern der Gesellschaft, Spitzenkräften, verdienten Künstlern und Spitzensportlern zugunsten der öffentlichen Interessen privilegiert werden sollte.¹¹⁸⁷

Die Position des Obersten Gerichts der Russischen Föderation hinsichtlich der Bildveröffentlichung von solchen Personen wurde zum ersten Mal in seiner Anweisung vom 15.06.2010¹¹⁸⁸ zum Ausdruck gebracht. Die Gerichte sollen, so das OG RF, zwischen einer Berichterstattung über Tatsachen, auch höchst umstrittene, die einen positiven Beitrag zu einer Diskussion in der Gesellschaft leisten, z. B. wie Staatsmänner und bedeutende Vertreter der Gesellschaft ihre Aufgaben erfüllen, und einer Berichterstattung über Einzelheiten des Privatlebens einer Person, die keine solchen Aufgaben hat, unterscheiden. Während die Medien im ersten Fall ihrer gesellschaftlichen Pflicht nachkommen, die Bürger über Fragen allgemeinen Interesses zu informieren, spielen sie im letzten Fall eine solche Rolle nicht.¹¹⁸⁹ Die zugehörige Wortberichterstattung ist somit bei der Bildveröffentlichung zu berücksichtigen.¹¹⁹⁰

Hier lässt sich ein Einfluss der „Caroline“-Entscheidung des EGMR vom 24.06.2004 auf die Auslegung der Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF erkennen.¹¹⁹¹ Es fällt auf, dass zwischen der „Caroline“-Entscheidung und der obigen Anweisung des OG RF eine Zeitspanne von sechs Jahren liegt. Wahrscheinlich hat den Anstoß dazu die Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation¹¹⁹² gegeben, wonach die Erfahrungen anderer Staaten mit einer entsprechend entwickelten Zivilgesetzgebung wie Deutschland zu berücksichtigen sind.¹¹⁹³ Die Konzeption wurde kurz vor der Verabschiedung

¹¹⁸⁷ Čerepachin in: Antologija ural'skoj civilistiki 1925-1989, S. 296; ders. in: Čerepachin (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti, S. 67.

¹¹⁸⁸ Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primeneniya sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), Rossijskaja gazeta Nr. 132 vom 18.06.2010.

¹¹⁸⁹ Ebd., Punkt 25 Abs. 4.

¹¹⁹⁰ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.04.2017 im Verfahren Nr. 33-11235/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

¹¹⁹¹ Vgl. *Grin* in: Konstitucionnye prava i svobody: problemy interpretacii i realizacii v nacional'nych pravovyh sistemach, der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 78.

¹¹⁹² Gebilligt durch die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung vom 07.10.2009, veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, November 2009, Nr. 11.

¹¹⁹³ Die Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation, gebilligt durch die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung vom 07.10.2009, veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, November 2009, Nr. 11, Abschnitt 2, Punkt 3.5.

der Anweisung des OG RF durch die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung gebilligt.¹¹⁹⁴

Man kann sagen, dass diese Anweisung des OG RF für das Verständnis der öffentlichen Interessen einige Klarheit gebracht hat und zu einer größeren Verantwortlichkeit seitens der Behörden bei der Verwendung von Personenabbildungen geführt hat. So wurde vom Föderalen Gerichtsvollzieherdienst mit dem Hinweis auf diese Anweisung ein Brief an seine Organisationseinheiten adressiert, in dem darauf aufmerksam gemacht wurde, dass bei dienstlichen Filmaufnahmen eine Darstellung der Betroffenen in Großaufnahme zu vermeiden sei und nur die Tätigkeit der Gerichtsvollzieher gedreht werden dürfe.¹¹⁹⁵ Auch die Rechtsprechung hat einen Leitfaden in die Hand erhalten und wurde nachfolgend mit den Argumenten des OG RF bezeichnet.¹¹⁹⁶

In der Rechtsprechung¹¹⁹⁷ sowie wissenschaftlichen Lehre¹¹⁹⁸ trifft man einen zusammenfassenden Begriff der „öffentlichen Personen“. In einer jüngeren Anweisung vom 23.06.2015 hat das OG RF diesen Begriff offiziell definiert. Darunter werden solche Personen verstanden, die ein öffentliches Amt bekleiden und alle diejenigen, die eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben spielen, wobei auch regional,¹¹⁹⁹ sei es in der Politik, Wirtschaft, Kunst, im Sport oder in einem beliebigen anderen Bereich.¹²⁰⁰

¹¹⁹⁴ S. die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung vom 07.10.2009, veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, November 2009, Nr. 11.

¹¹⁹⁵ Föderaler Gerichtsvollzieherdienst, Brief vom 23.12.2011 Nr. 12/01-31392-AP „O porjadke provedenija videos’emki pri soveršenii ispolnitel’nych dejstvij i primenenii mer prinuditel’nogo ispolnenija“ (Über die Ordnung des Videodrehens während der Vollstreckungsaktionen und Maßnahmen der Vollstreckung), veröffentlicht in: Bjulleten’ Federal’noj služby sudebnych pristavov 2012, Nr. 3, Abs. 6 f.; vgl. die Rechtslage davor: Gebietsgericht des Gebiets Tver’, Kassationsbeschluss vom 15.11.2011 im Verfahren Nr. 33-4502; Gebietsgericht des Gebiets Tver’, Beschluss vom 15.11.2011 im Verfahren Nr. 33-4501.

¹¹⁹⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.08.2013 im Verfahren Nr. 11-19242; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 24.04.2013 im Verfahren Nr. 33-2423; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹¹⁹⁷ Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 16.12.2014 im Verfahren Nr. 33-10908/2014; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 02.04.2014 im Verfahren Nr. 33-4196/2014; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Appellationsbeschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-797; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹¹⁹⁸ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8; *Byčkov*, Jurist 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant; *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *Pal’ceva*, Informacionnoe pravo 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

¹¹⁹⁹ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5498/2017; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Ėrdelevskij*, Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 11, S. 30 f.; *Solikova* in: Molodež’ i nauka, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²⁰⁰ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des

Außerdem wurde betont, dass gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF der Bildnisschutz hinter dem öffentlichen Interesse zurücktreten muss, insbesondere wenn es um Bilder von einer öffentlichen Person gehe und ihre Veröffentlichung und Nutzung in Zusammenhang mit einer politischen oder gesellschaftlichen Diskussion erfolge,¹²⁰¹ wobei beide Voraussetzungen nebeneinander vorliegen müssen.¹²⁰² Dasselbe gilt, wenn ein gesellschaftlich bedeutendes Interesse an einer betroffenen Person bestehe.¹²⁰³

Zugleich sei die Einwilligung des Abgebildeten nicht entbehrlich, wenn das Ziel der Bildveröffentlichung und Nutzung sich in der Befriedigung des „spießbürgerlichen“ Interesses am Privatleben des Betroffenen erschöpfe.¹²⁰⁴ Darüber hinaus greife die Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF nicht ein, wenn die Personenabbildung zur Gewinnerzielung genutzt werde.¹²⁰⁵

Diese begrüßenswerten Feststellungen des OG RF wurden von den Instanzengerichten nicht eindeutig interpretiert. Dies lässt sich am folgenden Beispiel darstellen. Der sehr beliebte russische Schauspieler und Volkskünstler *Bezrukov Sergej Vital'evič* war im Zeitraum von 2000 bis 2015 mit der Schauspielerin *Bezrukova Irina Vladimirovna* verheiratet und hatte einen Stiefsohn. Es gibt keine gemeinsamen Kinder. 2015 ist der Stiefsohn gestorben und das Ehepaar

I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 1.

¹²⁰¹ Ein schutzwürdiges Informationsinteresse bejaht z. B. von Obersten Gericht der Republik Marij Ėl, Appellationsbeschluss vom 12.04.2016 im Verfahren Nr. 33-654/2016; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5498/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.11.2015 im Verfahren Nr. 33-42661/2015; verneint z. B. von OG RF, Beschluss vom 29.09.2015 Nr. 5-KG15-122; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁰² VerfG RF, Beschlüsse vom 12.02.2019 Nr. 274-O und 275-O, veröffentlicht in: Vestnik Konstitucionnogo Suda RF, 2019, Nr. 3; VerfG RF, Beschluss vom 26.03.2019 Nr. 698-O, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁰³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 1; so auch Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.07.2017 im Verfahren Nr. 33-22928/2017, n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Belov*, Vestnik ėkonomičeskogo pravosudija Rossijskoj Federacii 2015, Nr. 11, Punkt 23; *Micheeva*, Sud'ja 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; vgl. *Turkiašvili*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 5 (69), S. 235.

¹²⁰⁴ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 2.

¹²⁰⁵ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 2; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.04.2019 (Verfahren Nr. 33-12864/2019) und vom 30.10.2017 (Verfahren Nr. 33-38075/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 25.05.2018 Nr. 4g-4005/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. a. *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 7; vgl. *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 20 f.; *Nikolaeva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2014, Nr. 6, S. 9; *Zujkova*, Ėkonomiko-pravovoj bjulleten' 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

hat die Ehe scheiden lassen. Am 11.03.2016 hat *Bezrukov* eine Regisseurin *Matison Anna Olegovna* geheiratet. Indes ist wider seinen Willen bekannt geworden, dass er zu dieser Zeit bereits zwei außereheliche Kinder von einer anderen Frau hat. Rund um diese Familiengeschichte wurde in vielen Zeitungen und Zeitschriften mit Bebilderung berichtet. Vor den Gerichten wurden von den ehemaligen Eheleuten mehrere Klagen erhoben, die den Bildnisschutz und Schutz des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens zum Gegenstand hatten. Die Sachverhalte sind generell ähnlich. Die Rechtsprechung ist allerdings widersprüchlich.

So wird in einer Reihe der Gerichtsurteile zu Recht hervorgehoben, dass die Berichterstattung über reines Privatleben der öffentlichen Personen nicht der Befriedigung des öffentlichen Interesses dient.¹²⁰⁶ Die begleitenden Abbildungen der Betroffenen dürfen nicht ohne ihre Einwilligung veröffentlicht werden, auch wenn sie bei den öffentlichen Veranstaltungen aufgenommen wurden, etwa während der ersten öffentlichen Wiedergabe eines Filmes. Die Ausnahme nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF¹²⁰⁷ greift auch nicht ein, weil die Veranstaltung im Text nicht angesprochen und bildlich nicht dargestellt wird. Die Abgebildeten sind darüber hinaus ein Hauptobjekt der Nutzung.¹²⁰⁸

¹²⁰⁶ Hinsichtlich *Bezrukov*: Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-18995/2017), vom 08.12.2016 (Verfahren Nr. 33-45774/2016), vom 06.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20221/2016), vom 04.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20598/2016), vom 22.09.2016 (Verfahren Nr. 33-37835/2016), vom 22.09.2016 (Verfahren Nr. 33-37832/2016), vom 02.09.2016 (Verfahren Nr. 33-32285/2016), vom 14.07.2016 (Verfahren Nr. 33-27296/2016), vom 14.10.2015 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 15.02.2016 Nr. 4g/2-0817/2016 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16797/2015), vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16791/2015); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Hinsichtlich *Bezrukova*: Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-17415/2017), vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-18997/2017), vom 04.04.2017 (Verfahren Nr. 33-11235), vom 22.09.2016 (Verfahren Nr. 33-37836/2016), vom 22.09.2016 (Verfahren Nr. 33-37833/2016), vom 02.09.2016 (Verfahren Nr. 33-32285/2016), vom 16.08.2016 (Verfahren Nr. 33-31343/2016), vom 30.06.2016 (Verfahren Nr. 33-25347/2016); vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.07.2017 im Verfahren Nr. 33-22928/2017; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁰⁷ Ausführlicher dazu s. unten Abschnitt D, Kapitel II, Unterkapitel 3 „Die bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen Bilder des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF)“.

¹²⁰⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-18995/2017), vom 06.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20221/2016), vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16797/2015), vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16791/2015); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Die andere Reihe der Gerichtsurteile bringt eine umgekehrte Rechtsposition zum Ausdruck. Es wird betont, dass die öffentlichen Personen wie *Bezrukov*¹²⁰⁹ und *Bezrukova*¹²¹⁰ wegen ihrer Bekanntheit und des erhöhten Interesses der Allgemeinheit die Berichterstattung über Einzelheiten ihres Privatlebens, etwa private Beziehungen, dulden müssen, weil sie Orientierung für andere Menschen bei eigenen Lebensentwürfen bieten, also die Norm in Art. 152.2 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF zur Anwendung kommt.¹²¹¹ Was die begleitende Bebilderung angeht, ist die Veröffentlichung nur solcher Bilder zulässig, die keine Angaben über Privatleben widerspiegeln und somit keinen eigenständigen Verletzungsgehalt haben, etwa Inszenierungsfotos, Einzelbilder von Videointerviews,¹²¹² Abbildungen von exponierenden Prominenten während der öffentlichen Veranstaltungen.¹²¹³ Die Gerichte bedienen sich dabei der gesetzlichen Formulierung über die Bilder, die an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen angefertigt wurden.¹²¹⁴ In diesen

¹²⁰⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 18.04.2017 (Verfahren Nr. 33-14183/2017), vom 22.03.2017 (Verfahren Nr. 33-10034, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8556/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 20.03.2017 (Verfahren Nr. 33-9283, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8709/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 28.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1979/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 11.07.2017 Nr. 4g/2-6458/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 08.02.2017 (Verfahren Nr. 33-4505/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8017/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.02.2017 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7802/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3582/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.06.2017 Nr. 4g/2-6756/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.02.2017 im Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7801/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; s. a. hinsichtlich *Matison* von Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.02.2017, Verfahren Nr. 33-1994/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8016/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt, und Nr. 33-1996/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 29.06.2017 Nr. 4g/2-7015/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹¹ S. a. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.06.2018 (Verfahren Nr. 33-14581, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.08.2018 Nr. 4g/10-10581/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 04.04.2018 (Verfahren Nr. 33-14581/20189, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.08.2018 Nr. 4g/10-10188/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹² Gebietsgericht des Gebiets Samara, Appellationsbeschluss vom 07.08.2012 Nr. 33-7288/2012, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 02.03.2020 (Verfahren Nr. 33-6285/2020), vom 04.04.2018 (Verfahren Nr. 33-14581/2018, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.08.2018 Nr. 4g/10-10188/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.02.2017 im Verfahren Nr. 33-1994/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8016/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.06.2018 (Verfahren Nr. 33-14581, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.08.2018 Nr. 4g/10-10581/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 18.04.2017 (Verfahren Nr. 33-14183/2017), vom 22.03.2017 (Verfahren Nr. 33-10034, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8556/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 20.03.2017 (Verfahren Nr. 33-9283, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8709/2017 wurde die Eröffnung des

Fällen ist die Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF einschlägig. Wird ein Foto aus dem Alltag von Prominenten mit versteckter Kamera aufgenommen, bedarf seine Veröffentlichung der Einwilligung der Betroffenen.¹²¹⁵ Über Privatleben der öffentlichen Personen darf man also im Text berichten, im Bild dagegen nicht, wenn sich aus dem Bildinhalt die privatrechtlichen Informationen ergeben.

Die russische Rechtsprechung ist somit nicht einheitlich genug, wenn das Recht am eigenen Bild neben dem Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens tangiert wird. Die Vorbildfunktion ist zwar zu berücksichtigen, insbesondere wenn die Politiker betroffen sind. Ob die bebilderte Erörterung der Scheidung oder Heirat der Schauspieler über die Befriedigung des „spießbürgerlichen“ Interesses an ihrem Privatleben hinaus einen Beitrag zur politischen oder gesellschaftlichen Diskussion leistet, ist jedoch zu verneinen. Wie das OG RF 2007 betonte, beeinflusse die Popularität einer Person nicht die gerichtliche Beurteilung der Fragen nach ihren Rechten, Pflichten und ihrer Verantwortlichkeit, da dies aus der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz nach Art. 19 Teil 1 der Verfassung der RF folge.¹²¹⁶ Die Normen in

Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1996/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 29.06.2017 Nr. 4g/2-7015/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.02.2017 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7802/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.02.2017 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7801/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3579/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7014/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3582/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.06.2017 Nr. 4g/2-6756/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); s. a. Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5498/2017; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 28.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1979/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 11.07.2017 Nr. 4g/2-6458/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1994/2017), vom 08.02.2017 (Verfahren Nr. 33-4505/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8017/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁶ OG RF, *Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosновенnosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006* (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: *Bjulleten' Verchovnogo Suda RF 2007*, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; s. a. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.12.2019 (Verfahren Nr. 33-54324), 24.04.2017 (Verfahren Nr. 33-12745/2017), vom 08.12.2016 (Verfahren Nr. 33-45774/2016), vom 04.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20598/2016), vom 12.04.2016 (Verfahren Nr. 33-12878/2016 und 33-12879/2016), vom 16.03.2016 (Verfahren Nr. 33-5243/2016), vom 26.09.2014 (Verfahren Nr. 33-25081), vom 02.07.2014 (Verfahren Nr. 33-25456), vom 04.04.2014 (Verfahren Nr. 33-10743), vom 04.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20857); Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 19.09.2013 Nrn. 4g/2-9279/13, 4g/2-9285/13, 4g/2-9287/13, 4g/2-9288/13, 4g/2-9289/13; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Byčkov, Sovremennyj predprinimatel' 2011*, Nr. 9, zitiert nach Consultant.

Art. 152.1 Punkt 1 und Art. 152.2 Punkt 1 ZGB RF wurden nach der Verfassungsbeschwerden der Betroffenen als verfassungskonform erklärt.¹²¹⁷

Hinsichtlich der Normalbürger wurde ein „gesellschaftlich bedeutendes“ Interesse der Allgemeinheit beispielsweise bei einer Fernsehsendung bejaht, die das Problem der Betrügerei im Bereich des Wohnungsmarktes zum Thema hatte und den Betroffenen bei der Verweigerung eines Interviews kurz darstellte. Der Abgebildete war als Leiter der Rechtsabteilung einer Immobilienvermittlung tätig und hat die Interessen eines Käufers einer Wohnung in Moskau gegenüber einem geisteskranken Verkäufer bei der Schließung eines Kaufgeschäfts vertreten. Das Stadtgericht Moskau hat ausgeführt, dass diese Fernsehsendung zur Befriedigung des gesellschaftlich bedeutenden Interesses der Allgemeinheit an Sicherheit des Lebens, Gesundheit und Eigentum beiträge, so dass die Abbildung des Immobilienmaklers zulässig sei.¹²¹⁸

Das Gleiche gilt für die Videoaufnahme eines Beamten des Ministeriums der Sozialpolitik im Gebiet Nižnij Novgorod beim Gespräch über die Gewährung einer Wohnung an einen Veteranen.¹²¹⁹ Dass das Video dabei von einem Journalisten heimlich gedreht wurde, hat das Gericht nicht beanstandet, weil das Gespräch im Büro des Betroffenen stattgefunden hatte und eine dienstliche Frage zum Thema hatte. Als rechtliche Argumentation könnte dabei Art. 50 Nr. 2 des Gesetzes der Russischen Föderation vom 27.12.1991 Nr. 2124-1 „Über die Massenmedien“¹²²⁰ dienen. Laut dieser Norm ist die Verbreitung in den Medien der Materialien, die mit der versteckten Kamera erlangt wurden, zulässig, wenn dies für den Schutz der gesellschaftlichen Interessen erforderlich ist und die Maßnahmen gegen mögliche Identifizierung von den nicht Betroffenen vorgenommen wurden. Im Rahmen der

¹²¹⁷ VerfG RF, Beschlüsse vom 12.02.2019 Nr. 274-O und 275-O, veröffentlicht in: Vestnik Konstitucionnogo Suda RF, 2019, Nr. 3; s. a. VerfG RF, Beschlüsse vom 25.06.2019 Nr. 1589-O und vom 26.03.2019 Nr. 698-O, beide n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁸ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.10.2010 im Verfahren Nr. 33-30915; so auch OG RF, Beschluss vom 16.10.2017 Nr. 306-ĖS17-14359; vgl. Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 14.05.2015 im Verfahren Nr. 4g/2-4910/15; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 16.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5428/2017; a. A. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-38671/2015; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²¹⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.07.2013 im Verfahren Nr. 11-20251; vgl. Drittes Kassationsgericht, Beschluss vom 27.04.2022 im Verfahren Nr. 2-22/2021; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.03.2013 im Verfahren Nr. 11-3892/2013 – Die kritische Bildberichterstattung über politische und andere Tätigkeit eines Beamten vom Departament der Vermögensangelegenheiten der Administration der Stadt Surgut sei ohne seine Einwilligung zulässig; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202 – Die einwilligungsfreie Bildberichterstattung hinsichtlich der Gemeindegewirtschaft in einem Bezirk sei zulässig; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.07.2014 im Verfahren Nr. 33-4360/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁰ Gesetz der RF vom 27.12.1991 Nr. 2124-1 „O sredstvach massovoj informacii“, Rossijskaja gazeta Nr. 32 vom 08.02.1992.

entsprechenden Sendung wurde eine gesellschaftlich bedeutende Frage erörtert, ob die Wohnungsrechte der Veteranen im Gebiet Nižnij Novgorod gebührend beachtet werden.

Das Problem der Arzneimittelversorgung,¹²²¹ Bestechlichkeit,¹²²² des Kampfes gegen organisiertes Verbrechen,¹²²³ insbesondere Terrorismus,¹²²⁴ Diebstähle,¹²²⁵ Morde,¹²²⁶ Verstöße gegen Verkehrsregeln¹²²⁷ oder öffentliche Verhaltensregeln¹²²⁸ sowie der Umwelt-,¹²²⁹ Minderjährigen-¹²³⁰ und Verbraucherschutz¹²³¹ gehören ebenso zu den Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung, so dass die Veröffentlichung der Aufnahmen der Beteiligten bei einer entsprechenden Berichterstattung zulässig ist.

Aus dieser Rechtsprechung ist der Schluss zu ziehen, dass Aufnahmen nicht nur von öffentlichen Personen, sondern auch von Privatpersonen wegen ihrer Betroffenheit unter

¹²²¹ Das Oberste Gericht der Republik Komi, Appellationsbeschluss vom 27.08.2012 Nr. 33-3020/2012; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.07.2013 im Verfahren Nr. 11-18364; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²² Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 21.09.2016 im Verfahren Nr. 33-9507/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²³ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 26.03.2015 im Verfahren Nr. 4g/2-2530/15; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 22.02.2017 im Verfahren Nr. 33-1270/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.11.2014 im Verfahren Nr. 33-46367; das Oberste Gericht der Republik Komi, Appellationsbeschluss vom 13.02.2014 Nr. 33-581/2014; das Oberste Gericht der Republik Komi, Beschluss vom 10.09.2012 Nr. 33-3976AP/2012; Gebietsgericht des Gebiets Archangel'sk, Appellationsbeschluss vom 11.10.2011 im Verfahren Nr. 33-5869/2017; vgl. Gericht des autonomen Kreises der Jamal-Nenzen, Kassationsbeschluss vom 23.01.2012 im Verfahren Nr. 33-238; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁴ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 30.03.2011 im Verfahren Nr. 33-8716, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁵ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 07.11.2017 Nr. 4g-10-12903/2017; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 25.08.2014 im Verfahren Nr. 33-8262/2014; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.06.2012 im Verfahren Nr. 11-8780; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁶ Anweisung des Präsidiums des Gebietsgerichts des Gebiets Tomsk vom 20.07.2011 Nr. 44g-16/2011, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁷ Das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 20.03.2018 im Verfahren Nr. 33-581/2018; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 18.08.2015 im Verfahren Nr. 33-5216/2015; Regionsgericht der Region Perm', Appellationsbeschluss vom 21.05.2014 im Verfahren Nr. 33-4396-/2014; das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Kassationsbeschluss vom 12.07.2011 Nr. 33-1341/44; vgl. Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.04.2012 im Verfahren Nr. 11-2304; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 22.11.2017 (Verfahren Nr. 33-47841/2017) und vom 08.08.2017 (Verfahren Nr. 33-30927/2017); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²²⁹ Regionsgericht der Region Primorje, Beschluss vom 01.06.2015 im Verfahren Nr. 33-4416/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²³⁰ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 03.10.2018 im Verfahren Nr. 4g/2-12100/2018; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.08.2018 im Verfahren Nr. 33-37592/2018; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²³¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 26.09.2017 (Verfahren Nr. 33-30417/2017), vom 08.02.2017 (Verfahren Nr. 33-5378/2017), vom 28.09.2015 (Verfahren Nr. 33-34978/2015); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Umständen das Allgemeininteresse hervorrufen können,¹²³² mit der Folge, dass ihre Bilder in solchen Fällen einwilligungsfrei veröffentlicht werden dürfen.

Fraglich ist, ob die Medien sich dabei der Abbildungen von sozialen Netzwerken bedienen können. Wie bereits gesagt, gilt das Hochladen des Fotos von sich selbst ins Internet, so das OG RF,¹²³³ nicht als eine Einwilligungserteilung gegenüber Dritten, es sei denn, die Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 sind einschlägig. Dadurch wird den Eindruck erweckt, als ob beim Vorliegen einer der Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild die Abbildungen z. B. von sozialen Netzwerken frei genutzt werden dürften. Die Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 sowie Nr. 2 wegen der Begrenzung über das Hauptobjekt der Nutzung sind allerdings kaum geeignet. Denkbar sind die Situationen, wenn die Medien z. B. über die Opfer von Naturkatastrophen berichten wollen und über ihre Bilder nicht verfügen. Ob und unter welchen Umständen sie die Fotos von sozialen Netzwerken ohne Einwilligung der Betroffenen zugunsten der öffentlichen Interessen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF nutzen dürfen, wurde bisher in der Literatur¹²³⁴ nicht erörtert.

In der Rechtsprechung gibt es, soweit ersichtlich, zwei Fälle von 2018, in denen die Veröffentlichung der Bildnisse vom russischen sozialen Netzwerk „Vkontakte“ gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF als zulässig angesehen wurde. In einem Fall¹²³⁵ hat das Stadtgericht Moskau das öffentliche Interesse an der Bildberichterstattung über einen Verkehrsunfall mit 11 Opfer bejaht und die Veröffentlichung der Abbildungen des Verursachers nicht beanstandet.

In einem anderen Fall¹²³⁶ diene die Bebilderung eines Artikels in einer Zeitung über Verhaftung des Klägers für die mehrmaligen Verstöße gegen Verkehrsregeln, so das Oberste Gericht der Republik Mordovija, der Rücksichtnahme seitens der Allgemeinheit auf diese Regeln und der Vorbeugung solcher Rechtsverletzungen. Die Argumentation stützte sich unter anderem darauf, dass die Nutzungsbestimmungen der Internet-Seite „Vk.com“ kein ausdrückliches Verbot für eine solche Bildnutzung enthalten. Diese setzen sich mit der

¹²³² Verneint z. B. von Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.10.2014 im Verfahren Nr. 33-35361; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 31.05.2012 im Verfahren Nr. 33-4699/2012; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²³³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 43 Abs. 2.

¹²³⁴ S. einzeln *Pičugina*, *Korporativnyj jurist* 2014, Nr. 8, S. 38.

¹²³⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 28.08.2018 im Verfahren Nr. 33-37629/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²³⁶ Das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 20.03.2018 im Verfahren Nr. 33-581/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

Befugnis der Medien, die Fotos von den Nutzern im Rahmen der gesetzlichen Rechtseinschränkungen einwilligungsfrei anzuwenden, überhaupt nicht auseinander, so dass ein solches Verbot tatsächlich fehlt.¹²³⁷

Darüber hinaus ist es anerkannt, dass unter den Begriff der staatlichen, gesellschaftlichen und sonstigen öffentlichen Interessen auch Ausbildungszwecke fallen. Man hat zunächst bezweifelt, ob die Bildveröffentlichung zu Ausbildungszwecken das Recht am eigenen Bild der Betroffenen einschränkt, da dies wegen der weiten Formulierung der gesetzlichen Norm nicht eindeutig zu bejahen sei.¹²³⁸ Der Staatsduma wurde am 07.06.2007 ein Gesetzesentwurf¹²³⁹ vorgelegt, der die einschlägige Ausnahme dahingehend veränderte, dass neben den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen auch das Ausbildungsinteresse verankert war. Der Gesetzesentwurf wurde als überflüssig abgelehnt.¹²⁴⁰ Der Gesetzgeber hat sich dabei auf ein offizielles Gutachten der Russischen Regierung gestützt, nach dem die Ausnahmenvorschrift in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF a. F. [Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF n. F.]¹²⁴¹ alle öffentlichen

¹²³⁷ S. die Schutzvorschriften hinsichtlich der Informationen über die Nutzer der Internet-Seite „Vk.com“ (die Fassung vom 28.02.2020), abrufbar unter <<https://vk.com/privacy>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²³⁸ Die Begründung zum Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat’ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i stat’ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Abs. 2 f., vorgelegt der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation am 07.06.2007, zitiert nach Consultant; *Pankeev*, *Mediascope* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²³⁹ Der Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat’ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i stat’ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), zitiert nach Consultant.

¹²⁴⁰ Anweisung der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation über den Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat’ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i stat’ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 10.09.2008 Nr. 890-5 GD, zitiert nach Consultant.

¹²⁴¹ Art. 152.1 ZGB RF wurde vom Punkt 13 des Föderalen Gesetzes vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 145 vom 05.07.2013, wie folgt verändert. Der bisherige Wortlaut des ganzen Artikels ist Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF n. F. geworden und wurde durch die Punkte 2 und 3 über den Schutz des Rechts am eigenen Bild ergänzt.

Interessen umfasse, und zwar unter anderem das Ausbildungs-,¹²⁴² Wissenschafts-, Kultur-,¹²⁴³ Informations-, Verteidigungs- und Rechtsschutzinteresse.¹²⁴⁴

Der namhafte sowjetische Rechtswissenschaftler *Ioffe* vertritt die Position, dass die Veröffentlichung einer Karikatur in der Presse ebenso im öffentlichen Interesse erfolgt.¹²⁴⁵

b) Zu weite Formulierung der Einschränkung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF

Die Formulierung der Einschränkung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF, wenn die Veröffentlichung des Bildes des Bürgers in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen erfolgt, ist im russischen Zivilrecht üblich¹²⁴⁶ und ruft daher auf den ersten Blick keine Einwände hervor. Allerdings wird bei einer näheren Betrachtung klar, dass sie für eine Einschränkung des Rechts am eigenen Bild zu weit gefasst ist. Das Gleiche gilt für die ähnliche Formulierung in Art. 514 Satz 2 Alt. 1 ZGB RSFSR, wenn die Bildveröffentlichung in staatlichen oder gesellschaftlichen Interessen privilegiert war. Es ist *Andreev* zuzustimmen, dass das russische Zivilrecht an abstrakten Formulierungen „leidet“, die sich kaum eindeutig interpretieren lassen.¹²⁴⁷ Darum ist es nicht ausgeschlossen, dass die entsprechende Norm zum Nachteil des Betroffenen interpretiert werden kann.¹²⁴⁸

¹²⁴² S. z. B. Regionsgericht der Region Perm', Appellationsbeschluss vom 05.08.2014 im Verfahren Nr. 33-7106/2014, n. v., zitiert nach Consultant – Die Bildillustration in einem heimatkundlichen Buch sei ohne nach Art. 152.1 ZGB RF erforderliche Einwilligung zulässig.

¹²⁴³ So auch der Ausschuss der Staatsduma für die Zivil-, Straf-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung der Föderalversammlung der Russischen Föderation vom 04.07.2008, Gutachten über den Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat'ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodksa Rossijskoj Federacii i stat'ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Abs. 4, zitiert nach Consultant.

¹²⁴⁴ Die Regierung der Russischen Föderation, offizielles Gutachten zum Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat'ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i stat'ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 06.05.2008 r. Nr. 1984p-P44, Abs. 4, zitiert nach Consultant.

¹²⁴⁵ *Ioffe*, Osnovy avtorskogo prava. Avtorskoe, izobretatel'skoe pravo, pravo na otkrytie, S. 30; *ders.* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin*, Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 158; zutreffend *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), Kommentarij k GK RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 753.

¹²⁴⁶ S. z. B. Art. 152.2 Punkt 1 Abs. 2 und Art. 1362 Punkt 1 Abs. 4 ZGB RF; vgl. [öffentliche Interessen] Art. 391.9 Teil 2 ZPO RF; Art. 53 APO RF; Föderales Gesetz vom 27.07.2010 Nr. 193-FZ „Ob alternativnoj procedure uregulirovanija sporov s učastiem posrednika (procedure mediacii)“ (Über alternatives Verfahren der Streitbeilegung mit der Teilnahme des Vermittlers (Verfahren der Mediation), Rossijskaja gazeta Nr. 168 vom 30.07.2010, Art. 1 Punkt 5.

¹²⁴⁷ *Andreev*, Chozjajstvo i pravo 2010, Nr. 4, S. 27; vgl. *Ivanov*, Jurist 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant.

¹²⁴⁸ Hinsichtlich des Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF s. *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23; *Šanchaev*, Pravo v vooružennych silach 2009, Nr. 1, S. 74; *Zabud'ko*, Gosudarstvennaja vlast' i mestnoe samoupravlenie 2014, Nr. 5, zitiert nach Consultant; *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 69; vgl. *Renkel'*, Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 8, S. 32; *Sidorina*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti 2010, Nr. 1, S. 19; *Koževnikova*, in: Problemy sovremennogo Rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur III. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 194; *Skakalina*, Problemy ochrany izobraženija graždanina, razmeščennogo v seti Internet, Materialien zur XLVIII. internationalen

So hält *Maleina*, die selbst die Verschwommenheit der erörterten Einschränkung des Rechts am eigenen Bild kritisierte,¹²⁴⁹ die einwilligungsfreie Bildnutzung in einer sozialen Werbung für zulässig, weil ihrer Ansicht nach damit dem öffentlichen Wohl und Interesse gedient werde.¹²⁵⁰ Dem ist entgegenzuhalten, dass der Bürger diese sozialen Zwecke möglicherweise nicht mitträgt und sich der Assoziation der konkreten sozialen Werbung mit seinem Bild widersetzen kann,¹²⁵¹ so dass seine Einwilligung erforderlich ist. Die Rechtswissenschaftlerin stellt zugleich fest, dass eine einwilligungsfreie Bildnutzung in einer sozialen Werbung gegen HIV-Verbreitung das Ansehen des Betroffenen in der Öffentlichkeit schädigen kann und die Einwilligungserteilung des Betroffenen voraussetzt.¹²⁵²

In der sowjetischen Zeit gab es die Praxis, dass Verstöße gegen die öffentliche Moral und Ordnung durch eine Veröffentlichung von Abbildungen der Verletzer ohne ihre Zustimmung geahndet wurden. So durfte man Fotos von bestechlichen Menschen oder Raufbolden im “Report der Volkskontrolle” veröffentlichen.¹²⁵³ Auch die öffentliche Zurschaustellung von Porträtaufnahmen von Schwarzfahrern in öffentlichen Verkehrsmitteln und von Verdächtigten eines Ladendiebstahls mit Namensnennung wurde als ein gesetzlicher Ausnahmefall angesehen.¹²⁵⁴ Dadurch wurde die Persönlichkeitsentfaltung der Betroffenen stark beeinträchtigt, worauf schon damals einige Rechtswissenschaftler hingewiesen haben.¹²⁵⁵

Bis heute kann man das so genannte *Board of shame* in einigen russischen Geschäften finden, auf dem die Fotos von Dieben – mittlerweile ohne Namensnennung – zur Schau gestellt werden.¹²⁵⁶ Man muss dies allerdings nicht mehr dulden, weil die sowjetische Volkskontrolle gegenwärtig nicht mehr aktuell ist. Solche Befugnisse stehen nun ausschließlich den Behörden

studentischen Konferenz „Student i naučno-techničeskij progress“, S. 34; hinsichtlich des Art. 514 Satz 2 Alt. 1 ZGB RSFSR s. *Malein*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 156; *Maleina*, Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan, S. 56; *dies.*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1990, Nr. 11, S.137.

¹²⁴⁹ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23.

¹²⁵⁰ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23; vgl. *Šanchaev*, Pravo v voružennych silach 2009, Nr. 1, S. 75 – Die Bildveröffentlichung einer Militärperson in der Werbung der Militärdienst dürfe einwilligungsfrei erfolgen.

¹²⁵¹ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 7; *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²⁵² *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23.

¹²⁵³ *Bratus'/Ioffe*, Graždanskoe pravo, S. 147; vgl. *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin*, Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 158.

¹²⁵⁴ *Malein*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 61; *Krasavčikova* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 84.

¹²⁵⁵ S. z. B. *Malein*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 61; *ders.*, Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1978, Nr. 1, S. 42 f.; vgl. *Krasavčikova*, Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona, S. 90 f.; *dies.* in: *Problemy sovremennogo avtorskogo prava*, S. 84.

¹²⁵⁶ S. a. Erstes Kassationsgericht, Beschluss vom 12.05.2021 im Verfahren Nr. 2-1494/2020, n. v., zitiert nach Consultant – Die Videoveröffentlichung eines Verstoßes gegen Verkehrsregeln sei zulässig.

zu, auch wenn dies weder im Gesetz noch in den Anweisungen des Obersten Gerichts der Russischen Föderation hervorgehoben ist.

Anstoßerregend erscheint in diesem Zusammenhang die Entscheidung des Stadtgerichts Moskau vom 04.07.2012.¹²⁵⁷ In diesem Fall hatte eine private GmbH ein Bild eines Mannes ins Internet eingestellt und aufgerufen, negative Informationen über ihn zu erteilen, um diesen Mann zur Haftung zu bringen. Das Gericht hat darin ein öffentliches Interesse an Strafverfolgung gesehen.

Zwei Jahre später hat dasselbe Gericht¹²⁵⁸ keine Rechtsverletzung gesehen, wenn eine Poliklinik ein Foto einer ehemaligen Arbeitnehmerin an der Pforte mit der Unterschrift „*Nicht reinlassen! Den Ausweis zurücknehmen!*“ zur Schau gestellt hatte. Die Poliklinik gehört zu den öffentlich zugänglichen Orten, d. h. die Zurschaustellung erfolgte öffentlich. Das Ziel, den Ausweis nach der Kündigung zurück zu erhalten, könnte durch die Aushändigung des Fotos einem Wachmann erreicht werden. Das Gericht hat allerdings ein „öffentliches Interesse an der Sicherheit in der Poliklinik“ für schützenswert anerkannt.

Das Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk hat die öffentliche Zurschaustellung des Bildes des Klägers im Facebook im Rahmen der Diskussion über die Wohnungsverwaltung und seine Tätigkeit als ihr Leiter nicht beanstandet, weil dies in öffentlichen Interessen durchgeführt wurde.¹²⁵⁹

Würde diese Argumentation konsequent verfolgt, könnte in das Recht am eigenen Bild in vielen Fällen unbestraft eingedrungen, weil sich ein öffentliches Interesse für fast jede Bildnutzung erkennen ließe. Wie bereits erwähnt, plädierte schon *Kohler* für ein grundsätzlich bestehendes Interesse der Allgemeinheit an Bildern von Menschen.¹²⁶⁰

Solikova ist der Meinung, dass eine Fotoanfertigung und weitere Verbreitung der durch einen Privatdetektiv gewonnenen Fotos auch unter staatliche Interessen falle.¹²⁶¹ Dabei wird allerdings übersehen, dass ein Privatdetektiv normalerweise im Auftrag von Privatpersonen handelt.

¹²⁵⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.07.2012 im Verfahren Nr. 11-12719, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁵⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.09.2014 im Verfahren Nr. 33-25843, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁵⁹ Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 27.07.2018 im Verfahren Nr. 33-12212/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁶⁰ *Kohler*, Das Eigenbild im Recht (1903).

¹²⁶¹ *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Um obigen und anderen möglichen Rechtsverletzungen vorzubeugen, ist es erforderlich, die Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF zu präzisieren, wobei die in der russischen Literatur und Rechtsprechung herausgebildeten Fälle der einwilligungsfreien Bildnutzung dieser Präzisierung zugrunde gelegt werden könnten.

c) Die Einordnung der einzelnen Ausnahmefälle nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF

Weder die obigen Erläuterungen des Obersten Gerichts der Russischen Föderation noch die unterschiedlichen im Schrifttum angeführten Beispiele verleihen dem Begriff der staatlichen, gesellschaftlichen und sonstigen öffentlichen Interessen klare Konturen. Es fehlt an einem Kriterium, das im Einzelfall die gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF zulässige und unzulässige Bildnutzung abgrenzt.

In der sowjetischen Zeit gab es einen Versuch, ein solches Kriterium zu formulieren. *Gringolc*¹²⁶² und ihm folgend *Suchoverchij*,¹²⁶³ *Sadikov*,¹²⁶⁴ *Krasavčikova*¹²⁶⁵ haben angenommen, dass die Bildveröffentlichung im staatlichen und gesellschaftlichen Interesse um Information über eine Person willen, und nicht über ein Werk erfolge, wenn beispielsweise die Porträtaufnahmen von hervorragenden Menschen ausgegangen werden. Im Gegenteil dazu sei die Bildveröffentlichung im Rahmen einer Kunstaussstellung unzulässig. Allerdings ist dieses Kriterium gegenwärtig untauglich, weil die moderne digitale Technik breite und damals unvorstellbare Möglichkeiten der Bildveröffentlichung zur Verfügung stellt, die unterschiedliche Informationen über eine Person der Allgemeinheit liefern lassen.

Der andere Vorschlag bestand darin, die einwilligungsfreie Veröffentlichung von Personenbildern nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen zuzulassen.¹²⁶⁶ Es wurde vermutet, dass dadurch den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen Genüge getan würde, da diese in erster Linie in der Fahndung nach Verbrechern liegen,¹²⁶⁷ was seit jeher in den Strafgesetzen vorgesehen ist. Dem ist entgegenzuhalten, dass schon der obigen Reihe der im Schrifttum

¹²⁶² *Gringolc* in: Flejšić/Ioffe (Hgg.), Kommentarij k GK RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 753.

¹²⁶³ *Suchoverchij*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan v sovetskom graždanskom prave, S. 13.

¹²⁶⁴ *Sadikov* in: Bratus’/Sadikov, Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR, Kommentar zu Art. 514, S. 614.

¹²⁶⁵ *Krasavčikova* in: Krasavčikov (Hrsg.), Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR, S. 99; *dies.* in: Krasavčikov (Hrsg.), Sovetskoe graždanskoje pravo, S. 199.

¹²⁶⁶ *Malein*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 156; *Maleina*, Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan, S. 56; s. a. gegenwärtig *dies.*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23; vgl. *Šanchaev*, Pravo v voružennych silach 2009, Nr. 1, S. 74; *Artemova/Erčenko*, Vestnik obrazovatel’nogo konsorciuma srednerusskij universitet 2015, 1. Band, Nr. 5, 13 f., abrufbar unter <<https://elibrary.ru/item.asp?id=24100908>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²⁶⁷ *Malein*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR, S. 156; vgl. *Maleina*, Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan, S. 56.

angeführten Beispiele zu entnehmen ist, dass die öffentlichen Interessen vielgestaltig und facettenreich sind. Zusätzlich enthält ein solch strenger Rahmen die Gefahr, dass eine einwilligungsfreie Bildnutzung im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse in einem begründeten Einzelfall nur aufgrund einer Gesetzeslücke unmöglich sein würde.¹²⁶⁸

Generell ist davon auszugehen, dass die staatlichen Interessen in der Funktionsfähigkeit des Machtapparats bestehen, der die Souveränität, territoriale Unverletzlichkeit und die Sicherheit der Gesellschaft gewährleistet.¹²⁶⁹ Die gesellschaftlichen Interessen betreffen alle Bereiche des öffentlichen Lebens und richten sich auf das Wohl der Gesellschaft als ein zusammengesetztes Organ.¹²⁷⁰

Die „sonstigen öffentlichen Interessen“ sind zum ersten Mal in Art. 152.1 ZGB RF erwähnt worden. In Art. 514 ZGB RSFSR wurden nur staatliche und gesellschaftliche Interessen privilegiert. Es wird in der Literatur die Ansicht vertreten, dass eine solche Ergänzung für eine umfassende und allgemeine Festlegung der Fälle, in denen eine einwilligungsfreie Nutzung von Personenbildern zulässig ist, vorgenommen wurde.¹²⁷¹ Unabhängig davon ist *Ėrdelevskij*¹²⁷² zuzustimmen, dass kaum ein öffentliches Interesse denkbar ist, das nicht zugleich auch ein staatliches oder gesellschaftliches Interesse darstellt.

Eine Erklärung der separaten Nennung der öffentlichen Interessen ist darin zu sehen, dass der Begriff „staatlich“ sich im russischen Recht auf den Staat als ganze Föderation und seine Subjekte (Länder) bezieht. Die Angelegenheiten von den Gemeinden werden mit dem Begriff „kommunal“ bezeichnet. Bei den Gemeinden geht es deshalb nicht um die „staatlichen“,

¹²⁶⁸ So auch *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 6.

¹²⁶⁹ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 26.03.2015 im Verfahren Nr. 4g/2-2530/15; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.11.2014 im Verfahren Nr. 33-46367; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8 Abs. 3; vgl. *Mamontov*, *Juridičeskij mir* 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant.

¹²⁷⁰ Vgl. Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 26.03.2015 im Verfahren Nr. 4g/2-2530/15; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.11.2014 im Verfahren Nr. 33-46367; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.10.2010 im Verfahren Nr. 33-30915; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8 Abs. 3; *Sitdikova*, *Graždanskoe pravo* 2012, Nr. 2, S. 19.

¹²⁷¹ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8 Abs. 3.

¹²⁷² *Ėrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 10; vgl. *ders.*, *O ponjatii publičnogo interesa v rossijskom prave*, zitiert nach Consultant; so auch *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8 Abs. 3; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ohrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 81; *Mamontov*, *Juridičeskij mir* 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Sitdikova*, *Obespečenie častnych, obščestvennych i publičnych interesov avtorsim pravom*, *Unterkapitel 2.2*, zitiert nach Consultant; s. a. Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položnij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 1.

sondern um die „kommunalen“ Interessen, die zugleich öffentlich sind.¹²⁷³ Unter diesem Blickwinkel wird klar, dass der Bildnisschutz in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen, also kommunalen, Interessen eingeschränkt werden kann. Allerdings erscheint eine solche Formulierung zu kompliziert. Hätte der Gesetzgeber unter den „sonstigen öffentlichen“ Interessen die kommunalen Interessen gemeint, hätte er mit großer Wahrscheinlichkeit ausdrücklich darauf hingewiesen.

In der Theorie des Rechts werden die Begriffe des „staatlichen“, „gesellschaftlichen“ und „öffentlichen“ Interesses oft synonym verstanden.¹²⁷⁴ Eine solche Betrachtung ist aber abzulehnen, weil zumindest staatliche und gesellschaftliche Interessen nicht zusammenfallen.¹²⁷⁵ Aus dargelegten Gründen ist daher nur zwischen diesen beiden Interessenarten zu unterscheiden.¹²⁷⁶ Die kommunalen Interessen sind dementsprechend den staatlichen zuzuordnen.

Die Regierung der Russischen Föderation hat, wie bereits erwähnt, festgestellt, dass die Ausnahmenvorschrift in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF die Ausbildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Informations-, Verteidigungs-, Rechtsschutz- und andere öffentliche Interessen umfasse.¹²⁷⁷ Unter staatliche Interessen fallen die Verteidigungs- und Rechtsschutzinteressen sowie die im Schrifttum mehrmals angesprochene Fahndung nach Verbrechern und Vermissten, die vom OG RF¹²⁷⁸ erwähnte Aufklärung einer Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat, die Zivilgesellschaft, öffentliche Sicherheit und Umwelt.

Die Ausbildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Informationsinteressen werden dementsprechend von den gesellschaftlichen Interessen erfasst.¹²⁷⁹ Das Informationsinteresse

¹²⁷³ VerfG RF, Urteil vom 15.01.1998 Nr. 3-P, Rossijskaja gazeta Nr. 19 vom 31.01.1998; VerfG RF, Urteil vom 24.01.1997 Nr. 1-P, Rossijskaja gazeta Nr. 25 vom 06.02.1997; *Rjachovskaja*, *Juridičeskaja nauka i praktika* 2015, 11. Heft, Nr. 3, S. 40; vgl. *Kulinič*, *Molodij včenij* 2014, Nr. 12 (15), S. 270; s. a. Art. 132 Teil 3 der Verfassung der RF n. F.; a. A. *Erdelevskij*, *O ponjatii publičnogo interesa v rossijskom prave*, zitiert nach Consultant – Es gebe ein Interesse eines unbestimmten Personenkreises, das ein „sonstiges“ öffentliches Interesse darstelle.

¹²⁷⁴ *Sitdikova*, *Graždanskoe pravo* 2012, Nr. 2, S. 19; vgl. *Golovanov*, *Žurnalist* 2008, Nr. 5, S. 91.

¹²⁷⁵ S. dazu *Mamontov*, *Juridičeskij mir* 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant.

¹²⁷⁶ So auch *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 20, 81 f.; vgl. *Mamontov*, *Juridičeskij mir* 2011, Nr. 1, zitiert nach Consultant – Weder der Gesetzgeber noch die Rechtsprechung verfügt über die Kriterien der Unterscheidung zwischen den staatlichen, gesellschaftlichen und sonstigen öffentlichen Interessen.

¹²⁷⁷ Die Regierung der Russischen Föderation, offizielles Gutachten zum Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat'ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii i stat'ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 06.05.2008 r. Nr. 1984p-P44, Abs. 4, zitiert nach Consultant.

¹²⁷⁸ S. Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenenija sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), *Rossijskaja gazeta* Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 25, Abs. 3.

¹²⁷⁹ Vgl. *Galičnin*, *Itogi* 2013, Nr. 23 (887), S. 29.

besteht in erster Linie in der Information¹²⁸⁰ der Gesellschaft über öffentliche Personen, wenn dies mit einer politischen oder gesellschaftlichen Diskussion verbunden ist.¹²⁸¹ Darüber hinaus ist das Informationsinteresse bei der Berichterstattung über „gesellschaftlich bedeutende“ Fragen unter Einbeziehung von Privatpersonen zu bejahen.¹²⁸² Unter dem Begriff der Gesellschaft ist dabei nicht nur das ganze Volk, sondern auch eine soziale oder regionale Gruppe zu verstehen.¹²⁸³

Das Informationsinteresse beinhaltet regelmäßig die von *Ioffe* zu Recht dazu zugeordnete Karikatur. Es wird in der russischen Literatur geäußert, dass die „Entstellung“ des äußeren Erscheinungsbildes von öffentlichen Personen, einschließlich der Karikatur, unzulässig sei, weil die Nutzung ihrer Bilder ihre Popularität widerspiegeln und ihren öffentlichen Aufgaben entsprechen solle.¹²⁸⁴ Auch die Rechtsprechung ist der Meinung, dass die öffentlichen Personen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF in ihrer echten, dem Leben entsprechenden Erscheinung bildlich dargestellt werden dürfen.¹²⁸⁵ Dies soll aber nicht hinsichtlich der Karikatur gelten. Ansonsten wird übersehen, dass die Gegenstände der Karikatur am häufigsten Politiker und sonstige öffentliche Personen sind, da diese für die Öffentlichkeit erkennbar sind.¹²⁸⁶ Gerade die Erkennbarkeit macht die Karikatur witzig und verständlich, weil die Erkennbarkeit wegen der übertriebenen Darstellung von bestimmten charakteristischen Merkmalen oder

¹²⁸⁰ Vgl. *Bezruk* in: Rjasencev (Hrsg.), *Sovetskoe graždanskoe pravo*, S. 188.

¹²⁸¹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 1.

¹²⁸² Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 44 Abs. 1; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.10.2010 im Verfahren Nr. 33-30915, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁸³ Vgl. *Ėrdelevskij*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 11, S. 30 f.; *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202, n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁸⁴ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8; vgl. *Morgunova* in: Poguljaev (Hrsg.), *Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“*, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant.

¹²⁸⁵ OG RF, *Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosновенosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006* (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: *Bjulleten' Verchovnogo Suda RF* 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Appellationsbeschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-797; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹²⁸⁶ Vgl. *Kriven'kaja*, *Iskusstvo i kul'tura* 2012, Nr. 1 (5), S. 51; *Kurennaja/Šustrova*, *Pedagogičeskoe obrazovanie v Rossii* 2015, Nr. 10, S. 140.

Eigenschaften einer karikierten Person gegeben ist.¹²⁸⁷ Oft muss man überdies mit dem Image und Verhalten des Betroffenen vertraut sein.¹²⁸⁸ Es geht dabei regelmäßig um eine politische Karikatur, die der satirischen Kritik dient.¹²⁸⁹ Eine solche Karikatur beeinflusst maßgeblich die Meinungsbildung¹²⁹⁰ und leistet dadurch einen positiven Beitrag zu einer gesellschaftlichen Diskussion über Fragen allgemeinen Interesses, wie es das OG RF fordert.¹²⁹¹ Darüber hinaus ist es nicht ausgeschlossen, dass eine Karikatur als ein nach Art. 44 der Verfassung der RF schützenswertes Kunstwerk betrachtet werden kann.

Beispielsweise bringt eine Karikatur einer ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses der Staatsduma für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung der Föderalversammlung der Russischen Föderation und gegenwärtig einer Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation und einer Stellvertreterin des Vorsitzenden der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation *Jarovaja Irina Anatol'evna* von 2013 eine öffentliche Kritik hinsichtlich ihrer Gesetzesentwürfe zum Ausdruck (s. Anhang Nr. 2).¹²⁹² Eine andere Karikatur bezieht sich darauf, dass der ehemalige Präsident der Russischen Föderation *Medvedev Dmitrij Anatol'evič* unter der Kontrolle seitens des amtierenden Präsidenten *Putin Vladimir Vladimirovič* stehe (s. Anhang Nr. 3). Die beiden sind dabei als zwei Freunde aus dem russischen Zeichentrickfilm „*Vinni-Puch*“ dargestellt.

¹²⁸⁷ Ein treffender Ausdruck von *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 27; vgl. *Kriven'kaja*, *Iskusstvo i kul'tura* 2012, Nr. 1 (5), S. 51; *Kask*, *Vestnik Moskovskogo universiteta* 2014, Schriftenreihe der Journalistik, Nr. 4, S. 25; *Lebedeva/Ivanova*, *Innovacionnye tehnologii v nauke i obrazovanii* 2015, Nr. 2 (2), 215 ff. (ohne Seitenangabe); *Ivanova*, *Ženščina v rossijskom obščestve* 2013, Nr. 3 (68), S. 70.

¹²⁸⁸ Vgl. *Ivanova*, *Ženščina v rossijskom obščestve* 2013, Nr. 3 (68), S. 69; *Vol'skaja*, *Mediascope* 2015, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/1803>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹²⁸⁹ *Kriven'kaja*, *Iskusstvo i kul'tura* 2012, Nr. 1 (5), S. 51; *Lebedeva/Ivanova*, *Innovacionnye tehnologii v nauke i obrazovanii* 2015, Nr. 2 (2), 215 ff. (ohne Seitenangabe); vgl. *Ivanova*, *Ženščina v rossijskom obščestve* 2013, Nr. 3 (68), S. 67.

¹²⁹⁰ *Ivanova*, *Ženščina v rossijskom obščestve* 2013, Nr. 3 (68), S. 66; *Lebedeva/Ivanova*, *Innovacionnye tehnologii v nauke i obrazovanii* 2015, Nr. 2 (2), 215 ff. (ohne Seitenangabe); vgl. *Vol'skaja*, *Mediascope* 2015, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/1803>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Mojsinovič*, *Vestnik Jaroslavskogo gosudarstvennogo universiteta im. P. G. Demidova* 2015, Schriftenreihe Geisteswissenschaften, Nr. 3, S. 16.

¹²⁹¹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenjenja sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), *Rossijskaja gazeta* Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 25, vgl. Punkt 28; vgl. Art. 5 der Erklärung zur politischen Redefreiheit in den Medien, verabschiedet vom Ministerkomitee des Europarats am 12.02.2004, anlässlich der 872. Versammlung der Ministervertreter; berücksichtigt in OG RF, *Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006* (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: *Bjulleten' Verchovnogo Suda RF* 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant.

¹²⁹² S. eine andere Interpretation von *Ivanova*, *Ženščina v rossijskom obščestve* 2013, Nr. 3 (68), S. 71.

Kask weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zulassung der politisch-satirischen Karikatur stark von der innenpolitischen Situation im Land abhängt.¹²⁹³ Somit soll sie heutzutage in den entsprechenden Fällen der Meinungsäußerung zugeordnet und nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF privilegiert sein.¹²⁹⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bilder von Bürgern einwilligungsfrei veröffentlicht und genutzt werden dürfen, wenn dies im Verteidigungs- und Rechtsschutzinteresse (staatliches Interesse) oder im Ausbildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Informationsinteresse (gesellschaftliches Interesse) liegt.

2. Die an öffentlich zugänglichen Orten aufgenommenen Bilder des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF)

a) Die öffentlich zugänglichen Orte

Nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF dürfen Bilder, die an öffentlich zugänglichen Orten aufgenommen wurden, einwilligungsfrei veröffentlicht und weiter genutzt werden, es sei denn, solche Bilder sind das Hauptobjekt der Nutzung. Diese Norm ist weit auszulegen, so dass sämtliche Formen der Bildanfertigung, sei es eine Foto- oder Videoaufnahme oder eine Zeichnung, umfasst sind.¹²⁹⁵

Die maßgebende Bedeutung kommt dem Begriff der „öffentlich zugänglichen Orte“ zu. Der russische Gesetzgeber bedient sich dieses Begriffs regelmäßig,¹²⁹⁶ ohne eine Auslegungshilfe dazu zu liefern, und hält ihn somit für ohne Weiteres verständlich. Allerdings lässt er sich nicht immer eindeutig interpretieren, so dass in der Praxis oft Schwierigkeiten entstehen.¹²⁹⁷ Das Schrifttum leistet zur Lösung dieses Problems keinen besonderen Beitrag.¹²⁹⁸

¹²⁹³ *Kask*, Vestnik Moskovskogo universiteta 2014, Schriftenreihe der Journalistik, Nr. 4, S. 38; vgl. *Bykov*, Ogonek 2007, Nr. 26, S. 44 f.; *Vorošilova*, Labirint, žurnal social'no-gumanitarnych issledovanij 2013, Nr. 4, S. 116.

¹²⁹⁴ A. A. *Boer* in: *Kanygin/Izosimov/Čuprova* (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, S. 75 - Die einwilligungsfreie Entstellung des äußeren Erscheinungsbildes des Bürgers in der Form von Karikatur sei grundsätzlich untersagt; vgl. *Morgunova* in: *Poguljaev* (Hrsg.), Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant.

¹²⁹⁵ *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 21 f.; so auch *Paramonova* in: Garantii prav v Rossijskoj Federacii i meždunarodnom prave, der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 171 f.

¹²⁹⁶ S. z. B. Art. 1270 Punkt 2 Nr. 3 und 6, Art. 1273 Punkt 1 Nr. 5, Art. 1276, Art. 1317 Punkt 2 Nr. 8, Art. 1324 Punkt 2 Nr. 1 ZGB RF.

¹²⁹⁷ *Golovanov*, Žurnalist 2008, Nr. 5, S. 91 f.

¹²⁹⁸ So hebt *Micheeva* hervor, dass die Zuordnung oder Nicht-Zuordnung z. B. des Fahrtboots zu den öffentlich zugänglichen Orten von großer Bedeutung sei; sie bietet aber keine Lösung des beschriebenen Problems, s. *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), Postatejnij kommentarij k glavam 6–8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; s. a. *Pankeev*, Mediaskop 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Skakalina*, Problemy ochrany izobraženija graždanina, razmeščennogo v seti Internet, Materialien zur XLVIII. internationalen studentischen Konferenz „Student i naučno-tečničeskij progress“, S. 34.

Für die Bestimmung der öffentlich zugänglichen Orte ist vor allem die Frage von Bedeutung, wie der öffentliche und private Bereich in räumlicher Hinsicht voneinander abzugrenzen sind. Laut Art. 152.2 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF, der den Schutz des Privatlebens gewährt, ist es unzulässig, ohne Einwilligung des Bürgers Informationen über sein Privatleben, insbesondere seine Herkunft, seinen Wohn- oder Aufenthaltsort, sein persönliches Leben und Familienleben, zu erheben, speichern, verbreiten und zu nutzen, es sei denn, es folgt etwas anderes unmittelbar aus dem Gesetz.

Das persönliche Leben¹²⁹⁹ sowie Familienleben spielt sich üblicherweise im häuslichen Bereich¹³⁰⁰ ab, der traditionell dem öffentlichen Bereich gegenübergestellt wird.¹³⁰¹ Beim häuslichen Bereich geht es in erster Linie um den Wohnort. Unter diesem ist Wohnhaus, Wohnung, Zimmer und sonstiger Wohnraum zu verstehen, in dem der Bürger ständig oder überwiegend als Eigentümer, Mieter (Untermieter) oder kraft anderer gesetzlicher Umstände wohnt und wo er angemeldet ist.¹³⁰² Dementsprechend gehören solche Räumlichkeiten sowie das Privatgelände zum Privatbereich und sind aus der Liste der öffentlich zugänglichen Orte auszuschließen.

Der Gesetzgeber wendet darüber hinaus den Begriff des „Aufenthaltsort“ an. Darunter wird der Ort verstanden, wo der Bürger vorübergehend wohnt, etwa in einem Hotel, Kur-, Erholungs-, Ferienhaus, Campingplatz, Krankenhaus, Gefängnis oder einem anderen Wohnraum, der für den Betroffenen keinen Wohnort darstellt.¹³⁰³ Die Aufenthaltsorte sind den privaten Räumen unter Vorbehalt zuzuordnen, dass es dabei um das Familienleben gehen kann. In diesem Sinne bleibt es unklar, ob und unter welchen Umständen z. B. das Krankenhaus ggf. ein Zimmer im Krankenhaus als ein privater Bereich zu betrachten ist. Weitere Hinweise zur Bestimmung des räumlichen Schutzbereiches des Privatlebens sind der Norm in Art. 152.2 ZGB RF nicht zu entnehmen.

¹²⁹⁹ Die Begriffe das „Privatleben“ und das „persönliche Leben“ wurden ursprünglich als Synonyme verstanden. Seit dem Inkrafttreten des Art. 152.2 ZGB RF am 01.10.2013 wird das persönliche Leben als Teil des Privatlebens bestimmt. Was genau in diesem Zusammenhang unter dem Ersten zu verstehen ist, sollen die russische Rechtswissenschaft und Rechtsprechung klarstellen.

¹³⁰⁰ *Frolova*, *Žurnal rossijskogo prava* 2008, Nr. 10, S. 120.

¹³⁰¹ *Balaškina*, *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; *Krotov*, *Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva*, S. 74.

¹³⁰² *Pravila registracii i snjatija graždan Rossijskoj Federacii s registracionnogo učeta po mestu prebyvanija i po mestu žitel'stva v predelach Rossijskoj Federacii* (Die Regeln über die An- und Abmeldung der Bürger der Russischen Föderation am Aufenthalts- und Wohnort innerhalb der Grenzen der Russischen Föderation), gebilligt durch die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation vom 17.07.1995 Nr. 713, Punkt 3 Abs. 2.

¹³⁰³ *Pravila registracii i snjatija graždan Rossijskoj Federacii s registracionnogo učeta po mestu prebyvanija i po mestu žitel'stva v predelach Rossijskoj Federacii* (Die Regeln über die An- und Abmeldung der Bürger der Russischen Föderation am Aufenthalts- und Wohnort innerhalb der Grenzen der Russischen Föderation), gebilligt durch die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation vom 17.07.1995 Nr. 713, Punkt 3 Abs. 1.

Der Ausgangspunkt ist somit, dass öffentlich zugängliche Orte im Sinn des Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF auf jeden Fall „vor der Haustür“ enden.¹³⁰⁴ Sie können von vielen Menschen zufällig betreten werden.¹³⁰⁵ Das Erfragen der Einwilligung von allen diesen Personen kann unzumutbar sein.¹³⁰⁶ Vor allem zählen dazu die in Art. 85 Punkt 12 des Bodengesetzbuches der Russischen Föderation¹³⁰⁷ aufgezählten Grundstücken der öffentlichen Nutzung. Im einzelnen sind diese: Plätze, Straßen,¹³⁰⁸ Boulevards, Autostraßen, Durchfahrten, Uferstraßen, Grünanlagen, Strände und andere Objekte.¹³⁰⁹ Es ist aber nicht erforderlich, dass solche Orte räumlich unbegrenzt¹³¹⁰ sind. Dementsprechend zählen dazu auch Märkte, Höfe, U-Bahnen, Bahnhöfe,¹³¹¹ Geschäfte,¹³¹² usw. Restaurants¹³¹³ und somit auch Straßencafés, Lokale, Gaststätten, Bars u. ä. wurden vom Obersten Gericht der Russischen Föderation¹³¹⁴ ausdrücklich als öffentlich zugängliche Orte genannt. Ebenso sind Büros nach der herrschenden

¹³⁰⁴ *Krotov* hält diese Prämisse für generell geltend, s. *Krotov*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva, S. 74.

¹³⁰⁵ *Sviridova*, Obrazovanie i pravo 2016, Nr. 1, S. 97; vgl. *Patrakeev/Dmitriev*, Trudovoe pravo 2012, Nr. 6, zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Orël, Appellationsbeschluss vom 01.04.2014 im Verfahren Nr. 33-718/2014, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁰⁶ Vgl. *Kapyševa* in: Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija, Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹³⁰⁷ Zemel'nyj kodeks Rossijskoj Federacii vom 25.10.2001, Nr. 136-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 211-212 vom 30.10.2001.

¹³⁰⁸ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 13.01.2016 im Verfahren Nr. 33-99/2016; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 14.08.2014 im Verfahren Nr. 33-4700/2014; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁰⁹ Vgl. die Liste vom Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 13.01.2016 im Verfahren Nr. 33-99/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹⁰ Vgl. Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 05.08.2011 (Verfahren Nr. 4g/2-6841/11) und vom 30.05.2011 (Verfahren Nr. 33-15397); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹¹ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 13.01.2016 im Verfahren Nr. 33-99/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹² Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 17.04.2018 im Verfahren Nr. 33-6281/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.02.2013 im Verfahren Nr. 11-1317; nicht aber die Küche im Restaurant, s. Zweites Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 21.11.2013 im Verfahren Nr. A28-11834/2012; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Sviridova*, Obrazovanie i pravo 2016, Nr. 1, S. 97.

¹³¹⁴ OG RF, Beschluss vom 10.04.2007 Nr. 42-V07-4, n. v., zitiert nach Consultant; *Svečnikova*, Predprinimatel'skoe pravo. Priloženie "Biznes i pravo v Rossii i za rubežom" 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant; a. A. *Solikova* in: Molodež' i nauka, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Meinung im russischen Schrifttum den öffentlich zugänglichen Orten zuzurechnen,¹³¹⁵ weil die Arbeit generell getrennt vom Privatleben betrachtet wird.¹³¹⁶

Die Entgeltlichkeit des Zutritts muss die Eigenschaft der Orte als öffentlich zugänglich nicht beeinflussen.¹³¹⁷ Deswegen kann man die Liste solcher Orte mit Museen,¹³¹⁸ Ausstellungen, Theatern,¹³¹⁹ Nachtclubs,¹³²⁰ Kinos, Kasinos, Schwimmbädern,¹³²¹ Sportklubs¹³²² etc. ergänzen.¹³²³

Ferner gehören zu den öffentlich zugänglichen Orten nach der Anweisung des Plenums des OG RF¹³²⁴ die entsprechenden Gerichtsräumlichkeiten während einer öffentlichen

¹³¹⁵ *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant; Drittes Kassationsgericht, Beschluss vom 27.04.2022 im Verfahren Nr. 2-22/2021; Erstes Kassationsgericht, Beschluss vom 27.01.2021 im Verfahren Nr. 2-642/10-2020; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.07.2013 im Verfahren Nr. 11-20251; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Orël, Appellationsbeschluss vom 01.04.2014 im Verfahren Nr. 33-718/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 12.09.2018 im Verfahren Nr. 33-40419/2018; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 27.07.2018 im Verfahren Nr. 33-12212/2018; Gebietsgericht des Gebiets Čelyabinsk, Appellationsbeschluss vom 29.09.2016 im Verfahren Nr. 11-13647/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Chužokova*, Advokatskaja praktika 2006, Nr. 4, S. 4.

¹³¹⁷ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23; *Gavrilov*, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnych pravach, Kommentar zu Art. 21, S. 157; *Golovanov*, Žurnalist 2008, Nr. 5, S. 92; vgl. *Balašova*, Mediaskop 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; a. A. *Kadyrov*, Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii èkonomiki i prava 2010, Nr. 4 – 5, S. 81.

¹³¹⁸ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 13.01.2016 im Verfahren Nr. 33-99/2016; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³¹⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.09.2018 im Verfahren Nr. 33-41308/2018, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.02.2019 Nr. 4g-0917/2019 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt, beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³²⁰ Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 13.01.2016 im Verfahren Nr. 33-99/2016; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Kassationsbeschluss vom 12.12.2011 Nr. 33-3508; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; a. A. *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹³²¹ *Pankeev*, Mediaskop 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; offen gelassen von *Zujkova*, Èkonomiko-pravovoj bjulleten' 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; vgl. BVerfG, Beschluss vom 13.04.2000, AfP 2000, 348 (349) - Das Strandbad „Le Monte-Carlo Beach“ sei unter den Voraussetzungen der Zahlung des Eintrittspreises der Allgemeinheit zugänglich.

¹³²² Arbitragegericht des Kreises Ural, Urteil vom 21.06.2013 im Verfahren Nr. F09-4882/2013, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³²³ *Gavrilov*, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnych pravach, Kommentar zu Art. 21, S. 157; *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant; *Balašova*, Mediaskop 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Golovanov*, Žurnalist 2008, Nr. 5, S. 92; vgl. *Patrakeev/Dmitriev*, Trudovoe pravo 2012, Nr. 6, zitiert nach Consultant..

¹³²⁴ Anweisung des Plenums des OG RF Nr. 10 vom 23.04.2019 „O primenenii časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 96 vom 06.05.2019, Punkt 34 Abs. 2; s. a. Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 45 Abs. 1; Anweisung des Plenums des Obersten Arbitragegerichts der Russischen Föderation (im Folgenden OAG RF) vom 08.10.2012 Nr. 61 „Ob obespečenii glasnosti v arbitražnom processe“ (Über die Gewährung der Publizität im Arbitrageverfahren), veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, Dezember 2012, Nr. 12, Punkt 7 [das OAG RF gibt es nicht mehr, s. Gesetz der RF über Änderung der Verfassung der Russischen Föderation vom 05.02.2014 Nr. 2-FKZ „O Verchovnom Sude Rossijskoj Federacii i prokurature Rossijskoj

Verhandlung, so dass keine Einwilligung der Beteiligten zur Nutzung der erlangten Kino-, Foto- und Videoaufnahmen erforderlich ist.¹³²⁵ Allerdings bedarf es stets einer Genehmigung des Gerichtsvorsitzenden zu solchen Aufnahmen.¹³²⁶

Somit werden die öffentlich zugänglichen Orte mehr oder weniger abgegrenzt. Die an solchen Orten aufgenommenen Bilder des Bürgers dürfen ohne seine Einwilligung veröffentlicht und weiter genutzt werden. Es ist zu erwarten, dass die russischen Gerichte eine umfassende und einheitliche Rechtsprechung dazu entwickeln werden und das Oberste Gericht der Russischen Föderation dementsprechend eingreifen wird. Der Einzelne muss genau wissen, ob er in einem Lokal oder Schwimmbad damit rechnen muss, dass eine Aufnahme von ihm gemacht werden kann mit weiterer Veröffentlichung, auch wenn er kein „Hauptobjekt der Nutzung“ ist.

b) Kein Hauptobjekt der Nutzung

Laut Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF darf das Bild des Bürgers, das an einem öffentlich zugänglichen Ort aufgenommen wurde, einwilligungsfrei veröffentlicht werden, es sei denn, ein solches Bild ist das Hauptobjekt der Nutzung. Die russische Vorschrift nennt kein Hauptobjekt der Nutzung, so dass sowohl eine Landschaft, sonstige Örtlichkeit, als auch Tiere, bestimmte Menschen, verschiedene Sachen¹³²⁷ etc. dieses ausmachen können.

Nach welchen Kriterien kann man erkennen, dass eine Personenabbildung kein Hauptobjekt der Nutzung darstellt? Eine solche Formulierung findet man auch in Art. 1276 Punkt 1 ZGB RF. Eine gesetzliche Definition ist nicht vorhanden.¹³²⁸ Dem Wortlaut der Vorschrift in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF ist zu entnehmen, dass das Bild des Bürgers bloß Nebenobjekt der Nutzung sein darf.

Die russischen Rechtswissenschaftler legen die Vorschrift unterschiedlich aus. Die meisten von ihnen weisen zu Recht darauf hin, dass Personenbilder nicht von ihrem Kontext

Federacii“ (Über das Oberste Gericht der Russischen Föderation und die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 27 vom 07.02.2014. Die Anweisungen seines Plenums (Postanovlenija Plenuma) gelten aber fort, soweit sie nicht durch spätere Rechtsentwicklung überholt oder derogiert werden, s. Föderales Verfassungsgesetz vom 04.06.2014 Nr. 8-FKZ, Rossijskaja gazeta Nr. 127 vom 06.06.2014, Art. 3 Punkt 1].

¹³²⁵ S. z. B. Gericht des autonomen Kreises der Jamal-Nenzen, Kassationsbeschluss vom 23.01.2012 im Verfahren Nr. 33-238, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³²⁶ Art. 10 Teil 7 ZPO RF; Art. 11 Teil 7 APO RF; Art. 241 Teil 5 StPGB RF; Art. 11 Teil 5 des Gesetzbuches der Verwaltungsgerichtsverfahrens der Russischen Föderation vom 08.03.2015 Nr. 21-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 49 vom 11.03.2015; Art. 24.3 Teil 3 des Gesetzbuches der Russischen Föderation über die Verwaltungsrechtsverletzungen vom 30.12.2001 Nr. 195-FZ; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Astrachan', Kassationsbeschluss vom 20.07.2011 im Verfahren Nr. 33-2108/2011, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³²⁷ Beispielsweise das Gemälde, s. *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

¹³²⁸ *Skakalina*, *Problemy ochrany izobraženija graždanina, razmeščennogo v seti Internet*, Materialien zur XLVIII. internationalen studentischen Konferenz „Student i naučno-techničeskij progress“, S. 34.

gelöst und in einen anderen gestellt und sodann als selbständiger Gegenstand genutzt werden dürften.¹³²⁹

Auch wird behauptet, dass eine Personenabbildung ein Hauptobjekt der Nutzung ist, wenn sie den größeren Teil des Bildes ausfüllt.¹³³⁰ Dem ist zuzustimmen, weil der Blick des Betrachters in erster Linie auf größere Objekte fällt, die dadurch nicht unbemerkt bleiben können.¹³³¹ Man darf jedoch einen Bürger in Großaufnahme abbilden, wenn sein Bild gegenüber den anderen Objekten verhältnismäßig im Hintergrund bleibt.¹³³² *Ivanov* meint, dass eine Personenabbildung dann kein Hauptobjekt der Nutzung sei, wenn ihre Größe etwa 10% des gesamten Bildes ausfülle.¹³³³ *Pankeev* weist darauf hin, dass die Personenabbildung unschädlich für das gesamte Bild gelöscht werden könne.¹³³⁴

Allerdings sind Situationen denkbar, dass das Bild des Bürgers in einem kleinen Format als Hauptobjekt genutzt werden kann. Ein Beispiel dazu bietet *Gavrilov*,¹³³⁵ wenn er über ein Foto in Museum spricht, auf dem die Besucher beim Betrachten eines Gemäldes abgebildet sind. Er fragt sich, was bei diesem Foto Hauptobjekt und was Nebenobjekt ist, lässt aber die Frage offen, weil „es einer Analyse des Fotos bedarf“.¹³³⁶ Es ist zu begrüßen, dass *Gavrilov* alle Umstände des Einzelfalls berücksichtigen will, jedoch sollten einheitliche Kriterien entwickelt werden, die dabei behilflich sein könnten.

Generell ist eine Personenabbildung dann ein Nebenobjekt, wenn sie im Hintergrund bleibt, nicht sofort die Aufmerksamkeit auf sich lenkt¹³³⁷ und den Gehalt der Gesamtdarstellung

¹³²⁹ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 24; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 8; vgl. *Zujkova*, *Ėkonomiko-pravovoj bjulleten'* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.10.2014 im Verfahren Nr. 33-25191, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.04.2015 Nr. 4g/4-3894/2015 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³³⁰ *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *Mazaev*, *Gosudarstvennaja služba* 2016, Nr. 6 (104), S. 42; *ders.*, *Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii* 2016, Nr. 6 (113), S. 108; *Pankeev*, *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Ivanov*, *Jurist* 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant.

¹³³¹ S. dazu Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude, Urteil vom 19.09.2011 im Verfahren Nr. 2-3740/2011, n. v.; s. a. Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 12.01.2015 im Verfahren Nr. 33-72/2014; vgl. Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 21.05.2013 im Verfahren Nr. 33-3897/2013; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³³² Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592, n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 9 Abs. 1.

¹³³³ *Ivanov*, *Jurist* 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant.

¹³³⁴ *Pankeev*, *Vestnik moskovskogo univesiteta* 2014, Schriftenreihe der Journalistik, Nr. 1, S. 101.

¹³³⁵ *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

¹³³⁶ Ebd.

¹³³⁷ Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592, n. v., zitiert nach Consultant; vgl. *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 9 Abs. 1.

nicht selbst wiedergibt.¹³³⁸ Dementsprechend sind im obigen Beispiel von *Gavrilov* sowohl das Gemälde als auch die Museumsbesucher als Hauptobjekte anzusehen, da sie einzeln den Gesamtgehalt des Bildes nicht zu prägen vermögen.

Die begleitende Wortberichterstattung kann dabei berücksichtigt werden.¹³³⁹ Dies darf allerdings nicht auf die Weise interpretiert werden, dass das Bild des Bürgers in einer Großaufnahme auf einer Internetseite eine bloße Nebensache darstellt, weil alle sonstigen Bilder und Informationen auf dieser Internetseite zu berücksichtigen seien.¹³⁴⁰ Abzustellen ist auf den objektiven Gesamteindruck des Bildes als solches, da, wie *Krasavčikova* hervorgehoben hat, der Bildhersteller stets ein Interesse daran habe, seine Werke frei zu nutzen und die Personenbilder als Nebenobjekte betrachten zu lassen.¹³⁴¹

3. Die bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen Bilder des Bürgers (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF)

a) Die öffentlichen Veranstaltungen

Laut Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF darf das Bild des Bürgers, das bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommen wurde, ohne seine Einwilligung veröffentlicht und weiter genutzt werden, es sei denn, ein solches Bild stellt das Hauptobjekt der Nutzung dar. Der russische Gesetzgeber wollte die Bildnutzung in den entsprechenden Fällen einwilligungsfrei gestalten, um Schwierigkeiten bei der Einholung der Einwilligung von allen Teilnehmern einer Veranstaltung zu vermeiden und die Bildberichterstattung über diese zu ermöglichen.¹³⁴²

Insbesondere sind im Gesetz Versammlungen, Kongresse, Konferenzen, Konzerte, Vorstellungen und sportliche Wettbewerbe als öffentliche Veranstaltungen genannt. Eine solche weitgehende Bestimmung lässt schlussfolgern, dass die öffentlichen Veranstaltungen i.

¹³³⁸ Vgl. *Pankeev*, *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *ders.*, *Mediascope* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; die Personenabbildung als Hauptobjekt verneint z. B. von Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.02.2013 im Verfahren Nr. 11-1317; bejaht z. B. von Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 31.05.2012 Nr. 33-6882/2012; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³³⁹ Gebietsgericht des Gebiets Jaroslavl', Appellationsbeschluss vom 24.05.2012 im Verfahren Nr. 33-2586, n. v., zitiert nach Consultant; unberücksichtigt aber vom Ersten Kassationsgericht, Beschluss vom 27.01.2021 im Verfahren Nr. 2-642/10-2020, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁴⁰ *Ivanov*, *Jurist* 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant; s. a. *Pankeev*, *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *ders.*, *Mediascope* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹³⁴¹ *Krasavčikova* in: *Krasavčikov* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR*, S. 100.

¹³⁴² *Kapyševa* in: *Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija, Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz*, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Kotrochova*, in: *Problemy pravovogo obespečenija bezopasnosti ličnosti, obščestva i gosudarstva*, der Sammelband der Aufsätze der internationalen studentischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 187; *Kotrochova/Lavor*, in: *Nauka, tehnologii, innovacii*, 9. Teil, S. 137; *Golovanov*, *Žurnalist* 2008, Nr. 5, S. 92.

S. v. Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF über eine legale Definition dieses Begriffs gemäß dem Föderalen Gesetz über Versammlungen, Meetings, Demonstrationen, Aufzüge und Mahnwachen¹³⁴³ hinausgehen. Nach Art. 2 Punkt 1 dieses Gesetzes ist unter einer öffentlichen Veranstaltung eine offene, friedliche, für jedermann zugängliche, in Form einer Versammlung, Meeting, Demonstration, Aufzugs oder Mahnwache oder in einer Kombination dieser Formen durchgeführte Aktion zu verstehen, deren Zweck in der freien Meinungsäußerung und Meinungsbildung sowie in der Stellung von Forderungen zu verschiedenen Fragen des Politik-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben des Landes und der Außenpolitik besteht.

Der Systematik der in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF verankerten Liste der öffentlichen Veranstaltungen, die keinen abschließenden Charakter hat, ist zu entnehmen, dass sie sich nicht auf obige Zwecke beschränken, sondern alle Ansammlungen von Menschen umfassen, die den kollektiven Willen haben, etwas gemeinsam zu tun.¹³⁴⁴ Da in dieser Liste auch Kongresse und Konferenzen zu finden sind, die üblicherweise einen relativ geschlossenen Charakter haben, ist anzunehmen, dass die Zugangsmöglichkeit für jedermann nicht vorausgesetzt wird.¹³⁴⁵

Wesentlich ist, dass sie dem Wortlaut der Vorschrift nach in der Öffentlichkeit stattfinden.¹³⁴⁶ Folgerichtig sind auch die vom obigen Föderalen Gesetz erfassten Versammlungen, Meetings, Demonstrationen und Aufzüge den öffentlichen Veranstaltungen zuzurechnen. Fraglich ist nur die Mahnwache, die von einer einzigen Person veranstaltet werden kann.¹³⁴⁷ Formell fällt sie nicht unter den Begriff der öffentlichen Veranstaltungen. Da allerdings auch sie eine öffentliche Meinungsäußerung bezweckt, ist davon auszugehen, dass die Bildberichterstattung darüber vom Veranstalter sogar gewollt wird und seine Einwilligung

¹³⁴³ Föderales Gesetz vom 19.06.2004 Nr. 54-FZ „O sobranijach, mitingach, demonstracijach, šestvijach i piketirovanijach“ (Über Versammlungen, Meetings, Demonstrationen, Aufzüge und Mahnwachen), Rossijskaja gazeta Nr. 131 vom 23.06.2004.

¹³⁴⁴ Vgl. *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 24; *Ivanov*, Jurist 2012, Nr. 47, zitiert nach Consultant.

¹³⁴⁵ Vgl. aber Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 14.03.2013 (Verfahren Nr. 11-8112), vom 26.02.2013 (Verfahren Nr. 11-6471) und vom 12.02.2013 (Verfahren Nr. 11-4539) - Das Pflanzen der Bäume in einem öffentlichen Park, das von einer Sängerin für ihre Fans unternommen wurde, sei nicht zu den öffentlichen Veranstaltungen zuzuordnen, weil nur eingeladene Personen zur Teilnahme zugelassen wurden; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁴⁶ Vgl. *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022 – Eine öffentliche Veranstaltung müsse für ein breites Publikum von Bedeutung sein; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.02.2013 im Verfahren Nr. 11-1317, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁴⁷ Föderales Gesetz vom 19.06.2004 Nr. 54-FZ „O sobranijach, mitingach, demonstracijach, šestvijach i piketirovanijach“ (Über Versammlungen, Meetings, Demonstrationen, Aufzüge und Mahnwachen), Rossijskaja gazeta Nr. 131 vom 23.06.2004, Art. 2 Punkt 6.

in diesem Fall vorliegt. Das OG RF hat in seinem Urteil vom 07.12.2012¹³⁴⁸ festgestellt, dass auch Wahlen unter den Begriff „öffentliche Veranstaltungen“ fallen.

Die russischen Gerichte meinen, dass die Vollversammlung der Bewohner des Mehrfamilienhauses zählt auch dazu,¹³⁴⁹ die Vollversammlung der Mitglieder einer GmbH dagegen nicht.¹³⁵⁰ Die beiden Vollversammlungen lassen sich aber nicht als öffentliche Veranstaltungen ansehen, weil sie sich üblicherweise in einem privaten Raum abspielen und der Kreis der Teilnehmer von vornherein streng abgegrenzt ist.

Private Veranstaltungen, die ebenso in der Öffentlichkeit vorkommen können, sind den öffentlichen Veranstaltungen nicht zuzuordnen.¹³⁵¹

Dabei ist nicht zwischen den Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern der Veranstaltung zu unterscheiden. Nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF reicht es, dass das Bild bei der Veranstaltung hergestellt wurde, so dass fotografische Aufnahmen sowohl von den Teilnehmern, als auch von den Polizisten oder vom Betreuungspersonal, die mitabgebildet sind, einwilligungsfrei veröffentlicht und genutzt werden dürfen.¹³⁵²

b) Kein Hauptobjekt der Nutzung

Die Bilder des Bürgers, die bei öffentlichen Veranstaltungen aufgenommen wurden, dürfen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF kein Hauptobjekt der Nutzung sein.

Geht man davon aus, dass eine Menschenansammlung als Hauptobjekt dargestellt werden muss,¹³⁵³ so nennt die russische Rechtsprechung und Literatur keine Zahl, wie viele Personen mitabgebildet werden müssen, um das Bild eines konkreten Bürgers als Nebenobjekt zu betrachten. So stellt das Stadtgericht St. Petersburg bloß fest, dass Einzelbürger bei einem Gruppenfoto kein Hauptobjekt der Nutzung sind, wenn ihre Abbildungen in einem gleichen Format erscheinen und die Identifizierung der Einzelnen nur schwer möglich ist.¹³⁵⁴ Das

¹³⁴⁸ OG RF, Entscheidung vom 07.12.2012 Nr. AKPI12-1475, n. v., zitiert nach Consultant; vgl. davor a. A. Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 20.12.2011 im Verfahren Nr. 33-39330, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁴⁹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 14.10.2015 Nr. 33-18160/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵⁰ Arbitragegericht des Kreises Volga-Vjatka, Urteil vom 17.12.2009 im Verfahren Nr. A31-3140/2009, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵¹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschlüsse vom 10.07.2018 Nr. 33-12969/2018 (Verfahren Nr. 2-222/2018) und vom 07.09.2017 Nr. 33-17772/2017; Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 25.09.2013 im Verfahren Nr. 33-7872/2013; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵² Vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 24; *Protasov*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2010, Nr. 7, S. 72; a. A. *Puzanov*, *Jurist* 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant – Der Besuch einer Veranstaltung ohne aktive Teilnahme daran gehöre zum Privatleben des Bürgers.

¹³⁵³ So z. B. *Efremenko*, *O prave na sobstvennoe izobraženie*, abrufbar unter <<http://www.internet-law.ru/intlaw/articles/efrem.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹³⁵⁴ Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 06.10.2014 im Verfahren Nr. 33-16770/2014, n. v., zitiert nach Consultant.

Stadtgericht Moskau hat die Ausnahme nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF bei einer Abbildung von mehr, als 10 Personen bejaht.¹³⁵⁵

Allerdings geht die russische Rechtsprechung davon aus, dass ein anderes Objekt, das in einem engen Zusammenhang zu einer Veranstaltung steht, ebenso das Hauptobjekt der Nutzung sein kann.¹³⁵⁶ Beispielsweise führt das Stadtgericht Moskau aus, dass das Bild des Bürgers bloß als Nebenobjekt erscheinen solle und die Aufmerksamkeit des Betrachters nicht auf sich lenken dürfe, d. h. auch andere Menschen „oder auch Objekte der Veranstaltung“ müssen mitabgebildet werden.¹³⁵⁷

Ob eine Personenabbildung ein Nebenobjekt darstellt, ist nach dem objektiven Gesamteindruck des Bildes zu entscheiden. Das OG RF hat betont, dass es aus dem Bild hervorgehen solle, dass ein Geschehen als solches im Vordergrund steht.¹³⁵⁸ Unter anderem hält das OG RF dies für gegeben, wenn die Personenabbildung nicht den größeren Teil des Bildes ausfüllt. Er hat dies zum Ausdruck gebracht, indem er die Normen in Punkt 2 Abs. 1 und Punkt 3 Abs. 2 der Erläuterung der Ordnung des Foto- und/oder Videodrehens im Abstimmungsraum durch die Beobachter¹³⁵⁹ mit der Forderung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF, für übereinstimmend erklärt hat.¹³⁶⁰ Laut dieser Normen sind Wahlbeobachter

¹³⁵⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.09.2018 im Verfahren Nr. 33-38146/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵⁶ Vgl. das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Kassationsbeschluss vom 12.12.2011 Nr. 33-3508, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 02.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20707/2013), vom 02.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20471/2013) und vom 08.02.2013 (Verfahren Nr. 11-1434); so auch das Oberste Gericht der Republik Dagestan, Appellationsbeschluss vom 10.05.2016 im Verfahren Nr. 33-1820/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁵⁸ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 45 Abs. 2; so auch Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.01.2016 im Verfahren Nr. 33-1269/2016, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 04.08.2016 Nr. 4g/7-5150/2016 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; das Oberste Gericht der Republik Dagestan, Appellationsbeschluss vom 10.05.2016 im Verfahren Nr. 33-1820/2016; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 9 Abs. 1; *Tarassenkova*, *Internet: pravovye aspekty bezopasnogo ispol'zovanija*, 7. Kapitel „Das Verfahren über ein gestohlenen Bild...“, zitiert nach Consultant; vgl. *Kotrochova/Lavor*, in: *Nauka, tehnologij, innovacii*, 9. Teil, S. 136.

¹³⁵⁹ Anweisung der Zentralwahlkommission Russlands vom 03.10.2012 Nr. 143/1085-6 „O raz'jasnenii porjadka vedenija nabljudateljami foto- i (ili) videos'emki v pomeščeenii dlja golosovanija“ (Über die Erläuterung der Ordnung des Foto- und/oder Videodrehens im Abstimmungsraum durch die Beobachter), veröffentlicht in: *Vestnik Central'noj izbiratel'noj komissii Rossijskoj Federacii* (Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation), im Folgenden CIK RF) 2012, Nr.10.

¹³⁶⁰ OG RF, Entscheidung vom 07.12.2012 Nr. AKPI12-1475, n. v., zitiert nach Consultant; vgl. OG RF, Entscheidung vom 24.02.2012 Nr. AKPI12-226, n. v., zitiert nach Consultant; *Fridman*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2019, Nr. 8, zitiert nach Garant; a. A. *Kulinič*, *Molodij včenij* 2014, Nr. 12 (15), S. 272.

berechtigt, im Abstimmungsraum Foto- und Videoaufnahmen anzufertigen, es sei denn, dass eine Abbildung des Wählers den größeren Teil des Bildes ausfüllt.¹³⁶¹

Der Meinung von *Gavrilov* ist dagegen nicht zu folgen. Der Rechtswissenschaftler behauptet, dass man beim Aufzeichnen eines *Madonna*-Konzertes einzelne Bürger in Großaufnahme einwilligungsfrei miterfassen dürfe, ausschließlich der Fälle, in denen die Abbildungen danach ohne Zusammenhang mit dem Video des Konzerts, etwa als Fotoaufnahme oder eine Serie von Fotoaufnahmen, genutzt würden.¹³⁶² In diesem Fall geht die Personenabbildung über Merkmale des bloßen Nebenobjekts hinaus, so dass ein solches gezieltes bildliches Festhalten der Einwilligung des Betroffenen bedarf.

Einige russische Rechtswissenschaftler behaupten, dass schon die Teilnahme an einer Veranstaltung bedeutet, dass die Teilnehmer in jede Bildaufnahme eingewilligt haben, weil sie eine begleitende Bildanfertigung vermuten und die Veranstaltung trotzdem nicht verlassen.¹³⁶³ Würde aber die bloße Teilnahme an der Veranstaltung schon eine Einwilligung darstellen, dann bedürfte es überhaupt keiner Regelung. Darüber hinaus ist dem entgegenzuhalten, dass sich eine konkludente Einwilligung nicht so weit auslegen lässt. Es ist eine Sache in einer Mehrheit mit anderen Menschen mitabgebildet zu werden,¹³⁶⁴ eine ganz andere ist es, in Form einer Porträtaufnahme dem Publikum preisgegeben zu werden. Das Ziel der Bildberichterstattung über eine öffentliche Veranstaltung kann ohne solche Bilder erreicht werden. Etwas anderes gilt, wenn eine Person durch ihr eigenes Verhalten ausdrücklich zeigt, dass sie in die Bildherstellung einwilligt.¹³⁶⁵

¹³⁶¹ Anweisung der Zentralwahlkommission Russlands vom 03.10.2012 Nr. 143/1085-6 „O raz'jasnenii porjadka vedenija nabljudateljami foto- i (ili) videos'emki v pomeščanii dlja golosovanija“ (Über die Erläuterung der Ordnung des Foto- und/oder Videodrehens im Abstimmungsraum durch die Beobachter), veröffentlicht in: Vestnik CIK RF 2012, Nr.10, Punkt 3 Abs. 2; Anweisung der Zentralwahlkommission Russlands vom 26.09.2012 Nr. 142/1076-6 „O porjadke primenenija sredstv videonabljudenija i transljacii izobraženija v pomeščenijach dlja golosovanija na vyborach i referendumach, provodimych v Rossijskoj Federacii“ (Über die Ordnung der Anwendung von Vorrichtungen der Videoüberwachung und der Übergabe des Bildes in den Abstimmungsräumen während der Wahlen und Referenden, die in der Russischen Föderation stattfinden), veröffentlicht in: Vestnik CIK RF 2012, Nr.10.

¹³⁶² *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 24; *Kulinič*, *Molodij včenij* 2014, Nr. 12 (15), S. 271.

¹³⁶³ *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *dies.*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *Kadyrov*, *Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii èkonomiki i prava* 2010, Nr. 4 – 5, S. 81; *Kljueva/Zacharov* in: *XLVI Ogarevskie čtenija*, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, S. 264; vgl. *Kotrochova*, in: *Problemy pravovogo obespečenija bezopasnosti ličnosti, obščestva i gosudarstva*, der Sammelband der Aufsätze der internationalen studentischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 187; *Kotrochova/Lavor*, in: *Nauka, tehnologii, innovacii*, 9. Teil, S. 136 f.

¹³⁶⁴ Vgl. *Mikrjukov*, *Pravo i èkonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant – Es gehe dabei um eine minimale Beeinträchtigung des Rechts am eigenen Bild des Betroffenen.

¹³⁶⁵ S. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 24.04.2013 im Verfahren Nr. 33-2423, n. v., zitiert nach Consultant – Das Posieren vor der Kamera bei einer öffentlichen Veranstaltung.

Keineswegs stellt das Bild des Bürgers eine bloße Nebensache dar, wenn es, wie oben gesagt, aus dem Bild einer Veranstaltung herausgeschnitten und als selbständiges Objekt genutzt wird.¹³⁶⁶ So hat das Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude das Herausschneiden eines Fotos einer in der Republik Burjatija berühmten Sängerin aus dem Bild einer festlichen Veranstaltung und seine nachfolgende werbemäßige Nutzung als unzulässig betrachtet.¹³⁶⁷

Das Herausschneiden der Personenabbildung ist allerdings keine Voraussetzung für eine Rechtsverletzung. Rechtsverletzend handelt sich jeder, der eine bei einer öffentlichen Veranstaltung aufgenommene Personenabbildung in einem Kontext nutzt, der keinen Zusammenhang zu dieser Veranstaltung hat.¹³⁶⁸ So hat das Stadtgericht Moskau die unautorisierte Veröffentlichung von Abbildungen einer Sängerin, die bei den öffentlichen Veranstaltungen aufgenommen wurden, im Rahmen der Berichterstattung über ihre Schwangerschaft in einer Zeitschrift als rechtswidrig angesehen und die einschlägigen Bilder als Hauptobjekt der Nutzung anerkannt.¹³⁶⁹ In einem anderen Urteil hat dasselbe Gericht hervorgehoben, dass das Bild des Bürgers ständig dann das Hauptobjekt der Nutzung sei, wenn es im Rahmen einer Berichterstattung erscheine, die die Persönlichkeit des Betroffenen zum Thema habe, etwa die persönlichen Beziehungen¹³⁷⁰ oder die Schwangerschaft der

¹³⁶⁶ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 24; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 8; vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 118; *Zujkova*, *Èkonomiko-pravovoj bjulleten'* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Kirov, Kassationsbeschluss vom 29.03.2011 im Verfahren Nr. 33-1033; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 12.12.2013 (Verfahren Nr. 11-40760), vom 02.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20707/2013) und vom 08.02.2013 (Verfahren Nr. 11-1434); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁶⁷ Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude, Urteil vom 21.07.2009 im Verfahren Nr. 2-2129/2009, n. v.

¹³⁶⁸ Drittes Kassationsgericht, Beschluss vom 23.06.2021 im Verfahren Nr. 2-433/2020; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-18995/2017), vom 24.05.2017 (Verfahren Nr. 33-18997/2017), vom 06.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20221/2016), vom 02.10.2015 (Verfahren Nr. 33-28292/2015), vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16791/2015) und vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16797/2015); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 30.06.2015 Nr. 4g/6-3690/15; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Omutninskij des Gebiets Kirov, Urteil vom 17.02.2011 im Verfahren Nr. 2-54/2011, abrufbar unter <<http://www.gcourts.ru/case/648911>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 8; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 9.

¹³⁶⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 24.10.2012 im Verfahren Nr. 11-23859; a. A. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.01.2014 im Verfahren Nr. 33-157; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.03.2018 im Verfahren Nr. 33-9449, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.07.2018 Nr. 4g/2-9067/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁷⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.05.2014 im Verfahren Nr. 33-10787; mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 04.08.2014 Nr. 4g/2-7804/2014 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Abgebildeten. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass die zugehörige Wortberichterstattung zu berücksichtigen ist.¹³⁷¹

Befriedigt eine Wortberichterstattung ein öffentliches Interesse, d. h. die Regelung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF ist einschlägig, beanstanden die russischen Gerichte, wie oben dargestellt,¹³⁷² ihre Bebilderung mit den Fotos, die an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen angefertigt wurden, ausnahmsweise nicht, auch wenn diese keinen inhaltlichen Zusammenhang mit dem begleiteten Text aufweisen.¹³⁷³ Der Grund dafür darf darin liegen, dass die prominenten Personen mit „Paparazzi“ überflüssig verfolgt werden könnten, wenn man zu jedem Bericht ein neu hergestelltes Bild verlangen würde.

Gleichwohl vertritt der Ausschuss der Staatsduma für die Zivil-, Straf-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung der Föderalversammlung der Russischen Föderation die Position, nach der die gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF stammenden Bilder nach Belieben genutzt werden dürfen, ohne weitere Argumentation zu liefern.¹³⁷⁴ Diese Ansicht stimmt zwar für die Alt. 1 der Regelung, widerspricht jedoch der russischen Rechtsprechung hinsichtlich der Alt. 2 und ist darum in diesem Teil abzulehnen.

4. Das Posieren gegen Entlohnung (Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF)

Nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF ist die einwilligungsfreie Veröffentlichung und Nutzung des Bildes des Bürgers zulässig, wenn er gegen Entlohnung posiert hat.¹³⁷⁵ *Tereščenko*

¹³⁷¹ So auch Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 27.03.2012 Nr. 33-3301/2012, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁷² Abschnitt D, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe a „Die Auslegung der Einschränkung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF in der russischen Literatur und Rechtsprechung“.

¹³⁷³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.03.2017 (Verfahren Nr. 33-9283/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8709/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1994/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8016/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3579, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7014/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt) und vom 30.01.2014 (Verfahren Nr. 33-157); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 10.11.2011 im Verfahren Nr. 33-36110; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁷⁴ Der Ausschuss der Staatsduma für die Zivil-, Straf-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung der Föderalversammlung der Russischen Föderation vom 04.07.2008, Gutachten über den Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 439872-4 „O vnesenii izmenenij v stat’ju 152.1 časti pervoj Graždanskogo kodksa Rossijskoj Feederacii i stat’ju 1274 časti četvertoj Graždanskogo kodksa Rossijskoj Feederacii“ (Über die Änderung des Artikels 152.1 des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und des Artikels 1274 des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Abs. 5, zitiert nach Consultant.

¹³⁷⁵ Den *Kolosov/Švarc* ist darin zuzustimmen, dass es dabei nur die Situationen gemeint, wenn der Bildhersteller dem Abgebildeten für die Bildanfertiigung gezahlt hat und nicht umgekehrt, obgleich beide Varianten dem russischen Wortlaut der Vorschrift entsprechen, s. *Kolosov/Švarc*, Intellektual’naja sobstvennost’. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 8; vgl. *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 431; *Kapyševa* in: Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija [Die moderne Jurisprudenz: die Tendenzen der Entwicklung], Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

ist der Ansicht, dass die Einwilligung des Abgebildeten in solchen Fällen vermutet wird.¹³⁷⁶ Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Regel im Unterschied zu § 22 KUG, in dem es eindeutig um die gesetzliche Vermutung geht, in einer Reihe mit sonstigen Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild steht. Darum stellen die entsprechenden Handlungen ohne Weiteres keine Rechtsverletzung dar.

Nach herrschender Meinung sowohl in der russischen,¹³⁷⁷ als auch sowjetischen¹³⁷⁸ Literatur hinsichtlich damals geltender gleicher Regelung in Art. 514 Satz 2 Alt. 2 ZGB RFSR bedeutet das entgeltliche Posieren die Erteilung der erforderlichen Einwilligung. *Kolosov/Švarc*¹³⁷⁹ sowie *Micheeva*¹³⁸⁰ behaupten, dass dadurch ein entgeltlicher Vertrag geschlossen wird.

Dementsprechend erhält der Bürger die Entlohnung nicht nur für die Aufnahme seiner Bilder, sondern auch für ihre Veröffentlichung und weitere Nutzung.¹³⁸¹ Eine sehr große Bedeutung hat dabei der Umfang der erteilten Einwilligung. Zwar betrachten einige Rechtswissenschaftler beim entgeltlichen Posieren eine beliebige gesetzmäßige Nutzung des Personenbildes als von der Einwilligung abgedeckt,¹³⁸² doch ist dies nicht der Fall.¹³⁸³ Eine unbegrenzte Einwilligung würde zu einer Fremdbestimmung über Personenbilder führen.¹³⁸⁴ Dass dabei nur diejenigen Bilder tangiert werden, für deren Herstellung bezahlt wurde, ändert nichts daran.

¹³⁷⁶ *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 432.

¹³⁷⁷ *Sergeev*, *Pravo intelektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii*, S. 147; *ders.* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 7 Abs. 2; *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant; *Pustovalov* in: *Pravo i sovremennost'*, der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, S. 130; *Višnepol'skaja*, *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9 (440), S. 66.

¹³⁷⁸ *Čerepachin* in: *Antologija ural'skoj civilistiki 1925-1989*, S. 296; *ders.* in: *Čerepachin* (Hrsg.), *Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti*, S. 67; vgl. *Ioffe* in: *Ioffe/Tolstoj/Čerepachin*, *Sovetskoe graždanskoe pravo*, S. 158.

¹³⁷⁹ *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 8; *dieselben*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 7.

¹³⁸⁰ *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2.

¹³⁸¹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 28.08.2014 Nr. 33-13018/2014 im Verfahren Nr. 2-1844/2014; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.12.2012 im Verfahren Nr. 11-25520; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2; *Mikrjukov*, *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

¹³⁸² *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 22 f.; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 11; *Sviridova*, *Obrazovanie i pravo* 2016, Nr. 1, S. 93 f.; *Paramonova* in: *Garantii prav v Rossijskoj Federacii i međunarodnom prave*, der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 172.

¹³⁸³ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 24; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 20 f.

¹³⁸⁴ Ausführlicher dazu s. Abschnitt C, Kapitel II, Unterkapitel 2, Buchstabe b, Unterbuchstabe bb „Der Inhalt der Einwilligung“.

Balašova nimmt an, dass der Abgebildete von vornherein wisse, auf welche Weise seine Bilder genutzt würden, wenn er keine Einwände dagegen habe.¹³⁸⁵ Dabei wird allerdings übersehen, dass heute die Nutzungsarten sehr vielfältig sind und es im Einzelfall nicht vorhersehbar sein kann, welche davon der Bildhersteller vor Augen hat.¹³⁸⁶ Beispielsweise darf der Abgebildete, der sich vom Besitzer eines lokalen Fotoateliers in einem Dorf entgeltlich ablichten lässt, davon ausgehen, dass seine Bilder ausschließlich im Schaufenster dieses Fotoateliers zur Schau gestellt werden. Daher soll er sich zur Wehr setzen dürfen, falls der Fotograf die hergestellten Fotos einer Werbeagentur außerhalb des Dorfs für eine kommerzielle Nutzung durch Dritte zur Verfügung stellt.

Darum spielen bei der Bestimmung des Umfangs der erteilten Einwilligung die getroffenen Abreden eine entscheidende Rolle, nämlich zu welchem Zweck die Einwilligung erteilt wurde.¹³⁸⁷ In der Rechtsprechung wird allerdings der Zweck der Einwilligungserteilung nicht gebührend berücksichtigt. So hat das Stadtgericht Moskau¹³⁸⁸ die Einstellung der Fotos der Betroffenen ins Internet im Rahmen einer Werbung als rechtmäßig angesehen, weil die Abgebildete gegen Entlohnung posiert hat. Der Umfang der Einwilligung wurde überhaupt nicht erörtert, obwohl die Betroffene gegen eine kommerzielle Nutzung ihrer Fotoaufnahmen eingeschritten war. Die russischen Gerichte folgen formalistisch dem Grundsatz, dass die Einschränkungen eines subjektiven Rechts vom Willen des Betroffenen generell nicht abhängen müssen. Im Endeffekt entzieht die Geldzahlung dem Abgebildeten praktisch den Rechtsschutz gegen unbefugte Bildnutzung.¹³⁸⁹

Im russischen Schrifttum hält man für den Abgebildeten für sinnvoll, alle Abreden schriftlich festzuschreiben, um künftige Ansprüche und Streitigkeiten zu vermeiden.¹³⁹⁰ Umso mehr, als die Art der Bildnutzung die Höhe der Entlohnung beeinflusst.¹³⁹¹ So bedeutet

¹³⁸⁵ *Balašova*, *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; vgl. *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 7 Abs. 2.

¹³⁸⁶ Vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 82 f.

¹³⁸⁷ Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679, n. v., zitiert nach Consultant; *Micheeva*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *Denisova*, *Trudovoe pravo* 2017, Nr. 5, 35 ff., zitiert nach Consultant; vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der *Jur. Diss.*, S. 15.

¹³⁸⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 24.11.2014 im Verfahren Nr. 33-46886, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁸⁹ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 12.03.2012 im Verfahren Nr. 33-7562; Siebzehntes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 14.10.2010 Nr. 17AP-9713/2010-GK im Verfahren Nr. A60-5744/2010; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. a. *Ali*, *Jurist* 2015, Nr. 26, zitiert nach Consultant; *Sidorina*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2015, Nr. 7, S. 61.

¹³⁹⁰ *Pankeev*, *Mediascope* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹³⁹¹ *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 11.

beispielsweise das Überlassen der Kleidung eines Probe-Fotoshootings für die Firma „adidas“ keine Entlohnung i. S. v. Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF und rechtfertigt nicht die Nutzung der Abbildung der Betroffenen in einer Werbung dieser Firma ohne ihre Einwilligung.¹³⁹²

Ob eine solche Entlohnung vorliegt, wenn z. B. das professionelle Modell das Bild im Rahmen ihres Arbeitsverhältnisses und nur gegen Arbeitslohn anfertigen lässt, ist nicht ohne Weiteres zu beantworten. Da man in der russischen Literatur¹³⁹³ sowie Rechtsprechung¹³⁹⁴ bei der Untersuchung der einschlägigen Norm keinen Unterschied zwischen den professionellen Modellen und anderen Bürgern macht, lässt es sich schlussfolgern, dass diese Frage zu bejahen ist.¹³⁹⁵ So hat das Stadtgericht St. Petersburg festgestellt, dass eine schauspielerische Darstellung des Betroffenen, der hauptsächlich als Koch beschäftigt war, für eine Werbung des Arbeitgebers während der Arbeitszeit entgeltlich erfolgt.¹³⁹⁶ Dies bedeutet im Ergebnis, dass der Arbeitgeber des professionellen Modells die erlangten Bilder nach Belieben veröffentlichen und verwerten darf, es sei denn, eine klare einschränkende Einwilligung vorliegt.

Eine solche Rechtslage lässt die Interessen des Abgebildeten ins Leere laufen. Die Einschränkung des Rechts am eigenen Bild nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF ist deshalb als misslungen anzusehen.

5. Keine Ausnahme von den Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF?

Dem Wortlaut des Art. 152.1 ZGB RF ist zu entnehmen, dass es im russischen Recht keine Ausnahme von den Ausnahmen gibt, wenn die einwilligungsfreie Bildveröffentlichung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF wegen der Verletzung irgendeines Interesses des Abgebildeten ungerechtfertigt wäre. Ist eine der gesetzlichen Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild einschlägig, gilt die einwilligungsfreie Bildveröffentlichung als rechtmäßig, so dass es auf weitere Erwägungen nicht mehr ankommt.

¹³⁹² Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 14.09.2011 im Verfahren Nr. 33-29732, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁹³ Vgl. *Maleina*, *Zakon 2007*, Nr. 10, S. 24; *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 2.

¹³⁹⁴ Drittes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 10.09.2010 im Verfahren Nr. A33-21946/2009, n. v., zitiert nach Consultant.

¹³⁹⁵ *Mazaev*, *Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii* 2016, Nr. 6 (113), S. 108; *Tarasenkova*, Internet: *pravovye aspekty bezopasnogo ispol'zovanija*, 7. Kapitel „Das Verfahren über ein gestohlenen Bild...“, zitiert nach Consultant; vgl. *Kotrochova*, in: *Problemy pravovogo obespečenija bezopasnosti ličnosti, obščestva i gosudarstva*, der Sammelband der Aufsätze der internationalen studentischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 189.

¹³⁹⁶ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 21.01.2016 Nr. 33-726/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

Eine solche Bildveröffentlichung kann gleichwohl unter Umständen in die Rechte und Interessen des Abgebildeten eingreifen, weil die Einschränkungen in Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF die Unerkennbarkeit des Abgebildeten nicht voraussetzen.¹³⁹⁷ In erster Linie kommt das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens (152.2 ZGB RF) sowie das Recht auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs (Art. 152 ZGB RF)¹³⁹⁸ zum tragen.

Diesen einfachen Zivilrechten stehen die entsprechenden Grundrechte gegenüber, die in Art. 23 Teil 1, Art. 24 Teil 1 und Art. 21, 23 Teil 1 der Verfassung der RF verankert sind. Es ist anerkannt, dass der zivilrechtliche Bildnisschutz in vielen Fällen dem grundrechtlich gewährleisteten Schutz des Privatlebens und der Ehre und Würde des Menschen dient,¹³⁹⁹ weil bei der Bildberichterstattung in erster Linie obige Grundrechte des Abgebildeten tangiert werden. Das OG RF betont, dass zwischen diesen Grundrechten und anderen Grundrechten und Freiheiten, zu denen auch die Pressefreiheit zählt (Art. 29 Teile 4 und 5 der Verfassung der RF)¹⁴⁰⁰ ein Gleichgewicht bestehen sollte.¹⁴⁰¹ Dementsprechend können die Zivilrechte auf den Schutz des Privatlebens und der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs einerseits und die in Art. 1 des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Massenmedien“ geregelte Pressefreiheit andererseits auch privatrechtlich abgewogen werden. Darüber hinaus hat das OG RF ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die zivilrechtliche Pressefreiheit mit dem Recht am eigenen Bild soweit wie möglich in Ausgleich gebracht werden sollte.¹⁴⁰²

¹³⁹⁷ S. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592, n. v., zitiert nach Consultant - Man dürfe einen Bürger in Großaufnahme abbilden [also auch erkennbar], wenn die Größe seines Bildes gegenüber den anderen Objekten verhältnismäßig im Hintergrund bleibe.

¹³⁹⁸ Vgl. *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 44.

¹³⁹⁹ S. dazu Abschnitt B, Kapitel II, Unterkapitel 2, Buchstabe c „Die Drittwirkung der Grundrechte unter besonderer Berücksichtigung des Rechts am eigenen Bild“.

¹⁴⁰⁰ „4. Jeder hat das Recht, auf rechtmäßige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, hervorzubringen und zu verbreiten. Eine Liste der Nachrichten, die ein Staatsgeheimnis darstellen, wird durch Föderales Gesetz bestimmt. 5. Die Freiheit der Masseninformation wird garantiert. Zensur ist verboten.“ Vgl. die Übersetzung unter <<http://www.constitution.ru/de/part2.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁴⁰¹ OG RF, *Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006* (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: *Bjulleten' Verchovnogo Suda RF* 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenenija sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), *Rossijskaja gazeta* Nr. 132 vom 18.06.2010, Präambel, Abs. 6.

¹⁴⁰² Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenenija sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), *Rossijskaja gazeta* Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 18; vgl.

Die erste Ausnahme nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF setzt somit unabdingbar die Abwägung der öffentlichen Interessen und der entsprechenden Interessen des Abgebildeten voraus.¹⁴⁰³ In der russischen Rechtsprechung wird regelmäßig geprüft, ob das Bild einer öffentlichen Person in einem privaten Raum aufgenommen wurde, also der Schutz des Privatlebens in räumlicher Hinsicht in die Interessenabwägung miteinbezieht wird.¹⁴⁰⁴

Das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens wird aber nicht nur räumlich, sondern auch inhaltlich bestimmt. Darf das Bild einer öffentlichen Person, das in einem öffentlichen Raum hergestellt wurde, stets veröffentlicht werden oder können die privaten Vorgänge dadurch gesetzwidrig der Allgemeinheit preisgegeben werden?

Die Beantwortung dieser Frage macht es unabdingbar, den Schutzbereich des Privatlebens nicht nur räumlich, sondern auch inhaltlich zu erörtern. Laut Art. 23 Teil 1 und Art. 24 Teil 1 der Verfassung der Russischen Föderation hat jeder das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens; die Erhebung, Speicherung, Nutzung und Verbreitung von Informationen über das Privatleben einer Person ohne ihre Einwilligung sind unzulässig. Art. 150 Punkt 1 ZGB RF zählt die Unantastbarkeit des Privatlebens zu den geschützten Nichtvermögensgütern. Eine gesetzliche Definition des Privatlebens gibt es aber nicht.¹⁴⁰⁵

Dieser Begriff hat einige Konturen erlangt, als das ZGB RF 2013 durch Art. 152.2 ZGB RF ergänzt wurde.¹⁴⁰⁶ Wie bereits erwähnt, ist dem Art. 152.2 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF zu

Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.09.2013 im Verfahren Nr. 11-28616, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴⁰³ *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 3, S. 6; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.03.2017 im Verfahren Nr. 33-7692/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-9075/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt, beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴⁰⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 18.04.2017 (Verfahren Nr. 33-14183/2017), vom 22.03.2017 (Verfahren Nr. 33-10034, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8556/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 20.03.2017 (Verfahren Nr. 33-9283, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-8709/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1996/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 29.06.2017 Nr. 4g/2-7015/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1994/2017), vom 06.02.2017 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7802/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.02.2017 (Verfahren ohne Nummer, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7801/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3579/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-7014/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 02.02.2017 (Verfahren Nr. 33-3582/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 22.06.2017 Nr. 4g/2-6756/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 16.07.2013 (Verfahren Nr. 11-18364); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴⁰⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.04.2019 im Verfahren Nr. 33-12864/2019, n. v., zitiert nach Consultant; *Balaškina*, *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; *Tarlo*, *Zakon* 2007, Nr. 3, S. 166.

¹⁴⁰⁶ Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 145 vom 05.07.2013.

entnehmen, dass dem Privatleben in räumlicher Hinsicht der häusliche Bereich und in inhaltlicher Hinsicht Informationen über die Herkunft des Bürgers, seinen Wohn- oder Aufenthaltsort, sein persönliches Leben und Familienleben zuzuordnen sind.

Somit wird der inhaltliche Schutzbereich des Privatlebens im russischen Recht in erster Linie durch die Informationen geprägt.¹⁴⁰⁷ Es geht dabei insbesondere um unterschiedliche berufliche sowie nicht berufliche Geheimnisse,¹⁴⁰⁸ etwa Familien-,¹⁴⁰⁹ Ärzte- und Notargeheimnisse. Im Schrifttum wird hervorgehoben, dass der Schutz des Privatlebens in gleicher Maße der ungestörten Abgeschlossenheit des Einzelnen dienen soll.¹⁴¹⁰ Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation hat dazu ausgeführt, dass das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens dem Menschen die staatlich gewährleistete Kontrolle über ihn betreffende Informationen gewährt; Unter dem Privatleben ist dabei der Bereich der Lebenstätigkeit des Menschen zu verstehen, der einer bestimmten Person zusteht, nur sie betrifft und sich einer Kontrolle seitens der Gesellschaft und des Staates entzieht, vorausgesetzt seines rechtmäßigen Charakters.¹⁴¹¹

Was die Informationen über „private Lebensvorgänge“ im öffentlichen Raum angeht, die es dem Einzelnen ermöglichen, sich durch die Beziehung zu anderen Menschen außerhalb der eigenen vier Wände ohne Einmischung von außen zu entwickeln, wird ihre Schutzwürdigkeit im russischen Recht kontrovers diskutiert.

So hält *Tarlo* daran fest, dass die Freiheit des eigenen Verhaltens im Rahmen der persönlichen Sphäre auch im öffentlichen Raum anerkannt werden kann.¹⁴¹² *Puzanov* ist der

¹⁴⁰⁷ *Maleina*, Žurnal rossijskogo prava 2010, Nr. 11, S. 18; vgl. *Tereščenko*, Žurnal rossijskogo prava 2011, Nr. 5, S. 8; *dies.*, Zakon 2013, Nr. 6, S. 38; *Cadykova*, Konstitucionnoe i municipal'noe pravo 2007, Nr. 14, S. 15.

¹⁴⁰⁸ *Maleina*, Žurnal rossijskogo prava 2010, Nr. 11, S. 18; *Krasavčikova*, Ponjatje i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 323; vgl. *Kadnikov*, Meždunarodnoe publičnoe i častnoe pravo 2007, Nr. 1 (34), S. 68; *Tarlo*, Zakon 2007, Nr. 3, S. 166; *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 195 f.

¹⁴⁰⁹ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.04.2014 im Verfahren Nr. 33-10743, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴¹⁰ Vgl. *Krasavčikova*, Ponjatje i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 323; *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2014, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Grišaev*, Èvoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 2, Privatleben, Abs. 4, zitiert nach Consultant; *Golovkin*, „Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2007, Nr. 3, S. 163; *Tarlo*, Zakon 2007, Nr. 3, S. 163; *Izmajlova*, Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava 2008, Nr. 1, S. 172; *Lichačev*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast', S. 182; *Zabud'ko*, Gosudarstvennaja vlast' i mestnoe samoupravlenie 2014, Nr. 5, zitiert nach Consultant; *Zajceva*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2016, Nr. 1, zitiert nach Consultant; *Voronko*, Pravo na neprikosnovennost' častnoj žizni po graždanskomu zakonodatel'stvu Rossijskoj Federacii, S. 14; s. a. Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 18.11.2015 im Verfahren Nr. 33-11032/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴¹¹ VerfG RF, Beschluss vom 09.06.2005 Nr. 248-O, n. v., zitiert nach Consultant, Punkt 2 Abs. 13; so auch Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 18.04.2017 (Verfahren Nr. 33-14183/2017), n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴¹² *Tarlo*, Zakon 2007, Nr. 3, S. 165.

Meinung, dass die Informationen darüber, wohin und wozu wir gehen, fahren, was wir besuchen, was wir da machen, was wir in den Geschäften kaufen usw., zum Privatleben einer Person gehören.¹⁴¹³ Daraus folgt, dass private Vorkommnisse an öffentlich zugänglichen Orten dem Schutzbereich des Privatlebens unterfallen sollen.¹⁴¹⁴

Tolstoj vertritt eine andere Ansicht, dass viele Tatsachen des Privatlebens, etwa die Lehranstalt, der Arbeitsplatz, der Besuch einer Kulturveranstaltung ohnehin der Allgemeinheit bekannt werden und dies somit rechtmäßig sei; das Sammeln dieser Tatsachen sei für den Betroffenen erst dann rechtsverletzend, wenn diese Informationen zusammengestellt, systematisiert und mit dem Betroffenen identifizierbar verbunden würden, da sie in diesem Fall einen zusätzlichen Wert erlangten.¹⁴¹⁵ Er stellt somit zu Recht fest, dass der Schutz von personenbezogenen Daten¹⁴¹⁶ in den Schutzbereich des Privatlebens falle.¹⁴¹⁷

Dies bringt allerdings für die Frage der Rechtmäßigkeit einer Bildanfertigung an öffentlich zugänglichen Orten keine Klarheit. Generell gilt: Was eine Gesellschaft als privat ansieht und was nicht, ist eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses.¹⁴¹⁸ Dies hängt in erster Linie vom Charakter der Gesellschaft, dem Niveau der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung, von der staatlichen Ideologie, Religion und sonstigen Umständen ab.¹⁴¹⁹ Da sich der Schutzbereich des Privatlebens im russischen Recht immer noch nicht eindeutig umreißen lässt,¹⁴²⁰ scheint es angebracht, die europäische Erfahrung heranzuziehen.

Laut Art. 15 Teil 4 der Verfassung der RF sind die allgemein anerkannten Grundsätze und Rechtsnormen des internationalen Rechts sowie die internationalen Verträge Bestandteil des Rechtssystems Russlands. Überdies haben die internationalen Verträge der Russischen

¹⁴¹³ *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant; vgl. *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁴¹⁴ *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant.

¹⁴¹⁵ *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 88; vgl. *Cadykova*, *Konstitucionnoe i municipal'noe pravo* 2007, Nr. 14, S. 15; s. a. Gebietsgericht des Gebiets Astrachan', *Kassationsbeschluss* vom 20.07.2011 im Verfahren Nr. 33-2108/2011, n. v., zitiert nach Consultant – Die in der Öffentlichkeit abgespielten Ereignisse gehören nicht zum Privatleben einer Person.

¹⁴¹⁶ Für weitere Hinweise dazu vgl. *Kos'janenko*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 2008, Nr. 6, S. 204 ff.; *Afanas'eva*, *Obščestvennye nauki i sovremennost'* 2011, Nr. 6, S. 76 ff.

¹⁴¹⁷ *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 88; so auch *Maleina*, *Žurnal rossijskogo prava* 2010, Nr. 11, S. 18; s. a. Föderales Gesetz „O personal'nych dannych“, *Rossijskaja gazeta* Nr. 165 vom 29.07.2006, Art. 2; *Amelin u. a.*, *Kommentarij k Federal'nomu zakonu ot 27 ijulja 2006 № 152-FZ „O personal'nych dannych“*, Kommentar zu Art. 3, zitiert nach Garant; vgl. *Balaškina*, *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; *Tereščenko*, *Žurnal rossijskogo prava* 2011, Nr. 5, S. 5 f.

¹⁴¹⁸ Ein treffender Ausdruck von *Klass*, *ZUM* 2007, 818 (825).

¹⁴¹⁹ *Balaškina*, *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant.

¹⁴²⁰ *Balaškina*, *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, zitiert nach Consultant; vgl. *Galičtin*, *Itogi* 2013, Nr. 23 (887), S. 29; *Izmajlova*, *Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava* 2008, Nr. 1, S. 177 f. – Das Problem des Schutzes des Privatlebens sei im russischen Recht in theoretischer sowie praktischer Hinsicht noch weitgehend unterentwickelt.

Föderation im Falle der Abweichung von den nationalen Normen Vorrang. Unter mehreren internationalen Normativakten ist auch die EMRK zu finden, die von der Russischen Föderation am 05.05.1998¹⁴²¹ ratifiziert wurde. Das OG RF hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die russischen Gerichte die Rechtsansicht des EGMR bezüglich der Auslegung der Konvention beachten sollen,¹⁴²² wobei die EMRK generell unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EGMR anzuwenden sei.¹⁴²³

Nach Ansicht des EGMR gibt es einen Bereich wechselseitiger Beziehungen zwischen dem Einzelnen und Dritten, der selbst dann zum Privatleben gehören kann, wenn die Beziehungen in den öffentlichen Raum hineinreichen.¹⁴²⁴ Somit kann man feststellen, dass die „soziale Dimension“ der Privatsphäre im öffentlichen Raum auch im russischen Recht anerkannt werden soll.

Dies bedeutet, dass die an öffentlich zugänglichen Orten aufgenommenen Bilder des Bürgers in den Schutzbereich seines Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens fallen können und ihre Veröffentlichung nur mit Einwilligung des Betroffenen zulässig ist.¹⁴²⁵ Die russischen Gerichte haben bisher dazu keine Stellung genommen. Es gibt allerdings einzelne

¹⁴²¹ Föderales Gesetz vom 30.03.1998 Nr. 54-FZ „O ratifikacii Konvencii o zaščite prav čeloveka i osnovnych svobod i Protokolov k nej“ (Über Ratifikation der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zusätzlicher Protokolle), Rossijskaja gazeta Nr. 67 vom 07.04.1998.

¹⁴²² Anweisung des Plenums des OG RF vom 27.06.2013 Nr. 21 „O primenenii sudami obščej jurisdikcii Konvencii o zaščite prav čeloveka i osnovnych svobod ot 4 nojabrja 1950 goda i protokolov k nej“ (Über die Anwendung der allgemeinen Jurisdiktion der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und zusätzlicher Protokolle durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 145 vom 05.07.2013, Punkt 2 Abs. 2; Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 1 Abs. 5; OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjulleten' Verhovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; vgl. Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 05.10.2010 Nr. 13679, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴²³ Anweisung des Plenums des OG RF vom 10.10.2003 Nr. 5 „O primenenii sudami obščej jurisdikcii obščepriznannyh principov i norm meždunarodnogo prava i meždunarodnyh dogovorov Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung der allgemeinen Jurisdiktion der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des internationalen Rechts und der internationalen Verträge der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 244 vom 02.12.2003, Punkt 10 Abs. 3; s. a. Föderales Gesetz vom 30.03.1998 Nr. 54-FZ „O ratifikacii Konvencii o zaščite prav čeloveka i osnovnych svobod i Protokolov k nej“ (Über Ratifikation der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zusätzlicher Protokolle), Rossijskaja gazeta Nr. 67 vom 07.04.1998, Art. 1; s. a. *Frolova*, Žurnal rossijskogo prava 2008, Nr. 10, S. 119 ff.; *Afanas'eva*, Obščestvennye nauki i sovremennost' 2011, Nr. 6, S. 83; s. z. B. VerfG RF, Beschluss vom 03.07.2008 Nr. 734-O-P, SZ RF 2009, Nr. 5, Pos. 678.

¹⁴²⁴ EGMR, Urteil vom 07.02.2012, NJW 2012, 1053 (1054) – „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“.

¹⁴²⁵ Vgl. *Puzanov*, Jurist 2012, Nr. 8, zitiert nach Consultant.

Gerichtsurteile,¹⁴²⁶ die auf indirekte Anerkennung der sozialen Dimension des Privatlebens deuten. In zwei relativ jungen Fälle¹⁴²⁷ wurde ein Familiengeschehen des Schauspielers *Bezrukov* betroffen, wenn er seine neue Geliebte seinem Sohn und seiner ehemaligen Geliebten auf einer öffentlichen Straße vorgestellt hatte. Das Foto war mit einer versteckten Kamera aufgenommen worden, so dass die Gerichte seine Veröffentlichung verboten haben. Die Heimlichkeit der Bildaufnahme wurde für maßgebend gehalten. Andernfalls würde der Betroffene den Prozess der Bildherstellung merken und sich dagegen zur Wehr setzen. Man darf davon ausgehen, dass die Gerichte dadurch das Privatleben auch thematisch bei der Interessenabwägung berücksichtigen. Generell gesehen, bezweckt die russische Rechtsprechung einen umfassenden Schutz des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens, wenn beachtet, ob ein Bild in einem privaten Raum hergestellt wurde.¹⁴²⁸

Die privaten Lebensvorgänge von nicht prominenten Personen können sich ebenso an öffentlich zugänglichen Orten abspielen. Wird ihrem Schutz mithilfe der Regelung in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF, nach der das an solchen Orten aufgenommene Bild des Bürgers kein Hauptobjekt der Nutzung sein darf, Genüge getan?

Für die Beantwortung dieser Frage ist die Ansicht des OG RF bezüglich Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF behilflich, nach der bei einem unter Einwilligung aller Beteiligten angefertigten Gruppenfoto jeder Abgebildete das Foto ohne zusätzliche Einwilligung der anderen Abgebildeten veröffentlichen und nutzen darf, es sei denn, das Foto enthält Information über das Privatleben der Abgebildeten gemäß Art. 152.2 Punkt 1 ZGB RF.¹⁴²⁹ Das Privatleben des Abgebildeten kann also betroffen sein, auch wenn es um ein Gruppenfoto geht, wo der Betroffene kein Hauptobjekt der Nutzung ist und das Recht am eigenen Bild somit eingeschränkt werden darf. Auch als Nebenobjekt kann man erkennbar abgebildet werden, weil es bei den Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild, wie bereits gesagt, auf die

¹⁴²⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 14.03.2013 (Verfahren Nr. 11-8112), vom 26.02.2013 (Verfahren Nr. 11-6471) und vom 12.02.2013 (Verfahren Nr. 11-4539); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴²⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 28.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1979/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 11.07.2017 Nr. 4g/2-6458/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 08.02.2017 (Verfahren Nr. 33-4505/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8017/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴²⁸ S. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5498/2017; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 02.03.2020 (Verfahren Nr. 33-6285/2020); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴²⁹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), Rossijskaja gazeta Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 45 Abs. 3; s. z. B. das Oberste Gericht der Republik Dagestan, Appellationsbeschluss vom 10.05.2016 im Verfahren Nr. 33-1820/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

Erkennbarkeit des Abgebildeten nicht ankommt. Dies bedeutet, dass bei der Bejahung der Regelung gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF zusätzlich zu prüfen ist, ob durch die Bildveröffentlichung das Privatleben des Rechtsinhabers beeinträchtigt werden kann. Die russische Rechtsprechung folgt dieser Ansicht, indem sie berücksichtigt, ob im Rahmen der Bildberichterstattung über eine öffentliche Veranstaltung die dabei aufgenommenen Fotos die Einzelheiten des Privatlebens der Abgebildeten widerspiegeln.¹⁴³⁰ Dies gilt auch für die Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF,¹⁴³¹ da eine abweichende Interpretation unter dem Blickwinkel der Rechtssicherheit unzumutbar wäre. Der Schutz des Privatlebens kann somit die einwilligungsfreie Bildveröffentlichung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1 und 2 ZGB RF unzulässig machen.

Im Falle des entgeltlichen Posierens gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF wird zwar das Privatleben des Betroffenen üblicherweise nicht tangiert. Die Veröffentlichung der hergestellten Bilder kann jedoch das Recht des Bürgers auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs verletzen, etwa wenn sie mit einem herabsetzenden Untertitel erfolgt.¹⁴³²

Die Rechtsprechung berücksichtigt dieses Recht, soweit ersichtlich, bisher nur bei der Ausnahme gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF.¹⁴³³ Auch in der Literatur wird geäußert, dass die einwilligungsfreie Bildveröffentlichung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF rechtswidrig ist, falls das Recht des Abgebildeten auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs oder sein Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens dadurch verletzt wird.¹⁴³⁴

Verallgemeinernd lässt sich feststellen, dass die Wahrung des Privatlebens einer Person sowie teilweise der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs im russischen Recht unter Umständen als Ausnahme von den Ausnahmen nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF angesehen werden darf.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass das Interesse des Betroffenen, in seiner wirklichen Erscheinung in der Öffentlichkeit dargestellt zu werden, tatbestandsmäßig vom Bildnisschutz

¹⁴³⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.03.2017 im Verfahren Nr. 33-7692/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 27.07.2017 Nr. 4g/2-9075/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt, beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴³¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.09.2018 im Verfahren Nr. 33-41308/2018, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 21.02.2019 Nr. 4g-0917/2019 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt, beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴³² Vgl. *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 25.

¹⁴³³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 28.08.2018 (Verfahren Nr. 33-37629/2018), vom 20.11.2015 (Verfahren Nr. 33-42661/2015); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴³⁴ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 23 ff.

umfasst ist.¹⁴³⁵ Im Rahmen von Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF wird dieses Interesse stets in die Interessenabwägung miteinbezieht.¹⁴³⁶

Im Einzelfall können durch einwilligungsfreie Bildveröffentlichung jedoch andere Rechte des Betroffenen verletzt werden. Der Abgebildete steht dabei nicht schutzlos, weil die allgemeinen Grenzen der Rechtsausübung zum tragen kommen. So darf man nach Art. 17 Teil 3 der Verfassung der RF bei der Ausübung der Rechte und Freiheiten die Rechte und Freiheiten anderer nicht verletzen.¹⁴³⁷ Laut Art. 10 Punkt 1 Abs. 1 ZGB RF sind die Ausübung von Zivilrechten ausschließlich in der Absicht, einer anderen Person Schaden zuzufügen, Handlungen unter Umgehung des Gesetzes zu einem rechtswidrigen Zweck sowie eine sonstige bewusst unlautere Ausübung von Zivilrechten unzulässig (Missbrauch eines Rechts). Dies bedeutet, dass sich der Abgebildete auf diese Normen in Verbindung mit entsprechenden anderen Vorschriften berufen kann, um seine Rechte zu schützen, die bei der nach Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF einwilligungsfrei erfolgten Bildveröffentlichung verletzt wurden.¹⁴³⁸ Die einschlägigen Fälle sind jedoch bislang nicht bekannt.

¹⁴³⁵ S. Abschnitt C, Kapitel III, Unterkapitel 2, Buchstabe f „Die Verarbeitung“.

¹⁴³⁶ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 27.07.2018 im Verfahren Nr. 33-12212/2018; Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschluss vom 09.08.2017 im Verfahren Nr. 33-5498/2017; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202; das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Appellationsbeschluss vom 04.04.2012 Nr. 33-797; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁴³⁷ Vgl. die Übersetzung unter <<http://www.constitution.ru/de/part2.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁴³⁸ *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 25; *Dianova*, Sibirskij juridičeskij vestnik 2004, Nr. 4, S. 34; *Kulinič*, Molodij včenij 2014, Nr. 12 (15), S. 271.

III. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

1. Die Einschränkung in öffentlichen Interessen

a) Die rechtsvergleichende Analyse der Normen in § 23 Abs. 1 Nrn. 1 und 4, § 24 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF

Eine rechtsvergleichende Analyse der Normen über die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild hat gezeigt, dass diese im deutschen und russischen Recht ähnlich geregelt sind.

Die Normierung in Deutschland scheint besser strukturiert zu sein, weil die Einschränkungen hinsichtlich der Bilder mit Personen als Beiwerk und der Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, anders als entsprechende Vorschriften im ZGB RF, voneinander getrennt normiert sind. Ursprünglich waren diese Tatbestände aber auch im KUG-Entwurf, der am 25.11.1905 dem Reichstag vorgelegt wurde, zusammengefasst.¹⁴³⁹ Grund dafür war, dass der Zweck solcher Bilder nicht in der Darstellung einzelner Personen bestand.¹⁴⁴⁰ Der deutsche Gesetzgeber ist aber davon abgerückt. Von maßgebender Bedeutung war die Tatsache, dass bei den Bildern mit Personen als Beiwerk, im Unterschied zu den Bildern von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, der Fotograf nicht in der Lage ist, die Person auszuschneiden.¹⁴⁴¹

Obwohl das gleiche auch für die entsprechenden Vorschriften im ZGB RF gilt, ruft ihre gemeinsame Betrachtung keine gravierenden Einwände hervor. Anders als im KUG geht es im ZGB RF nicht um unterschiedliche Bilder mit abweichenden Gehalten, sondern um das „Bild des Bürgers“, das unter unterschiedlichen Umständen aufgenommen wird, und zwar an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen. Es gibt dazu den einheitlichen Vorbehalt, dass ein solches Bild kein Hauptobjekt der Nutzung sein darf. Allerdings sind die erörterten Tatbestände selbständig und darum stets separat zu untersuchen.

¹⁴³⁹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session, 2. Anlagenband, S. 1528, zitiert nach *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164.

¹⁴⁴⁰ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session, 2. Anlagenband, S. 1528, zitiert nach *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 44.

¹⁴⁴¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session, 6. Anlagenband, S. 4685, zitiert nach *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 164.

Die Äußerungen in der russischen Literatur¹⁴⁴² und Rechtsprechung,¹⁴⁴³ die diese mischen und vereinheitlichen, sind unter dem Blickwinkel der Rechtssicherheit kritisch zu betrachten.

Darüber hinaus ist im KUG, anders als im ZGB RF, die Vorschrift über Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung von Personenabbildungen für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit in einem separaten Paragraph verankert, so dass die Rückausnahme in § 23 Abs. 2 KUG für diese Fälle nicht greift. Die Rückausnahme selbst, die in der russischen Regelung fehlt, ist sehr vorteilhaft.

Nicht zuletzt ist hervorzuheben, dass der Einwilligung bei einer entgeltlichen Aufnahme einer Person im deutschen Recht der Rang der gesetzlichen Vermutung und nicht einer weiteren Einschränkung beigemessen wird, was durchaus begründet zu sein scheint.

Die größten Unterschiede in der Normierung der Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild im deutschen und russischen Recht finden sich in der Regelung für den Schutz der öffentlichen Interessen. Der einzigen Vorschrift in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF über die staatlichen, gesellschaftlichen und sonstigen öffentlichen Interessen stehen die Normen in § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG über das Informationsinteresse und die Freiheit der Berichterstattung, § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG über das höhere Interesse der Kunst und § 24 KUG über das öffentlich-rechtliche Interesse gegenüber.

aa) Die Einschränkung in öffentlich-rechtlichen Interessen

Unter den öffentlich-rechtlichen Interessen i. S. v. § 24 KUG werden die Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit verstanden. Im KUG-Entwurf von 1905 wurde eine generelle Veröffentlichungsbefugnis vorgeschlagen, sofern das Bild für „amtliche Zwecke“ benutzt wird. Diese ist aber wegen der Gefahr von polizeilichen Missbräuchen auf Kritik gestoßen,¹⁴⁴⁴ so dass man zur Präzisierung des Begriffs „amtliche Zwecke“ den Wortlaut

¹⁴⁴² *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1; *Solikova* in: *Molodež' i nauka*, der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Balašova*, *Mediaskop* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁴⁴³ S. statt vieler nur Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenienii sudami nekotorych položienij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 45 Abs. 2 – Das Bild des Bürgers, das an einem öffentlich zugänglichen *Ort* aufgenommen wurde, sei unter anderem dann kein Hauptobjekt der Nutzung, wenn das Bild eine öffentliche *Veranstaltung* als Ganze wiedergebe, bei der dieses Bild hergestellt wurde.

¹⁴⁴⁴ *Temuulen*, *Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz*, S. 45 ff.

„für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit“ änderte.¹⁴⁴⁵ Dadurch ist die deutsche Norm viel detaillierter geworden, worin ihr großer Vorteil im Vergleich zur russischen Norm liegt. Es geht dabei vor allem um Strafrechtspflege und Identifizierung von Personen, wie Straftätern und Vermissten.

Im russischen Recht unterscheidet man innerhalb der öffentlichen Interessen zwischen den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen. Unter den staatlichen Interessen werden auch in erster Linie Strafrechtspflege und Identifizierung von Personen verstanden. Wegen der weiten Formulierung der russischen Norm wird überdies generell geäußert, dass auch die Aufklärung von Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat, die Zivilgesellschaft, öffentliche Sicherheit und Umwelt bezweckt wird. Inhaltlich sind somit die deutsche und russische Regelung ähnlich.

Ein formeller Unterschied liegt darin, dass die öffentlich-rechtlichen Interessen im deutschen Recht nicht sonstigen Einschränkungen in § 23 KUG zugeordnet werden, sondern in einem separaten § 24 KUG zu finden sind. Dies verbirgt einige Besonderheiten in der rechtlichen Regelung.

So übt die Rückausnahme in § 23 Abs. 2 KUG keinen Einfluss auf öffentlich-rechtliche Interessen aus. Dies macht aber im Vergleich zum russischen Recht keinen Unterschied, weil eine solche Rückausnahme dem ZGB RF unbekannt ist. Ferner dürfen Bildnisse gemäß § 24 KUG einwilligungsfrei nicht nur verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden, sondern auch vervielfältigt. Auch hier gibt es keine inhaltliche Abweichung von der russischen Norm, da die Vervielfältigung im russischen Recht formell vom weiten Begriff der „Nutzung“ erfasst wird.

Von maßgebender Bedeutung ist der Kreis von Personen, deren Einwilligung in den entsprechenden Fällen entbehrlich ist. Während in Art. 152.1 ZGB RF generell der Abgebildete, sein Ehegatte, seine Kinder und ggf. Eltern gemeint sind, umfasst dieser Kreis gemäß § 24 KUG über obige Personen hinaus sämtliche Angehörige des Abgebildeten sowie alle Berechtigten wie Urheber, Besteller, Eigentümer oder Besitzer der Personenabbildung. Einerseits scheint die Regelung in § 24 KUG logisch und weitblickend zu sein, weil sie für die Rechtspflege und öffentliche Sicherheit alle Hindernisse aus dem Weg räumt. Die Bildnutzung soll in diesen Fällen unabhängig vom Willen all dieser Personen sein. Andererseits gewährt sie praktisch eine absolute Handlungsfreiheit, was wiederum die Frage nach der Gefahr von Missbräuchen hervorruft.

¹⁴⁴⁵ *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 45 ff.; vgl. dazu LG Berlin, Urteil vom 08.04.2014, ZUM 2015, 75 (76).

Dies ist aber nicht der Fall. Man muss dabei im Auge behalten, dass nach der deutschen Regelung ausschließlich Behörden privilegiert sind. Nur Behörden dürfen die Personenbilder veröffentlichen und nur für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit. Unter diesen Umständen ist die Formulierung der Vorschrift in § 24 KUG für gerechtfertigt zu halten.

Der russischen Norm mangelt es an solchen Präzisierungen. Grundsätzlich sollen die Bilder des Bürgers in den entsprechenden Fällen nur von den Behörden einwilligungsfrei veröffentlicht und genutzt werden dürfen.

bb) Die Einschränkung in gesellschaftlichen Interessen

Die gesellschaftlichen Interessen umfassen im russischen Recht die Ausbildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Informationsinteressen. Eine Parallele im deutschen Recht stellt das höhere Interesse der Kunst (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG), das Informationsinteresse und die Freiheit der Berichterstattung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG) dar.

Das Ausbildungsinteresse wird im deutschen Recht als wissenschaftlicher Zweck bezeichnet und im Wege einer Analogie zu § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG privilegiert. Hier sind die Regelungen ähnlich. Die Bildveröffentlichung im höheren Interesse der Kunst ist im russischen Recht nicht ausdrücklich privilegiert.¹⁴⁴⁶ Stattdessen werden pauschal die Kulturinteressen erwähnt. Die Kultur wird in Russland insbesondere durch die Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst geprägt. Hinsichtlich des Bildnisschutzes ist das Interesse der Kunst von besonderer Bedeutung, so dass dieses hervorgehoben werden darf, wie es im deutschen KUG zu sehen ist.

Das Informationsinteresse steht im deutschen Recht in einem engen Zusammenhang mit der Freiheit der Berichterstattung über Ereignisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte und hat somit klare Konturen. Im russischen Recht lässt sich dieses nicht eindeutig abgrenzen. Nach der herrschenden Meinung ist darunter das Informationsinteresse der Gesellschaft an den öffentlichen Personen zu verstehen. In Anbetracht der Tatsache, dass unter solchen Personen diejenigen gemeint sind, die eine Rolle im öffentlichen Leben spielen, sind keine Gründe ersichtlich, die gegen eine Bezeichnung dieser als „absolute Personen der Zeitgeschichte“ sprechen. Eine solche Bezeichnung wird ausschließlich zum Zwecke der theoretischen Rechtsvergleichung vorgenommen. Die Privatpersonen, deren Abbildungen bei der Berichterstattung über die aktuellen „gesellschaftlich bedeutenden“ Fragen ebenso einwilligungsfrei veröffentlicht werden dürfen, sind dementsprechend als „relative Personen

¹⁴⁴⁶ Vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 106.

der Zeitgeschichte“ anzusehen. Unter diesem Blickwinkel sind die Informationsinteressen in beiden Rechtsordnungen ähnlich.

b) Die Vorschläge zur Veränderung der russischen Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF

Die russische Vorschrift in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF bedarf, wie oben dargestellt, einer Präzisierung. Die vorhandenen verstreuten Meinungen hinsichtlich einzelner Fälle, in denen die Bilder nach dieser Norm das Recht des Abgebildeten einschränken, tragen nicht maßgebend dazu bei. Die vorgenommene Einordnung der gesellschaftlichen und staatlichen Interessen spiegelt nur den *status quo* der Rechtslage wider, so dass die Gefahr des Missbrauchs seitens Behörden, verschiedener Organisationen oder unter Umständen einzelner Bürger nicht auszuschließen ist.

Darum scheint es angebracht, der Anregung in der Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation¹⁴⁴⁷ zu folgen und die Erfahrung Deutschlands in der Regelung der Persönlichkeitsrechte zu berücksichtigen. Vor allem sollte die Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF aufgeteilt werden, so dass die einwilligungsfreie Bildnutzung in staatlichen und gesellschaftlichen Interessen voneinander getrennt geregelt würde.

aa) Ein Vorschlag zur Veränderung der Einschränkung in staatlichen Interessen

Da der Schutzbereich der Einschränkungen in staatlichen Interessen im deutschen und russischen Recht inhaltlich sehr ähnlich ausfällt, wäre es sinnvoll, die Vorschrift in § 24 KUG in das ZGB RF teilweise zu übernehmen. Unter Beachtung der Formulierung in Art. 1278 ZGB RF wäre die Einwilligung des Abgebildeten nicht erforderlich, wenn „die Nutzung des Bildes von den Behörden für Zwecke der Ermittlung, Voruntersuchung, im Gerichts- oder Verwaltungsverfahren in einem durch den Zweck gebotenen Umfang erfolgt“.

Das Ausklammern der Berechtigten aus dem Kreis von Personen, deren Einwilligung in solchen Fällen entbehrlich ist, soll im Rahmen des Urheberrechts vorgenommen werden. Ebenso wäre eine spezialgesetzliche Regelung denkbar, da es sich dabei regelmäßig um hoheitliche Maßnahmen handelt und es für die Ausübung dieser Schranke einer besonderen

¹⁴⁴⁷ Die Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation, gebilligt durch die Entscheidung des Beirats beim Präsidenten Russlands für die Kodifizierung und die Entwicklung der Zivilgesetzgebung vom 07.10.2009, veröffentlicht in: Vestnik VAS RF, November 2009, Nr. 11, Abschnitt 2, Punkt 3.5.

Ermächtigung bedarf, etwa des Polizeigesetzes.¹⁴⁴⁸ Sonstige Angehörige des Abgebildeten, außer den gesetzlich genannten, könnten im Wege der Analogie in der Praxis ausgeschlossen werden.

Von maßgebender praktischer Bedeutung einer solchen Formulierung wäre die ausdrückliche gesetzliche Bestimmung von Berechtigten der Bildnutzung, nämlich Behörden. Dann könnte man sich bei der originären öffentlichen Zurschaustellung von Abbildungen der Diebe in Geschäften nicht mehr auf den Schutz der öffentlichen Interessen berufen.

bb) Ein Vorschlag zur Veränderung der Einschränkung in gesellschaftlichen Interessen

Auch die Einschränkung des Rechts am eigenen Bild bei gesellschaftlichen Interessen kann nach dem deutschen Vorbild präzisiert werden. In erster Linie geht es um § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG, der dem Informationsinteresse der Allgemeinheit dient.

Im deutschen Recht ist ein schutzwürdiges Informationsinteresse bei der Berichterstattung über Ereignisse von zeitgeschichtlicher Bedeutung regelmäßig zu bejahen. Dazu ist eine umfassende Abwägung des Informationsinteresses der Allgemeinheit einerseits und der Interessen des Abgebildeten andererseits erforderlich, die bereits bei der Zuordnung eines Bildes zum Bereich der Zeitgeschichte vorzunehmen ist. Diese Rechtsprechung der deutschen Gerichte wurde vom EGMR gebilligt und ist als mit dem europäischen Standard konform anerkannt.

Die russische Gesetzgebung und Rechtsprechung müssen gemäß Art. 15 Teil 4 der Verfassung der RF ebenso mit der EMRK und der Rechtsansicht des EGMR übereinstimmen. Somit spricht nichts dagegen, die deutsche Regelung über die Bilder aus dem Bereich der Zeitgeschichte samt ihrer unabdingbaren Interessenabwägung zu übernehmen, zumal schon die aktuelle Norm in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF die Abwägung der öffentlichen Interessen und Interessen des Abgebildeten fordert. Überwiegt das öffentliche Informationsinteresse, so sind die einwilligungsfreie Veröffentlichung und Nutzung des Bildes zulässig. Wie im deutschen Recht können dabei die kommerziellen Zwecke keinen rechtfertigenden Grund darstellen.

Man darf nicht übersehen, dass Ereignisse von zeitgeschichtlicher Bedeutung nicht immer mit der Teilnahme von öffentlichen Personen verbunden sind. Es ist dagegen üblich, dass auch Normalbürger in solche Ereignisse einbezogen sind. Somit ist anzuerkennen, dass

¹⁴⁴⁸ S. z. B. Föderales Gesetz vom 07.02.2011 Nr. 3-FZ „O Policii“ (Über Polizei), Rossijskaja gazeta Nr. 25 vom 08.02.2011 und Nr. 28 vom 10.02.2011, Art. 13.

ein Informationsinteresse der Allgemeinheit an Bildern sowohl von öffentlichen Personen als auch von Privatpersonen bestehen kann.

Darüber hinaus betrachtet die Regierung der Russischen Föderation die Ausbildungs-, Wissenschafts- und Kulturinteressen als öffentliche Interessen, so dass diese unter Beachtung der Art. 43 und 44 der Verfassung der Russischen Föderation im Gesetz als schützenswerte Zwecke der Bildnutzung¹⁴⁴⁹ zu nennen. Das Kulturinteresse ist dabei durch das Interesse der Kunst zu ersetzen. Hervorzuheben ist dabei, dass das betroffene Bild nicht auf Bestellung hergestellt werden darf.

De lege ferenda könnte die einschlägige Vorschrift wie folgt aussehen: Eine Einwilligung des Abgebildeten ist nicht erforderlich, wenn ein „Bild aus dem Bereich der Zeitgeschichte genutzt wird oder die Nutzung des Bildes, das nicht auf Bestellung angefertigt ist, für Ausbildungs-, Wissenschafts- oder Kunstzwecke erfolgt“.

Wie bereits gesagt, kennt das russische Recht keinen Unterschied zwischen den Begriffen „Bild“ und „Bildnis“. In Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF ist das Bild des Bürgers gemeint. Es gibt dabei keine Ergänzung, dass das Bild des Bürgers kein Hauptobjekt der Nutzung sein darf, wie es in Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF der Fall ist. Deshalb sind unter dem Begriff „Bild“ in der vorgeschlagenen Formulierung sowohl das Bild des Bürgers als Hauptobjekt der Nutzung, etwa als Portrait, als auch das Bild des Bürgers als Nebenobjekt der Nutzung, etwa als einer von fünfzehn Personen, zu verstehen.

Eine Präzisierung von Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF, indem der Wortlaut „wenn die Nutzung des Bildes in gesellschaftlichen Interessen erfolgt“ durch die Formulierung „wenn das Bild aus dem Bereich der Zeitgeschichte genutzt wird oder die Nutzung des Bildes, das nicht auf Bestellung angefertigt ist, für Ausbildungs-, Wissenschafts- oder Kunstzwecke erfolgt“ ersetzt wird, würde zur Rechtssicherheit beitragen. Wie bereits gesagt, lässt die deutsche Vorschrift über den Bereich der Zeitgeschichte keine erweiterte Auslegung zu und hat somit abschließenden Charakter. Die Übernahme dieser Regelung würde dazu führen, dass die gesellschaftlichen Interessen auch im russischen Recht nicht mehr grenzenlos ausgedehnt werden könnten.

2. Die Personen als Beiwerk

Obwohl die Vorschriften in § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF unterschiedlich formuliert sind, weisen sie, was den Kern der Regelungen angeht,

¹⁴⁴⁹ Vgl. die Formulierung in Art. 1274 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF – Die Ausbildungs-, Wissenschaftszwecke u. a.

Ähnlichkeiten auf. Sie ermöglichen Aufnahmen dort anzufertigen, wo sie sonst in vielen Fällen nicht erlaubt wären. Die Einwilligung des Abgebildeten ist laut dieser Normen dann nicht erforderlich, wenn die Personendarstellung einem Hauptobjekt der Darstellung untergeordnet ist. Dies ist zu bejahen, wenn die Abbildung der Person nicht den Gehalt des Bildes prägt.

Als Gegenstand des Bildes sind gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG nur Landschaften oder andere Örtlichkeiten anzusehen, während nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 1 ZGB RF darunter auch Tiere, Menschen, verschiedene Sachen etc. zu verstehen sind.

Ungeachtet dessen scheint die Formulierung im KUG, wonach die Personen auf den Bildern als Beiwerk „erscheinen“ müssen, eindeutig. Man kann schon bei der Betrachtung des Bildes feststellen, ob eine Person ein Beiwerk oder ein Hauptobjekt ist und ob das gesamte Bild den Tatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG überhaupt erfüllen kann. Die russische Formulierung legt nahe, dass diese Frage von der konkreten „Nutzung“ des Personenbildes im Einzelfall abhängig ist, weil nach dem Wortlaut des Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 ZGB RF das Bild des Bürgers kein Hauptobjekt der „Nutzung“ sein darf. Tatsächlich ist aber die Frage nach der Bestimmung des Haupt- und Nebenobjekts, wie dargestellt, im Rahmen des Bildes als solches bei isolierter Betrachtung zu entscheiden.

Eine andere Schwierigkeit der russischen Norm besteht darin, dass der Hauptbegriff die „öffentlich zugänglichen Orte“ nicht definiert ist. Nur einige Akten des OG RF leisten allmählich einen Beitrag zur Lösung dieses Problems und verleihen diesem Terminus einige Konturen. Die Bildanfertigung an solchen Orten kann aber das Privatleben des Bürgers tangieren. Selbst wenn der Begriff der örtlichen Abgeschlossenheit dem russischen Recht fremd ist, gibt es in Russland die soziale Dimension des Privatlebens. In Deutschland haben nicht nur Privatpersonen, sondern auch Personen der Zeitgeschichte nach der ersten „Caroline“-Entscheidung des EGMR einen Anspruch auf Schutz der „privaten Lebensvorgänge“ im öffentlichen Raum. Darum sind alle Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen.

3. Die bei den öffentlichen Veranstaltungen aufgenommenen Personenabbildungen

Die Normen in § 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF sind sehr ähnlich und dienen dazu, dass die Bildberichterstattung über öffentliche Veranstaltungen reibungslos stattfinden kann.

Die öffentlichen Veranstaltungen umfassen in beiden Rechtsordnungen alle Ansammlungen von Menschen, die den kollektiven Willen haben, etwas gemeinsam zu tun. Zwar ist es nicht erforderlich, dass solche Ansammlungen für jedermann zugänglich sind, doch

müssen sie in der Öffentlichkeit stattfinden. Die privaten Veranstaltungen, die sich ebenso in der Öffentlichkeit abspielen können, zählen normalerweise nicht dazu.

Anders als die deutsche Norm weist die russische Vorschrift keinen Unterschied zwischen den Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern einer Veranstaltung auf. Im deutschen Recht wurde in der Literatur diskutiert, ob Polizisten, die an Demonstrationen eigentlich nicht teilnehmen, die Veranstaltung mitprägen. Nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 2 Alt. 2 ZGB RF ist es ausschlaggebend, dass das Bild einer beliebigen Person bei der Veranstaltung hergestellt wurde. Allerdings darf eine solche Personenabbildung kein Hauptobjekt der Nutzung sein.

Darum werden sowohl nach der deutschen, als auch nach der russischen Einschränkung nur solche Bilder privilegiert, die ein Geschehen als solches wiedergeben. Es geht dabei nach dem deutschen Recht um eine Menschenansammlung, die dabei so groß sein muss, dass sich der einzelne objektiv nicht mehr aus ihr heraushebt. Nach russischem Recht ist nicht maßgeblich, dass das Geschehen ausschließlich in Form einer Menschenansammlung dargestellt wird, d. h. es können auch andere Objekte der Veranstaltung abgebildet werden. Porträtaufnahmen sind in beiden Rechtsordnungen erst dann erlaubt, wenn die Personen sich selbst ausdrücklich exponieren.

Die Formulierung der russischen Norm über das Hauptobjekt der „Nutzung“ scheint auch hier als misslungen. Sie gibt den Anlass davon auszugehen, dass man beim Drehen an einem musikalischen Konzert die zufälligen Bürger für eine Weile zoomen darf, weil nicht ihre Abbildungen, sondern das Video als Hauptobjekt „genutzt“, d. h. vorgeführt, wird. In der Tat muss man im Rahmen jeder bildlichen Darstellung des Bürgers sicher sein, dass er nur als einer von mehreren erscheint und eine bloße Nebensache darstellt. Die deutsche Formulierung ist darum zu bevorzugen.

4. Die Bildherstellung gegen Entlohnung (§ 22 Satz 2 KUG und Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF)

Es ist in beiden Rechtsordnungen anerkannt, dass die Entgeltlichkeit der Bildanfertigung die Rechtsstellung des Abgebildeten ändert. Gemäß § 22 Satz 2 KUG wird dabei die Erteilung der erforderlichen Einwilligung vermutet.¹⁴⁵⁰ Der russische Gesetzgeber hält sie dagegen ohne Weiteres für erteilt. Dies setzt den Abgebildeten in Russland in einen schwächer geschützten

¹⁴⁵⁰ S. dazu Abschnitt C, Kapitel II, Unterkapitel 1, Buchstabe b, Unterbuchstabe aa „Die Erklärung der Einwilligung“.

Rahmen, weil die Vermutung der Einwilligungserteilung im Vergleich zu einer gesetzlich verankerten Einschränkung leichter zu widerlegen ist.¹⁴⁵¹

Ist die Ausnahmeregelung nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF einschlägig, so geht die russische Rechtsprechung davon aus, dass jegliche Bildnutzung erlaubt ist und man auf Intentionen des Abgebildeten nicht eingehen muss, es sei denn, die schriftlichen Abreden vorliegen. Weder im KUG noch im ZGB RF handelt es sich allerdings um eine generelle Einwilligung, so dass die Prüfung ihres Umfangs unabdingbar bleiben muss.

Darüber hinaus wird in Russland, anders als in Deutschland, der üblich gezahlte Arbeitslohn als Entlohnung i. S. v. Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF angesehen, so dass der Arbeitgeber über die während der Arbeitszeit aufgenommenen Bilder von seinen Arbeitnehmern frei verfügen darf.

Aus Gründen der Rechtssicherheit dürfte die Einschränkung des Rechts am eigenen Bild nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 3 ZGB RF gestrichen werden.¹⁴⁵² Als eine mildere und somit bevorzugte Alternative könnte die deutsche Vermutung der Erteilung einer Einwilligung dienen, wenn bezweifelt wird, ob eine bestimmte Bildnutzungsart davon gedeckt ist.

5. Die Verletzung berechtigter Interessen

Die Einschränkungen des russischen Rechts am eigenen Bild kennen im Unterschied zur deutschen Regelung in § 23 Abs. 2 KUG keine Rückausnahme, wenn im Falle der Verletzung eines berechtigten Interesses des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen die einwilligungsfreie Bildnutzung wiederum unzulässig wird.

Dies ist ein großer Nachteil der russischen Norm. In der russischen Rechtsprechung werden nur das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens sowie das Recht auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs für beachtenswert gehalten, selbst wenn eine der Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild einschlägig ist. Überdies wird berücksichtigt, ob eine Person in ihrer dem Leben entsprechenden Erscheinung abgebildet ist.

Gleichwohl reichen die Rechte und Interessen des Abgebildeten weit darüber hinaus. Es wurde bereits dargestellt, dass im deutschen Recht die berechtigten Interessen auch den Schutz des Lebens, der Anonymität sowie des wirtschaftlichen Interesses des Abgebildeten umfassen. Darum würde das Verankern einer Gegenausnahme in Art. 152.1 ZGB RF wie in § 23 Abs. 2

¹⁴⁵¹ Vgl. BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (428) – „Paul Dahlke“.

¹⁴⁵² So auch *Krasavčikova*, Ponjatie i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 342.

KUG den Abgebildeten auf rechtlich sichereren Boden stellen. Dabei sollen, genauso wie im deutschen Recht, Behörden von dieser Rückausnahme privilegiert werden.

Der Begriff „berechtigte Interessen“ ist dem russischen Recht bekannt. Der russische Gesetzgeber verwendet die Begriffe „Interessen“¹⁴⁵³ sowie „Rechte und Interessen“¹⁴⁵⁴ in unterschiedlichen Kontexten. Es handelt sich dabei um die Interessen allgemein, in der grundsätzlichen Bedeutung dieses Begriffs. Im ZGB RF kann man aber auch folgende Zusammenhänge finden: „Rechte und berechtigte Interessen“,¹⁴⁵⁵ „Rechte oder berechtigte Interessen“,¹⁴⁵⁶ „Rechte und gesetzlich geschützte Interessen“,¹⁴⁵⁷ „Rechte oder gesetzlich geschützte Interessen“,¹⁴⁵⁸ „gesetzlich geschützte Interessen“¹⁴⁵⁹ sowie „berechtigte Interessen“.¹⁴⁶⁰

In den Punkten 2 und 3 des Art. 209 ZGB RF werden beispielsweise zwei Begriffe angewendet, nämlich im Punkt 2 geht es um „gesetzlich geschützte Interessen“ und im Punkt 3 um „berechtigte Interessen“. Hier und in anderen Fällen lässt sich in der Bedeutung kein Unterschied erkennen, der die unterschiedliche Begriffswahl erklären würde. Daher können beide Begriffe synonym verstanden werden.¹⁴⁶¹ Da im jüngsten vierten Teil des ZGB RF nur der Begriff „berechtigte Interessen“ verwendet wird, ist dieser vorzuziehen.

Zu fragen ist nun, was unter solchen „berechtigten Interessen“ zu verstehen ist. In der russischen Rechtswissenschaft ist anerkannt, dass jedes subjektive Recht einem Interesse des Rechtsinhabers dient.¹⁴⁶² Dass der Gesetzgeber die berechtigten Interessen regelmäßig neben den Rechten erwähnt, deutet aber auf ihre Selbständigkeit und eine besondere Stellung gegenüber subjektiven Rechten hin.

Insbesondere in der sowjetischen Zeit haben die Rechtswissenschaftler mit dieser Frage auseinandergesetzt. So war *Varul* der Ansicht, dass die berechtigten Interessen dann zum tragen kommen, wenn ein soziales Interesse des Betroffenen schutzwürdig sei, es aber wegen

¹⁴⁵³ S. z. B. Art. 1 Punkt 2 Abs. 1, Art. 30 Punkt 1 Abs. 3, Art. 150 Punkt 2 Abs. 2, Art. 152.2 Punkt 3 ZGB RF.

¹⁴⁵⁴ S. z. B. Art. 31 Punkte 2 und 3, Art. 36 Punkt 2 Abs. 1 und Punkt 3 Abs. 1, Art. 123.8 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF.

¹⁴⁵⁵ S. z. B. Art. 1 Punkt 2 Abs. 2, Art. 209 Punkt 3 ZGB RF.

¹⁴⁵⁶ S. z. B. Art. 1131 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF.

¹⁴⁵⁷ S. z. B. Art. 13, Art. 149.4 Punkt 2 Abs. 1, Art. 168 Punkt 2, Art. 209 Punkt 2, Art. 222 Punkt 3 Abs. 4, Art. 566, Art. 663, Art. 1192 Punkt 1 ZGB RF.

¹⁴⁵⁸ S. z. B. Art. 166 Punkt 2 Abs. 2 und 3, Art. 177 Punkt 1, Art. 292 Punkt 4 ZGB RF.

¹⁴⁵⁹ S. z. B. Art. 67.2 Punkt 9, Art. 166 Punkt 3 Abs. 2 ZGB RF.

¹⁴⁶⁰ S. z. B. Art. 1167 Abs. 2, Art. 1229 Punkt 5 Abs. 3-5, Art. 1280 Punkt 4, Art. 1335.1 Punkt 3, Art. 1508 Punkt 3 ZGB RF.

¹⁴⁶¹ Vgl. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennyh otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 183; *Sujunbaev*, „Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2011, Nr. 3, S. 84.

¹⁴⁶² *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennyh otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 182; vgl. *Trofimenko*, Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach, S. 170.

irgendeiner Besonderheit keine „Einkleidung“ in ein subjektives Recht habe.¹⁴⁶³ Was für Besonderheiten dies sein könnten, hat der Rechtswissenschaftler unbeantwortet gelassen. *Čečot* hat die Eigenart solcher Interessen unter anderem darin gesehen, dass sie, anders als beim subjektiven Recht, weder durch Handlungen des Betroffenen noch seines Partners im Rahmen einer Rechtsbeziehung befriedigt werden können, sondern nur durch Handlungen der Personen, mit denen der Betroffene sich in keiner Rechtsbeziehung befindet und demgemäß nichts fordern kann.¹⁴⁶⁴ Nach *Maleins* Meinung seien die berechtigten Interessen ein Element der Rechtsfähigkeit und genießen im Vergleich zu den subjektiven Rechten einen schwächeren Schutz.¹⁴⁶⁵

Die gegenwärtige Rechtswissenschaftlerin *Nochrina* vertritt die Position, dass die berechtigten Interessen keine „Einkleidung“ in das subjektive Recht fordern, weil es für ihre Befriedigung ein bloßes Unterlassen und keine Handlung von anderen oder des Betroffenen selbst erforderlich ist.¹⁴⁶⁶

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass die Tragweite des Begriffs „berechtigte Interessen“ im KUG weiter reicht als im ZGB RF. Da ein umfassendes allgemeines Persönlichkeitsrecht im russischen Recht fehlt, können nur die „Rechte und berechtigten Interessen“ gemeinsam gegenüber den herausgebildeten Fallgruppen der berechtigten Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG ein angemessenes Äquivalent darstellen.

Somit könnte Art. 152.1 ZGB RF um den Punkt ergänzt werden, dass sich die Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nrn. 1-3 ZGB RF nicht auf die Veröffentlichung und Nutzung des Bildes des Bürgers erstrecken, durch die die Rechte und berechtigten Interessen des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt werden.

¹⁴⁶³ Vgl. *Varul* in: *Voprosy teorii ochranjaemych zakonom interesov*, S. 23.

¹⁴⁶⁴ *Čečot*, *Subjektivnoe pravo i formy ego zaščity*, S. 38 f.

¹⁴⁶⁵ *Malein*, *Pravonarušenie: ponjatie, pričiny, otvetstvennost'*, S. 62 f.

¹⁴⁶⁶ *Nochrina*, *Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi*, S. 188 f.

E. Der Schutz des Rechts am eigenen Bild

I. Deutschland

Die Verletzung des Rechts am eigenen Bild hat sowohl zivilrechtliche als auch strafrechtliche Folgen. Unter den zivilrechtlichen sind der Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch, der Auskunftsanspruch, der Anspruch auf materiellen Schadensersatz, der Bereicherungsanspruch sowie der Anspruch auf Geldentschädigung für immaterielle Schäden zu verstehen, die ihre Grundlage im BGB haben. Die allgemeinen deliktsrechtlichen Bestimmungen finden für das Recht am eigenen Bild Anwendung, weil es als eine spezielle Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ein sonstiges Recht i. S. v. § 823 Abs. 1 BGB darstellt.¹⁴⁶⁷

Darüber hinaus normieren die §§ 37 ff. KUG spezielle zivilrechtliche Sanktionen für die Verletzung des Rechts am eigenen Bild, nämlich die Vernichtung oder Übernahme der widerrechtlich verbreiteten oder öffentlich zur Schau gestellten Bildnisse und der zu deren Vervielfältigung ausschließlich bestimmten Vorrichtungen. Der Antrag auf Vernichtung ist laut § 50 KUG so lange zulässig, wie solche Bildnisse oder Vorrichtungen vorhanden sind. Für sonstige zivilrechtliche Ansprüche gelten die allgemeinen Verjährungsregeln in §§ 194 ff. BGB.¹⁴⁶⁸

Die strafrechtlichen Konsequenzen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild sind in § 33 KUG sowie in § 201a StGB geregelt. Besonders zu behandeln ist der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild.

Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der Haftung gemäß DS-GVO, wenn ihre Vorschriften hinsichtlich des Umgangs mit den Foto- und Videoaufnahmen zur Anwendung kommen. Die DS-GVO sieht neben den Ansprüchen des Betroffenen hohe Geldbußen durch die Aufsichtsbehörden vor.¹⁴⁶⁹ Die Abweichungen und Ausnahmen vom Kapitel VIII „Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen“ sind nach Art. 85 Abs. 2 DS-GVO nicht erlaubt. *Pauly* meint, dass die Normen dieses Kapitels als sekundäre Vorschriften im Rahmen der Öffnungsklausel nur in reduzierter Weise anwendbar seien.¹⁴⁷⁰ *Lauber-Rönsberg* geht ein Schritt weiter und behauptet, dass diese nur bei Verletzungen der DS-GVO sowie nach Erwägungsgrund 146 Satz 5 DS-GVO der die Verordnung präzisierenden mitgliedstaatlichen Regelungen zur Geltung kommen, darum seien die Ansprüche bei den Eingriffen in das Recht

¹⁴⁶⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 2.

¹⁴⁶⁸ Ebd.

¹⁴⁶⁹ *Ziebarth/Elsaß*, ZUM 2018, 578 (578); *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373, Fn. 9.

¹⁴⁷⁰ *Pauly* in: Paal/Pauly, DS-GVO, Art. 85, Rn. 11; vgl. *Nettesheim*, AfP 2019, 473 (477 und 480).

am eigenen Bild und allgemeines Persönlichkeitsrecht ausschließlich aus dem nationalen Recht abzuleiten.¹⁴⁷¹ Bisher gibt es keine einschlägige Entscheidung des EuGH, die auf diese Frage antworten würde.¹⁴⁷²

1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

a) Der Beseitigungsanspruch

aa) Der Beseitigungsanspruch nach den Normen des BGB und anderer Gesetze

Der Beseitigungsanspruch richtet sich auf die Beseitigung der Störungsfolgen der Rechtsverletzung, die nach der Beendigung der Handlung immer noch bestehen.¹⁴⁷³ Die rechtliche Grundlage dazu bieten § 1004 Abs. 1 Satz 1 BGB und § 97 Abs. 1 Satz 1 UrhG, die analog anzuwenden sind.¹⁴⁷⁴ Das Verschulden des Verletzers ist keine Voraussetzung.¹⁴⁷⁵

In erster Linie geht es beim Beseitigungsanspruch um das Entfernen von Plakaten, das Überkleben oder Schwärzen der verletzenden Darstellung auf den Vervielfältigungsstücken¹⁴⁷⁶ oder eine berichtigende Bildnispublikation.¹⁴⁷⁷ Als Beseitigung kann auch die Urteilsveröffentlichung gelten.¹⁴⁷⁸ Nach den Landespresse- und sonstigen Mediengesetzen steht dem Abgebildeten überdies ein Anspruch auf eine Gegendarstellung zu,¹⁴⁷⁹ wenn in der bildlichen Darstellung eine unwahre Tatsachenbehauptung enthalten ist.¹⁴⁸⁰ Dies ist insbesondere bei einer Bildverwechslung,¹⁴⁸¹ bei einem falschen Bezug von Bild und Text¹⁴⁸²

¹⁴⁷¹ *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (378); *dies.*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551).

¹⁴⁷² *Lauber-Rönsberg*, AfP 2019, 373 (378); *dies.*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (551); offen gelassen z. B. von OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (138).

¹⁴⁷³ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 9; vgl. *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 4.

¹⁴⁷⁴ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 4; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 5, 9; LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (175).

¹⁴⁷⁵ *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 87; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 4; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 9.

¹⁴⁷⁶ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 9; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 4; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 216 f.

¹⁴⁷⁷ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 216; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 924.

¹⁴⁷⁸ Vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.3; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 216; *D Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10.

¹⁴⁷⁹ *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 25.

¹⁴⁸⁰ Vgl. OLG Karlsruhe, Urteil vom 11.11.2005, ZUM-RD 2006, 74; LG München I, Urteil vom 07.05.2003, ZUM-RD 2003, 489; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 12.

¹⁴⁸¹ OLG Koblenz, Urteil vom 20.12.1996, NJW 1997, 1375; *Fricke* in: *Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 25; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 12; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 224 f.

¹⁴⁸² OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 – „Telefon-Sex-Foto“.

oder bei der Wiedergabe eines unzutreffenden Bildinhalts infolge einer nicht erkennbaren Fotomontage der Fall.¹⁴⁸³ Üblicherweise erfolgt die Gegendarstellung in Textform und nur ausnahmsweise durch die Veröffentlichung eines korrigierten Fotos.¹⁴⁸⁴

Im Falle der rechtswidrigen Anfertigung von Bildnissen und einer drohenden¹⁴⁸⁵ Bildnisveröffentlichung steht dem Betroffenen der Herausgabeanspruch als Folgenbeseitigungsanspruch aus § 1004 BGB zur Verfügung.¹⁴⁸⁶ Alternativ kann sich der Rechtsinhaber auf §§ 37 ff. KUG analog berufen.¹⁴⁸⁷ Ein Verschulden ist auch hier nicht erforderlich.¹⁴⁸⁸

bb) Der Beseitigungsanspruch nach den Normen des KUG

Nach § 37 Abs. 1 Satz 2 KUG unterliegen die widerrechtlich verbreiteten oder öffentlich zur Schau gestellten Bildnisse und die zu deren Vervielfältigung ausschließlich bestimmten Vorrichtungen der Vernichtung. Der Verletzte kann laut § 38 KUG die zu vernichtenden Bildnisse und Vorrichtungen gegen eine angemessene, höchstens dem Betrage der Herstellungskosten gleichkommende Vergütung¹⁴⁸⁹ übernehmen.¹⁴⁹⁰

Der Anspruch ist gemäß § 37 Abs. 3 KUG verschuldensunabhängig¹⁴⁹¹ und setzt keine Wiederholungsgefahr voraus.¹⁴⁹² Er gilt als ein besonderer Beseitigungsanspruch, wenn die

¹⁴⁸³ LG München I, Urteil vom 07.05.2003, AfP 2003, 373; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 25; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 12.

¹⁴⁸⁴ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 25; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 12; *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 209; a. A. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 224 f. – Dem Abgebildeten stehe ständig die Wahlmöglichkeit zu; über die Gegendarstellung auf der Titelseite s. *Eggert*, AfP 1998, 169.

¹⁴⁸⁵ OLG Stuttgart, Urteil vom 30.01.1987, NJW-RR 1987, 1434; OLG München, Urteil vom 31.03.1995, AfP 1995, 658.

¹⁴⁸⁶ OLG Stuttgart, Urteil vom 30.01.1987, NJW-RR 1987, 1434; OLG München, Urteil vom 31.03.1995, AfP 1995, 658; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 926; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 38; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.3.

¹⁴⁸⁷ OLG München, Urteil vom 31.03.1995, AfP 1995, 658 (661); LG Oldenburg, Urteil vom 21.04.1988, GRUR 1988, 694 – „Grillfest“; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 84 f.; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10.

¹⁴⁸⁸ BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 – „Familie Schölermann“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10.

¹⁴⁸⁹ *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 223 – Die Vergütungspflicht entfällt, falls der Täter vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt habe, weil sie in diesen Fällen nicht angemessen sei.

¹⁴⁹⁰ OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 (537) – Zweck des Herausgabeanspruchs sei hier nicht die Korrektur unrechtmäßiger Eigentums- oder Besitzverhältnisse, sondern die Sicherstellung, dass eine weitere Verbreitung der Abbildung unterbleibt; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 222.

¹⁴⁹¹ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 37; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 223.

¹⁴⁹² BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 (140) – „Familie Schölermann“; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 925; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 37; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 223 f. – Der Anspruch sei auch bei der drohenden Erstverletzung zu bejahen.

Bildnisse als solche rechtswidrig sind, und als Sicherung des Unterlassungsanspruchs, wenn erst die nachfolgende Veröffentlichung oder Zurschaustellung der Fotos rechtswidrig ist.¹⁴⁹³

Können die Bildnisse oder die Vorrichtungen in anderer Weise als durch Vernichtung unschädlich gemacht werden, etwa durch Unkenntlichmachung,¹⁴⁹⁴ so hat dies nach § 37 Abs. 4 Satz 2 KUG zu geschehen. Der Eigentümer soll die Kosten übernehmen. Unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit kommen Vernichtung und Übernahme von Originalen und Negativen nur dann in Betracht, wenn die Herstellung der Bildnisse rechtswidrig war und ihre Verwendung in jedem Fall zeitlich unbegrenzt unzulässig ist.¹⁴⁹⁵

Nach § 37 Abs. 2 KUG unterliegen dem Vernichtungsanspruch nur Gegenstände, die sich im Eigentum des an der Verletzung Beteiligten befinden.¹⁴⁹⁶ Da es für die Vernichtung nach § 37 Abs. 4 Satz 1 KUG eine entsprechende rechtskräftige Verurteilung bedarf,¹⁴⁹⁷ kann im einstweiligen Verfügungsverfahren die Herausgabe der betroffenen Bildnisse und Vorrichtungen an den Gerichtsvollzieher als Sequester verlangt werden.¹⁴⁹⁸

b) Der Unterlassungsanspruch

Der Unterlassungsanspruch wegen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild stützt sich auf § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB sowie § 97 Abs. 1 Satz 1 UrhG in analoger Anwendung.¹⁴⁹⁹

Die Geltendmachung des Anspruchs dient der Verhinderung der Rechtsverletzungen in der Zukunft und setzt eine Erstbegehungs-¹⁵⁰⁰ oder Wiederholungsgefahr¹⁵⁰¹ voraus. Genauso wie für den Beseitigungsanspruch ist für den Unterlassungsanspruch kein Verschulden

¹⁴⁹³ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 8, 10; s. z. B. OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.10.1998, NJW-RR 1999, 1699 (1701).

¹⁴⁹⁴ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 37; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10.

¹⁴⁹⁵ OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 (537); *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.4; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 84 f.

¹⁴⁹⁶ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10.

¹⁴⁹⁷ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 37.

¹⁴⁹⁸ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 37; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 10; s. z. B. OLG Celle, Urteil vom 08.08.1984, AfP 1984, 236 f.

¹⁴⁹⁹ *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 5; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 5, 6.

¹⁵⁰⁰ OLG München, Urteil vom 30.11.2016, BeckRS 2016, 20493; LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (176); LG München I, Urteil vom 10.07.1996, AfP 1997, 559 – Nachweisbare Absicht der Ausstrahlung eines Filmes.

¹⁵⁰¹ BGH, Urteil vom 17.11.1960, GRUR 1961, 138 (140) – „Familie Schölermann“; BGH, Urteil vom 18.03.1959, GRUR 1959, 430 – Caterina Valente“; OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.2005, ZUM 2006, 226; OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.09.1969, GRUR 1970, 618 – „Schleppjagd“.

erforderlich.¹⁵⁰² Die drohende Erstbegehung der Veröffentlichung oder der öffentlichen Schaustellung des Bildnisses ist beispielsweise zu vermuten, wenn das Bildnis von einem professionellen Fotograf angefertigt wurde und seine weitere Nutzung rechtswidrig wäre.¹⁵⁰³ Die Wiederholungsfahr besteht grundsätzlich bei bereits erfolgter Verletzung,¹⁵⁰⁴ es sei denn, der Verletzer stirbt, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung unterschreibt¹⁵⁰⁵ oder die Bildberichterstattung wegen der Veränderung tatsächlicher Umstände rechtlich zulässig geworden ist.¹⁵⁰⁶

Inhaltlich kann sich die Unterlassung nach Ansicht des BGH¹⁵⁰⁷ nur auf konkrete und nicht „kerngleiche“ Bildnisse beziehen, da eine unzulässige Veröffentlichung der Bildnisse in Zukunft in einem anderen Kontext zulässig sein kann. Dies ist bei Bildnissen, die noch nicht bekannt sind, unmöglich. Somit wurde die im Wettbewerbsrecht entwickelte Kerntheorie, nach der sowohl identische als auch kerngleiche Verletzungsarten vom Unterlassungsanspruch umfasst sind,¹⁵⁰⁸ auf das Recht am eigenen Bild nicht übertragen.¹⁵⁰⁹

An dieser Betrachtung des BGH wird in der Literatur Kritik geübt.¹⁵¹⁰ So ist *Lettl* der Meinung, dass ein effektiver Schutz des Persönlichkeitsrechts des Abgebildeten nur zu verwirklichen sei, wenn sich der Unterlassungsanspruch auf ein bestimmtes Bild oder im Kern gleichartige Bilder im Zusammenhang mit einem bestimmten oder im Kern gleichartigen Kontext erstrecke.¹⁵¹¹ Einige Anhaltspunkte dafür gibt der BGH selbst, wenn er darauf hinweist, dass es „lebensfremd“ sei, eine Unterlassungsverpflichtung so auszulegen, dass sie

¹⁵⁰² BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 (557) – „*Mephisto*“; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 5; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 8.

¹⁵⁰³ Vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 12.10.1999, AfP 2000, 188; KG, Urteil vom 30.11.1999, NJW 2000, 2210; OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.10.1998, NJW-RR 1999, 1699 (1701) – „Wachkomapatient“; LG München I, Urteil vom 10.07.1996, AfP 1997, 559; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 6 a; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 23.

¹⁵⁰⁴ BGH, Urteil vom 27.01.1998, NJW 1998, 1391 (1392); LG Hamburg, Urteil vom 11.01.2008, AfP 2008, 100 (103); LG Hamburg, Urteil vom 26.12.1993, AfP 1994, 64 (66); LG Köln, Urteil vom 05.06.1991, AfP 1991, 757 (758); AG Bonn, Urteil vom 28.01.2014, BeckRS 2014, 06752; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 6; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 24; *Stender-Vorwachs*, NJW 2010, 1414 (1416); *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 895.

¹⁵⁰⁵ LG Düsseldorf, Urteil vom 29.08.2001, AfP 2002, 64 (66); LG Essen, Urteil vom 10.07.2014, BeckRS 2014, 17008; LG Berlin, Urteil vom 30.05.2013, ZUM-RD 2014, 105 (107); vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 6.

¹⁵⁰⁶ BGH, Urteil vom 18.06.2019, NJW 2020, 45 (48).

¹⁵⁰⁷ BGH, Urteil vom 13.11.2007, NJW 2008, 1593; zutreffend *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 24; so auch OLG Karlsruhe, Urteil vom 08.10.2014, BeckRS 2015, 03159, II Nr. 35; LG Köln, Urteil vom 05.07.2017, BeckRS 2017, 117300, Rn. 54.

¹⁵⁰⁸ *Stender-Vorwachs*, NJW 2010, 1414 (1417).

¹⁵⁰⁹ BGH, Urteil vom 13.11.2007, NJW 2008, 1593; OLG Hamburg, Urteil vom 25.06.1996, AfP 1997, 535 - Bejaht bezüglich einer Serie von Fotos; vgl. *Neben*, AfP 2006, 533 ff.; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 6 b.

¹⁵¹⁰ *Lettl*, NJW 2008, 2160; vgl. *Wanckel*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 13.11.2007 (NJW 2008, 1593), NJW 2008, 1594 f.; *Stender-Vorwachs*, NJW 2010, 1414.

¹⁵¹¹ *Lettl*, NJW 2008, 2160 (2162); *ders.*, Urheberrecht, § 12, Rn. 75.

sich nur auf eine erneute Veröffentlichung des Fotos mit identischem Gesamtkontext beziehe.¹⁵¹²

c) Der Geldentschädigungsanspruch

aa) Die rechtliche Grundlage

Beim Eingriff in das Recht am eigenen Bild als einen Ausschnitt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gewährt die deutsche Rechtsprechung die Geldentschädigung für erlittene Unbill.

Laut der grundlegenden Norm des deutschen Rechts zur Bestimmung immateriellen Schadensersatzes in § 253 Abs. 1 BGB kann Entschädigung in Geld wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden. Dementsprechend hat der BGH als Anspruchsgrundlage zunächst die §§ 847 a. F., 823 Abs. 1 und 2 BGB i. V. m. §§ 22, 23 Abs. 2 KUG sowie die Art. 1 und 2 GG analog herangezogen¹⁵¹³ und in der unbefugten Bildnutzung in einer Werbung eine Freiheitsberaubung "im Geistigen" angesehen.

Eine solche Analogie wurde jedoch unbefriedigend, weil sie nicht für jede Persönlichkeitsrechtsverletzung einschlägig war.¹⁵¹⁴ Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die unter dem Einfluss der Wertentscheidung des Grundgesetzes erfolgte Ausbildung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts lückenhaft und unzureichend wäre, wenn seine Verletzung keine einer ideellen Beeinträchtigung adäquate Sanktion auslösen würde,¹⁵¹⁵ wird der Anspruch auf Geldentschädigung heute vom BGH¹⁵¹⁶ sowie BVerfG¹⁵¹⁷ als ein eigenständiger Rechtsbehelf verstanden, der auf den Schutzauftrag aus Art. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. § 823 Abs. 1 BGB zurückgeht.¹⁵¹⁸ Der Gesetzgeber folgt dieser Einschätzung¹⁵¹⁹ und hat bei der Reform des Schuldrechts im Jahr 2002 ausdrücklich von einer Aufnahme des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in § 253 Abs. 2 BGB abgesehen.¹⁵²⁰

¹⁵¹² BGH, Urteil vom 23.06.2009, NJW 2009, 2823 (2824).

¹⁵¹³ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 21; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 6.

¹⁵¹⁴ Ausführlicher dazu s. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 353 ff.

¹⁵¹⁵ BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (106) – „Wunderwurzel“; vgl. BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 (903).

¹⁵¹⁶ BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 – „Wunderwurzel“; BGH, Urteil vom 08.12.1964, NJW 1965, 685; BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) – „Caroline von Monaco“.

¹⁵¹⁷ BVerfG, Beschluss vom 14.02.1973, NJW 1973, 1221 – „Soraya“.

¹⁵¹⁸ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (216); vgl. BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (213) – „Hochzeitsbild“.

¹⁵¹⁹ *Palandt*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 253 Rn. 10.

¹⁵²⁰ *Spindler* in: Bamberger (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, § 253, Rn. 24; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 21.

Da es wegen der Eigenart dieses Rechts als ein Rahmenrecht an einem absoluten Schutzbereich fehlt,¹⁵²¹ wird allein durch den Eingriff noch nicht dessen Rechtswidrigkeit indiziert.¹⁵²² Das Vorliegen eines rechtswidrigen und schuldhaften Eingriffs in das allgemeine Persönlichkeitsrecht lässt sich nur in einer Abwägung mit konkurrierenden absoluten Rechten Dritter, etwa der Presse, feststellen.¹⁵²³ Demgemäß entzieht sich meist die Geldentschädigung einer schematischen Beurteilung, etwa nach „Geldentschädigungstabellen“,¹⁵²⁴ wie es beim Schmerzensgeld für körperliche Verletzungen der Fall ist.¹⁵²⁵ Es ist hervorzuheben, dass das Schmerzensgeld und die Geldentschädigung für die Verletzungen des Persönlichkeitsrechts voneinander zu unterscheiden sind,¹⁵²⁶ obgleich in der Literatur immer wieder vom Schmerzensgeld in Zusammenhang mit dem Persönlichkeitsschutz diskutiert wird.¹⁵²⁷

Bezüglich des Rechts am eigenen Bild als besonderes Persönlichkeitsrecht ist der Geldentschädigungsanspruch auf § 823 Abs. 1 und 2 BGB i. V. m. §§ 22 und 23 Abs. 2 KUG sowie Art. 1 und 2 Abs. 1 GG zu stützen.¹⁵²⁸

bb) Die Funktionen der Geldentschädigung

Der Geldentschädigungsanspruch soll dem Geschädigten einen angemessenen Ausgleich für die immateriellen Schäden bieten und zugleich dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten Genugtuung schuldet.¹⁵²⁹ Heutzutage ist das Geld die Grundlage, von der aus höhere Interessen erstrebt werden können, so dass es tatsächlich einen gewissen Ausgleich für die Verletzung ideeller Interessen zu bieten vermag.¹⁵³⁰ Allerdings fällt bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen die Bewertung des immateriellen Schadens am Maßstab des

¹⁵²¹ BGH, Urteil vom 26.10.2006, NJW 2007, 689 (690).

¹⁵²² Müller in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 12.

¹⁵²³ Müller in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 12.

¹⁵²⁴ Vgl. Wachs, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, S. 11, Fn. 43.

¹⁵²⁵ Müller in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 6; vgl. BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (107) – „Wunderwurzel“.

¹⁵²⁶ S. dazu Müller in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51; Ady, Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen.

¹⁵²⁷ Spindler in: Bamberger (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, § 253, Rn. 17 ff.; Hacks/Ring/Böhm, Schmerzensgeld-Beträge, S. 13 f.

¹⁵²⁸ Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 29.

¹⁵²⁹ BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 – „Fernsehansagerin“; Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 31.

¹⁵³⁰ Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 351.

Geldes sehr schwer.¹⁵³¹ Darum rückt die Genugtuungsfunktion anders als beim Schmerzensgeld in Vordergrund.¹⁵³²

Einige Rechtswissenschaftler sehen in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Genugtuung in der strafrechtlichen Sanktion.¹⁵³³ Der BGH betont dagegen, dass die Zubilligung einer Geldentschädigung wegen einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung ihre Wurzel im Verfassungs- und Zivilrecht habe.¹⁵³⁴ Daneben kann der Genugtuungsgedanke nicht die Grundlage für übersteigerte Geldforderungen bilden, die nicht im Rahmen des zivilrechtlichen Prinzips des Schadensausgleichs liegen, das dem Schmerzensgeld auch bei Berücksichtigung des Genugtuungsbedürfnisses zukommt.¹⁵³⁵ Schließlich richtet sich eine Strafe gegen den Täter, sie will Sühne sein und abschrecken, die Geldentschädigung dagegen will dem Verletzten etwas zuwenden und das gekränkte Rechtsgefühl des Betroffenen besänftigen.¹⁵³⁶

Die Prävention¹⁵³⁷ ist als eine zusätzliche Funktion der Geldentschädigung seit der BGH-Entscheidung vom 15.11.1994¹⁵³⁸ anerkannt. Die Begründung dieser Entscheidung sah vor, dass die Betroffene im Falle einer vorsätzlichen Persönlichkeitsrechtsverletzung zur Gewinnerzielung ohne fühlbare Geldentschädigung einer rücksichtslosen Zwangskommerzialisierung ihrer Persönlichkeit weitgehend schutzlos ausgeliefert wäre.¹⁵³⁹ Es geht dabei nicht um eine Gewinnabschöpfung, da hierfür andere Möglichkeiten zur Verfügung

¹⁵³¹ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 741.

¹⁵³² BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (106 f.) – „Wunderwurzel“; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) - „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374); BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (216); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 30; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 21.

¹⁵³³ *Wachs*, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, S. 47; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 742; *Prinz*, NJW 1996, 953 (954); *Deutsch*, JuS 1969, S. 202 ff.; vgl. auch hinsichtlich der Präventivfunktion der Geldentschädigung *Gounalakis*, AfP 1998, S. 11 ff.; *Seitz*, NJW 1996, 2848; a. A. *Stürner*, AfP 1998, S. 8 ff.; für detaillierte Darstellung hierzu wird auf *Böttcher*, AcP 158 (1959/60), 385 ff. verwiesen.

¹⁵³⁴ BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215; s. a. BVerfG, Beschluss vom 14.02.1973, NJW 1973, 1221 (1226) - Der Ausspruch auf Ersatz des immateriellen Schadens sei - mögen ihm auch „pönale Elemente“ nicht ganz fremd sein - keine Strafe i. S. v. Art. 103 Abs. 3 GG; so auch OLG München, Urteil vom 25.02.2014, NJOZ 2015, 651 (655); *Steffen*, NJW 1997, 10 (11, 13).

¹⁵³⁵ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 (497 f.) – „Wie uns die anderen sehen“.

¹⁵³⁶ *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 356; vgl. *Palandt*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 253 Rn. 124.

¹⁵³⁷ Ob dabei die Spezial- oder Generalprävention gemeint ist, bleibt ungeklärt. Für spezialpräventive Wirkung s. z. B. BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (216); für Generalprävention s. *Gounalakis*, AfP 1998, S. 10 ff.; vgl. *Steffen*, NJW 1997, 10 (13); *Seitz*, NJW 1996, 2848 (2850); für beide s. *Wachs*, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, S. 218; *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 4.

¹⁵³⁸ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; s. a. BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374 f.); *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 494; *Ady*, Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen, S. 111.

¹⁵³⁹ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374).

stehen, etwa Bereicherungsanspruch gemäß §§ 812 ff. BGB,¹⁵⁴⁰ wohl aber darum, dass die Erzielung von Gewinnen aus der Rechtsverletzung als Bemessungsfaktor in die Entscheidung über die Höhe der Geldentschädigung einzubeziehen ist.¹⁵⁴¹ Von der Höhe der Geldentschädigung muss ein echter Hemmungseffekt für eine Vermarktung der Persönlichkeit ausgehen.¹⁵⁴²

In der Literatur bezweifelt man, dass ein echter Hemmungseffekt ohne Gewinnabschöpfung erreichbar ist.¹⁵⁴³ So besteht nach *Wagners* Ansicht für den Verletzer kein Anreiz, eine vertragliche Einigung mit dem potentiellen Opfer anzustreben, solange der Geldersatz sowohl hinter dem Marktpreis für die Bildnutzung als auch hinter dem erzielten Gewinn zurückbleibt.¹⁵⁴⁴ Auch *Prinz* vertritt die Position, dass ohne Gewinnabschöpfung unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Medienunternehmen eine Verletzung immer noch lohnend sei und keine Prävention erfolge.¹⁵⁴⁵ Er schlägt vor, die zu berechnende Entschädigung am Nettoeinkommen des Verletzers zu orientieren und ein Tagessatzsystem anzuwenden.¹⁵⁴⁶

Gounalakis zeigt sich in diesem Zusammenhang skeptisch.¹⁵⁴⁷ Er sieht das Problem, dass die Geldentschädigungssummen sodann extrem hoch sein müssten und die bislang unter Berücksichtigung des Präventionsgedankens ausgeurteilten Summen¹⁵⁴⁸ dazu nicht ausreichen würden.¹⁵⁴⁹ Dies ist aber nach seiner Ansicht auch nicht gewollt, da der Schutz des Persönlichkeitsrechts vor Eingriffen der Medien nicht die konstitutive Bedeutung der

¹⁵⁴⁰ Vgl. *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 21, 31; *Wachs*, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, S. 221; *Steffen*, NJW 1997, 10 (14) – Es gehe bei der Geldentschädigung nicht um Vermögensausgleich; *Gounalakis*, AfP 1998, S. 19 – Die persönliche Kränkung des Verletzten könne durch die Gewinnabschöpfung nicht ausgeglichen werden.

¹⁵⁴¹ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374 f.); *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 10 – Ob die Präventionsfunktion konstitutiv für den Anspruch auf Geldentschädigung sei oder nur einen Bemessungsfaktor darstelle, dürfte nur ein Streit um Worte sein; vgl. *Peifer*, GRUR 2002, 495 (495).

¹⁵⁴² BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374 f.); BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (218); s. a. BVerfG, Beschluss vom 08.03.2000, NJW 2000, 2187 (2188); LG Hamburg, Urteil vom 20.07.2001, ZUM 2002, 68 (70).

¹⁵⁴³ S. z. B. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 59; *Beuthien*, NJW 2003, 1220 (1221 f.).

¹⁵⁴⁴ *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (720).

¹⁵⁴⁵ *Prinz*, NJW 1996, 953 (955 ff.).

¹⁵⁴⁶ Ebd., S. 953.

¹⁵⁴⁷ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 11.

¹⁵⁴⁸ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 16 – Solche Summen seien gegenüber Körperverletzungen ohnehin unverhältnismäßig hoch; zur Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Entschädigungssummen bei Persönlichkeitsrechts- und Körperverletzungen s. BVerfG, Beschluss vom 08.03.2000, NJW 2000, 2187 – „Schmerzengeldbemessung bei Schockschäden und Persönlichkeitsrechtsverletzungen“.

¹⁵⁴⁹ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 11; s. a. *Steffen*, NJW 1997, 10 (10) – Die Gewinnabschöpfung könne zu Entschädigungen in Millionenhöhe führen.

Pressefreiheit für das demokratische Gemeinwesen in den Hintergrund verdrängen darf.¹⁵⁵⁰ Hohe Summen werden sich kontraproduktiv auf den Prozess der Meinungsbildung auswirken, weil sie im Zweifel von einer Kommunikation eher abhalten, als sie fördern.¹⁵⁵¹

Diese Argumentation ist überzeugend. Die Berücksichtigung der Gewinnerzielung als Bemessungsfaktor bei der Geldentschädigung ohne Gewinnabschöpfung steht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Übereinstimmung. Die zugesprochene Summe darf keine existenzgefährdenden Dimensionen annehmen und die Pressefreiheit unverhältnismäßig einschränken.¹⁵⁵²

cc) Die Voraussetzungen der Geldentschädigung

Der Anspruch auf Geldentschädigung steht dem Geschädigten nach der ständigen Rechtsprechung des BGH nur dann zu, wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend ausgeglichen werden kann.¹⁵⁵³

Da das Persönlichkeitsrecht nach seiner Grundkonstruktion ein Abwehrrecht ist, das die Person gegen Beeinträchtigungen von außen schützen soll, kommen bei seiner Verletzung zunächst die negatorischen Ansprüche wie Unterlassung, Widerruf und Richtigstellung in Betracht.¹⁵⁵⁴ Erfolgen sie unverzüglich und ordnungsgemäß, können sie einer Geldentschädigung entgegenstehen,¹⁵⁵⁵ es sei denn, dass sie erst durch mehrere Instanzen erkämpft werden müssen.¹⁵⁵⁶ Können diese Rechtsmittel die Beeinträchtigung nicht

¹⁵⁵⁰ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 11, unter Hinweis auf BGH, Urteil vom 15.01.1958, NJW 1958, 257.

¹⁵⁵¹ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 16.

¹⁵⁵² BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (218); BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) - „Caroline von Monaco“; vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 30.07.2009, NJW-RR 2010, 624; LG Köln, Urteil vom 05.07.2017, BeckRS 2017, 117300, Rn. 15; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 34; *Steffen*, NJW 1997, 10 (12).

¹⁵⁵³ BGH, Urteil vom 24.05.2016, GRUR-RS 2016, 11843; BGH, Urteil vom 21.04.2015, ZUM-RD 2015, 504 (508); BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374); BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) - „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617 (1619); BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (699 f.); BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 - „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 (903); BGH, Urteil vom 05.01.1962, NJW, 1962, 1004 (1005) - „Doppelmörder“; BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (107) - „Wunderwurzel“; s. a. OLG Karlsruhe, Urteil vom 07.04.2006, ZUM 2006, 571 (571); OLG Celle, Urteil vom 20.04.2000, NJW-RR 2001, 335 (335); OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.1988, NJW 1989, 401 (402); AG Hamburg, Urteil vom 24.01.1989, GRUR 1990, 149 (150); LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (175); *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 5.

¹⁵⁵⁴ *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 11.

¹⁵⁵⁵ Ebd., Rn. 25.

¹⁵⁵⁶ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) - „Caroline von Monaco“; vgl. BGH, Urteil vom 30.1.1979, NJW 1979, 1041 - Der Betroffene müsse sich grundsätzlich selbst um eine anderweitige Ausgleichsmöglichkeit bemühen.

hinreichend ausgleichen, kann das Opfer einen finanziellen Entschädigungsanspruch erheben.¹⁵⁵⁷ Dies zeigt den subsidiären Charakter dieses Anspruchs.¹⁵⁵⁸

Allerdings kommt bei der unbefugten Bildnisveröffentlichung ein Widerruf oder eine Richtigstellung regelmäßig nicht in Frage,¹⁵⁵⁹ etwa bei unzutreffender medialer Bildberichterstattung über das Intimleben einer Person, weil sie keine Abwehr ermöglichen, sondern den unerfreulichen Schein des Betroffenen noch verstärken können.¹⁵⁶⁰ Der Unterlassungsanspruch richtet sich nach Sinn und Funktion gegen zukünftige Beeinträchtigungen¹⁵⁶¹ und wird überdies vielfach nicht respektiert.¹⁵⁶² Im Ergebnis ist bei der Frage nach dem Ersatz immaterieller Einbußen im Einzelfall zumeist allein auf die Schwere des Eingriffs abzustellen.¹⁵⁶³ Deshalb werden daran geringere Anforderungen gestellt als in anderen Fällen einer Persönlichkeitsrechtsverletzung.¹⁵⁶⁴ Andernfalls würde das Persönlichkeitsrecht gegen erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausreichend geschützt.¹⁵⁶⁵ Müsste andererseits auch bei einer geringfügigen Überschreitung der Grenze immaterieller Schadensersatz gezahlt werden, dann bestünde die Gefahr, dass unbedeutende seelische Beeinträchtigungen in unangemessener Weise als Verdienstquelle ausgenutzt würden.¹⁵⁶⁶

Die deutschen Gerichte betonen, dass es im Rahmen der Frage, ob eine schwerwiegende Persönlichkeitsrechtsverletzung vorliegt, nicht auf die persönliche Empfindlichkeit des Betroffenen ankommt, weil sich jeder im Hinblick darauf subjektiv als besonders betroffen darstellt; Daher muss die Rechtsverletzung objektiv betrachtet schwerwiegend sein.¹⁵⁶⁷ Unter dem Aspekt der Genugtuungsfunktion sei allerdings zu beachten, welche Bedeutung der

¹⁵⁵⁷ BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374); BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) - „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617 (1619); BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (699); BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 (903); BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (107) – „Wunderwurzeln“; OLG Dresden, Urteil vom 06.01.2020, GRUR-RS 2020, 4868.

¹⁵⁵⁸ Ullmann, AfP 1999, 209 (213); Beuter, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 24 ff.; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 30; Steffen, NJW 1997, 10 (10).

¹⁵⁵⁹ BGH, Urteil vom 12.12.1995, NJW 1996, 985 – „Wiederholungsveröffentlichung“; OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 (539 ff.) – „Telefon-Sex-Foto“; LG Frankfurt, Urteil vom 07.02.2008, AfP 2008, 318; vgl. BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 22; Gounalakis, AfP 1998, S. 22.

¹⁵⁶⁰ Vgl. Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 746.

¹⁵⁶¹ BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (699).

¹⁵⁶² Müller in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 17; vgl. Gounalakis, AfP 1998, S. 23 ff.; s. a. OLG Hamburg, Urteil vom 26.05.1994, AfP 1995, 504 (505).

¹⁵⁶³ Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 22.

¹⁵⁶⁴ BGH, Urteil vom 12.12.1995, NJW 1996, 985 – „Wiederholungsveröffentlichung“; LG Frankfurt, Urteil vom 07.02.2008, AfP 2008, 318.

¹⁵⁶⁵ BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (699).

¹⁵⁶⁶ BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (107) – „Wunderwurzeln“; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617 (1619); LG Saarbrücken, Urteil vom 19.05.2000, NJW-RR 2000, 1571 (1572).

¹⁵⁶⁷ AG Hamburg, Urteil vom 09.10.2007, AfP 2008, 105 (105).

Geschädigte selbst der Persönlichkeitsrechtsverletzung für seine Person beimesse und ob er sich überhaupt beeinträchtigt fühle.¹⁵⁶⁸

Ob das Gewicht der Rechtsverletzung die Zahlung einer Geldentschädigung erfordert, hängt insbesondere von der Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, ferner von Anlass und Beweggrund des Handelnden sowie vom Grad seines Verschuldens ab, wobei alle Umstände des Einzelfalls zu würdigen sind.¹⁵⁶⁹

• *Bedeutung und Tragweite des Eingriffs*

Eine schwere Persönlichkeitsverletzung liegt regelmäßig vor, wenn durch eine Bildberichterstattung die Intimsphäre¹⁵⁷⁰ ggf. Privatsphäre¹⁵⁷¹ des Betroffenen tangiert wird und dieser sich nicht bewusst der Öffentlichkeit preisgegeben hat.¹⁵⁷²

Die Einsetzung des Bildnisses einer Person ohne deren Einverständnis zu Werbezwecken löst stets Entschädigungsansprüche aus.¹⁵⁷³ Insbesondere wenn der Abgebildete durch die Verbindung zu einem konkreten Produkt in ein herabsetzendes Licht gestellt wird.¹⁵⁷⁴ Ebenso ist die Zahlung einer Geldentschädigung zu bejahen, wenn der Abgebildete mit Ereignissen in Verbindung gebracht wird, mit denen er überhaupt nichts zu tun hatte und die geeignet sind, den Ruf des Betroffenen zu beeinträchtigen.¹⁵⁷⁵

¹⁵⁶⁸ BGH, Urteil vom 30.1.1979, NJW 1979, 1041.

¹⁵⁶⁹ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (864) - „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (700); BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 - „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 07.01.1969, GRUR 1969, 301 (302) - „Spielgefährtin II“; OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.08.1989, GRUR 1989, 823 (824) - „Unfallfoto“; OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.1988, NJW 1989, 401 (402); OLG Celle, Urteil vom 20.04.2000, NJW-RR 2001, 335 (337); OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 (540) - „Telefon-Sex-Foto“; AG Hamburg, Urteil vom 24.01.1989, GRUR 1990, 149 (150); LG Frankfurt, Urteil vom 07.02.2008, AfP 2008, 318; LG München I, Urteil vom 02.10.2013, ZUM-RD 2014, 172 (181); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 220; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 - 50, Rn. 23.

¹⁵⁷⁰ BGH, Urteil vom 22.01.1985, NJW 1985, 1617; OLG Frankfurt, Urteil vom 11.09.1986, GRUR 1987, 195; OLG Karlsruhe, Urteil vom 23.04.1993, NJW-RR 1994, 95 - Unerlaubte Veröffentlichung des Bildes der Patientin bei der Brustvergrößerungsoperation; OLG Oldenburg, Urteil vom 14.11.1988, NJW 1989, 400 - Die unerlaubte Veröffentlichung des Bildnisses „Oben ohne“; LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (603) - „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; LG Hamburg, Urteil vom 20.07.2001, ZUM 2002, 68 (70); LG Saarbrücken, Urteil vom 19.05.2000, NJW-RR 2000, 1571 - Die unzulässige Fotoveröffentlichung einer während einer Theaterprobe aufgenommenen Nacktszene in den Zeitungen.

¹⁵⁷¹ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 - „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 08.12.1964, NJW 1965, 685 - Die Verbreitung eines erdichteten Interview über private Angelegenheiten; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374); BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698.

¹⁵⁷² OLG Köln, Urteil vom 23.03.1982, AfP 1982, 181 (182); OLG Hamburg, Urteil vom 30.05.1991, ZUM 1991, 550; vgl. LG München I, Urteil vom 02.10.2013, ZUM-RD 2014, 172 (181).

¹⁵⁷³ BGH, Urteil vom 26.1.1971, NJW 1971, 698; BGH, Urteil vom 8.5.1956, NJW 1956, 1554; vgl. *Steffen*, NJW 1997, 10 (11).

¹⁵⁷⁴ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 - „Herrenreiter“; BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698; verneint von OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.1988, NJW 1989, 401; vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 - 50, Rn. 24.

¹⁵⁷⁵ BGH Urteil vom 05.01.1962, GRUR 1962, 324 - „Doppelmörder“; OLG Koblenz, Urteil vom 20.12.1996, NJW 1997, 1375; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 - 50, Rn. 24; *Müller* in:

Auch die Verbreitungsdichte der Falschmitteilung sowie die Nachhaltigkeit und Fortdauer der Interessen- und Rufschädigung des Verletzten sind zu berücksichtigen.¹⁵⁷⁶ Bild und Begleittext sind dabei zusammen zu würdigen.¹⁵⁷⁷

Verneint werden kann die Schwere der Rechtsverletzung bei negativer oder unerlaubter, inhaltlich jedoch zutreffender Bildberichterstattung.¹⁵⁷⁸ Eine Entschädigung kommt auch dann nicht in Frage, wenn die Befassung mit dem Betroffenen im Rahmen einer Satire erfolgt.¹⁵⁷⁹ Schmähkritik ist eine schwere Persönlichkeitsverletzung, wenn sie ein besonderes Maß an Rücksichtslosigkeit erreicht.¹⁵⁸⁰ Ein Mitverschulden des Betroffenen kann zur Versagung oder Ermäßigung einer Kompensation führen.¹⁵⁸¹

• *Anlass und Beweggrund*

Anlass und Beweggrund des Handelns des Schädigers spielen insbesondere dann eine große Rolle, wenn es nicht um Befriedigung eines schutzwürdigen Informationsbedürfnisses, sondern um kommerzielle Ausbeutung eines fremden Persönlichkeitsrechts zwecks der Auflagensteigerung einer Zeitschrift oder anderer gewerblicher Interessen geht.¹⁵⁸²

Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 15; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 749.

¹⁵⁷⁶ BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 – „Caroline von Monaco“; vgl. BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (214) – „Hochzeitsbild“; BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 (540) – „Telefon-Sex-Foto“; LG Frankfurt, Urteil vom 07.02.2008, AfP 2008, 318 (319); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 23; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (363).

¹⁵⁷⁷ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 – „Hochzeitsbild“; BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; BGH, Urteil vom 07.01.1969, GRUR 1969, 301 (302) – „Spielgefährtin II“; OLG Frankfurt, Urteil vom 11.09.1986, GRUR 1987, 195.

¹⁵⁷⁸ BGH, Urteil vom 07.01.1969, GRUR 1969, 301 (302) – „Spielgefährtin II“; OLG Celle, Urteil vom 20.04.2000, NJW-RR 2001, 335 (337); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 25.

¹⁵⁷⁹ BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139.

¹⁵⁸⁰ BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 – Unzulässige Äußerung, die Fernsehansagerin sehe wie eine „ausgemolkene Ziege“ aus und bei ihrem Anblick werde den Zuschauern „die Milch sauer“; vgl. OLG München, Urteil vom 03.02.1975, NJW 1975, 1129.

¹⁵⁸¹ BGH, Urteil vom 07.01.1969, GRUR 1969, 301 – „Spielgefährtin II“; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (151); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 220; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 31; *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 20; *Deutsch*, JuS 1969, S. 201; *Steffen*, NJW 1997, 10 (11); *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 204 f.; a. A. *Wachs*, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, S. 228 f. - Eine Minderung der Entschädigungshöhe wegen eines irgendwie gearteten „Mitverschuldens“ sei bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen abzulehnen.

¹⁵⁸² BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698 (701); BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 – „Wunderwurzel“; BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 – „Caroline von Monaco“.

• *Grad des Verschuldens des Schädigers*

Eine schwere Schuld des Schädigers rechtfertigt die Zubilligung der Genugtuung dem Betroffenen für die erlittene Unbill.¹⁵⁸³ Es ist aber nicht erforderlich, dass der Schädiger vorsätzlich oder grob fahrlässig¹⁵⁸⁴ handelt. Der Anspruch auf Geldentschädigung setzt voraus, dass gegen die publizistische Sorgfalt verstoßen wurde.¹⁵⁸⁵

dd) Die Bemessung der Geldentschädigung

Die Festsetzung der Höhe der Geldentschädigung ist im Wesentlichen dem Beurteilungsermessen des Tatrichters überlassen.¹⁵⁸⁶ Einheitliche Kriterien dazu existieren bisher nicht,¹⁵⁸⁷ so dass grundsätzlich alle in Betracht kommenden Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen sind.¹⁵⁸⁸ Maßgeblich ist, dass die Gesichtspunkte, die zur Beurteilung des Vermögensschadens gehören, bei der Bemessung der Geldentschädigung keinen Einfluss ausüben dürfen.¹⁵⁸⁹

Dabei sind die Kriterien, die der Entschädigungsanspruch für sein Bestehen voraussetzt, auch bei der Bemessung der Geldentschädigung maßgeblich, und zwar die Intensität der Persönlichkeitsrechtsverletzung, also die Bedeutung und Tragweite des Eingriffs,¹⁵⁹⁰ wobei die Art und der Umfang der Verbreitung ausschlaggebend sind,¹⁵⁹¹ Anlass und Beweggrund des Handelnden und der Grad seines Verschuldens.¹⁵⁹² Weiter spielen die Solvenz des Täters eine

¹⁵⁸³ BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 (107) – „Wunderwurzel“; BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 (904); OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 – „Telefon-Sex-Foto“.

¹⁵⁸⁴ S. z. B. BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698; OLG Koblenz, Urteil vom 20.12.1996, NJW 1997, 1375.

¹⁵⁸⁵ BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 – „Hochzeitsbild“; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; OLG Nürnberg, Urteil vom 26.10.1971, GRUR 1973, 40 (41); *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 755, 841.

¹⁵⁸⁶ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 33.

¹⁵⁸⁷ *Prinz*, NJW 1996, 953 (954).

¹⁵⁸⁸ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 33; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 34; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26.

¹⁵⁸⁹ *Steffen*, NJW 1997, 10 (11); *Deutsch*, JuS 1969, S. 198; *Böttcher*, AcP 158 (1959/60), S. 402; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 116.

¹⁵⁹⁰ BGH, Urteil vom 05.10.2004, NJW 2005, 215 (218); BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374 f.); BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26; *Steffen*, NJW 1997, 10 (11).

¹⁵⁹¹ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 – „Wunderwurzel“; BGH, Urteil vom 05.03.1963, NJW 1963, 902 – „Fernsehansagerin“; BGH, Urteil vom 26.01.1971, NJW 1971, 698; OLG Frankfurt, Urteil vom 11.09.1986, GRUR 1987, 195; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (149 f.) – eine Veröffentlichung in einer regionalen Zeitschrift; *Prinz*, NJW 1996, 953 (954 f.); *Götting* in: Schrickel/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 35; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26; *Steffen*, NJW 1997, 10 (11).

¹⁵⁹² BGH, Urteil vom 07.01.1969, GRUR 1969, 301 (302) – „Spielgefährtin II“; *Götting* in: Schrickel/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 36.

Rolle,¹⁵⁹³ was aber nicht zu einer völligen Befreiung von der Leistungspflicht führen darf,¹⁵⁹⁴ die Person und Solvenz des Opfers¹⁵⁹⁵ sowie sein Mitverschulden.

In den Fällen rücksichtsloser Kommerzialisierung der Persönlichkeit ist die Gewinnerzielungsabsicht des Schädigers, wie bereits gesagt, als Bemessungsfaktor in die Entscheidung über die Höhe der Geldentschädigung einzubeziehen.¹⁵⁹⁶

Die Gerichte orientieren sich dabei an der in der Klage angegebenen Untergrenze.¹⁵⁹⁷ Da für ein Geldentschädigungsbedürfnis eine hohe Schwelle gesetzt wird, ist *Steffen* zuzustimmen, dass die Zuerkennung einer Entschädigung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen unterhalb einer 1.000 €-Schwelle¹⁵⁹⁸ einer besonderen Begründung bedarf.¹⁵⁹⁹ In den letzten Jahren wird die Summe in Höhe von 2.500 € als eine Mindestuntergrenze angesehen.¹⁶⁰⁰

Die von den Gerichten zugesprochenen Summen haben sich lange Zeit zwischen ca. 1.500 und 2.500 € bewegt¹⁶⁰¹ und erreichten nur in seltenen Fällen besonders hartnäckiger Verletzung, etwa bei Bildnisveröffentlichungen zur Ausstattung von Berichten mit sexuellem Einschlag,¹⁶⁰² 5.000 € oder mehr.¹⁶⁰³ Die Obergrenze der Beträge für

¹⁵⁹³ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1969 f.); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33; *Prinz*, NJW 1996, 953 (955); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 34; *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 204.

¹⁵⁹⁴ *Prinz*, NJW 1996, 953 (955).

¹⁵⁹⁵ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 (1969 f.); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 34; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26; *Prinz*, NJW 1996, 953 (954); *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 33; *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 204.

¹⁵⁹⁶ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 (865) – „Caroline von Monaco“; BGH, Urteil vom 05.12.1995, GRUR 1996, 373 (374 f.); BVerfG, Beschluss vom 08.03.2000, NJW 2000, 2187 (2188).

¹⁵⁹⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 27; vgl. OLG München, Beschluss vom 05.03.1986, NJW 1986, 3089.

¹⁵⁹⁸ Anschaulichkeitshalber werden die in den Deutschen Mark (im Folgenden DM) genannten Summen in Euro dargestellt, wobei es von einer groben Schätzung 1 € = 2 DM ausgegangen wird, s. dazu Verordnung (EG) Nr. 2866/98 des Rates vom 31.12.1998, ABl. EG Nr. L 359, S. 1, vom 31.12.1998 - Der unwiderruflich festgelegte Umrechnungskurs beträgt: 1 € = 1,95583 DM.

¹⁵⁹⁹ *Steffen*, NJW 1997, 10 (11).

¹⁶⁰⁰ OLG Dresden, Urteil vom 06.01.2020, GRUR-RS 2020, 4868; OLG Dresden, Urteil vom 30.01.2018, NJW-RR 2018, 946; *Sajuntz*, NJW 2020, 583 (589); s. dazu *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33; vgl. *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 918 – Eine Untergrenze liege an 4.000 DM (2.000 €); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 34 – 3.000 €.

¹⁶⁰¹ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26; s. z. B. OLG Hamburg, Urteil vom 21.05.1981, AfP 1982, 41; OLG Frankfurt, Urteil vom 26.05.1976, AfP 1976, 181 – „Verbrechensopfer“; OLG Oldenburg, Urteil vom 14.11.1988, NJW 1989, 400 – „Oben-Ohne-Foto“ – 4.000 DM (2.000 €).

¹⁶⁰² *Steffen*, NJW 1997, 10 (12).

¹⁶⁰³ Vgl. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26.

Persönlichkeitsverletzungen betrug bis zum Jahr 1994, wenn die Präventivfunktion des Geldentschädigungsanspruchs anerkannt wurde,¹⁶⁰⁴ 20.000 €. ¹⁶⁰⁵

Die danach zugesprochenen Beträge haben sich in Einzelfällen, die durch eine außergewöhnliche Eingriffsintensität oder Hartnäckigkeit der Verletzungshandlung gekennzeichnet sind,¹⁶⁰⁶ auf 50.000 € und mehr erhöht.¹⁶⁰⁷ In anderen Fällen liegen die ausgeteilten Summen niedriger.¹⁶⁰⁸ In der Entscheidung des OLG Hamburg vom 25.07.1996 hinsichtlich der „Zwangskommerzialisierung“ der Persönlichkeit von der Prinzessin *Caroline von Monaco*¹⁶⁰⁹ wurde zwar 180.000 DM (90.000 €) zugesprochen. Dies ist jedoch die Summe für drei Bildberichterstattungen, so dass die Geldentschädigung je Rechtsverletzung mindestens bei der Summe in Höhe von 60.000 DM (30.000 €) liegen darf.¹⁶¹⁰

d) Der Schadensersatzanspruch

Die Rechtsgrundlagen für den Schadensersatzanspruch bei der Verletzung des Rechts am eigenen Bild sind § 823 Abs. 1 und § 823 Abs. 2 i. V. m. §§ 22, 23 Abs. 2 KUG.¹⁶¹¹ Da bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen die Naturalrestitution¹⁶¹² regelmäßig versagt, kommt nur ein Anspruch auf eine Entschädigung in Geld in Frage.¹⁶¹³

¹⁶⁰⁴ BGH, Urteil vom 15.11.1994, NJW 1995, 861 - „Caroline von Monaco“.

¹⁶⁰⁵ *Steffen*, NJW 1997, 10 (12); vgl. *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1892); *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 37.

¹⁶⁰⁶ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 32; vgl. *Gounalakis*, AfP 1998, S. 25 – Die Anwendung vom Präventionsbonus sei nur auf absolute Ausnahmefälle einzuschränken.

¹⁶⁰⁷ Für detaillierte Darstellung der zugesprochenen Summen wird auf *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 26 und *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 35 verwiesen.

¹⁶⁰⁸ S. z. B. OLG Koblenz, Urteil vom 20.12.1996, NJW 1997, 1375 – 20.000 DM (10.000 €); LG Darmstadt, Urteil vom 04.09.2019, ZUM-RD 2020, 72 (73) – 5.000 €; LG Saarbrücken, Urteil vom 19.05.2000, NJW-RR 2000, 1571 – 5.000 DM (2.500 €); LG Berlin, Urteil vom 11.06.2015, NJW 2016, 1966 – 5.000 €.

¹⁶⁰⁹ OLG Hamburg, Urteil vom 25.07.1996, NJW 1996, 2870; vgl. OLG Hamburg, Urteil vom 30.07.2009, NJW-RR 2010, 624 – 400.000 € für 86 Falschberichte über eine Prominente, also grob geschätzt ungefähr 4.651 € pro Rechtsverletzung.

¹⁶¹⁰ Vgl. LG Köln, Urteil vom 05.07.2017, BeckRS 2017, 117300 – 30.000 € für eine bebilderte Titelgeschichte, 220.000 € pauschal für 11 Bildberichterstattungen in 5 auflagenstärken Zeitschriften.

¹⁶¹¹ BGH, Urteil vom 10.11.1961, GRUR 1962, 211 (211) – „Hochzeitsbild“; vgl. LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 10; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 16; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 50, 218 f.; *Temuulen*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, S. 158 ff.

¹⁶¹² Ausführlicher zur Naturalrestitution s. *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 17; vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 349 f.

¹⁶¹³ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 86.

Zwar setzt der Anspruch ein Verschulden des Schädigers voraus,¹⁶¹⁴ doch stellt die Rechtsprechung daran geringe Anforderungen.¹⁶¹⁵ So ist bei Presseveröffentlichungen die Missachtung der im Verkehr erforderlichen publizistischen Sorgfalt als Fahrlässigkeit zu werten.¹⁶¹⁶ Die Prüfungspflicht hinsichtlich der Befugnis zur Bildnisverwertung ist nicht schon dadurch erfüllt, dass man das Foto von einem professionellen Fotografen oder einer Presseagentur erwirbt.¹⁶¹⁷

Die Berechnung des Schadens kann in Anlehnung an § 97 UrhG auf dreifache Weise erfolgen.¹⁶¹⁸ Der Betroffene kann Ersatz des tatsächlich entstandenen Schadens unter Einschluss des entgangenen Gewinns, eine angemessene Lizenzgebühr oder Herausgabe des durch den Eingriff erzielten Gewinns verlangen.¹⁶¹⁹

Der Vorteil der dreifachen Schadensberechnung liegt in der Möglichkeit der Auswahl der verschiedenen Berechnungsmethoden.¹⁶²⁰ Allerdings scheitert die konkrete Schadensberechnung meist an der schwierigen Beweisbarkeit der Kausalität zwischen der Verletzung und dem entgangenen Gewinn.¹⁶²¹ Der Anspruch auf Erlösherausgabe stellt nicht auf einen hypothetischen entgangenen Gewinn, sondern auf einen wirklich erzielten Gewinn ab.¹⁶²² Allerdings spielt er in der Praxis eine geringe Rolle, weil es ebenso schwer nachweisbar ist, inwieweit der erzielte Gewinn auf der Rechtsverletzung beruht,¹⁶²³ insbesondere wenn eine solche Verletzung nicht in einer Titelgeschichte stattfindet.¹⁶²⁴ Darüber hinaus versagt dieser

¹⁶¹⁴ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 10; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 16; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.9; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 218.

¹⁶¹⁵ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 16.

¹⁶¹⁶ Vgl. OLG München, Urteil vom 03.02.1975, NJW 1975, 1129 (1130); LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (604) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; LG Köln, Urteil vom 10.06.1977, AfP 1978, 149 (150 f.); *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 905; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 130.

¹⁶¹⁷ BGH, Urteil vom 15.01.1965, GRUR 1965, 495 – „Wie uns die anderen sehen“; BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 (557) – „Talkmaster - Foto“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 16; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 134; a. A. LG Frankfurt, Urteil vom 24.07.2003, ZUM 2003, 974; kritisch dazu *Marwitz*, Anmerkung zu diesem Urteil, ZUM 2003, 976 f.

¹⁶¹⁸ OLG München, Urteil vom 31.03.1995, NJW-RR 1996, 93; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 10; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 18; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 28; vgl. *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (360 ff.); ausführlicher zur Methode der dreifachen Schadensberechnung s. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 95 ff.

¹⁶¹⁹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (717) – „Der blaue Engel“; OLG München, Urteil vom 31.03.1995, NJW-RR 1996, 93; LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (606) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 10.

¹⁶²⁰ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 99.

¹⁶²¹ Ebd., S. 88.

¹⁶²² Ebd.

¹⁶²³ *Götting*, GRUR 2004, 801 (803).

¹⁶²⁴ *Prinz*, NJW 1996, 953 (956); so auch *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 124.

Anspruch, wenn eine Publikation mit persönlichkeitsverletzendem Inhalt Verluste gebracht hat.¹⁶²⁵

In der Praxis ist die fiktive Lizenzgebühr, die vom wirtschaftlichen Erfolg der Verletzungshandlung unabhängig ist,¹⁶²⁶ üblich geworden.¹⁶²⁷ Es ist darauf abzustellen, welches Entgelt vernünftige Vertragspartner unter Berücksichtigung aller Umstände als angemessenes Honorar für die entsprechende Bildverwertung ausgehandelt hätten.¹⁶²⁸ Insbesondere kommt es auf den Bekanntheitsgrad des Abgebildeten, die Auflagenhöhe, die Art, Größe und Gestaltung der Verwertung sowie die Werbewirkung an.¹⁶²⁹

e) Der Bereicherungsanspruch

Bei einer Verletzung des Rechts am eigenen Bild kann ein Bereicherungsanspruch nach den Grundsätzen der Eingriffskondiktion gemäß §§ 812 ff. BGB in Betracht kommen.¹⁶³⁰ Die Voraussetzung dafür ist, dass der Schuldner durch den Eingriff etwas rechtsgrundlos erlangt hat,¹⁶³¹ wobei es nicht darauf ankommt, ob beim Abgebildeten zugleich eine „Entreicherung“ eingetreten ist.¹⁶³² Das Verschulden des Eingreifenden ist, im Unterschied zum Schadensersatzanspruch, nicht erforderlich.¹⁶³³

¹⁶²⁵ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 124; vgl. *Gounalakis*, AfP 1998, S. 19; *Prinz*, NJW 1996, 953 (955 f.) – Für die Abschöpfung eines verminderten Verlustes.

¹⁶²⁶ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 125.

¹⁶²⁷ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 - „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 - „Talkmaster - Foto“; *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 119; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 18.

¹⁶²⁸ BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 (558) - „Talkmaster - Foto“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 18; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.11; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 88.

¹⁶²⁹ OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.11.1988, NJW 1989, 401; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.11; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 18.

¹⁶³⁰ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 26; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 13.

¹⁶³¹ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (430) – „Paul Dahlke“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 13; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 217; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 26.

¹⁶³² BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 (430) – „Paul Dahlke“; vgl. OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 – „Telefon-Sex-Foto“; LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585 (588); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 18; *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 50, 53; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Ullmann*, AfP 1999, 209 (212).

¹⁶³³ BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 - „Talkmaster - Foto“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 26; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 87.

Der Bereicherungsgegenstand ist die erlangte Nutzung des Bildnisses. Da diese nicht herausgegeben werden kann, ist nach § 818 Abs. 2 BGB der objektive wirtschaftliche Wertersatz zu leisten.¹⁶³⁴ Es geht dabei um eine hypothetische Lizenzgebühr, d. h. um das ersparte Honorar, das für die Erlaubnis des Verletzten zur Veröffentlichung seines Bildnisses zu entrichten gewesen wäre.¹⁶³⁵ Die Höhe einer solchen angemessenen Lizenzgebühr ist vom Gericht unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu ermitteln.¹⁶³⁶ Ähnlich wie beim Schadensersatzanspruch ist dabei auf die Bekanntheit des Betroffenen, Auflagenstärke und Verbreitungsgrad der publizierten Zeitschrift, Art und Gestaltung der Anzeige sowie die Werbewirkung der Bildveröffentlichung abzustellen.¹⁶³⁷ Ein „Strafzuschlag“ ist nicht zulässig.¹⁶³⁸

Ursprünglich hat der BGH im „Herrenreiter“-Urteil¹⁶³⁹ die in der „Paul Dahlke“-Entscheidung¹⁶⁴⁰ erst geschaffenen Voraussetzungen, unter denen die Zahlung einer fiktiven Lizenzgebühr für eine gesetzwidrige Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild anzunehmen ist, begrenzt.¹⁶⁴¹ Zum einen wurde verlangt, dass das Recht am eigenen Bild in objektiver Hinsicht vor dem Eingriff schon kommerzialisiert oder zumindest kommerzialisierbar war.¹⁶⁴² Zum anderen wurde eine vermögensrechtliche Haftung in subjektiver Hinsicht nur dann in Betracht gezogen, wenn der Abgebildete im konkreten Einzelfall auch bereit war, gegen Zahlung einer Lizenzgebühr in die entsprechende kommerzielle Nutzung seines Bildnisses einzuwilligen, d. h. einen Lizenzvertrag zu

¹⁶³⁴ BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139 - „Rücktritt des Finanzministers“; OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (139); OLG München, Urteil vom 09.03.1995, NJW-RR 1996, 539 (540) – „Telefon-Sex-Foto“; *Balthasar*, NJW 2007, 664 (664); *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (362).

¹⁶³⁵ BGH, Urteil vom 26.06.1979, GRUR 1979, 732 (734) – „Fußballtor“; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 217; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.9; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 14; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 26 f.

¹⁶³⁶ LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 87; für Beispiele hierzu wird auf *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 27 verwiesen.

¹⁶³⁷ BGH, Urteil vom 14.04.1992, GRUR 1992, 557 - „Talkmaster - Foto“; LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 27.

¹⁶³⁸ *Götting* in: Schriker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 26; a. A. *Wandtke*, GRUR 2000, 942 (950) – plädiert für eine Verdoppelung der Lizenzgebühr, die nach oben und unten verändert werden darf.

¹⁶³⁹ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; vgl. BGH, Urteil vom 19.09.1961, GRUR 1962, 105 – „Wunderwurzeln“.

¹⁶⁴⁰ BGH, Urteil vom 08.05.1956, GRUR 1956, 427 – „Paul Dahlke“.

¹⁶⁴¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 50 ff.; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (719); *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 71.

¹⁶⁴² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 51; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 72; beispielsweise wurde die Kommerzialisierbarkeit verneint von OLG Hamburg, Urteil vom 26.05.1994, AfP 1995, 504 (505).

schließen.¹⁶⁴³ Hätte der Betroffene bei der Beeinträchtigung seiner persönlichkeitsrechtlichen Befugnisse die Verwertung seines Bildnisses keineswegs zugelassen, so konnte von einem Anspruch auf Zahlung einer angemessenen Lizenzgebühr keine Rede sein, weil die Verletzung vermögenswerter Belange überhaupt nicht in Frage stand.¹⁶⁴⁴

Im Ergebnis wurden bei einer Verletzung des Rechts am eigenen Bild dem Betroffenen der verschuldensunabhängige Bereicherungsanspruch bzw. der Schadensersatzanspruch und der Anspruch auf Geldentschädigung für immaterielle Beeinträchtigung, nicht kumulativ, sondern alternativ zugesprochen.¹⁶⁴⁵ Diesen Grundsätzen folgten die deutschen Gerichte lange Zeit in ihrer ständigen Rechtsprechung.¹⁶⁴⁶

Sie wurde aber vom ganz überwiegenden Teil der Literatur kritisiert.¹⁶⁴⁷ Es wurde dabei betont, dass der Schutz gegen eine unbefugte Verwertung der Persönlichkeitsmerkmale jedem zustehen muss,¹⁶⁴⁸ obwohl nur professionelle Darsteller wie Fotomodelle und Prominente sich gewöhnlich gegen Entgelt abbilden lassen und somit ihr Recht am eigenen Bild zu vermarkten pflegen.¹⁶⁴⁹ Denn kein Rechtsgut besitzt wesensimmanent einen Vermögenswert; dieser vermögensrechtliche Zuweisungsgehalt¹⁶⁵⁰ wird ihm vom Marktmechanismus zugemessen.¹⁶⁵¹ Derjenige, der ein wirtschaftlich bisher nicht genutztes Persönlichkeitsmerkmal erstmals kommerzialisiert, verleiht ihm dadurch einen Marktwert.¹⁶⁵² Und er muss sich hieran festhalten lassen. Sonst könnte ihm ein widersprüchliches Verhalten vorgeworfen werden, wenn er das Recht zwar selbst wirtschaftlich verwertet, sich andererseits aber darauf beruft, es handle sich um ein ideelles Gut, weil der Rechtsinhaber selbst nicht in der Lage oder nicht bereit gewesen

¹⁶⁴³ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 (409) – „Herrenreiter“; vgl. OLG Frankfurt, Urteil vom 10.06.1965, NJW 1966, 254; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 71.

¹⁶⁴⁴ BGH, Urteil vom 14.02.1958, GRUR 1958, 408 – „Herrenreiter“; BGH, Urteil vom 26.06.1979, NJW 1979, 2205 (2205) – „Fußballtorwarts“; *Krüger*, GRUR 1980, 628 (629); vgl. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 71.

¹⁶⁴⁵ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 52; vgl. *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (361).

¹⁶⁴⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 51; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 71; *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (719).

¹⁶⁴⁷ *Böttcher*, AcP 158 (1959/60), S. 400 ff.; *Däubler*, JuS 1969, 49 (51 f.); *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 23; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 53 ff.; *Ullmann*, AfP 1999, 209; vgl. *Pietzko*, AfP 1988, 209 (221 f.).

¹⁶⁴⁸ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 79.

¹⁶⁴⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 51; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 23.

¹⁶⁵⁰ Näher zur Erörterung des Zuweisungsgehalts von Persönlichkeitsrechten s. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 152 ff.

¹⁶⁵¹ *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 22; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 54.

¹⁶⁵² *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 33, Rn. 17; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 76; vgl. OLG Köln, Urteil vom 10.10.2019, ZUM-RD 2020, 127 (139).

wäre, sein Bildnis wirtschaftlich zu verwerten.¹⁶⁵³ Dies spricht für die Annahme eines latenten wirtschaftlichen Gehalts des Persönlichkeitsrechts, das vom Verletzer „aktiviert“ und aber zugleich wieder dem Verletzten entzogen wird.¹⁶⁵⁴ Eine fiktive Lizenzgebühr stellt dabei nur eine Berechnungsmethode zur Feststellung des Nutzungswerts des Persönlichkeitsmerkmals dar.¹⁶⁵⁵ Bei Privatpersonen bestehen zwar zumeist keine Anhaltspunkte für ihre Bemessung, die sich auf schon früher entrichtete Summen für die Bildnisverwertung stützen könnte, ist ihre Höhe doch nach den für den Einsatz von Laien in der Werbung üblicherweise gezahlten Summen zu bestimmen.¹⁶⁵⁶

Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass im Falle einer unbefugten kommerziellen Bildnisnutzung ein Eingriff in die vermögensrechtliche Position des Rechtsinhabers in jedem Fall vorliegt, deshalb sind für den hierfür zu leistenden Ausgleich die hypothetischen Möglichkeiten und Vorstellungen des Verletzten ohne Belang.¹⁶⁵⁷ Hinzu kommt, dass der vom Betroffenen genehmigte „fiktive Lizenzvertrag“ wegen eines Gesetzesverstoß, etwa gegen §§ 134, 138 BGB, nichtig sein kann.¹⁶⁵⁸ Für die Zubilligung einer angemessenen Lizenzgebühr kann es somit nicht darauf ankommen, dass der Betroffene im gegebenen Fall bereit gewesen wäre, in die Verwertung seines Bildnisses einzuwilligen.¹⁶⁵⁹

Die vorgebrachten Argumente sind überzeugend. Tatsächlich können materielle und ideelle Interessen gleichzeitig beeinträchtigt werden,¹⁶⁶⁰ wie es beispielsweise bei einer werbemäßigen Ausnutzung des Bildnisses für ein anrühiges Produkt der Fall ist.¹⁶⁶¹ Die alternative Geltendmachung eines Bereicherungs- bzw. Schadensersatzanspruchs und des

¹⁶⁵³ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 53; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 74; vgl. *Bötticher*, AcP 158 (1959/60), S. 404.

¹⁶⁵⁴ *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 80; *Bötticher*, AcP 158 (1959/60), S. 407.

¹⁶⁵⁵ *Pietzko*, AfP 1988, 209 (220); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 55, 282.

¹⁶⁵⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 282; vgl. *Marwitz*, Anmerkung zu LG Frankfurt, Urteil vom 24.07.2003 (ZUM 2003, 974), ZUM 2003, 976 (977) – Die Höhe der Lizenzgebühr bemesse sich nach dem monatlichen Einkommen der Person.

¹⁶⁵⁷ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 55; *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 23; *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 80; vgl. *Wandtke*, GRUR 2000, 942 (949); *Pietzko*, AfP 1988, 209 (220).

¹⁶⁵⁸ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 56 f.; vgl. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 115, 168 ff.; s. a. BGH, Urteil vom 12.01.1966, GRUR 1966, 375 (377 f.).

¹⁶⁵⁹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 57; *Ullmann*, AfP 1999, 209 (213); *Bötticher*, AcP 158 (1959/60), S. 408 f.; vgl. *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 112; *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (360 f.); a. A. *Gounalakis*, AfP 1998, S. 19 - Wolle das Gericht die Verletzung trotz entgegenstehendem Willen entsprechend dem Marktwert valutieren, müsse es zwangsläufig selbst das informationelle Selbstbestimmungsrecht seines Trägers verletzen; vgl. *Steffen*, NJW 1997, 10 (13 f.).

¹⁶⁶⁰ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 282; *ders.* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 22; *Ullmann*, AfP 1999, 209 (213); *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (720); *Beuthin/Hieke*, AfP 2001, 353 (361); *Beuthien*, NJW 2003, 1220 (1222); *Beuter*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 81; vgl. *Dasch*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, S. 23.

¹⁶⁶¹ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 268.

Anspruchs auf Geldentschädigung ist deswegen zu verneinen. Dies umso mehr, da der Ersatz immaterieller Einbußen ausscheidet, wie bereits gesagt, wenn die Beeinträchtigung des Betroffenen auf andere Weise befriedigend ausgeglichen werden kann oder das Gericht die Eingriffsschwere der Beeinträchtigung verneint. Somit kann die Verletzungshandlung sanktionslos bleiben.¹⁶⁶² Es ist aber kein vernünftiger Grund ersichtlich, wieso der doppelt¹⁶⁶³ Geschädigte nur die erschwerten Anspruchsvoraussetzungen unterliegende ideelle Beeinträchtigung geltend machen können soll und nicht auch die vermögensrechtliche.¹⁶⁶⁴

Unter dem Eindruck der Kritik im Schrifttum hat der BGH 2006 seine frühere Rechtsprechung ausdrücklich aufgegeben.¹⁶⁶⁵ Nunmehr ist die grundsätzliche Verwertungsbereitschaft bzw. Verwertungsmöglichkeit des Betroffenen keine Voraussetzung des Anspruchs auf Zahlung einer angemessenen Lizenzgebühr - sei es unter dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung oder des Schadensersatzes.¹⁶⁶⁶ Und der Geldentschädigungsanspruch kann daneben geltend gemacht werden.¹⁶⁶⁷

f) Der Auskunftsanspruch

Der Auskunftsanspruch steht dem Abgebildeten nach § 242 BGB¹⁶⁶⁸ als Hilfsanspruch¹⁶⁶⁹ zu, wenn aufgrund der zu erteilenden Auskunft ein Hauptanspruch wie Bereicherungsausgleich,¹⁶⁷⁰ Schadensersatz,¹⁶⁷¹ Herausgabe oder Vernichtung der Abbildung gegenüber dem Verletzer in Betracht kommt.¹⁶⁷² Die Voraussetzung dazu ist, dass der

¹⁶⁶² Ullmann, AfP 1999, 209 (213); vgl. Däubler, JuS 1969, 49 (51).

¹⁶⁶³ Vgl. LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (603) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“.

¹⁶⁶⁴ Beuter, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, S. 74.

¹⁶⁶⁵ BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139 – „Rücktritt des Finanzministers“.

¹⁶⁶⁶ BGH, Urteil vom 26.10.2006, GRUR 2007, 139 – „Rücktritt des Finanzministers“; s. a. LG Hamburg, Urteil vom 27.10.2006, AfP 2006, 585 (588); LG Köln, Teilurteil vom 14.08.2013, BeckRS 2013, 15176, 2.

¹⁶⁶⁷ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 87; ders. in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 122.

¹⁶⁶⁸ LG Düsseldorf, Urteil vom 29.08.2001, AfP 2002, 64 (66); LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (605 ff.) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 29.

¹⁶⁶⁹ OLG Schleswig, Urteil vom 11.09.2014, GRUR-RR 2015, 1 (6); OLG Hamburg, Urteil vom 26.05.1994, AfP 1995, 504 (505); Götting in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 2.

¹⁶⁷⁰ LG Hamburg, Urteil vom 11.10.2013, ZUM 2014, 153 (155); LG München, Urteil vom 19.05.2005, ZUM 2006, 937 (941).

¹⁶⁷¹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (717) – „Der blaue Engel“; OLG München, Urteil vom 31.03.1995, AfP 1995, 658 (660 f.); Wagner, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718).

¹⁶⁷² OLG Hamburg, Urteil vom 26.05.1994, AfP 1995, 504 (505); OLG München, Urteil vom 31.03.1995, NJW-RR 1996, 93; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 39.

Berechtigte über den Umfang seiner Rechte schuldlos im Ungewissen ist, die Auskunft aber für die Rechtsverfolgung erforderlich ist und der Verpflichtete sie zumutbar erteilen kann.¹⁶⁷³

Der Umfang des Auskunftsanspruchs muss verhältnismäßig sein¹⁶⁷⁴ und nur das zur Bezifferung des Hauptanspruchs Erforderliche betreffen.¹⁶⁷⁵ Dementsprechend kommt regelmäßig eine Auskunft über Umfang der Verbreitung des Bildes, Verbreitungsdauer sowie über die dabei erzielten Erlöse in Frage.¹⁶⁷⁶

2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

Die strafrechtlichen Konsequenzen der vorsätzlichen und rechtswidrigen Verbreitung oder öffentlichen Zurschaustellung des Bildnisses sind in § 33 KUG geregelt, nämlich Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. Die Strafverfolgung wird gemäß § 33 Abs. 2 KUG nur auf Antrag vorgenommen und verjährt nach § 48 Abs. 1 KUG in drei Jahren. In der Praxis spielt diese Regelung eine geringere Rolle.¹⁶⁷⁷ *Gounalakis* sieht den Grund dafür weniger in der Enge des Tatbestandes als vielmehr in den Ausgleichsinteressen der Betroffenen, die die zivilrechtlichen Ansprüche bevorzugen.¹⁶⁷⁸

Andere Rechtswissenschaftler meinen, dass die Strafregelung des KUG „Strafbarkeitslücken“ aufweist, die mit der Strafvorschrift in § 201a StGB n. F. geschlossen werden sollen.¹⁶⁷⁹ Nach dieser Norm werden die unbefugte Herstellung und Übertragung, also Echtzeitübertragung mittels Webcams oder Spycams ohne eine dauerhafte Speicherung,¹⁶⁸⁰ von Bildnissen von einer anderen Person, die sich in einer Wohnung oder einem gegen Einblick besonders geschützten Raum befindet (§ 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB) sowie dieselben Handlungen hinsichtlich einer Bildaufnahme, die die Hilflosigkeit einer anderen Person zur Schau stellt (§ 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB), wenn dadurch der höchstpersönliche Lebensbereich des Abgebildeten verletzt wird, unter Strafe gestellt. Dasselbe gilt für eine Bildaufnahme, die in

¹⁶⁷³ LG Düsseldorf, Urteil vom 29.08.2001, AfP 2002, 64 (66); LG Duisburg, Urteil vom 17.10.2016, ZUM 2017, 171 (174); LG Berlin, Urteil vom 30.05.2013, ZUM-RD 2014, 105 (108); *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 29; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 39.

¹⁶⁷⁴ LG München, Urteil vom 11.09.2003, ZUM-RD 2003, 601 (605 ff.) – „Nacktaufnahme (angeblich) von Marlene Dietrich“.

¹⁶⁷⁵ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 39.

¹⁶⁷⁶ Vgl. BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 39.

¹⁶⁷⁷ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 3; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 9.19.

¹⁶⁷⁸ *Gounalakis*, AfP 1998, S. 23.

¹⁶⁷⁹ Vgl. *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Rn. 1.

¹⁶⁸⁰ *Kühl* in: Lackner/Kühl, Kommentar zum Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 5; *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 13; *Heuchemer* in: von Heintschel-Heinegg, BeckOK StGB § 201 a, Rn. 17.

grob anstößiger Weise eine verstorbene Person zur Schau stellt (§ 201a Abs. 1 Nr. 3 StGB). Strafbar macht sich auch, wer solche unbefugt hergestellte Abbildungen gebraucht, z. B. speichert, archiviert, kopiert¹⁶⁸¹ oder einer dritten Person zugänglich macht (§ 201a Abs. 1 Nr. 4 StGB), sowie wer befugt hergestellte Abbildungen bezeichneter Art wissentlich unbefugt einem Dritten zugänglich macht und in den Fällen nach § 201a Abs. 1 Nrn. 1 und 2 StGB dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich des Abgebildeten verletzt (§ 201a Abs. 1 Nr. 5 StGB).

Unter den Bildnissen sind dabei die wirklichkeitsgetreuen Bilder wie Foto- und Videoaufnahmen zu verstehen, nicht dagegen die Zeichnungen, Gemälde, Karikaturen usw.¹⁶⁸² Der Geltungsbereich der Vorschrift in § 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB ist ziemlich eng,¹⁶⁸³ und beschränkt sich räumlich auf die Bildnisse aus dem persönlichen Rückzugsbereich – einer Wohnung oder anderem gegen Einblick besonders geschütztem Raum,¹⁶⁸⁴ etwa Wohnwagen, Gäste- und Hotelzimmer, Toiletten, Umkleidekabinen, Duschen, Solarien oder ärztlichen Behandlungszimmer,¹⁶⁸⁵ und gegenständlich auf den „höchstpersönlichen Lebensbereich“ des Abgebildeten, unter dem seine Intimsphäre gemeint ist.¹⁶⁸⁶

Bei der später eingefügten Norm in § 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB kommt es nicht auf eine geschützte Räumlichkeit.¹⁶⁸⁷ Maßgebend ist, dass die Hilflosigkeit des Abgebildeten, etwa bei Gefahren für Leib oder Leben, die er selbst beispielsweise wegen der Gewalteinwirkung oder Drohung nicht abwehren kann, zur Schau gestellt wird.¹⁶⁸⁸ Eine hilflose Lage, etwa bei einer betrunkenen Person, muss dabei aus dem Bildinhalt erkennbar sein, sonst vom Tatrichter zum Ausdruck gebracht werden.¹⁶⁸⁹

¹⁶⁸¹ *Kühl* in: Lackner/Kühl, Kommentar zum Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 6; *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 28.

¹⁶⁸² *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 6.

¹⁶⁸³ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 9; *Cornelius*, ZRP 2014, 164 (166); vgl. *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 3.

¹⁶⁸⁴ Vgl. OLG Karlsruhe, Urteil vom 07.04.2006, ZUM 2006, 571 (571) – keine Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen, weil der Kläger weder in „seiner Wohnung“ noch in „einem gegen Einblick besonders geschützten Raum“, sondern in seiner hell erleuchteten Anwaltskanzlei hinter einem vorhanglosen Fenster fotografiert wurde.

¹⁶⁸⁵ Vgl. *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 15; *Sauren*, ZUM 2005, 425 (429); *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 9 f.; *Heuchemer* in: von Heintschel-Heinegg, BeckOK StGB § 201 a, Rn. 12.

¹⁶⁸⁶ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 9; *Schertz* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12, Rn. 15; vgl. *Sauren*, ZUM 2005, 425 (430); *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 3; *Heuchemer* in: von Heintschel-Heinegg, BeckOK StGB § 201 a, Rn. 14.

¹⁶⁸⁷ *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 19.

¹⁶⁸⁸ *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 20; BGH, Beschluss vom 25.04.2017, NJW 2017, 1891 (1892 f.).

¹⁶⁸⁹ BGH, Beschluss vom 25.04.2017, NJW 2017, 1891 (1893).

Darüber hinaus wird nach § 201a Abs. 2 StGB bestraft, wer unbefugt von einer anderen Person eine Bildaufnahme, die geeignet ist, dem Ansehen des Abgebildeten erheblich zu schaden, einer dritten Person zugänglich macht. Eine Abbildung von einer verstorbenen Person ist dabei gleich zu behandeln. Die Vorschrift richtet sich vor allem auf die Vorbeugung des sogenannten Cybermobbing über soziale Medien,¹⁶⁹⁰ das regelmäßig aus einem Rechtseingriff resultiert, der nach seinem Schweregrad der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs nah steht.¹⁶⁹¹ Die Eingriffe in diesen sensiblen Bereich werden gemäß § 374 Abs. 1 Nr. 2a Strafprozessordnung im Wege der Privatklage verfolgt.¹⁶⁹²

Zuletzt pönalisiert § 201a Abs. 3 StGB das Herstellen, Anbieten und Verschaffen einer Bildaufnahme, die die Nacktheit eines Minderjährigen unter achtzehn Jahren zum Gegenstand hat, in der Absicht, Geld zu verdienen. Bei der Nacktheit ist vor allem auf die bildliche Darstellung von unbedeckten Geschlechtsorganen oder Gesäß abzustellen.¹⁶⁹³

Die obigen Tathandlungen hinsichtlich der nach § 201a Abs. 1 Nr. 2 und 3 StGB hergestellten Bildnisse können gemäß § 201a Abs. 4 StGB bei Wahrnehmung überwiegender berechtigter Interessen der Kunst, Wissenschaft, Forschung, Lehre, bei der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte u. ä. gerechtfertigt werden.¹⁶⁹⁴

Die Selbstidentifizierung durch den Betroffenen reicht für die Erfüllung der Tatbestände,¹⁶⁹⁵ weil die Abbildung von Körperteilen davon erfasst wird, auch wenn sie zu keiner Identifizierbarkeit des Abgebildeten führt.¹⁶⁹⁶ *Götting* ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass § 201a StGB im Vorfeld zu § 33 KUG eingreift.¹⁶⁹⁷

Der Strafraum beträgt Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe. Die Bildträger, Bildaufnahmegeräte oder andere technische Mittel, die der Täter oder die Teilnehmer verwendet haben, können gemäß § 201a Abs. 5 StGB eingezogen werden.

Angesicht des strafrechtlichen Analogieverbots in Art. 103 Abs. 2 GG ist die strafrechtliche Ahndung von Verletzungen des Rechts am eigenen Bild auf die oben erörterten Handlungen einzuschränken.¹⁶⁹⁸

¹⁶⁹⁰ *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 37.

¹⁶⁹¹ *Ebd.*, Rn. 41.

¹⁶⁹² *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 56; *Busch*, NJW 2015, 977 (977 f.); a. A. *Heuchemer* in: von Heintschel-Heinegg, BeckOK StGB § 201 a, Rn. 30.

¹⁶⁹³ *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 47.

¹⁶⁹⁴ *Ebd.*, Rn. 31.

¹⁶⁹⁵ Vgl. BGH, Beschluss vom 26.02.2015, BeckRS 2015, 05002.

¹⁶⁹⁶ *Cornelius*, ZRP 2014, 164 (166); *Eisele* in: Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, § 201a, Rn. 7.

¹⁶⁹⁷ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG §§ 33 – 50, Hinweis zu § 33.

¹⁶⁹⁸ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG §§ 33 – 50, Rn. 4; vgl. *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 69.

3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild

a) Der postmortale Schutz nach KUG

Zwar ist das Recht am eigenen Bild als Persönlichkeitsrecht nicht vererblich,¹⁶⁹⁹ doch besteht nach § 22 Satz 3 KUG der Bildnisschutz bis zum Ablaufe von 10 Jahren nach dem Tod des Abgebildeten fort.¹⁷⁰⁰ Für die Fristberechnung gelten dabei die §§ 186 ff. BGB.¹⁷⁰¹ Laut § 22 Satz 4 KUG bedarf es für die Veröffentlichung des Bildnisses des Verstorbenen in diesem Zeitraum der Einwilligung seiner Angehörigen, also des überlebenden Ehegatten bzw. nach Lebenspartnerschaftsgesetz des eingetragenen Lebenspartners¹⁷⁰² und der Kinder, auch Adoptivkinder,¹⁷⁰³ oder, wenn weder ein Ehegatte oder Lebenspartner noch Kinder vorhanden sind, der Eltern des Abgebildeten.¹⁷⁰⁴ Geschwister zählen nach dem gesetzlichen Wortlaut und der herrschenden Meinung in der Literatur nicht zu den privilegierten Angehörigen.¹⁷⁰⁵

Ein Wahrnehmungsrecht ist den Angehörigen aufgrund ihrer persönlichen Bindung an den Verstorbenen als eine eigene Rechtsposition übertragen.¹⁷⁰⁶ Demgemäß ist für die Zustimmung zu einem Eingriff die Mitwirkung aller berechtigten lebenden Angehörigen erforderlich, umgekehrt ist aber jeder Angehörige allein unabhängig von den übrigen klagebefugt.¹⁷⁰⁷ Hat der Verstorbene die Wahrnehmung seiner Interessen für die Zeit nach seinem Tod einem Stellvertreter anvertraut, so hat dessen Einwilligung den Vorrang vor dem

¹⁶⁹⁹ Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 165; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 884.

¹⁷⁰⁰ Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 40 f.

¹⁷⁰¹ Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.30; Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 55; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 885; vgl. Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 63.

¹⁷⁰² Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 24; ders. in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 32; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28; Eglinski, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 42.

¹⁷⁰³ Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.103; vgl. Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 884.

¹⁷⁰⁴ Vgl. Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.32 - Ob es gerechtfertigt sei, die Eltern von der Wahrnehmungsbefugnis völlig auszuschließen, wenn eine Ehegatte und/oder eventuell minderjährige Kinder vorhanden sind, erscheine zweifelhaft.

¹⁷⁰⁵ Engels in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 65; a. A. Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 24 Fn. 88 - Es sei kein Grund erkennbar, die Geschwister nicht zu den Angehörigen zu zählen, insbesondere wenn es keine anderen Angehörigen gibt.

¹⁷⁰⁶ BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 (1051) – „Werbekampagne mit blauem Engel“; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; Schmidt-Osten, AfP 1976, 22 (22); vgl. Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 342.

¹⁷⁰⁷ Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; Götting in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 58; Hubmann, Das Persönlichkeitsrecht, S. 347; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 884; Schmidt-Osten, AfP 1976, 22 (22); Eglinski, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 42.

Willen der Angehörigen.¹⁷⁰⁸ Auch die zu Lebzeiten erklärte Einwilligung ist über den Tod hinaus wirksam und vorrangig vor dem Entscheidungsrecht der Angehörigen.¹⁷⁰⁹

Keine gesetzliche Regelung bietet das KUG hinsichtlich der vermögenswerten Bestandteile des Rechts am eigenen Bild.¹⁷¹⁰ Die Rechtsprechung hat aber anerkannt, dass sie als Ausschnitt der vermögenswerten Teile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach dem Tod des Abgebildeten auf dessen Erben übergehen¹⁷¹¹ und von diesen entsprechend dem ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen des Verstorbenen ausgeübt werden können.¹⁷¹² Dies ist geboten, so der BGH, um den Schutz gegenüber einer kommerziellen Nutzung von Bildnissen und sonstigen Persönlichkeitsmerkmalen des Verstorbenen durch Nichtberechtigte zu gewährleisten.¹⁷¹³ Die entsprechenden Befugnisse stehen den Erben des Verstorbenen jedenfalls zu, solange die ideellen Interessen noch geschützt sind,¹⁷¹⁴ d. h. bestimmt während der 10-jährigen Schutzdauer.¹⁷¹⁵

Das bedeutet, dass innerhalb dieser Frist die Erben als Inhaber der vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts und die Angehörigen hinsichtlich der ideellen Bestandteile¹⁷¹⁶ – abgesehen vom Geldentschädigungsanspruch – dieselben Ansprüche geltend machen können wie der lebende Rechtsinhaber.¹⁷¹⁷ In der Praxis sind die Angehörigen im Sinne des § 22 KUG regelmäßig auch die Erben.¹⁷¹⁸

¹⁷⁰⁸ OLG München, Urteil vom 30.05.2001, ZUM 2001, 708; *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 42 f.; vgl. *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 347 f.; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 59; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.103.

¹⁷⁰⁹ OLG München, Urteil vom 30.05.2001, ZUM 2001, 708; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 884; vgl. *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 165.

¹⁷¹⁰ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12.

¹⁷¹¹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 – „Werbekampagne mit blauem Engel“; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 4; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28; *Kastl*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, S. 241 f. Fn. 43; *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 62; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.102.

¹⁷¹² BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28; a. A. *Jung*, AfP 2005, 317 (320).

¹⁷¹³ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (713) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“.

¹⁷¹⁴ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

¹⁷¹⁵ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (716) – „Der blaue Engel“; so auch *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 28.

¹⁷¹⁶ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

¹⁷¹⁷ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10.

¹⁷¹⁸ Das Auseinanderfallen der Anspruchsberechtigten rufe in der Praxis Probleme der Verwertung hervor, s. *Jung*, AfP 2005, 317; vgl. *Müller*, GRUR 2003, 31 (33).

Der Anspruch auf Geldentschädigung stellt eine Ausnahme dar, weil er nicht übertragbar und nicht vererblich ist.¹⁷¹⁹ Die Zuerkennung einer Geldentschädigung gegenüber einem Angehörigen wäre mit der Funktion des Anspruchs auf immaterielle Entschädigung unvereinbar, wo der Gesichtspunkt der Genugtuung für das Opfer im Vordergrund steht; eine solche Genugtuung kann einem Toten nicht mehr verschafft werden.¹⁷²⁰ Der Verstorbene kann überdies keinen durch eine Geldzahlung auszugleichenden immateriellen Schaden erleiden, so dass ein Ausgleich für die erlittene Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts ebenso nicht in Betracht kommt.¹⁷²¹ Der Präventionsgedanke allein reicht dafür nicht.¹⁷²²

In diesem Zusammenhang hat das OLG München in seiner Entscheidung vom 09.08.2002¹⁷²³ erstmals und in Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung unter dem Gesichtspunkt der Prävention auf das dadurch entstandene Schutzdefizit hingewiesen und der Angehörigen einen Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des ideellen Teils des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Verstorbenen zuerkannt. Allerdings hat der BGH nachher betont, dass eine Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts grundsätzlich nicht zu einem Geldentschädigungsanspruch führt.¹⁷²⁴

Eine Geldentschädigung wegen der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der Angehörigen selbst wird nur im Ausnahmefall bei Vorliegen eines äußerst schwerwiegenden Eingriffs und einer unmittelbaren Betroffenheit der Angehörigen gewährt,¹⁷²⁵ wobei bloße

¹⁷¹⁹ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253 f.); BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (716) – „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 04.06.1974, GRUR 1974, 797 (800) – „Fiete Schulze“; BGH, Urteil vom 05.03.1974, GRUR 1974, 794 (795) – „Todesgift“; BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380 (381 f.); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; *Müller* in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 51, Rn. 28; *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 142 ff.

¹⁷²⁰ BGH, Urteil vom 04.06.1974, GRUR 1974, 797 (800) – „Fiete Schulze“; BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253); BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380 (381 f.); *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1894); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 348.

¹⁷²¹ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (254); *Götting*, NJW 2001, 585 (585); *ders.*, GRUR 2004, 801 (802).

¹⁷²² BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380 (381 f.).

¹⁷²³ OLG München, Urteil vom 09.08.2002, ZUM 2002, 744 – „Verletzung des postmortalen Würdeanspruchs von Marlene Dietrich“; s. dazu *Reber*, GRUR Int. 2007, 492 (495 f.).

¹⁷²⁴ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252; vgl. BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380; s. a. *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 64; *ders.*, GRUR 2004, 801 (802); vgl. *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 41.

¹⁷²⁵ BGH, Urteil vom 04.06.1974, GRUR 1974, 797 (800) – „Fiete Schulze“; BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (255); *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 41; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.4; *Hubmann*, JZ 1957, Nr. 17, 521 (528).

Reflexwirkungen infolge der persönlichen Verbundenheit zum Verstorbenen dafür nicht reichen.¹⁷²⁶

b) Der postmortale Schutz durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht

aa) Die ideellen Bestandteile des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts

Die vom KUG festgelegte Grenze von 10 Jahren ist für den Bildnisschutz nicht abschließend, weil das postmortale allgemeine Persönlichkeitsrecht bei der unbefugten Veröffentlichung eines Bildnisses eines Verstorbenen nach Ablauf dieser Frist zum tragen kommen kann.¹⁷²⁷ Dieser Schutz wird jedoch nur in Ausnahmefällen gravierender Verletzungen und in abgeschwächter Form gewährt.¹⁷²⁸

Da der Träger des Persönlichkeitsrechts nach Art. 2 Abs. 1 GG nur der lebende Mensch ist,¹⁷²⁹ weil dieses auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit gerichtet ist,¹⁷³⁰ erlischt es mit dem Tod des Rechtsträgers.¹⁷³¹ Dagegen wirkt die in Art. 1 Abs. 1 GG aller staatlichen Gewalt auferlegte Verpflichtung, dem einzelnen Schutz gegen Angriffe auf seine Menschenwürde zu gewähren, auch nach seinem Tod fort,¹⁷³² da andernfalls die Wertordnung des Grundgesetzes nicht ausreichend zur Geltung käme.¹⁷³³ Die Menschenwürde setzt keine Rechtssubjektivität voraus und überdauert somit die schutzwürdigen Werte der Persönlichkeit.¹⁷³⁴ Demnach darf

¹⁷²⁶ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (255); BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380 (382).

¹⁷²⁷ Schertz in: Götting/Schertz/Seitz (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 24; Götting, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 40; ders. in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 55; Helle, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; Prinz/Peters, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 782.

¹⁷²⁸ BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 (554) – „Mephisto“; BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380 (381); OLG München, Urteil vom 26.01.1994, NJW-RR 1994, 925 (925) – „Schreckliches Mädchen“; Bartnik, Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht, S. 27; Rixecker in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 72 f.; Specht-Riemenschneider in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 30; Fricke in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 10.

¹⁷²⁹ BVerfG, Beschluss vom 24.02.1971, GRUR 1971, 461 – „Mephisto“; BVerfG, Beschluss vom 25.08.2000, ZUM 2001, 232 (232) – „Abschiedsmedaille Willy Brandt“; BVerfG, Beschluss vom 05.04.2001, AfP 2001, 295 (297).

¹⁷³⁰ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253).

¹⁷³¹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BVerfG, Beschluss vom 25.08.2000, ZUM 2001, 232 (232) – „Abschiedsmedaille Willy Brandt“; Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.4; a. A. Beuthien, ZUM 2003, 261 (261).

¹⁷³² BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253); BVerfG, Beschluss vom 24.02.1971, GRUR 1971, 461 – „Mephisto“; BVerfG, Beschluss vom 25.08.2000, ZUM 2001, 232 (232) – „Abschiedsmedaille Willy Brandt“; BVerfG, Beschluss vom 05.04.2001, AfP 2001, 295.

¹⁷³³ BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 (554) – „Mephisto“.

¹⁷³⁴ Schmidt-Osten, AfP 1976, 22 (22).

das fortwirkende Lebensbild des Betroffenen auch nach seinem Tod nicht in grober Weise entstellt und sein Ansehen nicht schwerwiegend herabgesetzt werden.¹⁷³⁵

Ein solcher postmortaler Achtungsanspruch greift aber erst nach einer erforderlichen Güter- und Interessenabwägung.¹⁷³⁶ Ergibt diese eine Rechtsverletzung, so werden den Wahrnehmungsberechtigten lediglich Abwehransprüche, nicht aber ein Geldentschädigungsanspruch zuerkannt,¹⁷³⁷ weil der letztere, wie bereits gesagt, seiner Funktion nach dem Betroffenen selbst Genugtuung verschaffen soll.¹⁷³⁸

Der Kreis der Wahrnehmungsberechtigten ist dabei weit gezogen und umfasst beim Fehlen einer besonderen Ermächtigung¹⁷³⁹ alle nahen Angehörigen des Verstorbenen,¹⁷⁴⁰ also auch seine Geschwister.¹⁷⁴¹ Bezüglich des Rechts am eigenen Bild ist jedoch die Spezialregelung des § 22 Satz 4 KUG als vorrangig anzusehen, so dass auch nach Ablauf von 10 Jahren nur die gesetzlich genannten Angehörigen berechtigt sind.¹⁷⁴²

Da eine Verletzung des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts eine Güter- und Interessenabwägung voraussetzt und somit von den Umständen des Einzelfalls abhängt,¹⁷⁴³ kennt dieser über die 10-Jahres-Frist hinausreichende Schutz keine für alle Fälle gleiche

¹⁷³⁵ BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 (557) – „Mephisto“ - Ein postmortaler Persönlichkeitsschutz wird zivilrechtlich seit dieser Entscheidung anerkannt; s. a. BGH, Urteil vom 08.06.1989, GRUR 1995, 668 (670) – „Emil Nolde“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 (716) - „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (691); BVerfG, Beschluss vom 05.04.2001, AfP 2001, 295; OLG München, Urteil vom 26.01.1994, NJW-RR 1994, 925 – „Schreckliches Mädchen“; Seifert, NJW 1999, 1889 (1894); *Kastl*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, S. 241 Fn. 42; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 29; *Rixecker* in: Münchener Kommentar zum BGB, Anhang zu § 12 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rn. 72 f.

¹⁷³⁶ *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 40 f.; *ders.* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 56; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; *Prinz/Peters*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, Rn. 885.

¹⁷³⁷ BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253); BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (691); BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 – „Mephisto“; vgl. BVerfG, Beschluss vom 19.10.2006, ZUM 2007, 380.

¹⁷³⁸ BGH, Urteil vom 04.06.1974, GRUR 1974, 797 (800) – „Fiete Schulze“; BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (253); *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (718); *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1894); *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 62; vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 348.

¹⁷³⁹ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.103 – Es sei auch ein Wahrnehmungsrecht ohne Ermächtigung kraft besonderer Qualifikation anzuerkennen, wenn die Rechtsausübung spezielle Kenntnisse erfordere.

¹⁷⁴⁰ BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 – „Mephisto“; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 58.

¹⁷⁴¹ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.103.

¹⁷⁴² *Götting*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 40 f.; *ders.* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 58; *Helle*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht, S. 63; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 30; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.32.

¹⁷⁴³ BGH, Urteil vom 08.06.1989, GRUR 1995, 668 (670) – „Emil Nolde“; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 11.

Dauer.¹⁷⁴⁴ Die Annahme eines ewigen Schutzbedürfnisses ist dabei zu verneinen, weil die Erinnerung an den Verstorbenen immer mehr verblasst.¹⁷⁴⁵

Die hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild geregelte Frist von 10 Jahren scheint zu kurz zu sein, weil danach noch die meisten Zeitgenossen des Verstorbenen leben, also diejenigen, vor denen er nicht bloßgestellt sein wollte.¹⁷⁴⁶ Darüber hinaus ist der grundrechtliche Schutz der Menschenwürde nicht an die einfachgesetzliche Schranke des § 22 Satz 3 KUG geknüpft.¹⁷⁴⁷

In der Rechtsprechung wurden Abwehransprüche bei Verletzungen des immateriellen Persönlichkeitsrechts 15,¹⁷⁴⁸ 29,¹⁷⁴⁹ 30¹⁷⁵⁰ und 67 Jahre¹⁷⁵¹ nach dem Tod des Rechtsträgers bejaht. In der Literatur wurden als generelle Regelung unterschiedliche Schutzfristen vorgeschlagen, und zwar 25,¹⁷⁵² 30,¹⁷⁵³ 70¹⁷⁵⁴ oder 80 Jahre.¹⁷⁵⁵ Hervorzuheben ist dabei die Ansicht von *Fricke*, der die urheberrechtlichen 70 Jahre *post mortem* als die längste gesetzliche Schutzfrist für die absolute Obergrenze hält,¹⁷⁵⁶ wobei ihm die Begrenzung der Schutzfrist auf die Dauer einer Generation, also auf 25 bis höchstens 30 Jahre, angemessen erscheint.¹⁷⁵⁷ Im Entwurf eines Persönlichkeitsschutzgesetzes von 1959 waren auch 30 Jahre nach dem Tod des Rechtsträgers als gesetzliche Normierung der Schutzdauer vorgesehen;¹⁷⁵⁸ der Entwurf ist allerdings, wie bereits gesagt, nie in Kraft getreten.

¹⁷⁴⁴ BGH, Urteil vom 08.06.1989, GRUR 1995, 668 (670) – „Emil Nolde“; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 30; *Götting*, NJW 2001, 585 (586).

¹⁷⁴⁵ BGH, Urteil vom 20.03.1968, GRUR 1968, 552 (555) – „Mephisto“; BGH, Urteil vom 08.06.1989, GRUR 1995, 668 (670) – „Emil Nolde“; OLG München, Urteil vom 26.01.1994, NJW-RR 1994, 925 (925) – „Schreckliches Mädchen“; *Götting*, GRUR 2004, 801 (806); *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 281; *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 11; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 30; *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 346.

¹⁷⁴⁶ *Hubmann* schon 1957, s. in JZ 1957, Nr. 17, 521 (528); *ders.*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 346; vgl. *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.31 - Es wäre ungerechtfertigt, Bildnisse Verstorbener bereits zehn Jahre nach dem Ableben beliebig verfügbar zu machen.

¹⁷⁴⁷ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 7.31.

¹⁷⁴⁸ OLG Bremen, Urteil vom 13.04.1994, AfP 1994, 145 (146).

¹⁷⁴⁹ OLG München, Urteil vom 26.01.1994, NJW-RR 1994, 925 – „Schreckliches Mädchen“.

¹⁷⁵⁰ LG Hamburg, Urteil vom 04.12.1992, AfP 1993, 595 – Hinsichtlich einer Tatsachenbehauptung; vgl. OLG Köln, Urteil vom 24.09.1998, AfP 1998, 647 – 31 Jahre *post mortem*; BGH, Urteil vom 08.06.1989, GRUR 1995, 668 – „Emil Nolde“ – 33 Jahre *post mortem*.

¹⁷⁵¹ OLG Bremen, Urteil vom 20.08.1992, NJW-RR 1993, 726 (727).

¹⁷⁵² *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 346; vgl. *ders.*, JZ 1957, Nr. 17, 521 (528) – Ein Vorschlag der 50-jähriger Frist nach dem Tod des Betroffenen analogisch zum damaligen Urheberrechtsschutz.

¹⁷⁵³ *Wenzel*, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, Rn. 5.104.

¹⁷⁵⁴ *Götting* in: Schrickler/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 63.

¹⁷⁵⁵ *Strothmann*, GRUR 1996, 693 (696).

¹⁷⁵⁶ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 11.

¹⁷⁵⁷ *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 11; so auch *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 48.

¹⁷⁵⁸ *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 30; vgl. *Hubmann*, Das Persönlichkeitsrecht, S. 346 Fn. 28.

bb) Die vermögenswerten Bestandteile des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts

In der deutschen Rechtsprechung ist anerkannt, dass die vermögenswerten Bestandteile des allgemeinen postmortalen Persönlichkeitsrechts vererblich sind.¹⁷⁵⁹ Davor war der postmortale Schutz des Persönlichkeitsrechts bei der Vermarktung der Popularität des Verstorbenen ineffektiv, weil den Wahrnehmungsberechtigten in solchen Fällen nur Abwehransprüche zur Verfügung standen.¹⁷⁶⁰ Diese blieben aber häufig wirkungslos, weil die Rechtsverletzung bereits beendet war, bevor der Anspruchsberechtigte davon Kenntnis erlangte.¹⁷⁶¹

Aus diesen Erwägungen hat der BGH festgestellt, dass die Zuerkennung den Erben des Bereicherungsanspruchs aufgrund Eingriffskondiktion oder des Schadensersatzanspruchs dem Schutz des Lebensbildes eines Verstorbenen gegen uneingeschränkte kommerzielle Nutzung seiner Popularität dienen wird.¹⁷⁶²

Während die dem Schutz der ideellen Interessen des Verstorbenen dienenden Abwehransprüche von den Angehörigen geltend gemacht werden können, kommen als Träger der vermögenswerten Befugnisse, so der BGH, allein die Erben in Betracht,¹⁷⁶³ die mit den genannten Berechtigten nicht notwendig identisch sind.¹⁷⁶⁴

Die Befugnisse der Erben leiten sich vom Träger des Persönlichkeitsrechts ab und können demgemäß nicht gegen seinen ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen ausgeübt werden.¹⁷⁶⁵ Es sind dementsprechend Situationen denkbar, in denen durch eine kommerzielle Verwendung von Persönlichkeitsmerkmalen des Verstorbenen seine ideellen Interessen in der Weise tangiert

¹⁷⁵⁹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 – „Werbekampagne mit blauem Engel“; BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (254); *Fricke* in: Wandtke/Bullinger, Praxiskommentar zum Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 12; *Specht-Riemenschneider* in: Dreier/Schulze, KUG § 22, Rn. 36; *Kastl*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, S. 241 f. Fn. 43; *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 62.

¹⁷⁶⁰ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (713 f.) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (254).

¹⁷⁶¹ *Götting*, NJW 2001, 585 (585 f.); *ders.*, GRUR 2004, 801 (802); BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (713) – „Marlene Dietrich“; vgl. OLG München, Urteil vom 09.08.2002, ZUM 2002, 744 (745) – „Verletzung des postmortalen Würdeanspruchs von Marlene Dietrich“.

¹⁷⁶² BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (712) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 715 – „Der blaue Engel“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 – „Werbekampagne mit blauem Engel“; vgl. *Seifert*, NJW 1999, 1889 (1895).

¹⁷⁶³ A. A. *Helle*, JZ 2007, Nr. 9, 444 (453).

¹⁷⁶⁴ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“; verfassungsrechtlich gebilligt durch BVerfG, Beschluss vom 22.08.2006, GRUR 2006, 1049 (1051) – „Werbekampagne mit blauem Engel“.

¹⁷⁶⁵ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (691); BGH, Urteil vom 06.12.2005, GRUR 2006, 252 (254); *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 62; a. A. *Jung*, AfP 2005, 317 (320).

werden, dass der Wahrnehmungsberechtigte gegen eine solche Verwertung trotz Zustimmung der Erben einschreiten könnte.¹⁷⁶⁶

Dementsprechend bleiben die vererblichen vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts untrennbar mit den unveräußerlichen höchstpersönlichen Bestandteilen des Persönlichkeitsrechts verknüpft.¹⁷⁶⁷ Der BGH betonte, dass die Befugnisse der Erben nach dem Tod des Erblassers jedenfalls solange fortbestehen, wie die ideellen Interessen noch geschützt seien.¹⁷⁶⁸ Die 10-Jahres-Frist des § 22 Satz 3 KUG wurde dabei als ein Anhaltspunkt angesehen und die Frage nach einem längeren Schutz der kommerziellen Interessen, wenn sich aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht ein längerer Schutz ideeller Interessen ergibt, offen gelassen.¹⁷⁶⁹ Die Antwort darauf wurde aber später in der „kinski-klaus.de“-Entscheidung¹⁷⁷⁰ des BGH gegeben,¹⁷⁷¹ laut der der Schutz der vermögenswerten Bestandteile des postmortalen Persönlichkeitsrechts gemäß § 22 KUG in analoger Anwendung nach zehn Jahre endet, wobei die ideellen Bestandteile über diese zeitliche Grenze hinaus weiterhin schutzwürdig sein können.¹⁷⁷²

Eine solche Betrachtungsweise ist in Teilen der Literatur auf Kritik gestoßen.¹⁷⁷³ Vor allem *Götting* zieht in Zweifel, ob die 10-Jahres-Frist des KUG von 1907 heute noch zeitgemäß und angemessen ist, weil sie dem digitalen Langzeitgedächtnis nicht hinreichend Rechnung trägt.¹⁷⁷⁴ Darüber hinaus haben die Verwertungsmöglichkeiten prominenter Persönlichkeiten eine Dimension erreicht, die dem Gesetzgeber des KUG von 1907 noch nicht bekannt sein konnte.¹⁷⁷⁵

Wagner behauptet in diesem Zusammenhang, dass die vom KUG genannte Schutzdauer keine Orientierung bietet, weil sie auf Eingriffe in das Recht am eigenen Bild ganz allgemein und nicht speziell auf seine unbefugte Vermarktung zugeschnitten ist.¹⁷⁷⁶ Als besser geeignet

¹⁷⁶⁶ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

¹⁷⁶⁷ Ebd.

¹⁷⁶⁸ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“; BGH, Urteil vom 14.05.2002, GRUR 2002, 690 (691); s. dazu *Götting* in: Schricker/Löwenheim (Hgg.), KUG § 22, Rn. 63; *ders.*, GRUR 2004, 801 (806); kritisch dazu *Müller*, GRUR 2003, 31 (34).

¹⁷⁶⁹ BGH, Urteil vom 01.12.1999, GRUR 2000, 709 (714) – „Marlene Dietrich“.

¹⁷⁷⁰ BGH, Urteil vom 05.10.2006, GRUR 2007, 168- „kinski.klaus.de“ – Betrifft das Namensrecht.

¹⁷⁷¹ *Schertz* in: Löwenheim, Handbuch des Urheberrechts, § 18, Rn. 33.

¹⁷⁷² BGH, Urteil vom 05.10.2006, GRUR 2007, 168- „kinski.klaus.de“; zustimmend *Ullmann*, AfP 1999, 209 (214); *Engels* in: Ahlberg/Götting/Lauber-Rönsberg, BeckOK Urheberrecht, KUG § 22, Rn. 63.

¹⁷⁷³ *Reber*, GRUR Int. 2007, 492; *Schack*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), JZ 2007, 366 f.

¹⁷⁷⁴ *Götting*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (170); so auch *Jung*, AfP 2005, 317 (322); *Reber*, GRUR Int. 2007, 492 (494).

¹⁷⁷⁵ *Götting*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (170).

¹⁷⁷⁶ *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (719 f.).

erscheint ihm die für die Verwertungsrechte des Urhebers geltende 70jährige Schutzfrist des § 64 UrhG.¹⁷⁷⁷

Auch nach *Göttings* Meinung ist angesichts einer mit dem Urheberrecht vergleichbaren Interessenlage eine Frist von 70 Jahren *post mortem* gerechtfertigt,¹⁷⁷⁸ weil damit die Belange des Verstorbenen, seiner Erben und der Allgemeinheit in eine stimmige Balance gebracht werden.¹⁷⁷⁹ Nach diesem Zeitraum sei die Erinnerung an den Verstorbenen so sehr verblasst, dass seine Identitätsmerkmale zum kulturellen Allgemeingut würden, dessen sich auch die Werbung bedienen dürfe.¹⁷⁸⁰ Darüber hinaus sei, so *Götting*, auf eine akzessorische Bindung der Schutzfrist der vermögenswerten Bestandteile an den Fortbestand der ideellen Interessen zu verzichten, weil die Schutzbedürftigkeit gegen ideelle Beeinträchtigungen je nach der Intensität des Fortwirkens des Lebensbildes erheblich divergieren könne.¹⁷⁸¹

Jung hält dagegen die Frist in § 64 UrhG für zu lang und sieht die Dauer einer Generation, also 35 Jahre, als postmortale Schutzfrist als angemessen an.¹⁷⁸² *Müller* spricht sich gegen eine starre Begrenzung der Schutzdauer aus.¹⁷⁸³

¹⁷⁷⁷ *Wagner*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 (719 f.).

¹⁷⁷⁸ *Götting*, NJW 2001, 585 (586); *ders.*, GRUR 2004, 801 (806); *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 281; *ders.*, Anmerkung zu BGH- Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (171); vgl. *Schertz* in: *Götting/Schertz/Seitz* (Hgg.), Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 12 Rn. 24.

¹⁷⁷⁹ *Götting*, GRUR 2004, 801 (806); *ders.*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, S. 281; *ders.*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (171).

¹⁷⁸⁰ *Götting*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), GRUR 2007, 170 (171).

¹⁷⁸¹ *Götting*, NJW 2001, 585 (586); vgl. *Schubert*, AfP 2007, 20 (25) - Plädiert für eine einheitliche Schutzdauer für die ideellen und materiellen Bestandteile des postmortalen Persönlichkeitsrechts.

¹⁷⁸² *Jung*, AfP 2005, 317 (321 f.); vgl. *Eglinski*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert, S. 43 – eine Schutzfrist von 25 bis 30 Jahren sei sach- und interessengerecht.

¹⁷⁸³ *Müller*, GRUR 2003, 31 (34).

II. Russland

Das Recht am eigenen Bild wird im russischen Recht zivilrechtlich und strafrechtlich geschützt. Generell sind die allgemeinen zivilrechtlichen Schutzmittel umfassend in Art. 12 ZGB RF aufgelistet, weil gemäß Abs. 14 dieses Artikels nur gesetzlich vorgesehene Ansprüche geltend gemacht werden können. Diese Liste ist dabei nicht abschließend. Hinsichtlich der Nichtvermögensgüter findet sich eine besondere Regelung in Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF n. F.¹⁷⁸⁴

Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat betont, dass für das Recht am eigenen Bild nur obige Schutzmittel in Frage kommen können, weil es kein Immaterialgüterrecht im Sinne des vierten Teils des ZGB RF ist, also die Regelungen in Art. 1251 und 1252 ZGB RF sind nicht anwendbar.¹⁷⁸⁵ Dementsprechend kann das Recht am eigenen Bild unter Berücksichtigung von Art. 150 Punkt 2 Abs. 1 und 2 ZGB RF grundsätzlich mithilfe folgender Rechtsmittel geschützt werden: die Anerkennung des Rechts, die Wiederherstellung des Zustands, der vor der Rechtsverletzung bestanden hat, die Anerkennung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts als unwirksam und die Anwendung der Folgen aus seiner Unwirksamkeit, die Anwendung der Folgen aus der Unwirksamkeit des nichtigen Rechtsgeschäfts, der Selbstschutz des Rechts, der Schadensersatz, die Beitreibung einer Vertragsstrafe, die Entschädigung für moralischen Schaden, die Auflösung oder Veränderung der Rechtsbeziehung, die gerichtliche Feststellung der Verletzung des Rechts am eigenen Bild, die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Verletzung, die Beseitigung oder Untersagung von Handlungen, die das Recht am eigenen Bild verletzen oder die das Risiko einer Rechtsverletzung beinhalten.

¹⁷⁸⁴ Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 145 vom 05.07.2013.

¹⁷⁸⁵ Anweisung des Plenums des OG RF Nr. 10 vom 23.04.2019 „O primenenii časti četvertoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung des vierten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), Rossijskaja gazeta Nr. 96 vom 06.05.2019, Punkt 34 Abs. 1.

Mehrere einschlägige Schutzmittel können gemeinsam in Anspruch genommen werden.¹⁷⁸⁶ Darüber hinaus enthält Art. 152.1 ZGB RF n. F., der seit dem 01.10.2013 um die Punkte 2 und 3 ergänzt worden ist,¹⁷⁸⁷ die speziellen zivilrechtlichen Schutzmittel.¹⁷⁸⁸

Kaum anwendbar erscheinen für den Bildnisschutz die in Art. 12 ZGB RF erwähnte Anerkennung der Versammlungsentscheidung oder des Aktes des Staatsorgans oder Organs der örtlichen Selbstverwaltung (Art. 13 ZGB RF) als unwirksam sowie die gerichtliche Nichtanwendung eines rechtswidrigen Aktes des Staatsorgans oder Organs der örtlichen Selbstverwaltung,¹⁷⁸⁹ obwohl man dies nicht ein für allemal behaupten kann. Die Verurteilung zur Erfüllung der Pflicht in der Naturalform ist wegen der Art des Rechts am eigenen Bild nicht anwendbar.¹⁷⁹⁰

Nach Art. 208 Abs. 2 ZGB RF unterliegen die zivilrechtlichen Ansprüche hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte außer in den gesetzlich vorgesehenen Fällen nicht der Verjährung.¹⁷⁹¹

Sonstige Schutzmittel, die gesetzlich nicht geregelt sind, können, wie bereits gesagt, nicht durchgesetzt werden.¹⁷⁹² Viele russische Rechtswissenschaftler¹⁷⁹³ plädieren nach dem Vorbild des Art. 136 Teil 1 des Strafprozessgesetzbuches der Russischen Föderation für die Verankerung im ZGB RF der Veröffentlichung der öffentlichen Entschuldigung des Verletzers als eine weitere Schutzmittel bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Die Rechtsprechung lehnt diese aber ab.¹⁷⁹⁴ Das Gericht kann dafür einen Vergleich über das öffentliche Vorbringen der

¹⁷⁸⁶ Vgl. *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 40; *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 8; *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 150, Punkt 7.

¹⁷⁸⁷ Föderales Gesetz vom 02.07.2013 Nr. 142-FZ „O vnesenii izmenenij v podrazdel 3 razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Änderung des 3. Unterabschnitts des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation), *Rossijskaja gazeta* Nr. 145 vom 05.07.2013.

¹⁷⁸⁸ *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 5.

¹⁷⁸⁹ So auch *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 62.

¹⁷⁹⁰ Vgl. *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 150, Punkt 5 Abs. 3.

¹⁷⁹¹ *Maleina*, *Zakon 2007*, Nr. 10, S. 26; *dies.*, *Žurnal rossijskogo prava 2015*, Nr. 5, S. 72; kritisch dazu *Dianova*, *Zakon i praktika 2004*, Nr. 3, S. 34 f.; a. A. *Gavrilov*, *Rossijskaja justicija 1998*, Nr. 2, S. 11 – Der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden sei einer vermögensrechtlichen Natur und unterliege darum einer Regelungsverjährung.

¹⁷⁹² Vgl. *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), *Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 150, Punkt 7.

¹⁷⁹³ *Nochrina*, *Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi*, S. 209 f.; vgl. *Michajlova/Pčelinceva*, *Graždanskoe pravo 2012*, Nr. 1, S. 22; *Djubko*, *Nematerial'nye blaga i ličnye neimuščestvennye prava graždan i juridičeskich lic: teoretičeskije i praktičeskije problemy ich zaščity*, S. 18; *Timešov*, *Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita*, S. 23.

¹⁷⁹⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 30.10.2017 (Verfahren Nr. 33-38075/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 25.05.2018 Nr. 4g-4005/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 08.08.2017 (Verfahren Nr. 33-30496), vom 16.10.2014 (Verfahren Nr. 33-35361) und vom 28.11.2013 (Verfahren Nr. 11-38788); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach *Consultant*; s. a.

Entschuldigung bestätigen, soweit dies die Rechte und berechtigten Interessen der anderen nicht verletzt und kein gesetzliches Verbot entgegensteht.¹⁷⁹⁵

In der sowjetischen¹⁷⁹⁶ Literatur hat man überdies die Erteilung eines öffentlichen Tadelns oder einer Rüge, die Geldstrafe zugunsten des Staates, die Amtsenthebung oder das Verbot, in einem entsprechenden Amt zu stehen, als für die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte geeignete Schutzmittel betrachtet, weil dabei die Prävention in den Vordergrund tritt, die bei diesen Rechten wegen der Unmöglichkeit ihrer Wiederherstellung von großer Bedeutung ist.¹⁷⁹⁷ Allerdings ist *Nochrina* zuzustimmen, dass solche Schutzmittel eher in das Verwaltungs- und Strafrecht passen.¹⁷⁹⁸

Der strafrechtliche Bildnisschutz kann sich teilweise mithilfe Art. 137 StGB durchsetzen. Der Bildnisschutz nach dem Tod des Abgebildeten wird abgedruckt erörtert.

Die Normen des Gesetzbuches der Russischen Föderation über die Verwaltungsrechtsverletzungen können erst dann zur Anwendung kommen, wenn die Anfertigung des Bildnisses als Erhebung der personenbezogenen Daten rechtswidrig war. Die Sanktionen dafür sind laut Art. 13.11 Teile 8 und 9 dieses Gesetzbuches n. F. im Vergleich zu sonstigen Sanktionen dieser Norm¹⁷⁹⁹ erheblich höher.

hinsichtlich des Rechts auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 18 Abs. 2; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 11.06.2014 im Verfahren Nr. 33-7486/2014, n. v., zitiert nach Consultant; a. A. Gebietsgericht des Gebiets Rostov, Appellationsbeschluss vom 29.07.2019 im Verfahren Nr. 33-11053/2019, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁷⁹⁵ Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 18 Abs. 3; vgl. *Budjakova*, Gosudarstvo i parvo 2004, Nr. 1, S. 103; *Timešov*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 23.

¹⁷⁹⁶ *Malein* in: Mozolin (Hrsg.), Razvitie sovetskogo graždanskogo prava na sovremennom etape, S. 207 f.

¹⁷⁹⁷ Für die Prävention der Persönlichkeitsrechtverletzungen plädieren auch *Faddeva* in: Sergeev/Tolstoj, Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 382 f.; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 86.

¹⁷⁹⁸ *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 208 f. Fn. 54.

¹⁷⁹⁹ Vgl. *Soldatova*, Lex Russica 2020, Nr. 2, 33 ff., zitiert nach Garant.

1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

a) Die Beseitigung der rechtsverletzenden Handlungen

aa) Die Beseitigung nach Art. 12 und Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 Var. 3 ZGB RF

Der Beseitigungsanspruch kann gegen andauernde¹⁸⁰⁰ Handlungen erhoben werden, die das Recht am eigenen Bild verletzen. Das Verschulden des Verletzers ist nicht erforderlich.¹⁸⁰¹ Die Beseitigung kann beispielsweise durch die Entfernung des Bildes einer Person vom Schaufenster,¹⁸⁰² von der Ausstellung¹⁸⁰³ oder durch Löschen der entsprechenden Szenen in einem Film¹⁸⁰⁴ sowie durch das Verbot, den im Kino laufenden Film öffentlich weiter vorzuführen,¹⁸⁰⁵ erfolgen. Die Beeinträchtigung kann auch durch das Aufhören der rechtswidrigen Verbreitung der Personenabbildungen, etwa Flugblätter, beseitigt werden.¹⁸⁰⁶

bb) Die Beseitigung nach Art. 152.1 Punkte 2 und 3 ZGB RF

Seit dem 01.10.2013 kann der Abgebildete gemäß Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF fordern, die Materialträger, die für Inverkehrbringen hergestellt wurden sowie die sich im Verkehr befinden, und die sein Bild enthalten, das unter Verletzung des Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF erlangt oder genutzt wurde, aufgrund des Gerichtsurteils ohne irgendeine Kompensation aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten.¹⁸⁰⁷ Stimmen in der Literatur sahen auch früher schon analog zum Beseitigungsanspruch in Art. 12 ZGB RF die Möglichkeit, rechtswidrige Postkarten, Zeitungen oder Zeitschriften aus dem Verkehr zu ziehen.¹⁸⁰⁸

Diese nun ausdrücklich geregelte Befugnis des Abgebildeten wird im Schrifttum vor allem hinsichtlich der Presse diskutiert. Während die einen darin keine Probleme erkennen,¹⁸⁰⁹ sehen die anderen in einer solchen Befugnis das Todesurteil für die russischen Printmedien.¹⁸¹⁰ Diese Stimmen befürchten, dass der Einzug von Presseauflagen das Recht der Journalisten auf

¹⁸⁰⁰ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 41.

¹⁸⁰¹ *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 892; vgl. *Faddeva* in: Sergeev/Tolstoj, Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 382; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 9.

¹⁸⁰² *Sergeev*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii, S. 147.

¹⁸⁰³ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 41.

¹⁸⁰⁴ Vgl. *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 25; *Sergeev*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii, S. 147.

¹⁸⁰⁵ *Dianova*, Sibirskij juridičeskij vestnik 2004, Nr. 4, S. 34.

¹⁸⁰⁶ Vgl. *Dianova*, Sibirskij juridičeskij vestnik 2004, Nr. 4, S. 34; *Morgunova* in: Poguljaev (Hrsg.), Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“, Kommentar zu Art. 25, Punkt 6, zitiert nach Consultant.

¹⁸⁰⁷ Vgl. *Kamyšanskij*, Graždanskoe pravo 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant – Es gehe dabei um eine Zwangsenteignung.

¹⁸⁰⁸ Vgl. *Lichačev*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast', S. 188; *Sergeev*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii, S. 147; auch in der sowjetischen Zeit s. *Ioffe* in: Ioffe/Tolstoj/Čerepachin, Sovetskoe graždanskoe pravo, S. 159;

¹⁸⁰⁹ Betreffend eines solchen Beseitigungsanspruchs gemäß Art. 12 ZGB RF s. *Maleina*, Zakon 2007, Nr. 10, S. 25.

¹⁸¹⁰ *Galič'in*, Itogi 2013, Nr. 23 (887), S. 29; vgl. *Turkiašvili*, Obrazovanie i pravo 2015, Nr. 5 (69), S. 232.

Sammlung und Verbreitung von Informationen unangemessen einschränken könnte.¹⁸¹¹ Dazu kommen Kosten, die die Presseunternehmen für die Herstellung ohne Kompensation aufwenden mussten. *Nikolaeva* weist auf praktische Schwierigkeiten hin, um die betroffenen Materialträger zu finden und aus dem Verkehr zu ziehen.¹⁸¹²

Dabei gilt hinsichtlich der Materialträger mit den ehrverletzenden Angaben nach Art. 152 Punkt 4 ZGB RF eine andere Regel, nach der sie nur dann ohne Kompensation aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten sind, wenn ohne Vernichtung die Entfernung der entsprechenden Information unmöglich ist. Art. 152.2 Punkt 4 ZGB RF ist auch ähnlich hinsichtlich der Materialträger mit der rechtswidrig erlangten Information über das Privatleben des Bürgers. Es ergeben sich Bedenken gegen eine solche abweichende Regelung hinsichtlich der Materialträger mit einem rechtswidrig erlangten oder genutzten Bild des Bürgers.

Es gibt schon allerdings die Fälle der Normanwendung.¹⁸¹³ So hat das Gebietsgericht des Gebiets Kirov dem Rechtsverletzer die Pflicht auferlegt, die Exemplare einer Zeitung mit einem rechtswidrig veröffentlichten Bild aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten, ohne die Beschwerde des Rechtsverletzers hinsichtlich der praktischen Unmöglichkeit zu beachten.¹⁸¹⁴ Das Stadtgericht Moskau hat entschieden, dass das Buch „*Bludnaja doč' Kremlja. Ksenija obščak*“ über eine in Russland populäre Journalistin und Fernsehmoderatorin *Sobčak Ksenija Anantol'evna* mit ihrem auf dem Titel abgedruckten Foto ohne irgendeine Kompensation aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten ist.¹⁸¹⁵ Soweit ersichtlich, ist dieses Buch immer noch im Internet bestellbar.¹⁸¹⁶ In einem anderen Fall ging es um Werbungflyer mit einem Bild des Betroffenen, die nach dem Gerichtsurteil aus dem Verkehr gezogen und ohne Kompensation vernichtet werden sollten.¹⁸¹⁷

¹⁸¹¹ Rossijskaja periodičeskaja pečat': sostojanie, tendencii i perspektivy razvitija, Buchgalterskij učet v izdatel'stve i poligrafii 2013, Nr. 3 – 6, Punkt 8.1, zitiert nach Consultant.

¹⁸¹² *Nikolaeva*, Trudy molodych učenych Altajskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, 2. Band, Nr. 12, S. 160 f.

¹⁸¹³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.04.2019 (Verfahren Nr. 33-12864/2019), vom 14.12.2016 (Verfahren Nr. 33-45616/2016); Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschlüsse vom 31.01.2017 Nr. 33-1755/2017 und vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸¹⁴ Gebietsgericht des Gebiets Kirov, Appellationsbeschlüsse vom 02.07.2015 (Verfahren Nr. 33-2719/2015) und vom 02.07.2015 (Verfahren Nr. 33-2722/2015); vgl. aber Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 29.09.2016 im Verfahren Nr. 11-13647/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸¹⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.05.2014 im Verfahren Nr. 33-15866, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸¹⁶ „*Bludnaja doč' Kremlja. Ksenija obščak*“ bestellbar z. B. unter <<https://www.labirint.ru/books/388480/>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁸¹⁷ Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.06.2014 im Verfahren Nr. 33-14128/2014; s. a. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 16.05.2014 im Verfahren Nr. 33-6264/2014; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Die zweite gesetzliche Neuerung in Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF wird aktiv in Gerichtsentscheidungen umgesetzt.¹⁸¹⁸ Sie betrifft die Fälle, in denen das unter Verletzung des Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF erlangte oder genutzte Bild des Bürgers im Internet verbreitet wurde. Der Abgebildete kann die Entfernung dieses Bildes sowie die Beseitigung oder Untersagung seiner weiteren Verbreitung im Internet verlangen. Dieser Anspruch besteht verschuldensunabhängig¹⁸¹⁹ und bietet dem Betroffenen unter Berücksichtigung des heutigen technischen Niveaus ein angemessenes Schutzinstrument gegen Eingriffe in sein Recht am eigenen Bild.¹⁸²⁰ Gleichwohl hat die Rechtsprechung auch zuvor schon auf die allgemeinen Normen in Art. 12 ZGB RF stützend den Rechtsverletzer dazu verpflichtet, rechtswidrig erlangte oder genutzte Bilder aus dem Internet zu entfernen.¹⁸²¹

b) Die Unterlassung

Der Unterlassungsanspruch ist in Art. 12 ZGB RF nicht ausdrücklich genannt. Die Verletzung des Rechts am eigenen Bild kann allerdings einen Unterlassungsanspruch begründen. Die neue Fassung des Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF i. V. m. Abs. 1 dieses Punktes präzisiert einige allgemeine Schutzmittel des Art. 12 ZGB RF, da diese hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte „besondere“ Bedeutung haben. Die Variante 3 dieser Norm lautet, dass der Rechtsinhaber nicht nur die Beseitigung, sondern auch die Untersagung der Handlungen verlangen kann, die das nicht vermögenswerte Persönlichkeitsrecht verletzen oder drohen, es zu verletzen, oder die in das Nichtvermögensgut eingreifen oder drohen, in dieses

¹⁸¹⁸ Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 06.07.2018 im Verfahren Nr. 33-10295/2018; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 30.01.2018 Nr. 33-28913/2017 im Verfahren Nr. 2-3799/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 28.08.2018 (Verfahren Nr. 33-37135), vom 24.04.2017 (Verfahren Nr. 33-12745/2017), vom 08.12.2016 (Verfahren Nr. 33-45774/2016), vom 30.11.2016 (Verfahren Nr. 33-48561), vom 30.03.2016 (Verfahren Nr. 33-11169/2016), vom 20.08.2015 (Verfahren Nr. 33-27429/2015) und vom 16.01.2015 (Verfahren Nr. 33-0981); Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 20.05.2015 im Verfahren Nr. 33-4389/2015; Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 12.05.2015 im Verfahren Nr. 33-3572; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸¹⁹ Vgl. VerfG RF, Urteil vom 09.07.2013 Nr. 18-P, Rossijskaja gazeta Nr. 157 vom 19.07.2013, Punkt 4.1 Abs. 3 f.

¹⁸²⁰ Vgl. *Zacharov N.*, Jurist 2014, Nr. 9, S. 4; *Skakalina*, Problemy ochrany izobraženija graždanina, razmeščennogo v seti Internet, Materialien zur XLVIII. internationalen studentischen Konferenz „Student i naučno-tehničeskij progress“, S. 34.

¹⁸²¹ Anweisung des Präsidiums des Stadtgerichts Moskau vom 13.07.2012 im Verfahren Nr. 44g-97; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 22.06.2011 im Verfahren Nr. 33-19056; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Kassationsbeschluss vom 16.03.2011 im Verfahren Nr. 33-1252; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

eingreifen.¹⁸²² Voraussetzung für den Unterlassungsanspruch ist somit nur das Bestehen einer drohenden Erstbegehungs- oder Wiederholungsgefahr. In Russland liegen noch zu wenige Entscheidungen vor, um zu erkennen, wie diese Begriffe zu handhaben sind. Auf ein Verschulden des Eingreifenden kommt es nicht ein.¹⁸²³

Es geht dabei nicht um ein abstraktes Verbot, alle rechtswidrig erlangten Foto- und Videoaufnahmen des Rechtsinhabers künftig zu veröffentlichen.¹⁸²⁴ Das gerichtliche Verbot kann sich nicht generell auf alle Bilder einer Person beziehen, weil die Regelung in Art. 152.1 ZGB RF auch die Fälle erfasst, in denen die einwilligungsfreie Bildveröffentlichung unter Umständen möglich sein kann. Darum sollte ein Gerichtsurteil auf konkrete Bilder des Abgebildeten eingeschränkt werden.¹⁸²⁵ Da es in der russischen Rechtsprechung in diesem Zusammenhang nur um die Bilder geht, die schon rechtswidrig veröffentlicht wurden¹⁸²⁶ und sogar um die konkreten Materialträger,¹⁸²⁷ kann man den Schluss ziehen, dass sich das entsprechende Verbot nicht auf kerngleiche Bilder erstrecken lässt.¹⁸²⁸

Dies bestätigt auch die Formulierung der speziellen Regelung in Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF, nach der der Abgebildete untersagen lassen kann, sein unbefugt ins Internet eingestelltes Bild erneut öffentlich zur Schau zu stellen.

Zwar meinen *Poguljaev/Tulub'eva*, dass nach der Veröffentlichung des Bildes der Unterlassungsanspruch keinen zufriedenstellenden Schutz gewährt,¹⁸²⁹ weil es bereits von anderen gesehen wurde. Doch gewinnt der Unterlassungsanspruch bei einer drohenden Erstbegehung der Rechtsverletzung an großer Bedeutung. Denkbar ist z. B. ein Verbot, eine

¹⁸²² *Epišina* in: Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-ekonomičeskij aspekty, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 206.

¹⁸²³ Vgl. *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 892; *Faddeva* in: Sergeev/Tolstoj, Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 382; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 9.

¹⁸²⁴ Vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.10.2017 im Verfahren Nr. 33-38075/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 25.05.2018 Nr. 4g-4005/2018 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; so aber *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 5, Abs. 3.

¹⁸²⁵ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 31.05.2012 im Verfahren Nr. 33-4699/2012, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸²⁶ Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 20.05.2015 im Verfahren Nr. 33-4389/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸²⁷ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸²⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.08.2015 im Verfahren Nr. 33-27429/2015; Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss ohne Datum im Verfahren Nr. 33-14473/2014; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸²⁹ Vgl. *Poguljaev/Tulub'eva*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2004, Nr. 3, S. 45.

abträgliche Fotomontage¹⁸³⁰ überhaupt erst zu veröffentlichen. Die jüngere Rechtsprechung¹⁸³¹ lässt schlussfolgern, dass dem Unterlassungsanspruch nun regelmäßig stattgegeben wird.

c) Die Entschädigung für moralischen Schaden

aa) Die rechtliche Grundlage

In der sowjetischen Zeit galt, dass immaterieller Schaden nicht adäquat durch Geld zu ersetzen ist; die Bemessung des Lebens, der Gesundheit, der Ehre des Menschen usw. in Geld wurde als unvereinbar mit der Weltanschauung der sozialistischen Gesellschaft angesehen.¹⁸³² Demzufolge wurde eine Entschädigung für moralischen Schaden abgelehnt.¹⁸³³

Erst 1990 ist die erste entsprechende Norm ins russische Recht gelangt, nämlich Art. 39 des Gesetzes der UdSSR über die Presse und andere Medien.¹⁸³⁴ Allerdings gewährte diese Vorschrift wegen ihres spezialgesetzlichen Standorts nur einen partiellen Schutz.¹⁸³⁵ Darüber hinaus konnte man dieser Norm nicht entnehmen, was unter einem moralischen Schaden zu verstehen war.

Daher war die Verabschiedung der Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Republiken von 1991¹⁸³⁶ zu begrüßen. Nach Art. 131 der Grundlagen hat der Schädiger im Falle seines Verschuldens dem Bürger eine Entschädigung für den durch seine rechtswidrigen Handlungen verursachten moralischen Schaden zu leisten. Moralischer Schaden wurde als „körperliche oder seelische Leiden“ definiert. Es wurde nicht zwischen Schmerzensgeld für körperliche Verletzungen und einer Entschädigung für Persönlichkeitsrechtsverletzungen unterschieden.

Der Gesetzgeber der RSFSR folgte der Tendenz und verankerte eine Norm für Entschädigung für moralischen Schaden in einer Reihe spezieller Normativakte.¹⁸³⁷ In

¹⁸³⁰ Vgl. *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 41.

¹⁸³¹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschlüsse vom 10.07.2018 Nr. 33-12969/2018 (Verfahren Nr. 2-222/2018), vom 30.01.2018 Nr. 33-28913/2017 (Verfahren Nr. 2-3799/2017) und vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015; Gebietsgericht des Gebiets Samara, Appellationsbeschluss vom 27.04.2018 im Verfahren Nr. 33-5072/2018; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 14.12.2016 im Verfahren Nr. 33-45616/2016.

¹⁸³² *Bratus'*, Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava, S. 75; *Bratus'/Ioffe*, Graždanskoe pravo, S. 145; *Gurevič*, Sovetskaja justicija 1939, Nr. 2, S. 29; *Lieberman*, Sovetskaja justicija 1939, Nr. 10, S. 19 f.

¹⁸³³ *Bratus'*, Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava, S. 75, 81; *Šiminova*, Kompensacija vreda graždanam. Graždansko-pravovoe regulirovanie, S. 39; vgl. *Petev*, Sozialistisches Zivilrecht, S. 213.

¹⁸³⁴ *Zakon SSSR „O pečati i drugich sredstvach massovoj informacii“* (Über Print- und andere Massenmedien) vom 12.06.1990 Nr. 1552-1, *Vedomosti SND SSSR i VS SSSR*, 1990, Nr. 26, Pos. 492.

¹⁸³⁵ Vgl. *Zhujkov*, *Bulleten' Verhovnogo Suda Rossijskoj Federacii* 1994, Nr. 11, S. 6.

¹⁸³⁶ „*Osnovy graždanskogo zakonodatel'stva Sojuza SSR i respublik*“ (Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Republiken), bestätigt durch VS SSSR am 31.05.1991 Nr. 2211-1, *Vedomosti SND i VS SSSR* vom 26.06.1991, Nr. 26, Pos. 733.

¹⁸³⁷ Beispielsweise Gesetz der RSFSR „*Ob ochrane okružajuščej prirodnoj sredy*“ (Über den Schutz der Umwelt) vom 19.12.1991 Nr. 2060-1, *Vedomosti SND RF i VS RF* 1992, Nr. 10, Pos. 457, Art. 89; s. dazu Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „*Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii*“

Anlehnung an Art. 39 wurde auch Art. 7 ZGB RSFSR von 1964 um Punkt 7 mit dem entsprechenden Inhalt erweitert.¹⁸³⁸ Allerdings war die Regel auf den Ehrenschatz eingeschränkt.¹⁸³⁹

Der am 01.01.1995 in Kraft getretene¹⁸⁴⁰ erste Teil des ZGB RF hat diese Grundsätze teilweise abgelöst, darunter auch Art. 131. Stattdessen bieten heute die Art. 151, 1064 ff., insbesondere 1099 - 1101 ZGB RF die rechtliche Grundlage für die Entschädigung für moralischen Schaden. Es entstand eine uneinheitliche Regelung dadurch, dass der erste¹⁸⁴¹ (Art. 151) und zweite¹⁸⁴² (Art. 1064 ff.) Teil des ZGB RF zu verschiedenen Zeitpunkten verabschiedet wurde.

Für die Persönlichkeitsrechte, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, stellt die Entschädigung für moralischen Schaden das Hauptschutzmittel dar,¹⁸⁴³ was unter anderem die Einordnung des Art. 151 ZGB RF in 8. Kapitel des ZGB RF über Nichtvermögensgüter bestätigt. Art. 151 lautet:

„Ist einem Bürger durch Handlungen, die seine nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte verletzen oder gegen ihm zustehende Nichtvermögensgüter gerichtet sind, sowie in anderen gesetzlich geregelten Fällen moralischer Schaden (körperliche oder

moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 4; vgl. *Zhujkov*, Bulletin' Verchovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, S. 6 ff.

¹⁸³⁸ Gesetz der RSFSR „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Ugolovnyj, Graždanskij, Ugolovno-processual'nyj, Graždanskij processual'nyj kodeksy RSFSR i Kodeks RSFSR ob administrativnych pravonarufenijach“ (Über die Änderung und Ergänzung des Straf-, Zivil-, Strafprozessgesetzbuches, der Zivilprozessordnung der RSFSR und des Gesetzbuches der RSFSR über die Verwaltungsrechtsverletzungen) vom 21.03.1991 Nr. 945-1, Vedomosti SND RSFSR i VS RSFSR 1991, Nr. 15, Pos. 494.

¹⁸³⁹ Vgl. *Vorob'ev*, Rossijskij sud'ja 2004, Nr. 3, S. 28.

¹⁸⁴⁰ Föderales Gesetz „O vvedenii v dejstvie časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Inkraftsetzung des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 30.11.1994 Nr. 52-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 238 - 239 vom 08.12.1994.

¹⁸⁴¹ Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii, der erste Teil vom 30.11.1994 Nr. 51-FZ, Rossijskaja gazeta Nrn. 238, 239 vom 08.12.1994.

¹⁸⁴² Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii, der zweite Teil vom 26.01.1996 Nr. 14-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 23 vom 06.02.1996, Nr. 24 vom 07.02.1996, Nr. 25 vom 08.02.1996, Nr. 27 vom 10.02.1996.

¹⁸⁴³ *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 5; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimenitel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36 f.; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennost' pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 33; *Trofimova* in: Sudebnaja vlast' v Rossijskoj Federacii: zakon, teorija, praktika: sbornik statej Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii, S. 829; *dies.*, Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2008, Nr. 3, S. 67; *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnyh neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 10; *Kljueva/Zacharov* in: XLVI Ogarevskie čtenija, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, S. 263; vgl. *Dianova*, Sibirskij juridičeskij vestnik 2004, Nr. 4, S. 34.

seelische Leiden) zugefügt worden, kann das Gericht dem Schädiger die Pflicht zur Entschädigung in Geld auferlegen.

Die Höhe der Entschädigung für moralischen Schaden hat das Gericht unter Berücksichtigung der Schwere des Verschuldens des Schädigers sowie sonstiger beachtenswerter Umstände zu bemessen. Das Gericht hat außerdem das Maß der körperlichen und seelischen Leiden im Zusammenhang mit den individuellen persönlichen Eigenheiten des Geschädigten zu berücksichtigen.“

Die aktuelle Regelung ist zurückhaltender, als die zuvor geltende Norm in Art. 131 der Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Republiken, laut der ein moralischer Schaden durch jede rechtswidrige und schuldhaftige Rechtsverletzung verursacht werden konnte.¹⁸⁴⁴

Unter körperlichen Leiden sind beispielsweise Schmerzen,¹⁸⁴⁵ starkes Jucken¹⁸⁴⁶ oder Schwindelgefühl¹⁸⁴⁷ zu verstehen. Die seelischen Leiden äußern sich durch Verlust an Lebensfreude, Angst, Schamgefühl etc.¹⁸⁴⁸ Die beiden Arten der Leiden können gleichzeitig auftreten.¹⁸⁴⁹

Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat hervorgehoben, dass moralischer Schaden ein immaterieller Schaden ist, obwohl die Entschädigung in Geld erfolgt.¹⁸⁵⁰ Ein immaterieller Schaden kann sowohl bei einer natürlichen als auch juristischen Person

¹⁸⁴⁴ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 160; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 29; vgl. *Zhujkov*, Bulletin' Verchovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, S. 9.

¹⁸⁴⁵ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 66; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 48.

¹⁸⁴⁶ *Guev*, Graždanskoe pravo, S. 437.

¹⁸⁴⁷ Vgl. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 204.

¹⁸⁴⁸ Vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 2; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 48; *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 1, 204; *Marčenko*, Advokatskaja praktika 2002, Nr. 6, S. 22.

¹⁸⁴⁹ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 48.

¹⁸⁵⁰ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 10; Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 15; s. a. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 158.

auftreten,¹⁸⁵¹ während eine Entschädigung für moralischen Schaden ausschließlich bei einer natürlichen Person in Frage kommt.¹⁸⁵²

Es gibt in der russischen Literatur die Meinung, dass der Begriff „moralischer Schaden“ ursprünglich das Zivilrecht mit dem Strafrecht terminologisch vereinheitlichen sollte,¹⁸⁵³ weil das Strafrecht zwischen den moralischen, physischen und materiellen Schäden unterschied.¹⁸⁵⁴ Allerdings wird der gesetzliche Terminus „moralischer Schaden“ im Schrifttum zu Recht kritisiert, weil das Wort „Moral“ sich auf Vorstellungen über sittliche Verhaltensnormen bezieht.¹⁸⁵⁵

Was die Form der Entschädigung angeht, so hat zwar das Oberste Gericht der Russischen Föderation betont, dass sie in Geld oder in einer anderen materiellen Form erfolgen kann.¹⁸⁵⁶ Dies war früher gemäß Art. 131 der Grundlagen der Zivilgesetzgebung der UdSSR und der Republiken von 1991 zutreffend, doch ist sie seit dem 01.01.1995¹⁸⁵⁷ nach dem Wortlaut des Art. 151 und 1101 Punkt 1 ZGB RF nur in Geld zu entrichten.¹⁸⁵⁸ Der russischen Rechtsprechung ist zu entnehmen, dass es sich ausschließlich um die Entschädigung als einmalige Kapitalabfindung handelt.¹⁸⁵⁹ Die Ansicht *Agarkovs*, der schon 1939 über die

¹⁸⁵¹ *Maleina*, *Žurnal rossijskogo prava* 2015, Nr. 5, S. 61; s. dazu *Peškova*, *Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialnym blagam i neimuščestvennym pravam*, S. 62.

¹⁸⁵² Anweisung des Präsidiums des OAG RF vom 01.12.1998 Nr. 813/98, veröffentlicht in: *Vestnik OAG RF* 1999, Nr. 2.

¹⁸⁵³ *Ėrdelevskij*, *Moral'nyj vred i kompensacija za stradanija*, 1. Kapitel, zitiert nach Consultant; vgl. *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 48.

¹⁸⁵⁴ *Ugolovno-processual'nyj kodeks RSFSR* (Strafprozessgesetzbuch der RSFSR), bestätigt durch Verchovnyj Sovet RSFSR am 27.10.1960, *Vedomosti VS RSFSR* 1960, Nr. 40, Pos. 592, Art. 53 Abs. 1; s. dazu *Vorob'ev*, *Rossijskij sud'ja* 2004, Nr. 3, S. 27 f.

¹⁸⁵⁵ *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 48; *dies.*, *Žurnal rossijskogo prava* 2015, Nr. 5, S. 60 f.; *Peškova*, *Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialnym blagam i neimuščestvennym pravam*, S. 62 ff.; vgl. *Ėrdelevskij*, *Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki*, S. 5; *Kločkov*, *Kompensacija moral'nogo vreda kak mera graždansko-pravovoj otvetstvennosti*, S. 5; *Maziev*, *Vestnik Severo-Kavkazskogo federal'nogo universiteta* 2013, Nr. 2 (35), S. 220; *Pavlov/Fedjakova/Piskunova*, in: *Kulešova* (Hrsg.), *Aktual'nye problemy graždanskogo prava: potrebnosti graždanskogo obščestva i gosudarstva*, *Materialien zur II. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz*, S. 92; a. A. *Karmanova*, *Sovremennoe pravo* 2014, Nr. 5, S. 75; vgl. *Migačeva* in: *Sammelband der Werke zur Konferenz an der Staatlichen Universität Kuban*, S. 77.

¹⁸⁵⁶ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „*Nekotorye voprosy primeneniya zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda*“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), *Rossijskaja gazeta* Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 10; s. a. *Marčenko*, *Advokatskaja praktika* 2002, Nr. 6, S. 24 f.; *Trofimova, G.*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2016, Nr. 7, zitiert nach Consultant.

¹⁸⁵⁷ Das Inkrafttreten des ersten Teils des ZGB RF, s. *Föderales Gesetz „O vvedenii v dejstvie časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“* (Über die Inkraftsetzung des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation) vom 30.11.1994 Nr. 52-FZ, *Rossijskaja gazeta* Nr. 238 - 239 vom 08.12.1994.

¹⁸⁵⁸ Kritisch dazu *Solov'ev*, *Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita*, S. 10; *Ujutkin*, *Vlast' Zakona* 2013, Nr. 4 (16), S. 122 f.; vgl. *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 151, Punkt 2 Abs. 6 – Die Entschädigung für moralischen Schaden in einer anderen Form sei gemäß der Vereinbarung des Rechtsverletzers mit dem Abgebildeten möglich; so auch *Čornovol*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 2007, Nr. 1, S. 61.

¹⁸⁵⁹ Beifällig dafür z. B. *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 48.

gesetzliche Anerkennung einer Entschädigung für moralischen Schaden in Form periodischer Auszahlungen als eine Alternative zur einmaligen Kapitalabfindung gesprochen hatte,¹⁸⁶⁰ hat kein Echo gefunden.

bb) Die Funktionen der Entschädigung für moralischen Schaden

Im russischen Schrifttum wird immer wieder betont, dass die Entschädigung für moralischen Schaden positive Emotionen beim Geschädigten hervorrufen soll, die seine negativen psychischen Beeinträchtigungen ausgleichen können.¹⁸⁶¹ Die Entschädigungssumme soll dabei den erlittenen Entbehrungen entsprechen.¹⁸⁶² Diese Äußerungen sprechen für die Ausgleichsfunktion der Entschädigung für moralischen Schaden.¹⁸⁶³

Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass es bei einer solchen Entschädigung um eine zivilrechtliche Haftung geht.¹⁸⁶⁴ Diese setzt im russischen Recht im Unterschied zu den Maßnahmen des zivilrechtlichen Schutzes ein Verschulden des Schädigers voraus¹⁸⁶⁵ und stellt

¹⁸⁶⁰ Agarkov, Objazatel'stva iz pričinenija vreda i proekt GK SSSR, S. 74.

¹⁸⁶¹ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 8; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 34, 79; *Marčenko*, Advokatskaja praktika 2002, Nr. 6, S. 22; *Pavlov/Fedjakova/Piskunova*, in: Kulešova (Hrsg.), Aktual'nye problemy graždanskogo prava: potrebnosti graždanskogo obščestva i gosudarstva, Materialien zur II. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 91 f.; vgl. *Šiminova*, Kompensacija vreda graždanam. Graždansko-pravovoe regulirovanie, S. 49 ff.; *Trofimenko*, Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach, S. 174; *Čornovol*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 1, S. 62; s. a. Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primenenija sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), Rossijskaja gazeta Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 38.

¹⁸⁶² *Guev*, Graždanskoe pravo, S. 438; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 20 ff.; vgl. *Belov*, Zakonodatel'stvo 2003, Nr. 6, S. 12.

¹⁸⁶³ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 19.09.2018 im Verfahren Nr. 33-7281/2018; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 29.11.2017 im Verfahren Nr. 33-19269/2017; Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 04.04.2012 im Verfahren Nr. 33-9880, n. v., zitiert nach Consultant; s. a. *Krasavčikova*, Ponjatje i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 20; *Čornovol*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 1, S. 62; *Šičanin*, Zakonodatel'stvo i ekonomika 1994, Nr. 15-16, S. 23; *Dianova*, Zakon i praktika 2004, Nr. 3, S. 35; *Karmanova*, Sovremennoe pravo 2014, Nr. 5, S. 74.

¹⁸⁶⁴ Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 16.09.2014 im Verfahren Nr. 33-5202; Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 18.09.2013 Nrn. 4g/2-9282/13, 4g/2-9283/13, 4g/2-9284/13, 4g/2-9286/13; vom 19.09.2013 Nrn. 4g/2-9279/13, 4g/2-9285/13, 4g/2-9287/13, 4g/2-9288/13, 4g/2-9289/13; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 17.05.2012 im Verfahren Nr. 33-41592; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 418; *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 151, Punkt 1; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 20 ff.; *Čornovol*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 1, S. 61; *Zhujkov*, Bulletin' Verhovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, S. 11; vgl. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 206; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatje, osuščestvlenie, zaščita, S. 48.

¹⁸⁶⁵ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 27.

für ihn eine zusätzliche Last und negative Folgen der rechtswidrigen Handlung dar.¹⁸⁶⁶ Die Entschädigungssumme ist dabei nicht einem Staat, sondern unmittelbar dem Verletzten zu entrichten. Man kann somit schlussfolgern, dass bei der Entschädigung für moralischen Schaden auch die Genugtuungsfunktion an Bedeutung gewinnt.¹⁸⁶⁷

Allerdings weisen einige russische Rechtswissenschaftler darauf hin, dass die Entschädigung in Geld das verletzte Rechtsgut nicht wiederherstellen kann, so dass der Schwerpunkt der Entschädigung für moralischen Schaden in der Prävention liege,¹⁸⁶⁸ was seine zivilrechtliche Natur aber nicht beeinflusst.¹⁸⁶⁹ Da seit dem 01.07.2010 die Texte der Gerichtsurteile unter anderem über Verletzungen der Persönlichkeitsrechte ins Internet eingestellt werden müssen¹⁸⁷⁰ und überdies nach Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF n. F. auch veröffentlicht werden können, falls dies die Interessen des Betroffenen fordern, kann der Geldentschädigung tatsächlich eine generalpräventive Wirkung zukommen.¹⁸⁷¹ Trotzdem äußern sich nur wenige russische Richter heute zur Präventivfunktion der Entschädigung für moralischen Schaden.¹⁸⁷² Die Ausgleichsfunktion überwiegt immer noch. Bei der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden sind allerdings gemäß Art. 151 Abs. 2 Satz 1 ZGB RF alle Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen. Es ist darum nicht auszuschließen, dass im Falle einer rücksichtslosen Rechtsverletzung die Präventivfunktion in den Vordergrund treten wird.

Es sind keine Gründe ersichtlich, die gegen einen „multifunktionalen“ Charakter der Geldentschädigung sprechen, so dass sie die Genugtuungs-, Ausgleichs- und Präventivfunktion verfolgt.¹⁸⁷³

¹⁸⁶⁶ *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinienii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 20 ff.; vgl. *Malein*, Gosudarstvo i pravo 1993, Nr. 3, S. 38 f.

¹⁸⁶⁷ Vgl. *Ermolova*, Nematerial'nye blaga i ich zaščita, S. 8 f.; *Erdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 224.

¹⁸⁶⁸ Schon in der sowjetischen Zeit *Malein*, Vozmeščenie vreda, pričinennogo ličnosti, S. 22; *ders.* Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom, S. 19; vgl. *ders.*, Gosudarstvo i pravo 1993, Nr. 3, S. 34; s. a. *Šičanin*, Zakonodatel'stvo i ekonomika 1994, Nr. 15-16, S. 23.

¹⁸⁶⁹ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 49; a. A. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 208 Fn. 54.

¹⁸⁷⁰ Föderales Gesetz „Ob obespečenii dostupa k informacii o dejatel'nosti sudov v Rossijskoj Federacii“ (Über die Gewährleistung des Zugangs zu den Informationen über die Tätigkeit der Gerichte in der Russischen Föderation) vom 22.12.2008 Nr. 262-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 265 vom 26.12.2008, Art. 14 Punkt 1 Unterpunkt 2 Buchstabe g und Art. 15.

¹⁸⁷¹ Nicht alle veröffentlichte Entscheidungen haben allerdings wegen des Schutzes der Vertraulichkeit die Angaben über die Höhe der zugesprochenen Entschädigung für moralischen Schaden.

¹⁸⁷² *Goršenkov*, Rossijskaja justicija 2006, Nr. 5, S. 19.

¹⁸⁷³ *Krasavčikova*, Ponjatie i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii, S. 20; *Rumma*, Naučnyj forum. Sibir' 2018, 4. Band, Nr. 2, S. 85.

cc) Die Voraussetzungen der Entschädigung für moralischen Schaden

Die Voraussetzungen der Entschädigung für moralischen Schaden sind gemäß Art. 151 ZGB RF die Zufügung eines moralischen Schadens, eine rechtswidrige Handlung des Schädigers, Kausalität zwischen dem moralischen Schaden und der rechtswidrigen Handlung und ein Verschulden.¹⁸⁷⁴ Die Entschädigung für moralischen Schaden erfolgt gemäß Art. 1099 Punkt 3 ZGB RF unabhängig vom Ersatz des Vermögensschadens.

• *Rechtswidrige Handlung des Schädigers*

Laut Art. 151 Abs. 1 ZGB RF kann der moralische Schaden infolge von Handlungen entstehen, die nicht vermögenswerte Persönlichkeitsrechte des Bürgers verletzen oder gegen ihm zustehende Nichtvermögensgüter gerichtet sind sowie in anderen gesetzlich geregelten Fällen. Mit anderen Worten kann der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden hinsichtlich aller Persönlichkeitsrechte gegen beliebige Eingriffe unter Umständen geltend gemacht werden.¹⁸⁷⁵ Ist der moralische Schaden infolge einer Verletzung von Vermögensrechten oder „anderen Rechten“¹⁸⁷⁶ entstanden, erfolgt die Entschädigung nach Art. 1099 Punkt 2 ZGB RF nur in den gesetzlich geregelten Fällen.¹⁸⁷⁷

Hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild indiziert das Fehlen der Einwilligung zur Bildnutzung die Rechtswidrigkeit der entsprechenden Handlung.¹⁸⁷⁸

¹⁸⁷⁴ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 90; *Cvetkov* in: Kamyšanskij/Koršunov/Ivanov (Hgg.), Graždanskoe pravo, 2. Teil, S. 640; *Marčenko*, Advokatskaja praktika 2002, Nr. 6, S. 23.

¹⁸⁷⁵ *Faddeva* in: Sergeev/Tolstoj, Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 390; *Korneev* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 2. Band, S. 1080 – Die Rechtswidrigkeit werde dabei präsumiert; *Rachmilovič*, Gosudarstvo i pravo 1996, Nr. 4, S. 118; vgl. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 200 – Es sei erforderlich, eine abschließende Liste der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte im Gesetz zu nennen, die Verletzung deren die Entschädigung für moralischen Schaden entstehen lasse.

¹⁸⁷⁶ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 7; s. dazu *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 160 – Es gehe dabei um die nicht vermögenswerten Rechte, die keine Persönlichkeitsrechte sind.

¹⁸⁷⁷ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 2 Abs. 4; *Babenko*, Pravo i ekonomika 2007, Nr. 1, S. 132 ff.; s. z. B. Gesetz der RF „O zaštite prav potrebitelej“ (Über den Schutz der Rechte der Verbraucher) vom 07.02.1992 Nr. 2300-1, Rossijskaja gazeta Nr. 8 vom 16.01.1996, Art. 15; Föderales Gesetz „Ob osnovach turistskoj dejatel'nosti v Rossijskoj Federacii“ (Über Grundlagen der Touristentätigkeit in der Russischen Föderation) vom 24.11.1996 Nr. 132-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 231 vom 03.12.1996, Art. 6 Abs. 6 - Dem Touristen steht das Recht zu, bei der Nichterfüllung der Leistung von der Reisebüro aufgrund des Touristenvertrags den Anspruch auf Schadensersatz und die Entschädigung für moralischen Schaden geltend zu machen; Trudovoj kodeks Rossijskoj Federacii (Arbeitsgesetzbuch der Russischen Föderation) vom 30.12.2001 Nr. 197-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 256 vom 31.12.2001, Art. 237.

¹⁸⁷⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 08.12.2014 (Verfahren Nr. 33-43962/2014) und vom 21.12.2012 (Verfahren Nr. 11-25219/2012); Gericht des autonomen Kreises der Chanten und Mansen - Jugra,

• *Zufügung des moralischen Schadens*

Wie bereits gesagt sind unter einem moralischen Schaden körperliche oder seelische Leiden zu verstehen. Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat in seiner Anweisung vom 20.12.1994 ausgeführt, dass das Gericht ermitteln muss, was die Verursachung solcher Leiden bestätigt.¹⁸⁷⁹ Die tatsächlichen Umstände der Zufügung des moralischen Schadens sind dabei nach Art. 1101 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF zu berücksichtigen, also die Dauer der Rechtsverletzung, die Auflagenstärke einer Zeitung mit dem rechtswidrig veröffentlichten Bild des Bürgers, Art und Gestaltung des Zeitungsartikels u. ä.

Insbesondere kann sich ein moralischer Schaden in seelischen Entbehrungen äußern, die „infolge des Erlebens des Todes von Angehörigen, einer nicht aktiven Beteiligung am sozialen Leben, eines gelösten Arbeitsverhältnisses, der Offenbarung von ärztlichen oder familiären Geheimnissen, der Verbreitung einer unwahren Tatsache, die die Ehre, die Würde und den geschäftlichen Ruf verletzen, einer vorübergehenden Einschränkung oder Entziehung von Rechten, eines physischen Schmerzes wegen einer verursachten Körperverletzung, einer anderen Gesundheitsbeeinträchtigung oder infolge einer durch seelisches Leid verursachten Krankheit entstehen“.¹⁸⁸⁰

Dementsprechend ist die Verursachung z. B. einer hypertonen Krise wegen eines Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht als Zufügung eines moralischen Schadens anzusehen.¹⁸⁸¹ Die Gesundheitsbeeinträchtigungen infolge der seelischen Leiden sollen generell mithilfe einer ärztlichen Untersuchung bewiesen werden.¹⁸⁸² Ansonsten fällt es aber schwer, die Leiden eines anderen Menschen zu bestimmen und zu schätzen.¹⁸⁸³ Die russische Rechtsprechung geht deshalb davon aus, dass bei jeder Verletzung des Persönlichkeitsrechts, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, die Zufügung eines moralischen Schadens vermutet wird.¹⁸⁸⁴ Nach der

Appellationsbeschluss vom 29.05.2012 im Verfahren Nr. 33-2207/2012; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸⁷⁹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenijsa zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 1 Abs. 2.

¹⁸⁸⁰ Ebd., Punkt 2 Abs. 2.

¹⁸⁸¹ Vgl. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 2 f.; a. A. *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 66 – Es solle um eine selbständige Gesundheitsbeeinträchtigung die Rede sein.

¹⁸⁸² Vgl. das Oberste Gericht der Republik Burjatija, Kassationsbeschluss vom 12.12.2011 Nr. 33-3508, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁸⁸³ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff. – Es sei unmöglich, den Charakter und das Maß der fremden Leiden objektiv zu schätzen.

¹⁸⁸⁴ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 90 f.; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 77; *Antonov*, Vestnik Severo-Osetinskogo gosudarstvennogo universiteta imeni Kosta Levanoviča Chetagurova 2013, Nr.4, S. 160; *Maziev*, Vestnik Severo-Kavkazskogo federal'nogo

Feststellung des rechtswidrigen Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht einer Person nimmt sie einen moralischen Schaden an und kommt sofort zur Bemessung der Entschädigungshöhe.¹⁸⁸⁵ Aus prozessualer Sicht ruft eine solche Vermutung keine Einwände hervor, weil nach Art. 55 Teil 1 und Art. 68 der Zivilprozessordnung der Russischen Föderation¹⁸⁸⁶ (im Folgenden ZPO RF) die Behauptungen der Kläger zu den einschlägigen und zulässigen Beweismitteln gehören und die Verursachung der körperlichen oder seelischen Leiden formell bestätigen.¹⁸⁸⁷ Teile der Literatur sprechen sich in diesem Sinne dafür aus, die Vermutung eines moralischen Schadens gesetzlich zu verankern.¹⁸⁸⁸

- *Kausalität zwischen dem moralischen Schaden und der rechtswidrigen Handlung*

Die Kausalität zwischen dem moralischen Schaden und einer rechtswidrigen Handlung des Schädigers muss in jedem Einzelfall festgestellt werden, wobei die Beweislast beim Verletzten liegt.¹⁸⁸⁹

- *Verschulden des Schädigers*

Die Pflicht der Entschädigung für moralischen Schaden setzt grundsätzlich das Verschulden des Schädigers voraus.¹⁸⁹⁰ Davon gibt es Ausnahmen. Nach Art. 1100 ZGB RF steht dem Verletzten ein verschuldensunabhängiger Anspruch auf Geldentschädigung zu, wenn

universiteta 2013, Nr. 2 (35), S. 221; vgl. *Zacharov N.*, Jurist 2014, Nr. 9, S. 4; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 06.06.2017 im Verfahren Nr. 11-7320/2017; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 04.08.2014 Nr. 4g/2-7804/2014; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 02.07.2014 (Verfahren Nr. 33-25456) und vom 04.07.2013 (Verfahren Nr. 11-20857); Stadtgericht Moskau, Beschlüsse vom 19.09.2013 Nrn. 4g/2-9279/13, 4g/2-9285/13, 4g/2-9287/13, 4g/2-9288/13, 4g/2-9289/13; vom 18.09.2013 Nrn. 4g/2-9282/13, 4g/2-9283/13, 4g/2-9284/13, 4g/2-9286/13; das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 13.06.2013 im Verfahren Nr. 33-1126/2013; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; kritisch dazu *Solomeina*, Arbitražnyj i graždanskij process 2008, Nr. 8, S. 24 ff.

¹⁸⁸⁵ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 91; *Antonov*, Vestnik Severo-Osetinskogo gosudarstvennogo universiteta imeni Kosta Levanoviča Chetagurova 2013, Nr.4, S. 160.

¹⁸⁸⁶ Graždanskij prozessual'nyj kodeks Rossijskoj Federacii vom 14.11.2002 Nr. 138-FZ, Rossijskaja gazeta Nr. 220 vom 20.11.2002.

¹⁸⁸⁷ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 04.12.2018 im Verfahren Nr. 44g-371; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 91.

¹⁸⁸⁸ S. z. B. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 90; *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 11; *Solov'ev*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 10; vgl. *Arzumanjan*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekty graždanskich prav, S. 30; *Zacharov N.*, Jurist 2014, Nr. 9, S. 4; a. A. *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 77; *Solomeina*, Arbitražnyj i graždanskij process 2008, Nr. 8, S. 24 ff.

¹⁸⁸⁹ *Cvetkov* in: Kamyšanskij/Koršunov/Ivanov (Hgg.), Graždanskoe pravo, 2. Teil, S. 648.

¹⁸⁹⁰ S. z. B. Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 14.10.2015 im Verfahren Nr. 33-9673/2015, n. v., zitiert nach Consultant; kritisch dazu *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 11; *Arzumanjan*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekty graždanskich prav, S. 30.

Leben oder Gesundheit im Rahmen der Gefährdungshaftung beeinträchtigt wurden, wenn der Schaden infolge einer von den Behörden durchgeführten rechtswidrigen Freiheitsentziehung oder einer verbreiteten Mitteilung, die für eine Beeinträchtigung der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs des Bürgers geeignet ist, zugefügt wurde, und in sonstigen gesetzlich geregelten Fällen.

Da obige Regelungen das Recht am eigenen Bild nicht berühren, bleibt es bei dem Grundsatz, dass die Verletzung dieses Rechts nur infolge vorsätzlicher oder fahrlässiger Handlung des Schädigers zur Geldentschädigung führt.¹⁸⁹¹ Das Verschulden wird allerdings vermutet, was aus Art. 1064 Punkt 2 ZGB RF folgt, der, wie alle anderen allgemeinen Deliktsgesetze (Art. 1064 ff. ZGB RF),¹⁸⁹² für die Entschädigung für moralischen Schaden Anwendung findet.¹⁸⁹³

dd) Die Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden

Das Gericht bestimmt die Höhe der Entschädigung für moralischen Schaden gemäß Art. 151 Abs. 1, Art. 1101 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF nach seinem freien Ermessen unter Beachtung aller Umstände des Einzelfalls. Es ist auch eine Vereinbarung im Rahmen eines gerichtlich zu bestätigenden Vergleichs möglich.¹⁸⁹⁴

Im russischen Recht gibt es keine Tabelle für die Höhe der Entschädigung. *Trunov* wies zwar 2008 darauf hin, dass das OG RF daran arbeite.¹⁸⁹⁵ Bislang ist jedoch kein Ergebnis ersichtlich. Im Schrifttum werden unterschiedliche Methoden der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden vorgeschlagen,¹⁸⁹⁶ die in der Rechtsprechung jedoch

¹⁸⁹¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.12.2014 im Verfahren Nr. 33-43962/2014, n. v., zitiert nach Consultant – Der Kauf eines Fotos von einem Berufsfotograf befreit den Bildnutzer von der Pflicht nicht, den Abgebildeten nach seiner Einwilligung zu fragen.

¹⁸⁹² OG RF, Überblick über die Praxis des Obersten Gerichts der Russischen Föderation für das dritte Quartal des Jahres 1999, bestätigt durch den Beschluss des Präsidiums des Obersten Gerichts der RF vom 29.12.1999, veröffentlicht in: *Bjulleten' Verchovnogo Suda RF* 2000, Nr. 5; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialjnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 77.

¹⁸⁹³ *Gavrilov*, Rossijskaja justicija 2000, Nr. 6, 21 f.; vgl. *Korneev* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 2. Band, S. 1089; *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 213; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialjnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 175; *Cvetkov* in: *Kamyšanskij/Koršunov/Ivanov* (Hgg.), Graždanskoe pravo, 2. Teil, S. 649.

¹⁸⁹⁴ *Micheeva* in: *Krašeninnikov* (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 151, Punkt 1; *Čornovol*, Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 1, S. 62; vgl. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 168 - Denkbar sei überdies die außergerichtliche Vereinbarung der Höhe der Entschädigung für moralischen Schaden im Vertrag.

¹⁸⁹⁵ *Trunov*, *Ogonek* 2008, Nr. 34, S. 37.

¹⁸⁹⁶ S. z. B. *Ėrdelevskij*, Moral'nyj vred i kompensacija za stradanija, 4. Kapitel § 1, zitiert nach Consultant; vgl. dazu *Trofimova, G.*, *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2016, Nr. 7, zitiert nach Consultant; vgl. *Kločkov*,

unberücksichtigt bleiben. Es gibt auch keine Unter- oder Obergrenze der Entschädigung,¹⁸⁹⁷ obwohl das russische Recht Erfahrungen mit der Festlegung solcher Grenzen hat.¹⁸⁹⁸

Die Hauptbemessungsfaktoren sind nach Art. 151 Abs. 2 und Art. 1101 Punkt 2 ZGB RF der Charakter und das Maß der körperlichen und seelischen Leiden sowie der Grad des Verschuldens des Schädigers. Darüber hinaus sind Rationalität und Gerechtigkeit (Art. 1101 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF) und sonstige „beachtenswerte Umstände“ (Art. 151 Abs. 2 ZGB RF)¹⁸⁹⁹ zu berücksichtigen.

- *Charakter und Maß der körperlichen und seelischen Leiden*

Bei der Würdigung des Charakters der körperlichen und seelischen Leiden muss man gemäß Art. 1101 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF die tatsächlichen Umstände ihrer Zufügung analysieren. Der Charakter und das Maß solcher Leiden hängt in erster Linie von der Dauer¹⁹⁰⁰ und Art¹⁹⁰¹ der Rechtsverletzung ab, etwa von der Anzahl der unbefugt genutzten

Kompensacija moral'nogo vreda kak mera graždansko-pravovoj otvetstvennosti, S. 22 f.; s. a. *Čerkunova*, Intellektual'nyj potencial XXI veka: stupeni poznanija 2011, Nr. 6, S. 348 ff.

¹⁸⁹⁷ *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 151, Punkt 5; *Pavlov/Fedjakova/Piskunova*, in: Kulešova (Hrsg.), Aktual'nye problemy graždanskogo prava: potrebnosti graždanskogo obščestva i gosudarstva, Materialien zur II. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 91; billigend dazu *Migačeva* in: Sammelband der Werke zur Konferenz an der Staatlichen Universität Kuban, S. 76; kritisch dazu und für die Verankerung der Obergrenze *Orlov*, Vestnik Sankt-Peterburgskoj juridičeskoj akademii 2014, 22. Band, Nr. 1, S. 70 f.; für die Verankerung der Unter- und Obergrenze *Karmanova*, VUZ. XXI vek 2013, Nr. 1 (41), S. 67; *Antonov*, Vestnik Severo-Osetinskogo gosudarstvennogo universiteta imeni Kosta Levanoviča Chetagurova 2013, Nr.4, S. 160; *Veškurceva*, Aktual'nye problemy kompensacii moral'nogo vreda pri narušenii ličnych neimuščestvennych prav v seti internet i drugih informacionno-kommunikacionnych setjach, S. 15 f.; für die Verankerung der Untergrenze, die sich am Mindestlohn orientiert, *Maleina*, Žurnal rossijskogo prava 2015, Nr. 5, S. 72; *dies.*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 49 f.

¹⁸⁹⁸ Von 1 bis 50 ₰ für die persönliche Kränkung oder Beleidigung, s. 10. Band, 1. Teil, 2. Buch, 2. Abschnitt, Kapitel VI, Art. 667 der Gesetzessammlung des Russischen Zarenreichs von 1832; 50.000 ₰ als Obergrenze der Entschädigung für moralischen Schaden wurde im Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die Presse und andere Medien von 1990 vorgesehen, s. dazu *Trofimova* in: Sudebnaja vlast' v Rossijskoj Federacii: zakon, teorija, praktika, der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 830; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 49; s. a. *Malein*, Gosudarstvo i pravo 1993, Nr. 3, S. 34 f. – bis zu 3.000 ₰ für die Beleidigung des Präsidenten der UdSSR und bis zu 300 ₰ für die Beleidigung des Richters oder Laienrichters.

¹⁸⁹⁹ Vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 1 Abs. 2.

¹⁹⁰⁰ *Trofimova*, Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija, S. 11; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Omsk, Appellationsbeschlüsse vom 02.03.2016 (Verfahren Nr. 33-1833/2016), vom 02.07.2014 (Verfahren Nr. 33-4037/2014), ohne Datum (Verfahren Nr. 33-2700/2015); Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 12.05.2015 im Verfahren Nr. 33-3572; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 12.01.2015 im Verfahren Nr. 33-72/2014 - Die Nutzung eines Hochzeitsfotos einer Klägerin in einer Werbung drei Monate lang; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁰¹ Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 12.01.2015 im Verfahren Nr. 33-72/2014 – Die Nutzung eines Hochzeitsfotos einer Klägerin in einer Werbung während des Scheidungsverfahrens; s. a. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.05.2014 (Verfahren Nr. 33-10787), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3919, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7055/13 wurde

Abbildungen¹⁹⁰² und ihrem Verbreitungsgrad.¹⁹⁰³ Die Verbreitung der Intimfotos wirkt erhöhend.¹⁹⁰⁴ Außerdem ist zu berücksichtigen, dass eine Bildveröffentlichung im Internet regelmäßig eine breitere Öffentlichkeit erreicht, als eine solche in einem Printmedium.¹⁹⁰⁵

Dabei sind gemäß Art. 151 Abs. 2 und Art. 1101 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF die individuellen persönlichen Eigenheiten des Opfers zu berücksichtigen,¹⁹⁰⁶ die unter anderem durch seine Persönlichkeit und berufliche sowie soziale Stellung zu bestimmen sind.¹⁹⁰⁷

die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3921, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7053/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; vgl. Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 1 Abs. 2.

¹⁹⁰² S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.12.2016 (Verfahren Nr. 33-50423/2016), vom 12.04.2016 (Verfahren Nr. 33-12878/2016 und 33-12879/2016), vom 06.04.2016 (Verfahren Nr. 33-11961/2016), vom 16.05.2014 (Verfahren Nr. 33-10787, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 04.08.2014 Nr. 4g/2-7804/2014 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 02.11.2016 Nr. 4g/2-12600/2016; Siebentes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 24.12.2014 Nr. 07AP-10745/2014 im Verfahren Nr. A67-2536/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁰³ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaštite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.03.2016 (Verfahren Nr. 33-5243/2016), vom 16.05.2014 (Verfahren Nr. 33-10787) und vom 04.04.2014 (Verfahren Nr. 33-10740), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3919, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7055/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3921, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7053/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁰⁴ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 16.06.2017 im Verfahren Nr. 33-9835/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁰⁵ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 07.09.2017 Nr. 33-17772/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 20.12.2016 im Verfahren Nr. 33-50423/2016; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 02.11.2016 Nr. 4g/2-12600/2016; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁰⁶ Semykin, Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Rechtswissenschaft 2014, Nr. 2, S. 63; a. A. Gavrilov, Rossijskaja justicija 2000, Nr. 6, 21 f.

¹⁹⁰⁷ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaštite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; vgl. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 04.03.2013, Verfahren Nr. 11-3921, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7053/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt und Verfahren Nr. 11-3919, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7055/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; ausführlicher dazu Majsak, Advokat 2009, Nr. 4, S. 90 ff.

• *Grad des Verschuldens des Schädigers*

Der Schädiger muss vorsätzlich oder fahrlässig handeln, was bei der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden zu beachten ist. Ein Mitverschulden des Betroffenen im Deliktsfall gehört ebenso nach Art. 1083 ZGB RF zu den Bemessungsfaktoren.¹⁹⁰⁸ Wurde der Schaden infolge einer vorsätzlichen Handlung des Geschädigten verursacht, entfällt sein Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden. Hat seine grobe Fahrlässigkeit zur Entstehung oder Erhöhung des Schadens beigetragen, so ist die Höhe der Entschädigung je nach dem Verschulden des Schädigers und des Opfers zu verringern. Ohne Schuld haftet der Täter nicht, auch wenn der Geschädigte grob fahrlässig gehandelt hat, da es im Bereich des Rechts am eigenen Bild eine verschuldensunabhängige Haftung nicht in Betracht kommt.

Ähnliche Regelungen, außer der Versagung der Entschädigung wegen des Mitverschuldens des Betroffenen, gelten für Vertragsverhältnisse gemäß Art. 404 Punkt 1 ZGB RF. Im unternehmerischen Bereich haftet aber der Schuldner nach Art. 401 Punkt 3 ZGB RF wegen nicht oder nicht wie geschuldet erbrachter Leistung verschuldensunabhängig, falls nicht beweist, dass dies von einer höheren Gewalt verursacht wurde. Etwas anderes kann aus dem Gesetz oder Vertrag folgen. Ein Mitverschulden des Geschädigten ist laut Art. 404 Punkt 2 ZGB RF auch in diesem Fall zu berücksichtigen.

• *Kriterien der Rationalität und Gerechtigkeit*

Gemäß Art. 1101 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF sind bei der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden die Kriterien der Rationalität und Gerechtigkeit zu beachten. Das Kriterium der Rationalität bedeutet, dass die Entschädigungssumme dem Schaden angemessen ist und nicht zur ungerechtfertigten Bereicherung des Geschädigten führen darf.¹⁹⁰⁹ Das Kriterium der Gerechtigkeit zeigt sich dadurch, dass die Geldentschädigung einerseits den moralischen Schaden ausgleichen soll und andererseits den Schädiger nicht in eine Notlage bringen darf.¹⁹¹⁰

¹⁹⁰⁸ *Erdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i komentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 213; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff; *Peškova*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerialjnym blagam i neimuščestvennym pravam, S. 42.

¹⁹⁰⁹ Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 29.11.2017 im Verfahren Nr. 33-19269/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹¹⁰ Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 29.11.2017 im Verfahren Nr. 33-19269/2017, n. v., zitiert nach Consultant; *Guev*, Graždanskoe pravo, S. 438.

In der russischen Literatur werden diese Begriffe für schwammig gehalten.¹⁹¹¹ Die Rechtsprechung stellt üblicherweise bloß fest, dass den Kriterien von Rationalität und Gerechtigkeit gefolgt wurde.¹⁹¹²

Allerdings dienen diese den Gerichten manchmal als eine rechtliche Grundlage für die Herabsetzung der in Anspruch genommenen Entschädigungssummen¹⁹¹³ und seltener für ihre Erhöhung.¹⁹¹⁴ Insbesondere darf diese keine Höhe erreichen, die die Medienfreiheit unverhältnismäßig einschränken kann.¹⁹¹⁵ Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hebt hervor, dass man den Anspruch auf die Entschädigung für moralischen Schaden zwecks der Einschränkung des Rechts auf Meinungsäußerung, einschließlich der Freiheit, sich an die eigene Meinung zu halten, und der Freiheit, die Informationen und Ideen ohne Einmischung seitens der öffentlichen Gewalt zu erhalten und zu verbreiten, nicht ausnutzen darf (Art. 29 der Verfassung der RF, Art. 10 der Menschenrechtskonvention und Art. 10 ZGB RF).¹⁹¹⁶ So hat

¹⁹¹¹ *Orlov*, Vestnik Sankt-Peterburgskoj juridičeskoj akademii 2014, 22. Band, Nr. 1, S. 68; *Ugurčeva*, Aktual'nye problemy ekonomiki i prava 2011, Nr. 4, S. 267; *Majsak*, Advokat 2009, Nr. 4, S. 88; *Pogudina*, Vestnik TISBI 2001, Nr. 4, abrufbar unter <<http://www.law.edu.ru/doc/document.asp?docID=1217472>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020; s. dazu *Bogdanova*, Žurnal rossijskogo prava 2013, Nr. 12, S. 83.

¹⁹¹² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.05.2014 (Verfahren Nr. 33-10787), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3919, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7055/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3921, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7053/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Gavrilov*, Rossijskaja justicija 2000, Nr. 6, 21 f.; *Nikolaeva*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity, Jur. Diss., S. 187; *Ovčinnikova*, Aktual'nye problemy prava i gosudarstva v XXI veke 2018, Nr. 2, S. 87 f.; vgl. *Timešov*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita, S. 14.

¹⁹¹³ Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschlüsse vom 21.05.2019 (Verfahren Nr. 33-7552/2019) und vom 16.06.2017 (Verfahren Nr. 33-9835/2017); Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 14.12.2016 im Verfahren Nr. 33-45616/2016; Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.04.2011 im Verfahren Nr. 33-12705; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹¹⁴ Das Oberste Gericht der Republik Baškortostan, Appellationsbeschluss vom 17.06.2019 im Verfahren Nr. 33-10330/2019; Gebietsgericht des Gebiets Volgograd, Appellationsbeschluss vom 29.11.2017 im Verfahren Nr. 33-19269/2017; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹¹⁵ Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primeneniya sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), Rossijskaja gazeta Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 38 Abs. 3; Anweisung des Plenums des OG RF vom 24.02.2005 Nr. 3 „O sudebnoj praktike po delam o zaščite česti i dostoinstva graždan, a takže delovoj reputacii graždan i juridičeskich lic“ (Über die gerichtliche Praxis in Verfahren zum Schutz der Ehre und Würde der Bürger sowie des geschäftlichen Rufs der Bürger und der juristischen Personen), Rossijskaja gazeta Nr. 50 vom 15.03.2005, Punkt 15; vgl. OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, der letzte Absatz, zitiert nach Consultant; *Lapač* in: Kamyšanskij/Koršunov/Ivanov (Hgg.), Graždanskoe pravo, I. Teil, S. 271; *Nochrina* in: Tolstoj (Hrsg.), Graždanskoe pravo, S. 386.

¹⁹¹⁶ Anweisung des Plenums des OG RF vom 15.06.2010 Nr. 16 „O praktike primeneniya sudami Zakona Rossijskoj Federacii 'O sredstvach massovoj informacii'“ (Über die Praxis der Anwendung des Gesetzes der Russischen Föderation 'Über die Massenmedien'), Rossijskaja gazeta Nr. 132 vom 18.06.2010, Punkt 38 Abs. 2.

das Gebietsgericht des Gebiets Moskau die gegenüber einem Sendeunternehmen in Anspruch genommene Entschädigungssumme in Höhe von 3.000.000 ₪ als übertrieben erachtet.¹⁹¹⁷

Den Kriterien der Rationalität und Gerechtigkeit wird auch dann gefolgt, wenn man den Einzug der ganzen Auflage einer Zeitung mit einem rechtswidrig veröffentlichten Bild als eine Brechung des Interessenausgleichs ansieht,¹⁹¹⁸ auch wenn dies in Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF ausdrücklich geregelt ist.

Dass die Geldentschädigung den Rechtsverletzer nicht in eine Notlage bringen darf wird in der russischen Rechtsprechung auch für Unternehmen berücksichtigt. So hat das Oberste Gericht der Republik Mordovija bei der Überprüfung der Höhe der Geldentschädigung gemäß der Berufungsklage des Schädigers – einer Aktiengesellschaft - berücksichtigt, dass die Entschädigungssumme „ihre finanzielle Lage“ nicht beeinträchtigt.¹⁹¹⁹ Dem kann man nicht zustimmen. Da Unternehmen, anders als die Medien, ausschließlich ihre kommerziellen Interessen verfolgen, müssen die Sanktionen den Rechtsverletzungen adäquat sein. Sonst werden sie sich lohnen.

• *Sonstige beachtenswerte Umstände*

Gemäß Art. 1083 Punkt 3 ZGB RF kann das Gericht die Entschädigungssumme verringern, wenn der Schädiger eine natürliche Person ist und seine Solvenz dies erforderlich macht, es sei denn, der Schaden ist infolge einer vorsätzlichen Handlungen entstanden.¹⁹²⁰

¹⁹¹⁷ Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss vom 15.04.2015 im Verfahren Nr. 33-8856/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹¹⁸ Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 29.09.2016 im Verfahren Nr. 11-13647/2016; vgl. aber Gebietsgericht des Gebiets Kirov, Appellationsbeschlüsse vom 02.07.2015 (Verfahren Nr. 33-2719/2015) und vom 02.07.2015 (Verfahren Nr. 33-2722/2015); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹¹⁹ Vgl. das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 13.06.2013 im Verfahren Nr. 33-1126/2013, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁰ S. dazu OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: B'ulleten' Verchovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16791/2015) und vom 20.05.2015 (Verfahren Nr. 33-16797/2015); Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 19.09.2013 im Verfahren Nr. 11-9520/2013; berücksichtigt auch hinsichtlich einer juristischen Person von Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 30.05.2016 (Verfahren Nr. 33-20598/2016), vom 04.10.2016 (Verfahren Nr. 33-20598/2016); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. a. *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff.; *Erdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i komentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 215; *Guev*, Graždanskoe pravo, S. 438; *Šičanin*, Zakonodatel'stvo i ekonomika 1994, Nr. 15-16, S. 23 f.; *Orlov*, Vestnik Sankt-Peterburgskoj juridičeskoj akademii 2014, 22. Band, Nr. 1, S. 69; *Parygina*, Sud'ja 2018, Nr. 10, zitiert nach Consultant.

Maleina weist dabei darauf hin, dass bei gleicher Bedürftigkeit des Verletzers und Verletzten die Entschädigungssumme nicht herabzusetzen sei.¹⁹²¹

Ob ein außerordentlich hoher Lebensstandard des Geschädigten auf die Geldentschädigungssumme erhöhend wirkt,¹⁹²² ist schwer zu beantworten, weil die auf den offiziellen Internetseiten der russischen Gerichte veröffentlichten Entscheidungen oft wegen des Schutzes der Vertraulichkeit weder den Namen der Kläger noch die zugesprochenen Summen enthalten.¹⁹²³ Nach Art. 151 Abs. 2 und Art. 1101 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF hat aber das Gericht, wie bereits gesagt, die individuellen persönlichen Eigenheiten des Abgebildeten, also auch seine soziale Stellung, zu berücksichtigen.

Ferner richtet sich die Entschädigung für moralischen Schaden nach der Persönlichkeit des Täters,¹⁹²⁴ seinem Verhalten nach der Rechtsverletzung,¹⁹²⁵ etwa einer freiwilligen Geldentschädigung,¹⁹²⁶ dem Zweck der Bildnutzung¹⁹²⁷ sowie der zeitlichen Dauer nach dem Eingriff in das Recht am eigenen Bild.¹⁹²⁸

Nach der Anweisung des Plenums des OG RF muss das Gericht unter anderem feststellen, wie hoch die Entschädigung in der Vorstellung des Verletzten sein soll.¹⁹²⁹ Eine solche Vorstellung eignet sich aber in der Praxis kaum als Orientierung des Gerichts für die

¹⁹²¹ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff.; *dies.*, Žurnal rossijskogo prava 2015, Nr. 5, S. 71.

¹⁹²² Bejajt z. B. von *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 223 ff.; verneint z. B. von *Šičanin*, Zakonodatel'stvo i ěkonomika 1994, Nr. 15-16, S. 23; *Majsak*, Advokat 2009, Nr. 4, S. 92.

¹⁹²³ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.05.2014 im Verfahren Nr. 33-15866, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁴ OG RF, Obzor praktiki rassmotrenija sudami Rossijskoj Federacii del o zaščite česti, dostoinstva i delovoj reputacii, a takže neprikosnovennosti častnoj žizni publičnych lic v oblasti politiki, iskusstva, sporta, za period c 2004 po 2006 (Überblick über die Praxis der Gerichte der Russischen Föderation in Verfahren zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs sowie der Unantastbarkeit des Privatlebens von öffentlichen Personen im Bereich der Politik, der Kunst und des Sports im Zeitraum von 2004 bis 2006), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verhovnogo Suda RF 2007, Nr. 12, S. 27-30, zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁵ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 07.09.2017 Nr. 33-17772/2017; vgl. Regionsgericht der Region Primorje, Beschluss vom 14.09.2015 im Verfahren Nr. 33-8169/2015 – Die Wiederholung der Rechtsverletzung; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁶ *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 216; *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff.

¹⁹²⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 14.01.2013 im Verfahren Nr. 11-831, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁸ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 51 ff.; *dies.*, Žurnal rossijskogo prava 2015, Nr. 5, S. 71; vgl. *Ėrdelevskij*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki, S. 162 ff.; *Šičanin*, Zakonodatel'stvo i ěkonomika 1994, Nr. 15-16, S. 24; s. z. B. Gebietsgericht des Gebiets Čeljabinsk, Appellationsbeschluss vom 27.01.2017 im Verfahren Nr. 11-1143/2017; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.06.2016 im Verfahren Nr. 33-22522/2016; Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 12.05.2015 im Verfahren Nr. 33-3572; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹²⁹ Anweisung des Plenums des OG RF vom 20.12.1994 Nr. 10 „Nekotorye voprosy primenenija zakonodatel'stva o kompensacii moral'nogo vreda“ (Einige Fragen der Anwendung der Gesetzgebung über die Entschädigung für moralischen Schaden), Rossijskaja gazeta Nr. 29 vom 08.02.1995, Punkt 1 Abs. 2.

Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden. Dies deshalb, da die Gerichtsgebühr bei Klageerhebung fest ist und nicht von der begehrten Summe abhängt.¹⁹³⁰ Die Gebühr beträgt für eine natürliche Person 300 ₪ beim Zivilgericht.¹⁹³¹ Dementsprechend schätzen die Kläger ihre körperlichen oder seelischen Leiden subjektiv nicht selten unverhältnismäßig hoch.¹⁹³² Schon vor der gesetzlichen Anerkennung der Entschädigung für moralischen Schaden wurde in der russischen Literatur die Besorgnis geäußert, dass die Geschädigten die Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte ausnutzen könnten, um daran Geld zu verdienen.¹⁹³³ Die Gerichte reduzieren daher ständig die begehrte Höhe der Entschädigung unter Hinweis auf Art. 10 ZGB RF.¹⁹³⁴

¹⁹³⁰ Vgl. *Zhujkov*, Bulletin' Verhovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, S. 14.

¹⁹³¹ Nalogovyj kodeks Rossijskoj Federacii (Steuergesetzbuch der Russischen Föderation), zweiter Teil vom 05.08.2000 Nr. 117-FZ, SZ RF 2000, Nr. 32, Pos. 3340, Art. 333.19 Punkt 1 Unterpunkt 3; vgl. 6.000 ₪ beim Arbitragegericht, s. Art. 333.21 Punkt 1 Unterpunkt 4.

¹⁹³² So auch *Gavrilov*, Rossijskaja justicija 2000, Nr. 6, 21 f.; *Zujkov*, Bulletin' Verhovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, S. 14; *Semykin*, Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Rechtswissenschaft 2014, Nr. 2, S. 62; vgl. *Pavlov/Fedjakova/Piskunova*, in: Kulešova (Hrsg.), Aktual'nye problemy graždanskogo prava: potrebnosti graždanskogo obščestva i gosudarstva, Materialien zur II. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 91 f.; *Malein*, Gosudarstvo i pravo 1993, Nr. 3, S. 35; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.09.2013 im Verfahren Nr. 11-28616 - zugesprochen 50.000 ₪ statt geforderte 3.000.000 ₪; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 22.08.2013 Nr. 4g/2-6421/13 - zugesprochen 60.000 ₪ statt geforderte 5.000.000 ₪; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 12.02.2013 im Verfahren Nr. 11-4539 - zugesprochen 10.000 ₪ statt geforderte 3.000.000 ₪; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.02.2013 im Verfahren Nr. 11-1434 - zugesprochen 50.000 ₪ statt geforderte 2.000.000 ₪; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 13.08.2012 im Verfahren Nr. 33-6862/2012 - zugesprochen 75.000 ₪ statt geforderte 1.000.000 ₪; Gebietsgericht des Gebiets Belgorod, Überblick über die Praxis in Zivilsachen für Juni 2012, n. v., zitiert nach Consultant - zugesprochen 10.000 ₪ statt geforderte 500.000.000 ₪; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 04.04.2012 im Verfahren Nr. 33-9880 - zugesprochen 100.000 ₪ statt geforderte 10.000.000 ₪; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹³³ Vgl. *Pokrovskij*, Osnovnye problemy graždanskogo prava, S. 142 f.

¹⁹³⁴ Vgl. *Semykin*, Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Rechtswissenschaft 2014, Nr. 2, S. 62; s. Beispiele in Fn. 1953 der vorliegenden Arbeit.

Für eine Verletzung des Rechts am eigenen Bild liegen die Entschädigungssummen üblicherweise zwischen 20.000¹⁹³⁵ (seltener 10.000¹⁹³⁶) und 50.000¹⁹³⁷ (seltener 100.000¹⁹³⁸) ₰.¹⁹³⁹ Wegen einer unbefugten Veröffentlichung außergewöhnlich vieler Fotoaufnahmen (13 Stück) wurde eine Entschädigung in Höhe von 200.000 ₰ zugesprochen.¹⁹⁴⁰ Die Entscheidung des Gerichts des Stadtbezirks Kalininskij der Stadt Ufa vom 15.09.2017,¹⁹⁴¹ in der die Entschädigung für moralischen Schaden in Höhe von 600.000 ₰ zugesprochen wurde, weckt besondere Aufmerksamkeit auf sich. Der Sachverhalt bestand darin, dass bei der Berichterstattung in einer föderalen Sendung und danach im Internet über den Selbstmord einer

¹⁹³⁵ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 10.07.2018 Nr. 33-12969/2018 im Verfahren Nr. 2-222/2018; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.02.2017 (Verfahren Nr. 33-1994/2017, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.06.2017 Nr. 4g/2-8016/2017 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-7094); das Oberste Gericht der Republik Tatarstan, Appellationsbeschluss vom 04.07.2016 im Verfahren Nr. 33-11085/2016; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 12.01.2015 im Verfahren Nr. 33-72/2014; das Oberste Gericht der Republik Udmurtskaja, Appellationsbeschluss vom 30.09.2013 im Verfahren ohne Nummer; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 30.08.2013, Nr. 4g/2-7054/13; Siebentes Appellationsarbitragegericht, Urteil vom 24.12.2014 Nr. 07AP-10745/2014 im Verfahren Nr. A67-2536/2014; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹³⁶ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschlüsse vom 30.01.2018 Nr. 33-28913/2017 im Verfahren Nr. 2-3799/2017 und vom 09.12.2015 Nr. 33-21828/2015; Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Appellationsbeschluss vom 30.06.2014 im Verfahren Nr. 33-14128/2014; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 13.08.2012 im Verfahren Nr. 33-6862/2012; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 20.12.2011 Nr. 4g/2-10970/2011; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Sovetskij der Stadt Krasnojarsk, Urteil vom 07.10.2008, abrufbar unter <<http://www.gliskov.ru/docs/64>>, zuletzt abgerufen am 30.05.2017.

¹⁹³⁷ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 30.06.2016 (Verfahren Nr. 33-25097/2016 – für die Bildnutzung auf dem Titelblatt eines Buches), vom 16.01.2015 (Verfahren Nr. 33-0981), vom 22.05.2014 (Verfahren Nr. 33-15457), vom 08.12.2014 (Verfahren Nr. 33-43962/2014), vom 28.11.2013 (Verfahren Nr. 11-38788, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 20.03.2014 Nr. 4g/3-2117/14 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 06.09.2013 (Verfahren Nr. 11-28616), vom 08.02.2013 (Verfahren Nr. 11-1434), vom 14.03.2013 (Verfahren Nr. 11-8112) und vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3921, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7053/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt); Stadtgericht St. Petersburg, Kassationsbeschluss vom 07.02.2012 Nr. 33-1695/2012; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude, Urteil vom 21.07.2009 im Verfahren Nr. 2-2129/2009, n. v.

¹⁹³⁸ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.11.2015 (Verfahren Nr. 33-38671), vom 04.03.2013 (Verfahren Nr. 11-3919, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 30.08.2013 Nr. 4g/2-7055/13 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt), vom 26.09.2012 (Verfahren Nr. 11-23386); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 04.04.2012 im Verfahren Nr. 33-9880; vgl. Ahtes Kassationsgericht, Beschluss vom 19.12.2019 Nr. 88-1323/2019 - zugesprochen 70.000 ₰; Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 22.08.2013 Nr. 4g/2-6421/13 – zugesprochen 60.000 ₰; Regionsgericht der Region Krasnojarsk, Appellationsbeschluss vom 13.08.2012 im Verfahren Nr. 33-6862/2012 – zugesprochen 75.000 ₰; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹³⁹ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 16.12.2019 (Verfahren Nr. 33-54324 – zugesprochen 40.000 ₰), vom 28.02.2018 (Verfahren Nr. 33-9129/2018 – zugesprochen 30.000 ₰); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; Gebietsgericht des Gebiets Samara, Beschluss vom 18.08.2011 Nr. 33-8654/2011, n. v., zitiert nach Garant – zugesprochen 40.000 ₰.

¹⁹⁴⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.05.2014 im Verfahren Nr. 33-10787, mit Kassationsbeschluss desselben Gerichts vom 04.08.2014 Nr. 4g/2-7804/2014 wurde die Eröffnung des Kassationsverfahrens abgelehnt; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁴¹ Gericht des Stadtbezirks Kalininskij der Stadt Ufa, Urteil vom 15.09.2017 im Verfahren Nr. 2-5106/2017, n. v., abrufbar unter <<https://goo-gl.su/HePHaJ>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.

Schülerin das Foto der unbeteiligten Klägerin unter den Bildern der Schulkameraden des Opfers gezeigt wurde, die diese ständig misshandelt hatten. Das Urteil wurde im Kassationsverfahren aufgehoben und das Verfahren wurde zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts zurückverwiesen.¹⁹⁴² Die weiteren zusammenhängenden Entscheidungen werden bisher nicht ins Internet eingestellt.

Nicht selten sind die zugesprochenen Entschädigungssummen für moralischen Schaden nur symbolisch.¹⁹⁴³ Beispielsweise wurde einer Klägerin für eine unbefugte Bildveröffentlichung in einer regionalen kostenfreien Zeitung 1.500 ₺ zugesprochen.¹⁹⁴⁴ Auch wenn nach Art. 151 Abs. 1 ZGBRF die Entschädigung für moralischen Schaden zugesprochen werden *kann*, sehen sich die russischen Gerichte sowohl bei den schwerwiegenden als auch unbedeutenden seelischen Beeinträchtigungen gezwungen, eine Entschädigung in Geld zuzusprechen, weil die Zufügung der körperlichen oder seelischen Leiden von der Feststellung des rechtswidrigen Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen, wie bereits gesagt, mitumfasst ist und ohne eine solche Entschädigung der gesetzwidrig Verletzte schutzlos gelassen wird.¹⁹⁴⁵ Aus diesen Gründen scheint es vorzugswürdig, für die Entschädigung für moralischen Schaden eine Bagatellklausel im ZGB RF zu verankern.

d) Der Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch

Der Schadensersatzanspruch setzt nach Art. 1064 Punkt 1 Abs. 1 und Punkt 2 ZGB RF die schuldhafte Zufügung eines Vermögensschadens voraus.¹⁹⁴⁶ Der Bereicherungsanspruch ist gemäß Art. 1102 ff. ZGB RF verschuldensunabhängig und dient der Rückkehr des Vermögens, das der Schuldner auf Kosten des Geschädigten rechtsgrundlos erlangt oder erspart hat.

Die Norm in Art. 15 Punkt 2 Abs. 1 ZGB RF i. V. m. Punkt 1 dieses Artikels begründet den Schadenersatzanspruch des Rechtsinhabers in Form eines entgangenen Gewinns, also einer

¹⁹⁴² Anweisung des Präsidiums des Obersten Gerichts der Republik Baškortostan vom 08.08.2018 im Verfahren Nr. 44g-300/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁴³ *Maleina*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 49 f.; *Belov*, Zakonodatel'stvo 2003, Nr. 6, S. 14.

¹⁹⁴⁴ Gericht des Stadtbezirks Oktjabr'skij der Stadt Ulan-Ude, Urteil vom 19.09.2011 im Verfahren Nr. 2-3740/2011, n. v.; s. a. Erstes Kassationsgericht, Beschluss vom 18.05.2022 im Verfahren Nr. 2-2728/2021 – 5.000 ₺; Gebietsgericht des Gebiets Saratov, Appellationsbeschluss vom 19.09.2018 im Verfahren Nr. 33-7281/2018 – 1.000 ₺; Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 27.02.2018 im Verfahren Nr. 33-2276/2018 – 2.000 ₺; Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 18.11.2016 im Verfahren Nr. 33-45913/2016 – 1000 ₺; Regionsgericht der Region Altai, Appellationsbeschluss vom 13.04.2016 im Verfahren Nr. 33-3314/2016 – 2.000 ₺; Gebietsgericht des Gebiets Moskau vom 20.07.2015 im Verfahren Nr. 33-15973/2015 - 3.000 ₺; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁴⁵ *Solomeina*, Arbitražnyj i graždanskij process 2008, Nr. 8, S. 26.

¹⁹⁴⁶ Vgl. *Sergeev* in: *Sergeev* (Hrsg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 15, Punkt 2.

bei der ordnungsmäßigen Rechtseinräumung zu zahlenden Summe. Hat der Verletzer infolge der Rechtsbeeinträchtigung einen Gewinn erzielt, ist der Verletzte gemäß Art. 15 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF befugt, den Ersatz des entgangenen Gewinns in Höhe nicht niedriger, als dieser Gewinn, zu verlangen. Hier geht es um eine Gewinnabschöpfung.¹⁹⁴⁷ Nach Art. 1103 Punkt 4 ZGB RF steht dem Rechtsinhaber wahlweise der Bereicherungsanspruch nach Art. 1102 ff. ZGB RF zur Verfügung.

Das Recht am eigenen Bild wird in der russischen Literatur, wie oben bereits dargestellt, überwiegend als ein reines Persönlichkeitsrecht angesehen. Darum versagen üblicherweise diese vermögensrechtlichen Ansprüche des Abgebildeten bei der unbefugten Bildverwertung.

Die russische Rechtsprechung folgt zwar dem Grundsatz *pacta sunt servanda* und erkennt gemäß Art. 393 ff. ZGB RF diejenigen vermögensrechtliche Ansprüche des Rechtsinhabers an, die sich aus der vertragsrechtlichen Bildkommerzialisierung ableiten.¹⁹⁴⁸ Jedoch können diese verneint werden, falls der Vertrag abgelaufen ist und der ehemalige Vertragspartner die Bilder trotzdem unrechtmäßig weiter nutzt.

So hatte der russische *Bodybuilder Fëdorov Aleksandr Anantol'evič* vertraglich das Recht, sein Image zu verwerten, der „VKB-Sport“ GmbH für den Zeitraum bis zum 01.03.2016 „übertragen“. Die GmbH hat aber auch danach seine Bilder genutzt. Nach der erstinstanzlichen Entscheidung¹⁹⁴⁹ wurde der Beklagte verurteilt, dem Kläger über eine vertragliche Schuld hinaus 4.000.000 ₺ als Bereicherungsausgleich zu zahlen. Das Appellationsgericht in der Stadt St. Petersburg hat dieses Urteil teilweise aufgehoben, was die ungerechtfertigte Bereicherung angeht, da diese „nicht entstanden“ sei.¹⁹⁵⁰

Das Stadtgericht Moskau hat 2018 dagegen für die Bildnutzung in einer Werbung der Armbanduhr „Nika“ 3,5 Jahre lang nach dem Ablauf der Vertragsfrist sowohl die Entschädigung für moralischen Schaden in Höhe von 15.000 ₺, als auch den Ersatz des entgangenen Gewinns in Höhe von 350.000 ₺ zugesprochen.¹⁹⁵¹

In einem anderen Fall hatte die Betroffene die Veröffentlichung ihrer Fotos in einer Werbung während der Jahre 2005, 2006 und 2007 vertraglich gestattet. Im Jahr 2008 hat ihr

¹⁹⁴⁷ *Sergeev* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 15, Punkt 4 Abs. 4.

¹⁹⁴⁸ Ausführlicher dazu s. Abschnitt C, Kapitel IV, Unterkapitel 2, Buchstabe b, Unterbuchstabe bb) „Das vermögensrechtliche Interesse“.

¹⁹⁴⁹ Gericht des Stadtbezirks Moskovskij der Stadt St. Petersburg, Urteil vom 21.03.2017 im Verfahren Nr. 2-596/2017, n. v., abrufbar unter <<https://goo-gl.su/DCSacQt2>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.

¹⁹⁵⁰ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 22.08.2018 im Verfahren Nr. 33-27424/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

Vertragspartner diese Fotos in seiner Werbung weiterhin veröffentlicht, ohne dafür zu zahlen. Die Klägerin hat nur die Entschädigung für moralischen Schaden beansprucht, die vom Gericht in Höhe von 30.000 ₰ geschätzt wurde.¹⁹⁵² Es liegt auf der Hand, dass die Vermögensinteressen der Abgebildeten in erster Linie verletzt wurden, weil sie mit einem entsprechenden Entgelt für die Bildnutzung auch im nächsten Jahr rechnen konnte. Ob die zugesprochene Entschädigungssumme in irgendeinem Verhältnis zu der vertraglich vereinbarten Summe steht, ist dem Gerichtsurteil nicht zu entnehmen. Auf jedem Fall ist Art. 1099 Punkt 3 ZGB RF zu beachten, laut dem die Entschädigung für moralischen Schaden unabhängig vom materiellen Schadensersatz zu leisten ist.

In den Fällen der deliktsrechtlichen Bildverwertung steht dem Betroffenen regelmäßig nur der Anspruch auf Entschädigung für moralischen Schaden zur Verfügung. Es spielt dabei keine Rolle, ob eine unbefugte Bildveröffentlichung in einem Zeitungsartikel¹⁹⁵³ oder in der Werbung¹⁹⁵⁴ stattgefunden und ob es sich dabei um Werbung für angesehene oder anrühige Ware gehandelt hat.¹⁹⁵⁵

So wurde das Konterfei des berühmten Journalisten, Publizisten, Fernsehmoderators, Teilnehmers und Siegers verschiedener Quizshows *Wasserman Anatolij Aleksandrovič* ohne seine Einwilligung auf T-Shirts mit der Unterschrift „Ein gut informierter Mensch“ abgebildet und online vertrieben (die Beispiele solcher T-Shirts s. im Anhang Nr. 4). Das Stadtgericht Moskau¹⁹⁵⁶ hat nicht verneint, dass die Einwilligung des Betroffenen ein Rechtsgeschäft sein könnte und theoretisch eine solche Bildnutzung decken würde. Allerdings wurde eine solche Einwilligung nicht erbeten und nicht erteilt. Darum stand dem Kläger nur der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden zu. Dem geltend gemachten Schadensersatzanspruch wurde nicht stattgegeben, weil beim Betroffenen wegen der obigen rechtswidrigen Handlung „kein materieller Schaden erwachsen“ sei.

In einem anderen Fall wurde eine Fotografie der Klägerin unbefugt für die Werbung eines Mineralwassers verwendet. Sie hat den Ersatz des entgangenen Gewinns beansprucht. Das

¹⁹⁵² Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Beschluss vom 30.06.2011 im Verfahren Nr. 33-14990, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵³ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 04.08.2014 Nr. 4g/2-7804/2014, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.05.2017 im Verfahren Nr. 33-16913/2017 – Die werbemäßige Bildnutzung vor und nach der Schönheitsoperation; Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 28.04.2011 im Verfahren Nr. 33-12705; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵⁵ S. z. B. Bericht über das Gerichtsurteil hinsichtlich der werbemäßigen Nutzung des Bildes eines Fliegers in der Werbung für eine gut angesehene Bank in der Zeitung „Kommersant“ Nr. 116 vom 24.06.1995, abrufbar unter <<http://www.kommersant.ru/doc/111745?isSearch=True>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁹⁵⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.09.2012 im Verfahren Nr. 11-23386; vgl. Gebietsgericht des Gebiets Nižnij Novgorod, Appellationsbeschluss vom 18.06.2013 im Verfahren Nr. 33-5274; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

Gericht hat ausgeführt, dass die Fotografie ursprünglich für private Nutzung angefertigt worden war, darum hatte die Klägerin keine Absicht, sie kommerziell zu verwerten. Dementsprechend konnte ihr kein Vermögensschaden entstehen, sondern nur körperliche oder seelische Leiden, d. h. ein moralischer Schaden.¹⁹⁵⁷ Dieser Begründung ist entgegenzuhalten, dass es in der Praxis auf die hypothetischen Absichten des Rechtsinhabers bei der Bildherstellung nicht ankommt, falls der Markt einer Personenabbildung einen materiellen Wert verleiht. Überdies kann eine solche kommerzielle Absicht hinsichtlich eines gelungenen Fotos erst später entstehen.

Im Jahr 2011 hat das Stadtgericht Moskau seine Position hinsichtlich des vermögensrechtlichen Bildnisschutzes ins Wanken gebracht. So hatte die Klägerin an Probeaufnahmen für eine Werbung der Firma „adidas“ teilgenommen, dafür aber kein Entgelt erlangt. Danach hat adidas ihr Bild auf den Werbeplakaten in 15 Geschäften verwendet, ohne die Betroffene davon in Kenntnis zu setzen. Über die Entschädigung für moralischen Schaden hinaus hat sie den entgangenen Gewinn in Höhe von 150.000 ₺ erkämpft.¹⁹⁵⁸ Der Grund für die Abweichung von der ständigen Rechtsprechung dieses Gerichts darf darin liegen, dass die Klägerin die Intention zum Vertragsschluss zum Ausdruck gebracht hatte, sonst würde sie sich irgendeiner Probeaufnahme entzogen. Allerdings war das Stadtgericht St. Petersburg 2013 bei einem ähnlichen Sachverhalt der anderen Auffassung und hat dem Kläger nur die Entschädigung für moralischen Schaden zugesprochen.¹⁹⁵⁹

Anschließend daran hat das Stadtgericht Moskau aber drei Präzedenzfälle geschaffen, in denen es bei einer rein deliktsrechtlichen Bildverwertung die materiellen Ansprüche der Klägerinnen gemäß Art. 15 Punkt 2 ZGB RF befriedigt hat.¹⁹⁶⁰ Die Höhe des entgangenen Gewinns wurde einmal auf ein Sachverständigengutachten stützend,¹⁹⁶¹ einmal mithilfe des Sachverständigengutachtens und eines analogischen Lizenzvertrags über die kommerzielle Bildnutzung¹⁹⁶² bestimmt. Besonders interessant ist aber die Berechnung in der Entscheidung von 2014, in der das Bild der Klägerin auf dem Titelblatt des Buches abgedruckt worden

¹⁹⁵⁷ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 14.09.2011 im Verfahren Nr. 33-26704, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵⁸ Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 14.09.2011 im Verfahren Nr. 33-29732, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁵⁹ Stadtgericht St. Petersburg, Appellationsbeschluss vom 02.04.2013 im Verfahren Nr. 33-4484/2013, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁶⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 06.05.2014 (Verfahren Nr. 33-15866), vom 16.11.2015 (Verfahren Nr. 33-39672/2015) und vom 26.04.2017 (Verfahren Nr. 33-16417/2017); alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; ausführlicher dazu s. Abschnitt C, Kapitel IV, Unterkapitel 2, Buchstabe b, Unterbuchstabe bb) „Das vermögensrechtliche Interesse“.

¹⁹⁶¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-39672, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁶² Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 26.04.2017 im Verfahren Nr. 33-16417/2017; vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 22.08.2018 im Verfahren Nr. 33-27424/2018; beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

war.¹⁹⁶³ Das Gericht hat eine von der Klägerin vorgeschlagene Analogie zu der Summe, die sie zuvor für eine analogische Bildnutzung erlangt hat, abgelehnt. Es wurde ausgeführt, dass eine solche Berechnung der Norm in Art. 15 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF nicht entspreche. Das Gericht wollte somit einen durch den Buchvertrieb erlangten Gewinn abschöpfen. Es hat den Preis des Buches mit der gesamten Auflage multipliziert und das Produkt halbiert, weil im Inneren des Buches keine Fotos der Klägerin zu finden waren. Im Unterschied zum erwähnten analogischen Fall von 2015¹⁹⁶⁴ hat der Verletzer sich in diesem Buch mit der Persönlichkeit der Klägerin inhaltlich auseinandergesetzt und nicht bloß ihr Bild unautorisiert verwertet, darum ist die Gewinnabschöpfung als ein der Rechtsverletzung gleichgewichtiges Schutzmittel vorzuziehen.

In beiden sonstigen Gerichtsentscheidungen wurde dafür der Ersatz des entgangenen Gewinns mit der Entschädigung für moralischen Schaden kumulativ zugesprochen.¹⁹⁶⁵ Es bleibt abzuwarten, ob diese Entscheidungen des Stadtgerichts Moskau vom OG RF Beachtung finden und gebilligt werden.

Dies wäre eine wichtige Rechtsfortbildung darstellen, weil heutzutage dem Betroffenen in den Fällen der unbefugten Bildverwertung in der Regel nur der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden zur Verfügung steht. Im Gegensatz zum Anspruch auf den Schadensersatz und Bereicherungsanspruch¹⁹⁶⁶ ist dieser ineffizient, denn die zugesprochenen Summen sind unverhältnismäßig niedrig.¹⁹⁶⁷ Nur in einem Ausnahmefall wurde eine solche Entschädigungssumme für die Nutzung des Bildes und Namens der Klägerin auf der Ware „*Pel'meny 'Ot Ljudmily*“ nach der Behauptung des Beklagten dem für 5 Jahre durch den Warenvertrieb erzielten Gewinn gleich.¹⁹⁶⁸ Die konkrete Summe ist der Entscheidung nicht zu entnehmen.

¹⁹⁶³ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.05.2014 im Verfahren Nr. 33-15866, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁶⁴ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 16.11.2015 im Verfahren Nr. 33-39672, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁶⁵ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 26.04.2017 (Verfahren Nr. 33-16417/2017) und vom 16.11.2015 (Verfahren Nr. 33-39672); beide Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Kadyrov*, Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii ekonomiki i prava 2010, Nr. 4 – 5, S. 82; *Pokoreeva*, Pravo na izobraženie, abrufbar unter <<http://www.yurclub.ru/docs/civil/article319.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

¹⁹⁶⁶ S. z. B. das Gericht des Stadtbezirks Moskovskij der Stadt St. Petersburg, Urteil vom 21.03.2017 im Verfahren Nr. 2-596/2017, n. v. (vom Stadtgericht St. Petersburg aufgehoben, s. Appellationsbeschluss vom 27.07.2017 Nr. 33-13238/2017, n. v., zitiert nach Consultant) - zugesprochen 4.000.000 P.

¹⁹⁶⁷ *Kljueva/Zacharov* in: XLVI Ogarevskie čtenija, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, S. 265; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 22.08.2018 im Verfahren Nr. 33-27424/2018, n. v., zitiert nach Consultant – zugesprochen 15.000 P als eine Entschädigung für moralischen Schaden und 350.000 P als Ersatz des entgangenen Gewinns.

¹⁹⁶⁸ Das Oberste Gericht der Republik Mordovija, Appellationsbeschluss vom 13.06.2013 im Verfahren Nr. 33-1126/2013, n. v., zitiert nach Consultant.

Darüber hinaus kann die Entschädigung für moralischen Schaden selbst versagen. So hatte eine Frau als eine gesetzliche Vertreterin ihrer Tochter in die kommerzielle Bildnutzung gegen Zahlung von 30% des entsprechenden Gewinns vertraglich eingewilligt. Danach wurde ein Foto des Mädchens in der Werbung eines Dritten unautorisiert veröffentlicht. Das Stadtgericht Moskau hat die Bereitschaft der Betroffenen zur Bildkommerzialisierung als Indiz interpretiert, dass sie hinsichtlich der unberechtigten Bildverwertung nicht so sensibel sei und keine moralischen Beeinträchtigungen erleide. Im Ergebnis wurde die Verletzung irgendeines Rechts der Klägerin verneint.¹⁹⁶⁹ Dies bedeutet, dass jeder sich ihrer Fotos bedienen darf, ohne eine Strafe zu befürchten. Dem Urteil ist entgegenzuhalten, dass eine solche Bereitschaft üblicherweise einer konkreten Person gegenüber erklärt wird und die Zufügung von den körperlichen oder seelischen Leiden im Falle der Bildverwertung durch Dritte nicht verdrängt. Dies belegen auch die anderen Gerichtsentscheidungen.¹⁹⁷⁰

Weiter ist die Entschädigung für moralischen Schaden nicht durchsetzbar, wenn durch eine rechtswidrige Bildnutzung die Rechte des Verstorbenen verletzt werden, weil eine solche Geldentschädigung nicht übertragbar und nicht vererblich ist, worauf später noch eingegangen wird.¹⁹⁷¹

Solange ökonomisch denkende Verletzter ausschließlich zur Zahlung einer Entschädigung für moralischen Schaden verurteilt werden, werden sich die Persönlichkeitsrechtsverletzungen lohnen.¹⁹⁷² Nur spürbare Auswirkungen, etwa die Möglichkeit der Gewinnabschöpfung gemäß Art. 15 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF, vermögen von der Rechtsverletzung abzuhalten.

Darum sollen dem Abgebildeten neben dem Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden¹⁹⁷³ die Schutzinstrumente wie Schadensersatz- und ein

¹⁹⁶⁹ Vgl. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 04.04.2013 im Verfahren Nr. 11-10841, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁷⁰ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 26.04.2017 (Verfahren Nr. 33-16417/2017) und vom 16.11.2015 (Verfahren Nr. 33-39672); Gebietsgericht des Gebiets Moskau, Beschluss vom 30.06.2011 im Verfahren Nr. 33-14990; vgl. Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 14.09.2011 im Verfahren Nr. 33-29732; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁷¹ S. Abschnitt E, Kapitel II, Unterkapitel 3, Buchstabe c „Die Ansprüche der Wahrnehmungsberechtigten“.

¹⁹⁷² Vgl. *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Autoreferat der Jur. Diss., S. 23; *dies.*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 116; *Kljueva/Zacharov* in: XLVI Ogarevskie čtenija, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, S. 265.

¹⁹⁷³ Vgl. *Ėrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 11; *Čornovol*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 2007, Nr. 1, S. 61; *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, Jur. Diss., S. 141; *Antonov*, *Vestnik Severo-Osetinskogo gosudarstvennogo universiteta imeni Kosta Levanoviča Chetagurova* 2013, Nr. 4, S. 159; *Epišina* in: *Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-ekonomičeskij aspekty*, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 206; s. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschlüsse vom 26.04.2017 (Verfahren

Bereicherungsanspruch zur Verfügung stehen, falls seine kommerziellen Interessen missachtet werden.¹⁹⁷⁴

e) Die Wiederherstellung des Zustands, der vor der Rechtsverletzung bestanden hat

Dass der Zustand, der vor der Veröffentlichung des Bildes bestanden hat, in vollem Umfang wiederherstellbar ist, scheint höchst zweifelhaft, weil das Bild im Unterschied zum Text anschaulich ist¹⁹⁷⁵ und visuelle Abbildungen sich nicht einfach aus dem Gedächtnis löschen lassen.¹⁹⁷⁶ Trotzdem kann dieses Verteidigungsmittel angewendet werden, wenn z. B. das Bild als Begleitung zu einem Text in den Medien veröffentlicht wird, mit dem es nichts zu tun hat, und einen irreführenden Eindruck macht.

Dies war bei der Titelgeschichte einer Zeitung der Fall, wenn das Foto eines unbeteiligten Mannes in der Uniform der Luftlandetruppen neben dem Anzeigetitel „Angehörige der Landungstruppen haben eine Schlägerei am Zentralmarkt veranstaltet“ der Fall. Das Oberste Gericht der Republik Marij Èl hat ausgeführt, dass eine solche Darstellung bei den Lesern den Eindruck hinterlassen könnte, der Abgebildete sei an der Schlägerei beteiligt gewesen. Zur Wiederherstellung des Zustands, der vor der Verletzung des Rechts am eigenen Bild des Betroffenen bestanden hat, hat das Gericht den Verletzer dazu verpflichtet, auf der Titelseite dieser Zeitung die Meldung über die Nichtbeteiligung des Abgebildeten an der Schlägerei zu veröffentlichen.¹⁹⁷⁷

Ein anderes Beispiel betrifft ein Foto, das die Betroffene neben einem Mann im Kino sitzend darstellt. Es wurde als Illustration für einen Zeitungsartikel verwendet, der das sexuelle

Nr. 33-16417/2017), vom 16.11.2015 (Verfahren Nr. 33-39672/2015); Stadtgericht Moskau, Beschluss vom 14.09.2011 im Verfahren Nr. 33-29732; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁷⁴ *Èrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 11; *ders.*, *Domašnjij advokat* 2007, Nr. 11, S. 4; *Renkel*, *Izobretatel' i racionalizator* 2010, Nr. 5, S. 23; *Epišina* in: *Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-èkonomičeskij aspekty*, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 206; vgl. *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 45; *Krašeninnikov E.* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 3. Band, S. 97 f.; *Trofimova*, *Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija*, S. 56; *Šeljutto* in: *Sadikov* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast'*, S. 283 f. - Generell hinsichtlich sämtlicher Persönlichkeitsrechte.

¹⁹⁷⁵ *Nikolaeva*, *Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity*, *Jur. Diss.*, S. 6.

¹⁹⁷⁶ *A. A. Trofimova*, *Nematerial'nye blaga kak ob'ekt graždansko-pravovogo regulirovanija*, S. 56 - Das Recht am eigenen Bild könne in vollem Umfang wiederhergestellt werden, indem das Bild wiedergerufen werde oder die Bildnutzung bezahlt werde.

¹⁹⁷⁷ Das Oberste Gericht der Republik Marij Èl, Kassationsbeschluss vom 10.01.2012 im Verfahren Nr. 33-14/2012; s. a. das Oberste Gericht der Republik Tatarstan, Appellationsbeschluss vom 04.07.2016 im Verfahren Nr. 33-11085/2016; Stadtgericht St. Petersburg, Beschluss vom 28.09.2010 Nr. 33-13339; alle Entscheidungen n. v., zitiert nach Consultant; s. dazu *Byčkov*, *Jurist* 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant; vgl. *Mograbjan*, *Pravo fizičeskogo lica na neprikosnovenost' vnešnego oblika*, S. 24.

Leben des Mannes zum Thema hatte. Das Foto war mit der Unterschrift „...die jetzige Freundin S. T. ist dafür ein echtes Pfefferkorn im Bett“ versehen. Das verletzte Recht am eigenen Bild der Betroffenen wurde unter anderem durch die Mitteilung in der gleichen Zeitung geschützt, dass die Abgebildete mit den erörterten Inhalten in keinem Zusammenhang steht.¹⁹⁷⁸

Schwieriger fällt der Bildnisschutz, wenn eine rechtsverletzende Bildberichterstattung eine wortwörtliche Wiederholung der durch ein anderes Medium bereits verbreiteten Bildberichterstattung darstellt, das erkannt und zur Haftung gebracht werden kann, oder von einer Informationsagentur erhalten wurde. Nach Art. 57 des Gesetzes der RF „Über die Massenmedien“ begründen diese und einige andere Fälle die Haftungsfreistellung des Schädigers, wobei dies nicht nur die Entschädigung für moralischen Schaden betrifft. So wurde in den Fernsehsendungen des Beklagten berichtet, dass ein ehemaliger Polizist seine Mitbewohnerin in einem Kaufhof geschossen und danach den Selbstmord begangen hatte. Es wurde dabei die Klägerin bildlich dargestellt, als ob sie diese Mitbewohnerin wäre. Der Klage zum Schutz ihrer Rechte wurde nicht stattgegeben, weil mehrere andere Medien davor darüber wortwörtlich berichtet hatten.¹⁹⁷⁹ Die Abgebildete musste somit diese Bildveröffentlichung im Zusammenhang mit dem Bericht über ihre Ermordung dulden.

Anders sieht es aus, wenn im Rahmen einer solchen Bildberichterstattung nicht nur in das Recht am eigenen Bild, sondern auch in das Recht auf den Schutz der Ehre, der Würde des Menschen und des geschäftlichen Rufs eingegriffen wird, weil in diesem Fall die speziellen Normen über die Gegendarstellung zur Anwendung kommen.¹⁹⁸⁰

Gemäß Art. 152 Punkte 1 und 2 GB RF und Art. 43 des Gesetzes der RF „Über die Massenmedien“ kann der Bürger den Anspruch auf Verbreitung der Gegendarstellung hinsichtlich der ehrenrührigen Mitteilungen über seine Person im Zivilrechtsweg erheben, es sei denn, der Verbreiter beweist ihre Wahrheit; Die Gegendarstellung muss in der gleichwertigen Art verbreitet werden, also im Falle der Medienberichterstattung in denselben Medien.

So wurde die Abbildung des unbeteiligten Klägers in einem Film über die Geschichte des Terrorismus als diese des Terroristen *S. Nariman* gezeigt. Da dieses fehlerhafte Bild ursprünglich von einer Informationsagentur erhalten wurde, stand dem Kläger kein Anspruch auf die Entschädigung für moralischen Schaden zu. Die Besonderheit des Falls bestand darin,

¹⁹⁷⁸ Stadtgericht Moskau, Kassationsbeschluss vom 11.04.2013 Nr. 4g/2-2445/13, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁷⁹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 12.04.2018 im Verfahren Nr. 33-15762/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁸⁰ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.04.2016 Nr. 33-11963/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

dass der Betroffene als Terrorist bezeichnet wurde, was seine Ehre und Würde und seinen Ruf beeinträchtigt. Darum war die Verbreitung der Gegendarstellung erforderlich.¹⁹⁸¹

Die Wiederherstellung des Zustands, der vor der Rechtsverletzung bestanden hat, richtet sich genauso auf die Richtigstellung, wenn bei der Berichterstattung die falschen Tatsachenbehauptungen vorgebracht werden, indem diese mit den Fotos von unbeteiligten Menschen bebildert wird. Deswegen muss sich dieses Schutzmittel unter analogen Umständen auch durchsetzen können, selbst wenn Art. 57 des Gesetzes der RF „Über die Massenmedien“ eingreift und der Betroffene dabei nicht verunglimpft wird.

Die Norm in Art. 152 Punkt 10 ZGB RF lautet, dass die Regelungen in den Punkten 1-9 dieses Artikels, außer der Norm über die Entschädigung für moralischen Schaden, aber einschließlich der Norm über die Gegendarstellung, in den Fällen der Verbreitung von beliebigen unwahren Mitteilungen über den Bürger vom Gericht angewendet werden können, wenn ihre Unwahrheit bewiesen wird. Wieso der Bürger in solchen Situationen die Verletzung seines Rechts am eigenen Bild dulden muss, bleibt offen.

Abgesehen davon steht dem Betroffenen in solchen Fällen nach Art. 46 des Gesetzes der RF „Über die Massenmedien“ der Anspruch auf die Veröffentlichung seines Kommentars oder seiner Replik zu.

f) Die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Verletzung

Ein weiteres Schutzmittel des Rechts am eigenen Bild ist nach Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 Var. 2 ZGB RF n. F. die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Rechtsverletzung.

Zwar handelt es sich auf den ersten Blick um einen selbständigen Anspruch, doch wird er von Teilen der Literatur¹⁹⁸² sowie in der Rechtsprechung¹⁹⁸³ als eine besondere Form der Wiederherstellung des Zustands, der vor der Verletzung bestanden hat, angesehen. Der Gesetzgeber hat 1994 auf eine ausdrückliche Erwähnung des Anspruchs in Art. 12 ZGB RF verzichtet, obwohl *Malein* sich schon 1978 für seine gesetzliche Normierung ausgesprochen hatte.¹⁹⁸⁴ Die spätere Hervorhebung des Anspruchs in Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 ZGB RF n. F.

¹⁹⁸¹ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.04.2016 Nr. 33-11963/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁸² S. z. B. *Petrova*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 4, S. 59.

¹⁹⁸³ Vgl. Gebietsgericht des Gebiets Brjansk, Appellationsbeschluss vom 22.11.2016 im Verfahren Nr. 33-4748/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

¹⁹⁸⁴ *Malein*, *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1978, Nr. 1, S. 44; s. a. *ders.* in: *Mozolin* (Hrsg.), *Razvitie sovetskogo graždanskogo prava na sovremennom ètape*, S. 207; vgl. *Maleina*, *Žurnal rossijskogo prava* 2012, Nr. 2, zitiert nach Consultant.

soll, wie bereits gesagt, als eine Präzisierung eines der Verteidigungsmittel nach Art. 12 ZGB RF dienen. Es ist somit zu vermuten, dass der Gesetzgeber die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Rechtsverletzung ebenso für eine Ausprägungsform der Wiederherstellung des vorherigen Zustands hält.

g) Die gerichtliche Feststellung der Verletzung des nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts

Die gerichtliche Feststellung der Verletzung des nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts als Mittel zum Schutz der Nichtvermögensgüter ist seit dem 01.10.2013 in Art. 150 Punkt 2 Abs. 2 Var. 1 ZGB RF zu finden. Allerdings ist *Nochrina*¹⁹⁸⁵ zuzustimmen, dass eine solche Feststellung bereits in einem gerichtlich festgestellten Anspruch liegt, so dass dieses Mittel kaum eine praktische Bedeutung hat.

h) Die Anerkennung des Rechts

Die Anerkennung des Rechts, d. h. die Anerkennung seiner Zugehörigkeit zu einer konkreten Person, kommt in Frage, wenn es von jemandem bestritten wird. Hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild ist dieser Anspruch geltend zu machen, wenn beispielsweise ein Sendeunternehmen verneint, dass in einem gesendeten Film das Foto des Betroffenen anstatt eines Terroristen dargestellt wurde.¹⁹⁸⁶ Da der Abgebildete in Überzeugung des stattgefundenen Eingriffs in sein Recht am eigenen Bild die aus der Rechtsverletzung abgeleiteten Ansprüche erhebt, ist es den Anspruch auf Anerkennung des Rechts als Hilfsanspruch anzusehen.

i) Der Selbstschutz des Rechts

Der Selbstschutz des Rechts ist in Art. 12 sowie 14 ZGB RF ausdrücklich als Verteidigungsmittel für Zivilrechte genannt. Hinsichtlich des Rechts am eigenen Bild sind, soweit ersichtlich, keine Fälle bekannt, in denen der Selbstschutz zur Anwendung kam. Er könnte beispielsweise zum eigenen Entfernen von Plakaten mit dem Bild des Betroffenen berechtigen. *Gavrilov* spricht über eine Wegnahme der Kamera und Vernichtung einer

¹⁹⁸⁵ *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennyh otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 208.

¹⁹⁸⁶ Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 06.04.2016 im Verfahren Nr. 33-11963/2016, n. v., zitiert nach Consultant.

Zeichnung.¹⁹⁸⁷ *Mazaev* führt das Beispiel an, wenn der Abgebildete die unbefugte Einstellung seines Bildes ins Internet unmittelbar dem jeweiligen Internetnutzer verübelt.¹⁹⁸⁸

j) Weitere Schutzmittel nach Art. 12 ZGB RF

Die Ansprüche auf Auflösung oder Veränderung der Rechtsbeziehung,¹⁹⁸⁹ die Anerkennung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts als unwirksam und die Anwendung der Folgen aus seiner Unwirksamkeit, die Anwendung der Folgen aus der Unwirksamkeit des nichtigen Rechtsgeschäfts¹⁹⁹⁰ sowie die Beitreibung einer Vertragsstrafe können unter Umständen beim Eingriff in das Recht am eigenen Bild gegeben sein, weil die Einwilligung zur Veröffentlichung und Nutzung des Bildes ihrer Natur nach ein Rechtsgeschäft ist. Aus dogmatischer Sicht steht dem nichts entgegen, insbesondere wenn es sich bei der Einwilligung um einen schriftlichen, entgeltlichen Vertrag handelt.¹⁹⁹¹ Mangels einschlägiger Rechtsprechung lässt sich aber noch nicht sagen, ob die russischen Gerichte diese Schutzmittel für das Recht am eigenen Bild als anwendbar erachten.

2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

Das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation bietet dem Abgebildeten keinen strafrechtlichen Schutz gegen unbefugte Herstellung oder Nutzung seiner Bilder. Einschlägig kann unter Umständen Art. 137 StGB RF sein,¹⁹⁹² der Eingriffe in das Privatleben unter Strafe stellt, weil das Bild einer Person Situationen aus ihrem Privatleben widerspiegeln kann.

Laut Art. 137 Teil 1¹⁹⁹³ StGB RF ist die rechtswidrige Erhebung oder Verbreitung von Angaben über das Privatleben einer Person, die seinem Personen- oder Familiengeheimnis unterliegen, ohne ihre Einwilligung oder die Verbreitung dieser Angaben bei einem öffentlichen Vortrag, in einem öffentlich vorgeführten Werk oder in den Medien strafbar. Tatbestandsmäßig ist somit die Anfertigung und Verbreitung des Bildes, die ein entsprechendes Geheimnis offenbaren können. Der Strafraum liegt bei Geldstrafe bis zu 200.000 ₺ oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren. Daneben kommen auch unterschiedliche Formen der Zwangs- oder Besserungsarbeit in Betracht.

¹⁹⁸⁷ *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 14.

¹⁹⁸⁸ *Mazaev*, *Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii* 2016, Nr. 6 (113), S. 109.

¹⁹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁹⁰ Vgl. *Rovnyj*, *Sibirskij Juridičeskij vestnik* 2000, Nr. 3, S. 78.

¹⁹⁹¹ Vgl. *Maleina*, *Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita*, S. 41; a. A. *Nochrina* in: *Tolstoj* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, S. 378.

¹⁹⁹² *Sidorina*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2015, Nr. 7, S. 68.

¹⁹⁹³ Die Artikel des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation werden in Teile [časti] und diese in Punkte [punkty] oder Absätze [absacy] untergliedert.

Als Qualifikation des Tatbestandes, die mit einer verschärften Strafe geahndet wird, sind gemäß Art. 137 Teil 2 StGB RF dieselben Taten vorgesehen, die von einer Person unter Ausnutzung ihrer Dienststellung begangen werden.

Zuletzt steht nach Art. 137 Teil 3 StGB RF die rechtswidrige Verbreitung von Informationen in einem öffentlichen Vortrag, öffentlich vorgeführten Werk, in den Medien oder Informations- und Telekommunikationsnetzwerken, die ein minderjähriges Opfer unter sechzehn Jahren in einem Strafverfahren identifizieren lässt, oder der Information, die die Beschreibung der von ihm im Zusammenhang mit einem Verbrechen empfundenen körperlichen oder seelischen Leiden enthält, und eine Gesundheitsbeeinträchtigung oder Geistesstörung des Minderjährigen oder sonstige schwerwiegende Folgen verursacht hat, unter Strafe. Somit erfüllt beispielsweise die Bildberichterstattung im Fernsehen oder im Internet über eine Minderjährige unter sechzehn Jahren, die Opfer einer Vergewaltigung geworden ist, den Tatbestand des Art. 137 Teil 3 StGB RF, wenn sie in erkennbarer Weise dargestellt wird und die obigen Folgen nach der entsprechenden Sendung auftreten.

Bukalerova/Ostrouško weisen darauf hin, dass Art. 137 StGB RF praktisch kaum relevant ist.¹⁹⁹⁴ Sie plädieren daher für einen gezielten strafrechtlichen Bildnisschutz.¹⁹⁹⁵

3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild

a) Die Rechtsposition der Wahrnehmungsberechtigten

Nach Art. 150 Punkt 2 Abs. 3 ZGB RF können die Nichtvermögensgüter eines Verstorbenen in den Fällen und nach den Regeln, die durch das Gesetz bestimmt sind, von anderen geschützt werden. In der alten Fassung dieser Regelung (Art. 150 Punkt 1 Satz 2 ZGB RF a. F.) wurde darüber hinaus normiert, dass die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte eines Verstorbenen von anderen ausgeübt werden können. Mit anderen Worten ist die Ausübung der Persönlichkeitsrechte eines Verstorbenen, einschließlich des Rechts am eigenen Bild, nun ausgeschlossen. Diese Veränderung des Gesetzes scheint konsequent zu sein, weil der russische Gesetzgeber in Art. 1112 Abs. 3 ZGB RF ausdrücklich festgelegt hat, dass die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und die Nichtvermögensgüter nicht in die Erbmasse gelangen, d. h. sie gehen nicht auf die Erben eines Verstorbenen über.¹⁹⁹⁶

¹⁹⁹⁴ *Bukalerova/Ostrouško*, *Pravovye voprosy svjazi* 2007, Nr. 1, S. 44 – Im Jahr 2002 gab es 10 entsprechende Fälle, im Jahr 2003 – 14.

¹⁹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁹⁶ Vgl. *Šeljutto* in: Sadikov (Hrsg.), *Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast'*, S. 282; *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), *Rossijskoe graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 887; *Tolstoj*, *Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija*, S. 46; *Kolosov/Švarc*, *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2008, Nr. 5, S. 8 f.; *Kostin*,

Da die Persönlichkeitsrechte eines Verstorbenen nicht von anderen ausgeübt werden können und nur seine Nichtvermögensgüter zu schützen sind, kann man den Schluss ziehen, dass die Persönlichkeitsrechte nach dem Tod des Rechtsträgers erlöschen.¹⁹⁹⁷ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Nichtvermögensgüter einer Person nach ihrem Tod weiterhin existieren.

So meint *Maleina*, dass einige Nichtvermögensgüter, etwa die Ehre, der Name, das äußere Erscheinungsbild, *post mortem* in einem beschnittenen Umfang fortbestehen.¹⁹⁹⁸ Nach herrschender Meinung handelt aber der Dritte beim Schutz der Nichtvermögensgüter eines Verstorbenen in seinem eigenen oder im öffentlichen Interesse,¹⁹⁹⁹ d. h. durch die Ausübung seines eigenen Rechts.²⁰⁰⁰

Gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Satz 2 ZGB RF kann das Bild eines Bürgers nach seinem Tod mit der Einwilligung seiner Kinder und seines überlebenden Ehegatten genutzt werden, und bei deren Nichtvorhandensein - mit der Einwilligung seiner Eltern. *Kolosov/Švarc* schlussfolgern aus einer solchen Befugnis der Angehörigen, dass das Recht am eigenen Bild eines Verstorbenen auf seine Erben übergeht.²⁰⁰¹ Dies widerspricht aber der Norm in Art. 1112 Abs. 3 ZGB RF.

Darum ist *Micheeva*²⁰⁰² sowie *Kostin*²⁰⁰³ zuzustimmen, dass die gesetzlich genannten Wahrnehmungsberechtigten die Einwilligung in die Bildnutzung eines Verstorbenen in der

Graždanskoe pravo 2012, Nr. 3, S. 18 f.; *Kostjuk*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii, S. 8.

¹⁹⁹⁷ *Šerstobitov* in: Suchanov (Hrsg.), Rossijskoe graždanskoe pravo, 1. Band, S. 891; a. A. *Marčenko*, Advokatskaja praktika 2002, Nr. 6, S. 21; vgl. *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 23; *Slipčenko*, Civilist 2011, Nr. 2, S. 45 f.

¹⁹⁹⁸ *Maleina*, Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 7, S. 43; *dies.*, Ličnye neimuščestvennyje prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita, S. 15; a. A. *Nochrina*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi, S. 210.

¹⁹⁹⁹ Vgl. *Braginskij/Suchanov/Jarošenko*, Chozjajstvo i pravo 1995, Nr. 5, S. 4; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 150, Punkt 2 Abs. 2; *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36; *Lichačev*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast', S. 179; *Tereščenko* in: Sergeev (Hrsg.), Graždanskoe pravo, 1. Band, S. 412.

²⁰⁰⁰ *Trofimenko*, Nematerial'nye ob'ekty v graždanskich pravootnošenijach, S. 190; vgl. *Tolstoj*, Ličnye neimuščestvennyje pravootnošenija, S. 47; a. A. *Narižnij*, Kompensacija moral'nogo vreda v ugolovnom sudoproizvodstve Rossii, S. 46 f. – Der Eingriff in die Nichtvermögensgüter eines Verstorbenen verletze keine Rechte des Dritten.

²⁰⁰¹ *Kolosov/Švarc*, Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, S. 8; so auch *Gavrilov*, Chozjajstvo i pravo 2015, Nr. 10, S. 23; *dies.*, Chozjajstvo i pravo 2014, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Gavrilov, V. N.*, Predprinimatel'skoe pravo 2010, Nr. 3, zitiert nach Consultant; *Malikov*, Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 3, S. 41; vgl. *Grišae*, Évoljucija zakonodatel'stva ob ob'ektach graždanskich prav, 8. Kapitel, Punkt 2, Das Bild des Bürgers, Abs. 10, zitiert nach Consultant.

²⁰⁰² *Micheeva* in: Krašeninnikov (Hrsg.), Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 4.

²⁰⁰³ *Kostin*, Jurist 2014, Nr. 11, zitiert nach Consultant; vgl. *Boločagin* in: Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36.

Ausübung ihres eigenen subjektiven Rechts erteilen. Dies entspricht der herrschenden Meinung hinsichtlich der Nichtvermögensgüter eines Verstorbenen generell.

Da die Angehörigen ihre Rechte ausüben, um die Nichtvermögensgüter des Verstorbenen weiterhin zu schützen, ist seine zu Lebzeiten erteilte sowie verweigerte Einwilligung zum Eingriff in sein Recht am eigenen Bild auch nach seinem Tod zu respektieren²⁰⁰⁴ und vor dem Entscheidungsrecht der Wahrnehmungsberechtigten als vorrangig anzusehen.²⁰⁰⁵

b) Der Kreis der Wahrnehmungsberechtigten

Nach Art. 152.1 Punkt 1 Satz 2 ZGB RF bedarf es nach dem Tod des Abgebildeten für die Bildveröffentlichung der Einwilligung seiner Kinder und des überlebenden Ehegatten.²⁰⁰⁶ Gibt es weder Kinder noch einen Ehegatten, sind die Eltern des Verstorbenen wahrnehmungsberechtigt. Es ist zu betonen, dass nach Art. 514 ZGB RSFSR nur die Kinder und der Ehegatte des Verstorbenen wahrnehmungsberechtigt waren. Teile des Schrifttums sprechen sich darüber hinaus für die Berechtigung der Geschwister²⁰⁰⁷ oder sogar sämtlicher Erben²⁰⁰⁸ aus. Die Rechtsprechung folgt diesen Stimmen nicht und hält an der gesetzlichen Liste der Angehörigen fest.²⁰⁰⁹

Für die Bildveröffentlichung bedarf es der Einwilligung des Ehegatten sowie jedes der Kinder oder entsprechend beider Elternteile des Verstorbenen.²⁰¹⁰ Ob der Rechtsinhaber zu Lebzeiten eine Person benennen kann, die die Entscheidungen hinsichtlich der Veröffentlichung seiner Bilder nach seinem Tod treffen wird, ist nicht geregelt und wird in der

²⁰⁰⁴ Vgl. *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 22.

²⁰⁰⁵ Vgl. *Malikov*, *Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta* 2015, Nr. 3, S. 42; s. a. in der sowjetischen Zeit hinsichtlich Art. 514 ZGB RSFSR *Gringolc* in: *Flejšic/Ioffe* (Hgg.), *Kommentarij k GK RSFSR*, Kommentar zu Art. 514, S. 753.

²⁰⁰⁶ S. z. B. Stadtgericht Moskau, Appellationsbeschluss vom 08.12.2015 im Verfahren Nr. 33-45906/2015, n. v., zitiert nach Consultant.

²⁰⁰⁷ *Boločagin* in: *Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva*, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36; vgl. *Dianova*, *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, S. 33.

²⁰⁰⁸ *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

²⁰⁰⁹ Regionsgericht der Region Krasnodar, Appellationsbeschluss vom 14.06.2012 im Verfahren Nr. 33-10633/12, n. v., zitiert nach Consultant – Eine Schwester sei nicht wahrnehmungsberechtigt.

²⁰¹⁰ *Erdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 12; *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 22; *Dianova*, *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, S. 33; *Kadyrov*, *Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii ekonomiki i prava* 2010, Nr. 4 – 5, S. 80; *Malikov*, *Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta* 2015, Nr. 3, S. 41 f; *Gornev* in: *Aleškovskij u. a.* (Hgg.), *Materialien zum internationalen jugendlichen Wissenschaftsforum „LOMONOSOV-2010“*, abrufbar unter <https://lomonosov-msu.ru/archive/Lomonosov_2010/30.htm>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; vgl. *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant; a. A. *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii*, Kommentar zu Art. 152.1, Punkt 5 Abs. 1; *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 24; *Tereščenko* in: *Sergeev* (Hrsg.), *Graždanskoe pravo*, 1. Band, S. 431; *Balašova*, *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Literatur nicht erörtert. Einzig *Mikrjukov* spricht sich für die gesetzliche Normierung dieser Befugnis des Abgebildeten aus.²⁰¹¹

c) Die Ansprüche der Wahrnehmungsberechtigten

Den Wahrnehmungsberechtigten stehen bei der unbefugten Veröffentlichung und Nutzung des Bildes eines Verstorbenen sämtliche Ansprüche zur Verfügung, die dem Rechtsträger selbst zustanden.

Eine Ausnahme stellt der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden dar, da er eng mit der Person des Geschädigten verbunden und somit nicht übertragbar und nicht vererblich ist.²⁰¹² Hat der Erblasser seinen Anspruch auf eine solche Entschädigung gerichtlich geltend gemacht und ist vor der Entscheidung gestorben, endet das Gerichtsverfahren gemäß Art. 220 Abs. 7 ZPO RF. Wird aber seiner Klage vor seinem Tod stattgegeben und ihm eine bestimmte Entschädigungssumme zugesprochen, so geht dieser Anspruch auf Bezahlung auf seine Erben über.²⁰¹³

Erstaunlich erscheint in diesem Zusammenhang eine junge Entscheidung von 2018,²⁰¹⁴ nach der das Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk einer Klägerin die Entschädigung für moralischen Schaden für die Veröffentlichung des Bildes ihres verstorbenen Sohnes wegen seiner fehlerhaften Bezeichnung als Verursacher eines schweren Verkehrsunfalls zuerkannt hat. Dieser Entscheidung, die in Abkehr von der Rechtsprechung des OG RF getroffen wurde, kann nicht gefolgt werden.

d) Die Dauer des postmortalen Schutzes des Rechts am eigenen Bild

Die russische Norm in Art. 152.1 ZGB RF enthält keine Angaben, wie lange die Angehörigen eines Verstorbenen die Einwilligung in die Veröffentlichung und Nutzung seines Bildes erteilen dürfen. Daher ist davon auszugehen, dass sie lebenslang berechtigt sind.

²⁰¹¹ Vgl. *Mikrjukov*, Jurist 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

²⁰¹² OG RF, Überblick über die Praxis des Obersten Gerichts der Russischen Föderation für das erste Quartal des Jahres 2000 vom 28.06.2000, veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2000, Nr. 9, zitiert nach Consultant; für die Anerkennung des Anspruchs für die Erben plädiert *Djubko*, *Nematerial'nye blaga i ličnye neimuščestvennye prava graždan i juridičeskich lic: teoretičeskije i praktičeskije problemy ich zaščity*, S. 15.

²⁰¹³ Vgl. OG RF, Überblick über die Praxis des Obersten Gerichts der Russischen Föderation für das erste Quartal des Jahres 2000 vom 28.06.2000, veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2000, Nr. 9, zitiert nach Consultant; Brief des OG RF „Nekotorye voprosy sudebnoj praktiki Verchovnogo Suda Rossijskoj Federacii po graždanskim delam“ (Einige Fragen der Praxis des Obersten Gerichts der Russischen Föderation in Zivilsachen), veröffentlicht in: Bjuulleten' Verchovnogo Suda RF 2003, Nr. 6, die Fragen des Zivilrechts, Punkt 2; vgl. *Érdelevskij*, *Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki*, S. 170.

²⁰¹⁴ Gebietsgericht des Gebiets Sverdlovsk, Appellationsbeschluss vom 06.07.2018 im Verfahren Nr. 33-10295/2018, n. v., zitiert nach Consultant.

Nach *Ėrdelevskijs* Meinung kann das Bild eines Verstorbenen ohne Einwilligung der in Art. 152.1 Punkt 1 Satz 2 ZGB RF genannten Personen genutzt werden, wenn das Werk mit diesem Bild zum Gemeingut wurde, weil dies im gesellschaftlichen Interessen gemäß Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF erfolgt.²⁰¹⁵ Gemäß Art. 1282 Punkt 1 ZGB RF wird das Werk nach dem Erlöschen der Ausschließlichkeitsrechte zu Gemeingut, d. h. hinsichtlich des Urheberrechts 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Wie eingangs angedeutet, ist das Recht am eigenen Bild aber kein Urheberrecht. Darum ist unklar, wieso die Schutzdauer des Urheberrechts auf die Schutzdauer des Rechts am eigenen Bild wirken soll, zumal der Gesetzgeber auf eine Befristung dieser Befugnis der Angehörigen eines Verstorbenen verzichtet hat. Darüber hinaus kann eine konkrete Abbildung des Verstorbenen keine erforderliche Schöpfungshöhe erreichen und darum keinen Urheberrechtsschutz genießen. Auf die Unzulässigkeit einer Analogie zum Urheberrecht in diesem Fall wird auch in der Literatur hingewiesen.²⁰¹⁶

Wenn es keine im Gesetz genannten Angehörigen gibt oder sie verstorben sind, kann das Bild des Verstorbenen frei veröffentlicht und weiter genutzt werden.²⁰¹⁷ Wird allerdings durch die Veröffentlichung des Bildes des Verstorbenen seine Ehre, seine Würde oder sein geschäftlicher Ruf geschädigt, so ist eine beliebige am Schutz dieser Rechtsgüter interessierte Person gemäß Art. 152 Punkt 1 Abs. 2 ZGB RF klagebefugt.²⁰¹⁸ Auch in dieser Norm ist keine Schutzfrist geregelt.

²⁰¹⁵ Vgl. *Ėrdelevskij*, *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, S. 12 f.; a. A. *Kadyrov*, *Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii ėkonomiki i prava* 2010, Nr. 4 – 5, S. 83.

²⁰¹⁶ *Maleina*, *Zakon* 2007, Nr. 10, S. 26; *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant; vgl. *Gavrilov*, *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, S. 15 f.

²⁰¹⁷ Anweisung des Plenums des OG RF vom 23.06.2015 Nr. 25 „O primenenii sudami nekotorych položenij razdela I časti pervoj Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii“ (Über die Anwendung einiger Vorschriften des I. Abschnitts des ersten Teils des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation durch die Gerichte), *Rossijskaja gazeta* Nr. 140 vom 30.06.2015, Punkt 49 Abs. 2; *Micheeva*, *Sud'ja* 2015, Nr. 10, zitiert nach Consultant; *Gavrilov*, *Patenty i licenzii* 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant; *Sergeev*, *Pravo intellektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii*, S. 147; *Belov*, *Vestnik ėkonomičeskogo pravosudija Rossijskoj Federacii* 2015, Nr. 11, Punkt 25; *Poguljaev/Tulub'eva*, *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, S. 41; *Boločagin* in: *Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva*, Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 36; *Grin'*, in: *Konstitucionnye prava i svobody: problemy interpretacii i realizacii v nacional'nych pravovyh sistemach*, der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, S. 74; *Pilipenko* in: *Prochorova* (Hrsg.), *Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodych učenych*, Materialien zu den Doktorandenlektüren, S. 426; *Gornev* in: *Aleškovskij u. a.* (Hgg.), *Materialien zum internationalen jugendlichen Wissenschaftsforum „LOMONOSOV-2010“*, abrufbar unter <https://lomonosov-msu.ru/archive/Lomonosov_2010/30.htm>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022; *Tarassenkova*, Internet: *pravoye aspekty bezopasnogo ispol'zovanija*, 7. Kapitel „Das Verfahren über ein gestohlenes Bild...“, zitiert nach Consultant; vgl. *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

²⁰¹⁸ Vgl. *Mikrjukov*, *Jurist* 2013, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

III. Rechtsvergleichende Zusammenfassung

1. Der zivilrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

a) Der Beseitigungsanspruch

Der Beseitigungsanspruch wird im deutschen Recht weiter verstanden als im russischen. Die in Russland als selbständiges Schutzmittel betrachtete Wiederherstellung des Zustands, der vor der Rechtsverletzung bestanden hat, sowie die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Verletzung werden im deutschen Recht als die Ausprägungsformen des Beseitigungsanspruchs angesehen.

Die Beseitigung nach den speziellen Normen des KUG und ZGB RF betreffen die Vernichtung der materiell hergestellten Bilder einer Person. Während die Regelung im KUG allgemein formuliert ist, ist Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF auf die für den Verkehr hergestellten und darin befindlichen Bilder eingeschränkt. Dafür normiert Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF ausdrücklich die Folgen der unbefugten Bildveröffentlichung im Internet.

Die strenge Sanktion der Vernichtung setzt in beiden Rechtsordnungen eine rechtskräftige Verurteilung voraus. Allerdings unterliegen gemäß § 37 Abs. 2 KUG der Vernichtung nur Gegenstände, die sich im Eigentum des an der Verletzung Beteiligten befinden. Darüber hinaus sieht das KUG nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch ergänzende Normen vor, nach denen die rechtsverletzenden Gegenstände anstatt durch Vernichtung auch anders unschädlich gemacht oder vom Verletzten gegen eine angemessene Vergütung übernommen werden können. Der russischen Norm in Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF mangelt es an solchen gerechten Regelungen, zumal die Vernichtung ohne Kompensation erfolgt.

b) Der Unterlassungsanspruch

Der in Deutschland seit langem normierte Unterlassungsanspruch hat im russischen Recht erst am 01.10.2013 eine rechtliche Grundlage gefunden. In beiden Rechtsordnungen setzt dieser voraus, dass eine Erstbegehungs- oder Wiederholungsgefahr besteht.

Der Anspruch umfasst sowohl in Deutschland, als auch in Russland über identische Bilder hinaus nicht kerngleiche Abbildungen. Dies wird im deutschen Schrifttum zu Recht kritisiert und sollte von den russischen Gerichten berücksichtigt werden.

c) Der Anspruch auf Entschädigung für immateriellen Schaden

Anders als im russischen Recht, in dem die Entschädigung für moralischen Schaden ein universales Schutzmittel darstellt, unterscheidet man im deutschen Recht zwischen dem

Schmerzensgeld für körperliche Verletzungen und der Geldentschädigung für die Verletzungen der Persönlichkeitsrechte.

Eine solche Entschädigung dient der Genugtuungs-, Ausgleichs- und Präventivfunktion. Der Präventionsgedanke wird im deutschen Recht für die Bemessung der Geldentschädigung herangezogen, während er im russischen Recht immer noch unterschätzt wird und auf die Höhe der Entschädigung für moralischen Schaden kaum auswirkt. Es bleibt abzuwarten, ob mit zunehmender Vermarktung der Persönlichkeit auch die russischen Richter von einer solchen Rechtsprechung Abstand nehmen werden.

Der Ersatz immaterieller Einbußen setzt bei der Verletzung des Rechts am eigenen Bild als einem Ausschnitt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts im deutschen Recht voraus, dass es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und anderweitige Ausgleichsmöglichkeiten fehlen. Nach dem ZGB RF ist die Schwere des Eingriffs keine Voraussetzung für den Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden, der dabei als Hauptschuttmittel dient. Dementsprechend machen die Rechtsinhaber den Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden auch bei einer nicht schwerwiegenden Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte geltend. In der Praxis werden häufig für unbedeutende seelische Beeinträchtigungen symbolische Entschädigungssummen zugesprochen. Die in Russland von der Klageforderung unabhängige feste Gerichtsgebühr und der vermutete moralische Schaden bei der Feststellung des rechtswidrigen Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte tragen maßgeblich zu dieser Sachlage bei. Die daraus in Russland entstandene Klagewelle könnte mithilfe einer Bagatellklausel im ZGB RF beseitigt werden. Die zugesprochenen Entschädigungssummen wären dann für den Kläger zumindest der Mühe wert.

Die Höhe der Entschädigung für immateriellen Schaden bestimmt in beiden Rechtsordnungen der Tatrichter nach seinem freien Ermessen. Die Bemessungskriterien sind die Intensität der Persönlichkeitsrechtsverletzung, der Grad des Verschuldens des Schädigers, seine Person und Solvenz sowie die Person und das Mitverschulden des Geschädigten. Alle Umstände des Einzelfalls sind zu berücksichtigen.

Die Gewinnerzielungsabsicht des Schädigers, die in der deutschen Rechtsprechung bei einer rücksichtslosen Kommerzialisierung der Persönlichkeit auf die Geldentschädigung erhöhend wirkt, wird von den russischen Gerichten bisher nicht als Bemessungsfaktor angesehen.

Es wird dabei sowohl von deutschen als auch von russischen Gerichten hervorgehoben, dass die Geldentschädigung nicht eine Höhe erreichen darf, die die Pressefreiheit unverhältnismäßig einschränkt.

d) Der Schadensersatz- und Bereicherungsansprüche

Anders als im deutschen Recht, wo der Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch dem Abgebildeten im Falle der rechtswidrigen Bildverwertung neben dem Geldentschädigungsanspruch zur Verfügung stehen, stecken diese im russischen Recht bezüglich der Persönlichkeitsrechtverletzungen immer noch in den Kinderschuhen. Bei den vergleichbaren Sachverhalten wird in Russland die Entschädigung für moralischen Schaden bemessen, während in Deutschland vor allem die vermögensrechtlichen Erwägungen ins Gewicht fallen.

Hinsichtlich des Schutzes der kommerziellen Interessen des Abgebildeten geht das deutsche Recht einen Schritt weiter als das russische. Viele Ungereimtheiten in der Palette der Schutzinstrumente, die einerseits Prominenten und andererseits Normalbürgern zur Verfügung standen, wurden überwunden.

Heutzutage zieht aber auch die russische Rechtsprechung die vermögensrechtlichen Interessen des Abgebildeten in Rechnung. Im Falle der unbefugten Bildkommerzialisierung kann nun unter Umständen der Ersatz des entgangenen Gewinns in Anspruch genommen werden, sei es unter dem Gesichtspunkt des Schadensersatzes oder der ungerechtfertigten Bereicherung. Als Berechnungsmethode hat bisher die mithilfe des Sachverständigengutachtens bezifferte Summe, die bei der ordnungsmäßigen Bildverwertung zu zahlen wäre, also eine hypothetische Lizenzgebühr, und der durch rechtswidrigen Eingriff erzielte Gewinn gedient.

Der Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden lässt sich dabei nach wie vor kumulativ geltend machen. Somit passt sich der Bildnisschutz in Russland allmählich dem heutigen Markt an.

e) Sonstige zivilrechtliche Ansprüche

Die sonstigen Schutzmittel weichen in beiden Rechtsordnungen voneinander deutlich ab, so dass sie sich der Rechtsvergleichung entziehen. Auf einer Seite geht es um den deutschen Auskunftsanspruch. Dieser ist im ZGB RF nicht ausdrücklich erwähnt. Es kommt allerdings auch in der russischen Praxis regelmäßig vor, dass dem Rechtsinhaber an einigen wichtigen Informationen über die stattgefundene Rechtsverletzung mangelt, die für die Geltendmachung seiner Ansprüche erforderlich sind. So ist der Umfang der Bildverbreitung für den Anspruch auf eine Entschädigung für moralischen Schaden von maßgebender Bedeutung. In solchen Situationen darf der Abgebildete gemäß Art. 57 Teil 1 Abs. 2 ZPO RF die entsprechende

Auskunft durch das Gericht erhalten, das den Kläger auf Antrag bei der Beweisaufforderung unterstützt.²⁰¹⁹ Nach Art. 57 Teil 2 ZPO RF stellt das Gericht für den Kläger eine verbindliche Anfrage für die Erlangung des Beweises aus oder fordert den Beweis unmittelbar. Ein Unterschied liegt darin, dass der Auskunftsanspruch nach § 242 BGB sich an den Beklagten richtet, während im russischen Recht der Antrag auf Beweisaufforderung gegenüber jedermann gestellt werden kann, der über den erforderlichen Beweis verfügt. Die grundlose Nichterfüllung der Beweisaufforderung steht gemäß Art. 57 Teil 3 ZPO RF unter Strafe.

Auf der anderen Seite sind im ZGB RF eine Menge zivilrechtlicher Schutzmittel aufgezählt, die im deutschen Recht nicht genannt sind. Diese sind unter anderem die Ansprüche auf Auflösung oder Veränderung der Rechtsbeziehung, die Anerkennung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts als unwirksam und die Anwendung der Folgen aus seiner Unwirksamkeit, die Anwendung der Folgen aus der Unwirksamkeit des nichtigen Rechtsgeschäfts sowie die Beitreibung einer Vertragsstrafe. Im Rahmen des deutschen Gerichtsverfahrens können diese Ansprüche auch durchgesetzt werden, wenn sie als Klageantrag formuliert werden.

Das nächste Schutzmittel nach ZGB RF ist die Anerkennung des Rechts, wenn aus einem Bild nicht eindeutig hervorgeht, ob es sich um eine Abbildung des Betroffenen handelt. In Deutschland steht dem Betroffenen in solchen Fällen das allgemeine Persönlichkeitsrecht zur Verfügung. Weiter ist gemäß Art. 12 ZGB RF der Selbstschutz des Rechts am eigenen Bild anwendbar. Allerdings ist dieses Schutzmittel bislang rein theoretischer Natur, weil es keine einschlägigen Fälle gibt. Im deutschen Recht wird der Selbstschutz des Rechts in der Literatur hinsichtlich der Bildanfertigung erwähnt, wenn beispielsweise ein Polizeibeamter gegen unbefugtes Fotografieren einschreitet. Zuletzt wird nach ZGB RF die gerichtliche Feststellung der Verletzung des nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts als zivilrechtliches Schutzmittel angesehen, die aber kaum eine praktische Bedeutung aufweist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass unter sonstigen in Deutschland und Russland unterschiedlich formulierten zivilrechtlichen Ansprüchen im Ergebnis ähnliche Schutzinstrumente verschleiert sind.

2. Der strafrechtliche Schutz des Rechts am eigenen Bild

Das Kunsturhebergesetz als eigenständiges Gesetz sieht nicht nur zivilrechtliche, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild vor. Dieser

²⁰¹⁹ Vgl. Art. 66 APO RF.

strafrechtliche Schutz wird darüber hinaus durch § 201a StGB ergänzt, wenn auch diese Norm einen engen Tatbestand aufweist.

Im russischen Recht ist das Recht am eigenen Bild im ZGB RF normiert, so dass in der einschlägigen Norm keine strafrechtlichen Sanktionen zu finden sind. Das StGB RF als ein allgemeines Gesetzbuch, dessen Tragweite alle Lebensbereiche umfasst, hat keine spezielle Norm, die das Recht am eigenen Bild schützt. Die einzelne Norm in Art. 137 StGB RF, die für den Abgebildeten im Falle der unbefugten Bildherstellung oder Verbreitung ohne seine Einwilligung behilflich sein kann, hat nur eine geringe praktische Relevanz. Zudem ist ihr Tatbestand ziemlich eng. So müssen sich aus einem Bild gemäß Art. 137 Teile 1 und 2 StGB RF die Informationen ergeben, die ein Personen- oder Familiengeheimnis des Abgebildeten lüften. Allerdings wird im Vergleich zu § 201a Abs. 1 StGB ein weiter Rahmen gesetzt, da es in der deutschen Norm um Eingriffe in den höchstpersönlichen Lebensbereich, also in die Intimsphäre des Betroffenen geht.

Einen besonderen strafrechtlichen Schutz von Minderjährigen sehen die Vorschriften in § 201a Abs. 3 StGB und Art. 137 Teil 3 StGB RF vor. Was die Strenge der Strafen in beiden Rechtsordnungen angeht, so lassen sie sich nicht vergleichen, da die Taten nicht identisch sind.

3. Der postmortale Schutz des Rechts am eigenen Bild

Sowohl im deutschen als auch im russischen Recht besteht der Schutz des Rechts am eigenen Bild nach dem Tod des Rechtsträgers fort. Wahrnehmungsberechtigt sind in beiden Rechtsordnungen der Ehegatte und die Kinder des Abgebildeten, bei deren Nichtvorhandensein seine Eltern. Sie handeln dabei aus eigenem Recht, so dass die Einwilligung aller Angehörigen erforderlich ist. Eine zu Lebzeiten erteilte Einwilligung geht dem Entscheidungsrecht der Wahrnehmungsberechtigten in beiden Rechtsordnungen vor.

Anders als das KUG, das die Schutzdauer auf 10 Jahre nach dem Tod des Abgebildeten festsetzt, sieht das ZGB RF keine Frist vor. Deswegen können die Angehörigen des Verstorbenen in Russland lebenslang - und in Deutschland 10 Jahre nach dem Tod des Abgebildeten - alle Ansprüche erheben, wie der lebende Rechtsträger, abgesehen vom nicht übertragbaren und nicht vererblichen Geldentschädigungsanspruch. Nach 10 Jahren steht den Angehörigen in Deutschland nur der Achtungsanspruch zur Verfügung. Dieser Befugnis wird dabei in der deutschen Literatur und Rechtsprechung auch eine zeitliche Grenze gesetzt.

Der wesentliche Unterschied zwischen den untersuchten Rechtsordnungen liegt darin, dass nach deutschem Recht die vermögenswerten Bestandteile des Rechts am eigenen Bild als Ausschnitt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach dem Tod des Abgebildeten auf die

Erben übergehen. Sie müssen dabei den ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen des Erblassers beachten.

Zwar ist die Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild im russischen Recht nicht anerkannt, jedoch sind die Fälle der Bildverwertung *post mortem* nicht auszuschließen. Theoretisch können die Angehörigen des Verstorbenen durch den Vertragsschluss in die Verwertung seines Bildes einwilligen. Es sind allerdings noch keine einschlägigen Fälle bekannt.

F. Die Zusammenfassung

Die vorgenommene rechtsvergleichende Untersuchung des Rechts am eigenen Bild im deutschen und russischen Recht hat gezeigt, dass die Regelungen in § 22 KUG und Art. 152.1 ZGB RF grundsätzlich ähnlich sind. Als Prinzip wird in beiden Rechtsordnungen festgelegt, dass es für die Bildveröffentlichung der Einwilligung des Abgebildeten bedarf, soweit bestimmte gesetzliche Ausnahmen nicht einschlägig sind.

Unter dem geschützten Rechtsgut wird die Entscheidungsfreiheit des Abgebildeten über seine visuelle erkennbare Darstellung verstanden. Als Instrument dafür steht ihm die Einwilligung zur Verfügung, die für ein Rechtsgeschäft gehalten wird. Die Grundsätze einer sogenannten Zweckübertragungslehre finden sowohl im deutschen als auch im russischen Recht Anwendung, obwohl diese nur im deutschen Recht als solche bekannt ist.

Die Unterschiede im Bildnisschutz finden sich in der auf den ersten Blick ähnlichen Normierung der Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild. Es geht dabei in erster Linie um die Privilegierung von öffentlichen Interessen. Anders als die einschlägige Vorschrift im KUG, die klaren Konturen hat, leidet die russische Norm an schwammigen Formulierungen und kann zu Ungunsten des Abgebildeten ausgelegt werden. *De lege ferenda* sind die „öffentlichen Interessen“ nach Art. 152.1 Punkt 1 Nr. 1 ZGB RF darum in Anlehnung an das deutsche Kunsturhebergesetz zu präzisieren, indem das Bild des Bürgers erst dann einwilligungsfrei veröffentlicht und genutzt werden darf, wenn das Bild aus dem Bereich der Zeitgeschichte betroffen ist oder, wenn dies für Ausbildungs-, Wissenschafts- oder Kunstzwecke sowie von den Behörden für Zwecke der Ermittlung, Voruntersuchung, im Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, erfolgt. Die Erteilung der Einwilligung ist im Zweifel als widerlegliche gesetzliche Vermutung festzulegen, wenn der Abgebildete gegen Entlohnung posiert hat. Die sonstigen Einschränkungen des Rechts am eigenen Bild betreffen Fälle, in denen die Personenabbildung bei einer öffentlichen Veranstaltung gefertigt wurde oder als Beiwerk dargestellt wird. Sie sind in beiden Rechtsordnungen grundsätzlich ähnlich geregelt.

De lege ferenda könnte Art. 152.1 ZGB RF wie folgt aussehen:

Art. 152.1. Der Schutz des Bildes des Bürgers

1. Die Veröffentlichung und Nutzung des Bildes des Bürgers (einschließlich seiner Fotografie sowie eines Videos oder Werkes der bildenden Kunst, in denen er abgebildet ist) sind nur mit der Einwilligung dieses Bürgers gestattet. Die Einwilligung gilt im Zweifel als erteilt, wenn der Bürger gegen Entlohnung posiert hat. Nach dem Tod des Bürgers kann sein Bild nur mit der Einwilligung der Kinder und des überlebenden Ehegatten genutzt werden, und

bei deren Nichtvorhandensein mit der Einwilligung der Eltern. Eine Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn:

1) die Nutzung des Bildes von den Behörden für Zwecke der Ermittlung, Voruntersuchung, im Gerichts- oder Verwaltungsverfahren in einem durch den Zweck gebotenen Umfang erfolgt;

2) das Bild aus dem Bereich der Zeitgeschichte genutzt wird oder die Nutzung des Bildes, das nicht auf Bestellung angefertigt ist, für Ausbildungs-, Wissenschafts- oder Kunstzwecke erfolgt;

3) das Bild des Bürgers an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Kongressen, Konferenzen, Konzerten, Vorstellungen, sportlichen Wettbewerben und ähnlichen Vorgängen) aufgenommen wurde, es sei denn, ein solches Bild ist das Hauptobjekt der Nutzung.

2. Die Befugnis nach Punkt 1 Nrn. 2 und 3 dieses Artikels erstreckt sich nicht auf die Veröffentlichung und Nutzung des Bildes des Bürgers, durch die die Rechte und berechtigten Interessen des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner in Punkt 1 dieses Artikels genannten Angehörigen verletzt werden.

3. Art. 152.1 Punkt 2 ZGB RF a. F.

4. Art. 152.1 Punkt 3 ZGB RF a. F.

Ein weiterer Vorteil des Bildnisschutzes in Deutschland ist darin zu sehen, dass die deutsche Rechtsprechung die vermögenswerten Bestandteile des Rechts am eigenen Bild als einen Ausschnitt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts anerkannt hat. Dies hat zur Folge, dass nicht nur ideelle, sondern auch kommerzielle Interessen des Rechtsinhabers beachtet werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit der russischen Literatur und Rechtsprechung ergibt, dass das russische Recht immer noch nicht bereit ist, dem Abgebildeten eine kommerzielle Selbstbestimmung zuzusprechen. Die Fälle der Bildverwertung nehmen allerdings kontinuierlich zu, so dass alle Anzeichen dafür sprechen, dass sich die Kommerzialisierung des Rechts am eigenen Bild auch in Russland durchsetzen wird. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Recht irgendwann in seinem vermögensrechtlichen Gehalt als vererblich angesehen wird.

Was den Schutz des Rechts am eigenen Bild angeht, sind die gesetzlichen allgemeinen Schutzmittel ähnlich. Gleichwohl bietet das deutsche Recht dem Abgebildeten einen weitergehenden Bildnisschutz. Das Hauptschutzmittel des Rechts am eigenen Bild in Russland stellt die Entschädigung für moralischen Schaden dar. Angesicht der vernachlässigten Präventivfunktion der Geldentschädigung durch die russischen Gerichte fallen die

zugesprochenen Entschädigungen in Russland so gering aus, dass von einem effizienten Persönlichkeitsschutz kaum die Rede sein kann. Darum sollen dem Rechtsinhaber im Falle der unbefugten Bildverwertung der Schadensersatz- und Bereicherungsanspruch zur Verfügung stehen. Die Normen des ZGB RF über die Entschädigung für moralischen Schaden sind überdies durch eine Bagatellklausel zu ergänzen.

Darüber hinaus kann sich der Rechtsinhaber in Russland nicht auf das sogenannte allgemeine Persönlichkeitsrecht berufen, wenn der Tatbestand des Art. 152.1 ZGB RF im Einzelfall nicht ausreicht, etwa bei einer bloßen Bildanfertigung. Die Figur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts könnte einen fragmentarischen Bildnisschutz nach dem russischen Recht ergänzen, so dass seine Entwicklung eine gelungene Rechtsfortbildung darstellen würde.

Dies ließe sich bereits auf Grundlage des geltenden Rechts verwirklichen, ohne dass es der Schaffung einer weiteren Norm bedürfte, indem die russische Rechtsprechung eingreifen würde, wie es in Deutschland vorgekommen ist. Die russischen Gerichte sind allerdings im Vergleich zu den deutschen nicht so flexibel, was die Erweiterung von gesetzlichen Vorschriften betrifft. Sie halten streng an den gesetzlichen Normen fest und warten auf Initiativen des Gesetzgebers. Als anschauliches Beispiel dafür dient die Bildanfertigung, die in Art. 152.1 Punkt 1 ZGB RF nicht als eine einwilligungsbedürftige Handlungsform genannt ist und die somit für einwilligungsfrei gehalten wird. Einer analogen Anwendung dieser Vorschrift steht aber kein strafrechtlicher Schutz des Rechts am eigenen Bild oder sonstige Normen entgegen. Hinsichtlich der Bildanfertigung in Deutschland bleibt es abzuwarten, ob ihre Regelung sowie einige andere klärungsbedürftige Rechtsfragen der Bildnutzung von der Datenschutz-Grundverordnung irgendwie beeinflusst werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Konzeptionen des Rechts am eigenen Bild in beiden Rechtsordnungen grundsätzlich ähnlich sind. Die gezeigten Unterschiede im Bildnisschutz decken zwar die Schwäche der Rechtslage des Abgebildeten in Russland auf. Jedoch befinden sich die Persönlichkeitsrechte in einem permanenten Entwicklungsprozess, so dass sich die Regelung des Rechts am eigenen Bild in Russland der in Deutschland allmählich annähern und die vorhandenen Schutzdefizite überwinden kann, zumal sich die russischen Rechtswissenschaftler auf ihre deutschen Kollegen stützen können. Die im deutschen Recht gesammelten Erfahrungen, die dabei mit dem Europäischen Schutzniveau Schritt halten, sind für die Weiterentwicklung des russischen Rechts als wertvolle Erkenntnisquelle zu betrachten.

G. Anhang

Anhang Nr. 1

Die Übersetzung der maßgeblichen russischen Rechtsnormen.

Art. 514 ZGB RSFSR

Die Publikation, Vervielfältigung und Verbreitung des Werkes der bildenden Kunst, in dem eine andere Person abgebildet ist, ist nur mit der Einwilligung des Abgebildeten gestattet, und nach seinem Tod mit der Einwilligung seiner Kinder und des überlebenden Ehegatten. Eine solche Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn sie im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse erfolgt oder die abgebildete Person dem Urheber gegen Entlohnung posiert hat.

Art. 150 ZGB RF

1. Das Leben und die Gesundheit, die Würde der Persönlichkeit, die persönliche Unantastbarkeit, die Ehre und der gute Name, der geschäftliche Ruf, die Unantastbarkeit des Privatlebens, die Unantastbarkeit der Wohnung, das Personen- und Familiengeheimnis, die Freizügigkeit, die Freiheit auf Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes, der Name des Bürgers, die Urheberschaft, sonstige Nichtvermögensgüter, die einem Bürger von Geburt an oder kraft Gesetzes zustehen, sind unveräußerlich und nicht anderweitig übertragbar.

2. Die Nichtvermögensgüter werden durch dieses Gesetzbuch und sonstige Gesetze in den Fällen und nach den Regeln, die sie bestimmen, geschützt sowie in den Fällen und innerhalb der Grenzen, in welchen sich die Anwendung von Mitteln zum Schutz der Zivilrechte (Artikel 12) aus der Art des verletzten Nichtvermögensguts oder nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts ergibt und daraus, welchen Charakter die Folgen dieser Verletzung haben.

In den Fällen, wenn dies die Interessen des Bürgers fordern, können die ihm zustehenden Nichtvermögensgüter insbesondere durch die Feststellung vom Gericht der Verletzung seines nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechts, die Veröffentlichung des Gerichtsurteils über eine stattgefundene Rechtsverletzung sowie durch die Beseitigung oder Untersagung der Handlungen, die das nicht vermögenswerte Persönlichkeitsrecht verletzen oder drohen, es zu verletzen, oder die in das Nichtvermögensgut eingreifen oder drohen, in dieses einzugreifen, geschützt werden.

In den Fällen und nach den Regeln, die durch das Gesetz bestimmt sind, können die Nichtvermögensgüter, die einem Verstorbenen zugestanden sind, von anderen geschützt werden.

Art. 151 ZGB RF

Ist einem Bürger durch Handlungen, die seine nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte verletzen oder gegen ihm zustehende Nichtvermögensgüter gerichtet sind, sowie in anderen gesetzlich geregelten Fällen moralischer Schaden (körperliche oder seelische Leiden) zugefügt worden, kann das Gericht dem Schädiger die Pflicht zur Entschädigung in Geld auferlegen.

Die Höhe der Entschädigung für moralischen Schaden hat das Gericht unter Berücksichtigung der Schwere des Verschuldens des Schädigers sowie sonstiger beachtenswerter Umstände zu bemessen. Das Gericht hat außerdem das Maß der körperlichen und seelischen Leiden im Zusammenhang mit den individuellen persönlichen Eigenheiten des Geschädigten zu berücksichtigen.

Art. 152.1 ZGB RF

1. Die Veröffentlichung und weitere Nutzung des Bildes des Bürgers (einschließlich seiner Fotografie sowie eines Videos oder Werkes der bildenden Kunst, in denen er abgebildet ist) sind nur mit der Einwilligung dieses Bürgers gestattet. Nach dem Tod des Bürgers kann sein Bild nur mit der Einwilligung der Kinder und des überlebenden Ehegatten genutzt werden, und bei deren Nichtvorhandensein mit der Einwilligung der Eltern. Eine solche Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn:

1) die Nutzung des Bildes in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen erfolgt,

2) das Bild des Bürgers an öffentlich zugänglichen Orten oder bei öffentlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Kongressen, Konferenzen, Konzerten, Vorstellungen, sportlichen Wettbewerben und ähnlichen Vorgängen) aufgenommen wurde, es sei denn, ein solches Bild ist das Hauptobjekt der Nutzung,

3) der Bürger gegen Entlohnung posiert hat.

2. Die Exemplare der Materialträger, die zum Bringen in Umsatz hergestellt wurden sowie die sich im Umsatz befinden und die das Bild des Bürgers enthalten, das unter Verletzung des Punkts 1 dieses Artikels erlangt oder genutzt wurde, sind aufgrund des Gerichtsurteils ohne irgendeine Kompensation aus dem Umsatz zu entziehen und zu vernichten.

3. Wird das Bild des Bürgers, das unter Verletzung des Punkts 1 dieses Artikels erlangt oder genutzt wurde, im Netz „Internet“ verbreitet, ist der Bürger berechtigt, die Entfernung dieses Bildes sowie die Beseitigung oder Untersagung seiner weiteren Verbreitung zu fordern.

Art. 152.2 ZGB RF

1. Die Erhebung, Speicherung, Verbreitung und Nutzung beliebiger Informationen über Privatleben des Bürgers, insbesondere der Informationen über seine Herkunft, seinen Wohn- oder Aufenthaltsort, sein persönliches Leben und Familienleben, ist ohne Einwilligung des Bürgers unzulässig, es sei denn, es folgt etwas anderes unmittelbar aus dem Gesetz.

Keine Verletzung der Regeln nach dem ersten Absatz dieses Punktes stellen die Erhebung, Speicherung, Verbreitung und Nutzung der Information über Privatleben des Bürgers in staatlichen, gesellschaftlichen oder sonstigen öffentlichen Interessen dar, sowie in den Fällen, wenn die Information über Privatleben des Bürgers früher allgemein zugänglich geworden ist oder vom Bürger selbst oder mit seiner Zustimmung offenbart wurde.

2. Die Parteien eines Schuldverhältnisses sind unberechtigt, die bei der Entstehung dieses Schuldverhältnisses und (oder) der Erfüllung der Schulden erlangte Information über das Privatleben des Bürgers, der eine Partei oder ein Dritter dieses Schuldverhältnisses ist, zu offenbaren, es sei denn, die Möglichkeit der Offenlegung von Information über Parteien wurde vereinbart.

3. Als eine unrechtmäßige Verbreitung der gesetzwidrig erlangten Information über das Privatleben des Bürgers gilt insbesondere ihre Nutzung bei der Schaffung der Werke der Wissenschaft, Literatur und Kunst, wenn eine solche Nutzung die Interessen des Bürgers verletzt.

4. In den Fällen, wenn die gesetzwidrig erlangte Information über das Privatleben des Bürgers in den Dokumentationen, Videoaufnahmen oder in anderen Materialträger enthalten ist, ist der Bürger berechtigt, sich an das Gericht mit der Forderung zu wenden, die entsprechende Information zu entfernen, sowie ihre weitere Verbreitung zu verhindern oder verbieten, indem die Exemplare der Materialträger, die zum Bringen in Umsatz hergestellt wurden und die die entsprechende Information enthalten, ohne irgendeine Kompensation aus dem Umsatz entzogen und vernichtet werden, wenn ohne Vernichtung solcher Exemplare der Materialträger die Entfernung der entsprechenden Information unmöglich ist.

5. Der Anspruch auf den Schutz des Privatlebens des Bürgers anhand der Mittel, die in Art. 150 Punkt 2 dieses Gesetzbuches und in diesem Artikel vorgesehen sind, steht im Falle seines Todes den Kindern, Eltern und dem überlebenden Ehegatten dieses Bürgers zu.

Anhang Nr. 2

[...Wenn man den Menschen hilft, verschleudert man die Zeit.

Mit guten Taten kann man keinen Ruhm erlangen...]

... Кто людям помогает - тот тратит время зря.
Хорошими делами прославиться нельзя...



Dmitriev, A., Karikatur einer ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses der Staatsduma für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung der Föderalversammlung der Russischen Föderation und gegenwärtig einer Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation und einer Stellvertreterin des Vorsitzenden der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation *Jarovaja Irina Anatol'evna*, veröffentlicht am 20.03.2013, abrufbar unter <http://caricatura.ru/list/shiz/url/shiz/toliks/1551/>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Anhang Nr. 3

[Hab keine Angst, dass du zu hoch aufsteigen wirst, ich habe alles unter Kontrolle]



Abrufbar unter <http://livrad.narod.ru/fotoyhtprikol_013.jpg>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Anhang Nr. 4



Abrufbar unter: <<https://goo.gl/By74Uw>>, zuletzt abgerufen am 27.12.2017.



Abrufbar unter: <<https://goo.gl/dr1bch>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.



Abrufbar unter: <<https://goo.gl/866mhN>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Literaturverzeichnis

- Ady, Johannes*, Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen, Tübingen, 2004.
- Afanas'eva, Olga Valentinovna*, Pravo na neprikosnovennost' častnoj žizni. Ukrepļjaet li ego zakon o personal'nych dannych? [Das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens. Verstärkt es das Gesetz über personenbezogene Daten?] Obščestvennye nauki i sovremennost' 2011, Nr. 6, 76 ff.
- Agarkov, Michail Michajlovič*, Objazatel'stva iz pričinenija vreda i proekt GK SSSR [Deliktsrechtliche Verhältnisse und der Entwurf des ZGB UdSSR], Thesen des Vortrags, Moskau 1939, 74 ff.
- Agarkov, Michail Michajlovič*, Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava [Der Gegenstand und das System des sowjetischen Zivilrechts], Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1940, Nr. 8-9, 52 ff.
- Ahlberg, Hartwig/Götting, Horst-Peter/Lauber-Rönsberg, Anne*, BeckOK Urheberrecht, 34. Aufl., München 2022.
- Aksakov, Ju. V.*, Frage: „...Ist es rechtmäßig, ein Bild eines Minderjährigen, der unter 14 Jahren alt ist, in einem audiovisuellen Werk zu nutzen, wenn ein Elternteil dazu seine Einwilligung schriftlich erklärt hat und der andere widerspricht?“ Fachberatung durch Consultant 2014.
- Alekseev, Sergej Sergeevič*, Obščaja teorija prava [Die allgemeine Theorie des Rechts], 2. Aufl., Moskau 2009.
- Alekseev, Sergej Sergeevič*, O predmete sovetskogo graždanskogo prava i metode graždansko-pravovogo regulirovanija [Über den Gegenstand des sowjetischen Zivilrechts und der Methode der zivilrechtlichen Regelung], Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1955, Nr. 2, 114 ff.
- Ali, Maksim*, Pravo graždjanina na izobraženie [Das Rechts des Bürgers am Bild], Jurist 2015, Nr. 26, zitiert nach Consultant.
- Amelin, R. V. u. a.*, Kommentarij k Federal'nomu zakonu ot 27 ijulja 2006 № 152-FZ „O personal'nych dannych“ [Kommentar zum Föderalen Gesetz vom 27. Juli 2006 Nr. 152-FZ „Über personenbezogene Daten“], 2013, zitiert nach Garant.
- Andreev, V. K.*, Sootvetstvuet li koncepcija razvitija graždanskogo zakonodatel'stva potrebnostjam rossijskogo obščestva i gosudarstva [Entspricht die Konzeption der Entwicklung der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation den Bedürfnissen der russischen Gesellschaft und des Staates], Chozjajstvo i pravo 2010, Nr. 4, S. 24 ff.

- Andreev, V. K.*, Suščestvo nematerial'nych blag i ich zaščita [das Wesen der immateriellen Güter und ihr Schutz], Žurnal rossijskogo prava 2014, Nr. 3, zitiert nach Consultant.
- Aničkin, E. S./Zenina, O. A.*, Princip prjamogo dejstvija Konstitucii Rossijskoj Federacii: nekotorye aktual'nye voprosy [Das Prinzip der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation: einige aktuelle Fragen], Vestnik Altajskoj akademii èkonomiki i prava 2015, Nr. 2 (40), 14 ff.
- Antonenko, Valerija Michajlovna*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation], Autoreferat der Jur. Diss., Ekaterinburg 2014.
- Antonov, Aleksandr Al'bertovič*, Problemy kompensacii moral'nogo vreda [Die Probleme der Entschädigung für moralischen Schaden], Vestnik Severo-Osetinskogo gosudarstvennogo universiteta imeni Kosta Levanoviča Chetagurova 2013, Nr. 4, 159 ff.
- Artemova, Marina Vladimirovna/Erčenko, Pavel Michajlovič*, Ochrana izobraženija graždanina (analiz sudebnoj praktiki) [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers (die Analyse der Rechtsprechung)], Vestnik obrazovatel'nogo konsorciuma srednerusskij universitet 2015, Schriftenreihe der Jurisprudenz, 1. Band, Nr. 5, 13 f., abrufbar unter <<https://elibrary.ru/item.asp?id=24100908>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Arzumanjan, Anna Borisovna*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekty graždanskich prav [Die immateriellen Güter als Objekte der Zivilrechte], Autoreferat der Jur. Diss., Krasnodar 2008.
- Arzumanjan, Anna Borisovna*, Ochrana izobraženija graždanina i pravo na neprikosovennost' vnešnego oblika [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers und das Recht auf Unantastbarkeit des äußeren Erscheinungsbildes], Gumanitarnye i social'no-èkonomičeskie nauki 2016, Nr. 5, 59 ff.
- Asknazij, Samuil Isaakovič*, Osnovnye voprosy Graždanskogo kodeksa SSSR v svete rešenij 18. s'ezda VKP [Die Hauptfragen des Zivilgesetzbuches der UdSSR unter dem Gesichtspunkt der Entscheidungen des 18. Kongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion], Sovetskaja justicija 1939, Nr. 14, 37 ff.
- Astachova, Marina Anatol'evna*, Objekt subjektivnogo graždanskogo prava: ponjatie i priznaki [Das Objekt des subjektiven Zivilrechts: das Verständnis und die Merkmale], Graždanskoe pravo 2006, Nr. 2, 2 ff.
- B. R.*, Gugo Keyßner, Pravo na svoë izobraženie, perevod s nemeckogo [Gugo Keyßner, Das Recht am eigenen Bild, Übersetzung aus Deutsch], Wilna 1897, Žurnal juridičeskogo občestva. God dvadcat' sed'moj, das 4. Buch, St. Petersburg 1897, 7 ff.

- Babenko, Aleksandr*, O nekotorych aspektach kompensacii moral'nogo vreda [Über einige Aspekte der Entschädigung für moralischen Schaden], *Pravo i ekonomika* 2007, Nr. 1, 132 ff.
- Bakaeva, Irina Vladilenovna*, Ponjatie i priznaki nematerial'nych blag: zakonodatel'stvo, teorija i praktika [Das Verständnis und die Merkmale der immateriellen Güter: die Gesetzgebung, Theorie und Praxis], *Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika* 2012, Nr. 4, 9 ff.
- Balaškina, Irina Valer'evna*, Osobennosti konstitucionnogo regulirovanija prava na neprikosnovennost' častnoj žizni v Rossijskoj Federacii [Die Besonderheiten der verfassungsrechtlichen Regulierung des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens in der Russischen Föderation], *Pravo i politika* 2007, Nr. 7, 96 ff.
- Balašova, Svetlana Nikolaevna*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti v fotožurnalistike [Das Recht des geistigen Eigentums in der Fotojournalistik], *Mediascope* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/411>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Balthasar, Stephan*, Eingriffskondiktion bei unerlaubter Nutzung von Persönlichkeitsmerkmalen – Lafontaine in *Werbeannonce*, *NJW* 2007, 664 ff.
- Bamberger, Heinz Georg (Hrsg.)*, Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, 26. Aufl., München 2013.
- Bartnik, Marcel*, *Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht*, Tübingen 2004.
- Beljackin, Semen Abramovič*, Vozmeščenie moral'nogo (neimuščestvennogo) vreda [Die Entschädigung des moralischen (immateriellen) Schadens], Moskau 2005 (das erste Erscheinungsjahr 1913).
- Belov, Vadim Anatol'evič*, Čto izmenilos' v Graždanskom kodekse? [Was hat sich geändert im Zivilgesetzbuch?] Moskau 2014.
- Belov, Vadim Anatol'evič*, „Dvadcat' pjatoe“ postanovlenie Plenuma: tolkovanie ili... zakonodatel'stvo? [Die „fünf und zwanzigste“ Anweisung des Plenums: die Auslegung oder... Gesetzgebung?] *Vestnik èkonomičeskogo pravosudija Rossijskoj Federacii* 2015, Nr. 11.
- Belov, Vadim Anatol'evič*, Zanimatel'naja civilistika, *Zakonodatel'stvo* 2003, Nr. 6, 6 ff.
- Belov, Sergej Aleksandrovič*, Neposredstvennoe primenenie sudami Konstitucii v Rossijskoj Federacii [Die unmittelbare Anwendung der Verfassung in der Russischen Föderation durch die Gerichte], *Gosudarstvo i pravo* 2014, Nr. 1, 45 ff.

- Benecke, Martina/Groß, Nadja*, Das Recht am eigenen Bild im Arbeitsverhältnis, Voraussetzungen und rechtliche Probleme einer Einwilligung durch den Arbeitnehmer, NZA 2015, 833 ff.
- Benedikt, Kristin/Kranig, Thomas*, DS-GVO und KUG – ein gespanntes Verhältnis. Ende des KUG nach 111 Jahren? ZD 2019, 4 ff.
- Besedin, Anatolij Nikolaevič*, Problemy i perspektivy graždansko-pravovogo regulirovanija ličnych neimuščestvennych otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi [Die Probleme und Perspektiven der zivilrechtlichen Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen, die mit den vermögenswerten Beziehungen nicht verbunden sind], in: Mackevič, Igor' Michajlovič/Esakov, Gennadij Aleksandrovič (Hgg.), Aktual'nye problemy rossijskogo prava [Die aktuellen Probleme des russischen Rechts], 1. Heft, Moskau 2005, 78 ff.
- Beuter, Claudia*, Die Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts, Jur. Diss., Universität Konstanz, Konstanz 2000.
- Beuthien, Volker*, Postmortaler Persönlichkeitsschutz auf dem Weg ins Vermögensrecht, ZUM 2003, 261 f.
- Beuthien, Volker*, Was ist vermögenswert, die Persönlichkeit oder ihr Image? Begriffliche Unstimmigkeiten in den Marlene-Dietrich-Urteilen, NJW 2003, 1220 ff.
- Beuthin, Volker/Hieke, Mario*, Unerlaubte Werbung mit dem Abbild prominenter Personen – Dogmatische Grundlagen und Rechtsfolgen, AfP 2001, 353 ff.
- Boer, A. A.*, Zaščita konstituzionnogo prava na sobstvennoe izobraženie [Der Schutz des Verfassungsrechts am eigenen Bild], in: Kanygin, V. I./Izosimov, S. V./Čuprova, A. Ju. (Hgg.), Probely v zakonodatel'stve i puti ich preodolenija, Nižnij Novgorod 2008, 72 ff.
- Bogdanova, Elena Evgen'evna*, Zaščita interesov graždan pri konflikte ich ličnych neimuščestvennych prav [Der Schutz der Interessen der Bürger beim Konflikt ihrer nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte], Žurnal rossijskogo prava 2013, Nr. 12, 75 ff.
- Bogomolov, Andrej Borisovič*, Primenenie sudami obščej jurisdikcii norm Konstitucii Rossijskoj Federacii [Die Anwendung der allgemeinen Jurisdiktion der Normen der Verfassung der Russischen Föderation durch die Gerichte], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2011.
- Boločagin, V. Ju.*, Pravo na neprikosnovennost' ličnogo izobraženija: perspektivy graždansko-pravovogo regulirovanija ličnych neimuščestvennych otnošenij [Das Recht auf Unantastbarkeit des persönlichen Bildes: die Perspektiven der zivilrechtlichen Regulierung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen], in:

- Teoretičeskie aspekty i pravoprimeritel'naja praktika rossijskogo zakonodatel'stva [Die theoretischen Aspekte und die rechtsanwendende Praxis der russischen Gesetzgebung], Materialien zur allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Kursk 2007, 34 ff.
- Bötticher, Eduard*, Zur Ausrichtung der Sanktion nach dem Schutzzweck der verletzten Privatrechtsnorm, AcP 158 (1959/60), 385 ff.
- Braginskij, Michail Isaakovič/Suchanov, Evgenij Alekseevič/Jarošenko, Klavdija Borisovna*, Kommentarij GK RF [Kommentar zum ZGB RF], Chosjajstvo i pravo 1995, Nr. 5, 3 ff.
- Bratus', Sergej Nikitič*, Predmet i sistema sovetskogo graždanskogo prava [Der Gegenstand und das System des sowjetischen Zivilrechts], Moskau 1963.
- Bratus', Sergej Nikitič/Ioffe, Olimpiad Solomonovič*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], Moskau 1967.
- Bratus', Sergej Nikitič/Sadikov, Oleg Nikolaevič (Hgg.)*, Kommentarij k Graždanskomu kodeksu RSFSR [Kommentar zum Zivilgesetzbuch RSFSR], 3. Aufl., Moskau 1982.
- Brehmer, Nikolaus/Voegeli, Wolfgang*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (APR), JA 1978, 374 ff.
- Budjakova, T. P.* Izvinenie kak forma kompensacii moral'nogo vreda v istorii rossijskogo gosudarstva i prava [Die Entschuldigung als Form der Entschädigung des moralischen Schadens in der Geschichte des russischen Staates und Rechts], Gosudarstvo i pravo 2004, Nr. 1, 103 ff.
- Bukalerova, L. A./Ostrouško A. V.*, Informacija, soderžaščaja fotografii (izobraženija) čeloveka, nuždaetsja v ugovovno-pravovoj zaščite [Information mit den Fotografien (Bilder) eines Menschen bedarf einem strafrechtlichen Schutz], Pravovye voprosy svjazi 2007, Nr. 1, 42 ff.
- Busch, Ralf*, Strafrechtlicher Schutz gegen Kinderpornographie und Missbrauch, NJW 2015, 977.
- Bußmann*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 15.01.1965 „Wie uns die anderen sehen“ (GRUR 1965, 495), GRUR 1965, 498 f.
- Byčkov, Aleksandr Igorevič*, Aktual'nye problemy sudebnogo razbiratel'stva [Die aktuellen Probleme der Gerichtsverhandlung], Moskau 2016.
- Byčkov, A.*, Ispol'zovanie nalico [Die Anwendung ist vorhanden], Jurist 2013, Nr. 5, 14 ff.
- Byčkov, A.*, Ochrana izobraženija graždanina [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers], Sovremennyj predprinimatel' 2011, Nr. 9, 56 ff., zitiert nach Consultant.
- Bykov, Dmitrij*, Rasstat'sja, smejas' [Lachend lassen sich trennen], Ogonek 2007, Nr. 26, 44 f.

- Bykova, M. O./Amiršatjan, K. Ju.*, Nekotorye problemy graždansko-pravovoj ochrany izobraženija graždanina [Einige Probleme des zivilrechtlichen Schutzes des Bildes des Bürgers], *Juridičeskij vestnik Kubanskogo gosudarstvennogo universiteta* 2015, Nr. 1 (22), 35 ff.
- Cadykova, Ė. A.*, Garantii ochrany i zaščity personal'nych dannyh čeloveka i graždanina [Die Garantien der Bewahrung und des Schutzes der personenbezogenen Daten des Menschen und Bürgers], *Konstitucionnoe i municipal'noe pravo* 2007, Nr. 14, 15 ff.
- Chalfina, Raisa Osipovna*, Obščee učenie o pravootnošenii [Die allgemeine Lehre über die Rechtsbeziehung], Moskau 1974.
- Chužokova, I. M.*, Ėvoljucija sodržanija prava na neprikosnovennost' častnoj žizni v Rossii [Die Evolution des Inhalts des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens in Russland], *Advokatskaja praktika* 2006, Nr. 4, 2 ff.
- Cohn, Georg*, Neue Rechtsgüter. Das Recht am eigenen Namen. Das Recht am eigenen Bilde. Berlin 1902.
- Cornelius, Kai*, Plädoyer für einen Cybermobbing-Straftatbestand, *ZRP* 2014, 164 ff.
- Cvetkov, P. P.*, O kriminalističeskom issledovanii vnešnego oblika čeloveka [Über die kriminalistische Untersuchung des äußeren Erscheinungsbildes des Menschen], *Pravovedenie* 1972, Nr. 2, 121 ff.
- Cygankina, E. A.*, Ochrana izobraženija i častnoj žizni graždanina [Die Bewahrung des Bildes und Privatlebens des Bürgers], *Zakonnost' i pravoporjadok v sovremennom obščestve* 2014, Nr. 19, 63 ff.
- Čečot, Dmitrij Mihailovič*, Subjektivnoe pravo i formy ego zaščity [Das subjektive Recht und die Formen seines Schutzes], Leningrad 1968.
- Čefranova, Elena Aleksandrovna*, Ochrana ličnych prav nesoveršennoletnich [Die Bewahrung der Persönlichkeitsrechte der Minderjährigen], in: *Voprosy graždanskogo prava i processa*, Moskau 1977, 64 ff.
- Čerepachin, Boris Borisovič (Hrsg.)*, Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti [Die zivilrechtliche Bewahrung der Interessen der Persönlichkeit], Moskau 1969.
- Čerepachin, Boris Borisovič*, Ochrana ličnych prav graždan, ne svjazannyh s imuščestvennymi pravami [Die Bewahrung der Persönlichkeitsrechte der Bürger, die mit den vermögenswerten Rechten nicht verbunden sind], in: *Antologija ural'skoj civilistiki 1925-1989*, Moskau 2001, 290 ff.

- Čerkunova, A. V.*, Metodiki rasčeta kompensacii moral'nogo vreda [Die Methodiken der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden], *Intellektual'nyj potencial XXI veka: stupeni poznaniya* 2011, Nr. 6, 348 ff.
- Čornovol, O. E.*, Juridičeskaja priroda objazatel'stv po kompensacii moral'nogo vreda [Die juristische Natur der Beziehungen hinsichtlich der Entschädigung für moralischen Schaden], *Rossijskij juridičeskij žurnal* 2007, Nr. 1, 59 ff.
- Dasch, Norbert*, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, München 1990.
- Daševskaja M.*, Personal'nye dannye: neobchodimye dokumenty [Die personenbezogenen Daten: die notwendigen Dokumentationen], *Praktičeskij buchgalterskij učet* 2012, Nr. 3, S. 47 ff.
- Däubler, Wolfgang*, Anspruch auf Lizenzgebühr und Herausgabe des Verletzergewinns – atypische Formen des Schadensersatzes, *JuS* 1969, 49 ff.
- Denisova, E.*, Aktery v reklame: pravovye aspekty [Die Schauspieler in der Werbung: die rechtlichen Aspekte], *Trudovoe pravo* 2017, Nr. 5, 35 ff.
- Deutsch, Erwin*, Schmerzensgeld und Genugtuung, *JuS* 1969, 197 ff.
- Dianova, O. S.*, Pravo na sobstvennoe izobraženie: ponjatie i zaščita [Das Recht am eigenen Bild: das Verständnis und der Schutz], *Sibirskij juridičeskij vestnik* 2004, Nr. 4, 33 ff.
- Dianova, O. S.*, Zaščita ličnyh neimuščestvennyh prav (voprosy iskovoj davnosti) [Der Schutz der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte (die Fragen der Verjährung)], *Zakon i praktika* 2004, Nr. 3, 34 f.
- Dietrich, Nils*, Eine Villa in Kenia. Zur deutschen Rechtsprechung zum Bildnisschutz, *ZUM* 2014, 661 ff.
- Dietz, Adolf*, Neuregelung des russischen Urheberrechts: Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation – Vierter Teil, *GRUR Int.* 2009, Heft 3, 205 ff.
- Djubko, Ekaterina Grigor'evna*, Nematerial'nye blaga i ličnye neimuščestvennye prava graždan i juridičeskich lic: teoretičeskie i praktičeskie problemy ich zaščity [Die immateriellen Güter und nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger und der juristischen Personen: die theoretischen und praktischen Probleme ihres Schutzes], *Autoreferat der Jur. Diss.*, Moskau 2015.
- Dozorcev, A. V.*, O predmete sovetskogo graždanskogo prava i sisteme graždanskogo kodeksa SSSR [Über den Gegenstand des sowjetischen Zivilrechts und das System des Zivilgesetzbuches der UdSSR], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1954, Nr. 7, 104 ff.

- Dörr, Dieter*, EMRK: Recht auf Achtung des Privatlebens, Freiheit der Meinungsäußerung. Zulässige Berichterstattung über das Privatleben Prominenter bei überwiegendem öffentlichem Interesse, JuS 2012, 1046 ff.
- Dregelies, Max*, Fotografieren in der Öffentlichkeit und Datenschutz, AfP 2019, 298 ff.
- Dreier, Thomas/Schulze, Gernot*, Urheberrechtsgesetz: Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz, Verwertungsgesellschaftengesetz, Nebenurheberrecht, Kunsturhebergesetz, Kommentar, 7. Aufl., München 2022.
- Drozдова, V. S.*, Pravovaja ochrana izobraženija graždanina [Die Rechtsbewahrung des Bildes des Bürgers], in: Sovremennye problemy teorii i praktiki prava glazami molodych issledovatelej [Die gegenwärtigen Probleme der Theorie und Praxis des Rechts von den Augen der jungen Forscher], Materialien zur XI. allrussischen jugendlichen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Ulan-Ude 2017, 103 ff.
- Eckstein, Daniel/Altenhofen, Christian W.*, Das „Caroline“ - Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, 1. Band, Berlin 2006.
- Efremenko, Vladimir*, O prave na sobstvennoe izobraženie [Über das Recht am eigenen Bild], 2003, abrufbar unter <<http://www.internet-law.ru/intlaw/articles/efrem.htm>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Eggert, Christian*, Noch einmal: Gegendarstellung auf der Titelseite, AfP 1998, 169 ff.
- Eglinski, Kristin*, Bildberichterstattung im 21. Jahrhundert. Das Recht am eigenen Bild bei Kriminalberichterstattungen. Ein Rechtsvergleich zum US-amerikanischen Recht, Frankfurt am Main 2017.
- Ehmann, Eugen*, Personenaufnahmen nach der DS-GVO. Mehr Klarheit, als viele befürchtet haben! ZD 2020, 65 ff.
- Elmenhorst, Lucas*, Anmerkung zu LG Berlin, Urteil vom 03.06.2014 (ZUM 2014, 729), ZUM 2014, 734 f.
- Elmenhorst, Lucas*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 10.11.2016 (NJW 2017, 1114), NJW 2017, 1119 f.
- Engels, Stefan/Haisch, Verena*, EGMR stärkt Pressefreiheit mit öffentlichem Interesse, GRUR-Prax 2012, 81 ff.
- Epifanov, Igor' Olegovič*, Prjamoe dejstvie Konstitucii kak uslovie nezavisimosti sudov obščej jurisdikcii [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung als Voraussetzung der Unabhängigkeit der Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit], Istoričeskie, folosofskie, političeskie i juridičeskie nauki, kul'turologija i iskusstvovedenie. Voprosy teorii i praktiki 2015, Nr. 12-2 (62), 89 ff.

- Epišina, Èl'vira Rafailovna*, Problemy pravovogo regulirovanija ochrany izobrazenija graždanina [Die Probleme der Rechtsregelung der Bewahrung des Bildes des Bürgers], Aktual'nye voprosy razvitija Rossii v issledovanijach studentov: upravlenčeskij, pravovoj i social'no-èkonomičeskij aspekty [Die aktuellen Fragen der Entwicklung Russlands in den Untersuchungen von den Studenten: verwaltungsmäßiger, rechtlicher und sozialökonomischer Aspekte, Materialien zur XV. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Čeljabinsk 2017, 205 ff.
- Ermolova, Olga Nikolaevna*, Nematerial'nye blaga i ich zaščita [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsgüter und ihr Schutz], Jur. Dis., Saratover staatliche Akademi des Rechts, Saratov 1998.
- Eršov, Valentin Valentinovč*, Prjamoe primenenie Konstitucii RF. Ot rešenija Plenuma Verhovnogo Suda RF do postanovlenija Konstitucionnogo Suda RF [Die unmittelbare Anwendung der Verfassung der RF. Von der Entscheidung des Plenums des Obersten Gerichts der RF bis die Anweisung des Verfassungsgerichts der RF], Rossijskaja justicija 1998, Nr. 9, 2 ff.
- Eršov, Valentin Valentinovč*, Prjamoe primenenie Konstitucii RF. Ot rešenija Plenuma Verhovnogo Suda RF do postanovlenija Konstitucionnogo Suda RF [Die unmittelbare Anwendung der Verfassung der RF. Von der Entscheidung des Plenums des Obersten Gerichts der RF bis die Anweisung des Verfassungsgerichts der RF], Rossijskaja justicija 1998, Nr. 10, 2 ff.
- Èbzeev, Boris Safarovič*, Konstitucija Rossijskoj Federacii: prjamoe dejstvie i uslovija realizacii [Die Verfassung der Russischen Föderation: die unmittelbare Wirkung und Bedingungen der Verwirklichung], Gosudarstvo i pravo 2008, Nr. 7, 5 ff.
- Èbzeev, Boris Safarovič*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii (nekotorye metodologičeskie aspekty) [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation (einige methodologische Aspekte)], Pravovedenie 1996, Nr. 1, 5 ff.
- Èrdelevskij, Aleksandr Markovič*, Kompensacija moral'nogo vreda, analiz i kommentarij zakonodatel'stva i sudebnoj praktiki [Die Entschädigung für moralischen Schaden, die Analyse und Kommentierung der Gesetzgebung und Rechtsprechung], 3. Aufl., Moskau 2007.
- Èrdelevskij, Aleksandr Markovič*, Moral'nyj vred i kompensacija za stradanija [Der moralische Schaden und die Entschädigung für die Leiden], Moskau, 1998.

- Ėrdelevskij, Aleksandr Markovič*, Ob izmenenijach v sposobach zaščity ličnych neimuščestvennyh blag [Über die Änderungen der Mittel des Schutzes der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsgüter], *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 11, 24 ff.
- Ėrdelevskij, Aleksandr Markovič*, Ob ochrane izobraženija graždanina [Über die Bewahrung des Bildes des Bürgers], *Zakonodatel'stvo* 2007, Nr. 7, 9 ff.
- Ėrdelevskij, Aleksandr Markovič*, O nekotorych voprosach zaščity ličnych neimuščestvennyh blag [Über einige Fragen des Schutzes der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsgüter], *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 6, 87 ff.
- Ėrdelevskij, Aleksandr Markovič*, O ponjatii publičnogo interesa v rossijskom prave [Über das Verständnis des öffentlichen Interesses im russischen Recht], zitiert nach Consultant.
- Ėrdelevskij, Aleksandr Markovič*, Tajna vnešnego oblika [Das Geheimnis des äußeren Erscheinungsbildes], *Domašnjij advokat* 2007, Nr. 11, 3 ff.
- Farber, I. E.*, Prava čeloveka, graždanina i lica v socialističeskom obščestve [Die Rechte des Menschen, des Bürgers und der Person in der sozialistischen Gesellschaft], *Pravovedenie* 1967, Nr. 1, 39 ff.
- Fatjanov, Aleksej*, Obraščat'sja s ostorožnost'ju: tajna! [Behandeln vorsichtig: Geheimnis!] *Zakon* 2002, Nr. 12, 24 ff.
- Flejšic, Ekaterina Abramovna*, Ličnye prava v graždanskom prave SSSR i kapitalističeskich stran [Die Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht UdSSR und in den kapitalistischen Staaten], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1940, Nr. 7, 57 ff.
- Flejšic, Ekaterina Abramovna/Ioffe, Olimpiad Solomonovič (Hgg.)*, Kommentarij k GK RSFSR [Kommentar zum ZGB RSFSR], 2. Aufl., Moskau 1970.
- Flejšic, Ekaterina Abramovna/Makovskij, A. L.*, Teoretičeskie voprosy kodifikacii respublikanskogo graždanskogo zakonodatel'stva [Die theoretischen Fragen der Kodifikation der republikanischen Zivilgesetzgebung], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1963, Nr. 1, 79 ff.
- Forkel, Hans*, Lizenzen an Persönlichkeitsrechten durch gebundene Rechtsübertragung, *GRUR* 1988, 491 ff.
- Frenz, Walter*, Konkretisierte Abwägung zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz, *NJW* 2012, 1039 ff.
- Frenz, Walter*, Recht am eigenen Bild für Prinzessin Caroline, *NJW* 2008, 3102.
- Fridman, V.*, Pravo na izobraženie: osobennosti pravovogo regulirovanija i sposoby zaščity [Das Recht am Bild: die Besonderheiten der Rechtsregulierung und die Schutzmittel], *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2019, Nr. 8, 45 ff.

- Frolova, Olga Sergeevna*, Častnja žizn' v svete Konvencii o zaščite prav človeka i osnovnyh svobod [Das Privatleben unter dem Gesichtspunkt der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten], Žurnal rossijskogo prava 2008, Nr. 10, 118 ff.
- Gadžiev, Gadis Abdullaevič*, Neposredstvennoe primenenie sudami konstitucionnyh norm [Die unmittelbare Anwendung der Verfassungsnormen durch die Gerichte], Rossijskaja justicija 1995, Nr. 12, 24 ff.
- Galičín, Igor'*, Pod nož. Začem pečatnuju pressu otrpavl'ajut na gil' otinu? [Ans Messer liefern. Wozu liefert man die Druckpresse der Guillotine aus?] Itogi 2013, Nr. 23 (887), 29.
- Gambarov, Jurij Stepanovič*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast' [Das Zivilrecht. Der allgemeine Teil], Moskau 2003 (das erste Erscheinungsjahr 1911, St. Petersburg).
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Graždansko-pravovaja ochrana častnoj žizni graždanina: komentarij k st. 152.2 GK RF [Die zivilrechtliche Bewahrung des Privatlebens des Bürgers: Kommentar zu Art. 152.2 ZGB RF], Chozjajstvo i pravo 2014, Nr. 4, zitiert nach Consultant.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Kak opredelit' razmer kompensacii moral'nogo vreda? [Wie ist die Entschädigung für moralischen Schaden zu bemessen?] Rossijskaja justicija 2000, Nr. 6, 21 f., abrufbar unter <<https://www.lawmix.ru/comm/6888>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Kommentarij k zakonu RF ob avtorskom prave i smežnyh pravach [Kommentar zum Gesetz der RF über das Urheberrecht und die verwandten Rechte], 3. Aufl., Moskau 2003.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Ob iskovoj davnosti [Über die Verjährung], Rossijskaja justicija 1998, Nr. 2, 10 f.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Pravo na obnarodovanie proizvedenija [Das Recht auf Veröffentlichung des Werkes], Chozjajstvo i pravo 2010, Nr. 4, 30 ff.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Udalenie informacii v seti internet kak sposob zaščity česti, dostoinstva i delovoj reputacii [Die Entfernung der Information vom Internet als Mittel des Schutzes der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs], Zakonodatel'stvo i ekonomika 2014, Nr. 2, 49 ff.
- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Velikaja rossijskaja reforma prava intellektual'noj sobstvennosti. Normy, kotorye uže vstupili v silu [Die große russische Reform des Rechts des geistigen Eigentums. Die Normen, die inkraft getreten haben], Patenty i licenzii 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.

- Gavrilov, Ėduard Petrovič*, Zaščita vnešnega oblika graždanina i ohrana izobraženija graždanina [Der Schutz des äußeren Erscheinungsbildes des Bürgers und die Bewahrung des Bildes des Bürgers], *Chozjajstvo i pravo* 2015, Nr. 10, 13 ff.
- Gavrilov, V. N.*, Nasledovanje imuščestva predprinimatelej [Die Vererbung des Vermögens der Unternehmer], *Predprinimatel'skoe pravo* 2010, Nr. 3, 35 ff.
- Genkin, Dmitrij Michailovič*, Predmet sovetskogo graždanskogo prava [Der Gegenstand des sowjetischen Zivilrechts], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1955, Nr. 1, 102 ff.
- Gerecke, Martin*, Der Einsatz von Doppelgängern und Lookalikes zu kommerziellen Zwecken. Das Recht zum Schutz vor unerlaubter Nachahmung und seine Schranken, *GRUR* 2014, 518 ff.
- Gerschel, Alfred*, Bildnisschutz von der Aufnahme bis zur Veröffentlichung, *Der Journalist* 1967, Nr. 10, 10 ff.
- Golovanov, Dmitrij*, *Pressa i pravo*. Vopros: Nužno li pri publikaciji fotografij v gazete soglasovyvat' snimki s temi, kto na nich izobražen? [Die Presse und das Recht. Muss man die Fotografien bei ihrer Publikation in einer Zeitung mit den Abgebildeten vereinbaren?] *Žurnalist* 2008, Nr. 5, 91 f.
- Golovkin, R. B.*, O definicii ponjatija „tajna častnoj žizni“ [Über die Definition des Begriffs des „Geheimnisses des Privatlebens“], „Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2007, Nr. 3, 162 f.
- Gornev, R. V.*, Graždansko-pravovaja ohrana prava graždanina na sobstvennoe izobraženie [Die zivilrechtliche Bewahrung des Rechts des Bürgers am eigenen Bild], in: Aleškovskij, I. A. u. a. (Hgg.), *Materialien zum internationalen jugendlichen Wissenschaftsforum „LOMONOSOV-2010“*, Moskau 2010, Untersektion das Zivilrecht, Nr. 61_922_660, abrufbar unter https://lomonosov-msu.ru/archive/Lomonosov_2010/30.htm, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Goršenkov, G. G.*, Preventivnyj éffekt kompensacii moral'nogo vreda [Der Präventiveffekt der Entschädigung für moralischen Schaden], *Rossijskaja justicija* 2006, Nr. 5, 19 f.
- Gounalakis, Georgios*, Persönlichkeitsschutz und Geldersatz, *AfP* 1998, 10 ff.
- Götting, Horst-Peter*, Anmerkung zu den BGH-Urteilen „Abgestuftes Schutzkonzept“ (GRUR 2007, 523) und „Winterurlaub“ (GRUR 2007, 527), *GRUR* 2007, 530 f.
- Götting, Horst-Peter*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), *GRUR* 2007, 170 f.

- Götting, Horst-Peter*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 24.04.2008 „Fehlende Unterscheidungskraft eines Porträtfotos einer verstorbenen Person“ (GRUR 2008, 1093), GRUR 2008, 1096.
- Götting, Horst-Peter*, Die Vererblichkeit der vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts – ein Meilenstein in der Rechtsprechung des BGH, NJW 2001, 585 ff.
- Götting, Horst-Peter*, Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte, Tübingen, 1995.
- Götting, Horst-Peter*, Sanktionen bei Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts, GRUR 2004, 801 ff.
- Götting, Horst-Peter/Schertz, Christian/Seitz, Walter (Hgg.)*, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, München 2008.
- Grevcov, Ju. I.*, Prjamoe dejstvie Kostitucii? [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung?] Žurnal rossijskogo prava 1998, Nr. 6, 94 ff.
- Gribanov, Veniamin Petrovič*, Predely osuščestvlenija i zaščity graždanskich prav [Die Grenzen der Ausübung und des Schutzes der Zivilrechte], Moskau 1992.
- Gricenko, Elena Vladimirovna*, Formirovanie doktriny prjamogo dejstvija Konstitucii v rossijskom konstitucionnom prave [Die Herausbildung der Doktrin der unmittelbaren Wirkung der Verfassung im russischen Verfassungsrecht], Gosudarstvo i pravo 2015, Nr. 6, 5 ff.
- Gricenko, Elena Vladimirovna*, Konstitucija Rossijskoj Federacii: problemy prjamogo dejstvija [Die Verfassung der Russischen Föderation: die Probleme der unmittelbaren Wirkung], Rossijskoe pravo. Obrazovanie. Praktika. Nauka 2011, Nr. 1, 29 ff.
- Gricenko, Elena Vladimirovna*, Rol' konstitucionnogo suda v obespečenii prjamogo dejstvija Konstitucii v Germanii i Rossii [Die Rolle des Verfassungsgerichts in der Gewährleistung der unmittelbaren Wirkung der Verfassung in Deutschland und Russland], Žurnal konstitucionnogo pravosudija 2013, Nr. 1, 14 ff.
- Grin', E. S.*, K voprosu o pravovoj ochrane izobraženija graždanina [Zu der Frage über die Rechtsbewahrung des Bildes des Bürgers], in: Konstitucionnye prava i svobody: problemy interpretacii i realizacii v nacional'nych pravovyh sistemach [Die Verfassungsrechte und Freiheiten: die Probleme der Interpretation und Ausübung in den nationalen Rechtssystemen], der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Novopolock 2016, 72 ff.

- Grišaev Serge' Pavlovič*, Ėvoljucija zakonodatel'stva ob ob''ektach graždanskich prav [Die Evolution der Gesetzgebung über die Objekte der Zivilrechte], 2015, zitiert nach Consultant.
- Grišaev Serge' Pavlovič*, Pravo graždanina na izobraženie [Das Recht des Bürgers am Bild], Graždanin i pravo 2012, Nr. 9, 48 ff.
- Grišaev, Sergej Pavlovič/Nikolaeva, A.*, Problemy pravovoj ochrany prava na izobraženie [Die Probleme der Rechtsbewahrung des Rechts am Bild], Chozjajstvo i pravo 2013, Nr. 9, 57 ff.
- Gruzdev, V. V.*, Ličnye neimuščestvennye prava v zakonodatel'stve Ukrainy i Rossii [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte in der Gesetzgebung der Ukraine und Russlands], Rossijskij juridičeskij žurnal 2007, Nr. 4, 131 ff.
- Guev, Aleksej Nikolaevič*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 2. Band, Moskau 2004.
- Gurevič, I.*, Čest' i drugie neimuščestvennye prava graždan i ich ochrana v socialističeskom graždanskom prave [Die Ehre und andere nicht vermögenswerte Rechte der Bürger und ihre Bewahrung im sozialistischen Zivilrecht], Sovetskaja justicija 1939, Nr. 2, 26 ff.
- Hacks, Susanne/Ring, Ameli/Böhm, Peter*, Schmerzensgeld-Beträge, 16. Aufl., München 1993.
- Hahn, Bernhard*, Das Recht am eigenen Bild – anders betrachtet, NJW 1997, 1348 ff.
- Hansen, Hauke/Brechtel, Sandra*, KUG vs. DS-GVO: Kann das KUG anwendbar bleiben? GRUR-Prax 2018, 369 f.
- Helle, Jurgen*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 12.10.1993 „Greenpeace“ (NJW 1994, 124), JZ 1994, 416 ff.
- Helle, Jurgen*, Bemerkungen zum Recht am eigenen Bild als Unterfall des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, AfP 1986, 25 ff.
- Helle, Jurgen*, Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht: das Recht am eigenen Bild, das Recht am gesprochenen Wort und der Schutz des geschriebenen Wortes, Tübingen 1991.
- Helle, Jurgen*, Die Einwilligung beim Recht am eigenen Bild, AfP 1985, 93 ff.
- Helle, Jurgen*, Privatautonomie und kommerzielles Persönlichkeitsrecht. Abschied von der „Herrenreiter-Doktrin“ des BGH? JZ 2007, Nr. 9, 444 ff.
- Helle, Jurgen*, Rezension zu Norbert Dasch, Die Einwilligung zum Eingriff in das Recht am eigenen Bild, AfP 1990, 259 f.
- Henning-Bodewig, Frauke*, Leitbildwerbung – haftet der „Star“ für Wettbewerbsverstöße?, GRUR 1982, 202 ff.
- Hildebrand, Angela*, Abbildungen von Personen bei künstlerischer Street Photography, ZUM 2016, 305 ff.

- Hoeren, Thomas*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZD 2018, 434), ZD 2018, 435 f.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang*, Die Caroline II – Entscheidung des BVerfG. Ein Zwischenschritt bei der Konkretisierung des Kooperationsverhältnisses zwischen den verschiedenen betroffenen Gerichten, NJW 2009, 20 ff.
- Hubmann, Heinrich*, Das Persönlichkeitsrecht, 2. Aufl., Köln 1967.
- Hubmann, Heinrich*, Der zivilrechtliche Schutz der Persönlichkeit gegen Indiskretion, JZ 1957, 521 ff.
- Il'jutovič, Dmitrij Aleksandrovič*, Juridičeskoe soderžanie prava graždanina na izobraženie [Der juristische Inhalt des Rechts des Bürgers am Bild], Pravovaja informatika 2015, Nr. 3, 47 ff.
- Inšakova, Agnessa Olegovna/Mograbjan, Armine Samvelovna*, Perspektivnye tendencii razvitija zakonodatel'nych osnov prava fizičeskogo lica na vnešnjij oblik [Die perspektiven Tendenzen der Entwicklung der gesetzgeberischen Grundlagen des Rechts der natürlichen Person auf das äußere Erscheinungsbild], Zakony Rossii 2012, Nr. 4, 36 ff.
- Ioffe, Olimpiad Solomonovič*, Izbrannye trudy [Die ausgewählten Werke], 2. Band, St. Petersburg 2004.
- Ioffe, Olimpiad Solomonovič*, Ličnye neimuščestvennye prava i ich mesto v sisteme sovetskogo graždanskogo prava [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und ihre Stellung im System des sowjetischen Zivilrechts], Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1966, Nr. 7, 51 ff.
- Ioffe, Olimpiad Solomonovič*, Osnovy avtorskogo prava. Avtorskoe, izobretatel'skoe pravo, pravo na otkrytie [Die Grundlagen des Urheberrechts. Das Urheberrecht, Erfinderrecht, Recht auf Entdeckung], Moskau 1969.
- Ioffe, Olimpiad Solomonovič*, Sovetskoe graždanskoe pravo [Das sowjetische Zivilrecht], Moskau 1967.
- Ioffe, Olimpiad Solomonovič/Tolstoj, Jurij Kirillovič/Čerepachin, Boris Borisovič (Hgg.)*, Sovetskoe graždanskoe pravo, 1. Band, Leningrad 1971.
- Isensee, Josef*, Kunstfreiheit im Streit mit Persönlichkeitsschutz, AfP 1993, 619 ff.
- Ivanov, Ivan*, Portret neizvestnogo [Das Porträt des Unbekannten], Jurist 2012, Nr. 47, 13 ff.
- Ivanova, Ekaterina Alekseevna*, Primenenie norm Konstitucii Rossijskoj Federacii v graždanskom sudoproizvodstve [Die Anwendung der Normen der Verfassung der

- Russischen Föderation im zivilrechtlichen Gerichtsverfahren], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2009.
- Ivanova, Elena Nikolaevna*, Ženščina v rossijskoj političeskoj karikature [Die Frau in der russischen politischen Karikatur], Ženščina v rossijskom občestve 2013, Nr. 3 (68), 66 ff.
- Izmajlova, Natalija Sergeevna*, Neprikosnovennost' častnoj žizni v anglo-amerikanskoj i rossijskoj pravovyh doktrinach [Die Unantastbarkeit des Privatlebens in der anglo-amerikanischen und russischen Rechtsdoktrin], Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava 2008, Nr. 1, 172 ff.
- Jagofarova, Inara Damirovna*, Princip prjamoego dejstvija Konstitucii RF v kontekste obespečenija prav i svobod čeloveka i graždanina [Das Prinzip der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der RF im Kontext der Gewährleistung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers], in: Ustojčivoje razvitie Rossii: vyzovy, riski, strategii [Die nachhaltige Entwicklung Russlands: Herausforderungen, Risiken, Strategien], Materialien zur XIX. Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages der Geisteswissenschaftlichen Universität, 2016, 240 ff.
- Jakuševa T. A.*, Ličnye neimuščestvenye (moral'nye) prava avtora v Rossii i Germanii [Die nicht vermögenswerten (moralischen) Persönlichkeitsrechte des Urhebers in Russland und Deutschland], Stavropol' 2007.
- Jarošenko, Klavdija Borisovna*, Žizn' i zdorov'e pod ochranoj zakona. Graždansko-pravovaja zaščita ličnyh neimuščestvennyh prav graždan [Das Leben und die Gesundheit unter dem Schutz des Gesetzes. Der zivilrechtliche Schutz der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger], Moskau 1990.
- Jarras, Hans*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht im Grundgesetz, NJW 1989, 857 ff.
- Jung, Alexander*, Persönlichkeitsrechtliche Befugnisse nach dem Tode des Rechtsträgers, AfP 2005, 317 ff.
- Kadyrov, Ė. I.*, Osobennosti pravovogo regulirovanija ochrany izobraženija graždanina [Die Besonderheiten der Rechtsregelung der Bewahrung des Bildes des Bürgers], Vestnik Chabarovskoj gosudarstvennoj akademii ékonomiki i prava 2010, Nr. 4 – 5, 79 ff.
- Kadnikov, B. N.*, K voprosu o ponjatii „častnoj žizni“ čeloveka [Zur Frage über den Begriff des „Privatlebens“ des Menschen], Meždunarodnoe publičnoe i častnoe pravo 2007, Nr. 1 (34), 67 ff.

Kalinina, Natal'ja, Daeš' akteram avtorskie prava [Die Urheberrechte von den Schauspielern], abrufbar unter <<http://chelyabinsk.74.ru/text/gorod/13951.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

Kalyatin, V. O., Kommentarij k Postanovleniju Plenuma Verchovnogo Suda Rossijskoj Federacii ot 19.06.2006 № 15 „O voprosach, vznikšich u sudov pri rassmotrenii graždanskich del, svjazannyh s primeneniem zakonodatel'stva ob avtorskom prave i smežnyh pravach“ [Kommentar zur Anweisung des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 19.06.2006 Nr. 15 „Über die Fragen, die in Zivilverfahren bei der Anwendung der Gesetzgebung über das Urheberrecht und verwandte Rechte vor den Gerichten entstanden sind“], in: Novoselova, L., Naučno-praktičeskij kommentarij sudebnoj praktiki v sfere zaščity intellektual'nyh prav [Wissenschaftlich-praktischer Kommentar der Rechtsprechung im Bereich des Schutzes der Immaterialgüterrechte], Moskau 2014.

Kamyšanskij, Vladimir Pavloviž, Ob ograničenijach prava sobstvennosti i modernizacii veščnyh prav v GK RF [Über die Einschränkungen des Eigentumsrechts und Modernisierung der Sachenrechte im ZGB RF], Graždanskoe pravo 2013, Nr. 5, zitiert nach Consultant.

Kamyšanskij, Vladimir Pavloviž/Koršunov, Nikolaj Michailovič/Ivanov, Vjačeslav Igorevič (Hgg.), Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 1. Teil, 2. Aufl., Moskau 2011.

Kamyšanskij, Vladimir Pavloviž/Koršunov, Nikolaj Michailovič/Ivanov, Vjačeslav Igorevič (Hgg.), Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 2. Teil, 2. Aufl., Moskau 2010.

Kapitonova, E., Avtorskie prava na izobraženie, ražmeščennoe v seti internet: ponjatie, prinadležnost', pravovye osnovy zaščity [Die Urheberrechte am Bild im Internet: das Verständnis, die Zugehörigkeit, die Rechtsgrundlage des Schutzes], Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2013, Nr. 9, 40 ff.

Kapyševa, Alija Kazezovna, Sravnitel'nyj analiz zakonodatel'nyh norm Respubliki Kazachstan i Rossijskoj Federacii o prave na sobstvennoe izobraženie [Eine vergleichende Analyse der gesetzgeberischen Normen über das Recht am eigenen Bild in der Republik Kazachstan und Russischen Föderation], in: Sovremennaja jurisprudencija: tendencii razvitija [Die gegenwärtige Jurisprudenz: die Tendenzen der Entwicklung], Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, Novosibirsk 2011, abrufbar unter <<http://sibac.info/14444>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

- Karapetov, A. G./Savel'ev, A. I.*, Svoboda zaključenija nepoimenovannyh dogovorov i ee predely [Die Freiheit der Schließung von unbenannten Verträgen und ihre Grenzen], Vestnik VAS RF 2012, Nr. 4, 12 ff.
- Karmanova, Ekaterina Vasil'evna*, Kompensacija moral'nogo vreda: problema opredelenijaražmera [Die Entschädigung für moralischen Schaden: das Problem der Bemessung], VUZ. XXI vek 2013, Nr. 1 (41), 60 ff.
- Karmanova, Ekaterina Vasil'evna*, Kompensacionnaja funkcija graždansko-pravovoj otvetstvennosti v sootnošenii s kompensaciej moral'nogo vreda [Die Ausgleichsfunktion der zivilrechtlichen Haftung im Verhältnis zu der Entschädigung für moralischen Schaden], Sovremennoe pravo 2014, Nr. 5, 73 ff.
- Kartašova, Inna Igorevna*, Prjamoe dejstvie Konstitucii RF i objazannost' gosudarstva po ego obespečeniju [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der RF und die Pflicht des Staates, sie zu gewährleisten], Juridičeskie zapiski 2012, Nr. 2 (25), 17 ff.
- Kartašova, Inna Igorevna*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii: ponjatie i struktura [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation: das Verständnis und die Struktur], Vestnik Voronežskogo instituta MVD Rossii 2012, Nr. 2, 154 ff.
- Kartašova, Inna Igorevna*, Problema terminologii principa prjamogo dejstvija Konstitucii RF v sravnitel'nom kontekste [Das Problem der Terminologie hinsichtlich des Prinzips der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der RF in einem vergleichenden Kontext], Pravovaja nauka i reforma juridičeskogo obrazovanija 2012, Nr. 2 (25), 5 ff.
- Kask, Anna N.*, Russkaja žurnal'naja illjustracija XIX veka: metodika sistematizacii [Die russische Illustration von den Zeitschriften des XIX. Jahrhunderts: die Methodik der Systematisierung], Vestnik Moskovskogo universiteta 2014, Schriftenreihe der Journalistik, Nr. 4, 22 f.
- Kastl, Katrin*, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Prozess seiner Anerkennung als „sonstiges Recht“ im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB, Ebelsbach am Main 2004.
- Keyßner, Hugo*, Das Recht am eigenen Bilde, Berlin 1896.
- Klass, Nadine*, Die neue Frau an Grönemeyers Seite – ein zeitgeschichtlich relevantes Ereignis? Zur Neukontuierung der Begleiterrechtsprechung durch den Bundesgerichtshof, ZUM 2007, 818 ff.
- Klass, Nadine*, Die zivilrechtliche Einwilligung als Instrument zur Disposition über Persönlichkeitsrechte, AfP 2005, 507 ff.

- Klein, Florian*, Personenbilder im Spannungsfeld von Datenschutzgrundverordnung und Kunsturhebergesetz, Frankfurt am Main 2017.
- Kljueva, K. V./Zacharov A. S.*, Pravovoe regulirovanie ochrany izobraženija graždanina [Die Rechtsregelung der Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: XLVI Ogarevskie čtenija, Materialien zur wissenschaftlichen Konferenz, Saransk 2018, 262 ff.
- Kločkov, Aleksandr Vladimirovič*, Kompensacija moral'nogo vreda kak mera graždansko-pravovoj otvetstvennosti [Die Entschädigung für moralischen Schaden als Maß der zivilrechtlichen Haftung], Autoreferat der Jur. Diss., Volgograd 2014.
- Kohler, Josef*, Das Eigenbild im Recht, Berlin 1903.
- Koloso, Vadim/Švarc, M.*, Pravo na izobraženie v rossijskom prave s učetom zarubežnogo opyta [Das Recht am Bild im russischen Recht unter Berücksichtigung der ausländischen Erfahrung], Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 3, 4 ff.
- Koloso, Vadim/Švarc, M.*, Pravo na izobraženie v rossijskom prave s učetom zarubežnogo opyta [Das Recht am Bild im russischen Recht unter Berücksichtigung der ausländischen Erfahrung], Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 4, 38 ff.
- Koloso, Vadim/Švarc, M.*, Pravo na izobraženie v rossijskom prave s učetom zarubežnogo opyta [Das Recht am Bild im russischen Recht unter Berücksichtigung der ausländischen Erfahrung], Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava 2008, Nr. 5, 4 ff.
- Kos'janenko, E. M.*, Pravovoj režim personal'nych dannych v rossijskom zakonodatel'stve [Die Rechtsregelung der datenbezogenen Daten in der russischen Gesetzgebung], Rossijskij juridičeskij žurnal 2008, Nr. 6, 204 ff.
- Kostin, Pavel Jur'evič*, Imuščestvennyj i neimuščestvennyj karakter sekundarnych prav [Der vermögensrechtliche und nicht vermögensrechtliche Charakter der Sekundärrechte], Jurist 2014, Nr. 11, 37 ff.
- Kostin, Pavel Jur'evič*, O nezavisimosti imuščestvennogo ili neimuščestvennogo charaktera sub'ektivnogo graždanskogo prava ot ego ob'ekta [Über die Unabhängigkeit des vermögensrechtlichen oder nicht vermögensrechtlichen Charakters des subjektiven Zivilrechts von seinem Objekt], Graždanskoje pravo 2012, Nr. 3, 18 ff.
- Kostjuk, Vladimir Dem'janovič*, Nematerial'nye blaga. Zaščita česti, dostoinstva i delovoj reputacii [Die immateriellen Güter. Der Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Rufs], Moskau 2002.

- Kotrochova, E. A.*, Ochrana izobraženija graždanina [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: Problemy pravovogo obespečenija bezopasnosti ličnosti, obščestva i gosudarstva [Die Probleme der Rechtsgewährleistung der Sicherheit der Persönlichkeit, der Gesellschaft und des Staates], der Sammelband der Aufsätze der internationalen studentischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Novosibirsk 2017, 186 ff.
- Kotrochova, E. A./Lavor, Ju. M.*, Problemy ochrany izobraženija graždanina [Die Probleme der Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: Nauka, tehnologii, innovacii [Die Wissenschaft, Technologien, Innovationen], der Sammelband der Wissenschaftswerke, 9. Teil, Novosibirsk 2016, 136 f.
- Kozyreva, Natal'ja/Mit'ko, Elena/Platonova, Mona*, Dopuskaetsja li vmešatel'stvo žurnalistov v častnuju žizn' izvestnych ljudej [Ob der Eingriff ins Privatleben der berühmten Menschen durch die Journalisten zulässig], Blitzumfrage, Žurnalist 2007, Nr. 7, 62 f.
- Kozlova, Ekaterina Ivanovna/Kutafin, Oleg Emel'janovič (Hgg.)*, Konstitucionnoe pravo Rossii [Das Verfassungsrecht Russlands], 4. Aufl., Moskau 2010.
- Koževnikova, Ekaterina Olegovna*, Ochrana izobraženija graždanina [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: Problemy sovremennogo Rossijskogo zakonodatel'stva [Die Probleme der gegenwärtigen russischen Gesetzgebung], Materialien zur III. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Irkutsk – Moskau 2015, 193 ff.
- Kötz, Hein/Wagner, Gerhard*, Deliktsrecht, 11. Aufl., München 2010.
- Krasavčikov, Oktjabr' Alekseevič (Hrsg.)*, Graždansko-pravovaja ochrana interesov ličnosti v SSSR [Die zivilrechtliche Bewahrung der Interessen der Persönlichkeit in der UdSSR], der Sammelband der Wissenschaftswerke von den Universitäten, 53. Heft, Sverdlovsk 1977.
- Krasavčikov, Oktjabr' Alekseevič*, Kategorii nauki graždanskogo prava. Izbrannye trudy [Die Kategorien der Wissenschaft des Zivilrechts. Die ausgewählten Werke], 1. Band, Moskau 2005.
- Krasavčikov, Oktjabr' Alekseevič (Hrsg.)*, Sovetskoe graždanskoje pravo [Das sowjetische Zivilrecht], 1. Band, 3. Aufl., Moskau 1985.
- Krasavčikova, Larisa Oktjabrievna*, Avtorskoe pravo i pravo graždanina na sobstvennoe izobraženie [Das Urheberrecht und das Recht des Bürgers am eigenen Bild], in: Problemy sovremennogo avtorskogo prava [Die Probleme des gegenwärtigen Urheberrechts], Sverdlovsk 1980, 76 ff.
- Krasavčikova, Larisa Oktjabrievna*, Ličnaja žizn' graždan pod ochranoj zakona [Das persönliche Leben der Bürger unter der gesetzlichen Bewahrung], Moskau 1983.

- Krasavčikova, Larisa Oktjabrievna*, Perspektivy i problemy v regulirovanii ličnych neimuščestvennyh otnošenij po novomu GK RF [Die Perspektiven und Probleme der Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen nach dem neuen ZGB RF], in: Alekseev S. S. (Hrsg.), *Civilističeskie zapiski*, Moskau 2001, 50 ff.
- Krasavčikova, Larisa Oktjabrievna*, Ponjatie i sistema ličnych, ne svjazannyh s imuščestvennymi prav graždan (fizičeskich lic) v graždanskom prave Rossijskoj Federacii [Das Verständnis und System der Persönlichkeitsrechte der Bürger (der natürlichen Personen), die mit den vermögenswerten Rechten nicht verbunden sind, im Zivilrecht der Russischen Föderation], Jur. Diss., Staatliche Juristische Uralakademie, 1994, Jekaterinburg 1994.
- Krašeninnikov, Pavel Vladimirovič (Hrsg.)*, Postatejnij kommentarij k glavam 6 – 8 Graždanskogo Kodeksa Rossijskoj Federacii [Der artikelweise Kommentar zu den Kapiteln 6 – 8 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation], Moskau 2014.
- Kratenko, Maksim Vladimirovič*, Dejstvija po „rasporjaženiju“ ličnymi nematerial'nymi blagami: ponjatie, vidy i predely osuščestvlenija [Die Handlungen der „Verfügung“ über immaterielle Persönlichkeitsgüter: das Verständnis, die Arten und die Einschränkungen der Ausübung], *Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika* 2008, Nr. 1, 60 ff.
- Kriven'kaja, E. S.*, Karikatura: osobennosti chudožestvennoj formy [Die Karikatur: die Besonderheiten der Kunstform], *Iskusstvo i kul'tura* 2012, Nr. 1 (5), 48 ff.
- Krotov, Andrej Vladislavovič*, Nekotorye aspekty i osobennosti regulirovanija prava na častnuju žizn' v formate internet-prostranstva [Einige Aspekte und Besonderheiten der Regelung des Rechts auf das Privatleben im Internet-Raum], Barnaul 2015.
- Krüger, Christof*, Persönlichkeitsschutz und Werbung – Zugleich eine Besprechung der beiden BGH-Entscheidungen „White-Christmas“ und „Fußballtor“, *GRUR* 1980, 628 ff.
- Krüger, Stefan/Wiencke, Julia*, Bitte recht freundlich – Verhältnis zwischen KUG und DS-GVO. Herstellung und Veröffentlichung von Personenbildnissen nach Inkrafttreten der DS-GVO, *MMR* 2019, 76 ff.
- Kučerenko, A. V.*, Étapy i tendencii normativno-pravovogo regulirovanija oborota personal'nych dannych v Rossijskoj Federacii [Die Etappen und Tendenzen der normativen Rechtsregelung des Verkehrs der personenbezogenen Daten in der Russischen Föderation], *Informacionnoe pravo* 2009, Nr. 4, 32 ff.
- Kulinič, O. A.*, Svobodnoe rasprostranenie fotografij s izobraženiem fizičeskogo lica po zakonodatel'stvu Ukrainy i Rossijskoj Federacii [Die freie Verbreitung von Fotografien

- mit dem Bild der natürlichen Person nach der Gesetzgebung der Ukraine und Russischen Föderation], *Molodij včenij* 2014, Nr. 12 (15), 269 ff.
- Kurennaja, Anastasija Valer'evna/Šustrova, Elizaveta Vladimirovna*, Političeskaja karikatura kak istočnik precedentnosti pri obučenii inostrannomu jazyku v jazykovom vuze [Die politische Karikatur als Quelle der Präzedenzen beim Unterricht der Fremdsprache in der Sprachhochschule], *Pedagogičeskoe obrazovanie v Rossii* 2015, Nr. 10, 138 ff.
- Kutašin, Oleg Emel'janovič*, Izbrannye trudy [Die ausgewählten Werke], 7. Band „Rossijskij konstitucionalizm“ [Der russische Konstitutionalismus], Moskau 2011.
- Lackner, Karl/Kühl, Kristian*, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 29. Aufl., München 2018.
- Ladeur, Karl-Heinz*, Anmerkung zu OLG München, Urteil vom 06.03.2007 (AfP 2007, 237), AfP 2007, 242 f.
- Lapač, Vladimir Aleksandrovič*, O položenii ličnych neimuščestvennyh blag v sisteme graždanskogo prava [Über die Stellung der immateriellen Persönlichkeitsgüter im System des Zivilrechts], in: *Objekty graždanskich prav* [Die Objekte der Zivilrechte], Materialien zur internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz an der Kazachischen staatlichen Universität, St. Petersburg 2010, 298 ff.
- Lauber-Rönsberg, Anne*, Anwendbarkeit des KUG bei journalistischen Bildnisveröffentlichungen auch nach Inkrafttreten der DSGVO – Anmerkung zu OLG Köln, Beschluss vom 18.6.2018 – 15 W 27/18 (ZUM-RD 2018, 549), ZUM-RD 2018, 550 (550).
- Lauber-Rönsberg, Anne*, Das Recht am eigenen Bild in sozialen Netzwerken, NJW 2016, 744 ff.
- Lauber-Rönsberg, Anne*, Zum Verhältnis von Datenschutzrecht und zivilrechtlichem Äußerungsrecht, AfP 2019, 373 ff.
- Lauber-Rönsberg, Anne/Hartlaub, Anneliese*, Personenbildnisse im Spannungsfeld zwischen Äußerungs- und Datenschutzrecht, NJW 2017, 1057.
- Lazarev, Valerij Vasil'evič*, Mesto i rol' suda v pravovoj sisteme [Die Stellung und Rolle des Gerichts im Rechtssystem], *Žurnal rossijskogo prava* 2014, Nr. 10, 17 ff.
- Lebedev, V. M.*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii i rol' sudov [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation und die Rolle der Gerichte], *Gosudarstvo i pravo* 1996, Nr. 4, 3 ff.
- Lebedeva, Anna Jur'evna/Ivanova, Aleksandra Vladimirovna*, Komičeskij éffekt v političeskoj karikature [Der komische Effekt in der politischen Karikatur], *Innovacionnyje tehnologii v nauke i obrazovanii* 2015, Nr. 2 (2), 215 ff.

- Lehr, Matthias*, Anmerkung zu EGMR-Urteil vom 07.02.2012 „Von Hannover gegen Deutschland Nr. 2“ (NJW 2012, 1053), GRUR 2012, 750 f.
- Lettl, Tobias*, Kein vorbeugender Schutz des Persönlichkeitsrechts gegen Bildveröffentlichung? NJW 2008, 2160 ff.
- Lettl, Tobias*, Urheberrecht, 3. Aufl., München 2018.
- Lieberman, A.*, Ochrana neimuščestvennych prav graždan [Die Bewahrung der nicht vermögenswerten Rechte der Bürger], Sovetskaja justicija 1939, Nr. 10, 19 ff.
- Libertus, Michael*, Die Einwilligung als Voraussetzung für die Zulässigkeit von Bildnisaufnahmen und deren Verbreitung, ZUM 2007, 621 ff.
- Lichačev, G. D.*, Graždanskoe pravo. Obščaja čast' [Das Zivilrecht. Der allgemeine Teil], Moskau 2005.
- Löwenheim, Ulrich (Hrsg.)*, Handbuch des Urheberrechts, 3. Aufl., München 2021.
- Machtan, Lothar*, Fotoplatten im Eiskeller, Der Spiegel 28/1998, 80 f.
- Magomedova, M. A./Skorova, N. A./Cokur, E. F.*, Graždansko-pravovaja ochrana izobraženija graždanina [Die zivilrechtliche Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: Territorija prava [Das Territorium des Rechts], der Sammelband der Aufsätze der wissenschaftlich-praktischen Fernkonferenz, Kursk 2016, 234 ff.
- Majsak, A. I.*, Sub'ektivnaja ocenka pri opredelenii razmera kompensacii moral'nogo vreda zainteresovannymi licami i individual'nye osobennosti poterpevshego pri kompensacii moral'nogo vreda [Die subjektive Schätzung bei der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden durch die interessierten Personen und die individuellen Eigenheiten des Geschädigten bei der Entschädigung für moralischen Schaden], Advokat 2009, Nr. 4, 85 ff.
- Malein, Nikolaj Sergeevič*, Graždanskij zakon i prava ličnosti v SSSR [Das Zivilgesetz und die Rechte der Persönlichkeit in der UdSSR], Moskau 1981.
- Malein, Nikolaj Sergeevič*, O moral'nom vrede [Über den moralischen Schaden], Gosudarstvo i pravo 1993, Nr. 3, 32 ff.
- Malein, Nikolaj Sergeevič*, Ochrana prav ličnosti sovetskim zakonodatel'stvom [Die Bewahrung der Rechte der Persönlichkeit von der sowjetischen Gesetzgebung], Moskau 1985.
- Malein, Nikolaj Sergeevič*, Pravonarušenie: ponjatie, pričiny, otvetstvennost' [Die Rechtsverletzung: das Verständnis, die Ursachen, die Haftung], Moskau 1985.
- Malein, Nikolaj Sergeevič*, Tendencii razvitija graždanskogo prava [Die Tendenzen der Entwicklung des Zivilrechts], Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1978, Nr. 1, 39 ff.

- Malein, Nikolaj Sergeevič*, Vozmeščenie vreda, pričinnogo ličnosti [Der Ersatz des einer Persönlichkeit zugefügten Schadens], Moskau 1965.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Ispol'zovanie v reklame izobraženija graždanina: pravovye osnovanija i posledstvija [Die Nutzung des Bildes des Bürgers in der Werbung: die rechtlichen Grundlagen und Konsequenzen], Zakon 2007, Nr. 10, 21 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Kompensacija za neimuščestvennyj vred [Die Entschädigung für immateriellen Schaden], Vestnik Verchovnogo Suda SSSR 1991, Nr. 5, 27 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger: das Verständnis, die Ausübung, der Schutz], Moskau 2001.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Obnarodovanie rešenija suda o dopuščennom narušenii kak sposob zaščity graždanskich prav [Die Veröffentlichung der Entscheidung des Gerichts über die stattgefundene Verletzung als Schutzmittel der Zivilrechte], Žurnal rossijskogo prava 2012, Nr. 2, 17 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, O predmete graždanskogo prava [Über den Gegenstand des Zivilrechts], Gosudarstvo i pravo 2001, Nr. 1, 25 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Ponjatie i vidy nematerial'nych blag kak ob'ektov ličnych neimuščestvennych prav [Das Verständnis und die Arten der immateriellen Güter als Objekte der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte], Gosudarstvo i pravo 2014, Nr. 7, 40 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Pravo graždanina na individual'nyj oblik (vid) [Das Recht des Bürgers auf das individuelle Antlitz (Erscheinungsbild)], Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1990, Nr. 11, 134 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Pravo na tajnu i neprikosnovennost' personal'nych dannych [Das Recht auf das Geheimnis und die Unantastbarkeit der personenbezogenen Daten], Žurnal rossijskogo prava 2010, Nr. 11, 18 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Sistema kriteriev opredelenija kompensacii neimuščestvennogo vreda kak sposoba zaščity graždanskich, semejnych i trudovyh prav graždan [Das System von Kriterien der Bemessung der Entschädigung für immateriellen Schaden als des Schutzmittels der Zivil-, Familien- und Arbeitsrechte der Bürger], Žurnal rossijskogo prava 2015, Nr. 5, 59 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Soderžanie i osuščestvlenie ličnych neimuščestvennyh prav graždan: problemy teorii i zakonodatel'stva [Der Inhalt und die Ausübung der nicht

- vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger: die Probleme der Theorie und Gesetzgebung], Gosudarstvo i pravo 2000, Nr. 2, 16 ff.
- Maleina, Marina Nikolaevna*, Zaščita ličnych neimuščestvennych prav sovetskich graždan [Der Schutz der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der sowjetischen Bürger], Moskau 1991.
- Malikov, E. Ju.*, Avtorskie prava i prava izobražennogo lica: protivorečija pravovogo regulirovanija [Die Urheberrechte und Rechte der abgebildeten Person: die Widersprüche der Rechtsregelung], Vestnik Volgogradskogo gosudarstvennogo universiteta 2015, Nr. 3, 39 ff.
- Mamontov, V. A.*, Problema ispol'zovanija kategorii publičnogo interesa v zakonodatel'stve, regulirujuščem predprinimatel'skuju dejatel'nost' [Das Problem der Nutzung von der Kategorie des öffentlichen Interesses in der Gesetzgebung über die Unternehmertätigkeit], Juridičeskij mir 2011, Nr. 1, 39 ff.
- Mamontova, O. V.*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation], Aktual'nye problemy rossijskogo prava 2010, Nr. 1, 116 ff.
- Marčenko, S. V.*, Kompensacija moral'nogo vreda v Rossijskoj Federacii [Die Entschädigung für moralischen Schaden in der Russischen Föderation], Advokatskaja praktika 2002, Nr. 6, 21 ff.
- Marwitz, Petra*, Anmerkung zu LG Frankfurt, Urteil vom 24.07.2003 (ZUM 2003, 974), ZUM 2003, 976 f.
- Maslov, Vasilij Filippovič/Puškin, A. A. (Hgg.)*, Sovetskoe graždanskoje pravo [Das sowjetische Zivilrecht], 1. Band, 2. Aufl., Kiev 1983.
- Mathy, Klaus*, Anmerkung zu LG Frankfurt, Urteil vom 26.05.1976 „Verbrechensopfer“ (AfP 1976, 181), AfP 1976, 182.
- Mazaev, Dmitrij Vladimirovič*, Ochrana izobraženija graždanina v seti internet [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers im Internet], Vestnik Saratovskoj gosudarstvennoj juridičeskoj akademii 2016, Nr. 6 (113), 103 ff.
- Mazaev, Dmitrij Vladimirovič*, Pravovaja ochrana izobraženija služšaščego [Die Rechtsbewahrung des Bildes des Beamten], Gosudarstvennaja služba 2016, Nr. 6 (104), 40 ff.
- Maziev, Arsen Usmanovič*, Kompensacija moral'nogo vreda pri narušenii prava na neprikosnovennost' častnoj žizni v germanskom i rossijskom graždanskom prave [Die Entschädigung für moralischen Schaden bei der Verletzung des Rechts auf

- Unantastbarkeit des Privatlebens im deutschen und russischen Zivilrecht], *Vestnik Severo-Kavkazskogo federal'nogo universiteta* 2013, Nr. 2 (35), 219 ff.
- Medvedev, Dmitrij Anatol'evič*, Graždanskij kodeks Rossii – ego rol' v razvitii rynočnoj ekonomiki i sozdanii pravovogo gosudarstva [Das Zivilgesetzbuch Russlands – seine Rolle in der Entwicklung der Marktwirtschaft und Gründung des Rechtsstaates], *Vestnik VAS* 2007, Nr. 7, 5 ff.
- Michajlova, Irina Aleksandrovna*, Ličnye neimuščestvennye prava i nematerial'nye blaga: tradicionnoe ponimanie i novye podchody [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und immateriellen Güter: das traditionelle Verständnis und die neuen Ansätze], *Zakony Rossii: opyt, analiz, praktika* 2012, Nr. 4, 3 ff.
- Michajlova, Irina Aleksandrovna/Pčelinceva, Ludmila Michailovna*, Nematerial'nye blaga i ličnye neimuščestvennye prava v proekte izmenenij Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii [Die immateriellen Güter und nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte in einem Entwurf der Änderungen des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation], *Graždanskoe pravo* 2012, Nr. 1, 19 ff.
- Micheeva, Lidija Jur'evna*, Ob'ekty graždanskich prav: pravovye pozicii, soderžaščiesja v Postanovlenii Plenuma Verchovnogo suda Rossijskoj Federacii [Die Objekte der Zivilrechte: die Rechtsansichten in der Anweisung des Plenums des Obertsen Gerichts der Russischen Föderation], *Sud'ja* 2015, Nr. 10, 11 ff., zitiert nach Consultant.
- Migačeva, A. Ju.*, Spravedlivost' kak kriterij opredelenija razmera kompensacii moral'nogo vreda [Die Gerechtigkeit als das Kriterium der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden], in: *Sammelband der Werke zur Konferenz an der Staatlichen Universität Kuban, Krasnodar* 2013, 73 ff.
- Mikrjukov, Viktor Alekseevič*, Nadelenie fotomodeli cmežnym pravom na ispolnenie [Die Zuweisung des verwandten Rechts auf Darbietung dem Fotomodell], *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2013, Nr. 8, 33 ff.
- Mikrjukov, Viktor Alekseevič*, O differencirovannom soglasii graždanina na obnarodovanie i ispol'zovanie ego sobstvennogo izobraženija [Über die differenzierte Einwilligung des Bürgers auf die Veröffentlichung und Nutzung seines eigenen Bildes], *Pravo i ekonomika* 2013, Nr. 2, 47 ff.
- Mikrjukov, Viktor Alekseevič*, O forme soglasija graždanina na obnarodovanie i dal'nejšee ispol'zovanie ego izobraženija [Über die Form der Einwilligung des Bürgers auf die Veröffentlichung und weitere Nutzung seines Bildes], *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 2013, Nr. 2, 42 ff.

- Mikrjukov, Viktor Alekseevič*, O možnosti otmeny soglasija graždanina na ispol'zovanie ego izobraženija [Über die Möglichkeit des Widerrufs der Einwilligung des Bürgers zur Nutzung seines Bildes], *Jurist* 2013, Nr. 13, 36 ff.
- Mikrjukov, Viktor Alekseevič*, Sub'ektno-vremennye predely ochrany izobraženija graždanina [Die Dauer und Einschränkungen der Bewahrung des Bildes des Bürgers hinsichtlich des Kreises der Subjekte], *Jurist* 2013, Nr. 4, 3 ff.
- Mograbjan, Armine Samvelovna*, Pravo fizičeskogo lica na neprikosnovennost' vnešnego oblika [Das Recht der natürlichen Person auf Unantastbarkeit des äußeren Erscheinungsbildes], Autoreferat der Jur. Diss., Volgograd 2011.
- Mograbjan, Armine Samvelovna*, Vnešnj oblik fizičeskogo lica kak objekt sub'ektivnogo prava na neprikosnovennost' vnešnego oblika [Das äußere Erscheinungsbild der natürlichen Person als das Objekt des subjektiven Rechts auf Unantastbarkeit des äußeren Erscheinungsbildes], *Èkspert-kriminalist* 2011, Nr. 4, 5 ff.
- Mograbjan, Armine Samvelovna*, Vnešnj oblik fizičeskogo lica: nematerial'noe blago ili neimuščestvennoe pravo? [Das äußere Erscheinungsbild der natürlichen Person: das Nichtvermögensgut oder nicht vermögenswerte Recht?] *Vestnik Vladimirskogo juridičeskogo instituta* 2010, Nr. 4, 133 ff.
- Mojsinovič, Anna Michajlovna*, Obraž Nikolaja II v političeskoj karikature perioda pervoj Russkoj revoljucii [Die Gestalt des Nikolaus II. in der politischen Karikatur im Zeitraum der ersten Russischen Revolution], *Vestnik Jaroslavskogo gosudarstvennogo universiteta im. P. G. Demidova* 2015, Schriftenreihe Geisteswissenschaften, Nr. 3, 16 ff.
- Mozolin, V. P. (Hrsg.)*, Razvitie sovetskogo graždanskogo prava na sovremennom ètape [Die Entwicklung des sowjetischen Zivilrechts auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe], Moskau 1986.
- Muratova, A. R.*, Ochrana izobraženija graždanina [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers], *Meždunarodnyj studenčeskij naučnyj vestnik* 2016, Nr. 3, 617.
- Müller, Claudia*, Anmerkung zu OLG Köln, Urteil vom 18.06.2018 (ZUM-RD 2018, 549), *GRUR-Prax* 2018, 383.
- Müller, Tobias*, Vererblichkeit vermögenswerter Bestandteile des Persönlichkeitsrechts – Die neueste Rechtsprechung des BGH zum postmortalen Persönlichkeitsrecht, *GRUR* 2003, 31 ff.
- Münchener Kommentar zum BGB, 9. Aufl., 2021.

- Müsse, Hans-Gabriel*, Das Urheberpersönlichkeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Veröffentlichung und der Inhaltsmitteilung, Jur. Diss., Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg im Breisgau, Tübingen 1999.
- Myskin, A. V.*, Bračnyj dogovor v sisteme rossijskogo častnogo prava [Der Heiratsvertrag im System des russischen Privatrechts], Moskau 2012.
- Narižnij, S. V.*, Kompensacija moral'nogo vreda v ugolovnom sudoproizvodstve Rossii [Die Entschädigung für moralischen Schaden im Strafrechtsverfahren Russlands], Moskau 2005.
- Neben, Gerald*, Eingeschränkte Reichweite persönlichkeitsrechtlicher Unterlassungsansprüche, AfP 2006, 533 ff.
- Nettesheim, Martin*, Datenschutz und Meinungsäußerungsfreiheit – Zur Reichweite der Freistellung allgemeiner Meinungsäußerungen nach Art. 85 Abs. 1 DSGVO, AfP 2019, 473 ff.
- Neumann-Duesberg, Horst*, Bildberichterstattung über absolute und relative Personen der Zeitgeschichte, JZ 1960, 114 ff.
- Nijazova, A. N.*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnych neimuščestvennych otnošenij v Kyrgyzskoj respublike [Die zivilrechtliche Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen in der Republik Kirgisien], Autoreferat der Jur. Diss., Almaty 1999.
- Nikolaeva, Aleksandra Aleksandrovna*, Aktual'nye problemy ispol'zovanija izobraženija graždan v processe tvorčeskoj dejatel'nosti [Die aktuellen Probleme der Nutzung des Bildes der Bürger im Verlauf der schöpferischen Tätigkeit], Pravo i politika 2014, Nr. 11, 1709 ff.
- Nikolaeva, Aleksandra Aleksandrovna*, Aktual'nye voprosy sootnošenija graždansko-pravovyh institutov: prava na izobraženie graždanina i avtorskich prav [Die aktuellen Fragen des Verhältnisses der zivilrechtlichen Rechtsinstitute: des Rechts am Bild des Bürgers und der Urheberrechte], Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2014, Nr. 6, 5 ff.
- Nikolaeva, Aleksandra Aleksandrovna*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity [Das Bild des Bürgers: die Probleme der Rechtsregelung, der Nutzung, der Bewahrung und des Schutzes], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2015.
- Nikolaeva, Aleksandra Aleksandrovna*, Izobraženie graždanina: problemy pravovogo regulirovanija, ispol'zovanija, ochrany i zaščity [Das Bild des Bürgers: die Probleme der

- Rechtsregelung, der Nutzung, der Bewahrung und des Schutzes], Jur. Diss., Russische staatliche Akademie des geistigen Eigentums, Moskau 2014.
- Nikolaeva, Aleksandra Aleksandrovna*, Problemy zaščity prava graždanina na izobraženie s učetom sravnitel'nogo analiza norm Rossii i Ukrainy [Die Probleme des Schutzes des Rechts des Bürgers am Bild unter Berücksichtigung der vergleichenden Analyse der Normen Russlands und der Ukraine], *Juridičeskaja mysl'* 2014, Nr. 6 (86), 95 ff.
- Nikolaeva, V. A.*, Special'nye sposoby zaščity prava na izobraženie [Die speziellen Schutzmittel des Rechts am Bild], *Trudy molodych učenyh Altajskogo gosudarstvennogo universiteta* 2015, 2. Band, Nr. 12, 159 ff.
- Nochrina, Marina Leonidovna*, Graždansko-pravovoe regulirovanie ličnyh neimuščestvennyh otnošenij, ne svjazannyh s imuščestvennymi [Die zivilrechtliche Regelung der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen, die mit den vermögenswerten Beziehungen nicht verbunden sind], St. Petersburg 2004.
- Nochrina, Marina Leonidovna*, Subjektivnoe graždanskoe pravo na sobstvennoe izobraženie v Rossijskoj Federacii [Das subjektive Zivilrecht am eigenen Bild in der Russischen Föderation], *Peterburgskij Jurist* 2017, Nr. 1 (14), 115 ff.
- Nudnenko, Lidija Alekseevna*, Funkcii konstituzionnyh prav i svobod ličnosti v kontekste vzaimodejstvija graždanskogo obščestva i pravovogo gosudarstva [Die Funktionen der Verfassungsrechte und Freiheiten der Persönlichkeit im Kontext der Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaates], *Gosudarstvo i pravo* 2012, Nr. 2, 33 ff.
- Nuždin, T. A.*, K voprosu o ponjatii nematerial'nyh blag fizičeskich i juridičeskich lic v sovremennoj rossijskoj civilistike [Zur Frage über das Verständnis der immateriellen Güter der natürlichen und juristischen Personen im gegenwärtigen russischen Zivilrecht], *Chozjajstvo i pravo* 2009, Nr. 4, 2744 ff.
- O predmete sovetskogo graždanskogo prava (k itogam diskussii) [Über den Gegenstand des sowjetischen Zivilrechts (Zu den Ergebnissen der Diskussion)], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1955, Nr. 5, 51 ff.
- Ohly, Ansgar*, Harmonisierung des Persönlichkeitsrechts durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte? Rechtsvergleichende Anmerkungen zum Urteil in der Sache von Hannover/Deutschland, *GRUR Int.* 2004, 902 ff.
- Ohly, Ansgar*, Rezension zu Marion Baston-Vogt, Der sachliche Schutzbereich des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts, *GRUR Int.* 1998, 827 ff.
- Ohly, Ansgar*, „Volenti non fit iniuria“ – Die Einwilligung im Privatrecht, Tübingen 2002.

- Opryško, Anton Nikolaevič*, Status prava na izobraženie sportmena – pravovoj aspekt [Der Status des Rechts am Bild des Sportlers – der Rechtsaspekt], *Obrazovanie i pravo* 2015, Nr. 11, 298 ff.
- Orlov, Aleksej Viktorovič*, Nekotorye aspekty opredelenija razmera kompensacii moral'nogo vreda [Einige Aspekte der Bemessung der Entschädigung für moralischen Schaden], *Vestnik Sankt-Peterburgskoj juridičeskoj akademii* 2014, 22. Band, Nr. 1, 68 ff.
- Ovčinnikova, Larisa Ivanovna*, Osobennosti kompensacii moral'nogo vreda po rossijskomu zakonodatel'stvu [Die Besonderheiten der Entschädigung für moralischen Schaden nach der russischen Gesetzgebung], *Aktual'nye problemy prava i gosudarstva v XXI veke* 2018, Nr. 2, S. 85 ff.
- Paal, Boris P./Pauly, Daniel A. (Hgg.)*, Datenschutz-Grundverordnung, Bundesdatenschutzgesetz, Kommentar, 3. Aufl., München 2021.
- Palandt, Otto (Begründer)*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 71. Aufl., München 2012.
- Pal'ceva, E. S.*, Informacionnaja prozračnost' pravosudija: predely i ograničenija [Die Informationstransparenz der Rechtsprechung: die Grenzen und Einschränkungen], *Informacionnoe pravo* 2013, Nr. 4, 26 ff.
- Pal'kina, Tat'jana Nikolaevna*, Ličnye neimuščestvennye prava i nematerial'nye blaga v graždanskom i semejnom prave Rossijskoj Federacii: problemy teorii i praktiki [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und immateriellen Güter im Zivil- und Familienrecht der Russischen Föderation: die Probleme der Theorie und Praxis], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2009.
- Pankeev, Ivan Alekseevič*, Avtorskoe pravo dlja žurnalistov [Das Urheberrecht für die Journalisten], Moskau 2012.
- Pankeev, Ivan Alekseevič*, Avtorskoe pravo fotožurnalista: zakonodatel'stvo i praktika [Das Urheberrecht des Fotojournalisten: die Gesetzgebung und Praxis], *Vestnik moskovskogo univesiteta* 2014, Schriftenreihe der Journalistik, Nr. 1, 96 ff.
- Pankeev, Ivan Alekseevič*, Avtorskoe pravo: pravoustanovlenie i pravoprimenenie [Das Urheberrecht: die Rechtsfestsetzung und Rechtsanwendung], *Mediaskop* 2009, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/407>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Pankeev, Ivan Alekseevič*, Intellektual'nye prava v SMI: problema regulirovanija [Die immaterialgüterrechte in den Medien: das Problem der Regelung], *Mediaskop* 2010, Nr. 3, abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/581>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.

- Paramonova, CH. È.*, Graždansko-pravovaja otvetstvennost' za narušenie prava na neprikosnovennost' izobraženija graždanina [Die zivilrechtliche Haftung für die Verletzung des Rechts auf Unantastbarkeit des Bildes des Bürgers], Garantii prav v Rossijskoj Federacii i meždunarodnom prave [Die Garantien der Rechte in der Russischen Föderation und im internationalen Recht], der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Volgograd 2018, 168 ff.
- Paramonova, CH. È.*, Graždansko-pravovaja otvetstvennost' za narušenie prava na neprikosnovennost' izobraženija graždanina [Die zivilrechtliche Haftung für die Verletzung des Rechts auf Unantastbarkeit des Bildes des Bürgers], Garantii prav v Rossijskoj Federacii i meždunarodnom prave [Die Garantien der Rechte in der Russischen Föderation und im internationalen Recht], der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Volgograd 2018, 267 ff.
- Parygina, N. N.*, Kompensacija moral'nogo vreda pri diffamacii v otnošenii graždanina [Die Entschädigung für moralischen Schaden bei der Diffamierung des Bürgers], Sud'ja 2018, Nr. 10, zitiert nach Consultant.
- Patrakeev S./Dmitriev D.*, Videonabljudenie: juridičeskie aspekty [Die Videoüberwachung: die juristischen Aspekte], Trudovoe pravo 2012, Nr. 6, 105 ff.
- Pavlov, Evgenij Vladimirovič/Fedjakova, Natal'ja Aleksandrovna/Piskunova, Ekaterina Olegovna*, Problemy vozmeščeniya moral'nogo vreda v graždanskom prave [Die Probleme der Entschädigung für moralischen Schaden im Zivilrecht], in: Kulešova, G. P. (Hrsg.), Aktual'nye problemy graždanskogo prava: potrebnosti graždanskogo obščestva i gosudarstva [Die aktuellen Probleme des Zivilrechts: die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft und des Staates], Materialien zur II. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Saransk 2015, 89 ff.
- Peifer, Karl-Nikolaus*, Eigenheit oder Eigentum – Was schützt das Persönlichkeitsrecht? GRUR 2002, 495 ff.
- Peifer, Karl-Nikolaus*, Anmerkung zu BVerfG-Entscheidung vom 26.02.2008 (GRUR 2008, 539), GRUR 2008, 547 ff.
- Peškova, Ol'ga Andreevna*, Kompensacija moral'nogo vreda. Zaščita i otvetstvennostj pri pričinenii vreda nematerial'nym blagam i neimuščestvennym pravam [Die Entschädigung für moralischen Schaden. Der Schutz und die Haftung bei der Beeinträchtigung der immateriellen Güter und nicht vermögenswerten Rechte], Moskau 2006.
- Petev, Valentin*, Sozialistisches Zivilrecht, Berlin, New York 1975.

- Petrova, Ju.*, Publikacija rešenija suda o dopuščenom narušenii kak special'nyj sposob zaštity neimuščestvennyh prav avtora [Die Veröffentlichung der Gerichtsentscheidung über die Rechtsverletzung als das spezielle Schutzmittel der nicht vermögenswerten Rechte des Urhebers], *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2014, Nr. 4, 58 ff.
- Peukert, Alexander*, Persönlichkeitsbezogene Immaterialgüterrechte? *ZUM* 2000, 710 ff.
- Pičugina, Anastasija*, Social'nye seti i publičnye ljudi [Die sozialen Netzwerke und die öffentlichen Personen], *Korporativnyj jurist* 2014, Nr. 8, 38 ff.
- Pietzko Joachim*, Die Werbung mit dem Doppelgänger eines Prominenten, *AfP* 1988, 209 ff.
- Pilipenko, Vladimir Dmitrievič*, Problemy realizacii prava graždanina na izobraženie [Die Probleme der Ausübung des Rechts des Bürgers am Bild], in: Prochorova L. V. (Hrsg.), *Problemy social'nogo obnovlenija Rossii v issledovanijach molodych učenyh* [Die Probleme der Sozialerneuerung Russlands in den Untersuchungen der jungen Wissenschaftler], *Materialien zu den Doktorandenlektüren*, Moskau 2009.
- Pogudina, M. V.*, K voprosu o kompensacii moral'nogo vreda [Zur Frage über die Entschädigung für moralischen Schaden], *Vestnik TISBI* 2001, Nr. 4, abrufbar unter <<http://www.law.edu.ru/doc/document.asp?docID=1217472>>, zuletzt abgerufen am 22.07.2020.
- Poguljaev, Vadim Vladimirovič (Hrsg.)*, Kommentarij k Zakonu RF „O sredstvach massovoj informacii“ ot 27.12.1991 № 2124-1 [Kommentar zum Gesetz der RF „Über die Massenmedien“ vom 27.12.1991 Nr. 2124-1], 2. Aufl., Moskau 2005.
- Poguljaev, Vadim Vladimirovič*, Kompensacija moral'nogo vreda pri narušenii avtorskich prav, Intellektual'naja sobstvennost'. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2012, Nr. 1, 33 ff.
- Poguljaev, Vadim Vladimirovič/Tulub'eva, Irina Ju.*, Pravo na izobraženie [Das Recht am Bild], *Buchgalterskij učet v izdatel'stve i poligrafii* 2006, Nr. 4, 28 ff.
- Poguljaev, Vadim Vladimirovič/Tulub'eva, Irina Ju.*, Pravo na izobraženie [Das Recht am Bild], *Intellektual'naja sobstvennost'*. *Avtorskoe pravo i smežnye prava* 2004, Nr. 3, 39 ff.
- Pokoreeva, Anna Vjačeslavovna*, Pravo na izobraženie [Das Recht am Bild], 2010, abrufbar unter <<http://www.yurclub.ru/docs/civil/article319.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Pokrovskij, Iosif Aleksevič*, *Osnovnye problemy graždanskogo prava*, 3. Aufl., Moskau 2001 (das erste Erscheinungsjahr 1917).

- Poljakova V. Ė./Kudrin D. A.*, Vopros – Otvet [Die Frage – die Antwort], Finansovye i buhgalterskie konsultacii 2013, Nr. 10, S. 27 f.
- Položenceva, Nadežda Jur'evna/Mitjagin, Kirill Stanislavovič*, O prave dvojniov znamenitostej na sobstvennoe izobraženie [Über das Recht der Doppelgänger von den berühmten Personen am eigenen Bild], Pravo intelektual'noj sobstvennosti 2015, Nr. 1, 21 ff.
- Ponkin, I. V./Ponkina, A. A.*, O prave vrača na ispol'zovanie medicinskich izobraženij pacienta v professional'nych celjach [Über das Recht des Arztes auf Anwendung der medizinischen Bilder des Patienten zu den professionellen Zwecken], Medicina 2017, Nr. 3 (19), 1 ff.
- Prinz, Matthias*, Geldentschädigung bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien, NJW 1996, 953 ff.
- Prinz, Matthias/Peters, Butz*, Medienrecht, die zivilrechtlichen Ansprüche, München 1999.
- Protasov, Pavel*, FAQ o prave na fotos'emku (otvety na často zadavaemye voprosy) [FAQ über das Recht auf Fotoaufnahme (die Antworten auf die oft gestellten Fragen)], Intelektual'naja sobstvennost'. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2010, Nr. 7, 63 ff.
- Pustovalov, P. Ju.*, Pravo na izobraženie [Das Recht am Bild], in: Pravo i sovremennost', der Sammelband der wissenschaftlich-praktischen Aufsätze, 3. Heft, 1. Teil, Saratov 2008, 128 ff.
- Puzanov, I.*, Videokamera v zakone? [Ist die Videokamera rechtmäßig?] Jurist 2012, Nr. 8, 10 ff.
- Rachmilovič, V. A.*, O dostiženijach i proščětach novogo Graždanskogo kodeksa Rossijskoj Federacii [Über die Errungenschaften und Fehlschläge des neuen Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation], Gosudarstvo i pravo 1996, Nr. 4, 117 ff.
- Raji, Behrang*, Auswirkungen der DS-GVO auf nationales Fotorecht. Das KUG im Zahnradmodell der DS-GVO, ZD 2019, 61 ff.
- Reber, Nikolaus*, Die Schutzdauer des postmortalen Persönlichkeitsrechts in Deutschland und den USA (von Marlene Dietrich über Klaus Kinski zu Marilyn Monroe) – ein Irrweg des Bundesgerichtshofs? GRUR Int. 2007, 492 ff.
- Rebmann, Kurt*, Aktuelle Probleme des Zeugnisverweigerungsrechts von Presse und Rundfunk und des Verhältnisses von Presse und Polizei bei Demonstrationen, AfP 1982, 189 ff.
- Rehbinder, Manfred*, Urheberrecht, 14. Aufl., München 2006.
- Renkel', A.*, Ochrana izobraženija graždanina [Die Bewahrung des Bildes des Bürgers], Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 5, 22 f.

- Renkel', A.*, Priëmnaja vašego poverennogo [Das Büro Ihres Bevollmächtigten], Izobretatel' i racionalizator 2010, Nr. 8, 32.
- Reznik, G. M.*, Pered zakonom vse ravny, no nekotorye ravnee drugih [Vor dem Gesetz sind alle gleich, aber einige sind gleicher als andere], Juridičeskij mir 1997, Nr. 9, 23 f.
- Rjachovskaja, Tatjana Ivanovna*, Dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii [Die Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation], Istoričeskie, filosofskie, političeskie i juridičeskie nauki, kul'turologija i iskusstvovedenie. Voprosy teorii i praktiki 2011, Nr. 8 (14), 171 ff.
- Rjachovskaja, Tatjana Ivanovna*, Fenomen „prjamoe dejstvie“ Konstitucii v sovremennoj otečestvennoj gosudarstvenno-pravovoj doktrine i praktike [Das Phänomen der „unmittelbaren Wirkung“ der Verfassung in der gegenwärtigen staatsrechtlichen Heimatsdoktrin und Praxis], Juridičeskaja nauka i praktika 2012, 8. Heft, Nr. 2, 48 ff.
- Rjachovskaja, Tatjana Ivanovna*, K voprosu o pravovoj dejatel'nosti kak organizacionnoj forme obespečenija prjamogo dejstvija Konstitucii [Zur Frage über die Rechtstätigkeit als eine Organisationsform der Gewährleistung der unmittelbaren Wirkung der Verfassung], Juridičeskaja nauka i praktika 2015, 11. Heft, Nr. 3, 38 ff.
- Rjachovskaja, Tatjana Ivanovna*, „Prjamoe dejstvie“ v sisteme juridičeskich svojstv Konstitucii Rossii [Die „unmittelbare Wirkung“ im System der juristischen Eigenschaften der Verfassung Russlands], Socium i vlast' 2012, Nr. 5, 80 f.
- Rjachovskaja, Tatjana Ivanovna*, Sistema obespečenija prjamogo dejstvija Konstitucii Rossijskoj Federacii [Das System der Gewährleistung der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation], Autoreferat der Jur. Diss., Novosibirsk 2015.
- Rjasencev, Vladimir Aleksandrovič (Hrsg.)*, Sovetskoe graždanskoje pravo [Das sowjetische Zivilrecht], 1. Band, 3. Aufl., Moskau 1986.
- Rossijskaja periodičeskaja pečat': sostojanie, tendencii i perspektivy razvitija [Die russischen periodischen Printmedien: der Zustand, die Tendenzen und die Perspektiven der Entwicklung], Buchgaltreskij učet v izdatel'stve i poligrafii 2013, Nr. 3, 38 ff., Nr. 4, 36 ff., Nr. 5, 33 ff., Nr. 6, 34 ff.
- Rovnyj, Vladimir Vladimirovič*, Novejšee issledovanie predmeta graždanskogo prava (recenzija na monografiju M. N. Maleinoj „Ličnye neimuščestvennye prava graždan: ponjatie, osuščestvlenie, zaščita“. M., 2000. 244 s.) [Die neueste Untersuchung des Gegenstands des Zivilrechts (eine Rezension der Monographie von M. N. Maleina „Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger: das Verständnis, die Ausübung, der Schutz“. M., 2000. 244 S.)], Sibirskij Juridičeskij vestnik 2000, Nr. 3, 76 ff.

- Rovnyj, Vladimir Vladimirovič*, Problemy ob''ekta v graždanskom prave [Die Probleme des Objekts im Zivilrecht], Irkutsk 1998.
- Rumma, E. A.*, Kompensacija moral'nogo vreda kak mera graždansko-pravovoj otvetstvennosti [Die Entschädigung für moralischen Schaden als Maß der zivilrechtlichen Haftung], Naučnyj forum. Sibir' 2018, 4. Band, Nr. 2, 85 f.
- Sadikov, Oleg Nikolaevič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo Rossii. Obščaja čast' [Das Zivilrecht Russlands. Der allgemeine Teil], Moskau 2001.
- Sadikov, Oleg Nikolaevič (Hrsg.)*, Kommentarij k GK RF, čast' 1 [Kommentar zum ZGB RF, der erste Teil], Moskau 1997.
- Sagandykov, Michail Sergeevič/Popov, Vladimir Il'ič*, Realizacija principa prjamogo dejstvija Konstitucii RF (na primere sfery truda) [Die Verwirklichung des Prinzips der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der RF], Vestnik Južno-Ural'skogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Recht 2016, 16. Heft, Nr. 1, 85 ff.
- Sajuntz, Sascha*, Die aktuellen Entwicklungen des Presse- und Äußerungsrechts, NJW 2017, 698 ff.
- Sajuntz, Sascha*, Die aktuellen Entwicklungen des Presse- und Äußerungsrechts, NJW 2015, 595 ff.
- Sajuntz, Sascha*, Die Entwicklung des Presse- und Äußerungsrechts im Jahr 2019, NJW 2020, 583 ff.
- Sannikova, L.*, Graždanskij kodeks Rossijskoj Federacii. Postatejnyj kommentarij k glavam 6 – 12 [Das Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation. Der artikelweise Kommentar zu den Kapiteln 6 – 12], Moskau 2014.
- Sauren, Jürgen*, Bedrohung der freien Berichterstattung durch den neuen § 201 a AtGB? ZUM 2005, 425 ff.
- Schack, Haimo*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 05.10.2006 „kinski.klaus.de“ (GRUR 2007, 168), JZ 2007, 366 f.
- Scharf, Albert/Fedotov, Michail (Hgg.)*, Medienrecht im Vergleich Deutschland – Russland. Eine Initiative des Petersburger Dialogs, Würzburg 2004.
- Schäffer*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 06.02.1979 „Fußballspieler“ (GRUR 1979, 425), GRUR 1979, 428.
- Schemitsch, Markward*, Identitätsdaten als Persönlichkeitsgüter, Jur. Diss., Technische Universität Darmstadt, Darmstadt 2004.
- Schlüter, Oliver*, Identifizierende Berichterstattung auch bei nicht strafbarem Verhalten, GRUR-Prax 2020, 136.

- Schmidt-Osten, Hans*, Der Bildnisschutz Verstorbener, AfP 1976, 22 f.
- Schricker, Gerhard/ Löwenheim, Ulrich (Hgg.)*, Urheberrecht: Kommentar, 6. Aufl., München 2020.
- Schubert, Friederike*, Von Kopf bis Fuß auf Verwertung eingestellt? Die Dogmatik der Vermögensrechte der Persönlichkeit im Licht der neuesten Rechtsprechung von BGH und BVerfG, AfP 2007, 20 ff.
- Schönke, Adolf/Schröder, Horst*, Strafgesetzbuch: Kommentar, 30. Aufl., München 2019.
- Schwenke, Thomas*, Zulässigkeit der Nutzung von Smartcams und biometrischen Daten nach der DS-GVO, NJW 2018, 823 ff.
- Seifert, Fedor*, Postmortaler Schutz des Persönlichkeitsrechts und Schadensersatz – Zugleich ein Streifzug durch die Geschichte des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, NJW 1999, 1889 ff.
- Seitz, Walter*, Prinz und Prinzessin – Wandlungen des Deliktsrechts durch Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit, NJW 1996, 2848 ff.
- Semykin, Vjačeslav Vladimirovič*, Osobnosti dokazyvanija po delam o kompensacii moral'nogo vreda: predmet dokazyvanija [Die Besonderheiten des Beweises in den Verfahren über die Entschädigung für moralischen Schaden: der Gegenstand des Beweises], Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Schriftenreihe Jurisprudencija 2014, Nr. 2, 59 ff.
- Sergeev, Aleksandr Petrovič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 1. Band, Moskau 2011.
- Sergeev, Aleksandr Petrovič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 3. Band, Moskau 2011.
- Sergeev, Aleksandr Petrovič (Hrsg.)*, Kommentarij k Graždanskomu kodeksu Rossijskoj Federacii. Čast' pervaja [Kommentar zum Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation. Der erste Teil], Moskau 2010.
- Sergeev, Aleksandr Petrovič*, Pravo intelektual'noj sobstvennosti v Rossijskoj Federacii [Das Recht des geistigen Eigentums in der Russischen Föderation], Moskau 1996.
- Sergeev, Aleksandr Petrovič/Tolstoj, Jurij Kirillovič (Hgg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 1. Band, 6. Aufl., Moskau 2004.
- Sidorina, N. A.*, Konflikt interesov fotografa i izobražaemogo lica: problemy otvetstvennosti [Der Konflikt der Interessen des Fotografen und Abgebildeten], Pravo intelektual'noj sobstvennosti 2010, Nr. 1, 19 ff.

- Sidorina, N. A.*, Sootnošenje avtorskogo prava na fotografii i prav izobražаемого lica v Rossii i Germanii [Das Verhältnis des Urheberrechts auf Fotografien und der Rechte des Abgebildeten in Russland und Deutschland], *Intellektual'naja sobstvennost'*. Avtorskoe pravo i smežnye prava 2015, Nr. 7, 59 ff.
- Sistema sovetkogo prava i perspektivy ego razvitija, "Kruglyj stol" žurnala "Sovetskoe gosudarstvo i pravo" [Das System des sowjetischen Rechts und die Perspektiven seiner Entwicklung, der „Rundtisch“ der Zeitschrift „der Sowjetische Staat und das sowjetische Recht“], *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1982, Nr. 7, 100 ff.
- Sitdikova, Roza Iosifovna*, Častnyj, publičnyj i obščestvennyj interes v avtorskom prave [Das private, öffentliche und gesellschaftliche Interesse im Urheberrecht], *Graždanskoe pravo* 2012, Nr. 2, 18 ff.
- Sitdikova, Roza Iosifovna*, Obespečenie častnyh, obščestvennyh i publičnyh interesov avtorsim pravom [Die Gewährleistung der privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Interessen vom Urheberrecht], Moskau 2013.
- Skakalina, A. A.*, Problemy ochrany izobraženija graždanina, razmeščennogo v seti Internet [Die Probleme der Bewahrung des Bildes des Bürgers im Internet], Materialien zur XLVIII. internationalen studentischen Konferenz „Student i naučno-techničeskij progress“ [Der Studen und wissenschaftlich-technische Fortschritt], Novosibirsk 2010, 34 f.
- Slipčenko, Svyatoslav Aleksandrovič*, Nekotorye voprosy teorii i praktiki ličnyh neimuščestvennyh prav [Einige Fragen der Theorie und Praxis der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte], *Civilist* 2011, Nr. 2, 42 ff.
- Soldatova, V. I.*, Zaščita personal'nych dannych v uslovijach primenenija cifrovych tehnologij [Der Schutz der personenbezogenen Daten unter der Anwendung von den digitalen Technologien], *Lex Russica* 2020, Nr. 2, 33 ff.
- Solikova, A. Š.*, K voprosu ob ochrane izobraženija graždanina [Zur Frage über die Bewahrung des Bildes des Bürgers], in: *Molodež' i nauka* [Die Jugendlichen und Wissenschaft], der Sammelband der Materialien zur VI. allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz für die Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftler, Krasnojarsk 2011, abrufbar unter <<http://conf.sfu-kras.ru/sites/mn2010/section10.html>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- Solomeina, E.*, Raspredelenie bremeni dokazyvanija po delam o kompensacii moral'nogo vreda [Die Zuweisung der Beweislast in Verfahren über die Entschädigung für moralischen Schaden], *Arbitražnyj i graždanskij process* 2008, Nr. 8, 24 ff.

- Solotych, Stefanie*, Das Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation. Erster Teil (Textübersetzung mit Einführung), Baden-Baden 1996.
- Solov'ev, Vladimir Nikolaevič*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita [Die immateriellen Güter im Zivilrecht und ihr Schutz], Autoreferat der Jur. Diss., Rjasan' 2003.
- Steffen, Erich*, Schmerzensgeld bei Persönlichkeitsverletzung durch Medien - Ein Plädoyer gegen formelhafte Berechnungsmethoden bei der Geldentschädigung, NJW 1997, 10 ff.
- Stender-Vorwachs, Jutta*, Veröffentlichung von Fotos minderjähriger Kinder von Prominenten, NJW 2010, 1414 ff.
- Strothmann, York*, Werbung mit bekannten Persönlichkeiten – Zugleich Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des BGH, GRUR 1996, 693 ff.
- Stürner, Rolf*, Anmerkung zu EGMR, Urteil vom 24.06.2004 „Von Hannover gegen Deutschland“ (GRUR 2004, 1051), JZ 2004, 1018 ff.
- Stürner, Rolf*, Persönlichkeitsschutz und Geldersatz, AfP 1998, 1 ff.
- Suchanov, Evgenij Aleksevič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 1. Band, 3. Aufl., Moskau 2008.
- Suchanov, Evgenij Aleksevič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 2. Band, 3. Aufl., Moskau 2008.
- Suchanov, Evgenij Aleksevič (Hrsg.)*, Rossijskoe graždanskoe pravo [Das russische Zivilrecht], 1. Band, 2. Aufl., Moskau 2011.
- Suchanov, Evgenij Aleksevič (Hrsg.)*, Rossijskoe graždanskoe pravo [Das russische Zivilrecht], 2. Band, 2. Aufl., Moskau 2011.
- Suchoverchij, V. L.*, Ličnye neimuščestvennye prava graždan v sovetskom graždanskom prave [Die nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger im sowjetischen Zivilrecht], Autoreferat der Jur. Diss., Sverdlovsk 1970.
- Suchoverchij, V. L.*, O razvitii graždansko-pravovoj ochrany ličnyh neimuščestvennych prav i interesov graždan [Über die Entwicklung der zivilrechtlichen Bewahrung der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte und Interessen der Bürger], Pravovedenie 1972, Nr. 3, 27 ff.
- Sudarikov Stanislav Anantol'evič*, Avtorskoe pravo [Das Urheberrecht], Moskau 2010.
- Sujunbaev, Rolan Šakirovič*, Pravo, svoboda i zakonnyj interes kak nematerial'nye blaga [Das Recht, die Freiheit und das gesetzliche Interesse als immaterielle Güter], „Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2011, Nr. 3, 82 ff.

- Suržik, A. F.*, Mechanizmy obespečenija realizacii konstitucionnyh garantij prav, svobod i inych nematerial'nyh blag v graždanskom prave [Die Gewährleistungsmechanismen der Verwirklichung von den Verfassungsgarantien der Rechte, Freiheiten und sonstigen immateriellen Güter im Zivilrecht], *Jurist* 2006, Nr. 9, 19 ff.
- Suverneva A. I.*, Personal'nye dannye ochranjaet rabotodatel' [Die personenbezogenen Daten bewahrt der Arbeitgeber], *Oplata truda: buchgalterskij učet i nalogoobloženie* 2012, Nr. 11, 70 ff.
- Svečnikova Irina Vasil'evna*, *Avtorskoe pravo* [das Urheberrecht], 3. Aufl., Moskau 2012.
- Svečnikova Irina Vasil'evna*, *Zaščita prav predprinimatelja i prava na ob''ekty intellektual'noj sobstvennosti: voprosy pravoprimerenija* [Der Schutz der Rechte des Unternehmers und des Rechts auf Objekte des geistigen Eigentums: die Fragen der Rechtsanwendung], *Predprinimatel'skoe pravo. Priloženie "Biznes i pravo v Rossii i za rubežom"* 2013, Nr. 4, 61 ff.
- Sviridova, Ekaterina Aleksandrovna*, *Osnovnye podchody v pravoprimeritel'noj praktike pri zachite prava na izobraženie* [Die Hauptansätze in der rechtsanwendenden Praxis beim Schutz des Rechts am Bild], *Obrazovanie i pravo* 2016, Nr. 1, 92 ff.
- Šachov, N. I.*, *Otnošenija po ochrane častnoj žizni i informacii o častnoj žizni kak ob''ekt teoretiko-pravovogo issledovanija* [Die Beziehungen hinsichtlich des Schutzes des Privatlebens und der Information über das Privatleben als Objekt der rechtstheoretischen Untersuchung], *Severo-Kavkazskij juridičeskij vestnik* 2008, Nr. 2, 39 ff.
- Šanchaev, S. V.*, *Pravovoe regulirovanie ochrany izobraženija voennoslužbaščego* [Die Rechtsregelung der Bewahrung des Bildes der Militärperson], *Pravo v vooružennych silach* 2009, Nr. 1, 73 ff.
- Šeršenevič, Gabriël' Feliksovič*, *Učebnik ruskogo graždanskogo prava* [Das Lehrbuch des russischen Zivilrechts], Moskau 1995 (das erste Erscheinungsjahr 1907).
- Ševčenko, O. A.*, *Imidževye prava sportsmenov v Rossii* [Die Imagerechte der Sportler in Russland], *Sport: ekonomika, pravo, upravlenie* 2011, Nr. 1, S. 12 f.
- Šičanin, A. V.*, *Vozmeščenie moral'nogo vreda* [Die Entschädigung für moralischen Schaden], *Zakonodatel'stvo i ekonomika* 1994, Nr. 15-16, 18 ff.
- Šiminova, Margarita Jakovlevna*, *Kompensacija vreda graždanam. Graždansko-pravovoe regulirovanie* [Die Entschädigung den Bürgern für Schaden], Moskau 1979.
- Šnaider S.*, *Novoe v zakonodatel'stve o personal'nyh dannych* [Das Neue in der Gesetzgebung über die datenbezogenen Daten], *Kadrovik.ru* 2012, Nr. 1, 50 ff.

- Taeva, Natal'ja Evgen'evna*, Cennostnoe soderžanie i prjamoe dejstvie konstitucionnyh norm [Der wertmäßige Inhalt und die unmittelbare Wirkung der Verfassungsnormen], Vestnik Vjatskogo gosudarstvennogo humanitarnogo universiteta 2014, Nr. 11, 112 ff.
- Taraskenkova, A. N.*, Internet: pravovye aspekty bezopasnogo ispol'zovanija [Das Internet: die Rechtsaspekte der sicheren Nutzung], 2. Heft, Moskau 2017.
- Tarchov, Viktor Alekseevič*, Predmet graždanskogo prava. Ličnye neimuščestvennye otnošenija [Der Gegenstand des Zivilrechts. Die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen], Graždanskoe pravo 2009, Nr. 2, 3 ff.
- Tarlo, E. G.*, Pravo na častnuju žizn' v Rossii [Das Recht auf Privatleben in Russland], Zakon 2007, Nr. 3, 163 ff.
- Temuulen, Bataa*, Das Recht am eigenen Bild. Rechtshistorische Entwicklung, geschützte Interessen, Rechtscharakter und Rechtsschutz, Hamburg 2006.
- Tereščenko, Ludmila Konstantinovna*, O sobljudenii balansa interesov pri ustanovlenii mer zaščity personal'nyh dannych [Über die Einhaltung des Interessenausgleichs bei der Festsetzung von den Maßnahmen des Schutzes der datenbezogenen Daten], Žurnal rossijskogo prava 2011, Nr. 5, 5 ff.
- Tereščenko, Ludmila Konstantinovna*, Pravovoj režim personal'nyh dannych i bezopasnost' ličnosti [Die Rechtsregelung der datenbezogenen Daten und die Sicherheit der Persönlichkeit], Zakon 2013, Nr. 6, 37 ff.
- Tichonova, N. B.*, Frage: „Eine Organisation hat vor, die Fotos der Abteilungsleiter unter der Namensnennung und mit den Hinweisen auf ihre beruflichen Leistungen auf einer eigenen offiziellen Internetseite im Abschnitt „Unser Personal“ einzustellen. Die Einwilligung von wem und wofür soll sie erhalten?“ Fachberatung durch Consultant 2014.
- Timešov, Roman Pavlovič*, Nematerial'nye blaga v graždanskom prave i ich zaščita [Die immateriellen Güter im Zivilrecht und ihr Schutz], Autoreferat der Jur. Diss., Krasnodar 2010.
- Tolstoj, Jurij Kirillovič (Hrsg.)*, Graždanskoe pravo [Das Zivilrecht], 1. Band, 7. Aufl., Moskau 2011.
- Tolstoj, Vladimir Stepanovič*, Ličnye neimuščestvennye pravootnošenija [Die nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Beziehungen], Moskau 2006.
- Tölle, Antje G. I.*, Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts eines Politikers in Alltagssituationen, Anmerkung zu BGH, Urteil vom 06.02.2018 (NJW 2018, 1820), ZUM-RD 2018, 331 ff.

- Trofimenko, A. V.*, Nematerial'nye ob''ekty v graždanskich pravootnošenijach [Die immateriellen Objekte in den Zivilrechtsbeziehungen], Saratov 2004.
- Trofimova, Galina Anatol'evna*, Moral'nyj vred: suščnost', osnovanija vznikovenija i ob''em [Der moralische Schaden: das Wesen, die Grundlagen der Entstehung und der Umfang], *Zakonodatel'stvo i èkonomika* 2016, Nr. 7, zitiert nach Consultant.
- Trofimova, Tat'jana Vladimirovna*, Klassifikacija nematerial'nych blag i ee pravovoe značenie [Die Klassifikation der immateriellen Güter und ihre rechtliche Bedeutung], in: *Sudebnaja vlast' v Rossijskoj Federacii: zakon, teorija, praktika* [Die Gerichtsgewalt in der Russischen Föderation: das Gesetz, die Theorie, die Praxis], der Sammelband der Aufsätze der Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Moskau 2005, 829 ff.
- Trofimova, Tat'jana Vladimirovna*, Konceptija ličnych neimuščestvennych pravootnošenij v graždanskom prave Rossii [Die Konzeption der nicht vermögenswerten persönlichkeitsrechtlichen Rechtsbeziehungen im Zivilrecht Russlands], „Černye dyry“ v Rossijskom zakonodatel'stve 2008, Nr. 3, 67 f.
- Trofimova, Tat'jana Vladimirovna*, Nematerial'nye blaga kak ob''ekt graždansko-pravovogo regulirovanija [Die immateriellen Güter als Objekt der zivilrechtlichen Regelung], *Jur. Dis.*, Volgogradskaja Akademi, Volgograd 2004.
- Trunov, Igor'*, Zakonoproekt o kompensacii moral'nogo vreda [Der Gesetzentwurf über die Entschädigung für moralischen Schaden], *Ogonek* 2008, Nr. 34, 37.
- Turkiašvili, A. M.*, Graždansko-pravovaja ochrana izobraženija graždanina kak mera obespečenija prava na neprikosnovennost' častnoj žizni [Die zivilrechtliche Bewahrung des Bildes des Bürgers als Maß der Gewährleistung des Rechts auf Unantastbarkeit des Privatlebens], *Obrazovanie i pravo* 2015, Nr. 5 (69), 228 ff.
- Tymčuk, Julija Aleksandrovna*, Voprosy ochrany izobraženija graždanina v svete Postanovlenija Plenuma Verchovnogo Suda ot 23.06.2015 Nr. 25, in: *Innovacii, tehnologii, nauka* [Die Innovationen, Technologien, Wissenschaft], der Sammelband der Aufsätze der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, 1. Band, Ufa 2016, 228 ff.
- Ugurčieva, Ch. O.*, Realizacija principa spravedlivosti v graždanskich pravootnošenijach [Die Verwirklichung des Prinzips der Gerechtigkeit in den Zivilrechtsbeziehungen], *Aktual'nye problemy èkonomiki i prava* 2011, Nr. 4, 266 ff.
- Ujutkin, N. N.*, Problemnye voprosy kompensacii moral'nogo vreda v sovremennom graždanskom zakonodatel'stve [Die Problemsfragen der Entschädigung für moralischen

- Schaden in der gegenwärtigen Zivilgesetzgebung], *Vlast' Zakona* 2013, Nr. 4 (16), 112 ff.
- Ullmann, Eike*, Persönlichkeitsrechte in Lizenz? AfP 1999, 209 ff.
- Umnova, Irina Anatol'evna/Aleškova, Irina Aleksandrovna*, Primenenie Konstitucii Rossijskoj Federacii sudami obšej jurisdikcii: aktual'nye voprosy teorii i praktiki [Die Anwendung der Verfassung der Russischen Föderation durch die Gerichte der allgemeinen Gerichtsbarkeit: die aktuellen Fragen der Theorie und Praxis], Moskau 2016.
- Usačev, Vasilij Gavrilovič*, Realizacija principa neposredstvennogo dejstvija prav i svobod čeloveka i graždanina v dejatel'nosti sudov Rossijskoj Federacii: teoretičeskie aspekty [Die Verwirklichung des Prinzips der unmittelbaren Wirkung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers in der Tätigkeit der Gerichte der Russischen Föderation: die theoretischen Aspekte], *Vestnik Tambovskogo universiteta* 2008, Schriftenreihe Geisteswissenschaften, Nr. 6 (62), 335 ff.
- Uskov, Vadim*, Fotografija glazami jurista [Die Fotografie durch die Augen eines Juristen], *Reklamnye idei* 2000, Nr. 2, 89 ff.
- Varul, P. A.*, Očranjaemyj zakonom interes v graždanskom prave: ponjatie i problemy [Das gesetzlich geschützte Interesse im Zivilrecht: das Verständnis und die Probleme], in: *Voprosy teorii očranjaemych zakonom interesov* [Die Fragen der Theorie der gesetzlich geschützten Interessen], die Thesen der Vorträge, Jaroslavl' 1990, 22 ff.
- Vengerov, Anatolij*, Prjamoe dejstvie Konstitucii: pravovye, social'nye, psihologičeskie aspekty [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung: die rechtlichen, sozialen, psychologischen Aspekte], *Obščestvennye nauki i sovremennost'* 1995, Nr. 5, 48 ff.
- Veškurceva, Zoja Valer'evna*, Aktual'nye problemy kopmpensacii moral'nogo vreda pri narušenii ličnych neimuščestvennych prav v seti internet i drugih informacionno-kommunikacionnyh setjach [Die aktuellen Probleme der Entschädigung für moralischen Schaden bei der Verletzung der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte im Internet und in anderen informationskommunikativen Netzen], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2015.
- Viničenko, Ju. V.*, Prezumpcija soglasija v graždanskom prave [Die Vermutung der Einwilligung im Zivilrecht], in: *Rožkova (Hrsg.), Problemy registracii prav, fiksacii i udostoverenija juridičeskich faktov graždanskogo prava* [Die Probleme der Registrierung der Rechte, Fixierung und Bestätigung der rechtlichen Tatsachen des Zivilrechts], Moskau 2013.

- Višnepol'skaja, I.*, Ispol'zovanie izobraženija graždanina: problemy i riski [Die Nutzung des Bildes des Bürgers: die Probleme und Risiken], *Chozjajstvo i pravo* 2013, Nr. 9 (440), 65 ff.
- Višnepol'skaja, I.*, Ispol'zovanie izobraženija graždanina: problemy i riski [Die Nutzung des Bildes des Bürgers: die Probleme und Risiken], *Intellektual'naja sobstvennost'. Avtorskoje pravo i smežnye prava* 2013, Nr. 7, 49 ff.
- Volod'ko, D. K.*, Problemy pravovoj ochrany izobraženija graždanina v social'nych setjach [Die Probleme der Rechtsbewahrung des Bildes des Bürgers in den sozialen Netzwerken], in: Aktual'nye issledovanija studentov i aspirantov v oblasti gumanitarnych, obščestvennych, juridičeskich i èkonomičeskich nauk [Die aktuellen Untersuchungen von den Studenten und Doktoranden im Bereich der Geistes-, Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften], *Materialien zur gesellschaftlichen wissenschaftlichen Veranstaltung „Studentčeskaja vesna – 2015“*, Chabarovsk 2015, 117 ff.
- Vol'man, I.*, Pravo na sobstvennoe izobraženie (Kohler, Das Eigenbild im Recht, Berlin 1903) [Das Recht am eigene Bild (Kohler, Das Eigenbild im Recht, Berlin 1903)], *Vestnik prava, žurnal juridičeskogo obščestva pri Imperatorskom S.-Peterburgskom universitete* [Informationsblatt des Rechts, die Zeitschrift der juristischen Gesellschaft bei der kaiserlichen St. Petersburger Universität], 2. und 3. Bücher, St. Petersburg 1903, 304 ff.
- Vol'skaja, Nadežda Nikolaevna*, Precedentnye verbal'no-vizual'nye fenomeny kak osnova istoriografii v „Terebenevskoj azbuke“ – pervoj političeskoj karikature v Rossii [Die verbal-visuellen Präzedenzphänomene als Grundlage der Geschichtsschreibung im Alphabet „Trebenev“ – der ersten politischen Karikatur in Russland], *Mediascope* 2015, Nr. 3, 8 ff., abrufbar unter <<http://mediascope.ru/node/1803>>, zuletzt abgerufen am 31.07.2022.
- von Heintschel-Heinegg, Bernd*, BeckOK StGB, 53. Aufl., München 2022.
- Vorob'ev, S. M.*, Sovremennoe razvitie instituta kompensacii moral'nogo vreda v rossijskom prave [Die gegenwärtige Entwicklung des Instituts der Entschädigung für moralischen Schaden im russischen Recht], *Rossijskij sud'ja* 2004, Nr. 3, 27 ff.
- Voronenko, O. A./Jacenko, V. V.*, Prjamoe dejstvie Konstitucii Rossijskoj Federacii: ponjatie, osobennosti i aktual'nye voprosy [Die unmittelbare Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation: das Verständnis, die Besonderheiten und die aktuellen Fragen], *Aktual'nye problemy konstitucionnogo, municipal'nogo i meždunarodnogo prava* 2016, 27 ff.

- Voronko, Vladimir Valer'evič*, Pravo na neprikosnovennost' častnoj žizni po graždanskomu zakonodatel'stvu Rossijskoj Federaciji [Das Recht auf Unantastbarkeit des Privatlebens nach der Zivilgesetzgebung der Russischen Föderation], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2004.
- Vorošilova, Marija Borisovna*, Obraz Vinni-Pucha v sovremennoj rossijskoj političeskoj karikature [Die Gestalt vom Pu den Bär in der gegenwärtigen russischen politischen Karikatur], Labirint, žurnal social'no-gumanitarnych issledovanij 2013, Nr. 4, 116 ff.
- Vostrikova, E. A./Poluchina, R. Ė*, Imidževye prava sportsmenov v Rossii kak institut častnogo prava [Die Imagerechte der Sportler in Russland als Institut des Privatrechts], Sovremennoe pravo 2013, Nr. 12, 87 ff.
- Wachs, Alexander*, Entschädigungszahlungen bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung, Hamburg 2007.
- Wagner, Gerhard*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 01.12.1999 „Der blaue Engel“ (GRUR 2000, 715), GRUR 2000, 717 ff.
- Walter, Christoph M.*, Die Vereinbarkeit des sogenannten Reality-Fernsehens mit dem Recht am eigenen Bilde, Jur. Diss., Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1996.
- Wanckel, Endress*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 13.11.2007 (NJW 2008, 1593), NJW 2008, 1594 f.
- Wanckel, Endress*, Foto- und Bildrecht, 3. Aufl., München, 2009.
- Wandtke, Artur*, GRUR 2000, 942 ff.
- Wandtke, Artur-Axel/Bullinger, Winfried*, Praxiskommentar zum Urheberrecht, 6. Aufl., München 2022.
- Wenzel, Karl Egbert*, Das Recht der Wort-und Bildberichterstattung: Handbuch des Äußerungsrechts, 4. Aufl., Köln 1994.
- Wild, Gisela*, Anmerkung zu BGH-Urteil vom 26.06.1979 „Fußballtor“ (GRUR 1979, 732), GRUR 1979, 734 f.
- Zabud'ko, Ju. S.*, Konstituzionnoe pravo na neprikosnovennost' častnoj žizni, ličnoj i semejnoj tajny i ego zakonodatel'nye ograničenija: sravnitel'no-pravovaja charakteristika [Das Verfassungsrecht auf Unantastbarkeit des Privatlebens, des Personen- und Familiengeheimnisses und seine gesetzlichen Einschränkungen: eine rechtsvergleichende Charakteristik], Gosudarstvennaja vlast' i mestnoe samoupravlenie 2014, Nr. 5, 8 ff.
- Zacharenko, D. S.*, Pravovye problemy ispol'zovanija izobraženija graždanina [Die rechtlichen Probleme der Nutzung des Bildes des Bürgers], Jurist 2016, Nr. 21, 17 ff.

- Zacharov, Dmitrij Nikolaevič*, Teoretičeskie i praktičeskie problemy zaščity ličnych neimuščestvennyh prav graždan [Die theoretischen und praktischen Probleme des Schutzes der nicht vermögenswerten Persönlichkeitsrechte der Bürger], Autoreferat der Jur. Diss., Moskau 2007.
- Zacharov, N.*, Nematerial'nye blaga i ich zaščita [Die immateriellen Güter und ihr Schutz], Jurist 2014, Nr. 9, 4.
- Zagouras, Georgios*, Die Situationsgebundenheit der Einwilligung nach § 22 KUG, AfP 2005, 152 ff.
- Zajceva, Julija Petrovna*, Ochrana častnoj žizni graždanina i ochrana izobraženija graždanina: konkurencija norm st. 152.2 i 152.1 Graždanskogo kodeksa RF [Die Bewahrung des Privatlebens des Bürgers und die Bewahrung des Bildes des Bürgers: die Konkurrenz der Normen in Art. 152.2 und 152.1 des Zivilgesetzbuches RF], Zakonodatel'stvo 2017, Nr. 8, 37 ff.
- Zajceva, Julija Petrovna*, Sub'ektivnoe pravo graždanina na častnuju žizn': sodržatel'nyj aspekt [Das subjektive Recht des Bürgers auf Privatleben: der inhaltliche Aspekt], Rossijskij juridičeskij žurnal 2016, Nr. 1, zitiert nach Consultant.
- Zatonskij, Sergej Sergeevič/Slepenok, Julija Nikolaevna*, Izobraženie graždanina kak nematerial'noe blago [Das Bild des Bürgers als Nichtvermögensgut], in: Krasovskaja (Hrsg.), Molodoj učenyj: vyzovy i perspektivy [Der junge Wissenschaftler: die Herausforderungen und Perspektiven], der Sammelband der Aufsätze nach den Materialien zur IX. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Nr. 7 (9), Moskau 2016, 146 ff.
- Zavadskij, A. V.*, O prave na sobstvennoe izobraženie (po povodu § 50 Projekta ministra justicii ob avtorskom prave na literaturnye, muzykal'nye, chudožestvennye i fotografičeskie proizvedenija) [Über das Recht am eigenen Bild (anlässlich des § 50 des Entwurfs vom Minister der Justiz über das Urheberrecht auf literarische, musikalische, künstlerische und fotografische Werke)], Kazan' 1909.
- Zhujkov V.*, Vozmeščenie moral'nogo vreda [Die Entschädigung für moralischen Schaden], Bjuulleten' Verchovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, 6 ff.
- Ziebarth, Lennart/Elsaß, Lennart*, Neue Maßstäbe für die Rechtmäßigkeit der Nutzung von Personenbildnissen in der Unternehmenskommunikation? ZUM 2018, 578 ff.
- Zinin, Aleksandr Michajlovič*, Individual'nyj oblik čeloveka kak ob'ekt graždansko-pravovoj zaščity [Das individuelle Erscheinungsbild des Menschen als Objekt des zivilrechtlichen Schutzes], Civilist 2013, Nr. 2, 34 ff.

- Zitelmann, Ernst*, Der Ausschluss der Widerrechtlichkeit, AcP 1906, 99. Band, 1 ff.
- Zubko, M. A.*, Frage: „In den Medien (einer Zeitschrift) wurde ein Artikel über eine Organisation – Arbeitgeber mit den Fotoaufnahmen der Arbeitnehmer in einem Abschnitt „Unser Personal“ veröffentlicht. Die Arbeitnehmer hatten keine Einwilligung in die Veröffentlichung ihrer Fotoaufnahmen in der Zeitschrift erteilt, so dass die Organisation – Arbeitgeber nach ihrer Meinung gegen Gesetz über die personenbezogenen Daten verstoßen hat. Ist die Meinung von den Arbeitnehmern rechtmäßig?“, Fachberatung durch Consultant 2011.
- Zujkova L. P.*, Promyšlennaja sobstvennost' predprijatij na perekrestke zakonov [Das industrielle Eigentum der Unternehmen an der Kreuzung der Gesetze], Ékonomiko-pravovoj bjulleten' 2007, Nr. 4, zitiert nach Consultant.
- Zykov, R. O.*, Virtual'nyj sport [Der virtuelle Sport], Sport: ékonomika, pravo, upravlenie 2010, Nr. 2, 28 f.
- Železnova, N. D.*, Obespečenie prjamogo dejstvija Konstitucii Rossijskoj Federacii v voprosach regulirovanija i zaščity prav i svobod čeloveka i graždanina [Die Gewährleistung der unmittelbaren Wirkung der Verfassung der Russischen Föderation hinsichtlich der Regelung und des Schutzes der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers], Vestnik Nižegorodskogo universiteta imeni N. I. Lobačevskogo 2002, Schriftenreihe Recht, Nr. 1, 127 ff.
- Žujkov, V.*, Vozmeščenie moral'nogo vreda [Die Entschädigung für moralischen Schaden], Bjulleten' Verhovnogo Suda Rossijskoj Federacii 1994, Nr. 11, 6 ff.